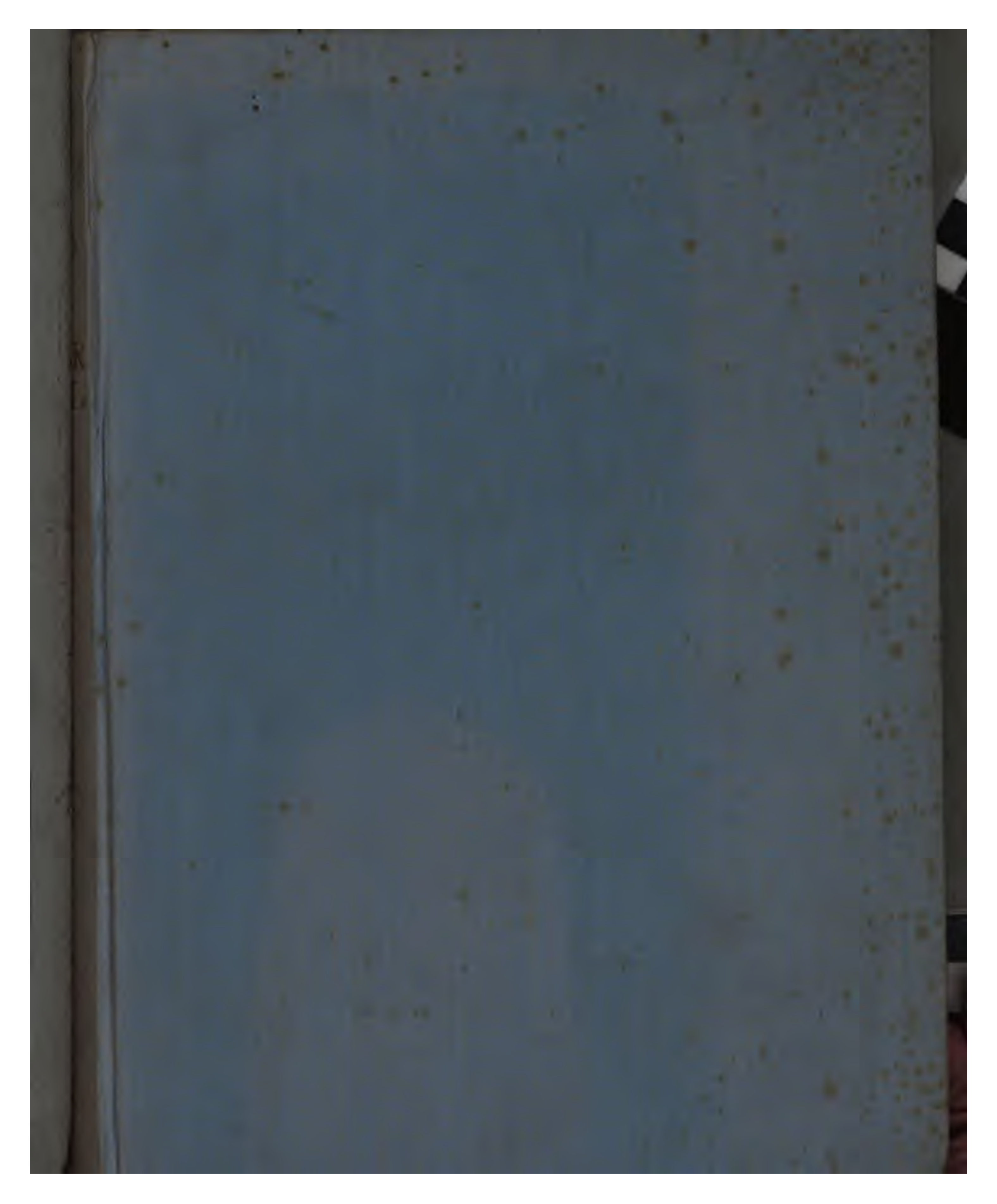
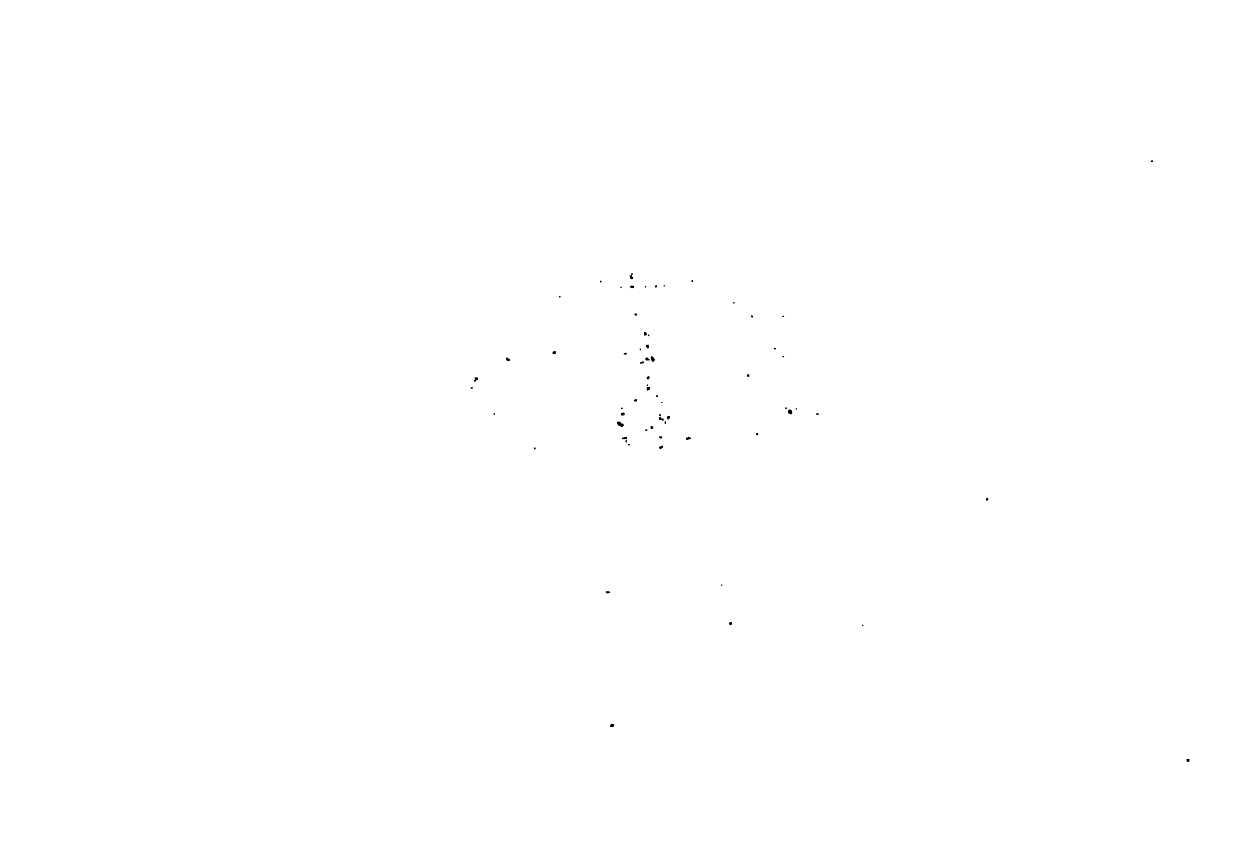



STANFORD UNIVERSITY LIBRARY
1969




STANFORD UNIVERSITY LIBRARY
1969




STANFORD UNIVERSITY LIBRARY
1969

FELDMARSCHALL CONRAD

AUS MEINER DIENSTZEIT

1906—1918



RIKOLA VERLAG
WIEN / BERLIN / LEIPZIG / MÜNCHEN
1922

FELDMARSCHALL CONRAD

AUS MEINER DIENSTZEIT

1906—1918

ZWEITER BAND:

1910—1912

Die Zeit des libyschen Krieges und des Balkankrieges bis Ende 1912

Mit einem Anhang



RIKOLA VERLAG
WIEN / BERLIN / LEIPZIG / MÜNCHEN
1922

GEDRUCKT BEI R. KIESEL ZU SALZBURG

Inhalt.

1 9 1 0

Inhalt.

Allgemeine Lage.

Die allgemeine Charakteristik dieses Jahres war einerseits das äußerliche Abflauen der Annexionskrise und der Anschein friedlicher Verhältnisse, anderseits aber die zunehmende Verdichtung des sich um Deutschland und Österreich-Ungarn schließenden Ringes, die sichtlichen Kriegsvorbereitungen ihrer Gegner und die daraus entspringende Forderung, auch die eigenen Machtmittel auf größtmögliche Höhe zu bringen. Dies in meinem Wirkungskreis zu fördern, bildete, nebst den sonstigen normalen Obliegenheiten meiner Stellung, das Wesentliche meiner beruflichen Tätigkeit im Jahre 1910. Der Zusammenhang der letzteren mit den außenpolitischen Vorgängen macht ein Hinweisen auf diese Vorgänge nötig, und zwar sowohl auf die großen bewegenden Kräfte, die unter der Kruste friedlichen Scheines wirken, bis die Stunde gewaltsamer Entladung heranreift, als auch auf die kleinen Ereignisse, die bis dahin bemüht sind, klaffende Risse in dieser Kruste zu übertünchen. Die Diplomatie der Mittelmächte war hauptsächlich auf das Übertünchen bedacht, während die Diplomatie der Ententemächte, sowie Italiens die großen bewegenden Kräfte erfaßte und für ihre Ziele nützte.

Deutschland. Deutschland, wo am 14. Juli 1909 Herr von Bethmann Hollweg dem Fürsten Bülow als Reichskanzler gefolgt war, stand innerpolitisch, nach Annahme der großen Reichsfinanzreform, im Kampfe um das von den Sozialdemokraten und der Volkspartei geforderte gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Preußen, das im Mai 1910 zunächst eine Ablehnung erfuhr. Die Geister bewegte ferner die Verwahrung gegen das gegen den Protestantismus gerichtete Rundschreiben Papst Pius X., der schließlich nachgeben mußte.

Mit Frankreich war Deutschland nach dem Marokko-Abkommen (19. Feber 1909) zu einem vorübergehenden modus vivendi gelangt, der sogar in Deutschlands Mitbeteiligung an der société marocaine des travaux publics Ausdruck fand. Auch gegenüber Rußland gab die Zusammenkunft Zar Nikolaus II. mit Kaiser Wilhelm II. am 4. November 1910 in

Potsdam den Schein einer freundlichen Annäherung. An den großen latenten politischen Gegensätzen änderte dies nichts. Fürstenbesuche sind oft nur Akte höfischer Konvenienz, oft gelten sie wirklich intimen Anknüpfungen, oft aber verschleiern sie nur feindliche Absichten. Anfangs Oktober 1910 wurde beispielsweise das belgische Königspaar in glänzender Weise in Wien empfangen, während doch die gegen Deutschland und dessen Verbündeten gerichteten Abmachungen zwischen Belgien und England als längst gediehen zu vermuten waren.

Der gemeinsamen Gefahr gegenüber lag die Pflege des festen Zusammenstehens mit Deutschland nahe; ich beantwortete ein in diesem Sinne gehaltenes Schreiben des Generals von Moltke, wie folgt:

„Wien, 2. Jänner 1910.

Euer Exzellenz!

Ich möchte nicht den Vorwurf auf mich laden, E. E. mit Korrespondenz zu belästigen, doch kann ich nicht umhin, E. E. für die jüngst erhaltenen, so freundschaftsvollen Zeilen meinen aufrichtigsten Dank zu übersenden. Auch ich bin von der Anschauung durchdrungen, daß in einem festen Zusammenhalten der beiden Kaiserreiche der sicherste Schutz gegen feindliche Anschläge gelegen ist und daß dieses Zusammenhalten auf freundschaftsvoller Treue basiert sein muß. E. E. Worte haben daher bei mir den tiefsten Widerhall gefunden. Wie hohen Wert ich daher auch aus diesem Grunde den kameradschaftlichen Gesinnungen E. E. beimesse, werden Sie mir gewiß gerne glauben.

Mit diesem warmen Empfinden meinerseits bitte ich E. E. die herzlichsten Grüße entgegenzunehmen von E. E.

aufrichtig ergebenem

Conrad."

Im Jänner 1910 sandte ich meinen Flügeladjutanten Hauptmann Putz als Kurier nach Berlin, wo er die alljährlich wiederkehrenden Arbeiten zu übergeben und bei General von Moltke vorzusprechen hatte, um über einige die allgemeine Lage betreffende Fragen die deutschen Anschauungen einzuholen. Nach den Aufzeichnungen des genannten Offiziers bezeichnete General von Moltke es als fraglich, ob für die Haltung Rumäniens persönliche oder politische Gründe vorwalten werden. Mit Rücksicht auf die Gefahr eines Balkanbundes sei er gleichfalls der Ansicht, daß der Balkan den Ausgangspunkt kriegerischer Verwicklungen bilden werde, wobei nur in Frage kommen wird, ob Rußland oder England damit beginne.

General von Moltke hob Deutschlands großes Interesse an der Türkei hervor und die Bedeutung des mohammedanischen Elementes, insbesondere

mit Bezug auf England. Er meinte aber auch, daß Österreich-Ungarn im Hinblick auf Paralysierung der kleinen Balkanstaaten das gleiche Interesse haben müsse.

Der General erwähnte, daß die türkische Armee in einigen Jahren sehr gut sein werde, die Soldaten vorzüglich, die jungen Offiziere sehr lernfreudig seien. Es bestünde ein Zweifel nur darüber, ob sich die neue Regierung konsolidieren wird. Verhandlungen wären daher dermalen noch inopportun und erst zulässig, sobald auf dauernde Ruhe zu rechnen sei. Was Rußland anbelangt, sei in Deutschland gleichfalls alles für die gemeinsame Aktion im Falle russischen Angriffes vorbereitet. Auch für den übrigens unwahrscheinlichen Fall, daß sich Frankreich am Kriege nicht beteiligen sollte.

General von Moltke bezeichnete die Rückverlegung der russischen Korps, sowie die Rückverlegung des russischen Aufmarsches als jetzt ganz sicher, ebenso auch die Bildung einer Zentralarmee. Er ersah darin für eine etwaige eigene Offensive im Kriegsfalle gegen Rußland allein einen Nachteil, weil man tief in russisches Gebiet hineingezogen werden würde, im Falle gleichzeitigen Krieges gegen Frankreich oder etwa Frankreich und Italien aber einen Vorteil wegen der gegen diese Mächte damit gewonnenen größeren Zeitspanne bei Kriegsbeginn. Japan, meinte der General, sei sehr im Auge zu behalten, ein Gegensatz zwischen diesem Staat und England möglich.

In einer Audienz am 31. Jänner 1910 berichtete ich Seiner Majestät über die obdargelegten Angelegenheiten, sowie über ein Schreiben des Generals von Moltke, wonach Deutschland beabsichtige, falls es durch Rußland zum Krieg gezwungen würde, das Verhalten Frankreichs durch eine kurzfristige Sommation zu klären. Ich erbat für den analogen Fall ein gleiches Vorgehen unsererseits gegenüber Italien.

Der Kaiser entschied, daß ich einen diesbezüglichen, ihm vorher vorzulegenden Brief an Graf Ährenthal und an General von Moltke zu richten habe.

Ich komme hierauf noch eingehender zurück.

Im Feber 1910 ging mir seitens unseres Militärattachés in Berlin, Major Freiherrn von Bienerth, ein bemerkenswerter Bericht über Gespräche des ö.-u. Botschafters in Berlin mit Kaiser Wilhelm II. zu.

Betreffend das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Rußland und eine gegenseitige Annäherung beider Staaten meinte der Kaiser, daß es wohl auch an Rußland sei, diese Annäherung anzustreben. Nach den ihm zugekommenen Berichten sei Rußland auch dermalen noch nicht in der Lage, irgend nennenswerte Kräfte gegen Westen zu mobilisieren, daher

auf ein friedliches Auskommen mit der Monarchie mehr denn je angewiesen. Die damals im Zuge gewesene Preßkampagne, welche Deutschland und Österreich-Ungarn zu entzweien strebte, bezeichnete Kaiser Wilhelm als Manöver Englands und Frankreichs, die sich aber glücklicherweise in ihren Hoffnungen getäuscht hätten. Hinsichtlich der Kreta-Frage habe er nicht die Absicht, sich in diese Angelegenheiten wieder einzumengen, er überlasse es den vier Schutzmächten, die Folgen ihres bisherigen Vorgehens selbst zu tragen. Der Ideengang der Griechen sei ihm anbetrachts ihrer militärischen Lage unverständlich. Was Deutschlands innere Politik betrifft, sei er mit dem Vorgehen des Reichskanzlers einverstanden.

Ein vielbesprochenes Ereignis im Jahre 1910 war der fürstliche Empfang, der dem früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Roosevelt, auf seiner Durchreise in Berlin bereitet wurde. Er war aber in seinen Folgen dadurch abgeschwächt, daß Roosevelt in Amerika an Position verlor.

I t a l i e n. In Italien schritten die gegen seinen Verbündeten (?) Österreich-Ungarn gerichteten militärischen Maßnahmen unentwegt fort. In demselben Maße steigerten sich meine dagegen gerichteten Bestrebungen, aber auch meine Konflikte mit Graf Ährenthal. Er setzte allen diesbezüglichen Forderungen hartnäckigen Widerstand entgegen, trotz der unverkennbaren Symptome, welche durch die offiziellen Erklärungen der Minister Tittoni, Guiciardini, San Giuliano, am Dreibund unverbrüchlich festzuhalten, nur mangelhaft verschleiert waren.

Nicht nur der Ausbau von Heer und Flotte sowie des großzügig angelegten Befestigungssystems, sondern auch die feste Hand, die der Staat durch Ankauf der Bahnen (1906) auf letztere gelegt hatte, bezeichneten die Fortschritte in dieser Richtung. Die seitens Italiens im Jahre 1909 angebahnte Annäherung an Rußland wirkte fort. Sie fand in der schon erwähnten Entrevue König Viktor Emanuels mit Zar Nikolaus in Racconigi (22. bis 25. Oktober 1909) erneuert Ausdruck. Sie trat auch in dem Verhalten der am Balkan akkreditierten italienischen Militärattachés in Erscheinung. So galt beispielsweise der italienische Militärattaché in Sofia, Baron Rubin, ein Liebling des Königs, für ausgesprochen antiösterreichisch gesinnt. Er hatte 1910 durch drei Wochen Mazedonien bereist.

Zu meinen unausgesetzten Bestrebungen gehörte auch die Entfernung der auf österreichischem Gebiet etablierten italienischen Finanzwache (Ala, Riva), die eine auf eigenem Territorium geduldete italienische

Organisation für Spionage und Propaganda bildete. Dies noch dazu innerhalb eigener Befestigungen (Riva)!

Bei einer innerministeriellen Konferenz am 5. Jänner 1910, bei der ich wegen dienstlicher Verhinderung durch meinen Stellvertreter, Generalmajor Langer, vertreten war, gelangte diese Frage zur Verhandlung. Nach dem schriftlichen Bericht Langers nahm die Sitzung folgenden Verlauf:

Der Minister des Äußern Graf Ährenthal erklärte, daß er zwar die militärischen Forderungen anerkenne, daß sich jedoch juridische Schwierigkeiten entgegenstellen dürften, er aber sich aus staatspolitischen Gründen unbedingt den Zeitpunkt für jede diesbezügliche Aktion vorbehalten müsse. Die juridischen Bedenken wurden durch die anwesenden Minister (Bienerth, Bilinski, Härdtl) negiert, hinsichtlich der politischen aber betonte Graf Ährenthal, daß er als der verantwortliche Leiter der Außenpolitik es nötig finde, die Empfindlichkeit der eben erst ernannten italienischen Regierung zu schonen, umsomehr, als er die Festhaltung des Dreibundes über 1914 hinaus unbedingt anstrebe und Grund zur Annahme habe, dies zu erreichen. Wenn überhaupt, könne er aber erst nach Erfüllung der Forderung nach einer italienischen Universität der schwebenden Frage näher treten. Dementgegen verwies der Kriegsminister Baron Schönaich in Übereinstimmung mit dem Minister des Innern Baron Härdtl auf die Dringlichkeit der Finanzwachfrage und bemerkte, daß die taktvolle Geduld unserer Organe sowie der Grenztruppen gegenüber den italienischen Übergriffen endlich einmal reißen könne.

Mein Vertreter, Generalmajor Langer, ergänzte dies und hob als Unikum hervor, daß wir „in der Festung Riva behördlich angestellte, durch ihr Reglement hiezu eingeschworene Kundschafter inmitten unserer ohnedies vielfach verdächtigen Untertanen dulden sollen, welche Kundschafter jeden Mann der Besatzung, jede Kanone, jeden Pulverwagen und jede Zwiebackkiste kontrollieren und bei den stets fortlaufenden baulichen Arbeiten Kenntnis auch der Details der Befestigungen bestimmt erlangen können."

Anstatt das Groteske eines solchen Zustandes zu erfassen, meinte Graf Ährenthal diesen Äußerungen entnehmen zu können, daß, wie er sagte: „vielleicht in Südtirol neue Befestigungen geplant seien", und erklärte, daß er „schon bei diesem Anlasse gegen eine solche Absicht ressortmäßig auftreten müsse, weil Befestigungsbauten mit Recht als unfreundliche Anzeichen (durch die italienische Regierung) aufgefaßt werden müßten, was den Intentionen seiner Politik direkt zuwiderläuft; übrigens sei ja mit Rücksicht auf die von ihm in Aussicht gestellte Verlängerung des Dreibundes mindestens aber bis 1914 Zeit."

Diesem Raisonnement, das, nebenbei bemerkt, die durch Italiens Befestigungsbauten dargetane „Unfreundlichkeit" ganz übersah, widersetzte sich selbst der sonst stets auf Seite Ährenthals stehende und schon aus budgetären Gründen den Bauanträgen nicht sehr zugetane Kriegsminister Baron Schönaich. Er entgegnete, daß Italien ohne jede Rücksicht auf uns oder den Dreibund systematisch jedweden Zugang in sein Gebiet durch Fortifikationen sperre, alle Befestigungen modernisiere etc. und daß es seitens der Kriegsverwaltung geradezu pflichtvergessen wäre, wenn eigenerseits nicht das Nötige vorgekehrt würde. Leider ist Baron Schönaich in der Folge von diesem Standpunkt etwas abgerückt.

Anfangs Jänner 1910 jedoch wünschte er, angeregt durch diese Konferenz, Informationen über Italien, um an den Minister des Äußern herantreten zu können.

Ich sandte ihm daher eine diesbezügliche Zusammenstellung vom 9. Jänner 1910, die ich durch das Evidenzbureau des Generalstabes (Chef: Oberst von Urbanski) verfassen ließ. Sie war hauptsächlich durch folgendes charakterisiert:

Wesentliche Erhöhung der numerischen Stärke des italienischen Heeres, Vermehrung der Alpini- und Kavallerie-Formationen bei Verlegung nach Venetien, weitgehende Befestigung zu Land und zur See*), beschleunigte Ausgestaltung der gegen Österreich-Ungarn gerichteten Aufmarschbahnen in Venetien, namhafte Erhöhung des Budgets für Heer und Marine, insbesondere der außerordentlichen Kredite; Errichtung von Torpedoboot-Stationen an der Adria-Küste (so auch Marano in der Bucht von Triest); zunehmende irredentistische Propaganda, rege Spionagetätigkeit, endlich: Österreich-Ungarn feindliches Gehaben am Balkan.

All dies legte mir die Pflicht auf, für den Fall vorzudenken, daß Italien seine Maske fallen lassen und die Bundestreue brechen würde.

Wie schon früher ausgeführt, habe ich Seiner Majestät den Vorgang zur Kenntnis gebracht, den Deutschland in Aussicht nahm, wenn es im Falle russischer Bedrohung genötigt wäre, die Haltung Frankreichs festzustellen, und beantragt, den gleichen Vorgang einer kurzfristigen Sommation unsererseits gegenüber Italien einzuhalten, wenn Italien sich im Falle einer Bedrohung der Monarchie durch Rußland anfänglich abseits

*) Die Ausgaben für Befestigungen in der Zeit von 1900 bis 1910 betrugen österreichisch-ungarischerseits an der Südwestfront (Kärntner Sperren, Tiroler Sperren, Pola und Lussin) 29,604.000 Kronen, dagegen in Italien 1900 bis 1909 83,310.000 Lire, dazu bis 1917 bewilligt 94,000.000 Lire, somit im ganzen 177,000.000 Lire.

halten sollte. Es ist auch erwähnt, daß Seine Majestät mir befahl, ein diesbezügliches Schreiben an Graf Ährenthal zu richten.

In diesem Schreiben vom 7. Feber 1910 hieß es:

„Für das Jahr 1910 habe ich unter anderem auch den wohl kaum zu besorgenden Fall in Betracht gezogen, daß die Monarchie im Verein mit Deutschland und Rumänien in einen gleichzeitigen Krieg gegen Frankreich, Rußland, Italien, Serbien und Montenegro verwickelt werde. Für diesen Fall sind die Vorbereitungen getroffen, daß der Hauptschlag zuerst gegen Italien zu erfolgen hätte, sowie Deutschland auch diesfalls ihn zuerst gegen Frankreich führen würde.

Ich teile dies strengst geheim mit. Dies entspricht ganz auch den Anschauungen des deutschen Generalstabes, nur hat dieser auch die Möglichkeit hinzugefügt, daß sich ja Frankreich und Italien anfangs zuwartend verhalten könnten, um erst dann loszuschlagen, wenn die Verbündeten gegen Rußland und am Balkan bereits entscheidend engagiert sind.

Für diesen Fall ist deutscherseits festgesetzt, daß, wenn der Krieg zwischen den Verbündeten und Rußland als unvermeidlich und unmittelbar bevorstehend angesehen werden muß, seitens der deutschen Regierung eine umgehende und völlig klare Erklärung von der französischen Regierung darüber gefordert wird, wie sich dieselbe bei ausbrechendem Krieg zu verhalten gedenke. Diese Erklärung muß sofort erfolgen. Eine ausweichende oder zweideutige Antwort würde als gleichbedeutend mit der Kriegserklärung angesehen werden müssen. Erklärt Frankreich, strenge Neutralität wahren zu wollen, so verpflichtet sich auch Deutschland, keine Feindseligkeiten gegen dasselbe zu unternehmen. Da nun die Monarchie Italien gegenüber in der gleichen Lage ist, habe ich Seiner Majestät für den gedachten Fall ein analoges Vorgehen unsererseits vorgeschlagen."

Ich bat in diesem Schreiben hierauf Graf Ährenthal um seine Meinung und fügte bei:

„Es sei mir jedoch gestattet hinzuzufügen, daß ich bei voller Würdigung des deutschen Vorganges, als des bei einem Kriege gegen Rußland übrigens auch einzig möglichen, doch nicht umhin kann, zu erwägen, wie sehr man auch bei diesem Modus schließlich doch nur auf die Ehrlichkeit der Neutralen angewiesen ist, daß ich daher vielmehr der Ansicht zuneige, sich vorerst mit Rußland auf ganz unverbindlichen neutralen Fuß zu stellen und bei einer Zwangslage Rußlands, die Gelegenheit des freien Rückens ausnützend, mit Italien abzurechnen, welch letzteres jeder Entwicklung der Monarchie, sei dies nun zur See oder zu Lande, feindlich gegenüberstehen wird."

In seiner Antwort vom 16. Feber 1910 stimmte Graf Ährenthal bei, daß für den Fall, als ein Konflikt Österreich-Ungarns und Deutschlands mit Rußland unvermeidlich wäre und unmittelbar bevorstünde, Klarheit darüber geschaffen werden müßte, wer den Verbündeten als Feind oder Freund gegenübersteht; er schreibt dann:

„Ich habe wiederholt Gelegenheit genommen, der Ansicht Ausdruck zu geben, daß Rußland auf Jahre hinaus außerstande ist, aktive Politik zu führen und glaube annehmen zu dürfen, daß E. E. diese Ansicht teilen. Sollte jedoch Rußland trotzdem in Gefahr einer aggressiven Richtung im nahen Orient sich begeben und hiebei in einen Gegensatz zu uns und Deutschland geraten oder gar uns beide bedrohen, erscheint es mir vollkommen zweckentsprechend, die von E. E. in Aussicht genommene Klarstellung der Verhältnisse herbeizuführen, obwohl sich unsere Lage in diesem Falle von jener Deutschlands insoferne unterscheiden würde, als wir es mit einem Alliierten zu tun hätten.

Dennoch würde ich es für nötig halten, daß wir uns durch eine konzise Fragestellung und Bestehen auf einer sofortigen Antwort die erforderliche Sicherheit verschaffen. Ich möchte noch die Ansicht hier aussprechen, daß, wenn wir gezwungen sein sollten, eine solche Sprache zu führen, dies jedenfalls genügen dürfte, um die betreffende Macht zur Einhaltung der Neutralität zu bewegen."

Im übrigen gab das Schreiben der Überzeugung Ausdruck, daß Italien die Neutralität zweifellos beobachten würde und betonte, daß wir freundschaftliche Beziehungen zu Rußland wollen.

Weitere Konsequenzen hatte dieser Briefwechsel nicht.

In Audienzen am 1. Feber und am 11. Mai 1910 kam ich bei Seiner Majestät wieder auf die italienischen Verhältnisse zu sprechen. So auf die irredentistischen Görzer Exzesse und die dabei zutage getretene schmähliche Haltung des dortigen Bürgermeisters. Erneut wies ich auf Italiens Heeresausgaben hin: Das Normalbudget für 1910/11 mit 306 Millionen enthielt einen neuen Kredit von 65 Millionen, endlich einen solchen von 83·75 Millionen, der sich wie folgt verteilte: Reorganisationen 6, zweijährige Dienstzeit 3·1, militärische Jugenderziehung, Freiwilligenwesen (tiro a segno) 2·15, Massawirtschaft 7·5, schwere Artillerie des Feldheeres und Feldartilleriematerial 50, Luftwesen 10, erhöhte Friedensstände 5, also zusammen 83·75 Millionen. Ich bemerkte, daß die namhafte Erhöhung des Normalbudgets (um 20 Millionen mehr als 1907/08) und die seit 1906 bewilligten außerordentlichen Kredite von 424 Millionen den Charakter ausgesprochener gegen Österreich-Ungarn gerichteter Kriegsrüstungen tragen, denen man nicht blind gegenüberstehen dürfe.

In einer Audienz am 18. Juni 1910 meldete ich Seiner Majestät mein Eintreffen von der Großen Generalstabsreise, die ich in diesem Jahre im Isonzo-Gebiete vorgenommen hatte. Auf Grund der dort gewonnenen Eindrücke erneuerte ich mein Verlangen auf Verlegung von Kavallerie nach Krain und eines Infanterieregimentes nach Tolmein, S. Lucia, auf den Bau der Bahn S. Lucia—Karfreit (Caporetto) und Schutz der Küstenstrecke (Duino, Triest, Panzano) durch Küstenbatterien. Weiter befürwortete ich die Umwandlung des Landwehr-Infanterieregimentes Nr. 27 (Laibach) in eine Gebirgstruppenformation. Auch in dieser Audienz kam ich wieder auf die feindseligen Machenschaften Italiens zu sprechen, so auf das Kreuzen italienischer Torpedoboote an unserer, speziell auch der dalmatinischen Küste bei Nacht zu Erkundungszwecken, die zunehmende Belästigung von in Italien ganz privat reisenden k. u. k. Offizieren, deren Durchsuchung auf den Gardasee-Dampfern, auf die Belästigung unseres Marineattachés in Rom, auf die Triester Hochverratsaffäre Deperis, auf den Umstand, daß österreichische Italiener in reichsitalienischen Freikorps dienen, auf das tendenziöse italienische Volksschul-Lesebuch Trento-Trieste, auf die italienische Rücksichtslosigkeit gegen das slowenische Element in Venetien. Ich fügte bei, daß es endlich an der Zeit wäre, Reziprozität zu üben, die italienischen Finanzposten aus unserem Gebiet zu entfernen, in der Triester Universitätsfrage, die nur die Schaffung eines irredentistischen Zentrums zum Ziel hat, konsequent zu bleiben, in Parlament und Presse die Dinge mit dem wahren Namen zu nennen und in der äußeren Politik voraussichtiger und würdiger aufzutreten.

Während ich derart bemüht war, auf die von Seite Italiens unverkennbar drohende Gefahr aufmerksam zu machen und davor zu warnen, setzte Graf Ährenthal sein Werben um Italiens Gunst und Treue fort, insbesondere bei seinen Verhandlungen mit dem neuernannten italienischen Außenminister San Giuliano. Dies gedieh so weit, daß im Sommer 1910 ohne meine Kenntnis der Kriegsminister Baron Schönaich den Entwurf eines Vertrages mit Italien verfaßte, der die Beschränkung der beiderseitigen Befestigungsbauten und Kriegsrüstungen in Tirol zum Ziele hatte. Ganz abgesehen davon, daß Österreich-Ungarn hinsichtlich der Befestigungen und Kriegsvorbereitungen in Tirol weit im Rückstand war, sich also durch eine solche Bindung in Nachteil gesetzt hätte, war nach allem, was Italien bisher tat, ein Zweifel in die Loyalität Italiens hinsichtlich Einhaltung eines solchen Vertrages wohl naheliegend.

Was aus diesem Vertragsentwurf, von dem ich erst weit später hörte, geworden ist, weiß ich nicht.

In einer Audienz in Ischl am 29. Juli 1910, gelegentlich Betonung der Dringlichkeit des Ausbaues unserer Wehrmacht, hob ich die Wehr-

macht-Entwicklung in Italien hervor. Auch kam ich auf die sich mehrenden Grenzverletzungen zu sprechen, bei deren Abweisung die österreichischen Organe nicht die erforderliche Vertretung fanden. Es müsse dies auf den Geist derselben nur nachteilig rückwirken, so daß schon aus diesem Grunde mehr Rückgrat geboten wäre.

Das gleiche Thema erörterte ich in einer Audienz am 18. September 1910, wobei ich auf die widerrechtlichen, alles hemmenden Einmengungen des Ministers des Äußern in militärische Maßnahmen hinwies. Zur Sprache kamen auch die italienischen Seemanöver und der Bau des verschanzten Lagers von Gemona—Osoppo (später Friaul-Süd und Friaul-Nord genannt), Maßnahmen, die auf einen italienischerseits geplanten Aufmarsch am Tagliamento deuteten.

Zu den vielen Methoden, mit denen die Spionage gegen Österreich-Ungarn betrieben wurde, gehörten auch die sogenannten wissenschaftlichen Forschungsreisen, die bei unseren amtlichen Stellen ungeprüfte Förderung fanden. Ein solcher Fall nötigte mich, folgenden Brief an Graf Ährenthal zu richten:

„Euer Exzellenz!

Ich kann es mit meinem Verantwortlichkeitsgefühl nicht vereinbaren, über die Entscheidung in der Angelegenheit des italienischen Oberleutnants Magrini hinwegzugehen, ohne mir erlaubt zu haben, E. E. meine diesbezügliche Anschauung mitgeteilt zu haben, welche darauf hinausgeht, daß die Zulassung dieses international bekannten Spions zur Adria-Forschungsreise alle Vorsichtsmaßnahmen durchkreuzt, welche zu treffen unsere militärische Pflicht ist, und daß ich es sehr bedauere, von E. E. in dieser das Kundschaftswesen so eminent berührenden Angelegenheit um meine Anschauung nicht gefragt worden zu sein.

Ich wäre E. E. überaus verbunden, wenn ich E. E. in Hinkunft bei ähnlichen Fällen die meinerseits bestehenden Bedenken vorzutragen Gelegenheit fände.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung Euer Exzellenz

ergebenster

Conrad m. p.

Wien, 20. September 1910."

In einer Audienz am 12. November 1910 kam ich auch mit Seiner Majestät auf dieses Thema zu sprechen, sowie auf die unausgesetzten Nachgiebigkeiten des Ministers des Äußern gegenüber Italien, was auch den Minister des Innern veranlaßt hatte, gegen die von Graf Ährenthal verlangte laue Handhabung des Grenzdienstes zu protestieren. Dem gleichen Tone entsprach Graf Ährenthals Forderung, Offiziere nicht mehr ins Ausland zu entsenden und ihnen selbst die privaten Urlaube dahin

einzustellen. Im übrigen soll (?) selbst der k. u. k. Botschafter von Merey in manchen Fällen, in denen er zuerst Weisung hatte, Rechenschaft zu verlangen, desavouiert worden sein, nachdem San Giuliano sich direkt an Graf Ährenthal gewendet hatte.

An Details konnte ich beifügen: den Vertrieb von Ansichtskarten aufreizender, irredentistischer Tendenz durch den bei uns staatlich geschützten Verein „Lega nazionale", den Verkauf von Geschützen seitens Italiens an Montenegro und, in Verbindung damit, die Anwesenheit italienischer Offiziere, angeblich als botanisierende Ärzte, auf dem Lovčen, der für den Kriegshafen von Cattaro gefährlichsten montenegrinischen Artilleriestellung, ferner die fortschreitende Erwerbung von Holzlagern auf den wichtigsten Bahnhöfen unseres südwestlichen Bahnnetzes durch Reichsitaliener und die damit verbundene Gefahr, im Kriegsfalle Mobilisierung und Aufmarsch gegen Italien durch Inbrandsetzen der Holzlager aufs schwerste geschädigt zu sehen.

Am 23. November 1910 war ich in langer Audienz bei Erzherzog Franz Ferdinand im Belvedere. In dieser erörterte ich nebst anderem auch all die erwähnten Fragen und ergänzte sie durch die Mitteilung, daß das italienische 4. Korps (Piacenza) mit Gebirgsausrüstung versehen worden sein soll, also auch gegen Tirol bestimmt sein dürfte.

Mit Seiner Kaiserlichen Hoheit kam auch das heikle Thema der Maßnahmen zur Sprache, die im Ablebensfalle Seiner Majestät gegen einen italienischen Putschversuch zu treffen wären. Gerüchte wiesen auf einen solchen hin. Auch lagen Berichte vor, wonach bei den italienischen Grenzorganen geheime versiegelte Instruktionen erliegen sollten, die das Verhalten für diesen Fall betrafen. Als eigene Gegenmaßnahmen genügten die in den Alarm-Instruktionen festgelegten; einige ergänzende Befehle wurden vorbereitet, Seiner Kaiserlichen Hoheit zur Genehmigung vorgelegt und sodann im Operationsbureau deponiert. Der Thronfolger bestimmte auch, daß für den gedachten Fall ein höchstkommandierender General in Ungarn zu ernennen sein werde.

Rumänien. Mit Rumänien stand Österreich-Ungarn noch weiter auf dem Boden des Bündnisses vom Jahre 1882. Die Gesinnungen König Carols waren unverkennbar bundestreu, Rumäniens militärische Maßnahmen daher auf den Kriegsfall gegen Rußland gerichtet.

In diesem Sinne war auch die rumänische Gesandtschaft in Wien mit folgendem Schreiben an das Ministerium des Äußern herangetreten:

„Légation de Roumanie.

Geheime Notiz.

Im Auftrage der rumänischen Regierung beehrt sich der königlich rumänische Gesandte folgende Bitte vorzubringen:

Da der Generalstab der königlich rumänischen Armee nicht über genügende Informationsmittel verfügt, um die etwa eintretenden Fälle einer Mobilisierung der längs der rumänischen Grenze liegenden russischen Truppen zu studieren, so würde die königlich rumänische Regierung dem k. k. österreichisch-ungarischen Generalstabe zu sehr großem Danke verpflichtet sein, wenn er dem rumänischen Generalstabe durch die Vermittlung des königlich rumänischen Gesandten auf Grund beiliegenden Fragebogens einige diesbezügliche Informationen gefälligst mitteilen wollte.

Diese Angelegenheit wird selbstverständlich sehr geheim gehalten werden. Zu diesem Zwecke möchten die diesbezüglichen Mitteilungen nur durch Vermittlung des königlich rumänischen Gesandten gemacht werden, umsomehr, als der bisherige rumänische Militärattaché Major Skina von Wien versetzt wurde und sein Nachfolger, Hauptmann Eremia, erst im Laufe des Monats Mai in Wien eintreffen wird.

Wien, den 12. April 1910."

Graf Ährenthal wendete sich an mich und brachte in einer Unterredung, die ich mit ihm am 18. April 1910 hatte, diese Angelegenheit zur Sprache. Ich vereinbarte mit ihm, daß auch unser Militärattaché in Bukarest, Hauptmann von Fischer, von ihr Kenntnis erhalte, da derartige Vermittlungen in seine Dienstessphäre fielen und ich dem Versuch seiner Ausschaltung entgegentreten müsse.

Ich ließ durch die einschlägigen Bureaus des Generalstabes eine eingehende Beantwortung der gestellten Fragen bearbeiten. Das vom 11. Mai 1910 datierte Elaborat sandte ich Graf Ährenthal, nachdem mich dieser am 10. Mai brieflich verständigt hatte, daß er am 11. Mai den rumänischen Gesandten Herrn Misu empfangen werde und gern in der Lage wäre, letzterem andeuten zu können, wann er auf die Auskünfte rechnen könne.

Die Auskünfte bezeichneten die rumänischerseits angeführte Broschüre von Carlowitz-Maxen über russische Truppendislokationen als zutreffend; ferner waren beigelegt eine detaillierte Übersicht der Aushebungs- und Mobilisierungsbereiche der Infanterieregimenter in Südrußland, Daten über die Leistungsfähigkeit der russischen Bahnen im Grenzgebiet gegen Rumänien, besagend, daß durch Kombination der einzelnen Linien sich bis Reni 12, bis Ungeni 18, bis Bielcy 12, bis Oknica 24, somit zusammen 66 hundertachsige Züge täglich heranbringen lassen, überdies bis zur Transversallinie Odessa—Woloczysk weitere 24 Hundertachser; daß hievon bis zum 3. Mobilisierungstag 33, bis zum 4. Mobilisierungstag 40, bis zum 5. Mobilisierungstag 46, vom 6. Mobilisierungstag an 52 Züge für Militärtransporte ausgenützt werden können. Die Frage

hinsichtlich der russischen Karten wurde dahin beantwortet, daß jene 1 : 126.000 und jene 1 : 420.000 minder genau, aber trotzdem als kartographische Grundlage östlich des Meridians von Rowno unentbehrlich seien, da für diesen Raum Kopien der neuen Karte 1 : 42.000 noch nicht erlangbar waren. Beigefügt wurde, daß alle brauchbaren russischen Karten in unserer Generalkarte 1 : 200.000 verwendet sind, die überdies auch durch Rekognoszierungen ergänzt und evident gehalten werde.

In einer Audienz am 11. November 1910 berichtete ich auch Seiner Majestät über diese Angelegenheit, sowie über die rumänischen Aufmarscharbeiten.

Rumäniens Politik befand sich auch 1910 in der zwiespältigen Lage: einerseits in Sorge vor dem russisch-slawischen Druck, Anschluß an Deutschland und Österreich-Ungarn zu suchen, andererseits mit Serbien — dem Satelliten Rußlands — freundschaftliche Beziehungen anzustreben. Rumänien glaubte Serbiens gegen Bulgarien zu bedürfen.

Die seinerzeit mit der Türkei abgeschlossene Militär-Konvention, über welche General von der Goltz*) im Auftrage Sultan Abdul Hamids in Bukarest verhandelt hatte, bestand nicht mehr; ihre Erneuerung war nicht erfolgt. General von der Goltz, der am 16. November 1910 von Konstantinopel nach Berlin reiste und von König Carol von Rumänien eingeladen worden sein soll, auf der Rückreise sich in Bukarest aufzuhalten, meinte diese Einladung mit Rücksicht auf Preßkommentare nicht annehmen zu sollen und wählte seinen Rückweg über Belgrad und Sofia.

Rußland. Rußland litt noch unter den Folgen des japanischen Krieges und der Revolution, die trotz des gewaltsam niedergeschlagenen Bolschewiken-Aufstandes fortdauernd nachzitterte.

Die auf Wittes Rat durch Zar Nikolaus II. am 30. Oktober 1905 gewährte Duma**) hatte infolge maßloser, sowohl von den Sozialdemokraten, als auch von den Bauern erhobener revolutionärer Forderungen eine zweimalige Auflösung erfahren (1906 und 1907). Erst jene vom Jahre 1908 erwies eine längere Lebensdauer, bis auch sie im Jahre 1910 zur Vertagung gelangte wegen Ablehnung eines von Stolypin eingebrachten Gesetzes, der nach Wittes Rücktritt am 5. Mai 1906 zum Minister ernannt worden war. Im April desselben Jahres schränkte auch ein Gesetz vom 10. Juni die Rechte des noch über ein eigenes Parlament verfügenden Finnland wesentlich ein, was zu Gärungen in Finnland führte.

---

*) Leiter der militärischen Reformen in der Türkei; starb als deutscher Generalfeldmarschall während des Weltkrieges in Bagdad.

**) Volksvertretung.

Unbeschadet dieser turbulenten Vorgänge im Innern schritt jedoch die Entwicklung der militärischen Machtmittel weiter, im höchsten Maße unterstützt durch die reichen finanziellen Beihilfen, die Rußland vor allem von Frankreich geboten wurden. Frankreich drang mit allem Nachdruck auf deren Verwendung für rein militärische Zwecke. Es betraf nicht nur den organisatorischen Ausbau der Wehrmacht, insbesondere jener zu Lande, sondern auch den Bau jener sogenannten „strategischen" Bahnen, die einem möglichst weit vorn gelegenen Aufmarsch zur Offensive im Westen dienen sollten. Als daher — worauf im folgenden noch zurück gekommen werden wird — die Gerüchte von einer Rückverlegung des russischen Aufmarsches auftauchten, entstand dagegen auch sofort ein Sturm der Entrüstung in Frankreich. War doch dessen enger Bund mit Rußland erst im Jahre 1909 durch den Besuch des Zaren in Frankreich (Cherbourg) dokumentiert worden, unbekümmert um den Gegensatz zwischen Autokratie und Republik.

Welche Auffassung man damals in Deutschland über die vorerwähnten militärischen Vorgänge in Rußland hatte, geht aus den im früheren angeführten Äußerungen Kaiser Wilhelm II. und Generals von Moltke hervor.

Der aggressiven Politik im Westen wieder zugewendet, war Rußland darauf bedacht, sich in Asien mit England auszugleichen und, insolange es für einen Krieg im Westen nicht voll gerüstet war, mit Österreich-Ungarn die durch die Annexionskrise getrübten Beziehungen wiederherzustellen. Dem entsprach auch eine amtliche Erklärung, wonach beide Reiche darin übereinstimmten, den status quo auf dem Balkan und das Wohl der Balkanstaaten zu vertreten.

1910 wurde auch der mit Graf Ährenthal in scharfem Konflikt gestandene Iswolsky durch Sasonow als Minister des Äußern ersetzt. Es brachte nicht nur keinen Wechsel in Rußlands Balkanpolitik, sondern es verschärfte die Lage dadurch, daß Iswolsky auf den so wichtigen Botschafterposten in Paris berufen wurde, also in die Lage kam, seine Österreich-Ungarn feindliche Politik mit Nachdruck zu verfolgen.

Trotz dieser äußerlichen diplomatischen Tünche setzte Rußland unentwegt seine gegen Österreich-Ungarn gerichtete Agitation fort, nicht nur am Balkan, sondern auch in den slawischen Gebieten der Monarchie, die es in rühriger Propaganda auch in Ostgalizien durchwühlte. In einer Audienz am 1. Feber 1910 und in einer solchen am 18. Juni 1910 sprach ich mit Seiner Majestät hierüber, sowie über die Gerüchte betreffs Rückverlegung des russischen Aufmarsches. Sie konnten damals mit dem Gebaren Japans in Beziehung gebracht werden: der Annexion Koreas,

der Ablehnung des amerikanischen Vorschlages hinsichtlich der mandschurischen Bahnen und der Aufnahme eines außerordentlichen Kredites. Auch die Aufstellung zweier neuer sibirischer Korps seitens Rußlands ließ sich hiemit in Einklang bringen.

Ich vertrat Seiner Majestät gegenüber die Ansicht, daß man sich Rußland gegenüber, falls es sich wieder in Asien engagieren würde, in keiner Weise binden, also auch nicht zum status quo auf dem Balkan verpflichten solle, wie dies leider während des russisch-japanischen Krieges der Fall war. Man möge vielmehr die Zeit der Schwäche Rußlands benützen, die Lage gegenüber Italien und am Balkan zu bereinigen, um in der Folge nicht von Rußland, Italien, Serbien und Montenegro gleichzeitig bedroht zu werden.

In einer Audienz am 24. April 1910 berichtete ich Seiner Majestät über die zunehmende russische Propaganda in Galizien und über die Notwendigkeit einmütigen, alle kleinlichen Kompetenzstreite ausschaltenden Zusammenwirkens der Zivil- und Militärbehörden zur Abwehr dieser Propaganda.

Die Früchte der letzteren haben im Weltkriege nicht nur die militärischen Operationen geschädigt, sondern zahlreichen Offizieren und Soldaten das Leben gekostet und die schärfsten Abwehrmaßnahmen notwendig gemacht, gegen die sich eine teils tendenziöse, teils weichherzige Entrüstung wendete, die das Leben kompromittierter Verräter höher einschätzte, als jenes der für Kaiser und Reich kämpfenden Soldaten.

In einer Audienz am 12. November 1910 berichtete ich Seiner Majestät, daß ich hinsichtlich dieser Propaganda mit dem Minister des Innern Baron Härdtl gesprochen und dieser geäußert habe, daß zur Anregung der auf Bekämpfung der moskalophilen Propaganda abzielenden Maßnahmen der Chef des Generalstabes am berufensten sei.

Serbien und Montenegro. Das Verhältnis der Monarchie zu Serbien und Montenegro blieb das gleiche wie bisher. Unter dem Deckmantel des äußerlichen Nachgebens in der Annexionskrise bestand die auf extreme, aggressive Tendenzen Serbiens gegründete Feindschaft dieses Staates gegen die Monarchie auch weiter. Sie nahm an Intensität noch zu. Im Einklang damit auch das Unterwühlen der slawischen Gebiete Österreich-Ungarns und die Entwicklung der zum Kampf gegen die Monarchie bestimmten Wehrmacht. Insbesondere war es die wohlorganisierte, weitverzweigte und mit den verbrecherischesten Mitteln arbeitende Vereinigung „Narodna odbrana“, die unter Patronanz der serbischen Regierung und im Dienste derselben die Agitation betrieb.

In einer Unterredung mit Graf Ährenthal am 18. April 1910 kam gelegentlich Erörterung der gesamten politischen Lage auch dies zur

Sprache. Ich wiederholte, daß, wenn man im Vorjahre (1909) gegen Serbien losgeschlagen hätte, jetzt klare Verhältnisse geschaffen wären, nunmehr aber nur erübrige, die militärischen Machtmittel der Monarchie raschestens auf größtmögliche Höhe zu bringen, wofür ich seine Unterstützung erbat. Graf Ährenthal bemerkte, daß er auf eine friedliche Angliederung Serbiens und Montenegros hoffe. Im grellen Gegensatz zu dieser Hoffnung stand allerdings die von Serbien aus geleitete Propaganda in den südslawischen Gebieten der Monarchie, vor allem in B. H., wo sie in dem am 6. Juni 1910 stattgehabten Attentat auf den Landeschef General der Infanterie von Varešanin beredten Ausdruck fand. Die auf Gründung des großserbischen Reiches auf Kosten Österreich-Ungarns gerichteten Bestrebungen nahmen immer schärfere Formen an; die Richtung gab die radikale Partei, deren hervorragender, tatkräftiger und skrupelloser Führer Nikola Pašić*) schon im Jahre 1884 schrieb: „Die serbische Nationalidee ist die Vereinigung aller Serben in einem Staate und Bildung eines Balkanbundes der stammverwandten Rassen, der bestimmt wäre, ökonomische, politische und kulturelle Interessen dieser Völker zu schützen und sich gegenseitig im Kriege beizustehen. Österreichs Politik bestand immer, seit es aus Italien und dem Deutschen Bund vertrieben war, darin, das serbische Volk zu Knechten zu machen und zu vernichten, um auf seinem Weg an die Ägäis kein Hindernis zu finden. Seit Österreich-Ungarn aus dem Westen vertrieben ist, sucht es im Osten führende Großmacht zu werden. Deutschland unterstützt es darin, England und Frankreich lassen es gewähren, und Rußland ist die einzige Macht, die Österreich-Ungarn nicht freie Hand auf der Balkanhalbinsel lassen kann. Die Vergrößerung Österreich-Ungarns kann nur auf Kosten Serbiens geschehen; wenn sie gelänge, müßte Serbien verschwinden."**)

Ob bei dieser Schärfe der Gegensätze, die — auch meinerseits — als wünschenswerteste Lösung erachtete friedliche Angliederung Serbiens noch zu erhoffen war, erschien denn doch fraglich, so sehr dabei auch Serbien seine kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung, sowie den Weg an die Ägäis gesichert gehabt hätte.

In einer Audienz am 18. Juni 1910 besprach ich die serbische Frage mit Seiner Majestät, berichtete über die Entwicklung der serbischen Wehr-

---

*) Nachmaliger Ministerpräsident.

**) Siehe das sehr interessante und für das Studium der serbischen Frage bedeutsame Werk: E. C. Corti, Alexander von Battenberg. Sein Kampf mit dem Zaren und Bismarck. Wien. Verlag von L. W. Seidel & Sohn.

macht, insbesondere der Artillerie und betonte das Dringende eigenerseits, und zwar vornehmlich auch bezüglich dieser Waffe nicht zurückzubleiben. Ich legte Seiner Majestät dar, daß Serbien im Kriegsfalle dermalen bereits 364 Feld- und 41 Gebirgs-Geschütze verfügbar habe, denen im Minimalfalle — d. i. bei Engagement der Monarchie auch noch in anderer Richtung — nur 108 Geschütze der Feldbatterien, 48 Geschütze der Reservebatterien, 44 Gebirgsgeschütze und nur im reinen Kriegsfall gegen Serbien allein 432 Geschütze der Feldbatterien, 72 Geschütze der Reservebatterien und 44 Gebirgsgeschütze gegenüberstehen würden.

Montenegro. Zwischen Österreich-Ungarn und dessen Gegnern stets skrupellos lavierend, war Montenegro in den großen Fragen aus den schon mehrerwähnten Gründen an die durch Rußland und Serbien verfolgte, der Monarchie feindliche Politik gebunden. Es ging jedoch nebenher auch seinen auf Erwerbung Skutaris gerichteten Expansionsbestrebungen nach, schürte 1910 den Aufstand der Albanesen gegen die Türkei und rückte damit immer mehr die albanesische Frage in den Vordergrund. An dieser war Österreich-Ungarn nicht nur als Schutzmacht der römisch-katholischen Albanesen, sondern auch aus politischen Gründen interessiert, soferne eine Machtverschiebung am Balkan in Rechnung kam.

Fürst Nikolaus von Montenegro nahm — sei es aus Machtbestreben, sei es aus Rivalität mit dem verwandten serbischen Königshaus — am 28. August 1910 den Königstitel an. Ansonst verstand er es auch weiter, sowohl aus Rußland wie aus Österreich-Ungarn finanzielle Vorteile zu ziehen.

Bulgarien. Die Lage Bulgariens war 1910 durch das gespannte Verhältnis zur Türkei gekennzeichnet. Erschien auch der schon früher erwähnte Konflikt wegen Zahlung von 150 Millionen Francs durch Rußlands Dazwischentreten beseitigt*), und erkannte auch die Pforte in dem zwischen Iswolsky und Rifaat Pascha am 16. März 1910 in Petersburg abgeschlossenen Abkommen die Unabhängigkeit Bulgariens für alle Zukunft an, so blieben die prinzipiellen Gegensätze doch bestehen.

Nach einem Bericht des k. u. k. Militärattachés in Konstantinopel (Oberst von Pomiankowski) vom 20. November 1910 soll sich General von der Goltz dahin geäußert haben, daß er das Verhältnis zwischen

*) Bulgarien schuldete der Türkei 150 Millionen Francs als Tribut und Bahnablösung. Rußland ließ die den Betrag von 82 Millionen überschreitende Summe zugunsten Bulgariens von seinen Forderungen an die Türkei aus dem Jahre 1878 abschreiben.

der Türkei und Bulgarien sehr pessimistisch beurteile und befürchte, König Ferdinand werde nicht mehr sehr lange imstande sein, den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Sollte sich aber Bulgarien im Laufe der nächsten vier bis fünf Jahre zum Kriege doch nicht entschließen, so würde der Türkei nichts anderes erübrigen, als ihrerseits einen Konflikt vom Zaune zu brechen, da ohne entscheidenden Sieg über Bulgarien die Türkei niemals Ruhe haben und es vermögen würde, sich zu konsolidieren und ökonomisch zu entwickeln.

Wie aus den früheren Darlegungen erinnerlich, waren vor Schlichtung der 150 Millionen-Frage durch Rußland Annäherungsversuche zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien im Zuge und auch schon ziemlich weit gediehen. Sie waren aber nach dem Eingreifen Rußlands seitens Bulgariens jäh abgebrochen worden. Es ließ sie überdies in der Presse leugnen. Die erwähnten Annäherungen hatten eine Stütze in dem bulgarischen Kriegsminister General Nikolajew gefunden, der auch die Idee einer Militär-Konvention vertrat. Graf Ährenthal ließ sich durch Bulgariens Stimmungswechsel nicht beirren, nahm den abgerissenen Faden wieder auf und erließ für das Verhalten unseres Gesandten und des Militärattachés in Sofia folgende, auch mir mitgeteilte Weisungen vom 10. Mai 1910 (Nr. 1171):

„General Nikolajew ist zweifelsohne ein überzeugter Anhänger eines Zusammengehens Bulgariens und der Monarchie und hat diese Gesinnung wiederholt, zuletzt noch gelegentlich der Ernennung eines neuen Generalstabschefs in einer Weise betätigt, die uns nur erwünscht sein kann. Es erscheint daher für die k. u. k. Gesandtschaft durchaus angezeigt, die Beziehungen zum genannten General auch weiterhin zu pflegen. Sollten also Euer Hochwohlgeboren, beziehungsweise der Herr Militärattaché unter dem Eindruck sein, daß Nikolajew auf seine mehr erwähnten Eröffnungen eine Rückäußerung von Ihrer Seite oder der des Herrn Majors erwartet, so könnte sich dieselbe im Sinne meines zitierten Erlasses in folgender Richtung bewegen:

Die Situation der letzten Zeit habe zu einem besonderen Hervortreten der Monarchie in Sofia keinerlei Anlaß geboten. Wir hätten jedoch, wie der General wohl wisse, uns bei verschiedenen Anlässen Bulgarien gegenüber unentwegt freundlich gezeigt. Auch für die Zukunft erblickten wir in Bulgarien einen starken Faktor am Balkan, dessen Interessen mit denjenigen der Monarchie nicht kollidierten und vielfach übereinstimmten. Wir könnten nicht annehmen, daß Bulgarien eine andere als eine seinen Interessen entsprechende Realpolitik befolgen werde und gäben uns daher

der Erwartung hin, daß wir uns auf dieser Grundlage in einer gegebenen Situation wiederfinden würden.

Die Verdächtigungen gegen unsere Politik, von denen der General gesprochen habe, würden, so wie in Konstantinopel, auch in Sofia von unseren Gegnern als perfide Waffe gegen uns benützt. Es würde weder unseren wohlverstandenen politischen, noch unseren ökonomischen Interessen entsprechen, in Mazedonien oder Albanien auf Ländererwerb auszugehen, und Euer Hochwohlgeboren seien in der Lage, positiv zu wissen, daß dies unseren Absichten durchaus fern liege. Solenne Erklärungen in dieser Beziehung seien, wie ja bekannt, bereits wiederholt erfolgt; zu einer neuen formellen Enunziation liege keinerlei Anlaß vor. Sie würde auch unsere Gegner keineswegs davon abhalten, ihre Verdächtigungen zu erneuern. Jedermann aber, der unsere Politik mit Verständnis und ohne Voreingenommenheit verfolge, müsse in unseren Handlungen die Bestätigung unserer Worte finden.“

Die auf Mazedonien und Albanien hinweisende Stelle trug den Aspirationen Rechnung, die Bulgarien bezüglich dieser Gebiete hegte. Daß es bei dem dort lodernden Aufstand seine Hände im Spiel hatte, war eine bekannte Sache. In der Audienz am 11. Mai 1910 sprach ich mit Seiner Majestät hierüber und erwähnte, daß der Besuch, den der König von Bulgarien, begleitet vom Kriegsminister und dem Minister des Innern, dem Kloster Rilo*) abstattete, vermutlich die Fühlungnahme mit den mazedonischen Führern — anläßlich des albanischen Aufstandes — zum Zwecke hatte.

Türkei. Am 24. April 1910 hatte Mahmud Schefket Pascha den am 13. April in Konstantinopel ausgebrochenen, gegen das jungtürkische Regime gerichteten Soldatenaufstand niedergeworfen. Am 24. April wurde Sultan Abdul Hamid des Thrones verlustig erklärt und durch seinen den Jungtürken ergebenen Bruder Abdul Reschad — als Sultan Mohammed V. — ersetzt, Schefket Pascha zum Kriegsminister ernannt. Energisch ging das neue Regime (unter Beiziehung des deutschen Generals von der Goltz) auch an die Reorganisation der Wehrmacht. Im September 1910 wurden die bisherigen sieben Orders**) in vierzehn modern organisierte Korps umgewandelt und durch den Ankauf der deutschen Linienschiffe „Weißenburg“ und „Friedrich Wilhelm“ die Flotte vermehrt.

Nach Abwehr der französischen Versuche, die türkische Finanzverwaltung unter Frankreichs Aufsicht zu bringen, durch den türkischen

*) 65 Kilometer südlich Sofia, nahe der türkischen Grenze.

**) Militärbezirke, welche verschieden starke Korps aufstellten.

Finanzminister Djavid Pascha und nach Scheitern des Versuches, bei Frankreich eine Anleihe aufzunehmen, erhielt die Türkei eine solche bei Deutschland im Betrage von 11 Millionen türkischen Pfunden (200 Millionen Mark). Auch dadurch knüpften sich engere Beziehungen zwischen beiden Staaten, womit auch Österreich-Ungarn zu rechnen hatte. Die Verstimmungen zwischen der Monarchie und der Türkei, hervorgerufen durch die Annexion von B. H., hatten sich gelegt. Schon im Vorjahre, gelegentlich meines persönlichen Verkehrs mit Mahmud Schefket Pascha, konnte ich dies bemerken. Ich hatte ihn bei den deutschen Manövern in Mergentheim getroffen.

Der latenten Gefahr, die der Türkei seitens Bulgariens drohte, ist bereits gedacht, dazu kamen schwere Verwicklungen im Reiche selbst. In Arabien waren die Scheiks Idris und Jahia im Aufstand, auch in Albanien war ein Aufstand ausgebrochen und in Mazedonien die Ruhe nicht wiedergekehrt. Die Beziehungen der Türkei zu den Großmächten schildert ein Bericht vom 16. Oktober 1910 des k. u. k. Militärattachés in Konstantinopel wie folgt:

„Konstantinopel, am 16. Oktober 1910.

Euer Exzellenz!

Schneller als man es nach der allgemeinen Lage erwarten konnte, ist in dem politischen Verhältnis der Mächte der Tripleentente zur Türkei eine wesentliche Änderung eingetreten. Die bisher so herzlich scheinende Freundschaft ist im Laufe der letzten zwei Monate erkaltet und an Stelle der früheren, allerdings nie ganz echten Intimität traten gegenseitige Beschuldigungen und direkte Schikanen gegen die Türkei.

Zuerst war es England, welches aus seiner Unzufriedenheit mit dem Lauf der Dinge in der Türkei kein Hehl machte und seine Sprache gegenüber dem bisherigen Schützling radikal änderte. Frankreich und Rußland vermochten zwar etwas länger die Maske der Freundschaft zu bewahren, doch im August sahen sich auch diese Mächte veranlaßt, dem Beispiele Englands zu folgen und der Pforte ihre Mißbilligung bezüglich ihrer Politik zu erkennen zu geben. Es ist nur eine Konsequenz dieser Sinnesänderung der Westmächte, wenn die Türkei nunmehr zu trachten scheint, ihre Beziehungen zu Deutschland und zu unserer Monarchie wärmer zu gestalten.

Über die Gründe der Unzufriedenheit Englands mit dem jungtürkischen Regime habe ich bereits wiederholt Gelegenheit gehabt, Bericht zu erstatten. Sie liegen hauptsächlich darin, daß die englischen Unternehmungen auf türkischem Gebiete, z. B. die Lynchkompagnie, dann die

Irrigationsarbeiten in Mesopotamien, Landankäufe englischer Kapitalisten im Schatt el Arab und in Syrien und neuestens die unter englischem Einfluß reorganisierte Mahsussé-Gesellschaft von Seite des türkischen Staates mit Mißtrauen beobachtet und entweder zu wenig unterstützt, oder sogar direkt feindlich behandelt werden. Auch die schüchternen Anfänge einer panislamitischen Bewegung, die sich in Indien und Ägypten bemerkbar machen soll, sowie das Entstehen von Zweigvereinen des ottomanischen Flottenvereines in den bezeichneten englischen Domänen dürften der britischen Regierung gar nicht gefallen.

Frankreich glaubt, sich über die Bevorzugung der deutschen Industrie beklagen zu sollen. Der Ankauf von vier Torpedobootzerstörern in Schichau, sowie die Zögerung der türkischen Regierung, den längst ausgefertigten Vertrag bezüglich der Lieferung von 36 Gebirgsgeschützen endlich zu unterzeichnen, haben in Paris sehr verstimmt. Verschiedene Interventionen des hiesigen französischen Botschafters Herrn Bompard zu Gunsten der christlichen Wehrpflichtigen scheinen gleichfalls gewisse Reibungen hervorgerufen zu haben und das feste Auftreten der Türkei in tripolitanisch-tunesischen Grenzfragen dürfte auch nicht nach dem Geschmacke der französischen Regierung gewesen sein.

Die russische Politik am Goldenen Horn hat trotz der geschäftigen Tätigkeit des Herrn Tscharykow und des Einflusses der Frau des türkischen Ministers des Äußern Rifaat Pascha (eine Russin, geborene von Riesenkampf) nur Niederlagen aufzuweisen. Der Versuch einer Rußland günstigen Lösung der Meerengenfrage, dann die Bemühungen zur Bildung des Balkanbundes haben schmählich geendet; die islamitische Bewegung greift auch nach Rußland hinüber und sogar in Persien hat die Türkei nicht übel Lust, ein Wort mitzureden.

Während sich nun infolge aller dieser Gegensätze und Reibungen auf Seite der Mächte der Tripleentente ein gewisser Unmut ansammelte, wurde auch die Türkei ihrerseits durch das unklare, zweideutige Verhalten Englands, Frankreichs und Rußlands in der Kretafrage in ihrem bisherigen blinden Vertrauen zu diesen Mächten sehr erschüttert. Die Abweisung der übertriebenen Forderungen bezüglich definitiver Regelung der Frage hätte man allenfalls noch verwunden, daß aber die Westmächte nicht einmal betreffs der Souveränität des Sultans zu klaren, dezidierten Erklärungen zu bringen waren, mußte notwendigerweise am Bosporus stutzig machen und nachdenklich stimmen. Man hatte bis dahin den unfreundlichen und gereizten Ton der englischen und gelegentlich auch der französischen Tagesblätter absichtlich nicht beachtet; im Monate Juli jedoch begann auch die türkische Presse den bisherigen devoten Ton aufzugeben und selbst das offizielle Organ der jungtürkischen

Partei, der „Tanin“, veröffentlichte Artikel, welche der schweren Enttäuschung der ottomanischen Politiker deutlichen Ausdruck gaben.

Während nun durch den Federkrieg der Presse die beiderseitige Verstimmung stark gestiegen war, erregte der Ankauf deutscher Schiffe durch die Türkei auf Seite der Tripleentente einen wahren Sturm der Entrüstung. Jede weitere Rücksicht wurde nunmehr beiseite gesetzt und das Bestreben, die Türkei ihre Vergehen büßen zu lassen, gewann die Oberhand. Die Zusammenkunft des Großveziers mit Graf Ährenthal wurde als Anschluß der Türkei an den Dreibund erklärt und durch die von Tscharykow lancierte Nachricht über den Abschluß der rumänisch-türkischen Militärkonvention ergänzt; und um die Türkei die Macht der Tripleentente fühlen zu lassen, wurden bei der in Paris gerade in Verhandlung stehenden Anleihe Bedingungen gestellt, welche mit der Würde eines souveränen Staates unvereinbar sind und von der Türkei nicht angenommen werden konnten. Doch auch bei diesem Hauptcoup scheint es, daß die französische Animosität der jungtürkischen Partei nur einen Erfolg mehr einbringen wird, da die französische Regierung zum Schluß doch auf ihre drückenden Bedingungen verzichten und die Anleihe auch ohne dieselben zustande kommen dürfte.

Die Ereignisse der letzten zwei Monate müssen nun wohl selbst den verstocktesten Jungtürken über den wahren Charakter der englisch-französisch-russischen Freundschaft und die Ziele der Politik dieser drei Mächte die Augen geöffnet haben. Es ist nun klar, daß dieselben eine schwache, dahinsiechende Türkei patronisieren und ausbeuten wollen, aber ein Erstarken dieses Staates nicht nur nicht wünschen, sondern mit allen Mitteln zu verhindern trachten. Daß ihnen dies nicht gelingt, daß die Türkei trotz allen Schwierigkeiten doch vorwärts schreitet, nach allen Seiten eine kräftige, selbstbewußte Politik führt und sich gegen Ausbeutungsversuche — von welcher Seite sie auch kommen mögen — energisch zur Wehre setzt, daß die Blamagen der Botschafter der Ententemächte sich stets zu Erfolgen der jungtürkischen Regierung umsetzen, das sind die wahren und tieferen Gründe der in letzter Zeit veränderten Stimmung der Ententemächte. Hätten England, Frankreich und Rußland dem Jungtürkentum etwas mehr Lebenskraft zugemutet und die bisherige Entwicklung vorausgesehen, so hätten sie wahrscheinlich in der Annexionskrise eine andere Politik befolgt, als jene, welche dem neuen Regime die ersten Erfolge brachte und die Basis für seine Stellung im Inneren bilden konnte.

Es ist selbstverständlich, daß man in deutschen Kreisen mit der neuesten Wendung in der türkischen Politik sehr zufrieden ist und

speziell das Zurückweichen des englischen und französischen Einflusses mit größter Genugtuung empfindet. Baron Marschall, der sich in Konstantinopel bereits recht unbehaglich fühlte und bei seiner Abreise im Juli nicht wußte, ob er wiederkehren werde, ist jetzt wieder voll Hoffnung und hat alle seine Gedanken an einen Abschied vom Bosporus wieder zurückgestellt. Trotz aller Befriedigung jedoch verhehlt man sich — wie ich aus bester Quelle erfahre — nicht, daß der Umschwung etwas zu plötzlich und zu früh gekommen ist und für die hiezu noch nicht hinlänglich vorbereitete Türkei manche Gefahren im Gefolge haben könnte. Major von Strempel sagte mir ausdrücklich, daß das Scheitern der türkisch-französischen Anleiheverhandlungen der deutschen Diplomatie höchst unerwünscht wäre, daß man durchaus nicht darauf spekuliere, die Anleihe in Deutschland unterzubringen und daß die deutschen Anbote nur den Zweck haben, der Türkei das Rückgrat zu stärken und sie in den Stand zu setzen, die französischen Bedingungen nach Möglichkeit herabzudrücken.

So weit ich übrigens die Lage zu beurteilen imstande bin, scheint mir die Eventualität, daß die Türkei schon jetzt die Absicht haben könnte, sich offen an den Dreibund anzuschließen, nicht sehr wahrscheinlich zu sein. Wenn auch der politisch denkende Teil der türkischen Bevölkerung über den wahren Charakter der englisch-französischen Freundschaft nunmehr ganz aufgeklärt und das bisherige blinde Vertrauen unwiederbringlich verschwunden sein dürfte, so ist doch nicht anzunehmen, daß die Pforte sich schon jetzt für eine der Mächtegruppierungen in dezidierter Weise entscheiden könnte. Die türkische Politik wird seit jeher hauptsächlich durch die Furcht vor England und Rußland beeinflußt und man ist nach meiner unmaßgeblichen Meinung noch lange nicht an dem Punkte angelangt, sich von diesem Angstgefühl zu emanzipieren und eine unabhängige Interessenpolitik zu beginnen. Es dürfte daher, besonders wenn die französische Anleihe doch zustande kommt und kein unvorhergesehener Zwischenfall eintritt, das türkische Staatsschiff in nächster Zeit, wenn auch mit mehr Vorsicht, so doch wieder ins englisch-französische Fahrwasser einlenken, wobei sich allerdings der deutsche Gegenwind stärker geltend machen wird als bisher.

Was nun unser Verhältnis zur Türkei anbetrifft, so dürften nunmehr so ziemlich alle maßgebenden Kreise von der Aufrichtigkeit und Uneigennützigkeit unserer Politik überzeugt sein. Wie aber trotz der Verstimmung gegen die Tripleentente und dem Ankauf der Schiffe „Brandenburg" und „Kurfürst" die Sympathien in der Türkei für das spezifisch Deutsche nicht gestiegen sind, so glaube ich auch nicht, daß man die Annexion in den letzten zwei Monaten vergessen und verwunden hat und daß

dieses störende Moment aus der türkischen Politik uns gegenüber nunmehr gänzlich ausgeschaltet ist. Unter den militärisch maßgebenden Persönlichkeiten halte ich zwar den Chef des Generalstabes Izzet Pascha für verläßlich dreibundfreundlich und auch uns gegenüber so ziemlich frei von Mißtrauen und Annexionsranküne. Bei Gelegenheit meiner Abschiedsbesuche vor Antritt meines Urlaubes (Ende Juli) wurde ich im Generalstabe nicht allein mit gewohnter Höflichkeit, sondern das erste Mal in sichtlich herzlicher, auszeichnender Weise empfangen. Izzet Pascha dankte für die große Unterstützung, welche Oberstleutnant Ismail Hakki Bey in Wien findet und ließ sich in ein politisches Gespräch ein, in welchem er allerdings außer Betonung der Gemeinsamkeit der Interessen zwischen unseren beiden Staaten wenig Bemerkenswertes produzierte.

Es ist auch ganz zweifellos, daß der Kriegsminister General Mahmud Schefket über die politische Bedeutung und Stellung Deutschlands und Österreich-Ungarns zum Ottomanischen Reiche sich vollkommen klar ist. Er würdigt auch rückhaltlos den Wert der deutschen Reformtätigkeit in der türkischen Armee und ist ein aufrichtiger Bewunderer der deutschen Heereseinrichtungen. Trotzdem muß es sehr befremden, daß er es über sich brachte, im vergangenen Winter Komparativversuche mit Gebirgsgeschützen vorzunehmen, bei welchen Krupp gegen Creuzot unterlag und daß demnächst wieder analoge Proben mit Feldgeschützen stattfinden sollen. Es ist allerdings bekannt, daß Frankreich speziell auf die Lieferung von Kriegsmaterial an die Türkei größten Wert legt und die jungtürkischen Machthaber in dieser Beziehung einen starken Druck auf das Kriegsministerium ausübten. Doch kann auch nicht vergessen werden, daß der despotisch veranlagte Mahmud Schefket Pascha in weit weniger wichtigen Fällen den Forderungen des Komitees ein absolutes Noli me tangere entgegenzusetzen gewußt, in der Deutschland so nahegehenden Geschützfrage aber ohne Kampf nachgegeben hat. Daß unsere Industrieerzeugnisse, selbst wenn sie sich bei Komparativversuchen als die besten erwiesen haben, im Kriegsministerium nicht durchdringen und daß sich speziell Mahmud Schefket Pascha durch recht oberflächliche Argumente von der Überlegenheit englischer, französischer und deutscher Artikel überzeugen läßt, habe ich bei der letzten Lastautomobilkonkurrenz erneuert Gelegenheit gehabt zu konstatieren. Charakteristisch ist auch, daß der Kriegsminister bei meinem Besuche nach meiner Rückkehr vom Urlaube über den Kurs für türkische Offiziere an unserer Armeeschießschule kein Wort erwähnte, geschweige denn einen Dank aussprach. Vielleicht hat er daran vergessen, aber auch dies ist nicht ohne Bedeutung.

Resumiert man alles, was bei Beurteilung der gegenwärtigen politischen Situation der Türkei in Betracht kommt, so kann man sagen, daß

ein gewisser Umschwung in den Anschauungen der leitenden Kreise, sowie in dem Verhältnisse der Pforte zu den Mächten der Tripleentente zugunsten Deutschlands und unserer Monarchie zweifellos konstatiert werden muß. Diese Wandlung ist aber einerseits mit Rücksicht auf die innerpolitische Lage des Reiches noch zu früh eingetreten, um als definitiv angesehen werden zu können, anderseits kam sie zu plötzlich, um imstande gewesen zu sein, schon jetzt in weitere Kreise einzudringen. Die Türkei ist bezüglich Entwicklung ihrer Kräfte trotz allen inneren Schwierigkeiten momentan in aufsteigender Bewegung begriffen. Speziell die Armee hat in Albanien und letzthin im Hauran ihren inneren Wert erwiesen und dürfte sich in zwei bis drei Jahren zu einem Faktor ausgestalten, mit welchem bei jeder kriegerischen Verwicklung ernstlich wird gerechnet werden müssen. Das Ottomanische Reich wird infolgedessen in den nächsten Jahren aller Wahrscheinlichkeit nach an internationaler Bedeutung wesentlich zunehmen.

Daß es nun für den Dreibund und besonders für uns äußerst wichtig ist, die Entwicklung des Ottomanischen Reiches, dessen Interessen mit den unsrigen parallel laufen, nach Kräften zu fördern, dann, daß unsere Politik nun noch mehr als bisher dahin gerichtet sein muß, die Türkei definitiv an unsere Seite zu bringen, kann keinem Zweifel unterliegen. Mit Rücksicht auf immerhin mögliche Rückschläge in der äußeren Politik der Türkei und auf den bekannten Charakter der Osmanen und ihre Eigentümlichkeiten scheint es mir jedoch, wie bisher, auch weiterhin angezeigt, in unseren Beziehungen zur Türkei eine gewisse Vorsicht und Reserve nicht außer acht zu lassen. Meine diesbezüglichen Ausführungen im Berichte Res. Nr. 42 vom 1. Feber 1910 scheinen mir auch heute, trotz der teilweise veränderten Lage, an Aktualität nicht verloren zu haben.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Pomiankowski, Oberst."

England. Am 6. Mai 1910 starb König Eduard VII., sein Werk aber blieb und wirkte fort. Deutschlands Entwicklung scheel verfolgend, stellte England vor allem seine außereuropäischen Interessen sicher. In Indien, das nach außen der Vertrag mit Japan (1907) schützte, wo es jedoch im Innern gärte, wurde im Juni 1910 Harding zum Vizekönig ernannt. Die afghanische Frage war zu Gunsten Englands geregelt; in Persien, durch Androhung einer Besetzung Südpersiens, die Ruhe hergestellt; mit Rußland waren die Interessensphären in Persien abgegrenzt; die Burenfrage war erledigt. In Europa noch in der Kretafrage engagiert, hatte England mit den anderen Schutzmächten (Rußland, Frankreich,

Italien) zu Gunsten der Mohammedaner eingegriffen und die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kretenser, sowie die Aspirationen Griechenlands auf Angliederung Kretas eingedämmt. Im Innern aber war, wie stets, Irland sein wunder Punkt.

Frankreich. In Frankreich blieb auch 1910 der feindliche Kurs gegen Deutschland der Grundton der äußeren Politik. Damit im Zusammenhang gewährte es Rußland die weitestgehende finanzielle Hilfe zu kriegerischen Zwecken und unterstützte Serbien durch Lieferung von Geschützen und sonstigem Kriegsmaterial. Frankreichs Haltung gegen Österreich-Ungarn war durch das Allianzverhältnis der Monarchie zu Deutschland gegeben.

Schweiz. Mein Bemühen, mit den maßgebenden militärischen Kreisen der Schweiz in freundschaftlicher Fühlung zu bleiben, setzte ich auch im Jahre 1910 fort. Einerseits waren es die schon erwähnten, aus der nachbarlichen Lage entspringenden militärischen Gründe, die mich dazu veranlaßten, andererseits war es das Interesse an einer Wehrmacht, die das Milizsystem hoch entwickelt hatte, also als Maßstab dafür gelten konnte, ob und unter welchen Bedingungen dieses System auch anderwärts möglich oder rätlich sei. Dies brachte mich in Verkehr mit dem schweizerischen Chef des Generalstabes Oberst-Korpskommandanten von Sprecher, dessen hervorragende Persönlichkeit von weitestgehendem Einfluß auf die Wehrmacht der Schweiz war. Noch vom Jahre 1905 her kannte ich auch Oberst Egli, der damals als uns allen lieber Gast in Tirol den Manövern meiner Division beigewohnt hatte. Unsere Beziehungen zur Schweiz waren ferner durch den k. u. k. Militärattaché Major Baron Berlepsch vorzüglich vertreten. Der Einladung zu unseren Manövern im Jahre 1910 vermochte Oberst von Sprecher nicht nachzukommen, da er im Jahre 1908 den deutschen, 1909 den französischen Manövern beigezogen und 1910 durch die Manöver in der Schweiz selbst zurückgehalten war. Dagegen besuchte er Mitte Juni 1910 Wien, wo ich die Freude hatte, mit ihm persönlich zu verkehren und Gelegenheit fand, mich über die von ihm geschaffene neue „Truppenordnung" (Organisation) des Schweizer Heeres informieren zu lassen.

Dieser Zusammenkunft folgte meine Einladung zu den für die Zeit vom 29. August bis 8. September 1910 anberaumten Manövern des II. eidgenössischen Armeekorps im Jura, eine mir willkommene Gelegenheit, auch durch Augenschein die schweizerischen Heeresverhältnisse kennen zu lernen. Über meine Teilnahme an diesen Manövern folgt näheres bei Anführung meiner persönlichen Verwendungen im

Jahre 1910. Andeuten möchte ich hier nur, daß mir in politischer Hinsicht die scharfe Trennung der deutschen und der romanischen Strömung in der Schweiz aufgefallen war, in militärischer Hinsicht aber der überraschende Umstand, daß ein Milizsystem, wie jenes der Schweiz, uns kostspieliger gekommen wäre als unser stehendes Kaderheer.

Österreich-Ungarn. In der äußeren Politik der Monarchie schien die diplomatische Beilegung der Annexionskrise und das Vertrauen auf den Dreibund für die nächste Zukunft ein gewisses Gefühl der Sicherheit zu rechtfertigen, wenn auch die unruhigen Zustände in der Türkei, die mannigfachen dortigen Verwicklungen und die Gefahr eines dort plötzlich auflodernden Brandes die Blicke stets nach dieser Richtung lenkten.

Wie aus allen früheren Darlegungen erklärlich, konnte ich das Gefühl der Sicherheit nicht teilen. Ich sah in der Scheinlösung der Annexionskrise die zukünftige serbische Gefahr, in dem konstanten militärischen Erstarken der Ententemächte das drohende Unheil eines Kampfes gegen erdrückende Übermacht und in Italien einen treulosen Bundesgenossen, der sich skrupellos auf die Seite unserer Gegner schlagen wird.

Diese meine Anschauungen habe ich wiederholt mündlich und schriftlich, so auch in meinen Denkschriften vertreten und daraus die dringende Notwendigkeit abgeleitet, alles aufzubieten, um für die Stunde der Entscheidung wenigstens militärisch so stark als möglich dazustehen. Das Streben nach diesem Ziele fand mannigfache Hindernisse. Der Kampf gegen sie brachte mich in vielseitige Konflikte, auch in jene, die meiner Warnung vor Italien entsprangen und meinem Bemühen, sich gegen diesen vermeintlichen Alliierten vorzusorgen.

Ganz besonders erschwerend wirkten die politischen Kämpfe im Innern der Monarchie, so vor allem jene, die durch die Vorgänge in Ungarn geschaffen waren.

Die Blicke nur nach innen kehrend und aufgehend im Hader der Nationalitäten und Parteien, blieb man blind gegen die sich von außen her auftürmenden Gefahren und blind gegen die Notwendigkeit, diesen Gefahren durch eine starke Wehrmacht zu begegnen.

Während zur Zeit der Annexionskrise, bedingt durch die Lage, mein Verkehr mit Graf Ährenthal ein reger war, beschränkte er sich im Jahre 1910 auf seltenere Besprechungen. In einer solchen am 18. April 1910 kam nach Erledigung der Bitte Rumäniens um Daten über Rußland die gesamte äußere Lage zur Sprache, dann jeder Kriegsfall, in den die Monarchie möglicherweise geraten könnte. Meinem Bemerken, daß ein kriegerischer Ausgleich unseres Konfliktes mit Serbien klare Verhältnisse

geschaffen hätte, setzte Graf Ährenthal die Meinung entgegen, daß er auf friedliche Angliederung Serbiens und Montenegros hoffe. Er erörterte das Verhältnis zwischen Japan und Rußland, Japan und Amerika, Japan, Rußland und England gegenüber Amerika, ferner das Verhältnis zwischen Deutschland und England, endlich die Rolle der Türkei.

Als Resumé ergab sich die Forderung, daß — nachdem für die Marine 300 Millionen bewilligt waren — endlich mit allen Mitteln auch die Landmacht ausgestaltet werden müsse, damit wir 1913 hinreichend stark seien, um unsere Politik zu stützen. Als notwendig bezeichnete ich einen außerordentlichen Kredit von 480 Millionen Kronen und die Erhöhung der Rekrutenzahl im Wege des neuen Wehrgesetzes. All dies aber sofort, weil sich organisatorische Maßnahmen nicht über Nacht schaffen ließen.

Wieder lenkte ich die Aufmerksamkeit Graf Ährenthals auf die zielbewußte Arbeit Italiens, als deren Ziel ein Krieg gegen die Monarchie unverkennbar war, auch auf die Gefahr, von Italien überholt zu werden. Ich bat ihn, bei Seiner Majestät den Ausbau des Heeres zu vertreten und meine Forderungen zu unterstützen.

Am Schlusse der Besprechung zeigte mir Graf Ährenthal als Kuriosum ein Memoire Metternichs an Kaiser Franz I. vom Jahre 1820, das genau auf die jetzige Lage (1910) stimmte und in der Forderung nach Ausbau der Wehrmacht gipfelte.

Ich wäre glücklich gewesen, wenn Graf Ährenthal das Analoge getan hätte, aber wie die Folgezeit erwies, war dem nicht so.

Daß ich in einer Audienz in Ischl am 29. Juli die Forderungen bei Seiner Majestät vertrat und dabei nicht nur auf Italien, sondern auf das seit seinem Vertrag mit Japan wieder gegen Westen freigewordene Rußland wies, sowie daß ich in Audienzen am 18. September und 12. November auf die schädliche Nachgiebigkeit gegenüber Italien aufmerksam machte und mich gegen widerrechtliche Einmengungen Graf Ährenthals in militärische Maßnahmen verwahrte, soll hier nur wiederholt und kurz angedeutet werden. In der Audienz am 12. November kam ich bei Hervorhebung der Notwendigkeit des Kundschaftsdienstes auf die schwächliche Haltung bei auswärtigen Konflikten zu sprechen. So im Falle Rajaković, eines in Serbien aufgegriffenen k. u. k. Offiziers, der Serbien gegenüber im Stiche gelassen wurde, während man bei uns ausländischen Offizieren gegenüber im analogen Falle alle mögliche Rücksicht walten ließ. Ich trat dem von Graf Ährenthal bei Seiner Majestät gestellten Verlangen entgegen, Offizieren das Reisen im Ausland zu verbieten. Ich bemerkte: „Wenn Graf Ährenthal bei Eurer Majestät gegen mich arbeitet, so muß ich mich dagegen wehren.“

Ich erwähne diese Details, weil sie Einblick in das knarrende Räderwerk bieten und zeigen, wie sich allmählich die Gegensätze zuspitzten, die schließlich zum offenen Konflikte führten.

Als Resumé der äußeren Lage im Jahre 1910 ergab sich:

Äußerlich korrekte Beziehungen mit allen Staaten; bundestreues Gebaren der Verbündeten — tatsächlich aber unverkennbares Abschwenken eines der Alliierten (Italien) — gärende Keime für kommende schwere Komplikationen; engeres Zusammenschließen der Deutschland und Österreich-Ungarn feindlichen Mächte zu einer überstarken Koalition bei eifrig betriebener, aber noch nicht durchwegs vollzogener Ausgestaltung ihrer militärischen Kräfte.

Innere Lage. Unbekümmert um die sichtlich immer mehr und mehr von außen drohenden Gefahren oder blind gegen sie, standen sich im Innern Parteien, Nationen, Fraktionen, Koterien etc. im ununterbrochenen Hader gegenüber, der die Einzelinteressen über alles stellte und die dringende Sorge für die gemeinsame Not in den Hintergrund drängte.

Für die gemeinsame Wehrmacht hatte man daher nicht viel übrig; den einen war sie aus nationalen, den anderen aus sozialen, den dritten aus wirtschaftlichen Gründen unbequem oder nicht sympathisch. Sie wurde vielfach nur als überkommenes notwendiges Übel empfunden und gern als der „Moloch" bezeichnet, der, ohne selbst produktiv zu sein, an den Staatsmitteln zehre. Daß die Mittel für eine starke, wohlausgerüstete Wehrmacht das bestangelegte Kapital sind, dafür war nicht jenes Verständnis vorhanden, wie beispielsweise in Frankreich.

Auch ein großer Teil der Presse folgte dieser Richtung, nicht nur armeefeindliche Hetzblätter, sondern auch ernste Journale. So feierte die „Neue Freie Presse" in einem Artikel vom 17. September 1910 den Finanzminister, weil er das ohnehin auf das dürftigste zusammengestrichene Heeresbudget noch weiter restringierte.

In Ungarn stand, außer den finanziellen Motiven, auch das Streben nach Schaffung einer rein ungarischen Armee allen Forderungen für das gemeinsame Heer hemmend entgegen.

Die ungarische, die kroatische, die böhmische, die slovenische, die italienische, die polnisch-ruthenische, endlich die bosnische Frage kamen nicht zur Ruhe, daneben nahm das sozialdemokratische Problem an Bedeutung zu.

Die Ausgleichsversuche zwischen den Deutschen und den Tschechen waren gescheitert; der Statthalter Franz Graf Thun, der mir in Grado gelegentlich gleichzeitigen Kuraufenthaltes im Juni 1910 mit großen

Hoffnungen sein Ausgleichsprogramm entwickelt hatte, war damit nicht durchgedrungen. „Deutscher Nationalverband“ und „Slawische Vereinigung“ blieben sich schroff gegenüber.

In Ungarn standen nach wie vor die auf das selbständige ungarische Heer abzielenden Konzessionen, das Verlangen nach Banktrennung, dann die Wahlreform im Vordergrund.

Nach resultatlosen Verhandlungen in allen diesen Belangen war im Jänner 1910 die Ernennung Graf Khuen-Hederváryś zum ungarischen Ministerpräsidenten erfolgt, der, gestützt auf die von ihm ins Leben gerufene „Arbeitspartei“, vor allem die Wehrvorlage durchbringen sollte. Aber dem demokratischen Wahlrecht, bei dessen Annahme man eine kulantere Behandlung der Heeresfrage erwartete, widerstrebte die Mehrheit der führenden Parteien. Auf anderem Wege kam man gleichfalls nicht zum Ziele. Dagegen gelang es der ungarischen Regierung, sich eine Anleihe von 560 Millionen Kronen zu verschaffen, die nach Frankreichs abschlägigem Bescheid von Deutschland gegeben wurde. Auch ein Symptom für Frankreichs Stimmung gegenüber Österreich-Ungarn.

Ganz besonders scharf spitzten sich die Dinge in Kroatien zu, wo auch noch die Fiumaner-Frage mitsprach, dann jene in Bosnien-Herzegowina.

Ich verfolgte alle diese Vorgänge, kümmerte mich aber nur insoweit darum, als sie militärische Verhältnisse berührten.

Am 10. Juni 1910 besuchte mich Graf Stürgkh im Auftrage des Ministerpräsidenten, um meine Anschauungen hinsichtlich Gewährung einer italienischen Universität, als deren Sitz die Italiener Triest verlangten, einzuholen. Ich präzisierte meine Ansicht dahin, daß insolange die irredentistischen italienischen Machinationen andauern, alles vermieden werden müsse, was sie fördert. Eine italienische Universität oder Fakultät in einem italienischen Sprachgebiet wäre eine solche Förderung. Es sei ein Kinderglaube, zu meinen, daß die Italiener durch ein solches Zugeständnis von ihren großen politischen Aspirationen abgehalten würden. Wenn überhaupt, sei eine italienische Universität nur in einer politisch indifferenten Stadt, etwa Wien oder Graz, zulässig. Ich fügte bei, daß die Regierung endlich auch im Parlament die Dinge beim wahren Namen nennen und erklären solle, daß, insolange die irredentistische Agitation besteht, an die Errichtung einer italienischen Universität, die nur eine Pflegestätte dieser Agitation wäre, nicht zu denken sei. Endlich äußerte ich Graf Stürgkh gegenüber, daß an Italiens Bundestreue nicht zu glauben sei, daß es sich zum Krieg gegen uns vorbereitet und erst nach dessen Austrag die Universitätsfrage diskutabel wäre.

Mit ganz besonderer Besorgnis sah der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand die innere Lage an. Er gab dem in einer Besprechung Ausdruck, die ich im Belvedere am 23. November 1910 mit ihm hatte. Er verlangte mit Bezug auf innere Konflikte eine völlig exterritoriale Dislozierung der Truppen.

Seine kaiserliche Hoheit sagte: „Schauen Sie nach Portugal!*) Die Armee ist die Stütze des Thrones, man muß die Regimenter durcheinander mengen, Böhmen nach Ungarn, Ungarn in deutsche Garnisonen und so weiter."

Ich bemerkte, daß dies nur im begrenzten Maße möglich sei, weil ansonst Mobilisierung und Aufmarsch im Kriegsfalle ganz bedeutend geschädigt werden würden. Ich müsse mich gegen eine weitgehende Vermengung aussprechen. Man könne übrigens im Hinblick auf innerpolitische nationale oder soziale Konflikte wenigstens bisher der Truppe sicher sein.

Auf die Erwiderung des Erzherzogs: „Äußere Kriege werden wir nicht mehr haben", gab ich meiner gegenteiligen Ansicht Ausdruck und wies auf die der Monarchie von allen Seiten drohenden Gefahren und auf die Notwendigkeit hin, sich vor allem gegen diese vorzusehen.

Bosnien-Herzegowina. Da ich nach dem Verlauf der Annexionskrise gewärtig war, daß die nächsten äußeren Verwicklungen der Monarchie auf dem Balkan eintreten und von Serbien herrühren würden, mit dem keine klare Lage geschaffen war, wandte ich den Vorgängen in B. H. meine besondere Aufmerksamkeit zu.

Der momentane diplomatische Erfolg gegenüber Serbien, das sich äußerlich als nachgiebig hinzustellen verstand, blieb nicht ohne Rückwirkung auf die Serben Bosniens und der Herzegowina. Er löste bei diesen eine analoge Haltung aus. Sie hatten sich auf den opportunistischen Standpunkt gestellt, mit der Regierung auskommen zu wollen und in dem gewährten Landtag als stärkste Partei ihre Interessen zu vertreten. Dieser scheinbare Umschwung, der ja bei einem Teil der serbischen Bevölkerung auch aufrichtig gewesen sein mochte, den Tendenzen der Mehrzahl und deren Führer aber nicht entsprach, ließ mancherseits die

*) In Lissabon waren am 1. Feber 1908 der König und der Kronprinz bei einer Wagenfahrt von republikanischen Verschwörern erschossen, der dem König in der Regierung folgende zweite Sohn Manuel durch eine Militärempörung am 4. Oktober 1910 vertrieben und die Republik ausgerufen worden.

Idee aufkommen, mit Hilfe der Serben die bosnische Frage in geregelte Bahnen zu bringen.

Die Anhänger dieser Idee argumentierten dahin, daß die Kroaten numerisch und politisch zu schwach, die Mohammedaner gleichfalls zu schwach, dabei politisch zu rückständig seien, überdies auf starr konfessionellem Standpunkt ständen, die Serben hingegen nicht nur an Zahl, sondern auch an Intelligenz und politischer Tüchtigkeit die beiden anderen überragen, weshalb man sie heranziehen und die Regierung auf sie stützen müsse.

Abgesehen davon, daß durch eine solche Zurücksetzung des katholischen kroatischen Elementes auf Kosten des griechisch-orthodoxen Serbentums die Lage auch in Kroatien noch mehr kompliziert, der dortige Konflikt noch mehr verschärft worden wäre, hätte es geheißen „den Bock zum Gärtner machen", wenn man die national und konfessionell nach Serbien gravitierenden, von dort aus inspirierten und die Bildung des selbständigen großserbischen Staates erwartenden bosnischen Serben zur führenden Partei im Landtage gemacht hätte. Mit diesem Bedenken mußte seitens jedweder realen Politik gerechnet werden.

Daß sich in manchen kulturellen und nationalökonomischen Fragen, wie beispielsweise der Kmeten-Ablösung*), Serben und Kroaten finden würden, änderte nichts an obigem Bedenken.

Ein die Lage im Annexionsgebiet schilderndes offizielles Memoire vom März 1910, das im allgemeinen auf den versöhnlichen Ton in B. H. gestimmt ist, enthält folgende bemerkenswerte Stellen:

„Was das Verhalten der Serben der Regierung vis-à-vis anbelangt, so ist diesbezüglich seit der Annexion zweifellos ein erfreulicher Umschwung zum Bessern eingetreten. Die überwiegende Mehrzahl der Serben hat, wenigstens äußerlich, den intransigenten Standpunkt aufgegeben und befleißigt sich einer opportunistischen Haltung. Ob sie aber endgültig auf die Ideale, welche ihnen bis vor kurzem vorgeschwebt, Verzicht geleistet, beziehungsweise die großserbischen Tendenzen aufgegeben haben, wäre sehr zu bezweifeln. Ein bosnisches Sprichwort sagt: „Vuk dlaku mjenja, ali ćud nikad". (Der Wolf wechselt das Haar, die Natur jedoch nie!) Es dürfte hier passende Anwendung finden."

---

*) Ablösung eines Teiles des meist in Händen der mohammedanischen Adligen (Begs) befindlichen Grundbesitzes, zwecks Überlassung an die ihn bisher im Abhängigkeitsverhältnis bebauenden, zu Naturalabgaben an den Beg verpflichteten Kmeten (Bauern, Pächter).

Die Mohammedaner waren in zwei Parteien gespalten: die rein religiöse Partei „Samostalna muslimanska strana", in der auch die Adhemaja-Partei aufgegangen war, nachdem sie ihr bisheriges kroatisch-nationales Programm aufgegeben hatte, und die serbophile Partei „Muslimanska narodna organisacia". Von letzterer sagt das Memoire:

„Die ‚Muslimanska narodna organisacia' (Firdusi-Partei), deren spiritus rector Šerif Arnautović, ein geriebenes, höchst malpropres Subjekt, ist, hatte es bisher verstanden, wenn auch mit Terror und durch falsche Vorspiegelungen, die Masse der islamitischen Bevölkerung zu beherrschen und stand mit den radikalen Serben in inniger Fühlung. Die Führer der genannten Partei konnten sich bis vor Kurzem mit der durch die Annexion geschaffenen Tatsache nicht befreunden und blickten immer nach Konstantinopel, von wo sie, wenn auch nicht momentan, so doch für die Zukunft die Verwirklichung ihrer Pläne erhofften. Den radikalen Serben hingegen schwebte noch immer ein Großserbien vor, beziehungsweise geben sie sich, präziser gesagt, der Hoffnung hin, daß die gegenwärtige staatsrechtliche Stellung Bosniens und der Herzegowina noch keine endgültige sei und erwarten gelegentlich größerer europäischer Verwicklungen mit Hilfe Serbiens eine Änderung der politischen Verhältnisse in ihrem Sinne und sohin den angestrebten Anschluß an Serbien. Diese utopischen Ziele einerseits, die Unzufriedenheit mit der Wendung, die die Dinge genommen haben, andrerseits, bewirkten die sonst unnatürliche serbo-islamitische Allianz, wobei auch der serbische Dinar, mit welchem einige moslemische Führer von Belgrad aus gespickt wurden, eine nicht unwesentliche Rolle spielte."

Als die serbische Jeftanović-Partei nach der Annexionskrise auf den opportunistischen Standpunkt gegenüber der Regierung umschwenkte, sah sich die moslemische Firdusi-Partei veranlaßt, das gleiche zu tun und ihren serbophilen Standpunkt gegen den rein religiösen zu vertauschen, damit sie in der Folge bei der Regierung Schutz gegen Maßnahmen finde, welche, wie die Kmeten-Ablösung, muselmanische Interessen berührten.

Die — weit überwiegend katholischen — Kroaten waren in den Agrarfragen wohl mit den Serben einig, politisch aber standen sie diesen scharf gegenüber. Numerisch in der Hinterhand, waren sie überdies in zwei Parteien gespalten, jene des Sarajevoer Erzbischofs Stadler, dem für die Kroaten Religion und Nationalität untrennbar galten, und jene des Doktor Mandić, der die Vereinigung B. Hs. mit Kroatien auf dem Wege der Annäherung der anderen Konfessionen anstrebte. Eine Idee, bezüglich welcher das Memoire bemerkt: „Derzeit fehlen aber alle Vorbedingungen für die Realisierung des hier in Frage stehenden Prinzipes, da abgesehen

von den Kroaten, die an und für sich im Lande in der Minorität sind, alle anderen, im vorstehenden namhaft gemachten Parteigruppen einer solchen Idee schroff gegenüberstehen."

Aber kaum stand durch die Gewährung des Landtages eine freiheitliche Verfassung in Aussicht, als auch schon Unzufriedenheiten und Forderungen laut wurden.

Zunächst klagten die Serben, daß sie mit ihren fünf Virilstimmen gegen sieben der Katholiken im Nachteil seien, obgleich sie die numerische Majorität im Lande repräsentierten. Sie remonstrierten dagegen, daß der Präsident des Landtages ernannt und nicht gewählt werde und dagegen, daß die drei Konfessionen im Präsidium wechseln, während sie dieses Privileg als stärkste Bevölkerungsgruppe für sich allein beanspruchten. Aber auch die anderen Wortführer, ohne Unterschied des Glaubens, waren mit dem Wirkungskreis des Landtages unzufrieden. Sie beschwerten sich, daß der Landtag auf die gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie, auf das Zoll- und Militärwesen, auf die Bahnen keine Ingerenz habe und sein legislatives Wirken an die Zustimmung der österreichischen und der ungarischen Regierung gebunden sei.

Nicht nur gegenüber den politischen Vorgängen, welche die Keime künftiger Verwicklungen bargen, sondern auch gegenüber den Einwürfen hinsichtlich des Militär- und des Bahnwesens hieß es die Augen offen halten, um nicht diese wichtigen Zweige in die Hände einer Partei gelangen zu lassen, deren Loyalität zum mindesten fraglich war.

Dies veranlaßte mich, die Vorgänge in B. H. auch bei Seiner Majestät zur Sprache zu bringen, wenn ich es aus militärischen Rücksichten für notwendig erachtete.

So vertrat ich in einer Audienz am 18. März 1910 erneuert die schon 1907 erbetene Änderung der Stellung des zu einer Schattenfigur herabgedrückten Landeschefs in B. H.*), im Sinne einer Erweiterung seiner Befugnisse, auch gegenüber dem ihm beigegebenen Ziviladlatus. Als nach Rücktritt Baron Benkos die Neubesetzung letzteren Postens einzutreten hatte, kamen als Nachfolger der jahrelang hervorragend bewährte

---

*) Landeschef war ein hoher General, der auch das militärische Kommando führte; ihm für die Zivilverwaltung beigegeben war ein Ziviladlatus, ohne dessen Zustimmung er nichts verfügen durfte. Der Ziviladlatus erhielt seine Weisungen vom gemeinsamen Finanzminister (in Wien), der damit der eigentliche Regent des Annexionsgebietes war. Er war außer Seiner Majestät als gemeinsamer Minister den Delegationen verantwortlich.

Sektionschef Shek (ein Kroate) und der der serbophilen Richtung zugeneigte Baron Pittner in Betracht. Der Landeschef Feldzeugmeister von Varešanin beantragte Shek, der gemeinsame Finanzminister Baron Burian ernannte jedoch Baron Pittner. Ich bemerkte Seiner Majestät gegenüber, daß ein derartiger Zwiespalt kaum ein gedeihliches Wirken fördern könne. Da die Widerstände gegen militärische Forderungen in B. H., darunter auch die Bahnbauten, immer mit finanziellen Ursachen begründet wurden, hob ich Seiner Majestät gegenüber die kaum zu rechtfertigenden Auslagen hervor, die dem Lande durch den enormen Verwaltungsapparat auferlegt waren. Ich bemerkte, daß Böhmen bei 6½ Millionen Einwohnern mit einem Statthalter, zwei Vizepräsidenten, vier Statthaltereihofräten, einem Hofrat als Landesschulrat, 100 Bezirksämtern und zwei Exposituren das Auslangen finde, während das nur 1·6 Millionen Einwohner zählende B. H. (abgesehen vom gemeinsamen Finanzministerium in Wien) einen Landeschef, einen Ziviladlatus, sechs Sektionschefs, 13 Hofräte, 6 Kreisbehörden, 55 Bezirksämter und 25 Exposituren aufweise.

In der Audienz am 29. Juli in Ischl verwahrte ich mich gegen eigenmächtige Maßnahmen in B. H., welche die militärischen Interessen schädigten. Ohne Wissen des Ministers des Äußern und des Kriegsministers erfolgten Änderungen des Strafgesetzes, wodurch der Militär-Jurisdiktion Vergehen entzogen wurden, die ihr bisher unterstanden. Hinter dem Rücken der Heeresleitung wurden Abmachungen über Elektrifizierung der Bahn Sarajevo—Mostar gepflogen. In öffentlicher Rede stellte der Ziviladlatus dem Lande in Aussicht, daß Post-, Telegraphen- und Telephondienst dem Militär abgenommen werden würde.

Welche Wichtigkeit es aber hatte, gerade auch diese Dienste in verläßlichen militärischen Händen zu wissen, habe ich schon an anderer Stelle ausgeführt. Erneuert wendete ich mich gegen den eingewurzelten Mißbrauch, die Truppen zu Arbeiten zu verwenden, die zivilerseits zu bewirken waren. Ich resumierte, daß eine Änderung der Stellung des Landeschefs unabweisbar erscheine.

In einer Audienz am 4. Dezember 1910 befürwortete ich die Ernennung eines energischen Landeschefs und schlug hiezu Feldzeugmeister Oskar Potiorek vor, dessen bestimmtes Wesen und dessen große Arbeitskraft ich kannte.*)

---

*) Der unglückliche Rückschlag in Serbien hatte im Weltkrieg diesen General als schweres Schicksal getroffen. Eine vorurteilsfreie Geschichtsforschung wird jedoch erweisen, wie sehr die anfangs siegreiche öster-

Militärische Verhältnisse.

Selbstverständlich arbeiteten auch im Jahre 1910 alle berufenen Stellen, nämlich die drei militärischen Ministerien, inklusive der Marinesektion, sowie der Generalstab unablässig an der Entwicklung und Ausgestaltung der Wehrmacht.

Die Masse dieser Arbeiten auch nur anzudeuten, kann nicht in den Rahmen dieses Buches fallen. Nur Einzelheiten, hauptsächlich solche, die mich nötigten, die Einflußnahme des Kaisers zu erbitten, sollen Erwähnung finden. Ich folge dabei der schon für das Jahr 1909 eingehaltenen Stoffgliederung.

Organisation. Die wichtigste und noch immer nicht gelöste Frage betraf die Wehrvorlage und das damit zusammenhängende erhöhte Rekrutenkontingent. Ohne dieses blieb eine Entwicklung der Wehrmacht ausgeschlossen. Die Lösung der Frage scheiterte an dem Widerstand Ungarns. Auch das Wehrgesetz für B. H. harrte der Erledigung. In einem Gutachten vom 9. April 1910 vertrat ich die Forderung, daß die bosnisch-herzegowinischen Landesangehörigen ihre Dienstpflicht im gemeinsamen Heer oder der Marine zu erfüllen hätten, für welche § 3 des Gesetzes lautete, daß sie zur Verteidigung der ö.-u. Monarchie gegen äußere Feinde und zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Innern bestimmt seien. Es erschien nötig, um die auf eine Sonderstellung der bosnisch-herzegowinischen Wehrmacht abzielenden Bestrebungen abzuweisen. Am 21. April 1910 legte ich nach Durchsprache der politischen Lage Seiner Majestät erneuert die Dringlichkeit der Wehrmachtfrage dar und die Notwendigkeit eines außerordentlichen

---

reichisch-ungarische Offensive die Kraft Serbiens gebrochen hatte, so daß es für lange Dauer zur Ohnmacht verurteilt und dadurch die Möglichkeit geboten war, die gegenüber Serbien befindlichen Truppen teils in die russische Front zu ziehen, teils gegen den neuerstandenen Feind (Italien) nach Westen zu wenden, sowie auch, daß bei Wiederaufnahme der Offensive gegen Serbien die vereinten deutschen, bulgarischen und österreichisch-ungarischen Truppen den Boden in einer Weise vorbereitet fanden, die den Erfolg ganz wesentlich erleichterte.

Kredites von etwa 500 Millionen Kronen für die Landmacht und von 300 Millionen für die Seemacht. Dazu eine allmähliche Steigerung des zur Zeit 370 Millionen betragenden ordentlichen Jahresbudgets auf 500 Millionen (im Jahre 1918) für Heer und Kriegsmarine. Ich berief mich auf die Heeresentwicklung Italiens und der Balkanstaaten, ganz besonders aber auf jene Rußlands, welches 700 Millionen Rubel für die Marine, 650 Millionen für das Heer, somit 1350 Millionen Rubel, gleich 3375 Millionen Kronen verausgabe.

Am 8. Juli 1910 hatte der ungarische Landesverteidigungsminister Generalmajor v. Hazai eine Besprechung mit meinem Stellvertreter Generalmajor Langer. Er ließ mir mitteilen, daß die Rekruten pro 1910 im August zur Stellung gelangen und auch jene für 1911 im Herbst zugestanden werden würden, dies jedoch nur im bisherigen (also unzulänglichen) Ausmaß. Nach Votierung dieser Rekruten würde die Einbringung der großen Wehrvorlage erfolgen. Es sei dagegen wohl die Obstruktion zu erwarten, aber zur Bekämpfung derselben 1½ Jahre Zeit zur Verfügung. Dies bedeutete eine weitere Verschleppung der so dringenden Frage. Ich erbat daher am 29. Juli in Ischl erneuert die Einflußnahme des Kaisers auf beschleunigte Behandlung des Wehrgesetzes, so daß dieses im Jahre 1911 bereits erlassen wäre.

In einer Audienz am 18. September verwahrte ich mich dagegen, daß der Budget-Entwurf seitens des Kriegsministers mit Umgehung des Chefs des Generalstabes erfolge. Ich betonte, daß es höchste Zeit sei, auch bei uns im großen Stile zu arbeiten, sich nicht mit Minimalbeträgen abfinden zu lassen, sondern das Notwendige den Vertretungskörpern offen einzugestehen, es zu verlangen und zu vertreten, endlich auch die Presse hiefür zu stimmen. Auch am 4. und 8. Dezember kam ich mit Seiner Majestät darauf zu sprechen mit dem Beifügen, daß sich auch schon die Öffentlichkeit dieser Fragen bemächtige. So lautete ein Artikel der „Zeit“ vom 6. Dezember, den ich Seiner Majestät vorlegte:

„Nach allem, was in parlamentarischen Kreisen über das nächstjährige Budget der Heeresverwaltung verlautete, mußte allgemein angenommen werden, daß die internen Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung des Budgets vollkommen überwunden sind und daß die Vorlage definitiv fertiggestellt ist.

Es wird darum überraschen, wenn man erfährt, daß diese Annahme eine irrige war. Wie wir nämlich vernehmen, sind bezüglich des Budgets der Kriegsverwaltung neuerlich schwere Differenzen zutage getreten, die wohl ein direktes Eingreifen des Monarchen unabweislich machen werden. Wie wir weiter erfahren, wird in den

nächsten Tagen wahrscheinlich ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Kaisers stattfinden. Es ist aber auch möglich, daß sich die kompetenten Amtsstellen direkt an den Monarchen wenden, um die bestehenden Differenzen durch ein Machtwort des Kaisers aus der Welt zu schaffen."

Unter den vielen zu betreibenden Fragen war es zu dieser Zeit die Entwicklung der Artillerie, die mir besonders nahe lag. Am 21. April drängte ich bei Seiner Majestät auf Ausbau der Festungsartillerie, und zwar sowohl als Besatzungs-, hauptsächlich aber als Angriffsartillerie. In Verbindung damit auf eheste Beschaffung des neuen Belagerungs-Artillerie-Materiales. Am 18. September bat ich um Einflußnahme auf die Ausgestaltung der schweren Haubitz-Divisionen (zunächst für die Korps 1 bis 14), auf Vermehrung der Festungsartillerie um 15 bis 16 Kompagnien, und der Gebirgsartillerie. Hinsichtlich des Materials betonte ich das Dringliche der Beschaffung der modernen schweren Angriffsartillerie, insbesondere der 10·5 cm-Kanonen- und der 30·5 cm-Mörser-Batterien. Ich äußerte Seiner Majestät gegenüber, daß bei uns alles nur auf dem Papier oder höchstens in Form eines Versuchs-Modells bestehe. Für das Dringliche der Mörserfrage wies ich darauf hin, daß Italien, das 1907 nur zwei Panzerwerke besaß, seither mit der Befestigung seiner Grenze im größten Stile begonnen und weitestgehend zur Panzerfortifikation gegriffen habe, gegen die unsere dermaligen Geschütze keineswegs ausreichten. Deshalb habe ich ja schon lange ein schweres Steilfeuergeschütz gefordert, als welches nun der bereits konstruierte 30·5 cm-Mörser vorlag. Da man aber nie zur endgültigen Feststellung dieser Konstruktion zu gelangen vermochte, schlug ich am 4. Dezember Seiner Majestät vor, die Bestellung der Kruppschen 28 cm-Haubitzen anzudrohen, wenn man bei uns zu keinem Entschluß käme.

Am 23. November besprach ich alle diese Fragen auch mit Erzherzog Franz Ferdinand und interessierte ihn dafür.

Um im russischen Kriegsfall den großen Kavalleriemassen des Gegners wenigstens einigermaßen begegnen und den weitausgedehnten Aufklärungsräumen Rechnung tragen zu können, erbat und erhielt ich am 18. September die prinzipielle Zustimmung Seiner Majestät für die Reduzierung der Divisionskavallerie von drei auf zwei Eskadronen zum Zwecke der Aufstellung weiterer Kavallerie-Divisionen (zu 24 Eskadronen und 3 reitenden Batterien). Zur Unterstützung der Kavallerie im Grenzdienst während Mobilisierung und Aufmarsch trat ich hinsichtlich Berittenmachung der Gendarmerie in Galizien mit dem hiefür kompetenten Landesverteidigungsminister FML. v. Georgi in Verbindung und erbat hiefür

am 4. Dezember die Einflußnahme Seiner Majestät. Schon am 1. Feber 1910 beantragte ich die Neu-Ausrüstung und feldmäßige Uniformierung der Kavallerie unter Hinweis auf Deutschland, wo dies bereits geschehen sei.

In das Jahr 1910 reichte auch noch die von mir schon im Jahre 1909 angeregte Frage der General-Truppen-Inspektoren*), welche seither Gegenstand der Erörterung war. Der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand hatte diesbezüglich mit Ermächtigung des Kaisers einen Antrag gestellt, der von Seiner Majestät an den Kriegsminister mit dem Auftrag geleitet wurde, mit mir darüber das Einvernehmen zu pflegen.

In einem Antrag res. Gstb. 1906 vom 3. März 1910, sowie in Audienzen am 15. Feber und 21. April bezeichnete ich als prinzipielle Forderung die Kreierung von sechs Armee-Inspektoren als künftige Kommandanten der sechs Armeen. Da die Armeen in den verschiedenen Kriegsfällen verschieden zusammengesetzt wären, erschiene eine ständige Zuweisung derselben Korps an die Armee-Inspektoren nicht tunlich. Nur bei jenem in Sarajevo wäre es möglich, dem das 15. und 16. Korps in allen Fällen unterstellt bleibe. Zu bestimmen wäre, wem das Recht zustehe, die Armee-Inspektoren mit gewissen Aufgaben zu betrauen. Auszuschließen wäre unbedingt die Bekanntgabe der Aufmarschelaborate an die Inspektoren. Nicht nur wegen Geheimhaltung überhaupt, sondern auch aus Rücksicht der Verpflichtung gegenüber den Verbündeten, überdies aber auch, weil gegenteilige Meinungen und Gegenvorstellungen die Keime zu Mißerfolgen schaffen könnten, im Kriege aber nur ein Wille herrschen dürfe**).

Das langsame Tempo in der Entwicklung des Luftfahrwesens nötigte mich in Audienzen am 18. September und 12. November die Dringlichkeit der Anschaffung von Aeroplanen und der Ausbildung von Piloten hervorzuheben. Unter Hinweis auf Frankreich, Deutschland, Rußland und Italien, die uns bereits weit voraus wären, erbat ich die Einflußnahme des Kaisers. Als zunächst notwendigen Kredit bezeichnete ich die gewiß bescheidene Summe von 300.000 Kronen. Um mir über diese damals noch neuen Erfindungen einen persönlichen Eindruck zu verschaffen, war ich auf dem Übungsplatz in Neustadt in Aeroplanen, auf jenem in Fischamend im Lenkballon geflogen.

---

*) Siehe 1909.

**) Man erinnere sich der Schwierigkeiten, die dem Generalfeldmarschall Graf Moltke im Jahre 1866 insbesondere durch General von Steinmetz bereitet wurden und Verstimmungen schufen, die noch zu Beginn des Krieges 1870 in einer der Sache schädlichen Weise nachwirkten.

Ausbildung. Als wichtige Frage in diesem Belange stand das Reglement für die Fußtruppen im Vordergrund. Wie schon erwähnt, war der nach meinen Weisungen im Operationsbureau bearbeitete Entwurf auf manchen Widerstand des Thronfolgers und des Feldzeugmeisters Potiorek gestoßen. Auch mochten noch andere Einflüsse mitgewirkt haben, diese dringende Angelegenheit zu verzögern und den Entwurf zu einem noch mit überflüssigen Formalitäten belasteten Kompromiß umzuwandeln. Ich hatte erwartet, daß mich Erzherzog Franz Ferdinand zu einer eingehenden Besprechung hierüber berufen würde. Da dies aber unterblieb, richtete ich an ihn das nachstehende Schreiben:

„Wien, 30. März.

Eure Kaiserliche Hoheit hatten stets die Gnade, es zu gestatten, daß ich Eurer Kaiserlichen Hoheit gegenüber mich rückhaltlos ausspreche, geruhen Eure Kaiserliche Hoheit daher auch, die nachfolgende Darlegung gnädig aufzunehmen.

Ich glaubte von Eurer Kaiserlichen Hoheit berufen zu werden, um Euer Kaiserlichen Hoheit über die einzelnen Punkte des Reglement-Entwurfes für die Fußtruppen mündlich zu referieren und hoffte auf das hohe Vertrauen, bei dieser Gelegenheit meine Anschauungen vortragen zu dürfen.

Die mittelst des gestern hier präsentierten Befehles Eurer Kaiserlichen Hoheit getroffenen Bestimmungen, auf Grund welcher ich nunmehr die Umarbeitung einleite, lassen mich jedoch erkennen, daß ich auf eine Berufung nicht mehr zu rechnen habe.

Ich bin viel zu viel Soldat, um nicht das Prinzip des strikten Befehls und der strikten Befolgung obenan zu stellen, aber es wäre meinerseits ein Mangel an pflichtgemäßer Offenheit, wenn ich Eurer Kaiserlichen Hoheit nicht freimütig bekennen würde, daß ich hierin eine Andeutung empfinde, nicht mehr jenes hohe und gnädige Vertrauen zu genießen, welches mir die festeste Stütze in all meinem bisherigen Wirken und welches mir auch die entscheidende Veranlassung war, den Dienstesposten anzutreten, an welchem ich mich dermalen befinde.

Ein Feind jedes persönlichen Herandrängens, habe ich mangels diesbezüglich bestehender Vorschriften stets die Berufungen Euer Kaiserlichen Hoheit erst abgewartet und habe es jedesmal freudig begrüßt, wenn mir die hohe Auszeichnung zuteil wurde, persönlich berichten zu dürfen.

Ich darf es wohl als außer Frage stehend betrachten, daß ich stets nur von dem Streben geleitet bin, meine Kräfte, so weit sie eben reichen, nach bestem Wissen und Gewissen in den Ah. Dienst zu stellen, aber ein erfolgreiches Wirken erscheint mir in meiner verantwortungsreichen Stellung doch nur dann möglich, wenn ich das Bewußtsein haben darf, mich des hohen Vertrauens erfreuen zu können, dies insbesondere, soferne

ich die schwerwiegenden Situationen eines eventuellen Kriegsfalles ins Auge fasse.

Andernfalls müßte ich es als Pflicht betrachten, ehrlich zu gestehen, daß ich dem innehabenden Dienstesposten nicht mehr zu entsprechen vermöchte. Niemals würde ich jedoch irgend einen diesbezüglichen Schritt unternehmen, ohne mich vorher vertrauensvoll an Eure Kaiserliche Hoheit gewendet zu haben.

Geruhen daher Eure Kaiserliche Hoheit den vorliegenden ehrfurchtsvollsten Bericht nur in diesem Sinne entgegennehmen zu wollen.

In tiefster Ehrfurcht Eurer Kaiserlichen Hoheit untertänigst gehorsamster

Conrad m. p."

Ich hatte für dieses, in der Form sehr ergebene, in der Sache aber sehr deutliche Schreiben einen besonderen Grund. Er lag darin, daß ich im Kriegsfalle dem zum Armee-Oberkommandanten bestimmten Erzherzog als Chef des Generalstabes zur Seite gestanden wäre und für diesen Fall jede Einmengung eines Dritten, jedes Verhandeln mit verantwortungslosen Unberufenen von Haus aus unbedingt ausgeschaltet sehen wollte. Dazu hatte ich umsomehr Ursache, als sich zur Zeit der Kriegsmöglichkeit mit Serbien (1909) der Erzherzog plötzlich den General Szaszkiewicz, der als Strategielehrer an der Kriegsschule tätig war, als Generaladjutanten im Kriegsfalle gewählt hatte. Es war unschwer zu erkennen, daß Szaszkiewicz ihm als Kontrollorgan für meine operativen Anträge dienen sollte, und erinnerte mich an die mir gewordene Mitteilung, daß Erzherzog Franz Ferdinand von seinem Vater, Erzherzog Carl Ludwig, die Lebensregel bekommen habe, sich nie auf einen Menschen allein zu verlassen.

In der Antwort auf meinen Brief versicherte mich der Erzherzog seines unveränderten Vertrauens, wofür ich ihm in folgendem Schreiben dankte:

„Wien, 6. April 1910.

Geruhen Eure Kaiserliche Hoheit meinen ehrfurchtsvollsten Dank für Euer Kaiserlichen Hoheit gnädiges Schreiben entgegennehmen zu wollen.

Ich wäre glücklich, wenn Eure Kaiserliche Hoheit es mir gönnen würden, meine Anschauungen über Truppenausbildung, Adjustierung und Ausrüstung, Disziplin und Strammheit mündlich vortragen zu dürfen, da ich nicht frei von der Besorgnis bin, daß man Eurer Kaiserlichen Hoheit in diesen Hinsichten nicht zutreffend über mich berichtet hat.

Ich danke Eurer Kaiserlichen Hoheit auch ganz besonders und untertänigst für das höchste Zugeständnis meiner freien und offenen Meinungsäußerung; auch Seine Majestät geruhten Allergnädigst mir das

offene Aussprechen meiner Überzeugung nicht nur zu gestatten, sondern ausdrücklich zur Pflicht zu machen.

Hierin ersehe ich jenen Erweis des gnädigen Vertrauens, welches für mich die unerläßliche Grundlage jeder dienstlichen Tätigkeit ist.

Geruhen Eure Kaiserliche Hoheit mir gnädigst zu gestatten, daß ich meinem unverbrüchlichen Streben, Eurer Kaiserlichen Hoheit Intentionen zu entsprechen, sowie der tiefsten Ehrfurcht Ausdruck gebe als

Eurer Kaiserlichen Hoheit

untertänigst gehorsamster

Conrad m. p."

Als der modifizierte Reglements-Entwurf fertiggestellt war, bat ich den Erzherzog am 23. November 1910, nunmehr von weiteren Kommissionen absehen und den Entwurf ehestens zur Ausgabe zulassen zu wollen.

Die Truppen-Ausbildung nahm im Jahre 1910 ihren eingelebten Gang, erlitt aber dadurch eine Störung, daß infolge einer Pferdeseuche im 10. Korpsbereich (Przemysl) die für 1910 im Raume Dukla, Mezölaborcz, Eperies, Homonna vorbereiteten Armee-Manöver in den Karpathen sowie die großen Kavallerieübungen in Galizien entfielen.

Im übrigen hatte mich die allzu rasche Geneigtheit, Truppenübungen aufzugeben, veranlaßt, am 18. September Seiner Majestät gegenüber geltend zu machen, daß man die Truppen „nicht einschlafen lassen", daher auch nicht Übungen unterlassen dürfe, welche die einzig mögliche Vorschule für den Krieg bilden.

Personalien. Die alljährlich zur Festsetzung der höheren Personalien üblichen Sitzungen unter Präsidium Seiner Majestät hatten Mitte Dezember stattgefunden. Dabei kam auch die Besetzung der Stellen der Armee-Inspektoren und der Korps-Kommandanten zur Entscheidung. Entgegen diesem eingelebten Vorgang war Ende Juni 1910 eine Aktion im Gange, die mit Umgehung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabes im Wege privaten brieflichen Verkehrs auf die Enthebung zweier Korps-Kommandanten abzielte. Als ich, damals zum Kurgebrauch in Grado, hievon Kenntnis erhielt, wandte ich mich dagegen, verlangte, daß jeder fallweisen Ernennung von Korps-Kommandanten eine Sitzung unter Präsidium Seiner Majestät vorangehe, der der Kriegsminister, der Chef des Generalstabes, die Armee-Inspektoren und ein Vertreter des Thronfolgers beizuziehen wären, falls der Thronfolger nicht persönlich erschiene.

Ich erbat für mich das Recht, sofern ich nicht selbst als Partei-Kommandant kommandiere, den Übungen der Korps beizuwohnen, um Truppen und Führer kennen zu lernen, ihre Bedürfnisse zu erfahren, die

Vorschriften hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit beurteilen und aus dem Borne der praktischen Anschauung stets neue Impulse für mein Wirken schöpfen zu können.

In das Jahr 1910 fielen folgende mir besonders wichtige Personalveränderungen.

Als der bisherige, aus der Periode meines Vorgängers stammende Chef des Operationsbureaus Oberst Krauß-Elislago dem Range nach zu einem Brigade-Kommando gelangte, also abgelöst werden mußte, trat die Frage seines Ersatzes an mich heran. Meine Wahl fiel auf den bereits im Operationsbureau eingeteilten Oberstleutnant Josef Metzger. Es war, wie auch die Folge lehrte, eine der glücklichsten Entscheidungen, die ich in Personalangelegenheiten getroffen hatte. Hochbegabt, hervorragend arbeitsfreudig und arbeitstüchtig, vornehm im Denken, gerade und offen, mit klarem Blick für große Fragen bei voller Beherrschung des Details, hat dieser Offizier Ausgezeichnetes geleistet und sich in den schweren Zeiten des Krieges als Chef der Operations-Abteilung des Armee-Oberkommandos glänzend bewährt, bis auch er gelegentlich der im Frühjahr 1917 erfolgten gänzlichen Umwandlung des ersten Armee-Oberkommandos, dessen Chef des Generalstabes ich war, von seinem so wichtigen Dienstposten enthoben und mit dem Kommando der 1. Infanterie-Division betraut wurde. Er führte diese noch am Ende des Krieges vor Verdun mit Auszeichnung.

Seine Ernennung im Jahre 1910 hatte ich am 1. Feber bei Seiner Majestät erbeten.

Der zweite Personenwechsel betraf meinen Flügeladjutanten Hauptmann Franz Putz. Auf die ausgezeichneten Eigenschaften des Geistes und Charakters und auf die hervorragende Arbeitskraft dieses jungen Offiziers war ich schon aufmerksam geworden, als derselbe in Triest bei der von mir befehligten 55. Infanteriebrigade als Brigade-Generalstabsoffizier eingeteilt war. Abgesehen von vielen anderen Gelegenheiten, hatte ich ihn speziell bei einer anstrengenden Übungsreise in Istrien den schwersten physischen und geistigen Leistungen unterzogen, die er vorzüglich bestand. Zum Chef des Generalstabes ernannt, nahm ich ihn als Flügeladjutanten zu mir. Er war mir unter allen Umständen der treue, verläßliche, verschwiegene, gegen mich rückhaltslos offene Begleiter, dem ich volles Vertrauen schenkte, mit dem ich, dank seinem klaren Verständnis, und zwar auch für große Verhältnisse, über mannigfache Fragen sprechen und den ich mit den vielseitigsten Diensten betrauen konnte. Da er jedoch den Wunsch hegte, die Welt kennen zu lernen, seinen Blick zu erweitern, und da ich diesem hoffnungsvollen Offizier die hiefür nötigen Wege nicht

verschließen wollte, entsprach ich seinem stillen Verlangen und gewährte seine Ernennung zum Militärattaché in Tokio. Ich erwirkte sie am 21. April 1910 bei Seiner Majestät.

An seine Stelle erbat ich am 11. Mai 1910 bei Seiner Majestät die Ernennung des Hauptmannes Rudolf Kundmann zu meinem Flügeladjutanten. Kundmann war Leutnant im Infanterie-Regiment Kaiser Franz Josef Nr. 1, als ich dessen Kommando führte. Er hatte bald durch seine Fähigkeiten, seinen klaren Verstand, seine rasche Auffassung und seine hervorragende Arbeitskraft meine Aufmerksamkeit erregt, so daß ich ihn zum Regiments-Adjutanten ernannte. Er hat in dieser Stellung vorzüglich entsprochen. Als Flügeladjutant von 1910 bis Feber 1917 mir zur Seite, hat er mein volles Vertrauen genossen und in dieser Stellung alle seine angeführten Eigenschaften, insbesondere in den ernsten Zeiten des Krieges, bewährt. Auch ist er mir in einer der schwersten Stunden meines Lebens teilnahmsvoll zur Seite gestanden, als es ihm zugefallen war, mir mitzuteilen, daß mein drittältester Sohn Herbert am 8. September 1914 in der Schlacht bei Rawa ruska den Heldentod gefunden hatte.

Nachdem Kundmann — mittlerweile zum Oberst vorgerückt — im Jahre 1917 außer seinem Dienst als Flügeladjutant auch noch jenen als Chef der Detail- (späteren Präsidial-) Abteilung beim Armee-Oberkommando versah, blieb er nach meiner Enthebung vom Posten des Chefs des Generalstabes (Ende Feber 1917) auch weiter in der genannten Verwendung beim Armee-Oberkommando zurück, während ich mit dem Heeresgruppen-Kommando in Tirol (Standort Bozen) betraut wurde. Dort fand ich meinen ersten Flügeladjutanten, den schon 1914 aus Japan zum Kriegsdienst herbeigeeilten Oberst Franz Putz, nachdem er vorerst ein Infanterieregiment mit Auszeichnung geführt hatte, als Chef der Generalstabsabteilung wieder. Ich nahm ihn, unbeschadet dieses seines wichtigen Dienstes, erneuert als Flügeladjutant. Er blieb es bis zu meiner Versetzung in den Ruhestand 11. November 1918.

Im Jahre 1910 kam noch eine wichtige Personalfrage in Erwägung: der Ersatz des bewährten, aber infolge Ranghöhe und Dauer der bisherigen Verwendung zur Ablösung gelangenden Militärattachés in Petersburg Oberstleutnant Graf Spanocchi. Für diesen äußerst diffizilen und bedeutsamen Posten brachte ich den Oberst Csicserics des Generalstabes in Vorschlag. Er sprach vollkommen russisch, hatte den russisch-japanischen Krieg im Hauptquartier des Generals Kuropatkin mitgemacht, dabei zahlreiche persönliche Beziehungen angeknüpft und das russische Heerwesen eingehend kennen gelernt. Ich legte auf seine Wahl ganz besonderes Gewicht. Sie stieß jedoch auf die Bedenken des Grafen Ähren-

thal, der fürchtete, die russischen Kreise zu verstimmen. In einer Audienz am 1. Feber 1910 trachtete ich bei Seiner Majestät diese Bedenken zu zerstreuen, was jedoch nur eine Vertagung der Angelegenheit zur Folge hatte.

Wie weit skrupelloser dementgegen Rußland vorging, zeigte sich darin, daß es den speziell mit Erkundung der ö.-u. Armee und mit der Verfassung eines Handbuches über dieselbe betrauten Oberstleutnant Potocki ohne langes Fragen bei der russischen Botschaft in Wien placierte und schließlich die offizielle Zustimmung hiefür zu erwirken wußte.

Am 12. November und am 23. November 1910 brachte ich bei Seiner Majestät die Frage des Offiziersnachwuchses zur Sprache. Ich machte geltend, daß es erforderlich sei, gediegene, nach Provenienz, Denkungsweise und Erziehung verläßliche Elemente zu gewinnen, den Standesstolz zu wecken, den kombattanten Offizier auszuzeichnen, hiezu aber auch die Stellung des Offiziers materiell und moralisch zu heben. Insbesondere gegenüber dem weitaus bevorzugten Staatsbeamten, dem die Vertretungskörper bei allen Forderungen, dank seinem politischen Einfluß und seinem Wahlrecht, weit willfähriger gegenüberstünden als dem hievon ausgeschlossenen Offizier.

Der Berufsoffizier war in weiten Kreisen nicht populär. In ihm sahen die Radikal-Nationalen den Vertreter der gemeinsamen, allen Nationalitäten gleich gegenüberstehenden Reichsidee, die Sozialdemokraten die Stütze der von ihnen bekämpften staatlichen Ordnung, eine Autorität, gegen die es galt, die Massen aufzuhetzen, die sonstigen Parteien den Angehörigen einer ihrer Ansicht nach kostspieligen, unproduktiven Institution. Der dem Offizier so unerläßliche Standesstolz wurde als Überhebung empfunden, die strengsten Vorschriften und Gepflogenheiten für Wahrung der Offiziersehre wurden als Anmaßung hingestellt. Bei Konflikten wurde der Offizier grundsätzlich im Stiche gelassen, insbesondere, wenn er von Parlament und Presse angegriffen wurde. Taktlose oder verbrecherische Einzelfälle, wie sie *jede* Korporation ab und zu aufweist, wurden generalisiert und zur Herabsetzung der Gesamtheit ausgebeutet. Aber auch an Stellen, die zur Vertretung des Offiziers berufen waren, sah man in diesem den nur zum stummen Gehorsam Verpflichteten, während man um die Liebe anderer Kreise warb und die Rücksichten auf sie voranstellte.

Konkrete Kriegsvorbereitungsarbeiten. Die konkreten Kriegsvorbereitungsarbeiten nahmen auch im Jahre 1910 ihren normalen Verlauf. Im allgemeinen blieben die Alarminstruktionen und Aufmarschelaborate im wesentlichen auf der bisherigen Grundlage. Ein-

getretenen Veränderungen im Bahn- und Straßenwesen, in der Truppen-Dislozierung u. dgl. wurde Rechnung getragen. Die Instradierung wurde wie alljährlich neu bearbeitet.

Die Nachrichten über eine Rückverlegung des russischen Aufmarsches gaben, abgesehen davon, daß sie noch sehr der Bestätigung bedurften, keinen Grund zu besonderen Abweichungen von den bisherigen Vorbereitungen. Alle möglichen Varianten des Aufmarsches der russischen Streitkräfte wurden studiert, um Anhaltspunkte für die eigenen Maßnahmen zu gewinnen.

Die in dieser Hinsicht mit Deutschland gepflogenen Vereinbarungen ergaben sich aus nachstehendem Briefwechsel zwischen mir und General von Moltke.

Ich an General der Infanterie von Moltke,
Chef des Generalstabes Berlin.

„(Streng geheim.)
Wien, am 8. Jänner 1910.

Mit Allerhöchster Genehmigung Seiner Majestät beehre ich mich das vorliegende Schreiben an E. E. zu richten.

In meinem Schreiben vom 10. April v. J. habe ich der Annahme Ausdruck gegeben, daß die dem Bündnisse zwischen Deutschland und der Monarchie entspringenden, im Jahre 1909 gepflogenen militärischen Vereinbarungen auch für die Zukunft vollen aktuellen Wert behalten; ich beehre mich E. E. nunmehr mitzuteilen, daß diese Vereinbarungen meinerseits auch den diesjährigen Vorbereitungsarbeiten zugrunde gelegt wurden und daß hienach die Verhältnisse für die diesen Vereinbarungen entsprechenden Kriegsfälle im allgemeinen und wesentlichen die gleichen geblieben sind.

Es betrifft dies folgende Kombinationen:

a) Frankreich erklärt sich neutral, Rußland, Serbien und Montenegro treten sofort als Gegner auf.
b) Frankreich erklärt sich neutral, Rußland tritt erst feindselig auf, nachdem die Monarchie am Balkan gegen Serbien und Montenegro mit starken Kräften engagiert ist.
c) Rußland und Frankreich, sowie Serbien und Montenegro treten sofort als Gegner auf.
d) Rußland und Frankreich halten anfänglich zurück und treten erst als Gegner auf, sobald die Monarchie am Balkan mit starken Kräften engagiert ist.

In allen diesen, durch die vorjährige Korrespondenz klargelegten Fällen war auf die Allianz Rumäniens und die Neutralität Italiens, sowie darauf gerechnet, daß Bulgarien und die Türkei sich gegenseitig binden würden.

Die seitherige Entwicklung der Politik läßt annehmen, daß Serbien und Montenegro in ihrer feindseligen Haltung gegen die Monarchie verharren — zweifellos betreiben sie ihre militärischen Rüstungen in diesem Sinne; dagegen dürfte sich die Türkei der Entente mit Deutschland und Österreich-Ungarn immer mehr zuwenden und dadurch ein wertvolles Gegengewicht nicht nur gegen die genannten Balkanstaaten Serbien und Montenegro, sondern auch gegen Bulgarien bilden, falls dieses mit beiden letzteren gemeinsame Sache machen sollte.

Gegen 13½ bulgarische, 12 serbische und 4 montenegrinische, also in Summe rund 30 Divisionen würden die 28 türkischen Divisionen (I. und II. Linie) in Europa erheblich ins Gewicht fallen, einen Ausgleich zwischen Türkei und Griechenland vorausgesetzt. Es hätten also die gegen Serbien und Montenegro zu engagierenden ö.-u. Kräfte eine wesentliche Entlastung; doch sind die obangedeuteten Verhältnisse noch so wenig geklärt, daß es nicht angängig erscheint, dermalen schon von dem militärischen Kalkül des Vorjahres abzugehen.

Der Bündnistreue Rumäniens vermag man versichert zu sein, auch sind die militärischen Vereinbarungen mit der Heeresleitung dieses Staates erst in jüngster Zeit in konziliianter Weise gepflogen worden.

Bleibt noch Italien.

Wenngleich die dermalige offizielle politische Richtung dieses Staates annehmen lassen sollte, daß Italien am Dreibund unter allen Umständen festhalten würde, so kann ich doch in Anbetracht der zielbewußt und augenfällig gegen die Monarchie gerichteten militärischen Maßnahmen Italiens, dann der im italienischen Volk zweifellos vorhandenen der Monarchie feindseligen Stimmung, der ausgesprochenen Aspirationen auf Ländergebiete Österreich-Ungarns, ferner jener auf die Vorherrschaft in der Adria und in Verbindung damit einer die Interessen der Monarchie tangierenden Balkanpolitik mich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Monarchie unbedingt bereit sein müsse, Italien plötzlich als Gegner gegen sich zu haben.

Aber auch bei allem Vertrauen in die jetzigen politischen Führer muß doch auch immer mit einem plötzlichen Wechsel der Persönlichkeiten und damit einem Wechsel des Systems gerechnet werden.

Aus diesem Grunde habe ich es als Pflicht betrachtet, bei den Kriegsvorbereitungsarbeiten auch den Kriegsfall gegen Italien in Betracht zu

ziehen, und es ist der spezielle Zweck des vorliegenden Schreibens, gewisse Fragen in dieser Richtung zu klären.

Ich möchte hiezu, wie in den vorangegangenen Vereinbarungen, die verschiedenen Kombinationen nacheinander in Betracht ziehen.

a) Italien, Serbien und Montenegro treten von Haus aus feindlich auf, Rußland und Frankreich bleiben neutral.

Dieser Fall dürfte nur eintreten, wenn durch die Stellungnahme Deutschlands letztere beide Mächte veranlaßt würden, abseits der kriegerischen Ereignisse zu bleiben.

Inwieweit die auf kulturelle und finanzielle Rücksichten zurückzuführende Friedensneigung Frankreichs, inwieweit die innerpolitischen und militärischen Verhältnisse Rußlands, sowie dessen Lage in Ostasien (Japan) hiebei ins Gewicht fallen könnten, sei nur angedeutet. Die Neutralität dieser beiden Staaten vorausgesetzt, wäre somit die Kriegshandlung lediglich eine Angelegenheit der Monarchie, wobei ich von der Erörterung eines Eingreifens der türkischen Streitkräfte absehe.

b) Italien, Serbien und Montenegro — aber auch Rußland — treten feindselig gegen die Monarchie auf.

Deutschland tritt im Sinne des Vertrages vom Jahre 1879 an die Seite der Monarchie und löst damit auch das kriegerische Eingreifen Frankreichs aus.

So wie in diesem Falle, nach den geschätzten Mitteilungen E. E., Deutschland seine Hauptmacht vorerst gegen Frankreich wenden, gegen Rußland aber nur sekundäre Kräfte (13 Divisionen) belassen würde, um erst nach einem durchgreifenden Erfolg gegen Frankreich gegen Rußland die Entscheidung zu suchen, würde analog unsererseits mit der überwiegenden Hauptmacht ein Erfolg zuerst gegen Italien angestrebt werden, um erst nach einem solchen sich gegen Rußland zu kehren.

Gegen Montenegro würden entsprechende, gegen Serbien untergeordnete Kräfte gelassen werden; aber auch gegen Rußland würden außer den 6 (eventuell bloß 4) Kavalleriedivisionen anfänglich nur 5 Infanterie-Divisionen erster Linie nebst sonstigen Formationen (alles in allem 9½ Infanterie-, 4 bis 6 Kavallerie-Divisionen) in Galizien verbleiben; somit Kräfte, welche zwar kleinen feindlichen Unternehmungen entgegenzutreten, einer groß angelegten russischen Offensive aber nicht standzuhalten vermöchten, sondern diesfalls genötigt wären, unter möglichster Verzögerung der feindlichen Vorrückung, über die Karpathen zurückzugehen, und zwar mit der bei Lemberg—Przemysl versammelten stärkeren Gruppe im allgemeinen in der Richtung auf Budapest, mit der

bei Krakau versammelten schwächeren Gruppe im allgemeinen in der Richtung auf Wien.

Im äußersten Falle müßte an der Donaustrecke Wien—Budapest die russische Offensive solange zum Stehen gebracht werden, bis das Eintreffen der in Italien freigewordenen Hauptkräfte zu erfolgen vermöchte.

Ob ein solches Zurückgehen der sekundären Kräfte aus Galizien überhaupt notwendig werden wird, bis wieweit nach rückwärts es erfolgen müssen wird, wo die vom Süden herangeholten Hauptkräfte zum offensiven Rückschlag einzusetzen sein werden, entzieht sich natürlich dermalen der Beurteilung.

Vor allem ist hiebei das Vorgehen Rußlands maßgebend und in dieser Hinsicht möchte ich zweier zu Gunsten der eigenen Situation ins Gewicht fallender Momente Erwähnung tun, nämlich der geplanten Rückverlegung des russischen Aufmarsches und der Sorge Rußlands für seinen ostasiatischen Besitz mit Rücksicht auf das Verhalten Japans, beides Momente, welche dem raschen Wirksamwerden einer russischen Offensive entgegenstehen.

Trotz alledem wäre der hier gedachte Kriegsfall ein für das verbündete Deutschland, Österreich-Ungarn und Rumänien sicherlich recht schwieriger, wenn auch im Enderfolg durchaus nicht hoffnungsloser, und ergibt sich daraus vor allem die Forderung, daß die Diplomatie einer solchen Konstellation vorbeugen müsse.

Dies fällt jedoch außerhalb meines Pflichtenkreises; innerhalb desselben erachte ich es aber gelegen, Seine Majestät zu bitten, E. E. das Vorstehende eröffnen zu dürfen, um unter Wahrung peinlichster Loyalität E. E. von jenen diesseitigen Maßnahmen in steter Kenntnis zu erhalten, welche im Bündnisfalle auch für die dortseitigen Verfügungen und Entschlüsse von Einfluß sein können.

Seine Majestät geruhten in das vorliegende Schreiben Allerhöchst Einsicht zu nehmen.

Mit dem Ausdrucke etc. etc.

Conrad m. p."

General von Moltke an mich.

„Chef des Generalstabes der Armee. (Streng geheim.)

Berlin, den 30. Jänner 1910.

Euer Exzellenz!

bitte ich für das hochgeschätzte Schreiben vom 8. Jänner l. J. meinen verbindlichsten Dank entgegennehmen zu wollen. In voller Würdigung der in demselben sich aussprechenden loyalen Auffassung gegenseitigen bündnistreuen Verhaltens, versichere ich, daß auch unsererseits an den im

vorigen Jahre getroffenen Abmachungen in vollem Umfang festgehalten wird. Diese Abmachungen sehe ich als bindend an; sie behalten ihre Gültigkeit, bis sie durch beiderseitige Übereinkunft geändert oder durch neue ersetzt werden. Sie sind den diesjährigen Mobilmachungs-Vorbereitungen von mir zugrunde gelegt worden.

E. E: betonen mit Recht die Wichtigkeit, die dem Verhalten der Türkei nicht nur bei einem Kriege der Monarchie auf dem Balkan, sondern auch bei einem solchen der Verbündeten gegen Rußland und eventuell Frankreich beigemessen werden muß. Zwar sind die Verhältnisse in Konstantinopel noch zu wenig geklärt, um die türkische Armee als sicheren Faktor in die militärischen Erwägungen einstellen zu können, aber ich glaube bestimmt, daß auch ohne formelle vorherige Abmachungen der Selbsterhaltungstrieb die Türkei in einem auf dem Balkan ausbrechenden Kriege an die Seite Österreich-Ungarns führen wird. Der dadurch gewonnene Kräftezuwachs würde von nicht geringer Bedeutung sein. Allerdings wird nach Ansicht unserer dort befindlichen Offiziere die türkische Armee noch 3 bis 4 Jahre gebrauchen, um als vollwertig gelten zu können und auch dies nur unter der Voraussetzung, daß in ihr mit dem jetzt bemerkbaren Eifer weiter gearbeitet wird. So viel mir bekannt ist, wird das Einvernehmen der Monarchie mit der Hohen Pforte von der ö.-u. Diplomatie in seinem vollen Wert erkannt und dauernd gefördert.

Mit großer Freude begrüße ich die zuverlässige Haltung Rumäniens. Für die Mitteilung E. E., daß die militärischen Abmachungen der Monarchie mit der rumänischen Heeresleitung in befriedigender Weise verlaufen, bin ich sehr dankbar.

E. E. gehen in dem Schreiben vom 8. d. Mts. des näheren auf das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Italien ein. Unter Berücksichtigung des von E. E. dargelegten Verhaltens Italiens finde ich es durchaus erklärlich, daß Österreich-Ungarn trotz des Dreibundes seinem südlichen Nachbarn besondere Aufmerksamkeit zuwendet, und ich erkenne es dankbarst an, daß E. E. die in dieser Richtung erwogenen Maßnahmen zu meiner Kenntnis bringen.

Es ist ganz zutreffend, daß das Verhalten Italiens für die Erwägungen der ö.-u. Heeresleitung eine ähnliche Rolle spielt, wie dasjenige Frankreichs für die Erwägungen der deutschen Heeresleitung.

Sollten diese beiden Staaten bei einem Kriege der Verbündeten gegen Rußland sofort auf die Seite unserer Gegner treten, so würde die Lage, wenn auch ernst, doch klar und einfach sein. Die ö.-u. Armee würde dann mit ihren Hauptkräften gegen Italien, die deutsche gegen Frankreich vorgehen. Erstere würde gegen Rußland zunächst 9½ Infanterie-

Divisionen und 4 bis 6 Kavallerie-Divisionen, letztere 13 Infanterie-Divisionen und 2 Kavallerie-Divisionen ins Feld stellen. In Anbetracht der durch die bevorstehende Umdislozierung der russischen Armee notwendig entstehenden Schwierigkeiten für eine Mobilmachung, der wahrscheinlichen Zurückverlegung des Aufmarsches und der daraus folgenden Preisgabe Polens halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß, wenn die russische Kriegsbereitschaft, wie erwartet werden kann, lange Zeit beansprucht, selbst mit diesen verhältnismäßig schwachen Kräften eine Offensive unternommen werden kann, die nicht aussichtslos sein dürfte, wenn ihr Gemeinsamkeit des Handelns zugrunde liegt.

Die Lage wird dagegen verwickelt und schwierig für die Verbündeten, wenn Italien und Frankreich sich zunächst abwartend verhalten.

Da Österreich-Ungarn in Italien denjenigen Gegner sieht, mit dem zunächst abgerechnet werden muß, so darf ich wohl annehmen, daß seine Kriegsvorbereitungen in erster Linie diesen möglichen Feind berücksichtigen. Nun wäre der Fall denkbar, daß beide Verbündete ihre Vorbereitungen gegen den für sie wichtigsten Gegner treffen, also Österreich-Ungarn gegen Italien, Deutschland gegen Frankreich, daß aber diese beiden Staaten zunächst neutral bleiben, ohne daß die Verbündeten die Sicherheit hätten, daß die Neutralität dauernd aufrechterhalten bleibt. Es wäre somit nicht ausgeschlossen, daß beide ihre Hauptkräfte in einer Richtung zum Aufmarsch bringen, in der sie nicht in Tätigkeit treten können, während Rußland mit seinem slawischen Gefolge inzwischen die Grenzen bedroht.

Das einzige Radikalmittel zur Entwirrung dieser kritischen Lage würde die sofortige Kriegserklärung an die unsicheren Neutralen sein. Ein solches Mittel ist aber aus rechtlichen, politischen und allgemein menschlichen Gründen nicht anwendbar.

Ich habe daher vorgeschlagen, daß, wenn der Krieg zwischen den Verbündeten und Rußland als unvermeidlich und unmittelbar bevorstehend angesehen werden muß, seitens der deutschen Regierung eine umgehende und völlig klare Erklärung von der französischen Regierung darüber gefordert wird, wie dieselbe sich bei ausbrechendem Kriege zu verhalten gedenkt. Diese Erklärung muß sofort erfolgen, denn die Entscheidung, ob die deutschen Hauptkräfte gegen Westen oder gegen Osten aufmarschieren sollen, duldet keine Verzögerung. Eine ausweichende oder zweideutige Antwort würde als gleichbedeutend mit der Kriegserklärung angesehen werden müssen.

Erklärt Frankreich strenge Neutralität wahren zu wollen, so verpflichtet sich auch Deutschland, keine Feindseligkeiten gegen dasselbe zu

unternehmen, das heißt die westlichen Grenzfestungen werden nicht armiert, und der Grenzschutz tritt nicht in Wirksamkeit. Die gesamte Armee wird zwar mobil gemacht, aber diejenigen Teile derselben, die nicht in erster Linie gegen Rußland eingesetzt werden können, verbleiben zunächst mobil in ihren Standorten.

Die vom deutschen Generalstabe getroffenen militärischen Vorbereitungen sind den vorstehenden Erwägungen gemäß so angeordnet, daß bei einer befriedigenden Neutralitätserklärung Frankreichs die für diesen Fall mit E. E verabredeten Truppenmengen sofort an die Ostgrenze abgefahren werden, während der Rest der Armee zunächst mobil im Lande verbleibt, um entweder im Bedarfsfalle nach Osten nachgezogen, oder alsbald gegen Frankreich eingesetzt zu werden, wenn dieses in seiner Neutralität schwankend werden sollte.

Für Deutschland ist mit diesem Verfahren ohne Zweifel der Nachteil verbunden, daß es gezwungen sein kann, seinem gefährlichsten Gegner — Frankreich — längere Zeit nur unterlegene Kräfte entgegenzustellen. Trotzdem habe ich diesen Aufmarsch ebenfalls bearbeiten lassen, um auch unter den ungünstigsten Verhältnissen den Verpflichtungen gegen unseren hohen Verbündeten nachkommen zu können.

Daß ein Krieg Österreich-Ungarns und Deutschlands gegen Rußland und die Balkanstaaten, Frankreich und Italien einen Kampf auf Leben und Tod bedeuten würde, ist gewiß. Er würde zu führen sein, wenn von Anfang an klare Verhältnisse vorliegen. Diese zu schaffen, sobald seine Anzeichen erkannt werden, ist die erste Pflicht der Diplomatie. E. E. erheben die Forderung, daß die Diplomatie einer solchen Konstellation wie die erwähnte vorbeugen müsse. Es wäre dankbar zu begrüßen, wenn ihr dies gelingen sollte. Unbedingt muß aber vom Standpunkt der Heeresleitung die Forderung gestellt werden, daß in dem verhängnisvollen Augenblick, wo die Mobilmachung ausgesprochen wird, volle Klarheit darüber herrscht, wer Freund und wer Feind ist.

Mit dem Ausdrucke etc. etc.

Moltke m. p., G. d. I."

„Präs. Wien, am 31. Jänner 1910.

Seiner Majestät vorgelegt am 1. Feber 1910 in Schönbrunn.

Conrad m. p."

Ich an General von Moltke.

„Wien, am 23. Feber 1910.

Ich beehre mich E. E. um Entgegennahme meines verbindlichsten Dankes für das hochgeschätzte Schreiben vom 30. Jänner zu bitten, ganz besonders aber auch für die dem bündnistreuen Festhalten an den

bestehenden Abmachungen gewidmeten Worte, welche Abmachungen auch unsererseits als bindend betrachtet werden, bis sie durch beiderseitige Übereinkunft geändert oder durch neue ersetzt werden.

Auch den diesseitigen Mobilmachungs-Vorarbeiten pro 1910 sind dieselben zugrunde gelegt.

Was das für den Fall eines Konfliktes mit Rußland deutscherseits an Frankreich zu richtende Ultimatum anlangt, um festzustellen, ob sofort gegen Osten oder gegen Westen mit der Hauptkraft loszuschlagen ist, so wird österreichisch-ungarischerseits in diesem Falle Italien gegenüber der gleiche Vorgang eingehalten, sowie überhaupt sowohl diplomatisch als militärisch nur im vollen Einklang mit Deutschland vorgegangen werden.

Welcher Politik die Balkanstaaten, dann Rußland, Frankreich und Italien folgen werden, ist wohl dermalen nicht abzusehen, daher habe ich für die hierseitigen Kriegsvorbereitungen Wert darauf gelegt, für alle Eventualitäten so weit als eben möglich Vorsorge getroffen zu haben. Voll und ganz kann ich nur der Anschauung E. E. beipflichten, daß in dem Moment, wo die Mobilmachung ausgesprochen wird, volle Klarheit darüber herrschen muß, wer Freund und wer Feind ist.

Seine Majestät und der Minister des Äußern haben Kenntnis von vorliegendem Schreiben.

Mit dem Ausdrucke etc. etc.

Conrad m. p., G. d. I."

General von Moltke an mich.

„Chef des Generalstabes der Armee. Berlin, am 30. März 1910.
Nr. 872. Vertraulich.

An den Chef des Generalstabes Conrad von Hötzendorf.

Den offenen und vertrauensvollen Beziehungen, die zwischen E. E. und mir bestehen, halte ich es für entsprechend, E. E. die nachstehende Mitteilung zu machen.

Die hiesige königlich rumänische Gesandtschaft hat sich durch Vermittlung des kaiserlichen Auswärtigen Amtes mit der Bitte um Beantwortung der in der Anlage aufgeführten Fragen an mich gewendet. Ich habe auf Befürwortung unseres Auswärtigen Amtes dem Wunsche entsprochen, nachdem ich vorher erklärt habe, daß ich mich verpflichtet fühle, E. E. von der Angelegenheit Kenntnis zu geben.

Als der betreffende Abteilungschef des Generalstabes dem rumänischen Militärattaché, Hauptmann Rascanu, die gewünschten Antworten erteilte, machte dieser — wie ich hervorzuheben nicht unterlassen will — aus freien Stücken die nachfolgenden Mitteilungen:

Rumänien habe bisher im Falle eines Krieges mit Rußland und Bulgarien die Masse seines Heeres hinter der befestigten Sereth-Linie Galatz—Focsani aufmarschieren lassen und sich in der Hauptsache defensiv verhalten wollen. Da man sich neuerdings jedoch Bulgarien gegenüber durch das Erstarken der Türkei entlastet fühle, und einen Krieg mit Rußland wohl nur im Verein mit Österreich und Deutschland führen werde, hätte man beschlossen, mit der Masse des Heeres offensiv zu werden, und zwar nach Bessarabien hinein vorzugehen. Ein Armeekorps solle in der Dobrudscha, einige Reservedivisionen an der Donaulinie verbleiben.

Man hofft anscheinend rumänischerseits, sich mit dieser Operation beim Friedensschlusse ein Anrecht auf Wiedergewinnung derjenigen Teile von Bessarabien zu sichern, die im Berliner Kongreß 1878 aufgegeben werden mußten. Daß diese Operation eine wertvolle Entlastung des österreichischen rechten Flügels bedeutet, scheint mir fraglos.

Genehmigen etc. etc.

Moltke m. p."

Ich an General von Moltke.

„Vertraulich.

Wien, am 9. April 1910. (Antwort auf Nr. 872 vom 30. März 1910 des preußischen Chefs des Generalstabes der Armee.)

Ich beehre mich E. E. meinen ganz ergebensten Dank für die geschätzten Mitteilungen vom 30. März d. J., ganz besonders aber auch den Dank für die erneuert zum Ausdruck gebrachten vertrauensvollen Beziehungen zwischen E. E. und mir zu übersenden und hiebei zu betonen, wie hoch ich dieses mir so wertvolle Verhältnis schätze. .

Die mir von E. E. gütigst mitgeteilten Angaben des rumänischen Militärattachés decken sich im wesentlichen mit den zwischen dem rumänischen General Crajniceanu und mir stattgehabten Besprechungen, was ich mir E. E. hiemit vertraulich mitzuteilen erlaube.

Genehmigen etc. etc.

Conrad m. p."

Während gegenüber Rußland an den bisherigen Maßnahmen wesentliche Veränderungen nicht nötig erschienen, erwiesen sich gegenüber Italien anbetrachts der zunehmend greifbaren Kriegsvorbereitungen dieses Staates, insbesondere des Ausbaues seiner Befestigungen, erweiterte Vorsorgen erforderlich.

Ich erließ daher nachstehende Direktiven an das Operationsbureau:



1. Chiusaforte	12. Gradisca
2. M. Festa	13. Beano
3. Comielli	14. Rivolto
4. Tarcento	15. S. Martini
5. Tricesimo	16. Varmo
6. Pagnacco	17. Canussio
7. Fagagna	18. Ronchis
8. Daniele	19. Palazzolo
9. Osoppo	20. Volparis
10. a. b. Ragogna	21. Titiano
11. Rivis	22. Picchi

„General v. Conrad.
An Operations-Bureau. Wien, 21. Oktober 1910.

Direktiven für die Aufmarscharbeiten gegen Italien.

Mein an das Reichskriegsministerium gerichteter Antrag auf eheste schleunige Neuaufstellung und Neubewaffnung schwerer Angriffsartillerie ist zur Kenntnis zu nehmen.

Aus den dort dargelegten Verhältnissen sind aber auch die hinsichtlich der konkreten Kriegsvorbereitungsarbeiten resultierenden Konsequenzen zu ziehen.

Dabei ist natürlich im Auge zu behalten, daß der Ausbau der italienischen Werke an der Tagliamento-Linie doch nur sukzessive erfolgt,*) daß daher vorerst, also pro 1911, noch mehr weniger mit den bisher vorausgesetzten Verhältnissen, also auch mit einem durch permanente Werke noch kaum gehinderten Vordringen der Hauptkräfte in der Strecke Gemona—Lagunenrand zu rechnen ist. Für die Folgejahre aber, und zwar schon von 1912 an, wird mit der Notwendigkeit zu rechnen sein, schon für dieses Vordringen Panzerwerke rasch niederkämpfen zu müssen. In Voraussicht dessen habe ich den obzitierten Antrag auf Beschaffung schwerer Angriffsartillerie gestellt. Wenn ich dabei die gleichzeitige Bekämpfung von acht Panzerforts als Minimalmaßstab hingestellt habe, so hatte ich dabei die Bekämpfung der Werke Palazzolo, Rivolto, Ragogna, Daniele, Fagagna, Margherita, Pagnacco und Tricesimo im Auge; dies, weil ich mir die Operation im großen wie folgt denke:

Vorstoß in der 26 Kilometer breiten Strecke Udine—Lagunenrand bei raschester Niederkämpfung von Rivolto und Palazzolo, Zurückwerfen des Gegners über den Tagliamento, Wegnahme der feldmäßigen Brückenköpfe Godroipo—Latisana. Zum Schutz dieses Vorstoßes im Norden: Festsetzen vor der Süd-, Südost- und Ostfront des befestigten Lagers von Gemona, mit starker Kraft bei Udine gegen die voraussichtliche italienische Gegenoffensive aus dem befestigten Raum von Gemona, aber auch sofort Beginn des Angriffes gegen die erwähnten Fronten, sowie die schwere Artillerie zur Stelle ist, und zwar vor allem gegen die Werke Tricesimo, Pagnacco, S. Margherita, dann Fagagna.

Die durch das Kanaltal vorgehenden eigenen Kräfte hätten den befestigten Raum von Gemona im Norden abzuschließen, und so wie die aus dem Gailtal vorgehenden zu trachten, westlich des Tagliamento über

---

*) Folgende Bleistiftnotizen am Rande: pd. für 1911/12 verschoben:
1—24 Mörs.-Btt. | vom Plöcken nach Görz.
1—15 Haub.-Btt. |

das Gebirge zu kommen, soweit sich nicht etwa die Notwendigkeit ergibt, starke mobile feindliche Kräfte bei Pieve di Cadore zu bekämpfen.

Derart wäre zu trachten, die im befestigten Raum von Gemona konzentrierten Truppen allseits einzuschließen und den Stoß in der Ebene gegen jene Kräfte fortzusetzen, welche der Gegner in der Ebene bereit hat. Ob es sich dann lohnt, den befestigten Raum bei Gemona regelrecht anzugreifen, oder ob es nicht geratener erscheint, die dortigen feindlichen Kräfte bloß einzuschließen oder am Vorbrechen zu verhindern, läßt sich im voraus nicht bestimmen.

Bei der Stärke der Nordfront der italienischen Tagliamento-Linie, repräsentiert durch die Werke Chiusaforte, Festa, Comielli, Osoppo, legt es sich nahe, hier den entscheidenden Angriff nicht anzusetzen, daher auch nicht viele Kräfte hier zu binden, sondern dieselben jener Gruppe zuzuschlagen, welche westlich des Tagliamento über das Gebirge soll, oder jener, welche von der Linie Karfreit und südlich vorzugehen hat; umsomehr, als auch der etwaige Angriff auf den befestigten Raum von Gemona von Süden und Südosten aus zu erfolgen haben wird.

Eine grobe Rechnung ergibt folgendes: Veranschlagt man für die 36 km lange Front Faedis, Udine, Blessano, Flaibano (zur Abwehr eines Vorstoßes aus dem Raume von Gemona) sieben Divisionen, für den Raum nördlich Faedis zwei Divisionen (eventuell auch nur eine) und für den anfänglich 24 km, später aber am Tagliamento 36 km breiten Raum in der Ebene (Flaibano, Godroipo, Palazzolo, Gorgo) neun Divisionen in erster, drei Divisionen in zweiter Linie, so ergäbe dies 7 + 2 + 9 + 3 = 21 Divisionen, von welchen 19 aus der Linie Cividale—Pieris anzusetzen wären (33 km).

Sollten aber die Verhältnisse für einen solchen von Haus aus auf und über Godroipo-Latisana geführten Vorstoß nicht günstig liegen und die Gefahr bestehen, an die Küste gedrängt zu werden, so käme es vorerst auf die Wegnahme der Werke Tricesimo, Pagnacco, S. Margherita, Fagagna und Castel Arcano an, um erst nach Festsetzung auf diesen Höhen die Offensive gegen Westen über den Tagliamento (abwärts Spilimbergo) fortzusetzen, bei rascher Niederkämpfung der Werke von Rivolto und Palazzolo.

Es kommt daher darauf an, die Vorbereitungen für diese Werke-Bekämpfung zu treffen, dazu vor allem die von mir verlangte Angriffsartillerie zu schaffen.

Was es für eine Bewandtnis mit dem Werk Purgesimo hat, ist nicht klar, ob dieses überhaupt gebaut wird, ob seine Niederkämpfung erforderlich wird, ist jetzt noch nicht zu entscheiden.

Nun fragt es sich aber weiter, ehe die Angriffsartillerie voll beschafft ist — indes jedoch die Werke südöstlich Gemcna gebaut sind — ob die dermalen gegen Chiusaforte und Comielli bestimmte Angriffsartillerie dort, oder aber gegen die Südfront von Gemona verwendet werden soll; mit Rücksicht auf das Obdargelegte hat letzteres zu erfolgen, da auf ein Niederkämpfen der hintereinanderliegenden Werke Chiusaforte (Festa), Comielli, Osoppo in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist, da ferner für die Operationen der Hauptkraft die Bekämpfung der Werke des Süd- und Südostgürtels des Raumes von Gemona erforderlich ist, und da endlich allen diesen Befestigungen am besten von Süden aus beizukommen ist.

Ist es gelungen, die Werke Tricesimo, Pagnacco, S. Margherita, Fagagna, Castel d'Arcano zu nehmen, dann ist der Feind auf den Raum Ragogna, Osoppo, Comielli eingeengt.

Es wird weiter festzustellen sein, wie viel eigene Kräfte im Kanaltal zu versammeln sein werden, bezw. wohin ein Überschuß zu geben ist.

Als Basis für all dies hat eine Berechnung zu erfolgen, mit welchen Kräften der Gegner am Tagliamento zu gewissen Terminen, insbesondere zirka am 10., 16., 20. Mobilisierungstag aufmarschiert sein kann, so wie ich dies seinerzeit für die anderen Aufmarschvarianten befohlen habe. Speziell wird darzustellen sein, wie viele Truppen zu den gedachten Terminen im befestigten Raum von Osoppo—Gemona versammelt sein könnten; damit es nicht geschehe, daß gegen diesen Raum eigenerseits mehr Kräfte angesetzt werden, als es mit Rücksicht auf jene des Feindes nötig erscheint.

Es fällt nicht in den Rahmen dieser Direktiven, zu erwägen, inwieweit es möglich erschiene, sich der Höhen und Werke von Tricesimo, Pagnacco, Arcano, Margherita, Fagagna durch einen (eventuell nächtlichen) überfallsweisen Angriff zu bemächtigen, doch müssen auch hiefür die Vorbereitungen getroffen werden, darunter auch jene für einen Pionierangriff mittelst Sprengmitteln.

Die Vorverlegung der Befestigungen an die Tagliamento-Linie bedingt aber Vorsorgen noch in anderer Richtung.

Mit dieser Vorverlegung hat sich die Gefahr einer gewaltsamen Störung unseres Aufmarsches am Isonzo wesentlich erhöht, da ja der Feind die befestigten Räume kaum ohne Truppen lassen, also jedenfalls hier neue Garnisonen etablieren wird.

Alle Maßnahmen zum Schutz dieses Aufmarsches sind daher zu treffen und bezügliche Anträge zu stellen.

Die weitere Ausgestaltung des Landwehrregiments 27 (noch 6 Komp. als Gebirgstruppe), die Verlegung eines Infanterieregiments nach Tolmein, eines Kavallerieregiments nach Laibach sind diesbezügliche,

unablässig zu betreibende Vorkehrungen; aber es kommt auch zu erwägen, ob nicht der Raum westlich Görz und Gradisca fortifikatorisch zu sichern wäre.

Je ein permanentes Werk auf der Korada, M. Quarin, M. Medea und auf der Höhe nördlich Vermigliano; dann feldmäßige Brückenköpfe bei Pieris, Gradisca, Görz; endlich Befestigung der Höhen bei Tolmein vermöchten die Sicherung des Aufmarsches zu erhöhen und dem immerhin möglichen Vorstoß italienischer Truppen bis an den Isonzo Schranken zu setzen.

Eine überschlagsweise Berechnung der Kosten einer solchen permanenten Befestigung unter Angabe der Möglichkeit, für die Besatzung aufzukommen, ist mir vorzulegen.

Sollten die Kosten nicht zu erlangen sein, so hat wenigstens die feldmäßige Befestigung zu erfolgen. Entwürfe bearbeiten, Anträge auf Herstellung (schon im Frieden) stellen.

Die hier angeregten Fragen sind im Operationsbureau zu studieren und mit mir seinerzeit zu besprechen.

Conrad m. p.“

Für die Entscheidung, welche feindlichen Werke anzugreifen seien, war das Heranbringen der schweren Artillerie (24 cm- und 30·5 cm-Mörser) maßgebend. Es war auf den guten Straßen der Ebene leichter und rascher möglich.

Außer diesen Vorsorgen hatte ich schon am 22. April 1910 das Operationsbureau beauftragt, Studien für den Fall eines überfallsartigen Kriegsbeginnes seitens Rußlands oder Italiens zu pflegen und Detailanträge zu stellen. Auch wandte ich mich dieserwegen an den Marinekommandanten im Hinblick auf maritime Unternehmungen und den Küstenschutz.

Am 5. August holte ich in der Marinesektion das Gutachten über eine See-Sperranlage bei Riva ein, mit Rücksicht auf die große Zahl italienischer Fahrzeuge auf dem Gardasee (2 Finanzboote, 3 Motorboote, 10 zur Armierung eingerichtete Dampfer). Die Marinesektion erklärte eine Seesperre nicht durchführbar, beantragte aber das Zerstören der Anlegeplätze, das Legen von Grundminen und die Anlage von Flankierbatterien als Schutz gegen italienische Landungsversuche.

Auf Grund meiner Direktiven verfaßte Major Soos ein Detailelaborat über zu treffende Maßnahmen, insbesondere anzulegende Befestigungen, Hauptmann Pflug eine Studie über Unternehmungen gegen feindliche Befestigungen in den ersten Mobilisierungstagen.

Bei den zwingenden geographischen Bedingungen des italienischen Kriegsschauplatzes, die einerseits durch das Gebirge, andrerseits durch

die schmale Ebene und den Küstensaum gegeben waren, vermochten die Vorkehrungen weit eingehender zu erfolgen, als für den russischen Schauplatz, dessen weite Räume und allseitige Bewegungsmöglichkeit viel mannigfachere Kombinationen zuließen. Ihnen konnte erst bei Eintritt des Kriegsfalles selbst Rechnung getragen werden. Man mußte sich für sie eine gewisse Freiheit des Handelns wahren.

Die Kraftbemessung im großen mußte aber für jeden Kriegsfall mit der Möglichkeit rechnen, daß ihm ein Engagement gegen einen anderen Gegner vorangehen oder nachfolgen würde. Alle Vorbereitungen waren dadurch im hohen Maße erschwert und kompliziert.

Der im Spätherbst und Winter 1910 bearbeitete Aufmarsch gegen Italien für das Jahr 1911 trug, gleich den früheren, folgenden vier Varianten Rechnung:

I. Krieg gegen Italien ohne vorangegangenen Konflikt mit Serbien und Montenegro und ohne Drohung Rußlands;

II. Krieg gegen Italien nach vorhergegangenem Konflikt mit Serbien und Montenegro und ohne Drohung Rußlands;

III. Krieg gegen Italien nach vorhergegangenem Konflikt mit Serbien und Montenegro und mit Drohung Rußlands;

IV. Krieg gegen Italien ohne vorangegangenen Konflikt mit Serbien und Montenegro und mit Drohung Rußlands.

Die für Grenzschutz und Sicherung des Aufmarsches bestimmte Alarm-Gruppierung sah vor:

Für den Hauptrayon Innsbruck (Tiroler Grenze):

35 Baone, 32 Landw.-Komp., 80 Masch.-G., 30 Grenzsich.-Komp., 6¼ Esk., 28 Geb.-Kan.-Batt., 12 Geb.-Haub.-Batt., 5 Pion.-Komp.

Für den Hauptrayon Kärnten (Kärntner Grenze):

12 Baone, 9 Landw.-Komp., 24 Masch.-G., 8 Grenzsicherungs-Komp., 3 Esk., 12 Geb.-Kan.-Batt., 4 Geb.-Haub.-Batt., 4 Pion.-Komp.

Für den Hauptrayon Görz (Küstenland):

36 Baone, 10 Landw.-Komp., 38 Masch.-G., 9 Grenzsich.-Komp., 15¾ Esk., 16 Feldkan.-Batt., 4 Geb.-Kan.-Batt., 3 Pion.-Komp.

Aufmarsch: Variante I. (37 Inf.-Div., 4 Kav.-Div.)

4. Armee Erzh. Eugen (Tirol)*) 11 Inf.-Dionen:

---

*) Römische Zahlen: Nummer der Korps, arabische Zahlen: Nummer der Infanterie-Divisionen.

IX. (29. Valarsa, 26. Piazza); XIV. (44. Folgaria, 8. Lavarone); VIII. (9., 21. Levico); 3. Strigno Valsugana, 19. Cavalese; IV. (31., 32. nördlich Trient); 10. Peutelstein.

Landsturmbrigade 40, 95 Trient, 97 Kaltern, 108 Meran, 103 Franzensfeste, 107 Bruneck; ferner: 1 Baon. Prad (Stilfser Joch); 3 Baone Fucine (Tonal); 1 Baon. Lardaro, 3 Baone Riva.

3. Armee FZM. Potiorek (Kärnten) 5 Inf.-Dionen:

II. (4. Liesing, 6. Kötschach, 13 Hermagor); Detachem. Tilliach; 40. Förolach; 25. Malborgeth; Landsturm-Brig. 106. Maglern.

1. Armee Erzh. Friedrich:

I. (5., 46., 12.) Robić-Žaga; X. (24., 45., 2.) Woltschach, Kneža; III. (28., 22., 41.) Görz—Cormons; V. (14., 33., 37.) südlich des III.; VII. (17., 34., 23.)*) östlich Görz; Landst.-Brig. 100 Laibach.

2. Armee G. d. I. Frank:

XII. (16., 35., 38.) Gradiska und westlich; VI. (15., 27., 39.) Monfalcone und westlich. Vor der Front der 1. und 2. Armee: 7., 1., 3., 2. Kav.-Dion. 1. und 2. Armee zusammen: 21 Inf.-Dionen., 4 Kav.-Dionen.

Zur Disposition des A.-O.-K.**): XI. (11., 30., 43.) und die restierenden Kav.-Dionen

In Variante III. wären außerdem entfallen:

IV. (31., 32., 40.); VIII. (9., 21.); IX. (29., 26.); VII. (17., 34., 23.). Daher verblieben: 30 Inf.-Dionen, 4 Kav.-Dionen.

In Variante II. wären außerdem entfallen:

XI. (11., 30., 43.); 12; 2; dann die Landsturm-Brig. 35, 100, 106. Daher verblieben: 25 Inf.-Dionen.

In Variante IV. wären entfallen die obigen, dagegen nicht die gegen Serbien und Montenegro anfänglich aufmarschierten. Daher verblieben: 35 Inf.-Dionen.

Gegen Serbien-Montenegro waren anfänglich gerechnet XV. (1., 48); XVI. (18., 47.); XIII. (7., 36., 42.); 20.

Was von diesen Kräften auf den italienischen Schauplatz herangeführt werden konnte, entschied erst die Lage.

Am 4. Dezember 1910 legte ich Seiner Majestät die Alarm-Instruktionen für die Kriegsfälle gegen Rußland, Italien, Serbien, Montenegro vor. Sie gingen nach Allerhöchster Genehmigung an die davon betroffenen Korps zur Bearbeitung der Detailmaßnahmen.

---

*) Das VII. Korps war als Queue-Korps instradiert.

**) A.-O.-K. = Armee-Oberkommando.

Bezüglich des Kriegsfalles gegen Rußland waren die großen Gesichtspunkte mit General von Moltke erneuert vereinbart. Auch die mit Rumänien gepflogenen Beziehungen erscheinen bereits angeführt, sie ließen voraussetzen, daß Rumänien damals in den Krieg gegen Rußland eingetreten wäre. Es hätte die Ostflanke unserer in Galizien aufmarschierenden Kräfte wesentlich entlastet.

In Hinsicht auf den eventuellen Krieg gegen Italien erneuerte ich in einer Audienz am 18. März meinen Antrag auf Verlegung eines Infanterieregimentes nach Tolmein und von Kavallerie ins Küstenland. Am 12. November erbat ich die Allerhöchste Einflußnahme auf endliche Inangriffnahme der Wasserleitungen auf dem Karst, als dem wasserarmen Gebiete, in welchem große Massen von Truppen und Trains im Kriegsfalle zur Versammlung zu gelangen hatten. Weiter betrieb ich die Entfernung der italienischen Finanzwache vom Territorium der Monarchie.

B e f e s t i g u n g e n. Auch die Befestigungsfrage kam im Jahre 1910 nicht über ihren schleppenden Gang hinaus. Wie insbesondere jede diesbezügliche Maßnahme an der i t a l i e n i s c h e n Grenze den jedesmaligen Aufschrei des Ministers des Äußern Graf Ährenthal auslöste, ist schon wiederholt erwähnt. Zwar konnte ich am 29. Juli in Ischl Seiner Majestät über den befriedigenden Fortgang der Fortsbauten auf den Plateaus von Lavarone, Folgaria berichten, aber in der Audienz am 18. September mußte ich darauf hinweisen, daß, wenn der Kredit für das Minimalprogramm, der 155 Millionen betrug, so wie es der Kriegsminister will, auf jährliche Raten von nur 6·2 Millionen Kronen verteilt wird, volle 26 Jahre vergehen würden, bis die Bauten fertig sind. In dieser Zeit wären aber die Bauten nicht nur in mancher Hinsicht veraltet, sondern es könnten sich in derselben auch längst schon die schwerstwiegenden Ereignisse abgespielt haben.

In einer Audienz am 21. Oktober drängte ich wieder auf die Befestigungsbauten gegenüber Italien, in einer solchen am 15. Feber auf jene bei Triest und Sebenico. Ich unterstützte die Anträge des Marinekommandanten Graf Montecuccoli auf dringendste Ausgestaltung Sebenicos zum Zufluchtshafen, Anträge, die auch von Admiral Haus gutgeheißen waren, was mir Graf Montecuccoli in einem Schreiben mitgeteilt hatte. In dem Schreiben sprach er auch die Ansicht aus, daß bei Sebenico ein Landgürtel anfänglich entbehrlich wäre, wie dies ja auch bei dem französischen Hafen von Biserta der Fall sei. Der am 16. Feber über diese Fragen stattgehabten Konferenz ist schon im Ersten Bande, 2. Teil, unter „Befestigungen“ gedacht.

Dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand trug ich die ganze Befestigungsfrage in einer Audienz am 23. November 1910 vor.

Verkehrsmittel. Mit nicht geringen Widerständen hatte im Jahre 1910 auch die Frage der Verkehrsmittel zu kämpfen. In den Audienzen am 1. und 15. Feber, 21. April, 11. Mai, 29. Juli, 11. November und 4. Dezember bei Seiner Majestät, sowie am 23. Dezember bei Erzherzog Franz Ferdinand hatte ich um Einflußnahme auf die Bahnbauten gebeten, nicht nur bezüglich aller über die ganze Monarchie verteilten Anträge, sondern auch der schon im Ersten Bande, 2. Teil, unter „Verkehrsmittel" angeführten. Sie ergaben sich aus den Aufmarsch-Instradierungsarbeiten des Eisenbahnbureaus und waren von wesentlichem Einfluß auf die rasche Operationsbereitschaft sowohl am russischen als am italienischen Kriegsschauplatz.

Ganz verfahren war die Bahnfrage auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz. Der Bau der dalmatinischen Bahn über Ogulin, Knin, der den Interessen Österreichs entsprach, aber, weil über Kroatien führend, in die Kompetenz der ungarischen Regierung fiel, stieß auch weiter auf deren Widerstand. Während Franz Kossuth den Bau direkt hemmte, anerkannte sein Nachfolger als Handelsminister, Hieronymi, auch in öffentlicher Rede*) die Verpflichtung zum Bau, schlug jedoch, mit Berufung auf die Bauschwierigkeiten in Hochkroatien, eine Trasse durch das Unnatal (Novi, Bihać, Knin) vor. Aber er knüpfte es an die Bedingung des doppelgleisigen Ausbaues der Kaschau—Oderberger Bahn und der Gewährung des direkten Anschlusses an die deutschen Bahnen bei Annaberg. Dadurch erachtete sich aber wieder Österreich wirtschaftlich geschädigt.

Ich erklärte, daß gegen die Trasse durch das Unnatal militärisch zwar keine Bedenken bestehen und die eheste Herstellung einer Verbindung mit Dalmatien überhaupt die Hauptsache sei, daß jedoch bei

*) Die betreffende Stelle dieser in Iglo im Feber 1910 gehaltenen Rede lautet: „Die Regierung hat es auf sich genommen, den Ausbau der dalmatinischen Eisenbahnen durchzuführen, und zwar soweit, daß der Bahnbau im Jahre 1908 angefangen und 1911 beendigt wird. Heute ist noch keine Rede von einem Baubeginn mit diesen Bahnen, ja die Projekte sind noch nicht einmal fertig. Hier handelt es sich nicht nur um die Übernahme einer großen Last von vielen Millionen Kronen, sondern auch darum, daß wir kontraktliche Verpflichtungen übernommen haben, die wir heute bezüglich des Termins nicht einhalten können. Man wird uns mit Recht dessen beschuldigen, daß wir nicht Wort halten und nicht verläßlich sind."

dieser Wahl Kroatien schwer geschädigt erscheint, was denn doch zu bedenken wäre. Für B. H. vertrat der Reichsfinanzminister Baron Burian ein Bauprogramm, das nur die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes bei weitgehender Berücksichtigung der ungarischen Interessen im Auge hatte, die militärischen jedoch außer acht ließ. Demgegenüber machte ich — so auch in einer Audienz am 18. März 1910 — die militärischen Forderungen geltend.

Ich bemerkte, daß alles andere hinfällig wird, wenn B. H. der Monarchie verloren geht, und daß, um dies zu verhindern, auch die militärisch notwendigen Bahnen gebaut werden müssen. Auf das Verlangen Baron Burians, die militärisch notwendigen Bauten aus den gemeinsamen Mitteln der Monarchie zu bestreiten, verwies ich darauf, daß die Monarchie bereits seit Jahren viele Hunderte von Millionen zu Gunsten des Landes verausgabt habe, das Land daher endlich auch die eigenen Mittel für gemeinsame Erfordernisse einsetzen müsse.

Nach dem Antrage Baron Burians sollte die militärisch so wichtige Strecke Banjaluka—Jajce nicht normalspurig, dagegen die militärisch belanglose Linie Banjaluka—Gradiska normalspurig, jene Gabela—Klek schmalspurig, jene Bugojno—Aržano gar nicht gebaut werden, dagegen aber die militärisch weniger bedeutungsvolle Bahn Ustiprača—Foča—Trebinje, für die übrigens der Anschluß nach Serbien (bei Vardište) fehlte. Seine Herstellung hing vom guten Willen Serbiens ab.

Weiter lautete Baron Burians Antrag gegen die militärisch dringend erforderliche Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Hauptlinie Brod—Sarajevo, die das schon an anderer Stelle erwähnte Mißverhältnis beseitigen sollte, daß wir bis Brod innerhalb 24 Stunden 30.400 Mann zu transportieren vermochten, von dort weiter aber nach Sarajevo nur 9000.

Der dringend geforderte Bahnbau Banjaluka—Jajce mit Fortsetzung über Rama nach Mostar, als wichtige Aufmarsch- und Nachschublinie gegen Montenegro, stieß gleichfalls auf den Widerstand des gemeinsamen Finanzministers, obgleich die Finanzierung dieses Baues durch die Boden-Kreditanstalt in Aussicht stand.

Daß ich gegen die ohne Kenntnis des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabes erfolgten Verhandlungen über Elektrifizierung der Bahn Sarajevo—Mostar und über Kleinbahnbauten Stellung nehmen mußte, fand schon Erwähnung.

Auch die Straßenbauten stockten. In Österreich knüpfte das Finanzministerium den Baubeginn an die zur Gänze erfolgte finanzielle Bedeckung, während ich den Beginn schon nach Eingang der ersten

Baurate verlangte Die Verzögerung war unausbleiblich; auch zum Schaden der betreffenden Länder.

Die geforderte Herstellung einer direkten Telephonverbindung Sarajevo—Budapest bis Wien stieß auf den Widerstand der ungarischen Regierung.

Kundschaftswesen. Über die geringen hiefür gewährten Mittel, die Widerstände, die Graf Ährenthal dem Kundschaftsdienst bereitete und die sich bis zur Einstellung der Reisen der Offiziere steigerten, ist schon im Früheren alles Wesentliche enthalten. Diese Übelstände blieben auch im Jahre 1910 bestehen.

In einer Audienz am 18. März 1910 referierte ich Seiner Majestät speziell über die ausgebreitete russische Spionage.

Jahres-Denkschrift. Wie alljährlich verfaßte ich auch am Schlusse des Jahres 1910 eine Denkschrift über die militärische Lage. Ich lasse sie hier — mit Ausschluß der Beilagen — vollinhaltlich folgen.

„Gen. Br. Conrad.

Denkschrift

über die militärisch-politische Lage und die Konsequenzen hinsichtlich Ausgestaltung der bewaffneten Macht.

Videat Se. Exzellenz der Herr
Reichskriegsminister.
23./11. Schönaich m. p., G. d. I.
25./11. Przyborski m. p., GM.
Wien, 31. Oktober 1910.

Conrad m. p., G. d. I.

(Bleistiftbemerkungen)
Gstb. Nr. 3907/1910 vom 9. November.

Bei Seiner Majestät bleiben:

a) Vorliegende Denkschrift als Einleitung.

Als Beilagen:

b) Inhaltsauszug des großen Antrages,
c) Abschrift des Antrages wegen der schweren Artillerie,
d) die graphischen Beilagen, und zwar italienische Befestigungen und Bahnen 1907, 1910, 1912/14; italienische Dislokationen 1907, 1910, Tabellen über italienische Heeresstärke,
e) die Bahnforderungen.

General d. Inf. Br. Conrad.

Denkschrift

über die militär-politische Lage und deren Konsequenzen hinsichtlich Ausgestaltung der bewaffneten Macht.

Wien, am 31. Oktober 1910.

Euer Majestät geruhten in den Vorjahren verschiedene meinerseits verfaßte Denkschriften allergnädigst entgegenzunehmen, in denen ich jene Anschauungen niedergelegt habe, welche mir bestimmend für die mir obliegenden konkreten Kriegsvorbereitungsarbeiten und die damit im Zusammenhang stehenden organisatorischen und sonstigen Anträge erschienen.

Geruhen Euer Majestät allergnädigst zu genehmigen, daß ich mich auf diese meine Denkschriften auch heuer berufe und in möglichster Kürze die Hauptgrundzüge hervorhebe, welche mich bezüglich der gedachten Arbeiten auch dermalen leiten; es sind dies folgende:

Als politische Grundlage für die militärischen Vorbereitungen können nicht die momentanen politischen, häufig nur auf einzelne Persönlichkeiten oder Parteien gegründeten Konstellationen genommen werden, weil mit dem jederzeit möglichen Wechsel dieser Parteien oder Personen auch die Konstellationen plötzlich sich ändern; die fallweisen diplomatischen Abmachungen können daher auch keine Basis für die militärischen Vorsorgen bilden.

Letztere bedingen eine weit voraussehende, alle im Bereich der Möglichkeit liegenden Konstellationen in Betracht ziehende und für jede derselben alles Nötige vorsehende Beurteilung der politischen Lage; dies deshalb, weil die allgemeinen, sowie die speziellen, den einzelnen Kriegsfällen angepaßten konkreten militärischen Vorbereitungen sich nicht im letzten Moment bewirken lassen, sondern eine sehr lange Durchführungsfrist voraussetzen, welche bei den allgemeinen Vorbereitungen (Organisation, Bewaffnung, Ausrüstung, Kundschafterdienst, Befestigungen, Ausbildung, Flotte) nach Jahren, aber auch bei den konkreten Vorbereitungen (Aufmarschvorarbeiten, Instradierung etc.) nach Monaten zählt.

Diese voraussichtige Beurteilung der Politik kann sich daher nur auf jene Verhältnisse stützen, welche sich aus den allgemeinen Entwicklungsbedingungen der Staaten, ihren daraus hervorgehenden Interessen und damit ihren natürlichen Gegnerschaften ergeben. Diese Potenzen sind die schließlich ausschlaggebenden, mit dem natürlichen Gewicht in die Wage fallenden und sich en cas que über alle noch so verläßlich geglaubten Ententen, diplomatischen Abmachungen und Versprechungen hinwegsetzenden.

Die vom obigen Gesichtspunkt aus gewonnenen Anschauungen sind daher einzig und allein als Basis für die militärischen Vorbereitungen brauchbar, will man nicht von Situationen überrascht werden, die man in Vertrauensseligkeit für ausgeschlossen erachtet hat.

Sind aber einmal jene Richtungen erkannt, nach welchen die militärischen Vorbereitungen notwendig erscheinen, dann muß auch in alle Konsequenzen dieser Notwendigkeit eingegangen werden, und es dürfen diplomatische Bedenken und Vorsichtigkeiten, innerpolitische Nachgiebigkeiten, sowie die Scheu vor finanziellen Opfern nie zur Ursache werden, diesen Konsequenzen auszuweichen; immer bedenkend, daß sich die Schicksale der Staaten, der Völker, der Dynastien nicht am diplomatischen Konferenztische, sondern auf dem Schlachtfeld entscheiden.

Von obigen Gesichtspunkten ausgehend, erscheint mir für die folgende Periode nachstehendes festzustehen:

Deutschland ist durch seine Interessen ebenso an die Monarchie gewiesen, wie letztere an Deutschland. Das Bündnis mit Deutschland bildet daher die Grundlage der Politik der Monarchie und damit auch die Grundlage für alle Kriegsvorbereitungsarbeiten. An diesem Bündnis festzuhalten, es zu pflegen und stets zum Ausdruck zu bringen, insbesondere auch jedwede kleinliche Zurückhaltung zu vermeiden, erscheint mir Bedingung.

Italien. Gilt Italien zwar noch immer als Macht des Dreibundes, bemühen sich auch alle dermaligen diplomatischen Schritte, es in diesem Verhältnis zu erhalten und scheinen die dermaligen maßgebenden politischen Faktoren Italiens von der gleichen Richtung beseelt — so kann ich trotz alledem nicht umhin, in Italien einen ausgesprochenen Gegner der Monarchie zu sehen, der in einem ihm passenden Moment die Maske abwerfen und in offener Feindschaft handeln wird.

Der in allen Teilen der Bevölkerung unter Patronanz der Regierung geschürte Haß gegen die Monarchie und deren Dynastie, die weitestgehende Verbreitung des Irredentismus, die im großen Stil organisierten, vor allem mit dem Chauvinismus der Jugend rechnenden Freiwilligen-Organisationen, die zügellose Agitation bei den Konnationalen im Gebiete der Monarchie, die systematische Ausspähung, die schamlose Hetze seitens des größten Teiles der Presse, die unausgesetzten Schikanen im Grenzgebiet, die unverblümten Äußerungen maßgebender Persönlichkeiten, die sachlichen Publikationen der militärischen Fachpresse, sowie zahlreiche einschlägige Broschüren und Studien weisen auf die Gegnerschaft hin. Als eines der zahllosen Beispiele bitte ich die Artikel des italienischen Generals d. R. Fadda in der offiziösen „Tribuna“ vom 2. November samt Übersetzung beischließen zu dürfen (Beilage 10), aber vor allem erhält

diese ihren, selbst für den Laien unverkennbaren Ausdruck in den konkreten militärischen Maßnahmen, welche Italien ganz ausgesprochen für einen Krieg gegen die Monarchie trifft. Hieher zählen:

a) Der rasch betriebene Ausbau eines im größten Stil angelegten, die operative Absicht scharf kennzeichnenden Befestigungssystems, von dem nur ein Laie glauben kann, daß es rein defensiven Zwecken dient; worauf ich noch eingehender zurückkommen möchte.

b) Die Vermehrung der Garnisonen in Venetien und im Grenzgebiet überhaupt, sowie die darin sich aussprechende Absicht, im Kriegsfall nicht nur das letztere zu schützen, sondern mit operationsbereiten Körpern in das Gebiet der Monarchie einzufallen, um hier den Aufmarsch zu stören.

   Beilage 6 zeigt die Garnisonsverhältnisse, wie sie 1907 bestanden. Beilage 7 zeigt dieselben, wie sie jetzt bestehen.

c) Die Entwicklung des Bahnnetzes im Sinne eines rascheren und insbesondere im Sinne eines eventuell bis an den Tagliamento vorgelegten Aufmarsches. Siehe Beilage 9.

d) Die alljährliche Verlegung der Alpini-Formationen von der französischen Grenze in die Grenzgebiete nächst der Monarchie und die in großem Stil betriebenen Übungen derselben, bei weitestgehender Heranziehung der Alpini-Milizformationen.

e) Die rege Tätigkeit hinsichtlich Manövern, Übungsreisen, Kaderübungen im Aufmarschraum gegen die Monarchie.

f) Die unausgesetzt betriebenen Rekognoszierungsfahrten italienischer Kriegsfahrzeuge an der Küste der Monarchie.

g) Die mit Beschleunigung betriebene, im allgemeinen auf das Frühjahr 1912 gestellte Ausgestaltung von Heer und Flotte, in der sichtlichen Tendenz, den Streitkräften der Monarchie mindestens gleiche, womöglich überlegene Kräfte entgegenzustellen, so vor allem hinsichtlich der Marine der Bau schwerster Schlachtschiffe, hinsichtlich der Landmacht die wesentliche Erhöhung der Friedenspräsenzstärke (bisheriger budgetierter Präsenzstand: 225.000 Mann, neu zu budgetierender Präsenzstand 250.000 Mann, im Oktober aber bereits vorhanden 303.000 Mann, davon nach Ausbildung ab die 2. Kategorie, bleiben noch immer 278.000 Mann faktisch präsent, damit verbunden jährliche Budgeterhöhung um 15 Millionen Lire), die Ausrüstung des IV. Korps (Piacenza) mit Gebirgsausrüstung, die Ausgestaltung der Mobil-Milizdivisionen, vorläufig der Zahl nach zehn.

Zu diesen militärischen Vorbereitungen ist noch jene Aktion auf politischem Gebiet hinzuzurechnen, welche sich in den Beziehungen Italiens zu Montenegro, Serbien, Rußland und Frankreich ausspricht und

speziell gegenüber Montenegro in der Zuwendung von Geschützen, Instruktoren etc. konkreten Ausdruck gefunden hat.

Zeigt all dies, daß sich Italien in sehr zielbewußter Weise zum Krieg gegen die Monarchie vorbereitet und daß es eine verderbliche Täuschung wäre, sich dieser Erkenntnis zu verschließen, so ist insbesondere aus dem dermalen mit rastlosem Eifer zur Ausführung gelangenden Befestigungssystem leicht zu erkennen, daß Italien hiebei auch einen Offensivkrieg im Auge hat, und zwar wie folgt (Beilage 3, 4, 5).

Der Ausbau des großangelegten befestigten Raumes von Gemona im Verein mit den permanent zur Ausführung gelangenden Brückenköpfen von Codroipo-Casarsa und von Latisana sollten jedwede ö.-u. Offensive vom Isonzo und Kanaltal (Carnia) her aufhalten, indes überlegene italienische Kräfte von Westen, Süden und Südosten her das südliche Tirol angreifen und durch einen Vorstoß aus dem Cadore von der Monarchie trennen. Die zahlreichen, an allen Ausgängen angelegten Gebirgsbefestigungen vom Stilfserjoch bis ins Cadore sollen nicht nur diese Offensive gegen Tirol direkt unterstützen, sondern auch die Versammlung der hiezu nötigen, sowie der in der venetianischen Ebene aufmarschierenden Kräfte und deren Verbindungen nach rückwärts verläßlich schützen.

Bedenkt man, daß Tirol nur ein Korps im Lande hat, für Truppenzuschübe aber bloß auf die trotz jahrelanger Anforderungen noch immer bloß eingleisige Bahn Salzburg—Wörgl, sowie auf die Brennerbahn und die sehr gefährdete Pustertalbahn angewiesen ist, während Italien Südtirol nicht nur mit zwei Korps umschließt, sondern auch auf seinen zahlreichen Bahnen bei kurzen Aufmarschlinien rasch weitere Kräfte heranführen kann, so gewinnt eine solche Offensive Italiens voraussichtlich mit dem III., IV. und V. Korps und allen Alpinitruppen nebst Freiwilligenformationen sehr an Wahrscheinlichkeit. Im Falle des Gelingens würde ihr dann die Offensive in Venetien folgen, wo anfänglich das VI. Korps und die Kavalleriedivisionen den Aufmarsch decken.

Ich bin weit entfernt, von der eigenen Aktion nicht ein diese Pläne Italiens vereitelndes Vorgehen zu erwarten, aber ich führe den obdargelegten Gedankengang nur an, um die Anschauungen jener zu entkräften, welche bei Italien nur rein defensive Absichten voraussetzen und dies etwa gar aus den Befestigungen Italiens ableiten wollen.

Aber selbst wenn man Italien nicht zumuten will, daß es plötzlich ganz allein zum Angriffskrieg gegen die Monarchie schreitet, so muß man doch mindestens darauf gefaßt sein, daß Italien diesen Angriffskrieg führen wird, sobald die Monarchie von irgendwelchen Komplikationen innerer oder äußerer Natur betroffen ist.

Bei alldem muß noch mit folgendem gerechnet werden:

Die Sympathien der italienischen Dynastie sind der Monarchie nicht zugeneigt, die leitenden Staatsmänner können bald wechseln, das chauvinistisch veranlagte, leicht inflammable, überdies schon aufgehetzte Volk kann, geschickten Agitatoren folgend, unschwer zur Aktion getrieben werden, oder selbst die maßgebenden Faktoren hiezu drängen; endlich ist es bei dem selbst schon in die Armee, angeblich sogar in das Offizierskorps gedrungenen republikanischen Geist nicht ausgeschlossen, daß in Italien Umwälzungen stattfinden, welche zu einer Aktion nach außen drängen, und es wäre gewiß keine so populär, wie der Krieg gegen Österreich-Ungarn.

Wenn ich nun zu den unverkennbaren Erscheinungen einer im Grunde feindseligen Gesinnung Italiens nach den Interessen frage, welche deren Basis bilden und welche mir als die ausschlaggebenden Momente für die Haltung Italiens gelten, so liegen diese auf der Hand, und zwar die Erwerbung der italienischen Gebiete der Monarchie, vor allem Südtirols, Triests, Istriens; die Vorherrschaft in der Adria, vielmehr die Verhinderung der Entwicklung der ö.-u. Seemacht als Rivalin im Mittelmeer, am Balkan und im Orient; die Bekämpfung jedweder Machterweiterung der Monarchie auf der Balkanhalbinsel, woselbst Italien seine kommerziellen und sonstigen Interessen ungestört verfolgen will; endlich Verhinderung jedweder Machtzunahme der Monarchie überhaupt, als natürliche Gegnerin in den obenangeführten Aspirationen.

Ich resumiere daher hinsichtlich Italiens: Die Monarchie hat allen Grund, in Italien eine feindliche Macht zu sehen und sich mit aller Energie zum Krieg gegen diesen Staat vorzubereiten.

Serbien und Montenegro. Ich habe in mehreren Memoires der Vorjahre meine leitende Ansicht dahin präzisiert, daß ich die Zukunft einer aktiven Politik der Monarchie auf dem Balkan gelegen glaube und daß die Monarchie daher für geraume Zeit mit jenen Staaten wird als Gegner rechnen müssen, welche sich durch eine solche Politik der Monarchie in ihren Aspirationen betroffen sehen.

Dies weist direkt auf Serbien und Montenegro, im weiteren Zusammenhange auf Italien und Rußland hin.

Wenn ich mir die nächsten Ziele der ö.-u. Balkanpolitik konkret klarlege, so sind sie durch folgende Ideen gekennzeichnet:

Der südslawische Komplex der Monarchie repräsentiert ein so großes Gebiet, daß mit dem Verlust desselben die Machtstellung der Monarchie gebrochen wäre, dies umsomehr, als damit auch das ganze Küstengebiet, somit die Seemachtstellung verloren ginge.

Die Erhaltung des südslawischen Komplexes ist daher eine conditio sine qua non.

Es ist nun für diese Erhaltung höchst bedenklich, als unmittelbare Nachbarn zwei südslawische souveräne Staaten erstehen und erstarken zu lassen, welche stets Attraktionspunkte für die radikalen Elemente und stets Herde für die Aufwiegelung der Südslawen der Monarchie bilden werden, umsomehr als sie die Idee des souveränen südslawischen Einheitsstaates auf ihre Fahne schreiben.

Aber auch den sonstigen Gegnern der Monarchie (jetzt insbesondere Rußland und Italien) bieten diese souveränen Staaten willkommene Anhaltspunkte, um der Monarchie Verlegenheiten zu bereiten, weshalb diese Staaten dafür sorgen, Serbien und Montenegro in Gegnerschaft zur Monarchie zu erhalten. Daß Serbien und Montenegro daher auch wohl immer als Verbündete der Gegner der Monarchie auftreten, somit militärische Kräfte der Monarchie binden werden, wenn diese in einen kriegerischen Konflikt gerät, ist wohl kaum fraglich. Weist nun schon diese Erhaltungsrücksicht auf die Notwendigkeit hin, diese Staaten zu inkorporieren, was bezüglich Serbiens absolut gilt, bezüglich Montenegros vielleicht durch ein unbedingtes Abhängigkeitsverhältnis ersetzt werden könnte, so verlangen auch die handelspolitischen Rücksichten der Monarchie eine territoriale Ausdehnung in dieser Richtung, damit die Monarchie sich dieses Gebiet erschließe, es nicht in andere Interessensphären gelangen lasse und nicht der Gefahr ausgesetzt sei, selbst durch so kleine Staaten in ihrer handelspolitischen Aktion eingeengt und schikaniert zu werden, sondern schon kraft des geographischen Besitzes in der Lage sei, allen Forderungen auf dem Balkan entscheidenden Nachdruck zu geben. Erst mit dem Besitz Serbiens, speziell des Moravatals inklusive des Beckens von Niš, erscheint dies aber gewährleistet.

Zu diesen Erwägungen kommt noch, daß in beiden obgenannten Staaten die Idee wacherhalten und großgezogen wird, daß dieselben historische und nationale Ansprüche auf gewisse Gebiete der Monarchie haben, so Serbien bezüglich Bosniens, so Montenegro hinsichtlich des süddalmatinischen Küstengebietes und der südlichen Herzegowina; nicht belanglos ist dabei, daß letzterer Staat durch die für die Monarchie höchst ungünstige Gestaltung der Grenze (Cattaro—Budua—Spizza) zu solchen Aspirationen geradezu herausgefordert wird.

Das Gesagte ergibt somit, *daß Serbien und Montenegro als Gegner der Monarchie in Betracht kommen und die militärischen Vorsorgen hiemit rechnen müssen.*

Rußland. Rußland ist mit seinen auswärtigen politischen Interessen so vielfach engagiert, daß es stets darauf ankommen wird, jeweilig

zu erkennen, welche der letzteren in den Vordergrund gestellt erscheinen, für welche daher Rußland eben gesonnen ist, das Schwert zu ziehen.

Im wesentlichen wird zu beurteilen sein, ob Rußland das Schwergewicht auf seine asiatische oder auf seine europäische Politik verlegt, weil vor allem dies maßgebend dafür ist, ob und inwieweit dieser Staat als Gegner der Monarchie in Betracht kommt.

Momentan scheint das Charakteristische der politischen Lage Rußlands in dem Bedürfnis nach Sammlung und Retablierung von den Folgen des unglücklichen japanischen Krieges zu liegen; dies prägt sich umsomehr aus, seitdem der Zar, die Iswolskysche Politik diplomatischer Winkelzüge und Intrigen verlassend, sich den Anschauungen seiner militärischen Berater, vor allem des Generals Suchomlinow, zugewendet hat.

Die Entblößung des Gebietes westlich der Weichsel von größeren Truppenmassen, die Formierung einer für alle Eventualitäten in Betracht kommenden Zentralarmee, die voraussichtliche Verlegung des Aufmarsches aus dem Weichselland gegen Osten, bei Schaffung einer für die Verbindung sorgenden Befestigungsgruppe, die Vermehrung der sibirischen Armeekorps, die Ausgestaltung der sibirischen Bahn sind Maßnahmen, welche darauf hinweisen, daß Rußland ebenso zu militärischem Auftreten in Europa, wie zu solchem in Zentralasien und in Ostasien bereit sein will.

Überdies hat es besondere Vorsorgen für Finnland und für den Kaukasus getroffen.

Gelänge es, Rußland dauernd in Asien zu engagieren, so stünde zu hoffen, daß es in Europa als Gegner nicht in Betracht kommt, man also freie Hand für alle jene Aktionen hätte, welche ansonsten zu einem feindseligen Eingreifen Rußlands führen müßten; nur müßte man dann auch diesen Vorteil nützen.

Ist aber ein solches Engagement Rußlands in Asien nicht gesichert, so kommt es darauf an, jene Interessengegensätze zu erwägen, welche zu einem Konflikt mit Rußland führen könnten; sie betreffen:

Die Meerengenfrage, respektive die Festsetzung Rußlands an den Meerengen (Konstantinopel) und die damit bedingte Gefährdung der ö.-u. Interessen auf der Balkanhalbinsel und im östlichen Mittelmeer;

die Wacherhaltung der großserbischen Idee unter russischer Patronanz und im Zusammenhang damit

die Förderung der souveränen südslawischen Staaten, um sie als Verbündete gegen die Monarchie auszunützen, ferner in absehbarer Zeit Gebietserwerbungen in Galizien, speziell in dem von den Ruthenen

bewohnten Osten, worauf auch die seitens Rußland von neuem mit großer Energie betriebene Agitation in Galizien hinweist.

Endlich kommt als feindseliges Moment auch die gegen Deutschland gerichtete Entente Englands und Frankreichs mit Rußland in Betracht, welche Rußland auf die Seite der Gegner Deutschlands und seiner Verbündeten drängt. Stellen diese Verhältnisse nun auch Interessengegensätze zwischen der Monarchie und Rußland dar, so erscheinen mir diese doch nicht so einschneidender und dringlicher Art, wie die Interessengegensätze zwischen der Monarchie und Italien, und es erscheint mir daher eher möglich, mit Rußland einen modus vivendi zu finden, welcher ein friedliches Verhalten dieser Macht sichert, insbesondere insolange die Retablierung der Armee nicht vollzogen, die finnländische Frage nicht gelöst, der stets drohenden Revolution im ganzen Reich der Boden nicht benommen ist und die Verhältnisse in Asien nicht völlig beruhigende geworden sind.

In Anbetracht dieser Möglichkeit einerseits und der klarliegenden Feindschaft Italiens, welche sicher zum Krieg drängen wird, andererseits, erachte ich es aus militärischen Gründen umsomehr geraten, dieses Verhältnis mit Rußland anzubahnen, als die Heeresentwicklung in Italien das Einsetzen aller unserer Kräfte gegen diesen Staat erfordern wird, wenn der Erfolg gesichert sein soll. Ist diese Entente mit Rußland aber gesichert, dann wäre dies sofort zum offenen Bruch mit Italien, somit zum Krieg auszunützen.

Insolange aber für all dies keine Sicherheit besteht, muß Rußland als Gegner der Monarchie in Betracht gezogen und müssen die militärischen Vorbereitungen für einen Krieg gegen Rußland getroffen werden. Dabei bleibt aber stets vorausgesetzt, daß die Monarchie diesen Krieg nur im Verein mit Deutschland führt.

Bulgarien mit seiner schon auch durch das Gehaben seines Herrschers charakterisierten, unverläßlichen politischen Haltung könnte unter Umständen ebenso als Verbündeter, wie als Gegner der Monarchie in Betracht kommen; es findet jedoch stets sein Gegengewicht in Rumänien, und da an einen Balkanbund mit Einschluß der Türkei wohl nie zu glauben ist, vornehmlich auch in dieser; zudem ist es geographisch von der Monarchie getrennt; spezielle Vorbereitungen für einen kriegerischen Konflikt mit Bulgarien erscheinen daher nicht erforderlich.

Griechenland fällt, ehe es nicht seine arg zerrüttete Wehrmacht wesentlich entwickelt hat, kaum sehr ins Gewicht — in allen Fällen aber voraussichtlich als Gegner der Türkei — der gegenüber es zu Lande und zu See inferior ist.

Türkei. Wenn es auch zunächst noch immer fraglich bleibt, ob der unter jungtürkischem Einfluß erfolgte reformatorische Aufschwung der Türkei von nachhaltiger Dauer sein oder aber wieder einer reaktionären Strömung zum Opfer fallen und hiedurch zu inneren Zerrüttungen führen wird, so ist doch die Machtentfaltung und das wachsende aktive Selbstgefühl der Türkei ebensowenig zu verkennen, wie die allmähliche Hinneigung der Türkei auf die Seite der Monarchie und Deutschlands. Letztere Richtung aufrecht zu erhalten und zu stärken, liegt daher im Interesse dieser beiden Staaten. Die Türkei wäre damit ein äußerst wertvolles Gegengewicht bei jedem Konflikt der Monarchie mit Rußland, Serbien, Montenegro und Italien, wobei nicht zu übersehen kommt, daß Italien der Stärkung der Türkei, insbesondere der maritimen, nicht freundlich gegenübersteht und daß für Rußland der Türkei gegenüber sowohl in Europa als in Asien Konfliktsmomente bestehen, deren friedliche Austragung oder Beseitigung kaum denkbar erscheinen, während die Interessen der Monarchie dermalen nirgends mit jenen der Türkei kollidieren.

Eine bedauerliche Erscheinung wäre es, wenn das Vorgehen der jungtürkischen Regierung gegen die Albanesen dazu führen würde, daß diese den Gegnern der Türkei in die Arme getrieben würden; der angebliche Übertritt katholischer Stämme nach Montenegro, die Beteilung der Albanesen mit Waffen seitens Rußlands sind in dieser Beziehung bemerkenswerte Symptome. Jeder Kraftzuwachs für Montenegro bezw. jede Zunahme der Feinde der Türkei fällt auch für die militärische Lage der Monarchie ungünstig ins Gewicht.

Rumänien. Eingeengt zwischen Bulgarien und Rußland und in steter Sorge, durch den Zusammenschluß dieser beiden Staaten erdrückt zu werden, dabei besorgt um die Dobrudža und andererseits getragen von den Aspirationen auf Bessarabien, steht es im natürlichen Interessengegensatz zu Bulgarien und Rußland und tritt damit naturgemäß auf die Seite der Monarchie und Deutschlands. Rumänien im Bündnis mit diesen beiden Staaten zu erhalten, bleibt umsomehr eine wichtige Seite unserer Politik, als das Eingreifen der rumänischen Armee eine wesentliche Entlastung unserer gegen Rußland auftretenden Streitkräfte ergibt. Dieses Bündnis hat dermalen greifbare Formen angenommen in den Vereinbarungen militärischer Natur, welche gleichfalls eine Voraussetzung bei den diesseitigen konkreten Kriegsvorbereitungsarbeiten bilden.

Frankreich. Durch das Bündnis mit Rußland gezwungen und wohl auch noch von der ererbten Feindseligkeit gegen Deutschland erfüllt, wird Frankreich stets als Gegner Deutschlands und seiner Verbündeten in Betracht kommen. Nicht zu übersehen ist dabei allerdings, daß dieser finanziell allseits engagierte Staat kriegerischen Verwick-

lungen schon aus diesem Grunde nicht sehr zugeneigt scheint und diese auch mit Rücksicht auf innere Umwälzungen (militärische Usurpatoren, Thronprätendenten etc.) sowie deshalb scheuen dürfte, weil die Inferiorität der Armee gegenüber der deutschen umsomehr durchgefühlt wird, als der stete Bevölkerungsrückgang ein Wettmachen der Zahl ausschließt.

Nichtsdestoweniger kommt Frankreich stets als wesentlicher Gegner Deutschlands und damit als indirekter Gegner der Monarchie in Betracht, wie sich dies durch die bei allen Anlässen feindliche Haltung gegen den Dreibund ausspricht, wobei diese Haltung vornehmlich gegen Deutschland und Österreich-Ungarn gerichtet ist. Die Gegnerschaft gegen die Monarchie basiert aber überdies auf den wirtschaftlichen Bestrebungen Frankreichs am Balkan, welches dort trachtet, den Markt an sich zu reißen und seine Konkurrenten zu verdrängen.

England. Die Gegnerschaft Englands zu Deutschland infolge kommerziellen und maritimen Aufschwunges letzteren Staates, insbesondere die Eifersucht auf Deutschlands Seemachtstellung, ist eine unleugbare Erscheinung, und der Anschluß Englands an Frankreich und Rußland erklärt sich damit; ob aber die Entente Englands mit Rußland bei den so mannigfachen Gegensätzen (Meerengenfrage, Ägypten, Persien, Indien) von bleibender Dauer sein wird, steht daher sehr in Frage; auch hat es England in der Regel verstanden, sich bei Konflikten abseits zu halten, um für das Erringen politischer Vorteile den passendsten Moment abzuwarten. Eine solche abwartende Haltung Englands zu erzielen, wäre ein erwünschter politischer Erfolg für die Kriegshandlung.

England fällt vor allem mit seinen maritimen Streitmitteln ins Gewicht und kommt gegen die Monarchie speziell die Mittelmeerflotte in Betracht. Sie allein, insbesondere aber alliert mit der italienischen Flotte, würde in der Adria einen gefährlichen maritimen Gegner schaffen; drängt dies auch zur möglichsten Entwicklung der eigenen Seestreitkräfte und zur Schaffung befestigter Repli-Punkte für letztere, so ist doch nicht zu übersehen, daß für die Monarchie jedwede Feldzugsentscheidung auf dem Erfolg zu Lande beruht.

Diesen vorausgesetzt, vermag die Monarchie etwaige maritime Erfolge Italiens direkt durch Repressalien zu Lande wett zu machen, solche Englands aber indirekt durch Stärkung seiner Gegner (Türkei, Ägypten). Ist Englands Herrschaft in Ägypten gebrochen, dann schwindet seine Macht überhaupt und damit auch seine Seemacht. Eine Konkurrenz im materiellen Flottenausbau mit England aufzunehmen, dazu fehlen der Monarchie die Mittel.

Hinsichtlich der Landstreitkräfte ist es das Bestreben Englands, sechs Infanteriedivisionen für die Verwendung am Kontinent verfügbar

zu machen, welche auf belgischem, holländischem oder dänischem Gebiet zu landen vermöchten; es ist allerdings fraglich, ob diese sechs Divisionen entsprechend rasch bereit sein werden.

Belgien, Holland, Dänemark. Mit obiger Landungsmöglichkeit kommen diese Staaten in den Bereich der Betrachtung. Holland und Belgien aber auch deshalb, weil es immerhin möglich wäre, daß eine deutsche Offensive oder eine französische Aktion über das Gebiet dieser Staaten hinweggeht. Es bleibt dann fraglich, wie sich letztere demgegenüber verhalten werden; ob feindlich gegen die Invasion, ob neutral in allen Fällen.

Ob Dänemark seinen Bestand durch offen feindseliges Auftreten gegen Deutschland riskieren wird, bleibt fraglich; eine kluge Politik würde jedenfalls dagegen sprechen.

Schweden steht mit seinen Sympathien wohl entschieden auf Seite der Gegner Rußlands; ob es in einem großen Konflikte seine Ansprüche auf Finnland mit den Waffen geltend machen würde, bleibt fraglich, wäre aber jedenfalls zu wünschen.

Schweiz. Obgleich ein neutraler Staat, fällt doch die Schweiz bei allen mitteleuropäischen Komplikationen nicht unwesentlich ins Gewicht. Es ist unverkennbar, daß sich in der Schweiz selbst zwei Parteien gegenüberstehen, nämlich die kleinere französisch gesinnte und die weit stärkere deutsch gesinnte; außerdem ist noch eine italienische Fraktion zu zählen, bei welcher dermalen der Irredentismus bereits seine Hebel ansetzt. Letzterer Umstand drängt die Schweiz auf Seite jener Staaten, welche von der gleichen Gefahr bedroht sind, d. i. vor allem Österreich-Ungarn. Hier die Fäden aufzugreifen und im Kriegsfalle die Schweiz auf eigener Seite zu haben, hiezu in derselben die deutsche Richtung zu stärken, ist Aufgabe der Politik.

Japan. Es ist kaum glaubhaft, daß sich Japan dauernd mit Rußland abgefunden haben sollte, es scheint vielmehr, daß es jetzt in zielbewußter Systematik die Erfolge seines letzten Sieges ausgestalten und konsolidieren will, um dann mit frischer Kraft seine mit den russischen entschieden kollidierenden Interessen weiter zu verfolgen. Japan wird daher umsomehr als Gegner Rußlands in Betracht zu ziehen sein, als letzteres wohl kaum seiner Stellung in Ostasien zu entsagen vermag, will es nicht sehr an Prestige und an Macht verlieren. Inwieweit Japan durch Nordamerika paralysiert wird, fällt wohl dermalen noch außer Erwägung.

Es will scheinen, daß Japan gut täte, seine Rechnung mit Rußland abzuschließen, ehe die Land- und Seemacht letzteren Staates retabliert, die sibirische Bahn vervollständigt, der Panama-Kanal eröffnet und der Vertrag mit England abgelaufen ist (1915).

Die Konsolidierung der Position in Korea, der Ausbau der dortigen Bahnen, die Befestigungen dortselbst, sowie in der Verbindungsstrecke Koreas mit Japan, die emsige Entwicklung der Landmacht und der beschleunigte, mit erheblichen Mitteln betriebene Ausbau der Flotte charakterisieren die militärischen und damit die politischen Ziele Japans.

Gestützt auf die in allem Vorstehenden dargelegten politischen Erwägungen, ergeben sich nun die Richtungen für die eigenen

a) speziellen konkreten und die hiedurch bedingten

b) allgemeinen

Kriegsvorbereitungen.

Ad a) Die speziellen konkreten Kriegsvorbereitungen sind im wesentlichen in

der Kriegs-Ordre de bataille,
den Alarmierungs-Elaboraten und
den Aufmarsch-Elaboraten inklusive der Kriegs-Instradierung

niedergelegt, von welchen ich die Alarmierungs- und Aufmarsch-Elaborate nach Fertigstellung Eurer Majestät alleruntertänigst unterbreiten werde.

Dieselben werden für folgende Alternativen gearbeitet:

1. Krieg gegen Italien bei Minimalvorkehrungen gegen Serbien und Montenegro;

2. Krieg gegen Serbien und Montenegro;

3. Krieg im Verein mit Deutschland und Rumänien gegen Rußland bei Minimalvorkehrungen gegen Serbien und Montenegro;

4. Krieg gegen Italien nach vorherigem Engagement gegen Serbien und Montenegro;

5. Krieg im Verein mit Deutschland und Rumänien gegen Rußland nach vorherigem Engagement gegen Serbien und Montenegro;

6. Krieg gegen Italien, Rußland, Serbien und Montenegro bei Bündnis mit Deutschland und Rumänien.

Nicht vorbereitet ist der Krieg gegen Deutschland und jener gegen Rumänien, vielmehr bestehen mit diesen Staaten, und zwar mit Deutschland bindende schriftliche, mit Rumänien allgemeine mündliche Abmachungen wie im Vorjahre.

Endlich werden alljährlich jene auf Instradierung italienischer Truppen durch Tirol bezughabenden Arbeiten durchgeführt, welche sich aus dem noch offiziell zu Recht bestehenden Dreibund-Vertrag ergeben.

Ad b) Die allgemeinen Kriegsvorbereitungen

Diese betreffend, liegt die Charakteristik der Situation darin, daß alle übrigen, besonders die als Gegner der Monarchie in Betracht kommenden Staaten, in den letzten Jahren hinsichtlich der Vervollkommnung der

bewaffneten Macht wesentliche Fortschritte gemacht haben und gerade dermalen mit großem Eifer an der Erhöhung derselben, sowie an unverkennbaren konkreten Kriegsvorbereitungen arbeiten, während die Monarchie darin zurückgeblieben ist, so daß sich das relative Kräfteverhältnis wesentlich zu ihrem Ungunsten verschoben hat. Erwägt man dabei, daß jederzeit kriegerische Verwicklungen eintreten können und daß selbe speziell mit dem Ablauf des Dreibundvertrages (1912) noch mehr in den Bereich der Möglichkeit gerückt sind, so erhellt daraus, daß es höchste Zeit ist, um sozusagen noch in elfter Stunde das Versäumte wenigstens so viel als möglich nachzuholen.

Wie ich dies schon in den Vorjahren erbeten habe, erachte ich die rückhaltlose Offenheit gegenüber den berufenen Vertretungskörpern (Delegationen), aber auch die unerbittliche Forderung nach Gewährung des Erforderlichen für unabweisliche Pflicht.

Daß die durch Jahre hindurch angehäuften Rückständigkeiten zur Anforderung hoher Summen zwingen, darf davon nicht abhalten.

Ich halte dafür, daß alle Mittel, wenn nötig selbst die äußersten, eingesetzt werden müssen, um die Monarchie von ihrer jetzigen Rückständigkeit je eher je besser, unbedingt aber bis zum Frühjahr 1912 auf jenen Stand der Kriegsbereitschaft zu bringen, welcher den bedeutenden Leistungen ihrer Gegner entspricht und an welchen zum genannten Termin aller Voraussicht nach appelliert werden wird.

In dem beiliegenden Auszug aus dem bezüglichen an das k. u. k. Reichs-Kriegsministerium gerichteten detaillierten Antrag*) sind, und zwar schon unter Berücksichtigung der finanziellen Bedenken, jene Forderungen zusammengestellt, welche als das Mindestmaß des Notwendigen dringend erscheinen.

Von den gestellten Forderungen möchte ich besonders hervorheben:

a) Hinsichtlich der Landmacht:

Die Schaffung einer schweren Angriffs-Artillerie, in welcher Hinsicht ich alleruntertänigst bitte, auf meinen in Abschrift beiliegenden Antrag**) hinweisen zu dürfen, welcher das Dringliche dieser Frage klar erkennen läßt, die Maßnahmen zum Schutze des Aufmarsches, darunter insbesondere auch die erforderlichen Truppenverlegungen,

der rasche und vollständige Ausbau der Befestigungen,

---

*) Pro domo: Antrag Res.-Gstb. Nr. 3147 von 1910 abgegangen. Metzger m. p., Obstlt. (Auszug Beilage 1).

**) Pro domo: Antrag R.-Gstb. Nr. 3954 von 1910 abgegangen. Metzger m. p., Obstlt. (Auszug Beilage 2).

die Neubewaffnung der leichten und schweren Haubitzbatterien, sowie der getragenen Gebirgsbatterien mit einem Schnellfeuer- (Rohr-Vorlauf-) Geschütz,

die Beschaffung des noch nötigen Brückenmaterials,

die Beschaffung der Motor-Trains,

die erforderliche Ausgestaltung der Aufmarschbahnen, beziehungsweise die Erbauung derselben, in welcher Beziehung in der Beilage 9*) die dringendsten Forderungen zusammengestellt sind,

die Aufstellung der Kavalleriedivisionen,

die Erweiterung der Munitionsfabriken, derart, daß die kontinuierliche Nacherzeugung im ausreichenden Maß gesichert sei.

die Anschaffung von Luftfahrzeugen und die Ausbildung der erforderlichen Piloten.

Neben diesen das tote Material betreffenden Forderungen stehen aber weitaus obenan:

Die Aufbringung des notwendigen Rekrutenmaterials zur Aufrechterhaltung der Stände und zur Aufstellung der Neuformationen;

die mit vollem Zielbewußtsein zu betreibende Ausbildung, in welcher Hinsicht festzuhalten ist, daß nur von schon im Frieden möglichst kriegsmäßig ausgebildeten, stramm disziplinierten und zu scharfen Leistungen erzogenen Truppen ein Erfolg zu erwarten ist, endlich

sorgfältige Pflege des militärischen Geistes bei Mannschaft und Offizieren, wozu es notwendig ist, die Keime schon in die Jugend, also in die Schule zu legen.

In dem unerschütterlichen Festhalten an der Einheitlichkeit und Gemeinsamkeit der bewaffneten Macht, zusammengefügt durch den festen Kitt dynastischer Treue und getragen von dem Stolz auf die in Glück und Unglück aufrechterhaltenen altehrwürdigen Traditionen, liegt das Fundament für die Pflege dieses Geistes.

Besonders bitte ich hervorheben zu dürfen, wie dringend ich die Hebung und sorgfältige Pflege des standesbewußten, ritterlichen und opferfreudigen Soldatengeistes im kombattanten Offizierskorps und daher auch die Notwendigkeit erachte, demselben die denkbar besten Elemente zuzuführen, die traditionellen Soldatenfamilien in demselben vertreten zu sehen, es nicht nur vor jeder Nivellierung mit den anderen Standesgruppen zu bewahren, wobei selbst kleinlich erscheinende Äußerlichkeiten (Adjustierung) von Bedeutung wären, sondern es geradezu

---

*) Pro domo: Im Text des Antrages Res.-Gstb. Nr. 3147 von 1910 enthalten.

hervorzuheben und demselben eine auch dem Zivil gegenüber prägnant ausgesprochene Vorzugsstellung einzuräumen.

b) Hinsichtlich der Seemacht:

Als Minimum die schleunige Ausführung des vom Marinekommandanten aufgestellten Flottenprogramms.

Wenn ich im vorstehenden hervorgehoben habe, daß die Monarchie in der Entwicklung der Wehrmacht und in konkreten Kriegsvorbereitungs-Maßnahmen hinter ihren voraussichtlichen Gegnern zurückgeblieben ist, so möchte ich zur Bekräftigung dessen wenigstens folgendes besonders anführen:

Beilage 3 zeigt den Stand der Befestigungen im Jahre 1907 in dem für die Monarchie in Betracht kommenden Gebiet Italiens; es besaß dortselbst ein einziges Panzerwerk (Fort Maso); Beilage 4 zeigt die analogen Verhältnisse im Jahre 1910, und zwar bereits mit dreizehn fertigen Panzerwerken; Beilage 5 zeigt die Situation im Jahre 1912 (14) nach Vollendung der jetzt bereits mit größtem, fast überstürztem Eifer in Bau begriffenen Befestigungen. Es werden dann 48 Panzerwerke bestehen.

Italien hat daher in der Zeit vom Jahre 1907 bis 1910 seine Panzerwerke um 12 vermehrt und wird sie bis 1912 um 47 vermehrt haben, es hat dann alle halbwegs benützbaren besseren Wege aus Tirol mit Panzerforts gesperrt, in den Befestigungen bei Gemona und am Tagliamento fortifizierte Räume geschaffen, welche zu schwierigen, reichliche Mittel erfordernden Angriffen zwingen und durch den Ausbau von Verona, insbesondere aber jenen Venedigs, dem diesseitigen Vordringen in Venetien schwerwiegende Hindernisse in den Weg gelegt. Dadurch hat es folgende Vorteile gewonnen: seine zum Angriff auf Tirol bestimmten Kräfte gewinnen Zeit, diesen Angriff durchzuführen, ehe die diesseitige Hauptmacht in Venetien dagegen wirksam zu werden vermag; seine in Venetien zu versammelnden Kräfte können sich unter dem Schutz dieser Befestigungen ungestört konzentrieren, endlich findet die Monarchie in allen Fällen, wo es sich darum handelt, mit Italien rasch abzurechnen, um sich dann gegen einen anderen Gegner zu wenden, bedeutende Schwierigkeiten für eine derart dringliche Operation.

Im Jahre 1907 lag all dies wesentlich anders, nahezu nichts stand der diesseitigen Offensive im Wege — der Moment, dies zu nützen, ist versäumt.

Hand in Hand mit dieser Ausgestaltung der Befestigungen ging und geht die Entwicklung des Bahnnetzes, wie dies die Beilagen 3, 4, 5 erweisen; damit hat sich Italien nicht nur die Möglichkeit eines viel rascheren Aufmarsches in Venetien, eventuell auch bei dessen Vor-

verlegung an den Tagliamento, sondern auch die Möglichkeit geschaffen, seine Kräfte von hier rasch gegen Westen zu verschieben, derart gewissermaßen die innere Linie zwischen den diesseitigen über den Isonzo und den durch Tirol vorgehenden Kräften auszunützen. Auch dies hat 1907 nicht bestanden

Endlich zeigen die Beilagen 6 und 7, wie sehr Italien auch durch Verstärkung der Garnisonen in Venetien seine Verhältnisse für den Kriegsfall gegen Österreich-Ungarn gebessert hat. Insbesondere die Verlegung einer ganzen Kavalleriedivision hart an die Grenze und die Vermehrung der Alpinibataillone nächst dieser sprechen dafür.

Zu allem kommt die rasch betriebene Ausgestaltung von Heer und Flotte, insbesondere die Ausgestaltung der Mobil-Milizformationen, dank welcher in Hinkunft um zehn operative Infanteriedivisionen mehr zu rechnen sein werden.

Diese kurze Skizze zeigt, wie wesentlich sich die Verhältnisse seit dem Jahre 1907 zu unseren Ungunsten geändert haben.

Ich habe im Jahre 1907 in Voraussicht dieser Entwicklung und bei dem Umstand, daß damals Rußland noch gänzlich unvorbereitet, Serbien aber in militärischer Ohnmacht war, die Durchführung des Krieges gegen Italien alleruntertänigst vorgeschlagen; bei der damals zu diesem Zweck rasch durchgeführten Schaffung des Nötigsten (Gebirgsartillerie, schwere Artillerie, Gebirgsausrüstung) hätte die relative Überlegenheit der Monarchie den Erfolg kaum fraglich erscheinen lassen.

In ähnlicher Weise verhalten sich die Dinge gegenüber Serbien. Während dieser Staat im Jahre 1908 militärisch unfertig war, also mit sicherer Chance hätte niedergeworfen werden können, arbeitet derselbe seither mit entschiedenem Ernst und Erfolg an der Ausgestaltung und insbesondere der Ausbildung und Konsolidierung seines Heeres, so daß Serbien in zwei bis vier Jahren eine gut bewaffnete und gut ausgebildete Armee von 200.000 Mann und 100 Batterien ins Feld stellen dürfte. Auch 1908 hatte ich aus diesen Gründen die Durchführung des Krieges gegen Serbien alleruntertänigst erbeten; insbesondere im Frühjahre 1909 zu jenem Zeitpunkt, in welchem die bereits realisierten konkreten Kriegsmaßnahmen alle Chancen für eine erfolgreiche Durchführung geschaffen hatten und ein einheitlicher Zug durch die ganze Monarchie ging, welcher als ein in seltener Weise günstiges psychologisches Moment zum Losschlagen drängte. Es wären damit Fragen gelöst worden, deren Lösung sich die Monarchie wird nicht entziehen können und auch nicht entziehen dürfen, für welche aber kaum je wieder gleich günstige Verhältnisse eintreten werden.

Während es seinerzeit möglich gewesen wäre, die aus natürlichen Interessengegensätzen resultierenden, also unvermeidlichen, damals noch wenig vorbereiteten Gegner einzeln nacheinander niederzuwerfen und dadurch einer eigenen aktiven Politik die Bahn frei zu machen, wird die Monarchie in Hinkunft gefaßt sein müssen, von allen diesen Gegnern gleichzeitig bedroht zu sein, und diese weit besser gerüstet sich gegenüber zu sehen, als dies früher der Fall war. Dabei ist vor allem nicht zu übersehen, daß Rußland nunmehr unter der festen Hand des Generals Suchomlinow seine militärische Regeneration zielbewußt betreibt und zweifellos jetzt schon als achtunggebietender Gegner in die Wage fällt.

Ein mehrseits bedrohter Staat von beschränkten militärischen Mitteln kann nur in einer aktiven Kriegspolitik sein Heil finden, welche darauf abzielt, seine natürlichen Gegner nacheinander und zu jenem Zeitpunkt niederzuwerfen, der ihm der günstigste erscheint, und für welchen er sich zielbewußt vorbereitet hat; ansonsten läuft er Gefahr, von allen Gegnern gleichzeitig und in einem ihm ungelegenen Moment angegriffen zu werden.

In diesem Sinne ist der Krieg nicht lediglich Mittel der Politik, sondern er ist selbst Politik.

Die für die Kriegsmacht ausgelegten Summen sind verlorenes Geld, wenn der Gebrauch der Kriegsmacht zur Erringung politischer Vorteile ausbleibt. Für manche der letzteren mag die bloße Drohung genügen und sich die Kriegsmacht hiedurch verwerten, andere aber sind doch nur zu erreichen durch den kriegerischen Gebrauch der Kriegsmacht selbst, also durch den rechtzeitig geführten Krieg; wird dieser versäumt, so bleibt das Kapital verloren. In diesem Sinne wird der Krieg zu einem großen finanziellen Unternehmen des Staates.

Nur falsch verstandene Clausewitzsche Theorien (und diese wurden mir seitens des Ministers des Äußern entgegengehalten) können zu einer gegenteiligen Auffassung gelangen. In der Heimat dieses scharfdenkenden Kriegsphilosophen hat man dessen Theorien klar erfaßt, sie sind in den zielbewußt gewollten und vorbereiteten, dann zeitgerecht herbeigeführten Kriegen von 1866 und 1870/71 praktisch zum Ausdruck gekommen, und das gelehrige Japan dankte dem gleichen Vorgang seine überraschenden Erfolge gegen Rußland.

Da nun aber von einer solchen Kriegspolitik abgesehen und damit die Möglichkeit geschaffen wurde, sich von mehreren, um ihre Kriegsvorbereitung eifrigst und erfolgreich bemühten Gegnern gleichzeitig bedroht zu sehen, so erübrigt nur, mit allergrößter Energie und rücksichtsloser Aufwendung der hiezu nötigen Mittel an die Ausgestaltung und Besserung unserer, hinter unseren Gegnern zurückgebliebenen Wehrmacht zu schreiten, dabei das jetzige schleppende, zu keinem

Resultat kommende, über theoretische Anfänge, Vorschläge und Versuche nicht hinausgelangende, alles verzögernde Tempo zu verlassen und in tatkräftigster Weise dafür zu sorgen, daß die bewaffnete Macht bei Ablauf des Dreibund-Vertrages, also längstens im Jahre 1912, als dem auch seitens Italiens fixierten Termin für die Vollendung der Kriegsvorbereitungen, vollkommen schlagfertig dastehe.

In dieser Hinsicht bitte ich alleruntertänigst, meine Ansicht dahin aussprechen zu dürfen, daß das Zugeständnis der von der ganzen Bevölkerung ersehnten zweijährigen Dienstzeit im weitestgehenden Maße dazu auszunützen wäre, als Gegenleistung die Gewährung der gedachten Forderungen zu erzwingen und sich unter gar keinen Umständen zu einseitigen Konzessionen verleiten zu lassen, ebenso glaube ich, daß die ganze Größe der Forderung rückhaltlos den Vertretungskörpern gegenüber gestellt werden, und nicht etwa auf ein sukzessives Stellen der Forderungen gegriffen werden sollte, etwa in der Meinung, nach und nach eher etwas zu erlangen.

Dies auch schon deshalb, weil sich kaum sobald wieder eine ähnlich günstige Gelegenheit finden wird, wie jetzt bei Gewährung der zweijährigen Dienstzeit.

In diesem Sinne bitte ich Eure Majestät alleruntertänigst um Allerhöchste Einflußnahme, daß die auf die Erhöhung des Rekruten-Kontingentes abzielenden wehrgesetzlichen Verfügungen ehestens in Kraft treten, der außerordentliche Kredit für Land- und Seemacht verfügbar werde und die in einem an das Reichs-Kriegsministerium gerichteten Ausgestaltungs-Entwurf detailliert behandelten, in der Beilage . . . aber auszugsweise kurz bezeichneten Maßnahmen längstens bis Frühjahr 1912 vollzogen seien.

Ich müßte es mit dem Gefühl meiner Verantwortlichkeit für unvereinbar halten, wenn ich es versäumt hätte, die geschilderten Verhältnissse alleruntertänigst offen und rückhaltlos zu berichten, meinen persönlichen Anschauungen Ausdruck zu verleihen und die Allerhöchste imperative Einflußnahme Eurer Majestät alleruntertänigst zu erbitten.

Conrad m. p., G. d. I."

Spezielle persönliche Verwendung 1910.

Abgesehen vom normalen täglichen Dienstgang, trafen mich 1910 folgende spezielle Verwendungen:

Anfangs Mai Rekognoszierung für die pro 1910 in Aussicht genommenen, wegen einer Seuche jedoch auf das Folgejahr verschobenen Armee-Manöver in den Karpathen im Raume Dukla Mezölaborcz, Homonna, Bartfeld, den ich in mehrtägiger Autotour bereiste. Vom 25. Mai an leitete ich die große Generalstabsreise im Isonzogebiet, welche die Abwehr einer italienischen Offensive zum Gegenstand hatte. Daran schloß ich eine Rekognoszierung des Grenzraumes. Vom 20. bis 29 Juni leitete ich die Generalsreise in Südtirol, im Raume zwischen Gardasee und dem Asticotale. Übungsgegenstand war ein italienischer Angriff zwischen Gardasee und Valsugana und dessen Abwehr. Im Monat Juli war ich, bei schriftlicher Fortführung meines Dienstes, zu dreiwöchentlichem Kurgebrauch in Grado. Den dortigen Aufenthalt benützte ich zur Orientierung über die Küstenverhältnisse und das Lagunengebiet. Am 29. Juli meldete ich Seiner Majestät in Ischl mein Abgehen nach Südtirol, wohin ich mich, begleitet von meinem Flügeladjutanten Hauptmann Putz, zu einer längeren Rekognoszierungstour begab. Zunächst auf den Tonal, wo ich die Ergänzung des Werkes Presena durch ein solches am Monte Tonal verlangt hatte. Ich besichtigte weiter die neue Straße von Dimaro nach Madonna di Campiglio, schob in die Dienstreise eine zweitägige Pause ein, die ich zur Besteigung der Cima Tosa benützte, von deren 3176 Meter hohem Gipfel ich bei völlig klarem Himmel einen umfassenden Rundblick genoß. Er gewährte mir die Orientierung über den Charakter eines weiten Gebietes. Über die Boccha di Brenta nach Madonna zurückgekehrt, setzte ich noch abends die Autofahrt nach Pinzolo, dann weiter nach Lardaro fort. Dort verweilte ich, um die Befestigungen, speziell das im Bau befindliche Werk Carriola zu besichtigen.

Um den Charakter der Pfade kennen zu lernen, die die Befestigungen von Lardaro westlich umgingen, durchwanderten wir — Hauptmann Putz und ich — das ganze Daonetal, nächtigten in einer Alpenhütte im

oberen Val di Fumo und gelangten folgenden Tages nach dreizehnstündigem, beschwerlichem Marsch über die Boccha di Breguzzo nach Tione. Ich fand in Tione bei einem alten Regimentskameraden, Major Baron Stillfried, der das dort liegende Jägerbataillon befehligte, gastliche Aufnahme. Schon in Lardaro hatte ich ein Telegramm der Militärkanzlei des Thronfolgers und folgenden Brief erhalten:

„Militär-Kanzlei Seiner K. u. K. Hoheit etc. Erzherzog Franz Ferdinand.

Euer Exzellenz!

Im Nachtrage zu meinem nach Lardaro gerichteten Telegramme erlaube ich mir E. E. gehorsamst zu melden:

Seine Kaiserliche Hoheit beabsichtigen mit E. E. am 13. August l. J. morgens von Trient über Calliano auf die Plateaus von Folgaria und Lavarone zu fahren und am selben Tage noch nach Trient zurückzukehren.

Seine Kaiserliche Hoheit wünschen bei dieser Gelegenheit von E. E. Vortrag zu hören:

a) über den Aufmarsch im Kriegsfalle J. und speziell in Tirol überhaupt;
b) sodann über die hiezu notwendige Versammlung, bezw. das Vorgehen unserer Truppen auf den Plateaus von Lavarone und Folgaria.

Auch werden Seine Kaiserliche Hoheit die eine oder andere Befestigung oder zur Befestigung in Aussicht genommene Örtlichkeit auf den beiden genannten Plateaus besichtigen und wünschen hiezu gleichfalls den Vortrag E. E. zu hören.

Seine Kaiserliche Hoheit, Höchstwelche diese Automobiltour in Zivilkleidung unternehmen würden, geruhen E. E. in Höchstseinem Leibautomobil mitzunehmen, ob sich für Hauptmann Putz eine Fahrgelegenheit finden wird, ist noch nicht sicher.

Die Legitimationen zum Betreten der Befestigungen auf den beiden Plateaus werden auch für E. E. von der Militärkanzlei Seiner Kaiserlichen Hoheit besorgt werden.

Gestatten E. E. den Ausdruck meiner größten Ehrerbietung, mit der ich mich zeichne als

Euer Exzellenz gehorsamst ergebenster

Hummel, Major.

Pragser Wildsee, 7. August 1910."

Diesem Schreiben war von Seiner Kaiserlichen Hoheit eigenhändig mit Bleistift nachstehendes beigefügt:

„P. S. Es wird nicht notwendig sein, daß Sie sich Behelfe oder dergleichen kommen lassen und möchte ich nur einmal mit Ihnen auf

das Plateau von Lavarone fahren und mit Ihnen einzelne Punkte Fall J. im Terrain besprechen.

Freue mich **s e h r**, Sie wiederzusehen. Wir könnten dann den 13. nachmittags oder abends nach Toblach zurückfahren. Herzliche Grüße.

Erzherzog Franz."

Es war mir äußerst willkommen, mit Seiner Kaiserlichen Hoheit die vielen Fragen, die ich ihm bisher nur auf Karten und Plänen vorgetragen hatte, nunmehr auch an Ort und Stelle besprechen und ihn auch von der Bedeutung der von mir verlangten Befestigungen überzeugen zu können.

Ich fuhr mit Hauptmann Putz nach Trient und traf dort am 13. August mit Seiner Kaiser'ichen Hoheit zusammen. Die Weiterfahrt ging im Auto über Calliano, Folgaria nach Lavarone zu dem damals im Bau schon ziemlich fortgeschrittenen Werk Lusern.

Während dieser Fahrt mit dem Erzherzog allein im Auto hatte ich Gelegenheit, mannigfache aktuelle und speziell die den Kriegsfall gegen Italien betreffenden Fragen und die dabei Südtirol zufallende Rolle zu besprechen. Nach diesem Thema lenkte der Erzherzog das Gespräch auf Personalfragen. Er äußerte sich abfällig über einen unserer tüchtigsten Korpskommandanten, weil dieser, um eine katholisch geschiedene Frau zu heiraten, Protestant geworden war. Ich trat für denselben ein und bemerkte, daß es wohl das oberste Recht jedes Mannes sei, sich die Frau, die er an seine Seite nehmen und der er seinen Namen geben wolle, zu wählen, und es nur männlich gehandelt wäre, wenn er sich durch unstichhältige Bedenken nicht hindern läßt, der so gewählten Frau die ihr zukommende Position zu geben.

Daraufhin lächelte der Erzherzog und meinte:

„Ja — eigentlich habe ich ja das auch gemacht," worauf ich erwiderte: „Euere Kaiserliche Hoheit haben dabei auch sicher alle vorurteilsfreien Menschen auf Ihrer Seite."

Nach einer Pause wandte sich das Gespräch wieder den rein militärischen Fragen zu.

Bei Werk Lusern meldete sich der Bauleiter Hauptmann Lakom und referierte über die Details des Baues.

Dann legte ich Seiner Kaiserlichen Hoheit die ganze Frage der Plateau-Befestigungen dar; ihre Rolle für die defensiven Zwecke, als sichere Stützpunkte für die dem Kriegsfall vorbehaltenen Maßnahmen und ergänzenden feldmäßigen Befestigungen; ihre Bedeutung für eine von den Plateaus aus zu führende Offensive, als Stützpunkte zur gesicherten Bereitstellung der Angriffstruppen und zur Etablierung jener

Artillerie, die zur Niederkämpfung der feindlichen Werke erforderlich erschiene. Von letzteren erhoben sich bereits die Forts Verena und Campolongo auf dem mächtigen Querwall, der sich hier dem Vorgehen entgegenstellte, während man im Tale die italienischen Anlagen von Casaratti, Tonnezza etc. gewahrte.

Es ist aus den früheren Darlegungen erinnerlich, daß der Erzherzog, beeinflußt von mancher Seite, den Befestigungsbauten gerade nicht sehr zugeneigt war. Als wir von Lavarone wieder nach Trient rückkehrten, sagte mir Seine Kaiserliche Hoheit: „Sie haben mich heute aus einem Saulus zu einem Paulus gemacht.“ Er vertrat von da an mit ganzem Einfluß den Befestigungsbau in Tirol.

Von Trient fuhren wir per Bahn nach Niederndorf im Pustertal. Auf dieser Fahrt, die den Erzherzog zu seiner am Pragser Wildsee weilenden Familie zurückführte, war Seine Kaiserliche Hoheit frohester Laune. Ich befand mich mit ihm im Salonwagen, der mit zahlreichen Bildern seiner Frau und seiner Kinder geschmückt war. Der Erzherzog zeigte sie mir eingehend. Ich empfing dabei den so wohltuenden Eindruck des innigen Familienglückes, das den Erzherzog und die Herzogin verband. In Niederndorf verabschiedete ich mich von Seiner Kaiserlichen Hoheit und fuhr nach kurzem Aufenthalt nach Payerbach, wo ich einige Zeit bei meiner Mutter weilte, die dort mit meinen Kindern zum Landaufenthalt war.

Darauf kehrte ich nach Wien zurück, um der Einladung zu den Manövern in der Schweiz zu folgen, wohin ich mich, begleitet von Oberst Metzger, Major Slameczka, Hauptmann Pohl und Hauptmann Kundmann, begab.

Die Manöver fanden im Jura statt. Sie boten nicht nur wegen der eigenartigen Wehrmacht der Schweiz, sondern auch dadurch ein besonderes Interesse, daß sie einen französischen Einbruch südwestlich Basel zur Grundidee hatten und dadurch erwiesen, wie sehr die Schweiz daran dachte, sich jeder Verletzung ihres Gebietes mit Waffengewalt zu widersetzen.

Wir trafen am 29. August nachmittags in Bern ein, wurden vom k. u. k. Militärattaché Baron Berlepsch, dann dem schweizerischen Oberst Egli, sowie Oberstleutnant Eduard von Tscharner und Major Wilhelm Favre, die uns für die ganze Dauer der Manöver beigegeben waren, empfangen. Abends waren wir der liebenswürdigen Einladung des k. u. k. Gesandten Baron Gagern zum Diner gefolgt und trafen dort den Chef des schweizerischen Generalstabes Oberst-Korpskommandant von Sprecher, Oberst-Korpskommandant Wille, Oberst-Divisionskommandant Wildbolz, Oberst Egli und Major Favre.

Am 30. August wurden die aus 27 ausländischen Offizieren bestehenden Missionen durch Bundes-Vizepräsident Ruchet empfangen und reisten nach einem Dejeuner im Berner Hof noch nachmittags nach Solothurn. Von dort wurde täglich mittelst Bahn in das Manövergebiet gefahren.

Am 31. August und 1. September wohnten wir Übungen der 3. Division und der kombinierten Kavallerie-Division bei. So dem nächtlichen Brückenschlag bei Büren. Am 2. September der Truppen-Inspektion bei Biehl, am 3. September jener bei Porentruy.

Den Rasttag am 4. September benützten wir zu einem Ausflug mit der Jungfrau-Bahn.

Am 5., 6., 7. und 8. September nahmen wir an den Schlußmanövern teil, deren Grundidee, wie schon erwähnt, der Einbruch südwestlich Basel und dessen Abwehr durch eigene Offensive war.

Im Rahmen dieser Annahme ging die Westpartei (5. Division und Kavallerie-Division) von Porentruy, die Ostpartei (verstärkte 3. Division) aus dem Raume nördlich Biel und Solothurn auf Delémont, wo sich vom 5. bis 8. September die Manöver abspielten.

Nach der durch Oberst-Korpskommandant Wille auf dem Manöverfeld gehaltenen, äußerst sachlichen Besprechung verabschiedeten wir uns von den Schweizer Offizieren und fuhren nach Solothurn. Dort trennten sich die Missionen und kehrten in ihre Staaten zurück.

Der Dreibund war durch den deutschen General der Kavallerie Graf Schlieffen (Gouverneur der Festung Mainz), durch den italienischen Generalleutnant Frugoni, dessen während der Manöver erfolgte Ernennung zum Kommandanten des X. Korps (Rom) wir kameradschaftlich gefeiert hatten, und durch mich vertreten.

In dankbarster Erinnerung gedenke ich der großen Liebenswürdigkeit und sachgemäßen Unterstützung, die wir seitens aller Schweizer Herren fanden, insbesondere jener des allverehrten Oberst-Korpskommandant von Sprecher, dann unserer Begleiter am Manöverfeld Oberstleutnant Tscharner und Major Favre.

Von meinem Aufenthalt in der Schweiz nahm ich die besten Eindrücke hinsichtlich des Schweizer Heerwesens, sowie viele Anregungen und Erfahrungen mit. Darunter auch die, daß das Milizsystem nur dann Ersprießliches zu leisten vermag, wenn es auf Bedingungen aufgebaut ist, wie ich sie in der Schweiz vorgefunden habe. Vor allem der absolut einheitliche politische Wille des Volkes, unter Ausschluß jeder nationalpolitischen oder sozialpolitischen Feindschaft zwischen den Parteien. Also auch der Wille aller, zum Schutze des gemeinsamen Vaterlandes ein starkes, nur von einem Geist beseeltes, scharf diszipliniertes Heer zu besitzen. Wo es an diesem Willen, an diesem Geist und

an dieser Disziplin fehlt, wird das Milizsystem nur bewaffnete Banden oder Parteiorganisationen schaffen, die den Keim des Bürgerkrieges in sich tragen.

Ich vermag mich hier nicht eingehender mit der Schweizer Wehrmacht zu befassen, möchte jedoch in Schlagworten einige bemerkenswerte Daten anführen:

Allgemeine Wehrpflicht; sehr wenig Befreiungstitel; hohe Wehrsteuer für Befreite; Verbrecher vom Waffendienst ausgeschlossen; Dienstpflicht durch 28 Jahre vom 20. Lebensjahre an, und zwar zwölf Jahre in der ersten, je acht Jahre in der zweiten und dritten Linie. Rekrutenschule je nach Waffengattung 65 bis 90 Tage; in der Folge: Waffenübungen, und zwar in der ersten Linie für die Infanterie sieben, für die Kavallerie acht; in der zweiten Linie für die Infanterie eine. Ferner: jährliche Schießübungen; Ausbildung von Mann, Unteroffizier und Offizier während des ganzen Jahres durch vorzügliche Berufsoffiziere (Instruktionsoffiziere); Spezialschulen für besondere Ausbildungszweige. Bekleidung, Ausrüstung, Waffen (Dienstpferd für Berittene) erhält der Mann vom Staate, hat es stets bei sich zu haben, zu konservieren und sich diesbezüglich einer jährlichen eintägigen Musterung zu unterziehen. Weitestgehend entwickeltes, vom Staat subventioniertes freiwilliges Schießwesen, obligatorischer Turn-, Exerzier- und Schieß-Unterricht an allen Schulen, ferner vom Staat unterstützte Reit-, Fahr- und Pontonier-(Ruder-) Vereine. Eingehendes Verfolgen aller militärtechnischen Neuerungen, insbesondere auf dem Gebiete des Waffenwesens und stete Sorge für eine auf modernster Höhe stehende Bewaffnung. Entsendung von Offizieren ins Ausland zu Studienzwecken, insbesondere zu kriegführenden Mächten. Daher reiche finanzielle Mittel für das Heerwesen. So betrug 1908 bei einem Gesamtbudget von 150 Millionen Francs das Heeresbudget allein über 38 Millionen, das ist fast ein Viertel, also 25 Prozent. (In Österreich-Ungarn betrugen 1909 die Gesamtausgaben 3704·7 Millionen Kronen, das ganze Wehrbudget inklusive Kriegsmarine 508·8 Millionen, das ist zirka ein Siebentel, also 13·6 Prozent.)

Das Wehrsystem ergibt für den Krieg 260.000 Bewaffnete und 260.000 Unbewaffnete, was bei 3½ Millionen Einwohnern einer fünfzehnperzentigen Auswertung entspricht (gegenüber einer bloß achtperzentigen in Österreich-Ungarn 1909).

Diese Daten zeigen, welche hohen Anforderungen hinsichtlich der Pflichten des einzelnen, sowie der finanziellen Mittel ein reelles Milizsystem stellt, im Gegensatz zu den bei oberflächlichen Vertretern dieses Systems herrschenden Ansichten.

Am Schlusse der Manöver aufgefordert, mein Urteil über die Schweizer Wehrmacht zu präzisieren, habe ich dies mit nachstehenden Worten getan:

„Von wärmster Vaterlandsliebe getragener, angeborener soldatischer Sinn jedes einzelnen, große physische und intellektuelle Veranlagung für den militärischen Dienst; als Folge davon reges Interesse an letzterem, willige Disziplin und freudige Ausdauer bei jedweden Leistungen; weise Förderung dieser Anlagen durch staatliche Institutionen, welche den Wehrmann schon von Jugend auf militärisch erziehen; berufsfreudiges, mit größtem Eifer an seiner militärischen Fortbildung arbeitendes Offizierskorps, zielbewußte militärische Leitung, stetes Verfolgen aller militärischen Neuerungen und Nutzbarmachung derselben für das eigene Heerwesen bei munifizenter Gewährung der finanziellen Mittel. Es ist erklärlich, daß bei solchen Vorbedingungen — aber auch nur bei solchen — mit dem Milizsystem so vorzügliche Erfolge erzielt werden, wie dies in der Schweiz der Fall ist."

Am 18. September referierte ich Seiner Majestät eingehend über meinen Schweizer Aufenthalt und beantragte, Offiziere der Infanterie, der Kavallerie und der Artillerie zu Studienzwecken in die Schweiz zu senden. In politischer Hinsicht äußerte ich mich Seiner Majestät gegenüber dahin, daß mir eine gewisse Spaltung zwischen der deutschen und der romanischen Strömung in der Schweiz aufgefallen ist.

1911

Inhalt.

Wer die Details der bisherigen Ausführungen verfolgt hat, wird wohl dessen gewärtig sein, daß es hinsichtlich meiner Person zu einer Krisis kommen mußte, die mit der Enthebung von meinem Dienstesposten enden würde.

Dies trat auch im Jahre 1911 ein und bildet das biographisch bemerkenswerteste Vorkommnis in diesem Jahre.

Wenn ich mich hierüber eingehender verbreite, so kann ich immer wieder nur darauf hinweisen, daß die vorliegende Arbeit kein allgemein historisches Werk, sondern nur eine Aufzeichnung des rein persönlich Erlebten ist und lediglich einen Beitrag zum Material für künftige Arbeiten berufener Historiker bieten soll.

Während die normalen dienstlichen Tätigkeiten ihren hergebrachten, schon im Früheren gekennzeichneten Verlauf nahmen, spitzte sich der Konflikt hinsichtlich meiner Person allmählich zu und kam in zwei wesentlichen Phasen zum Ausdruck:

Zuerst in meiner Bitte um Enthebung wegen Nichtgewährung der von mir für den Heeresausbau dringend geforderten Mittel, welcher Bitte jedoch Seine Majestät nicht willfahrte.

Hierauf in meinem Zerwürfnis mit Graf Ährenthal, das zu meiner Entlassung aus der Stelle des Chefs des Generalstabes — bei gleichzeitiger Ernennung zum Armee-Inspektor — führte.

Ich werde im nachfolgenden zunächst die normalen Tätigkeiten streifen, dann die meine Enthebungsbitte veranlassenden, den Heeresausbau betreffenden Vorkommnisse schildern, schließlich die politischen Vorgänge behandeln und im Zusammenhang damit den zu meiner Entlassung führenden Konflikt.

Die Angabe meiner speziellen persönlichen Verwendungen und die Skizzierung meiner Dienstesobliegenheiten als Armee-Inspektor sollen die Darlegungen für das Jahr 1911 abschließen.

Normale Arbeiten.

Die fortlaufenden normalen Tätigkeiten erscheinen ihrem Wesen nach in den früheren Darlegungen so eingehend behandelt, daß — sollen ermüdende Wiederholungen vermieden werden — auf eine detaillierte Anführung derselben für das Jahr 1911 verzichtet werden kann.

Wie alljährlich, wurden die konkreten Kriegsvorbereitungsarbeiten unter voller Berücksichtigung aller seither eingetretenen Veränderungen bewirkt und auf Grund derselben die Aufmarsch-Instradierung durchgeführt.

Der grundlegende Gedankengang für diese Arbeiten erlitt keine wesentliche Veränderung.

Über den auch 1911 mit Deutschland gepflogenen Ideenaustausch für den Kriegsfall gegen Rußland gibt der nachstehende Briefwechsel zwischen mir und General von Moltke Aufschluß.

Ich an General von Moltke.

„Wien, am 26. Mai 1911.

Ich bitte E. E., meinen ergebensten Dank für die so sehr geschätzten Mitteilungen entgegenzunehmen, welche Sie mir durch Major Baron Bienerth zukommen ließen, und erlaube mir im nachstehenden näher hierauf einzugehen und den diesseitigen Anschauungen Ausdruck zu geben.

E. E. hatten ausschließlich den Fall vor Augen, daß Frankreich abseits bleibt, Italien neutral oder dreibundtreu ist, somit nur Deutschland, Österreich-Ungarn und voraussichtlich Rumänien den Krieg gegen Rußland führen.

Obzwar bei dieser Kombination die Monarchie sicherlich damit rechnen muß, Serbien und Montenegro als Gegner zu haben, besteht doch die Absicht, womöglich 40 Infanteriedivisionen gegen Rußland zu versammeln, somit die Aktion gegen Serbien und Montenegro mit einem Minimum an Kräften führen zu lassen.

In analoger Weise hatte ich im Sinne des Schreibens E. E. vom 19. März 1909 angenommen, daß auch deutscherseits mindestens

40 Infanteriedivisionen von Haus aus gegen Rußland gewendet werden, so daß zusammen etwa 80 Divisionen gegen die zirka 57 bis 58 russischen Infanteriedivisionen zu stehen gekommen wären.

Die rumänischen 10 Divisionen sind hiebei nicht in Rechnung gezogen, da es doch nicht völlig klar liegt, daß dieser Staat von Haus aus aktiv auftritt und auch nicht gewiß ist, ob Rumänien nicht ganz oder teilweise durch Bulgarien gebunden wird.

Major Baron Bienerth meldet mir, daß nach dortseitiger Ansicht deutscherseits nur 32 Infanteriedivisionen im Gebiet Preußens östlich der Weichsel aufmarschieren würden, da ein Mehr in diesem Raum überhaupt nicht zu placieren wäre.

Für den Aufmarsch der diesseitigen 40 Divisionen ist ein Raum gewählt, welcher eher enger ist, als das deutsche Gebiet östlich der Weichsel.

Es entzieht sich aber meiner Beurteilung, inwieweit dort Wald, See und Sumpfgebiete diesen beengenden Einfluß üben, es daher nicht möglich ist, noch weitere 8 Divisionen östlich der Wechsel zu versammeln.

Um diese Kraft aber auch noch gegen Rußland einzusetzen, bliebe vielleicht die Möglichkeit, sie knapp westlich der Weichsel (Thorn, Bromberg, Inowrazlaw) zu konzentrieren und sie dann über die Weichsel gegen den unteren Narew zu dirigieren.

Äußerstenfalls vermöchten sie nach vorheriger Versammlung westlich Kalisz auch über Kalisz—Lodz vorzugehen, um aufwärts von Warschau die Weichsel zu übersetzen. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Kräfte einen Luftstoß machen würden, da es kaum wahrscheinlich ist, daß russischerseits der Raum Warschau—Brest—Bjalystok von Truppen entblößt sein wird.

Allerdings ist die Strecke von Kalisz zur Weichsel 220 Kilometer lang, bedingt also etwa 10 Märsche, daher ein spätes Eingreifen dieser Kräfte und erschiene es deshalb zweckdienlicher, letztere, wie früher erwähnt, im Raum westlich Thorn zu versammeln.

Selbstverständlich liegt es mir fern, diese Ausführungen für etwas anderes zu halten, als die bloße Wiedergabe meiner diesbezüglichen ganz allgemeinen Anschauungen.

Was nun den Aufmarsch der diesseitigen Hauptkraft anlangt, so ist dieser im mittleren Teil Ostgaliziens und in der Absicht gedacht, durch Offensivbeginn mit dem linken Flügel zunächst das ungünstige Verhältnis auszugleichen, welches für die eigenen Kräfte darin besteht, daß russischerseits durch einen Stoß westlich der Linie Kowel—Lemberg alle Verbindungen der eigenen Hauptkräfte empfindlichst getroffen und diese vom Hauptgebiet der Monarchie ab gegen die Waldkarpathen gedrängt werden können.

Diese Erwägung allein schon schließt auch einen Aufmarsch der eigenen Hauptkraft im östlichen Galizien mit der Tendenz, durch Vorgehen vom rechten Flügel aus die russischen Kräfte gegen das Polesie zu drängen, aus, umsomehr als die diesseitigen Bahnverhältnisse ein rechtzeitiges Versammeln der Hauptkräfte im östlichen Galizien gar nicht ermöglichen.

Erst nach — dermalen kaum abzusehender — weitgehender Ausgestaltung des Bahnnetzes erschiene eine solche Absicht diskutabel.

Es muß damit gerechnet werden, daß russischerseits anscheinend immer mehr geplant wird, starke Kräfte östlich des Zbrucz (Front gegen West) zu versammeln, so daß, soll ein eigenes Vordringen vom rechten Flügel zustande kommen, auch eigenerseits sehr starke Kräfte am rechten Flügel rechtzeitig bereit sein müßten; dies vermag aber die Bahn über Körösmezö nicht zu leisten.

Auch mich beschäftigt am meisten die Frage, wo Rußland die Kräfte seiner Zentralarmee einsetzen, ob sie diese einheitlich verwenden oder korpsweise verteilen wird.

Nach dem Stande der russischen Bahnen erscheint es mir als das wahrscheinlichste, daß Rußland einen Teil dieser Kräfte in den Raum südlich des Polesie, einen Teil jedoch gegen das Gebiet des Bug—Narew heranführen und trachten wird, die deutschen und die ö.-u. Kräfte von den inneren Flügeln zu trennen, also erstere gegen die Ostsee, letztere gegen die Waldkarpathen zu drängen; jedenfalls wäre diese die für die Verbündeten gefährlichste Operation.

Sollte — was immerhin möglich — die Hauptkraft der Zentralarmee gegen Österreich-Ungarn verwendet werden, so könnten nach hierstelligem, allerdings für Rußland günstig veranschlagtem Kalkül 8 Infanteriedivisionen im Raume Lukow—Brest—Lublin—Cholm, und zwar am 12. Mobilisierungstage,

10 Infanteriedivisionen im Raume Luck—Kowel am 24. Mobilisierungstage,

7 Infanteriedivisionen im Raume Rowno—Zaslawl am 24. Mobilisierungstage,

8½ Infanteriedivisionen im Raume Proskurow—Kamience p. am 17. Mobilisierungstage versammelt sein.

Im ganzen 33½ Infanteriedivisicnen gegen die höchstens 40 österreichisch-ungarischen. Dabei ist allerdings das VI., XV., XIV. und XIX. Korps für die Gruppe im Raume Lublin—Cholm—Lukow—Brest gerechnet; aber anderseits angenommen, daß 4½ russische Infanteriedivisionen gegen Rumänien Verwendung finden.

Ich resumiere daher:

Die ö.-u. Hauptkräfte werden im mittleren Ostgalizien östlich des San versammelt, um die Offensive vom linken Flügel aus zu beginnen, ein analoges Vorgehen deutscherseits, also ein Vorgehen entsprechender deutscher Kräfte gegen den unteren Bug—Narew wäre sehr erwünscht; die Designierung von 45 oder doch wenigstens ebensoviel deutscher als ö.-u. Divisionen gegen Rußland wurde hier vorausgesetzt.

Gestatten E. E., daß ich bei diesem Anlasse der Überzeugung Ausdruck gebe, daß hinsichtlich aller anderen Kriegsmöglichkeiten, das ist für den Fall einer zweifelhaften oder gar einer feindlichen Stellungnahme Frankreichs und Italiens, jene Abmachungen aufrecht bleiben, welche in den Vorjahren vereinbart wurden und in der Zuschrift E. E. vom 30. Jänner 1910, beziehungsweise in meinen Zuschriften vom 8. Jänner und 23. Februar zum Ausdruck kommen.

Ich bitte E. E. um diesbezügliche geneigte Bekanntgabe der dortseitigen Anschauung.

Seine Majestät haben Allerhöchst Kenntnis von dem vorliegenden Schreiben.

Genehmigen etc. etc. Conrad m. p.“

General von Moltke an mich.

„Chef des Generalstabes der Armee.
(Geheim.) Berlin, den 3. Juni 1911.

An den Chef des Generalstabes Baron Conrad.

Euer Exzellenz!

wollen meinen verbindlichsten Dank entgegennehmen für das Schreiben vom 26. Mai d. J.

Wie der Überbringer desselben E. E. schon mündlich mitgeteilt haben wird, beruht die Angabe des Majors Baron Bienerth, Deutschland werde in einem Kriege der Verbündeten gegen Rußland, bei vorausgesetzter Neutralität, 32 Divisionen in Preußen aufmarschieren lassen, auf einem Mißverständnis. Wenn Österreich-Ungarn und Deutschland — vielleicht unter Mitwirkung Rumäniens — den Krieg gegen Rußland allein zu führen haben, wird Deutschland in erster Linie 43 Divisionen für den Aufmarsch gegen Rußland verfügbar machen. Von diesen können 32 Divisionen ohne weiteres östlich der Weichsel aufmarschieren, der Rest — 11 Divisionen — muß entweder westlich der Weichsel ausladen und per Fußmarsch nachgezogen werden, oder er muß als zweite Staffel mit der Bahn vorgeführt werden. Die Schwierigkeit für unseren

Aufmarsch liegt nicht in dem Raum, sondern in der Unvollständigkeit unseres Bahnnetzes, das eine Verteilung der Kräfte im Aufmarschgebiet erschwert, da starke Massen in derselben Gegend hintereinander ausgeladen werden müssen, während andere Gebiete freibleiben. Während also 32 Divisionen bis zum 16. Mobilmachungstage marschbereit sind, können die übrigen erst bis zum 21., geringere Teile sogar erst bis zum 24. Mobilisierungstage verwendungsbereit sein Diese ungünstigen Verhältnisse werden noch im Laufe dieses Jahres soweit verbessert werden, daß alle 43 Divisionen mit der Eisenbahn über die Weichsel vorgeführt werden können. Eine weitere Verbesserung beabsichtige ich durch Forderungen in dem nächsten Eisenbahnetat anzustreben.

Da ich eine möglichst frühzeitige Offensive unsererseits für sehr erwünscht halte, wird diesseits beabsichtigt, den Vormarsch anzutreten, sobald die ersten 32 Divisionen marschbereit sind, also am 16. Mobilisierungstage fertig zu sein. Die übrigen 11 deutschen Divisionen sollen nach Maßgabe ihres Eintreffens unverzüglich nachgezogen werden.

Wenn, wie E. E. mir schreiben, dortseits 40 Divisionen gegen Rußland angesetzt werden, so würden also die Verbündeten zusammen 83 Divisionen ins Feld stellen. Ein weiterer Zuwachs durch die zehn rumänischen Divisionen ist sehr erwünscht, doch verspreche ich mir von ihnen nur dann ein rechtzeitiges und wirksames Eingreifen auf dem rechten Flügel des ö.-u. Heeres, wenn es gelingt, Rumänien zum Aufmarsch seiner Armee nördlich Jassy zu veranlassen.

Ich darf noch meine Ansicht über die russischen Operationen kurz in folgendem zusammenfassen:

Für einen Fehler würde ich es halten, wenn Rußland seine Zentralarmee zersplitterte, statt sie einseitig an einer Stelle zur kraftvollen Offensive einzusetzen. Sollte Rußland anders verfahren, so könnte dies nur erwünscht sein.

Sollte Rußland den Versuch machen, die Verbündeten auf deren inneren Flügeln zu trennen, so würde ich darin für letztere eher einen Vorteil als einen Nachteil sehen. Die Operationen auf der inneren Linie haben durch die Massenheere, die Vermehrung der Waffenwirkung und die Wahrscheinlichkeit langdauernder Kämpfe gegen früher an Bedeutung verloren, an Schwierigkeit gewonnen. Sie setzen schlagartige Erfolge voraus, die heute weniger als früher zu erwarten sind. Wohl aber würde eine solche Operation der Russen den Vorteil für die Verbündeten haben, daß sie sich zur Schlacht stellen müssen, denn meine größte Sorge besteht darin, daß die Russen sich nach altem Muster der Entscheidung zu entziehen und in das Innere ihres unermeßlichen Reiches zurückzuweichen suchen werden. Daher war meinerseits auch der Gedanke entstanden, den

der Hauptmann Kundmann E. E. mitgeteilt haben wird, ob es nicht für Österreich-Ungarn möglich sein werde, mit vorgenommenem rechten Flügel anzutreten, um den Gegner gegen die Pripetsümpfe zu drängen und seinen Abzug auf Kiew zu verhindern. Aus E. E. Schreiben ersehe ich, daß auch Sie diesen Gedanken voranstellen, ihn aber technisch nicht für durchführbar halten. Deutschland wird jedenfalls mit aller Energie gegen Narew und Niemen vorgehen und dadurch vielleicht den Einsatz der Zentralarmee herausfordern. Ein möglichst schnelles Eingreifen des Verbündeten in Richtung auf Brest-Litowsk würde in diesem Falle sehr erwünscht sein.

Mit E. E. bin ich der Ansicht, daß der zu Grunde gelegte Kriegsfall bei gleichzeitiger Neutralität Frankreichs und Italiens sehr unwahrscheinlich ist.

Für alle anderen Kriegsmöglichkeiten, die durch zweifelhafte oder feindliche Haltung Frankreichs und Italiens entstehen können, wird Deutschland an den Abmachungen festhalten, die durch die Zuschriften E. E. vom 8. Jänner und 23. Feber 1910, sowie durch mein Schreiben vom 30. Jänner 1910 vereinbart sind.

Dem Wunsche E. E., eine gegenseitige Verständigung zwischen den beiderseitigen Grenzschutz-Kommandeuren in Krakau und Gleiwitz herbeizuführen, leiste ich gerne Folge.

Ich habe die Aufnahme einer entsprechenden Anweisung in die Grenzschutzbestimmungen des VI. Armeekorps bereits veranlaßt. Die Adresse des deutschen Grenzschutz-Kommandeurs ist: »Kommandeur der 23. Infanteriebrigade Gleiwitz.« Für eine sehr gefällige Angabe der Adresse des entsprechenden ö.-u. Kommandeurs würde ich dankbar sein.

Indem ich E. E. bitte, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung entgegenzunehmen, habe ich die Ehre zu sein

Moltke m. p., G. d. I."

Ich an General von Moltke.

„Wien, am 10. Juni 1911.

Euer Exzellenz!

bitte ich meinen verbindlichsten Dank für das geschätzte Schreiben vom 3. Juni l. J. entgegenzunehmen, sowie auch für die mir so wertvolle Mitteilung hinsichtlich der im Kriegsfalle gegen Rußland bereitgehaltenen deutschen Kräfte. Hinsichtlich der Absicht, mit der Offensive so bald als möglich zu beginnen, stimme ich ganz mit E. E. Anschauungen überein.

Was den so sehr erwünschten aktiven Beitritt Rumäniens betrifft, so stehe ich, was ich E. E. hiemit strengst vertraulich mitteile, schon seit einigen Jahren in diesbezüglichen direkten Verhandlungen.

Ich glaube auf kaum mehr als acht rumänische Divisionen rechnen zu können, da Rumänien, von stetem Mißtrauen gegen Bulgarien beherrscht, außer Truppen zweiter Linie fast sicher auch sein neuformiertes 5. Korps gegen Bulgarien belassen wird.

Auch ich bin der Ansicht, daß es für Rußland das vorteilhafteste wäre, seine Zentralarmee einheitlich, also gegen einen der Verbündeten einzusetzen, doch glaube ich, daß dies ebensosehr gegen Österreich-Ungarn gerichtet sein könnte, so daß auch wir mit dieser Möglichkeit rechnen müssen; Rußland vermöchte in diesem Falle starke Kräfte aus zwei Fronten gegen die in Ostgalizien aufmarschierenden ö.-u. Armeen anzusetzen und zwar aus jener Wladimir-Wolynsk—Luck—Dubno—Ostrog und aus jener Proskurow—Kamienecpodolsk — und es vermöchte dann aus erstgenannter Front in der für uns empfindlichsten Richtung gegen Lemberg—Tarnopol mit starken Kräften vorzugehen. Dies bedingt auch eigenerseits hier starke Kräfte bereitzustellen und sich mit diesen ehestens den linken Flügel freizumachen; dadurch wird auch in der wirksamsten Weise dem von E. E. ausgesprochenen Wunsch nach einem Eingreifen in der Richtung Brest-Litowsk entsprochen.

In der Absicht, die zwischen Wladimir und Ostrog zu gewärtigenden russischen Kräfte von Süden zu fassen und gegen das Polesie zu drängen, habe ich den Aufmarsch der diesseitigen Hauptkräfte so weit nach Osten verlegt, als es die nicht sehr vorteilhafte Grenzkonfiguration Galiziens und die Leistungsfähigkeit der Bahnen zulassen. Hinsichtlich letzterer habe ich E. E. bereits mitgeteilt, daß die beiden östlichen Karpathenbahnen ein rechtzeitiges Versammeln überlegener Kräfte im östlichen Teil Galiziens in ihrem dermaligen Zustand noch ausschließen und daß in diesen Verhältnissen erst in einigen Jahren eine wesentliche Besserung zu erwarten ist.

Auch ich bin der Ansicht, daß Rußland gegenüber das unangenehmste Moment in der Unermeßlichkeit der Räume dieses Reiches und der damit Rußland gebotenen Möglichkeit gelegen ist, seine Streitkräfte zurückzuführen, um im Clausewitzschen Sinne die Offensive erlahmen zu lassen, und daß es daher nur höchst erwünscht sein kann, die russischen Kräfte zum Schlage zu zwingen; doch glaube ich, daß diese Verhältnisse seit 1812 sehr zu Ungunsten Rußlands verändert sind.

Das höchst Bedenkliche einer so großen freiwilligen Gebietsabtretung, insbesondere bei den bestehenden polnischen und ukrainischen Aspirationen, die Gefahr der sozialen Revolution im Innern werden

Rußland nötigen, den Schlag im Westen zu suchen; andererseits bieten die modernen Verkehrsmittel ganz andere Chancen für den Angreifer als es im Jahre 1812 der Fall war.

Hinsichtlich des heutzutage Bedenklichen der Operationen auf der inneren Linie bin ich ganz E. E. Anschauungen; aber im vorliegenden Falle scheinen mir zwei wesentliche Momente mitzusprechen: erstens ist der trennende Raum zwischen den beiden Verbündeten in der Linie Uhlawa—Zawichost 300 km breit und zweitens kann jeder der beiden Verbündeten am äußersten Flügel wieder umfaßt werden, nämlich die deutschen Kräfte aus der Linie Kowno—Grodno, die ö.-u. aus jener Proskurow—Staro Konstantinow, so daß sich die Gesamtlage derart ergibt, daß jede der infolge der Grenzfiguration auf 300 Kilometer von einander getrennten beiden Gruppen der Verbündeten russischerseits aus zwei Fronten angegriffen werden könnte.

Ich danke E. E. ganz ergebenst für die Mitteilung, daß deutscherseits an den Vereinbarungen im Sinne E. E. geschätzten Schreibens vom 30. Jänner 1910 und meiner Schreiben vom 8. Jänner und 23. Feber 1910 festgehalten wird; selbstverständlich stehen auch wir auf demselben Standpunkt.

Schließlich danke ich noch für E. E. Entgegenkommen hinsichtlich der gegenseitigen Verständigung der beiderseitigen Grenzabschnittskommanden im Mobilisierungs- respektive Alarmierungsfalle und erlaube mir mitzuteilen, daß dortige Nachrichten an die ö.-u. Militärstations-Kommandanten in Petrowitz und Oswiecim zu richten wären.

Conrad m. p."

In diese Zeit reichten auch die aus verschiedenen Richtungen auftauchenden Gerüchte über die Rückverlegung des russischen Aufmarsches.

So hatte in einem Bericht Res. 72 vom 27. März 1911 der k. u. k. Militärattaché in Petersburg Prinz Hohenlohe über einen russischen Aufmarsch an der Düna—Dnjepr-Linie mit einer vorgeschobenen Armee von neun Korps gemeldet. Dies wurde unsererseits stark in Zweifel gezogen. Als dagegen sprechend führte ein Referat des Chefs der russischen Gruppe, Major Christophori, an: das Bündnis mit Frankreich, demzufolge der Krieg nicht mit einem freiwilligen Rückzug beginnen könne; die Unmöglichkeit, so große Länderstrecken preiszugeben; die projektierten und in Bau begriffenen Bahnen westlich Düna und Dnjepr; die Leistungsfähigkeit der Bahnen, die den Aufmarsch am Njemen und an der galizischen Grenze gestatte; die vorgeschobenen Marschbereitschaftstermine der Truppen; die Dislokation der Kader-Train-

bataillone (Bjelsk, Dwinsk, Witebsk, Berdyczew, wo Armeetrains aufgestellt werden, sind w e s t l i c h Düna und Dnjepr), endlich den Mangel an Dnjepr-Übergängen. Unsere Aufmarschvorbereitungen erschienen nicht alteriert.

Ein Bericht Hohenlohes Res. 110 vom 20. Juni 1911 besagte, daß der vertrauliche Bericht des englischen Militärattachés in Petersburg, Oberst Wyndham, an seine Regierung über die militärische Situation Rußlands sich fast vollständig mit unseren Anschauungen decke und diese nur bekräftigen könne.

Der o r g a n i s a t o r i s c h e H e e r e s a u s b a u vollzog sich bei uns, so weit es die geringen Mittel überhaupt ermöglichten.

Bezüglich der A u s b i l d u n g wurde die Bearbeitung und Ausgabe neuer taktischer und technischer Vorschriften fortgesetzt. Es erfolgten wie alljährlich die Feststellung der Waffenübungs-Programme und die Anordnung für alle speziellen Übungen. Darunter insbesondere auch jene für die gemeinsamen Schießübungen der Infanterie und Artillerie in größeren Körpern.

Für den Herbst waren die im Jahre 1910 infolge einer Pferdeseuche unterbliebenen Manöver in den Karpathen anberaumt; außerdem Landungsmanöver in Dalmatien unter Zusammenwirken von Landheer und Flotte.

Unter meiner Leitung fanden die Generalsreise im Raume Tarvis—Klagenfurt, die große Generalstabsreise in Galizien (Lemberg—Przemysł) statt. Sie schloß mit einer applikatorischen Angriffsübung auf Przemysl*).

Für die Karpathen-Manöver lag mein Entwurf noch vom Jahre 1910 her vor, für die übrigen Übungen hatte ich die Entwürfe im Winter 1910—11 fertiggestellt. Auf Grund derselben erfolgten die Detailarbeiten durch die betreffenden Bureaus des Generalstabes, der militärischen Ministerien, beziehungsweise der Marinesektion.

Für die Kavallerie war die Konzentrierung mehrerer Regimenter nebst reitender Artillerie in der Somogy (Ungarn) verfügt zum Zwecke der Vornahme einer großen Übung im Aufklärungsdienst und taktischer Übungen. All dies nach Anordnung des General-Kavallerie-Inspektors.

---

*) Und zwar: Die Siedliska-Front; also dieselbe Front, gegen die sich 1914 der erste russische Angriff richtete.

Der Ausbau der Wehrmacht. — Konflikt in der Budgetfrage.

Hinsichtlich des Heeresausbaues standen das Wehrgesetz, das die erforderliche höhere Rekrutenzahl, und die Budgetfrage, welche die materiellen Mittel schaffen sollte, allem voran. Die Widerstände gegen beide waren die gleichen, wie schon früher geschildert. Jene gegen das Wehrgesetz lagen hauptsächlich bei Ungarn.

Bemüht, diese Angelegenheit zu fördern, ließ ich einen das Wehrgesetz betreffenden Antrag mit Motivenbericht verfassen (Res. Gstb. 338 vom 30. Jänner 1911), den ich an das Kriegsministerium richtete. Auch sandte ich ihn an den österreichischen Landes-Verteidigungsminister (Exzellenz Georgi) und den ungarischen (Exzellenz Hazai) mit Briefen, in denen ich deren Unterstützung erbat, „damit wir endlich zu einem Resultat kommen“ Was meine an das Kriegsministerium gerichteten Anträge betraf, setzte ich voraus, daß sie im Budget Berücksichtigung finden und bei den im Jahre 1911 in Budapest tagenden Delegationen zur Vertretung gelangen würden. Ich gewärtigte, daß der Kriegsminister gegebenenfalls die Vertrauensfrage stellen würde.

Dem war nicht so!

Entsprechend bisheriger Gepflogenheit wurde die Budgetfrage, ehe sie vor die Vertretungskörper (Delegationen und Parlamente) kam, in Konferenzen zwischen den Ministern derart festgestellt, d. h. das Budget derart zusammengestrichen, daß es Aussicht hatte, ohne große Schwierigkeiten zur Annahme zu gelangen Ein Vorgang, der den Ministern auch eine gewisse Sicherheit für ihre Stellung bot.

Diesen Konferenzen war ich nicht beigezogen. Auch erhielt ich keine Verständigung über die Reduzierung des Budgets. Ich erfuhr es erst durch die Zeitungen vom 5. Feber, welche die Delegationsrede des Kriegsministers vom 4. Feber 1911 brachten, obgleich Seine Majestät auf Grund der abschlägigen Anträge des Kriegsministers bereits am 2. Feber entschieden hatte, daß der von mir verlangte außerordentliche Kredit nicht anzufordern sei.

Wie mir der meinerseits zur Rede gestellte Vorstand der 5. Abteilung des Kriegsministeriums, Oberst Franz von Höfer, nachträglich berichtete, hatte der Kriegsminister seinen Organen verboten, mit mir, sowie mit

Offizieren der Generalstabs-Bureaus über die Budgetbehandlung zu sprechen.

Meiner Überraschung folgte sofort der Entschluß, mich persönlich bei Seiner Majestät, der damals in Budapest weilte, einzusetzen.

Ich ließ das erforderliche Material noch einmal rasch durchsehen und zusammenstellen, reiste am 13. Feber 1911 von Wien ab und traf abends 7.10 Uhr in Budapest ein. Ich stieg in demselben Hotel (Bristol) ab, in welchem der Kriegsminister Baron Schönaich wohnte. Den Kriegsminister traf ich im Speisesaal, meldete mich bei ihm und bat ihn um eine Unterredung für den folgenden Tag.

Diese vollzog sich am 14. Feber um 9.30 Uhr vormittags in nachstehender Weise*):

Ich: „Euer Exzellenz, ich komme melden, daß ich heute Seine Majestät um meine Enthebung bitten werde."

Minister: „Ja warum denn, dazu hast Du doch gar keinen Grund?"

I.: „Ich habe die Forderungen zusammenstellen lassen. Für das unbedingt Notwendige ist rund eine Milliarde erforderlich, davon ist aber mehr als die Hälfte weggestrichen worden, daher bin ich unmöglich."

M.: „Du hast Deine Pflicht getan, Du bist doch der Volksvertretung gegenüber nicht verantwortlich."

I.: „Aber meinem Monarchen bin ich verantwortlich. Ich habe meine Anträge gestellt; entweder waren sie notwendig, dann muß ich gehen, weil ich nicht durchgedrungen bin, oder sie waren unvernünftig, dann muß ich gehen, weil mich der Kaiser nicht brauchen kann."

M.: „Du hast Deine Pflicht getan; übrigens wird der Kaiser Dich nicht gehen lassen."

I.: „Warum nicht?, er wird sich heute noch nicht entscheiden, aber er wird mich gehen lassen. Ich teile Dir ferner mit, daß ich von diesem Schritt Seiner Kaiserlichen Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand vorher nichts gesagt habe Ich habe eine Abschrift meines Alleruntertänigsten Vortrages an ihn gesendet; zur Zeit, wenn ich vor den Kaiser trete, wird er erst im Besitz meines Schreibens sein. Er wird darüber ungehalten sein, daß er vorher nichts darüber gewußt hat, aber ich will mir nicht nachsagen lassen, daß ich mir vorher eine Rückendeckung sichergestellt hätte."

M.: „Ah!, der Erzherzog weiß nichts davon?"

---

*) In den folgenden Schilderungen erscheinen jene Aufzeichnungen voll verwertet, die ich unmittelbar nach jedem Geschehnisse meinem Flügeladjutanten diktierte. Sie geben die Gespräche wörtlich wieder, und zwar auch mit den stilistischen Mängeln.

I.: „Nein! Meiner Auffassung nach war die Lage eine solche, daß man alle Hebel hätte in Bewegung setzen müssen, um etwas zu erreichen. Du bist vom Ährenthal gar nicht unterstützt worden, der hat nur die Friedensschalmei geblasen und nur ehrenhalber seinem Exposé die Bemerkung angehängt, daß sich die Situation auch ändern könnte. Über diesen Mann bin ich mir übrigens seit langem im klaren."

Ich erwähnte dann noch die Rede des österreichischen Ministerpräsidenten Baron Bienerth mit dem Bemerken, daß die von ihm vorgeschlagene Resolution eine weitere Bindung der Heeresverwaltung ergeben hätte.

Schließlich gewann ich den Eindruck, daß der Kriegsminister gar nicht unangenehm berührt sei von meiner obigen Eröffnung, daß er im stillen froh wäre, mich aus meiner Stellung scheiden zu sehen, aber gar nicht das Gefühl hatte, daß eigentlich e r den Schritt hätte tun müssen, den ich jetzt tat.

Da ich für 11 Uhr vormittags zur Audienz befohlen war, verabschiedete ich mich von Baron Schönaich und fuhr in die Ofner Burg. Ich wurde sofort (10.50 Uhr) bei Seiner Majestät vorgelassen und blieb in Audienz bis 12.30 Uhr.

Seine Majestät erwartete mich schon an der Türe seines Arbeitszimmers mit den Worten:

„Ich freue mich sehr, Sie hier zu sehen, nehmen Sie Platz; setzen Sie sich!"

Und nun begann folgendes Zwiegespräch:

Ich: „Ich komme, Eurer Majestät gehorsamst zu melden, daß ich perplex bin über die Wendung, welche die Budgetangelegenheit genommen hat. Ich habe schwere Bedenken dagegen. Ich hätte vom Kriegsminister vorher orientiert werden sollen, habe in meinem Innern eine Woche lang schwere Kämpfe durchgemacht und bin nach reiflicher Überlegung zu dem Entschluß gekommen, E u e r e M a j e s t ä t u m m e i n e E n t h e b u n g z u b i t t e n."

S. M.: „Oho! — was fällt Ihnen ein, gar keine Spur!"

Ich erhielt dann die Erlaubnis, meinen Entschluß zu begründen.

I.: „Nach reiflicher Überlegung wurde faktisch nur das Minimum zusammengestellt, nur das unbedingt Notwendige verlangt. Ich bin jedoch nicht weiter gefragt worden und mußte erst aus der Zeitung erfahren, daß mehr als die Hälfte des erforderlichen Betrages vom Budget gestrichen und daß für die zweijährige Dienstzeit keine entsprechende

Gegenleistung verlangt wurde. Waren meine Forderungen notwendig, dann muß ich gehen, weil sie nicht durchgedrungen, waren sie leichtsinnig zusammengestellt, dann muß ich gehen, weil ich dann nicht am Platze bin."

Hierauf las ich Seiner Majestät die Denkschrift vor, die meine Anträge enthielt und sie begründete und wiederholte meine auch in der Denkschrift niedergelegte Bitte um Enthebung von meiner Stellung (Anlage 1).

Das Gespräch setzte sich fort:

S. M.: „Das ist ja kein Grund, daß Sie gehen."

I.: „Eure Majestät, ich bin in einer schiefen Situation, die ganze Armee würde mit Fingern auf mich zeigen."

S. M.: „Niemand wird auf Sie zeigen."

I.: „Ich bin in einer falschen Position, die für mich sehr drückend ist."

S. M.: „Es geht eben nicht alles, wie man will; auch ich erreiche nicht alles; — Finanzen — etc."

I.: „Wenn es notwendig ist, muß es gehen. Es war Sache des Kriegsministers, sich mit mir auseinanderzusetzen und die Vertrauensfrage zu stellen."

S. M.: „Was nützt das?, dann kommt eben ein anderer."

I.: „Der müßte auch gehen. Wenn nacheinander drei Minister und drei Chefs gehen, wird der öffentlichen Meinung klar werden, wie die Dinge stehen, schließlich wird es doch einem gelingen, die Sache durchzudrücken."

S. M.: „Die öffentliche Meinung kümmert sich gar nicht darum. Glauben Sie, daß alles geschieht, was Ich will? Sie dürfen nicht ausspannen."

I.: „Ausspannen will ich gewiß nicht. Es ist nicht Amtsmüdigkeit, sondern ich falle mit dem System."

S. M.: „Das dürfen Sie nicht. Ich habe keinen anderen."

I.: „Aber es finden sich gewiß auch andere."

S. M.: „Man kann nicht fortwährend wechseln, man hat nicht so viele Leute, die man dazu brauchen kann."

Es setzte sich nun die Besprechung meiner Denkschrift fort, und zwar an Hand der Beilagen und Ziffern. Seine Majestät folgte mit größter Aufmerksamkeit, er sprach jeden Posten durch. Stets kam auch die finanzielle Frage in Erwägung, wobei ich auf die Ausgaben anderer Staaten, speziell auch Italiens hinwies.

S. M.: „Wir haben kein Geld — Italien hat mehr."

I.: „Es müßten bei uns auch in der Zivilverwaltung Ersparnisse gemacht werden; Staatswirtschaft, Wirtschaft bei den Bahnen etc., da müßte der Hebel angesetzt werden. Minister Ährenthal hat allerdings der Heeresverwaltung durch sein Exposé auch nicht sehr genützt."

S. M.: „Ja — wollen Sie, daß er den Krieg erklärt?"

I.: „Das nicht, aber er hätte die Lage nicht so glänzend hinstellen dürfen. Wohin die Auffassung gelangt ist, zeigt auch die Rede des Ministers Baron Bienerth."*)

S. M.: „Die habe ich noch nicht gelesen, nur eine Notiz davon bekommen."

I.: „Ich habe sie hier und werde sie Eurer Majestät vorlesen."

Ich las nun Seiner Majestät die Rede vor und sprach mich gegen den darin enthaltenen Antrag auf eine Resolution aus.

S. M.: „Aber eine »Resolution« hat ja gar keine Bedeutung."

I.: „Dieser Antrag charakterisiert aber den Geist, der bereits unsere Minister erfaßt hat. Sie sehen ein Verdienst darin, die Heeresforderungen geknebelt und heruntergedrückt zu haben — ja und auch auf Jahre hinaus zu knebeln. Ich bedauere die Rede des Ministers Bienerth. Die Delegationen haben gar nicht das Recht, ihre Nachfolger in dieser Weise zu binden und auch ein Kriegsminister hat nicht das Recht, solche Bindungen einzugehen."

S. M.: „Ja — in der Folge kann man ja noch immer verlangen, was man will."

I.: „Nach den sieben Punkten kann man gar nichts mehr verlangen."

S. M.: „Aber das ist doch nicht so bindend."

---

*) Im „Pester Lloyd" vom 14. Feber 1911, früh.

Hierauf habe ich Seiner Majestät die Punkte 1, 2, 3, 4 und 7, sowie den Schlußpassus bezüglich der Budgetvorlage in jedem Jahre vorgelesen, danach betont, daß ich nicht die Möglichkeit habe, meine Anträge (etwa so wie der Marinekommandant) im Ministerrat, dem ich gesetzmäßig nicht beigezogen werden muß, noch weniger aber vor den Delegationen zu vertreten, daß mir aber diese Möglichkeit wenn schon auch nicht als „Stimmberechtigten", so doch als „Experten" gewährt werden sollte; ich fügte bei:

„Heute kommen die von mir gestellten Anträge zu irgend einem Referenten des Kriegsministeriums, der »zupft« daran herum. Was dann bleibt, gibt der Abteilungsvorstand dem Minister und dieser identifiziert sich damit. Unser Dienstgang ist ein sehr trauriger. In Anbetracht dieser Sachlage bitte ich meine Enthebung Allergnädigst zu bewilligen."

S. M.: „Gehen dürfen Sie nicht; wegen der Besprechungen werde Ich es mir noch überlegen und darüber noch entscheiden."

I.: „Eure Majestät! Bezüglich der zweijährigen Dienstzeit hat man es jetzt noch in der Hand, etwas dafür einzutauschen."

S. M.: „Glauben Sie nicht, daß den Leuten viel an der zweijährigen Dienstzeit liegt."

I.: „Für das, was man aber bieten kann, soll man möglichst viel eintauschen, man müßte daher die zweijährige Dienstzeit so teuer als möglich verkaufen."

Hiemit endete um 12.30 Uhr die Audienz.

Ich hatte gelegentlich derselben erneuert gewahrt, wie genau Kaiser Franz Joseph dank seiner unermüdlichen Arbeit, der er täglich vom frühesten Morgen an oblag, sowie dank seinem staunenswerten Gedächtnis über alles, und zwar auch das Kleinste orientiert war — aber auch die Überzeugung gewonnen, daß der Kaiser an der Möglichkeit, in den diesjährigen Delegationen ein „Mehr" zu erreichen, zweifelte, immerhin aber geneigt schien, mich meine Anträge wenigstens vor den Ministern vertreten zu lassen.

Ich kehrte nach Wien zurück und richtete am 15. Feber 1911 folgendes Schreiben an Seine Kaiserliche Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand nach Konopišt.

„Wien, 15. Feber 1911.

Eure Kaiserliche Hoheit!

Geruhen Eure Kaiserliche Hoheit nachfolgende Meldung zur Höchsten Kenntnis zu nehmen:

Ich wurde gestern 11 Uhr vormittags in Budapest von Seiner Majestät in Audienz empfangen und habe Allerhöchst denselben um allergnädigste Enthebung von meinem Dienstesposten gebeten, da die von mir dringlich gestellten budgetären Forderungen keine Berücksichtigung gefunden haben.

Seine Majestät geruhten nicht meiner Bitte zu willfahren und behielten sich hinsichtlich einer von mir erbetenen Ministerbesprechung die Allerhöchste Entscheidung vor.

Geruhen Eure Kaiserliche Hoheit den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht entgegenzunehmen.

Euer Kaiserlichen Hoheit gehorsamst ergebener

Conrad m. p."

Ich erhielt hierauf am 17. Feber folgendes Telegramm:

„Herzlichsten Dank für Ihre Mitteilungen, freue mich schon sehr, Exzellenz bald in Wien wiederzusehen. Viele Grüße. Erzherzog Franz."

Ich hatte noch nicht alle Hoffnung aufgegeben, daß noch, sozusagen in elfter Stunde, wenigstens einiges gerettet werde und trat in diesem Sinne auch an den Generaladjutanten und Chef der Militärkanzlei Seiner Majestät General der Infanterie Freiherrn von Bolfras heran, der das dornenvolle Amt hatte, in allen sachlichen und personellen militärischen Fragen der Vermittler bei Seiner Majestät zu sein, dessen vollstes Vertrauen er besaß.

Seinem kaiserlichen Herrn treuest ergeben, war Exzellenz Bolfras jederzeit bemüht, das Wohl des Ganzen zu fördern und das Wohl jedes einzelnen zu vertreten, so weit dies im Bereiche der Möglichkeit lag.

Ich richtete an ihn folgendes Schreiben:

„Wien, 15. Feber 1911.

Euer Exzellenz!

Von dem Moment an, in welchem ich E. E. gestern verließ, habe ich wohl selbstverständlich ununterbrochen über die Lage nachgedacht, in welche die Entwicklung der Landmacht und der Reichsbefestigung gelangen muß, wenn die jetzt angebahnten, die Heeresleitung auf Jahre hinaus bindenden desolaten Budgetverhältnisse ruhig hingenommen würden.

Ich kann da nur immer wieder zu der Ansicht gelangen, welche mich bestimmte, Seine Majestät um meine Enthebung zu bitten, und welche darin gipfelt, daß man die zur Sorge für das Wohl der Monarchie berufenen Funktionäre sowie die Öffentlichkeit durch einen Eklat belehrt, wie die Dinge stehen und welches die Pflicht dieser Herren gewesen wäre.

Vielleicht läßt sich damit die Lage noch jetzt wenden oder bessern, mindestens aber wäre für die nächste Zukunft Klarheit geschaffen und der Boden für eine erfolgreichere Geltendmachung der Armeebedürfnisse geebnet.

Um in diesem Sinne der Sache zu dienen, hatte ich mich entschlossen, meine Position zu opfern. Gehe allerdings dabei darüber hinweg, daß dies in erster Linie Sache anderer gewesen wäre. Über den Verdacht, daß mich Amtsmüdigkeit oder die Scheu vor Arbeit und Sorge leiteten, bin ich wohl erhaben.

Vielleicht haben E. E. die Güte, diese meine Anschauung, welche ich übrigens gestern Seiner Majestät persönlich vortrug, beim Allerhöchsten Herrn zu vertreten.

Gestatten E. E. den Ausdruck meiner ganz besonderen und unwandelbaren Hochverehrung, mit der ich verharre

als Euer Exzellenz

dankbar gehorsamster

Conrad, G. d. I."

Ich hatte dieses Schreiben „expreß" abgesendet und erhielt bereits am 17. Feber früh folgende Antwort:

„Budapest, 16. Feber 1911.

Hochverehrter Freund!

Die Allerhöchste Resolution auf Deinen a. u. Vortrag Nr. 510 war bereits auf dem Wege nach Wien, als ich gestern um 10 Uhr nachts Dein sehr geschätztes Expreßschreiben erhielt.

Seine Majestät hatten die sofortige Erledigung umsomehr gewünscht, als Dir bereits in der Audienz vom 14. d. M. Allerhöchst eröffnet wurde, daß Seine Majestät Deine Enthebung vom jetzigen Posten nicht zu genehmigen finden.

Es leiteten Dich bei Deinem Entschlusse gewiß die hochherzigsten, keineswegs verkannten Motive.

Den bestehenden Tatsachen gegenüber war aber an den von Dir beabsichtigten Effekt nicht nur nicht zu glauben, vielmehr an eine schwere Schädigung der Delegationsverhandlungen und dem Auslande gegenüber (namentlich Berlin, wo Du so sehr akkreditiert bist) an eine Kalamität zu denken gewesen.

Vielleicht — und dieses ist meine persönliche Meinung — hätte Dein bewußter Schritt, wenn vor dem Beginne der Delegationssession unternommen, des wünschenswerten Eindruckes nicht völlig entbehrt.

Wer möchte nicht gleich und mit Dir unsere militärische Rückständigkeit beklagen?

Dennoch muß man mit Verhältnissen rechnen, die durch kein Machtwort einfach aus der Welt geschafft werden können.

Wie dem immer sei, es bleibt uns nur weiteres Streben und die Hoffnung auf den Wandel der Dinge; »die Notwendigkeit wird menschlich sein« ... läßt Schiller den Marquis Posa sagen.

Somit weiß ich Dir auf Dein geehrtes Schreiben und im Hinblicke auf die bereits erfolgte Allerhöchste Resolution nur Vorstehendes zu bieten und Dich recht sehr zu bitten, glauben zu wollen an die besten Gesinnungen und die ausgezeichnetste Hochschätzung

Deines

ergebensten

Bolfras, G. d. I."

Was die in diesem Schreiben enthaltene Bemerkung betraf, daß meine Bitte um Enthebung, wenn vor Beginn der Delegation gestellt, des Eindruckes nicht völlig entbehrt hätte, so fehlte mir eben vor Beginn der Delegation hiezu der Anlaß, da ich erst durch die Rede des Ministers in der Delegationssitzung zur Kenntnis der budgetären Streichungen gelangte.

Indessen hatte ich am 16. Feber auch die Allerhöchste Resolution erhalten; sie lautete wie folgt:

„Allerhöchste Resolution auf den a. u. Vortrag Gstb. Res. Nr. 510 vom 13. Februar 1911.

Indem Ich Ihre mit Überzeugungstreue dargelegten Ausführungen zur Kenntnis nehme, will Ich Ihnen die Möglichkeit zugedacht wissen, die Klarlegung Ihrer Auffassung budgetärer, gegenwärtig nicht realisierbarer Notwendigkeiten vor den berufenen staatlichen Faktoren nach Schluß der gegenwärtigen Delegationssession zum Ausdrucke zu bringen.

So schwer Ihre Bedenken bezüglich der Kriegstüchtigkeit und Kriegsbereitschaft der bewaffneten Macht auch sein mögen, vermag deren unmittelbare Behebung doch ebensowenig eingeleitet zu werden, als Ich Ihrer Mir mündlich vorgebrachten Bitte um die Enthebung vom Posten des Chefs des Generalstabes Meiner gesamten bewaffneten Macht Folge zu geben finde.

Ich halte Mich vielmehr versichert, daß Sie Ihres Dienstes mit jener Hingebung, die Ich stets gerne anerkannte, walten und in den großen Fragen der Wehrmacht auf dem realen Boden der allgemeinen staatlichen inneren und äußeren Verhältnisse schreiten werden.

Budapest, am 15. Feber 1911.

Franz Joseph m. p."

Das am 17. Feber erhaltene Schreiben von Exzellenz Baron Bolfras vom 16. Feber beantwortete ich mit folgendem:

„Wien, 18. Feber 1911.

Euer Exzellenz!

Ich bitte E. E. meinen gehorsamsten Dank für das gütige Schreiben vom 16. d. M. entgegenzunehmen.

Ich habe die Sache nochmals reiflich erwogen und komme immer zu demselben Resultat.

Wenn ich schon von der Geltendmachung des 200-Millionenkredits für die Neubewaffnung der Infanterie absehe, so sehe ich doch in der fast gänzlichen Streichung des Fortifikationskredites, der gänzlichen Streichung der 260 Millionen für dringende sonstige Bedürfnisse (Artillerie-Munition, technische Ausrüstung), endlich in der leichtfertigen Hingabe der zweijährigen Dienstzeit, ohne für dieselbe vorher die unerläßlichen Grundbedingungen, darunter vor allem die Sicherung weiterdienender Unteroffiziere geschaffen zu haben, eine schwere Schädigung der Wehrmacht, die kein ruhig überlegender Soldat verantworten kann.

Es ist symptomatisch, daß selbst schon aus Delegiertenkreisen (Rede des Grafen Clam) Zweifel an dieser Budgetierung auftauchen und vom Kriegsminister verlangt wird, er möge erklären, daß trotz der geringen Mittel das Notwendige zu geschehen vermag; ich müßte mich für einen Verbrecher halten, wenn ich diese Frage mit »ja« beantworten wollte.

Ich bitte daher E. E., nachdem schon mein Bemühen erfolglos war, hochderen großen, auf jahrelanges Vertrauen gegründeten Einfluß geltend zu machen, um vielleicht noch in elfter Stunde das für die Armee Notwendige zu retten.

Ich hatte bereits im Herbst die dringenden Forderungen in einem Antrag an das Ministerium gestellt. Dieses lehnte dieselben jedoch in einem a. u. Vortrag ab; ich habe zu dieser Ablehnung eingehende Bemerkungen gemacht und gebeten, diese dem a. u. Antrag des RKM. beizulegen.

Ich hoffte nun, daß entweder der Minister Weisung bekommen würde, diesen Forderungen zu entsprechen, oder ich den Befehl erhalten würde, meine Forderungen vor den berufenen Funktionären mündlich zu vertreten.

Weder das eine noch das andere geschah, sondern ich wurde erst im Wege der Zeitungen von der Rede des Ministers (5. Feber l. J.) überrascht, welche dieses gänzliche Nachgeben, sowie eine Knebelung auf Jahre hinaus enthüllte.

Daß ich anbetrachts der mich stets beglückenden Huld und Gnade Seiner Majestät und bei dem schwärmerischen Hängen an dem Rock, den ich seit meinem zehnten Lebensjahre trage, ausharren will, wenn es zu Nutz und Frommen der Sache ist, brauche ich wohl nicht zu beteuern, aber gerade in diesem Streben muß ich die hohe Gefahr hervorheben, welche in der jetzigen Situation gelegen ist — und kann nicht unterdrücken, daß eine erfolgreiche Tätigkeit nur dann zu erhoffen ist, wenn die materiellen Mittel geschaffen werden, um das auf dem Papier Niedergelegte auch zur Tat werden zu lassen; diese allein aber zählt.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner unwandelbaren Hochverehrung und Dankbarkeit, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz gehorsamster

Conrad, G. d. I."

Ich erhielt hierauf am 22. Feber folgendes Antwortschreiben:

„Budapest, 21. Feber 1911.

Hochverehrter Freund!

Mit dankender Beantwortung Deines hochgeschätzten Schreibens vom 18. ds. M. habe ich zunächst etwas zugewartet, da sich vielleicht irgend etwas zu meiner besseren Information hätte ergeben können.

Ich habe Dein Schreiben Seiner Majestät a. u. vorgetragen.

Deine Versicherung, daß Du ausharren willst, hat die anerkennungsvollste Allerhöchste Befriedigung erregt, wie es ja bei der Hochschätzung, deren Seine Majestät Dich stets würdigen, nicht anders zu erwarten war.

Ansonsten hat sich die durch die Allerhöchste Resolution vom 15. ds. M. gekennzeichnete Situation nicht geändert.

Seine Majestät wünschen sehr, daß Du mit dem M. d. Ä. Graf Ährenthal in direkte Berührung treten mögest. Ich weiß, daß Dir dieses nicht leicht fällt, glaube aber doch, daß Du nie zögerst, wenn es gilt, höheren Zwecken dienlich zu sein.

Ich muß mich leider kurz fassen, da mich die eben erhaltene Nachricht von der schweren Erkrankung meiner alten, alleinstehenden und in Lussin Grande lebenden Schwester höchst aufgeregt und vor die Möglichkeit einer notwendigen raschen Abreise nach Lussin gestellt hat.

Treffe ich dazu auch die Vorbereitung, so möchte ich Dir, hochgeehrter Freund, für alle Fälle vorher doch noch geschrieben haben.

In wahrer Hochschätzung und aufrichtigster Gesinnung mit herzlichen Grüßen

Dein ergebenster

Bolfras, G. d. I."

Ich sah in den Ministern eine undurchdringliche Wand, die zwischen meinen Anträgen und den Vertretungskörpern (Parlament und Delegation) aufgerichtet war, hatte aber die Überzeugung, daß, wenn es mir möglich sein würde, vor Angehörigen der Vertretungskörper meine Forderungen zu begründen, diese Verständnis und Berücksichtigung finden würden. Ich trachtete daher, diese Möglichkeit herbeizuführen und richtete hiezu folgendes Schreiben an Exzellenz Bolfras, von dem ich wußte, daß er sich in nie erlahmender Bereitwilligkeit in den Dienst der großen Sache stellte:

„Wien, am 27. Feber 1911.

Euer Exzellenz!

Ich bitte E. E. meinen ganz ergebensten Dank für das letzte gütige Schreiben und vor allem auch die Versicherung meines Bedauerns entgegenzunehmen darüber, daß E. E. auch noch mit Sorge für das Wohl E. E. Schwester bedrückt sind.

Gestatten E. E., daß ich wieder auf die mich unablässig beschäftigenden Fragen der Ausgestaltung der Landmacht und damit auf das Zugeständnis zurückkomme, meine Anträge vor den berufenen staatlichen Funktionären vertreten zu dürfen.

Ich erlaube mir nun daran die Bitte zu knüpfen, Deinen großen Einfluß dahin geltend machen zu wollen, daß zu dieser Sitzung nicht nur die Minister, sondern wenn möglich auch Vertreter der Delegationen beigezogen werden, denn ich halte dafür, daß es in einer so schwerwiegenden Frage darauf ankommt, allen Berufenen reinen Wein einzuschenken.

Ich bin nach wie vor bereit, meine Position einzusetzen und wenn nötig auch zu opfern, um der Sache zu dienen.

Ich will kein Mitschuldiger an dieser schweren Schädigung unserer militärischen Machtstellung werden.

Ich bitte E. E. erneuert den Ausdruck meiner ganz besonderen Hochverehrung und Dankbarkeit entgegen zu nehmen, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad, G. d. I."

Das nachstehende am 2. März 1911 erhaltene Schreiben setzte mich von dem abschlägigen Bescheid auf diese Bitte in Kenntnis:

„Budapest, 1. März 1911.

Hochverehrter Freund!

Mit verbindlichstem Dank Dein vielgeschätztes Schreiben vom 27. v. M. bestätigend, darf ich mich bezüglich Deines Wunsches, »vor den

staatlichen Faktoren plädieren zu dürfen«, auf meine gleichzeitig abgesendete dienstliche Note berufen.

Deiner Anregung zur Beiziehung von Vertretern der Delegationen konnte keine Folge gegeben werden.

Es erübrigt mir noch, Dir für Deine freundliche Teilnahme an meinen persönlichen Sorgen, die inzwischen einiger Beruhigung weichen durften, vielmals zu danken.

In wahrer Verehrung bin ich mit herzlichsten Grüßen

Dein ergebenster

Bolfras, G. d. I."

Am selben Tag — 2. März 1911 — erhielt ich den Allerhöchsten Befehl, mich Samstag, den 4. März, um 11 Uhr vormittags bei Seiner Majestät in Audienz und Sonntag, den 5. März, um 9.30 Uhr vormittags bei Graf Ährenthal einzufinden, der damit betraut war, die Versammlung jener „kompetenten staatlichen" Funktionäre Sonntag, den 5. März zu veranstalten, denen ich die in meinem untertänigsten Vortrag entwickelten militärischen Anträge des näheren darzulegen wünschte.

Ich reiste demgemäß Freitag den 3. März von Wien nach Budapest ab.

In der Audienz am 4. März 1911 teilte mir Seine Majestät nach Abwicklung von Fragen des laufenden Dienstes mit, daß er mir die erbetene Gelegenheit geschaffen habe, meine Anträge in einer Ministerrats-Sitzung zu vertreten.

Diese Sitzung fand am 5. März 1911 vormittags in der Ofner Burg statt. Ihr beigezogen waren:

Der Minister des Äußern Graf Ährenthal als Vorsitzender, der k. k. Ministerpräsident Baron Bienerth, der k. ung. Ministerpräsident Graf Khuen-Hédervary, der Reichs-Kriegsminister Baron Schönaich, der k. k. Minister für Landes-Verteidigung Baron Georgi, der k. ung. Minister für Landesverteidigung Baron Hazai und ich.

Nach den die Sitzung eröffnenden einleitenden Worten des Vorsitzenden begann ich meine Ausführungen:

„Ich weiß, daß das Ganze ein Schlag ins Wasser ist, da meine Ausführungen post festum kommen.

Seine Majestät hat aber Allerhöchst verfügt, daß ich meine Anträge vor den kompetenten staatlichen Funktionären des näheren darzulegen habe und ich komme hiemit diesem Allerhöchsten Befehle nach."

Ich habe hierauf gleich einleitend hervorgehoben, daß die jetzt bewilligten und auf fünf Jahre verteilten 200 Millionen Kronen für die Deckung selbst der dringendsten Maßnahmen weitaus nicht hinreichen,

daß vielmehr der Betrag von 250 Millionen Kronen als das Minimum bezeichnet werden muß, um den unabweislichsten Forderungen für den Ausbau des Heeres und für die Reichsbefestigung gerecht werden zu können.

Danach charakterisierte ich kurz die Stellung und die Pflichten des Chefs des Generalstabes wie folgt:

„Er ist im Kriege das erste Organ des Armee-Oberkommandanten, daraus ergibt sich seine Verantwortung gegenüber Seiner Majestät und dem Armee-Oberkommandanten.

Dem Chef des Generalstabes obliegen die konkreten Kriegsvorbereitungen, hiebei kommt es nicht auf die Kriegs*wahrscheinlichkeit*, sondern nur darauf an, ob ein bestimmter Krieg *möglich* oder *nicht möglich* ist.

Ist er *möglich*, dann muß hiefür alles vorgesehen werden.

Diese Sorge liegt aber bei der geographischen Lage der Monarchie für mehrere Kriegsfälle vor und ist daher sehr schwer, weil je nach dem Charakter des Kriegsschauplatzes verschieden. Es liegt auf der Hand, daß das russische Flachland, die italienische Tiefebene mit ihren Kulturen, der Karst im Südosten, das Hochgebirge Tirols verschiedene Forderungen stellen.

Bei Bearbeitung der konkreten Kriegsvorbereitungen — also der Fragen, wo und wie die Armee versammelt wird, wie sie operativ verwendet werden soll, wie der Verlauf der Operationen möglicherweise werden kann — kommt man darauf, was beschafft werden muß, und zwar, was schon im Frieden beschafft werden muß, was während der Mobilisierung beschafft werden kann und was eventuell während des Krieges noch beschafft werden könnte.

Der Chef des Generalstabes leitet aus diesen Arbeiten die Forderungen, z. B. bezüglich Munition, schwerer Artillerie, Befestigungen, Eisenbahnen, Kriegsbrücken-Equipagen, Gebirgs-, Sanitäts- und Train-Ausrüstung etc. ab, kann aber seine Forderungen nirgends persönlich vertreten, wie etwa der Marinekommandant, als Experte im Ministerrat oder vor den Delegationen.

Entweder vertraut man dem Chef des Generalstabes, oder man lasse ihn wenigstens seine Anträge eingehend motivieren.

Letzteres fand nicht statt, sondern wurde nunmehr erst nachträglich verfügt.

Die Motivierung der Anträge bedingt die Berührung operativer Fragen, also der strengsten Geheimnisse."

Hierauf trug ich die Genesis der Lage seit Herbst 1906 (Antritt meiner Stellung) vor und kündigte an, jene Mehrforderungen zu detaillieren und zu begründen, die ich für *mindestens* nötig erachte.

Ich führte aus, daß im Herbst 1906 großenteils infolge innerpolitischer Zustände (besonders der Verhältnisse in Ungarn) die Heeresentwicklung sich in Stagnation befand, große Rückständigkeiten aufwies und weit hinter den Nachbarstaaten zurückgeblieben war.

Um nun nicht gänzlich zurückzubleiben und um die schreiendsten Rückständigkeiten und Mängel zu beheben, mußte zu Notbehelfen geschritten werden, dies auf Kosten der ohnehin unzureichenden Stände der Infanterie.

Nur die k. k. Landwehr erhielt 1908 eine Erhöhung um 4200 Rekruten für Gebirgstruppen und Landwehr-Haubitz-Divisionen.

Die konkreten Kriegsvorbereitungsstudien für die verschiedenen möglichen Kriegsfälle führten im Frühjahr 1908 zu von mir gestellten Anträgen für die dringendsten Erfordernisse des Heeres und der beiden Landwehren.

Sie waren:

Personelle für Neuaufstellungen (Maschinengewehr-Abteilungen, Gebirgsartillerie etc.), die aber nur auf Kosten der Infanterie gedeckt wurden, und

finanzielle, nämlich ein besonderer Rüstungskredit.

Unter dem Eindruck der Annexionskrise wurde ein Rüstungskredit von 180 Millionen Kronen gewährt; damit wurden im Sommer 1908 bis Frühjahr 1909 allerdringendste Mängel gedeckt, und zwar:

Die Schnellfeuerkanonen beschleunigt ausgegeben,
die Maschinengewehr-Abteilungen vermehrt,
die dringendsten Gebirgsartillerie-Formationen geschaffen,
die Munitionsvorräte erhöht,
die technische Ausrüstung teilweise vermehrt,
die Gebirgsausrüstungs-Vorsorgen erhöht,
die bedrohten festen Plätze dringendst ausgestaltet.

Etwa 41¾ Millionen gingen auf Bereitstellung (d. i. Annahme der Kriegsstände) im Annexionsgebiet auf.

Diese militärische Maßnahme sicherte den politischen Erfolg und das Prestige. Es erübrigten aber nurmehr 138¼ (180 minus 41¾) Millionen Kronen.

Die Realisierung obiger Maßnahme dauerte aber vom Herbst 1908 bis Frühjahr 1909, dies war jedoch den so wenig kriegsbereiten Gegnern vis-à-vis möglich, darauf ist nie wieder zu rechnen.

Alle möglichen Gegner arbeiten seither rüstig. Bei uns dagegen mußte auf weitere Notbehelfe gegriffen werden So mußten z. B. die vierten Bataillone der Infanterie-Regimenter verminderten Stand annehmen

(mein Antrag, zur Gewinnung von Mannschaften für Wichtigeres die Tamboure abzuschaffen, war nicht akzeptiert worden).

Ebenso rückständig wie das Landheer war die Marine.

Während aber der Marinekommandant*) zur Tat schritt, erfolgte für das Heer lediglich die Feststellung des Notwendigen in drei Richtungen:

I. Personell (Wehrgesetz),
II. Reichsbefestigung,
III. Materielle (technische) Ausgestaltung.

Ad I betrafen die Entwürfe des Kriegsministeriums zwei Varianten:

a) Auf Grund des neuen Wehrgesetzes mit zweijähriger Dienstzeit,
b) mit erhöhtem Rekruten-Kontingent bei dreijähriger Dienstzeit;

das Ziel war intensivere Entwicklung durch:
Standessanierung,
Ausbau der Landwehr durch Artillerie,
geringe Vermehrung der Festungsartillerie,
geringe Vermehrung der schweren Feldartillerie,
geringe Vermehrung der Gebirgsartillerie,
Vermehrung der Verkehrstruppen.

endlich für die Variante mit zweijähriger Dienstzeit:
Unteroffiziere und Ausbildungsmittel.

Die Kosten waren wie folgt berechnet:

I. Personell (auf 10 Jahre verteilt):

für Variante a) (zweijährige Dienstzeit):

	überhaupt	Bauten etc.**)		Summe	Mill.
fortlaufend . . .	67	52¾	=	119	rund 120
einmalige . . .	81½	118¼	=	199	rund 200

für Variante b) (dreijährige Dienstzeit):

	überhaupt	Bauten etc.	Summe
fortlaufende	51	39	90 Millionen
einmalige	50½	39½	90 „

II. Reichsbefestigung nach meinem Minimal-Programm 155 Millionen (auf zehn Jahre verteilt).

III. Dringende materielle Ausgestaltung und dringendste Befestigungen

---

*) Graf Montecuccoli.

**) Hauptsächlich Kasernbauten für erhöhte Stände und Neuformationen.

nach meinem Antrag vom November 1910 an das Reichskriegsministerium und beide Landesverteidigungs-Ministerien:

260 Millionen, hievon 36 Millionen für die Reichsbefestigung,
124 Millionen für sonstige Anschaffungen.

Dazu kommen:

IV. In absehbarer Zeit noch 200 Millionen für neue Infanteriebewaffnung, die man nicht von der Hand wird weisen können, wenn sie jetzt auch noch nicht in den ziffernmäßigen Kalkül gezogen zu werden braucht.

Endlich sind zu nennen:

Die Marineforderungen: 312 Millionen für die nächsten fünf Jahre.

So war die Sachlage Ende November 1910, so weit sie mir dienstlich bekannt war.

Von dem weiteren Schicksal der Anträge wurde ich nicht verständigt. Dies muß ich hervorheben, damit man mir nicht den Vorwurf mache, ich hätte mich nicht zeitgerecht gerührt.

Am 20. November 1910 — wenige Tage vor Einlangen meines früher angeführten Antrages III (auf 260 Millionen) — fand ein Ministerrat statt (dem ich nicht beigezogen war), dessen Ergebnis folgende Festsetzung für die nächsten fünf Jahre war:

312 Millionen einmalige Auslagen für die Marine,
100 Millionen einmalige Auslagen für das Heer,
100 Millionen Steigerung des Ordinariums.

Meine Anträge wurden im Kriegsministerium nur berechnet, ich wurde vom Ministerratsergebnis und vom Schicksal meiner Anträge nicht verständigt.

Erst am 6. Jänner 1911 erhielt ich durch einen a. u. Vortrag des Reichskriegsministers Kenntnis von den Abmachungen im Ministerrat und davon, daß das Kriegsministerium erst jetzt, knapp vor den Delegationssitzungen, die Entscheidung über einen Rüstungskredit bei Seiner Majestät erbat, sich dabei aber ausdrücklich gegen die Anforderung dieses Kredites aussprach.

Da hieraus ersichtlich war, daß mit diesen Mitteln für die drei Ziele, nämlich:

I. Wehrreform mit zweijähriger Dienstzeit,
II. Reichsbefestigung,
III. materielle Ausgestaltung,

kaum das erste Ziel (I) erreichbar ist, legte ich dem Reichs-Kriegs-Ministerialantrag eine Bemerkung bei mit der Bitte, den Ausbau- und Finanzplan auf den ganzen Bedarf festzulegen, und zwar:

100	Millionen	Ordinarium	für die Wehrreform,
100	„	Extraordinarium	
119	„	Reichsbefestigung (155 minus 36),	
260	„	materielle Ausgestaltung,	
200	„	Infanterie-Neubewaffnung,	
312	„	Marineforderung.	
1091	Millionen, also rund *eine Milliarde* Kronen.		

Trotzdem ging der a. u. Vortrag des Reichs-Kriegsministers am 27. Jänner 1911 an Seine Majestät ab; die Allerhöchste Resolution vom 2. Feber 1911 entschied, daß vom Rüstungskredit *abzusehen* sei.

Ich erhielt davon *keine* Kenntnis, sondern las erst am 5 Feber 1911 *in den Zeitungen*, daß der Reichskriegsminister in der Rede vom 4. Feber 1911 vor dem Heeresausschuß der Delegation nur die Abmachungen des Ministerrates darlegte, dabei aber schon die zweijährige Dienstzeit programmatisch besprach.

Die *Situation* war daher:

1. Die zweijährige Dienstzeit war preisgegeben, dagegen waren für die Wehrreform nur reduzierte Mittel gefordert;

2. für die Reichsbefestigung waren nur minimale, ganz unzulängliche Mittel eingestellt;

3. für die materielle Ausgestaltung nur minimale Mittel angesprochen, und zwar für die Posten 2 und 3 zusammen etwa 47 Millionen Kronen für fünf Jahre;

ferner war:

4. die Heeresverwaltung bis 1915 den Regierungen gegenüber gebunden, keine Neuforderungen zu stellen, keine Budget-Überschreitung eintreten zu lassen.

Am 6. Feber 1911 brachte ich Seiner Majestät hierüber mündlich meine schweren Bedenken vor.

Am 14. Feber 1911 unterbreitete ich in Budapest Seiner Majestät eine diesbezügliche Denkschrift vom 13. Feber, erläuterte in eineinhalbstündiger Audienz die einzelnen Posten und bat um meine Enthebung von meinem Dienstposten*).

Seine Majestät schlug diese Bitte ab.

Am 16. Feber 1911 traf die schriftliche Allerhöchste Resolution ein, daß meiner Bitte nicht willfahrt, mir aber Gelegenheit gegeben wird, vor berufenen staatlichen Faktoren meine Anträge darzulegen.“

---

*) Anhang, Anlage 1 gibt einen in der Militärkanzlei verfaßten Auszug aus dieser Denkschrift.

Nach dieser Schilderung des Verlaufes der schwebenden Frage begründete ich nunmehr unter Darlegung konkreter operativer Gesichtspunkte und an Hand von Skizzen die Notwendigkeit meiner Forderungen bezüglich: permanenter Befestigungen, Anschaffung, Nachschaffung und Deponierung von Munition, Gebirgsausrüstung, technischer Vorsorgen, Verkehrswesen, Sanitätsvorsorgen, Trainformation, feldmäßiger Befestigungen, Ausbau des Straßen- und Wegnetzes.

Auf Eisenbahnen, Telegraphen- und Telephonlinien wurde nicht weiter eingegangen, nachdem die Kosten hiefür nicht das Kriegsbudget belasten und auch kein Eisenbahn-, beziehungsweise Handelsminister anwesend war.

Ich las nun aus der „Übersicht der Forderung von 260 Millionen als Minimum" die beiläufigen Kosten der von mir als unbedingt notwendig erachteten Forderungen nach den einzelnen Titeln vor und stellte die im Extraordinarium pro 1911 dafür ausgeworfenen Beträge zum Vergleich.

Die betreffenden Daten erörterte ich an folgenden Tabellen:

I. Übersicht der Forderungen von 260 Millionen Kronen als Minimum.

Nr.	Titel	Beiläufige Kosten in Mill.	Davon im Extraordinarium pro 1911
1.	Infanteriemunition, Artilleriematerial, Artilleriemunition	173	3·8
2.	Gebirgsausrüstung	3·5	—
3.	Technische Vorsorgen	13·8	0·035
4.	Verkehrswesen	13·7	0·5
5.	Sanitätsvorsorgen	1·1	—
6.	Trainformationen	13	0·05
7.	Permanente Befestigungen	36·5	6
8.	Feldmäßige Befestigungen	5·3	—
9.	Eisenbahnen	—	—
10.	Ausbau des Straßen- und Wegnetzes	0·07	—
11.	Telegraphen- und Telephonlinien .	—	—
	Summe in Millionen . .	259·97	10·385

Es fehlen daher: 259·97 minus 10·385 = rund 250 Millionen Kronen.

II. Tatsächlich für die nächsten fünf Jahre angefordert:

Ordinarium, d. i. fortlaufende Ausgaben:		Extraordinarium, d. i. einmalige Ausgabe:
1911	27·3	20
1912	20·2	19
1913	17·5	19
1914	15·5	19
1915	12	19
zusammen	92·5	96 Millionen Kronen.

Von den Ausgaben 1911 dient noch nichts für die Wehrreform, sondern nur zur Sanierung des Budgets. Auch von den einmaligen Ausgaben (1911) dienen nur 10·385 Millionen meinem Antrag;

es bleiben daher (1912, 1913, 1914, 1915):

	Fortlaufende Ausgaben	Einmalige Ausgaben
	65·2 Millionen.	76 Millionen.
Davon entfallen:		
auf die zweijährige Dienstzeit	44·1 „	38·5 „
daher erübrigen	21·1 Millionen.	37·5 Millionen.

Diese 21·1 Millionen gehen in der Praxis auf Preissteigerungen, Pensionen, Sanierung des Budgets auf.

Verfügbar bleiben daher für meinen Antrag und für die Reichsbefestigung nur 37·5 + 10·4 = 47·9 Millionen;

erforderlich aber sind

laut Antrag . . . . 260 Millionen (worin bereits 36 für Reichsbefestigung)

für Reichsbefestigung . 119 Millionen (nämlich 155 weniger obigen 36)

Summe: 379 Millionen.

Es fehlen daher: 331 Millionen.

Dazu kommt, daß die Forderungen für die zweijährige Dienstzeit zu gering bemessen sind, weil speziell die Auslagen für Unteroffiziere und Übungsplätze reduziert wurden, daß die Sanierungsaktion 1911 noch nicht beendet ist, so daß auch noch die 21·1 Millionen hiezu verwendet werden müssen; daß auch nach 1915 die Erlangung größerer Budgetposten erschwert ist, weil diese Budgets mit 21·7 Millionen an fortlaufenden und 36·4 Millionen an einmaligen Ausgaben belastet sind.

III. Tempo einzelner wichtiger Maßnahmen nach dem Budget von 1911.

Maßnahmen, Beschaffungen	Gesamt-erfordernis	Davon pro 1911	Gibt Verteilung auf Jahre
Reichsbefestigung	155	6	26
Handfeuerwaffen, aber nur Mod. 1895 und Klappbajonette*)	33·5	0·8	40
Karabiner, Munitions-Vorräte	0·95	0·035	27
Spreng- und Zündmittel-Vermehrung	0·85	0·05	17

An Hand letzterer Tabelle zeigte ich, wie sich das Tempo einzelner wichtiger Maßnahmen auf Grund des Budgets vom Jahre 1911 ergeben würde. Darnach hätte sich die Reichsbefestigung auf 26 Jahre, d. i. bis 1937, hinausgezogen, eine Zeit, in der, ganz abgesehen von früheren Kriegsmöglichkeiten, vieles wieder veraltet wäre. Die Gewehrbeschaffung hätte sich auf 40 Jahre, also bis 1951 erstreckt.

Ich setzte fort: „Daraus geht zweifellos hervor, daß mit den bewilligten Mitteln nur der allerkleinste Teil der als unbedingt notwendig erachteten Forderungen realisiert werden kann; es fehlen von den angeforderten 260 Millionen pro 1911 rund 250 Millionen, beziehungsweise von den zur Realisierung meiner Anträge erforderlichen 379 Millionen bis 1916: *331 Millionen Kronen*.

Die gegenwärtige Lage ist also die, daß die Kriegsmarine ihre volle Forderung erhielt, d. i. bis 1915: 312 Millionen und daß sie weitere Forderungen nach 1915 angekündigt hat, was von den Delegationen widerspruchslos akzeptiert wurde;

daß beim Heer bis 1915 eine Steigerung des Ordinariums um 100 Millionen und des Extraordinariums um 100 Millionen versprochen, aber nicht bewilligt ist.

Denn bewilligt ist bloß das Budget für das Jahr 1911 mit einem Plus von 27 Millionen im Ordinarium und 20 Millionen im Extraordinarium. Diese Beträge zählen aber schon auf obige 200 Millionen, davon aber nur 10·385 Millionen für materielle Ausgestaltung, Reichsbefestigung und Wehrreform.

---

*) Also keine automatischen Gewehre, sondern das bereits bestehende Modell.

9*

Dafür aber ist das Versprechen der zweijährigen Dienstzeit bereits hinausgegeben und eine budgetäre Bindung bis 1915 eingegangen: keine Mehrforderungen zu stellen und keine Budgetüberschreitung eintreten zu lassen.

Es fragt sich nun, was meine Ausführungen außer der Begründung der Notwendigkeit meiner Forderungen im Nachhinein überhaupt für einen Zweck haben könnten?

Die Antwort wäre: zu retten, was noch zu retten ist, und Wege zu finden, die dazu einzuschlagen wären.

Solche Wege vermöchten zu sein:

I. Die Berichtigung des offenkundigen Mißverhältnisses zwischen den für das Heer und den für die Flotte gewidmeten Mitteln, nämlich 200 Millionen gegen 312.

Gewiß ist die Entwicklung der Marine, der Ausbau einer tüchtigen, starken Flotte nur zu begrüßen, sie ist auch in Friedenszeiten zur Vertretung der Monarchie im Auslande und zur Hebung und Unterstützung der Handelsinteressen gewiß sehr wichtig.

Dem Ausbau der Flotte kann aber nur unter der Voraussetzung zugestimmt werden, daß für die Landmacht genügend gesorgt wird.

Österreich-Ungarn ist ein kontinentaler Staat; in einem Kriege liegt für uns die Entscheidung auf dem Lande. Dort entscheiden sich also die Schicksale der Monarchie.

Der schönste Seesieg vermag nicht eine Niederlage zu Lande auszugleichen.

Praktisch könnte wohl nur eine Verschiebung des Marineprogrammes der Zeit nach hinsichtlich eines der vier Dreadnoughts in Frage kommen, da deren zwei an das Stabilimento in Triest und einer an die Danubius-Werfte in Fiume bereits fix vergeben sind, und an der Zahl der zu erbauenden kleinen Einheiten (Kreuzer, Torpedo- und Unterseeboote) wohl keine Reduktion rätlich erschiene.

Durch diese Maßnahme würde gerade in der für die Ausgestaltung der Landmacht allerdringlichsten Zeit bis 1915 ein Betrag von zirka 60 Millionen Kronen einmaliger Auslagen verfügbar werden, die für die allernotwendigsten Forderungen der Landmacht, einschließlich der Reichsbefestigung, verwendet werden könnten. Freilich wird dieser Ausweg viele Gegner haben.

II. Ein zweiter Weg wäre die Zurückstellung der zweijährigen Dienstzeit unter Beibehaltung der dreijährigen, jedoch mit erhöhtem Rekruten-Kontingent. Die dabei ersparten Mittel könnten für die materielle Ausgestaltung und die Reichsbefestigung ver-

wendet werden. Dieser Ausweg ist aber höchst bedenklich Er ist ein zweischneidiges Schwert, denn er verzögert eventuell das neue Wehrgesetz. Damit blieben die elenden Standesverhältnisse fortbestehen und die Unmöglichkeit, die dringenden Neuformationen zu bewirken, als: Festungsartillerie, Eisenbahnregiment, Telegraphenregiment, Gebirgsartillerie, schwere Haubitzdivisionen, Landwehrartillerie.

Unter Umständen könnte sich sogar die Gefahr ergeben, die von den Delegationen schon in Aussicht gestellten, wenn auch unzureichenden Mittel künftig gar nicht zu erhalten.

III. Ein dritter Ausweg wäre eine Umgruppierung innerhalb der bewilligten Budgets, bei Ausschaltung momentan minder dringlicher Schaffungen und Konzentrierung auf das Wichtigste.

IV. Die rationellste Lösung wäre die Anforderung eines außerordentlichen Rüstungskredites bei offener Einbekennung der Lage.

V. Endlich könnte die Schaffung eines fait accompli in Betracht kommen, wie es der Marinekommandant getan hat.

Eine Sache, die unbedingt notwendig erscheint, ist: jetzt schon alles anzubahnen für die Zeit nach 1915, also klarzulegen, was man brauchen wird.

Die Monarchie hat in der Regel die Bedürfnisse ihrer Wehrmacht immer erst nach einem verlorenen Feldzug befriedigt, so 1859 hinsichtlich der Geschütze, 1866 hinsichtlich der Gewehre; man sollte doch daraus lernen und einmal die Mittel, welche die Grundbedingungen des Erfolges bilden, vorher geben."

Schließlich las ich einige Stellen aus den Memoiren des russischen Generals Kuropatkin über dessen Amtsführung als Kriegsminister (1898 bis 1904) vor, um das von ihm bekämpfte, schlecht angebrachte Sparsystem jener Zeit in Rußland und die dort herrschenden Verhältnisse zu charakterisieren. Ich bat aber vorher, mich zu unterbrechen, sobald es der vorgeschrittenen Zeit wegen notwendig sein würde, meine Ausführungen zu beenden.

Als ich nach einiger Zeit von Exzellenz Graf Ährenthal gebeten wurde, abzubrechen, hob ich zum Schlusse hervor, daß es in Rußland — nach einer 25-jährigen Anwendung dieses Sparsystemes — 1904 zum Krieg mit Japan kam, und dieser Krieg dann durchschnittlich 170 Millionen Kronen monatlich, über 100 000 Menschenleben, die ganze Flotte, das Prestige Rußlands etc. kostete und die russische Staatsschuld um 5500 Millionen Kronen wachsen ließ.

Auf die Bemerkung Exzellenz Ährenthals, daß die Russen nicht nur wegen ihres Sparsystemes, sondern auch wegen der Art der Kriegführung den Krieg verloren haben und daß die Japaner weniger Geld

ausgegeben hätten, erwiderte ich, daß letztere vollkommen vorbereitet den Krieg eröffneten und zu dieser Vorbereitung gewiß auch viel Geld verwendet haben mußten, daß es im übrigen beim Kriegführen stets so sei, daß eine der kriegführenden Parteien den kürzeren ziehen muß.

Für den Verlauf der Sitzung gebe ich im nachfolgenden vollinhaltlich das Protokoll wieder, welches nach derselben im Ministerium des Äußern verfaßt wurde.

Abschrift des Protokolls der Ministerratssitzung in Budapest am 5. März 1911.

„Der Vorsitzende*) eröffnet die Konferenz, indem er einleitend bemerkt, er habe dieselbe in Entsprechung eines A. h. Auftrages einberufen, laut welchem dem k. u. k. Chef des Generalstabes Gelegenheit zu bieten sei, seine Anschauungen betreffend jener noch über den Rahmen der eben von den Delegationen bewilligten Kreditforderungen hinausgehenden militärischen Maßnahmen darzulegen, welche nach seiner Auffassung für die Wehrfähigkeit der Monarchie notwendig seien.

Er fügt hinzu, daß die heutige Beratung auf A. h. Wunsch auf das strengste geheimzuhalten und nach außen als Besprechung über einzelne mit Wehrreformen in Zusammenhang stehende Fragen zu bezeichnen sei.

Er ladet somit den k. u. k. Chef des Generalstabes ein, das Wort zu ergreifen.

(Ausführungen des Chefs des Generalstabes liegen separat bei, sind im Protokolle wörtlich mit dieser Zusammenstellung gleichlautend.)

[Bezieht sich auf meine bereits dargelegten Ausführungen.]

Der Vorsitzende ersucht nunmehr die beiden Herren Ministerpräsidenten, sich zu den Darlegungen des Herrn Chefs des Generalstabes äußern zu wollen und erteilt dem k. k. Ministerpräsidenten das Wort.

Der k. k. Ministerpräsident**) erklärt, als Nichtfachmann über die Frage der militärischen Notwendigkeit des angesprochenen Kredits kein Urteil abgeben zu können, er muß sich daher darauf beschränken, jene drei Momente anzuführen, welche die Stellungnahme der österreichischen Regierung zu den militärischen Forderungen bestimmt haben. Diese Momente seien die folgenden gewesen:

1. Mitteilung des Ministers des Äußern über die äußere Lage.

---

*) Ährenthal.

**) Bienerth.

2. Die Äußerung des Kriegsministers über das Ausmaß der unumgänglich notwendigen Rüstungen, welche nicht aufgeschoben werden könnten und

3. das Votum des Finanzministers in Betreff der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates.

Nach reiflicher Erwägung dieser Momente sei man zum Schlusse gekommen, jene Anforderung an die Delegationen zu stellen, welche diese nunmehr bewilligt haben.

Freiherr von Bienerth verweist sodann auf eine ihm vorliegende Zusammenstellung der Beträge, welche für militärische Mehranforderungen durch die Beschlüsse der Delegationen in den Jahren 1910 und 1911 bewilligt, bezw. im Sinne des der Delegation bekanntgegebenen Programmes für den Zeitraum bis 1916 in Aussicht genommen sind; es sind dies 1100 Millionen Kronen, wobei die Erfordernisse der beiden Landwehren nicht in Betracht gezogen sind; letztere werden nach dem für die Ausgestaltung der k. k. Landwehr aufgestellten Programm, auf den entsprechenden Zeitraum verteilt, rund 100 Millionen Kronen betragen, eine Ziffer, die wohl auch für die k. ung. Landwehr in Anspruch genommen werden dürfte.

(Der k. ung. Landesverteidigungs-Minister*) bemerkt hiezu, daß die Anforderung für die k. ung. Landwehr noch höher sein dürfte.)

Man dürfe sich daher keiner Täuschung darüber hingeben, daß es bei aller von den Delegationen bewiesenen Opferwilligkeit die Hauptsorge der beiden Regierungen bilden muß, die Mittel für unsere Kriegsbereitschaft ohne Schaden für unsere Volkswirtschaft aufzubringen.

Ob es möglich sei, einen der vom Chef des Generalstabes angegebenen Auswege zu betreten, wolle er dahingestellt sein lassen.

Der k. ung. Ministerpräsident**) erklärt, er könne sich den Ausführungen des k. k. Ministerpräsidenten nur vollkommen anschließen; es seien Erwägungen politischer und finanzieller Natur gewesen, welche für die Stellungnahme der beiden Regierungen entscheidend gewesen seien.

In politischer Beziehung sei es wohl bekannt, welche Kämpfe die Erhöhung der Militärlasten im letzten Dezennium in Ungarn heraufbeschworen hat und welche Schwierigkeit die Kriegsrüstungen in den Parlamenten aller Staaten hervorrufen.

Man muß jedoch eingestehen, daß die Delegation eine weitgehende Opferwilligkeit an den Tag gelegt hat, indem sie so bedeutende Summen

---

*) Hazai.

**) Khuen.

zur Verfügung gestellt hat. Diese Bereitwilligkeit war darauf zurückzuführen, daß die berufenen Vertretungskörper in ihrem weitaus überwiegenden Teil von der Notwendigkeit dieser Opfer durchdrungen waren, und daß die Regierungen zu erklären in der Lage waren, man habe sich die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung vor Auge gehalten und biete die Garantie, daß in den nächsten fünf Jahren über diesen Rahmen hinaus keine Forderungen werden erhoben werden.

Wollte man nun neuerdings über diesen Rahmen hinausgehen, würde die politische Situation hiedurch vollkommen umgeworfen werden; man würde bemerken, daß die Regierung nicht reell vorgegangen sei und es würden allenthalben ernste Zweifel auftauchen, ob die finanzielle Leistungsfähigkeit für solche Forderungen überhaupt ausreiche; es würden dadurch eine solche politische Unsicherheit und ein so tiefgehendes Mißtrauen in Ungarn erzeugt werden, daß die k. ung. Regierung nicht daran denken könne, eine neue Vereinbarung in dieser Richtung einzugehen. Zudem hat die ungarische Regierung jetzt die Verabschiedung des neuen Wehrgesetzes vor Augen; diese bilde eine Hauptsache und ein so wichtiges Ziel, daß dasselbe um keinen Preis gefährdet werden dürfe; durch zehn Jahre hat der Streit um die Erhöhung des Rekrutenkontingents sozusagen ein ganzes Kapitel der politischen Geschichte Ungarns ausgefüllt, nun seien die Verhältnisse endlich besser geworden, diese dürfe man nicht wieder aufs Spiel setzen. Er wolle nicht in Zweifel ziehen, daß die in Rede stehenden Forderungen vom militärischen Standpunkte berechtigt seien und daß die Zeit vielleicht kommen wird, wo wir an ihre Realisierung schreiten könnten und müßten. Im gegenwärtigen Augenblicke stehen dem aber ganz spezielle Momente politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Natur entgegen. Denn ganz abgesehen von der Durchführung der Wehrreform sei man finanziell an der Grenze der Möglichkeit angelangt und es muß erst eine weitere Stärkung der heimischen Volkswirtschaft abgewartet werden, bis die finanzielle Kraft des Landes neben der noch in Aussicht stehenden Ausgestaltung der Landwehr weitere militärische Lasten ertragen könnte. Im jetzigen Budget findet sich für weitere Auslagen keine Deckung, da die zukünftige Entwicklung desselben schon für die Befriedigung der gegenwärtigen Anforderung ausgenützt sei.

Die Regierung würde demnach des Leichtsinnes geziehen werden können, wenn sie nunmehr die Steuerkraft des Landes in einer Weise anspannen würde, welche die bereits im vorhinein in Anspruch genommene zukünftige Entwicklung der Volkswirtschaft unterbinden würde.

Aber auch die vom Herrn Chef des Generalstabes angeregten Auswege aus der gegenwärtigen Situation seien geeignet, die schwersten

Bedenken einzuflößen, wenn die Kredite für eben erst als unumgänglich notwendig bezeichnete Anschaffungen anderen Zwecken zugewendet würden; es würde sich die Regierung bloß einer berechtigten Kritik und dem Vorwurfe unzureichender Überlegung aussetzen, ohne daß hiemit das Ziel, welches Seiner Exzellenz vorschwebt, voll erreicht würde.

Es sei ganz klar, daß wir die vom Chef des Generalstabes angeführten Forderungen nicht erst in 20 oder 40 Jahren auf Basis der Ansätze des gegenwärtigen Budgets verwirklichen werden; es sei durchaus nicht gesagt, daß wir diese Erfordernisse auf so lange Zeit hinausschieben wollen, doch müßten wir uns für die Gegenwart in den Grenzen der Möglichkeit halten.

Der Vorsitzende stellt nunmehr die Frage, ob noch jemand das Wort zu ergreifen beabsichtigt.

Der Reichskriegsminister*) bemerkt, daß er nicht in der Lage sei, sich an der Diskussion zu beteiligen, daß er nicht als Richter in der eigenen Sache auftreten könne; immerhin muß er mit Befriedigung konstatieren, daß der Herr Chef des Generalstabes im Verlaufe seiner Darlegung selbst zugegeben hat, daß die Schlagfertigkeit unserer Wehrmacht durch die getroffenen Maßnahmen wesentlich erhöht worden sei.

Der k. k. Minister für Landesverteidigung**) bemerkt zu den von dem k. k. Ministerpräsidenten angeführten, auf die Ausgestaltung der k. k. Landwehr bezüglichen Ziffern, daß diese nur als approximative zu betrachten seien.

Der k. ung. Landesverteidigungs-Minister erklärt, daß er sich zu keiner Bemerkung veranlaßt sehe.

Der Vorsitzende hebt hervor, daß er als Minister des Äußern, soweit es von ihm abhängt, selbstverständlich für die Ausgestaltung der Wehrkraft eingetreten sei, daß er sich aber den von beiden Herren Ministerpräsidenten abgegebenen Erklärungen nur vollinhaltlich anschließen könne.

Er teilt vollkommen die Ansicht, daß die neuerliche Anforderung von 260 Millionen Kronen, nachdem die Delegation eben so namhafte Beträge für Rüstungszwecke bewilligt hat, eine schwere innerpolitische Perturbation hervorrufen würde.

Aber auch vom Standpunkte der auswärtigen Politik würde er ein solches Vorgehen für sehr bedenklich halten. Es sei zweifellos, daß durch die von den Delegationen votierten bedeutenden Mittel unsere Stellung in Europa gehoben und unser Ansehen wesentlich erhöht

---

*) Schönaich.

**) Georgi.

worden sei, so daß wir nun mit größter Sicherheit und Festigkeit für die von uns verfolgten friedlichen Ziele eintreten können.

Die Monarchie hegt keine Aspirationen über ihren gegenwärtigen Besitz hinaus, und er fasse die von ihm im Auftrage Seiner Majestät und unter Zustimmung der beiden Ministerpräsidenten geführte äußere Politik dahin auf, daß wir bei etwa eintretenden Verwicklungen nicht sofort aktiv hervorzutreten hätten, sondern die Dinge sich vorerst entwickeln lassen und erst dann eingreifen sollen, wann und wie es die Interessen der Monarchie erheischen.

Unsere Politik weist demnach einen erhaltenden Charakter auf, dem wir auch bei Ergreifung außerordentlicher militärischer Maßnahmen Rechnung tragen müssen.

Wenn wir nunmehr einen neuen Rüstungskredit anfordern würden, würde man uns aggressive Absichten zuschieben, was dem von Seiner Majestät hinsichtlich der Führung der äußeren Politik der Monarchie erhaltenen Auftrag diametral entgegengesetzt wäre. Überdies würden wir durch die rasch aufeinander folgende Einstellung solcher Summen unsere Nachbarn noch zur Steigerung ihrer Rüstungen ermuntern.

Auch möchte ich noch hervorheben, daß aus den lichtvollen Darstellungen des Herrn Chefs des Generalstabes zu entnehmen sei, daß bereits heute eine wesentliche Steigerung unserer Kriegsbereitschaft konstatiert werden konnte, daß aber die Kriegsverwaltung sich darauf beschränkt hat, dasjenige zu beanspruchen, was sie für das Dringendste und Notwendigste gehalten hat. Übrigens steht es der Heeresverwaltung frei, dort, wo dies erforderlich erschiene, ein Virement eintreten zu lassen.

Zum Schlusse will er dem Chef des Generalstabes im Namen aller Anwesenden den Dank für seine so eingehenden und interessanten Darlegungen aussprechen. Die Teilnehmer an der heutigen Beratung seien überzeugt, daß Seine Exzellenz es für seine Pflicht gehalten hat, die maßgebenden Faktoren auf jene Erfordernisse aufmerksam zu machen, welche nach seinem Dafürhalten unumgänglich notwendig sind, doch wären den Regierungen, wie erwähnt, durch die finanzielle Leistungsfähigkeit unüberschreitbare Grenzen gezogen.

Der k. u. k. Chef des Generalstabes betont noch, daß der Unterschied seiner Stellung gegenüber jener der maßgebenden Faktoren darin bestehe, daß ihn die volle Verantwortung bei Ausbruch eines Krieges treffe, während jetzt die Forderungen des Friedens im Vordergrund stehen. Seine Forderungen besäßen nicht die gleiche Aktualität, wodurch er sich in der Nachhand befände. Trotzdem sei es seine Pflicht,

sich stets die Eventualität des Krieges vor Augen zu halten und alles geltend zu machen, was für diesen in Betracht käme.

Der Vorsitzende erklärt nunmehr die Sitzung für geschlossen.

Ährenthal m. p.“

Der Hinweis auf die Argumente, die eine Ablehnung meiner Mehrforderung begründen sollten, wurde seitens Graf Ährenthal nicht ohne die Geste gereifter Überlegung vorgebracht, wobei er sich durch Wendungen nach rechts und links die kopfnickende Zustimmung der beiden Ministerpräsidenten einholte.

Ich überlasse es dem Leser — jetzt, nach den Erfahrungen des Weltkrieges — zu beurteilen, ob meine Mehrforderung von 260 Millionen Kronen tatsächlich übertrieben und meine Verwahrung gegen eine Budgetierung ungerechtfertigt war, die dringende Beschaffungen (Geschütze, Gewehre, Munition, Befestigungen) teils überhaupt versagte, teils auf viele Jahre hinauszog und es mit sich brachte, daß die Armee mit unzulänglicher Bewaffnung in den Weltkrieg trat.

Auch möge sich der Leser fragen, ob diese Folgen nicht schwerer wogen, als die vom Grafen Ährenthal befürchteten „schweren innerpolitischen Perturbationen“; ebenso auch, ob die von mir geforderte, im Vergleich zu den Aufwendungen unserer Feinde geringfügige Summe seine Behauptung rechtfertigte, „daß dies auch vom Standpunkt der äußeren Politik ein sehr bedenkliches Vorgehen wäre,“ daß man uns deshalb „aggressive Absichten zuschieben würde“ und wir die „Nachbarn zur Steigerung ihrer Rüstungen ermuntern würden!“

Nun — die Nachbarn haben sich danach sehr wenig gerichtet, sondern sind zielbewußt und großzügig ihren eigenen Weg gegangen.

Aber auch auf die Politik des Grafen Ährenthal werfen seine im Protokoll gegebenen Ausführungen ein grelles Licht. Er meinte die Politik darauf basieren zu können, daß wir bei etwa eintretenden Verwicklungen nicht sofort aktiv hervorzutreten hätten.

Ganz abgesehen davon, daß auch bei etwa späterem Hervortreten sich Versäumtes nicht mehr nachholen ließ, fragte es sich doch, wie die Lage wäre, wenn diese Verwicklungen uns direkt zum Ziele hätten, die Gegner uns daher nicht die Zeit lassen würden, „die Dinge sich vorerst entwickeln zu lassen“.

Was dann?

Oder glaubte Graf Ährenthal, daß diese Gegner etwa warten würden, bis ihm der Augenblick gelegen schiene?

Auch der „bloß erhaltende Charakter" der Politik verlangte, daß man jenen Gegnern gewachsen sei, deren Ziel eben die Zerstörung Österreich-Ungarns war.

Über diese Gegner konnte man wohl nicht im Zweifel sein! Oder sah man es nicht?

Die kurzen Hinweise kennzeichnen die klaffende Differenz zwischen meinen Anschauungen und jenen des Grafen Ährenthal hinsichtlich der Situation der Monarchie, eine Differenz, die schließlich zum Bruche führen mußte.

Wie der Bruch sich vollzog, ergibt sich aus der späteren Darstellung der Vorgänge im Jahre 1911.

Erzherzog Franz Ferdinand hatte die Gepflogenheit, Männer, zu denen er Vertrauen hatte und deren geistige Qualitäten er schätzte, an sich heranzuziehen und sie mit wichtigen Verwendungen zu betrauen.

Dies betraf auch Graf Ottokar Czernin, der dieses Vertrauen in besonderem Maße genoß.

Der Erzherzog, bemüht, die Wehrfrage mit allen Kräften zu fördern, hatte Graf Czernin — wie mir dieser auch in einem Schreiben vom 27. Feber 1911 aus Lapad bei Ragusa mitteilte — beauftragt, aus den verschiedenen fachmännischen Gutachten ein Ganzes zu formen, die militärischen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen zu vereinen. Hiezu hatte ich ihm auf Weisung des Erzherzogs auch meine diesbezügliche Denkschrift zur Verfügung zu stellen. Ich bat Graf Czernin in einem Briefe vom 28. März 1911, die Denkschrift persönlich zu übernehmen, und sagte zu, sein Elaborat durch verläßliche Kräfte kopieren zu lassen.

So faßte ich wieder Hoffnung auf eine gedeihliche Wendung in der so dringenden Wehrfrage, als dieser eine neue Gefahr erstand.

Die Vorgänge im österreichischen Parlament, durch welche die Ausgleichsversuche zwischen Deutschen und Tschechen gescheitert und die Gegensätze nur verschärft wurden, rückten die Auflösung des Hauses nahe und damit eine weitere Verschleppung der Wehrfrage. In dieser Sorge richtete ich folgendes Schreiben an Exzellenz Bolfras.

„Wien, 30. März 1911.

Euer Exzellenz!

Ich bitte E. E., mir die nachfolgenden Ausführungen zu gestatten:

Ich menge mich prinzipiell nicht in innerpolitische Fragen. Wenn aber die seit Jahren stagnierende Heeresentwicklung derart in Frage

gestellt erscheint, wie durch die jüngsten Vorgänge im Parlament, so fühle ich geradezu die Pflicht, meine Orientierung über die Lage zur Kenntnis der maßgebenden Stellen zu bringen.

Diese Orientierung geht nach Rücksprache mit sehr einsichtsvollen Politikern dahin, daß es ein Unglück wäre, das jetzige Haus aufzulösen, sondern daß es darauf ankommt, mit dem jetzigen Haus die vitalsten militärischen Fragen: als Rekrutenkontingent, resp. Wehrgesetz, dann Budget, resp. Budgetprovisorium, zu lösen, sei es mit einer teilweisen Rekonstruktion des Kabinetts oder mit dem § 14.

Die Auflösung des Hauses hätte zur Folge:

1. Daß sie ein Triumph der obstruierenden radikalen Parteien und eine Niederlage der bereitwilligen, bürgerlichen, loyalen Parteien wäre;

2. daß durch Neuwahlen Elemente ins Haus kämen, die viel radikaler sind und die von Haus aus den Kampf gegen die Heeresauslagen auf ihr Programm nehmen würden;

3. daß unsere dringenden Forderungen, insbesondere Wehrgesetz mit Rekrutenkontingent, ins Unabsehbare verzögert erschienen;

4. daß die dermalen endlich in Ungarn bestehende günstige Disposition nicht ausgenützt würde.

Ich wäre E. E. unendlich dankbar, wenn E. E. diese meine schweren, von der unablässigen Sorge nach endlicher Konsolidierung unserer desolaten Heeresverhältnisse diktierten Bedenken zur Allerhöchsten Kenntnis bringen wollten.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner besonderen Hochverehrung, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz

gehorsamster

Conrad, G. d. I."

Ich erhielt hierauf folgende Antwort:

„Wien, 31. März 1911.

Hochgeehrter Freund!

Dein gestriges inhaltsreiches Schreiben kam mir nachmittags nach 3 Uhr zu.

Obschon ich wußte, daß die große Frage bereits entschieden und das Auflösungspatent schon mittags dem Ministerpräsidenten zur Veranlassung der heutigen Publizierung zugekommen war, unterbreitete ich per Portefeuille (nach Schönbrunn) doch noch Seiner Majestät Dein Schreiben. Es konnte keinen unmittelbaren Effekt mehr haben, wohl aber die Überzeugung bestärken, daß man je eher wieder ein

Abgeordnetenhaus zur Verfügung haben müsse, dem die Wehrvorlage zukommen könne.

Nach den heutigen Publikationen soll dies im Juni der Fall sein.

Caveant consules!

Ich bedauere doppelt, morgen Deiner lieben Einladung nicht folgen zu können — wir hätten uns in guter Aussprache gefunden.

Verehrend mit herzlichen Grüßen

Dein ergebenster

Bolfras m. p.“

Am 30. März 1911 wurde das Abgeordnetenhaus tatsächlich aufgelöst.

In der großen Sorge, die Wehrvorlage erneuert verzögert und in gefährliche Bahnen geraten zu sehen, hatte ich mich in An- und Vorträgen vom 23. April*) und 5. Mai 1911 abermals an Seine Majestät gewendet und am 7. Mai folgendes Schreiben an Exzellenz Bolfras gerichtet.

„Wien, 7. Mai 1911.

Euer Exzellenz!

Auf Grund des gestern in Korneuburg während der Inspizierung des Eisenbahnregiments erhaltenen Telegrammes habe ich die Angelegenheit, über welche ich Seiner Majestät a. u. mündlich berichten wollte, im schriftlichen Wege vorgebracht und dürfte mein diesbezüglicher a. u. Vortrag bereits in Händen E. E. sein. Bei der großen Wichtigkeit der Frage erlaube ich mir nun E. E. zu bitten, die Sache bei Seiner Majestät besonders zu vertreten.

Ich kann nicht umhin, hervorzuheben, daß mit dem Hingeben auch der personellen Mittel für das Heer die schweren Sünden vermehrt würden, welche an demselben begangen wurden.

Nachdem in der Sprachenfrage, im militärischen Jugendunterricht und in sonstigen Belangen an dem einheitlichen Geist gerüttelt wurde, wurden im Laufe des heurigen Winters hinter meinem Rücken — und daher mit vorbedachter Ausscheidung meiner Person — die von mir wohlüberlegt gestellten finanziellen Mindestforderungen nicht nur auf weit weniger als die Hälfte herabgedrückt, sondern auch auf eine Bindung für fünf Jahre hinaus eingegangen.

Nachdem dies in den Ministerratssitzungen, zu deren keiner ich zugezogen wurde, abgemacht war, erschien es als fait accompli in den Delegationen.

*) Anhang, Anlage 2.

Nunmehr erscheint die weitere Gefahr gekommen, daß bei den Wehrgesetzverhandlungen auch noch hinsichtlich der personellen Mittel durch schrankenlose Nachgiebigkeit hinsichtlich Befreiungen, Einjährig-Freiwilligenrecht, Reduktion der Waffenübungen und dergleichen Verhältnisse geschaffen werden, welche den so schreiend dringlich gewordenen Ausbau des Heeres gänzlich in Frage stellen.

Wenn derart an Geist, finanziellen und personellen Mitteln weiter gesündigt wird, besteht die Gefahr, daß die Monarchie hinsichtlich der militärischen Macht und Schlagfertigkeit von ihren Gegnern weit überholt und Katastrophen zugetrieben wird.

Wenn ich auch die abgeschmackte Weise, mit welcher die cisleithanische Presse den Ministerpräsidenten, der sich doch den finanziellen Forderungen für das Heer so schroff entgegengestellt hatte, trotzdem als Anwalt der Armee feiert, weil er statt des Kriegsministers in der Sprachenfrage im Militärstrafprozeß die deutsche Sprache vertrat, nur albern finden kann, so ist es doch ein Symptom der Lage, daß man in der Publizistik dem Vertreter des Heeres ein Versäumnis hinsichtlich der Sorge für das letztere vorwirft.

Es ist meine Überzeugung, daß hinsichtlich der personellen und hinsichtlich der finanziellen Notwendigkeiten die Interessen der bewaffneten Macht nicht jene energische Vertretung finden, bezw. gefunden haben, wie sie von den militärischen Faktoren zu gewärtigen waren.

Es ist auch meine Überzeugung, daß seitens der nichtmilitärischen Faktoren die dringende Notwendigkeit der raschesten Ausgestaltung des Heeres nicht mit jener staatsmännischen Voraussicht erkannt und in Rücksicht gezogen wurde, wie dies die Lage erheischt.

Es war meine Absicht, Seiner Majestät a. u. in diesem Sinne zu berichten und Seine Majestät a. u. zu bitten, auf die maßgebenden Faktoren nachdrücklichst Einfluß nehmen zu wollen, damit sie noch in elfter Stunde Einkehr halten und der Armee geben, was sie dringend braucht.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner ganz besonderen Hochachtung

Eurer Exzellenz gehorsamster

Conrad, G. d. I."

Die am 9. Mai 1911 erhaltene Antwort auf diesen Brief lautete:

„Gödöllö, 8. Mai 1911.

Hochverehrter Freund!

Mit angelegentlichem Danke bestätige ich den Empfang Deines sehr geschätzten Schreibens vom 7. d. Mts., dessen so ernster Inhalt

den Ausführungen entspricht, die in Deinen a. u. Vorträgen vom 23. April und 5. Mai d. J. niedergelegt sind.

Ersterer kann künftigen Forderungen für Heereszwecke dann richtunggebend sein, wenn bei den maßgebenden beiderseitigen Ministerien sich vermehrte Bereitwilligkeit, Kredite zu bewilligen, Bahn gebrochen haben sollte — —?

Illusionen wird man sich da leider nicht hingeben dürfen.

Der zweite Vortrag kam hieher, als die Wehrvorlage schon die Allerhöchste Stelle passiert hatte. Der Reichskriegsminister hatte Deine Bemerkung zum betreffenden a. u. Vortrage samt seiner Rückäußerung produziert, so daß Seiner Majestät im Gegenstande nichts entzogen war. Trotz alledem wurde gestern Dein Vortrag vom 5. d. Mts. umgehend noch an den Reichskriegsminister geleitet.

Mehr ließ sich wahrlich hier ebensowenig tun, als man „Vergangenes" nicht ungeschehen machen kann.

So sehr ich besorgen muß, daß Dich mein vorstehendes Schreiben nicht befriedigen wird, so sehr hoffe ich, daß Du nicht zweifelst an meiner wahren, fest begründeten Hochschätzung und meinem besten Willen, in meinem Bereiche allem Guten förderlich zu sein. Die Erfahrungen langer Jahre mußten mich da aber recht bescheiden machen und darüber bin ich alt, zu alt geworden.

Verehrend grüßt Dich herzlichst Dein ergebenster

Bolfras, G. d. I."

Zu diesen Sorgen trat noch jene für den Garnisonswechsel. Er war zum großen Teil auf operative Forderungen aufgebaut, die den verschiedenen Kriegsmöglichkeiten Rechnung trugen. Es war mir sehr daran gelegen, daß er unverändert durchgeführt werde. Eine grobe Indiskretion brachte den Antrag noch vor gefällter Entscheidung in die Presse, so daß die Gefahr bestand, ihn nun von vielen Seiten bekämpft zu sehen — aus politischen, lokalen und persönlichen Motiven, die sich erfahrungsgemäß oft in Form unglaublichster Einflüsse geltend machten.

Zu dieser Zeit (Juni 1911) auf der Generalsreise befindlich, hatte ich mich in dieser Angelegenheit an Exzellenz Bolfras und mit folgendem Schreiben an Erzherzog Franz Ferdinand gewendet.

„Malborgeth (Generalsreise), 25. Juni 1911.

Eure Kaiserliche Hoheit!

Ich bitte Eure Kaiserliche Hoheit, es nicht ungnädig aufzunehmen, wenn ich das vorliegende Schreiben Eurer Kaiserlichen Hoheit ehrfurchtsvoll unterbreite, aber die mich unablässig beschäftigende Sorge

für die Schlagbereitschaft der bewaffneten Macht läßt es mir als Pflicht erscheinen, Eurer Kaiserlichen Hoheit machtvolle Einflußnahme in nachstehender Angelegenheit nicht nur rein dienstlich, sondern auch im Wege des vorliegenden Briefes zu erbitten.

Die erste dieser Angelegenheiten betrifft die Ausgestaltung der Wehrmacht auf Grund des seinerzeit von mir vorgelegten Entwurfes, der nur deshalb keine Realisierung findet, weil das Reichskriegsministerium ihn gelegentlich der jüngsten Delegationsverhandlungen nicht vertrat, und zwar trotz meiner wiederholten Vorstellung.

Nunmehr sieht sich das Reichskriegsministerium selber bemüssigt, das Unzulängliche der seinerzeit geforderten Mittel einzugestehen und einen a. u. Vortrag zu erstatten, in welchem es dringende Mehrforderungen stellt.

Ich habe diesem Vortrage eine eingehende Bemerkung zugelegt, welche auch Eurer Kaiserlichen Hoheit zur höchsten Kenntnis gelangen wird; außerdem unterbreite ich aber Eurer Kaiserlichen Hoheit eine kurze Zusammenstellung aller dringlichen Forderungen, wobei für einzelne derselben hervorgehoben erscheint, bis zu welchem endlosen Zeitpunkt gewartet werden müßte, wenn das vom Reichskriegsministerium dermalen eingehaltene Tempo nicht wesentlich beschleunigt würde.

Außer den Mitteln für die materiellen und fortifikatorischen Erfordernisse erscheint es aber auch ganz unerläßlich, reichliche Summen für die Entlohnung jener Unteroffiziere flüssig zu machen, welche einige Jahre freiwillig über die Präsenz dienen und welche noch jung und unverbraucht das wertvollste Material für Frontunteroffiziere bilden, eine Frage, welche nur auf diesem Wege, niemals aber auf jenem des zwangsweisen Weiterdienens zu lösen sein wird.

Die zweite Angelegenheit, wegen welcher ich es wage, mich an die höchste Einflußnahme Eurer Kaiserlichen Hoheit zu wenden, betrifft den Garnisonswechsel, und zwar insbesondere den auf die operativen Forderungen Bezug habenden Teil desselben, also vornehmlich die Truppendislokation im Grenzgebiete gegen Italien.

Durch eine schamlose Publikation unserer ungezügelten Presse ist dieser Garnisonswechsel in die Öffentlichkeit gedrungen, ehe noch dessen Allerhöchste Sanktion erfolgte; es wäre nun von schwerwiegendem Schaden für die Schlagfertigkeitsbereitschaft der Armee, wenn etwa infolge dieser publizistischen Indiskretion eine Aufschiebung oder Unterlassung der beantragten Truppendislokation einträte. Zwar habe ich mich in dieser Angelegenheit heute brieflich an Exzellenz Baron Bolfras gewendet, aber eine gedeihliche Entscheidung dieser vitalen Frage vermag ich doch nur in der höchsten Einflußnahme Eurer Kaiser-

lichen Hoheit zu erblicken, und so erbitte ich mir untertänigst diese höchste Einflußnahme ebensosehr für die Frage des Garnisonswechsels, wie für die erst angeführte hinsichtlich der materiellen Vorsorgen für die Schlagfertigkeit der bewaffneten Macht.

Geruhen Euer Kaiserliche Hoheit endlich, mir es nicht zu verübeln, wenn ich wage, Eurer Kaiserlichen Hoheit meine ehrfurchtsvollsten Glückwünsche zu unterbreiten anläßlich der ganz besonderen Allerhöchsten Auszeichnung, welche Eurer Kaiserlichen Hoheit jüngst zuteil wurde.

Genehmigen Euer Kaiserliche Hoheit den Ausdruck der ehrfurchtsvollsten Ergebenheit, mit der ich verharre als

Euer Kaiserlichen Hoheit treugehorsamster

Conrad."

Am 14. Juni 1911 (mit Stichwahlen am 20. Juni) fanden die Neuwahlen für das österreichische Parlament statt, bei welchen in Wien die christlichsoziale Partei eine Wahlniederlage erlitt. Wie sich das neue Haus zur Wehrfrage stellen würde, blieb abzuwarten.

Obgleich nun dem chronologischen Gang der Ereignisse entsprechend, jetzt jener Vorgänge zu gedenken wäre, die sich in außenpolitischer Hinsicht abspielten (wie die Geschehnisse in Marokko, die Aufstände in Albanien und Arabien, die Zustände in der Türkei, der Krieg zwischen dieser und Italien in Tripolis) und der Rückwirkung derselben auf die Monarchie, möchte ich doch vorerst die rein militärischen Fragen für das Jahr 1911 abschließen.

In diese Zeit fiel der Wechsel des Kriegsministers.

Schon aus den früheren Darstellungen ist erinnerlich, daß zwischen dem bisherigen Kriegsminister Baron Schönaich und dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand ein sehr gespanntes Verhältnis bestand, in das ich oft beruhigend einzugreifen bemüht war.

Die letztgeschilderten Vorgänge in den Delegationen in Budapest und speziell das Verhalten Baron Schönaichs in der Budgetfrage hatten diese Gegensätze verschärft und Seine Kaiserliche Hoheit veranlaßt, auf einen Wechsel im Kriegsministerium hinzuwirken. Auch ich ersah jetzt hierin den einzigen Weg für eine Wendung zum Besseren.

Die aus Blankenberghe vom 9. Juli datierte Antwort des Thronfolgers auf mein Schreiben aus Malborgeth vom 25. Juni enthielt folgende Stellen:

„Aber was nützt alles Bitten, Jammern und Schreiben; bevor... Schönaich ... nicht endlich gegangen wird, so lange gibt es keine Heilung und Ihre und meine Wünsche werden grundsätzlich konterkariert.

Ferner kommandiert ja jetzt ein gewisser Ährenthal die Armee und bestimmt, was zu geschehen hat, und so lange solche Geister ... an der Spitze des Unternehmens stehen, sind wir, lieber Conrad, ausgeschaltet. So lange solche Leute trotz Thronfolger und Chef des Generalstabes das gewichtigste Wort zu reden haben, so lange ist unsere wohlgemeinte patriotische und schwarzgelbe Arbeit ganz problematisch.

Unser wohldurchdachter Garnisonswechsel ist auch über den Haufen geworfen worden; darüber werde ich Ihnen mündlich einiges erzählen.

. . . .

Sehr neugierig bin ich, was der Herbst bringen wird; hoffentlich sehen wir bald einen neuen Kriegsminister, obgleich der noch jetzt leider existierende in seiner ritterlichen Art bereits eine kapitale Hetze gegen meinen Kandidaten losläßt; ... was natürlich an Allerhöchster Stelle entsprechend fruktifiziert wird.

Auffenberg ... ist jetzt der e i n z i g mögliche Kandidat ...

Auffenberg ist mir und Ihnen ergeben und wird ein famoses Gegengewicht bilden gegen diese ganze Clique, die uns aus dem Sattel heben will.

Hoffentlich geht es Ihnen gut und können Sie sich jetzt einen ordentlichen Urlaub gönnen. Machen Sie mir im jugendlichen Übermut keine zu waghalsigen Sachen*) und erhalten Sie sich frisch, fröhlich und gesund für jetzt und die Zukunft.

Mit herzlichsten Grüßen, lieber Conrad, bin ich Ihr stets

aufrichtiger

Erzherzog F r a n z, G. d. K."

Im Sinne dieses Briefes hat nun Erzherzog Franz Ferdinand seinen Einfluß auf einen Wechsel im Kriegsministerium geltend gemacht und die Ernennung des Generals der Infanterie von Auffenberg, damals Kommandant des 15. Korps in Sarajevo, beantragt.

Diese Wahl stieß jedoch auf starren Widerstand des Kaisers.

Seine Majestät brachte sie gelegentlich einer meiner Audienzen zur Sprache und verlangte meine Meinung zu hören.

Ich habe Seiner Majestät gegenüber die Wahl Auffenbergs warm vertreten und mir gestattet, verschiedene Einwürfe durch Entgegenhalt meiner Ansicht zu entkräften.

---

*) Der Erzherzog wußte, daß ich nach Tirol gehe, wo ich stets einige Hochtouren zu machen pflegte.

Ich habe auf die geistigen Fähigkeiten und militärischen Kenntnisse Auffenbergs, auf seine schon in jungen Jahren im bosnischen Feldzug und später in den verschiedensten Verwendungen gesammelten Erfahrungen, dann darauf hingewiesen, daß er dabei auch Einblick in die ungarischen, kroatischen und die bosnischen Verhältnisse gewonnen habe. Seine initiative Charakteranlage dürfte dafür bürgen, daß die von mir gestellten Forderungen nunmehr auch seitens der Ministerialinstanz eine tatkräftigere Unterstützung finden würden als bisher.

Seine Majestät sagte hierauf: „Also meinen Sie, daß man ihn zum Kriegsminister machen soll?," was ich mit „Ja" beantwortete. Der Kaiser erwiderte: „Nun, wenn S i e es sagen, werde ich sehen."

Im Herbst 1911 erfolgte die Ernennung Auffenbergs zum Kriegsminister, der mit den Impulsen einer frischen Kraft sein schwieriges Amt antrat.

Baron Schönaich wurde von Seiner Majestät unter den größten Ehrungen und Auszeichnungen in Disponibilität versetzt. Ein Teil der Presse, bei dem er in hoher Gunst stand, widmete ihm die wärmsten Nachrufe.

Als schwerste Bürde übernahm der neue Kriegsminister die Wehrvorlage und damit auch die komplizierten Verhältnisse in Ungarn.

Wenn ich in allem Vorangehenden auf die großen Widerstände hingewiesen habe, welche die Wehrfrage speziell in Ungarn fand, so muß ich doch auch hervorheben, daß es in Ungarn nicht an maßgebenden Politikern fehlte, die von großen Gesichtspunkten aus den ganzen Ernst dieser Frage erfaßten und bemüht waren, sie zu einem gedeihlichen Abschluß zu bringen.

Es war besonders der königl. ung. Staatssekretär Franz von Bolgár, der seine reichen Erfahrungen und seine eingehenden militärischen Kenntnisse in den Dienst der Sache stellte. Er hatte die Freundlichkeit, mich am 11. Oktober 1911 aufzusuchen, wobei sich folgendes Gespräch entwickelte:

Zunächst erwähnte Herr von Bolgár, daß er seine folgenden Anschauungen schon im Jahre 1909 dem Kriegsminister Schönaich dargelegt habe. Ich erwiderte, daß er mir mit Bezug auf das Wehrgesetz einen großen Dienst erwiesen hätte, wenn er mich schon vor zwei Jahren über die Ansichten in Ungarn unterrichtet hätte. Bolgár meinte, er habe Kenntnis der zwischen mir und dem Kriegsminister bestehenden Kontroversen gehabt und konnte nicht in beiden Lagern verkehren.

Er sagte dann, daß in Ungarn eine große Strömung gegen die zweijährige Dienstzeit sei. Man würde in Ungarn bei Beibehalt der dreijährigen Dienstzeit einer Erhöhung des Rekrutenkontingentes auf

130.000 Mann zustimmen, aber noch mehr als das, man würde die Ausmerzung der auf Grund der Auslosung sich bildenden Ersatzreservisten akzeptieren, das sind zirka 10.000 Mann, wodurch man in zehn Jahren 100.000 Mann bekäme. Dabei wäre in Aussicht zu nehmen, daß man von diesen Leuten manche, die den Anforderungen entsprochen haben, schon nach zweijähriger Dienstzeit entläßt. Er glaube, daß man dies in Ungarn durchsetzen könne, weil man die mit Einführung der zweijährigen Dienstzeit verbundenen Auslagen ersparen würde.

Ich erwiderte ihm, daß dem nicht ganz so sei, da auch bei Beibehalt der dreijährigen Dienstzeit sich Notwendigkeiten ergeben, deren Kosten jetzt für die zweijährige Dienstzeit eingestellt sind, z. B. für Ausbildungszwecke, für Unteroffiziere etc.

Bolgár war darüber etwas erstaunt und äußerte, daß nach der Berechnung Schönaichs bei Beibehalt der dreijährigen Dienstzeit die Heeresreform im Ordinarium um 15, im Extraordinarium um 30 Millionen billiger käme, als bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Er fügte bei, daß er gekommen sei, um sich bei mir zu erkundigen und nichts unternehmen wolle, was meine Pläne störe.

Ich sagte hierauf: „Wir wollen mehr Rekruten, weil wir Leute brauchen, und wir wollen Geld haben, um die Notwendigkeiten zu beschaffen; was sich in diesem Rahmen bewegt, findet meine Zustimmung."

Bolgár erwähnte nun, daß der neue Wehrgesetzentwurf viele Mängel habe. Ich replizierte:

„Gewiß! Bevor Sie fortsetzen, werde ich Ihnen selbst solche sagen, z. B. die Unteroffiziersfrage."

Bolgár: „Jawohl!"

Ich: „Das Einjährig-Freiwilligenrecht nach sechs Mittelschulklassen."

Bolgár: „Jawohl, ganz richtig, wir in Ungarn verlangen keine weitere Begünstigung."

Ich: „Sie sehen, daß ich die Mängel kenne und mit Ihnen auf demselben Standpunkte stehe; leider bin ich nicht durchgedrungen. Mir wäre der Beibehalt der dreijährigen Dienstzeit viel sympathischer, aber nur bei Erhöhung des Rekrutenkontingentes und Gewährung des erforderlichen Geldes."

Am 17. November 1911 erhielt ich von Herrn von Bolgár nachstehendes Schreiben, das eine zutreffende Charakteristik der damals in Ungarn bestehenden Verhältnisse bietet, weshalb ich es hier wiedergebe.

„Budapest, 16. November 1911.

Euer Exzellenz!

Gestatten mir E. E., daß ich mit ihrer freundlichen Erlaubnis mit einigen Worten an unser kürzliches Gespräch anknüpfe. Es ist mir nämlich sehr daran gelegen, Sie mit der Situation, welche sich um die Wehrvorlage neuestens gebildet hat, vertraut zu machen.

Wie E. E. bekannt, ist in den letzten Tagen zwischen unseren politischen Parteien ein längstens bis Ende des Jahres dauernder Waffenstillstand zustande gekommen, und man begegnet vielfach der Auffassung, daß dieser Waffenstillstand die Aussichten für die Bergung der Vorlage wesentlich gefördert habe. Das ist ein Irrtum. Es bleibt alles wie es war, der einzige Unterschied gegen früher ist nur der, daß eventuelle Friedensverhandlungen unter glatteren Formen entriert werden können.

Die Opposition hält auch weiter fest an ihrer Auffassung, daß die Lasten, welche die Vorlage bringt, reduziert werden sollen, weiter, daß der restliche Teil des Neuner-Programmes zu effektuieren sei, und endlich, daß einzelne Bestimmungen der Wehrvorlage zu modifizieren wären.

Zu diesem kommt noch, daß der radikale Flügel der Opposition, welcher die Obstruktion führt, das Schicksal der Wehrvorlage mit der Lösung der Frage des allgemeinen Wahlrechtes verquickt und vor der prinzipiellen Lösung dieser Frage von der Obstruktion nicht lassen will. Es müßte also, selbst wenn eine entsprechende militärische Formel zu finden wäre, auch die Formel für das Wahlrecht gefunden werden, was übrigens mehr eine innere Angelegenheit ist und trotz scheinbarer großer Schwierigkeiten, wenn die Regierungspolitik als ihre erste und Hauptaufgabe die endliche Regelung der Heeresreform betrachtet, in Ordnung gebracht werden kann.

Dieser Sachlage gegenüber möchte ich meine Ansicht aussprechen.

Es hat sich erwiesen, daß beim Einbringen der militärischen Vorlagen die Situation im Parlamente nicht entsprechend vorbereitet war. Die Regierung hatte eine unrichtige Taktik gewählt. An diesem ist aber jetzt nichts mehr zu ändern und will man die Wehrvorlage sichern, so muß mit der neuentstandenen Situation gerechnet werden, die übrigens insoweit von jener der früheren Jahre abweicht. als die Opposition bei dieser Gelegenheit die „Sprachenfrage" nicht ins Spiel brachte und auch zugibt, daß der Ausbau der Wehrmacht notwendig sei.

Es kommt nun darauf an, darüber klar zu werden, ob auf Basis der vorher erwähnten drei Forderungen der Opposition ein Kompromiß möglich wäre. Die wichtigste Forderung ist die Reduktion der Lasten

Ich meinerseits vermag, wenn an der jetzigen Form der Vorlage festgehalten wird, die Art der Reduktion nicht zu finden. Es ist alles schon so billig, daß man billiger nicht rechnen, sondern nur teurer werden kann. Ich könnte, wie ich schon die Ehre hatte mündlich auszuführen, nur für das Festhalten an der dreijährigen Präsenz eintreten. Nach den Ausführungen Baron Schönaichs in der letzten Delegation ergäbe dies im Ordinarium 15, im Extraordinarium 30 Millionen Ersparnis, während sich die Zahl der Rekruten um 29.500 reduzieren würde. Dies könnte den Ausgangspunkt der Erwägungen bilden, bei welchen übrigens auch die Erfordernisse der Landwehr den Gegenstand einer Betrachtung bilden könnten. Vor meinem Auge schwebt das frühere deutsche System der „Dispositionsurlauber", welches bis zur Schaffung des Gesetzes vom 3. August 1893 bestand und von welchem sich die Deutschen auch nur notgedrungen getrennt haben. Wir sind übrigens mit der Sache auch nicht unbekannt, denn auch von den 130.000 Rekruten der dreijährigen Präsenz sind ja 6000 Mann für Beurlaubungen nach zwei Jahren bestimmt. Im Jahre 1902 wurde gleichfalls von ihr gesprochen. Aber auch von den eben erwähnten, eventuell nicht zur Einstellung kommenden 29.500 Leuten könnte ja ein Teil unter der Bedingung zu dem Kontingent von 130.000 Mann geschlagen werden, daß eine ebenso große Anzahl von Leuten, ähnlich wie die 6000, nach zwei Jahren zur Beurlaubung kommt; die Anzahl könnte danach bemessen werden, wie viele Leute die jetzige Ausbildungsverfassung der Armee, ohne zu den kostspieligen Hilfsmitteln der zweijährigen Dienstzeit greifen zu müssen, noch aufzunehmen vermag.

Man kann das, wenn man mit dem volkstümlichen Schlagworte der zweijährigen Dienstzeit rechnen will, ganz mit Recht auch eine andere Form der verkürzten Dienstzeit nennen, besonders wenn man dieser tatsächlich zustrebt und sie nur, besonders durch die Schaffung eines starken Körpers von Berufsunteroffizieren, besser vorbereiten will. Der ganze Unterschied wäre eigentlich nur der, daß man mehr Leute für drei Jahre zurückhält, als in der Wehrvorlage geplant ist. Auf die Bevölkerung aber könnte durch eine geschickt geführte Preßkampagne unschwer eingewirkt werden.

Wollen E. E. mich nicht mißverstehen: es liegt mir ebenso wie Ihnen am Herzen, eine möglichst vollkommene Armee zu besitzen; unter den heutigen äußeren und inneren politischen Verhältnissen würde ich mich aber zufrieden geben, wenn ich einstweilen jene Vermehrung an Rekruten erhielte, die wir unbedingt notwendig haben. Alles andere stelle ich in die zweite Reihe. Das käme später auf der Basis einer wohlkonzipierten, umsichtigen, weitblickenden Militärpolitik,

die uns leider stets gefehlt hat, was, wie ich während eines 25-jährigen politischen Wirkens beobachten konnte, einzig und allein die Schuld daran trägt, daß wir seit Jahren vor der Mauer stehen. Ich denke, daß es einst keinen denkenden Soldaten oder Politiker gibt, der sagen würde, daß mit der Annahme der jetzigen Wehrvorlage alles fix und fertig und für lange Zeit in Ordnung wäre. Wenn dem aber so ist, dann würde ich, geht es nicht anders, mich begnügen, jetzt nur einen, aber sicheren Schritt zu machen, jenen, der mir die notwendigen Mannschaften bringt. Die Verringerung der zu einem Kompromiß notwendigen Lasten, welche Frage zweifellos auch im österreichischen Parlament eine Rolle spielen wird, läge in der Natur der Modifikation und man müßte mit den Kosten überhaupt so weit herabgehen, als es nur möglich ist. Ist der Präsenzstand vermehrt, so muß doch auch für ihn gesorgt werden; die im Extraordinarium figurierenden Kosten können aber meines Dafürhaltens in jenem militärischen Leben, welches die Welt heute lebt, selbst auf ein Jahr voraus nur schwer festgestellt werden.

Exzellenz könnten mich jetzt fragen, ob, wenn der von mir gewiesene Weg richtig wäre und betreten werden würde, das Kompromiß auch gesichert wäre? Natürlich liegt es nicht in meiner Macht, hiefür eine Garantie bieten zu können, ich weiß nur keinen anderen Weg, auf dem zu einer Restringierung der Lasten zu gelangen ist. Ist die Entlastung sonst zu erreichen und hält man an der Vorlage fest, ich werde nichts verderben. Ich denke indessen auf Grund genauer Orientierung, daß die Opposition, wenn die Initiative von der Regierung ausginge, der Basis zustimmen würde. Sie selbst wird aus leicht verständlichen taktischen Gründen die Initiative nicht ergreifen.

Was die zweite Angelegenheit betrifft, welche die Opposition bei einem Kompromiß zu regeln wünscht, der Vollzug des Programmes der Neuner-Kommission, so kommt hier die Frage der Fahnen und Embleme in Betracht. Ich kenne nicht die diesbezüglich hohen Ortes momentan bestehenden Dispositionen und habe mich mit der Sache des Eingehenderen nicht befaßt. Die Regierung hat die Regelung der Angelegenheit in ihr Programm aufgenommen und in Aussicht gestellt.

Was endlich die Modifizierung einzelner Bestimmungen der Wehrvorlage betrifft, so würde man meines Erachtens keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten sich gegenüber befinden.

Und jetzt komme ich kurz auf ein neu aufgetauchtes Moment zu sprechen, dasjenige, welches mich an erster Stelle zu diesen Zeilen ver-

anlaßt. Wie ich schon vorher zu bemerken die Ehre hatte, hat die radikale Opposition die Angelegenheit der Wehrvorlage mit jener des allgemeinen Wahlrechtes verquickt, und ist es insbesondere der Führer dieser Partei, Herr v. Justh, welcher den Satz aufgestellt hat, daß vor allem das Wahlgesetz zu schaffen sei und erst das aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangene, neue Abgeordnetenhaus das Wehrgesetz erledigen möge. Nun hat Herr v. Justh in einer am letzten Sonntag stattgehabten Volksversammlung, die in politischen Kreisen großes Aufsehen erregende Äußerung getan, daß er wohl dabei verbleibe, das Wehrgesetz (also auch die Frage der Dienstzeit) erst nach den Neuwahlen definitiv zu erledigen, bei Sicherung der Wahlreform aber auf ein Provisorium, das heißt darauf eingehe, daß der Armee das unter den heutigen Verhältnissen unbedingt notwendige erhöhte Rekrutenkontingent votiert werde. Näher hat sich Herr v. Justh auf die Sache nicht eingelassen und wird es, wie er mir gestern mitteilte, auch nicht tun, zumal er als Nichtfachmann über das Erfordernis nicht orientiert ist und von mir Orientierung verlangte, die ich für den Fall in Aussicht stellte, wenn die Sache eventuell Aktualität gewinnen sollte. Mich speziell interessiert die Wendung, weil sie sich meinem Standpunkt nähert und auf eine Novelle zum Wehrgesetz abzielt. Jedenfalls hat die Äußerung Herrn v. Jusths eine symptomatische Bedeutung.

Ich bitte E. E., die hier geschilderte momentane Situation nach bestem Ermessen zu würdigen. Ich würde nur wünschen, daß die Folge mich der Schwarzseherei überweise, was ich indessen nicht glaube. Es wird sich das trotz des Waffenstillstandes noch in diesem Jahre zeigen, da es als ziemlich gewiß anzusehen ist, daß während der kurzen Tagung der Delegation Ende Dezember die Opposition die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen wird, vom Kriegsminister Aufklärungen zu verlangen und ihn zur Stellungnahme zu drängen. Es sollte darum keine Zeit verloren werden, in die Angelegenheit Klarheit zu bringen. Allerdings ist es ein höchst mißlicher Umstand, daß das österreichische Parlament zu der Wehrvorlage noch nicht Stellung genommen hat und die dortige Auffassung bezüglich der einheitlich zu lösenden Angelegenheit nicht mit in Kombination gezogen werden kann.

Immerhin glaube ich der guten Sache zu dienen, wenn ich E. E. die Situation, so wie sie bei uns beschaffen ist, ohne Rückhalt vorführe.

Ich benütze die Gelegenheit, E. E. meiner vorzüglichen Hochachtung und aufrichtigsten Ergebenheit zu versichern.

Franz v. Bolgár."

Hierauf antwortete ich:

„18. November 1911.

Euer Exzellenz!

Ich beehre mich, E. E. meinen ganz ergebensten Dank für die interessanten brieflichen Mitteilungen vom 16. d. Mts. zu übersenden und meiner Freude darüber Ausdruck zu geben, wie sehr E. E. bemüht sind, unsere brennenden Wehrfragen einem gedeihlichen Ende zuzuführen.

Der Charakter dieser Fragen fällt jedoch so sehr in das Ressort des Kriegsministers, und ich muß dessen Befugnisse so strenge wahren, daß ich E. E um gefällige Mitteilung bitten muß, ob ich den Brief E. E. an General der Infanterie von Auffenberg übergeben kann.

Ich würde dann mit letzterem über die Vorschläge E. E. Rücksprache pflegen und mir erlauben, darüber brieflich Mitteilung zu machen.

Gestatten mir E. E., daß ich bei diesem Anlasse der aufrichtigen Hochachtung Ausdruck gebe, mit der ich stets bin E. E. ergebenster

Conrad, G. d. I."

Am 24. November erhielt ich hierauf folgendes Schreiben:

„Budapest, 22. November 1911.

Euer Exzellenz!

Den Empfang der freundlichen Zeilen E. E. bestätigend, und für dieselben bestens dankend, beeile ich mich, zu versichern, daß ich mich nur freuen werde, wenn E. E. meinen Brief Seiner Exzellenz dem Kriegsminister zur Kenntnis zu bringen die Güte haben. Als ich letzthin in Wien die Ehre hatte, mit E. E. zu sprechen, habe ich nicht unterlassen, auch Herrn von Auffenberg, mit dem ich noch aus unserer gemeinsamen Dienstzeit in Budapest persönlich bekannt bin, zu besuchen, bei welcher Gelegenheit auch meine Auffassungen über die Verhältnisse zur Sprache kamen.

Mit der Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung und aufrichtigen Ergebenheit

Euer Exzellenz ergebener

Franz von Bolgár."

Faßt man die damalige Lage kurz zusammen, so war das österreichische Parlament vornehmlich durch die Differenzen zwischen Deutschen und Tschechen, das ungarische durch die Wahlrechtsfrage in Anspruch genommen. In beiden Parlamenten fand die Wehrfrage Widerstände auf finanziellem Gebiet. Im ungarischen kamen hiezu noch solche politischer Natur, ausgehend von dem Streben nach einem getrennten ungarischen Heer.

Graf Stefan Tisza war ein scharfer Gegner des demokratischen Wahlrechtes, Justh und Kossuth jedoch forderten dieses und drohten mit der Opposition, solange dasselbe nicht gesichert wäre. Der Ministerpräsident Graf Khuen trachtete eine Lösung der Frage durch Erreichen militärischer Konzessionen für Ungarn zu erzielen, denen jedoch nicht nur die höheren Armeekreise, sondern auch Kaiser und Thronfolger widerstrebten.

In Deutschland war bereits im Feber 1911 die Wehrvorlage mit einer Erhöhung des Friedensstandes um zirka 9000 Mann glatt durchgegangen und alle anderen in Betracht kommenden Staaten arbeiteten emsig und mit reichen Mitteln an der Verstärkung ihrer Wehrmacht.

In der Absicht, die konkreten Kriegsvorbereitungsarbeiten alljährlich mit 1. März derart neu fertiggestellt zu haben, daß von diesem Datum an Mobilisierung und Aufmarsch bereits den geänderten Verhältnissen entsprechend erfolgen können, habe ich dahin gewirkt, daß die bisher für den Winter (Dezember, Jänner) anberaumten Personal-Konferenzen bei Seiner Majestät schon früher stattfanden, damit die Diensteseinteilung der höheren Generale derart rechtzeitig festgestellt werde, um sie bereits in den neuen Mobilisierungs-Elaboraten verwerten zu können.

Es fanden daher diese Konferenzen im Jahre 1911 schon Mitte Oktober statt.

Dabei waren gewisse Differenzen auszugleichen.

Bei Besetzung der höheren Kommandoposten (speziell der Korps-Kommanden) machten sich außer den militärischen Rücksichten auch solche innerpolitischer, sozialer und selbst rein persönlicher Natur geltend. Ich wollte die militärischen vorangestellt sehen.

Als daher in der Konferenz am 17. Oktober 1911 Seine Majestät an die Teilnehmer der Sitzung die Frage richtete, ob jemand etwas zu bemerken habe, meldete ich mich zum Wort und hob hervor, daß die sachlichen Motivierungen den persönlichen voranzugehen hätten und vor allem die Festsetzung der Armee-Kommandanten erfolgen müsse, um diese in die Kriegs-Einteilungsliste aufnehmen zu können.

Da nun einzelne Generale lediglich aus innerpolitischen und persönlichen Motiven noch mit Korpskommanden betraut bleiben sollten, während rangsjüngere zu Armeekommandanten designiert wurden, gelangte ein Ausweg zum Vorschlag, dahin, daß für diese rangsälteren Korpskommandanten eine Inspizierung seitens rangsjüngerer Armee-Kommandanten zu entfallen habe. Dem widersetzte ich mich aus sachlichen Gründen, da ich es notwendig fand, den Armeekommandanten

die Inspizierung a l l e r jener Korps zugänglich zu machen, die in irgend einem der verschiedenen möglichen Kriegsfälle unter ihre Befehle kommen konnten. Ich schlug vor, entweder alle Korpskommandanten, die rangsälter als die Armeekommandanten sind, zu entheben, oder im Verordnungswege zu bestimmen, daß ohne Rücksicht auf Rang die Armeeinspektoren (als präsumtive Armeekommandanten) zur Inspizierung j e d e s Korps bestimmt werden können.

Der Kriegsminister (Auffenberg) schloß sich dieser Auffassung an und meinte nur, daß eine solche Bestimmung im Verordnungswege nicht gut möglich erschiene, worauf ich erwiderte, daß mir die Form einerlei sei, wenn nur das Wesen gewahrt bliebe.

Der Antrag wurde angenommen, auch Exzellenz Potiorek hatte sich ihm angeschlossen.

Ich verlangte nun die sofortige Ernennung des Kommandanten der 5. Armee (es waren bisher nur jene der 1., 2., 3. und 4. Armee*) vorgesehen). Der Kriegsminister erwähnte, daß dies 80.000 Kronen kosten würde, die vorläufig nicht budgetär gedeckt seien. Ich bemerkte hierauf, daß, wenn es für Österreich-Ungarn schon wirklich unmöglich erscheint, diesen Betrag aufzubringen, wenigstens die Designierung des Kommandanten der 5. Armee schon im Frieden erfolgen möge, da ja in den Mobilisierung-Elaboraten jeder Offiziersdiener und Pferdewärter vorgesehen und namhaft gemacht sei, es also sonderbar erschiene, wenn dies für den Kommandanten einer Armee nicht der Fall wäre.

Mein Antrag wurde schließlich angenommen. Es erfolgte die Nominierung der einzelnen Funktionäre.

---

*) Kommandant der 6. Armee war der Landes-Kommandierende in BHD.

Außenpolitische Vorgänge.

Während sich die Monarchie durch die geschilderten inneren Kämpfe vollauf in Anspruch nehmen ließ, trugen sich außerhalb von ihr bedeutsame Ereignisse zu. Sie enthielten bereits die Keime zu späteren großen Verwicklungen und förderten Fragen zutage, deren Lösung nicht ohne empfindliche Rückwirkung auf die außenpolitische Lage Österreich-Ungarns bleiben konnte. Immer mehr bestärkte mich dies in meinem Empfinden, daß die Monarchie die günstigen Momente für ihr Auftreten bereits versäumt habe, für die Wiederkehr solcher nur ein vages Hoffen bestehe, viel drückender aber die Sorge sei, daß Österreich-Ungarns Politik bereits schweren Komplikationen entgegentreibe, die sie vor einen Krieg unter ungünstigsten Bedingungen zu stellen drohten.

Als Ausgangspunkt dieser Komplikationen hatte ich stets den Balkan vor Augen und den Blick daher unentwegt dahin gerichtet.

Die Türkei litt unter schweren Erschütterungen.

Albanien war im Aufstand, in Arabien bereitete sich ein solcher vor. Bei der Rolle, die Albanien in der Folge spielte, wende ich mich den dortigen Verhältnissen etwas eingehender zu; zunächst mit einem flüchtigen Blick auf Land und Leute.

Albanien. Ein meist versumpfter Küstensaum, in dem monatelang die Malaria herrscht und der nur sehr wenige brauchbare Häfen aufweist. Im Ostteil des Landes unwirtliches, kommunikationsarmes, nur von Saum- und Fußpfaden durchquertes, vielfach waldloses, nur gestrüppbedecktes hohes Mittelgebirge, das allmählich zur Ebene abstuft und von ost-west-ziehenden Flußtälern durchsetzt ist. Die Täler, sowie die Bergfüße sind mit südlichen Kulturen bebaut, ebenso auch Teile der Ebene, während der Rest derselben in ausgedehnten Strecken (Musakia) bloß Weideland zeigt. Die Einwohner — von Feldbau, Viehzucht, etwas Handel und Schiffahrt lebend — sind ein autochthones Volk, über dessen Herkunft sich die Gelehrten streiten; einige führen es auf die Pelasger zurück. Die Albanesen sprechen eine von allen anderen Idiomen abweichende Sprache (albanesisch), sind in zahlreiche Stämme geteilt, die

sich bis zur Blutrache untereinander befehden, durchwegs Waffen tragen und in der Regel einig sind, wenn es sich um Auflehnung gegen die Staatsgewalt handelt, falls diese Gesetz und Ordnung erzwingen will.

Der politischen Agitation, soweit sie mit Geld unterstützt wird, leicht zugänglich und dann auch rasch wechselnd in ihrer Stellungnahme, dabei noch ganz in mittelalterlichen Zuständen lebend, sind die Albanesen ein Volk, das einer ebenso verständigen, als starken Hand bedurft hätte, um für ein modernes Staatswesen erzogen zu werden.

Zur Scheidung in die Ghegen, die den Norden, und die Tosken, die den Süden Albaniens bewohnen, und zur Spaltung in die einzelnen Stämme kommt noch jene in drei Religionsbekenntnisse: Mohammedaner, griechische Katholiken, römische Katholiken, über welch letztere speziell Österreich-Ungarn hauptsächlich im Wege der Geistlichkeit eine Art Schutzherrschaft übte. Es wandelte dabei aber Wege, die das Volk eher dem italienischen Einfluß zuführten. So war beispielsweise an den von der Monarchie unterstützten Schulen die Unterrichtssprache nicht albanesisch, sondern italienisch.

Auch die stets „dreibundgemäße" Rücksichtnahme auf das viel skrupelloser vorgehende Italien förderte nicht Österreich-Ungarns Ansehen.

Italien aber war hier ein scharfer Konkurrent der Monarchie, die sich ihm gegenüber vertragsmäßig die Hände gebunden hatte. Es nützte seine in Süditalien ansässigen Untertanen albanesischer Nationalität geschickt zur Propaganda aus und strebte nicht nur politischen Einfluß, sondern auch territorialen Besitz an. Es richtete seine Blicke insbesondere auf den besten Hafen, Valona, von wo der Weg über Monastir nach Salonik und Konstantinopel führt, und von wo aus es die Straße von Otranto maritim zu beherrschen, also die Adria zu sperren vermochte.

Darin lag die eine Bedeutung Albaniens für die Monarchie. Die andere aber gründete sich auf den Antagonismus der Albanesen gegen Serben und Montenegriner, der für Österreich-Ungarn wertvoll auszunützen war, wenn es mit diesen beiden Staaten in militärischen Konflikt geraten sollte.

Auf Albanien hatten aber ebensowohl Serbien als Montenegro aggressive Absichten; Serbien suchte dorthin den Weg zum Meere, Montenegro strebte den Besitz von Skutari und der Bojana-Mündung, überhaupt Nordalbaniens an.

Von diesem Streben geleitet, war es König Nikita von Montenegro, der die Albanesen zu gewinnen suchte und deren Aufstand gegen die Pforte nicht nur anfachte, sondern auch dauernd unterstützte. Es gelang ihm, trotz der von alters her bestehenden Feindschaft zwischen Montenegrinern und Albanesen, die manchen Weidestreit blutig miteinander

ausgetragen hatten, Teile der Albanesen vorübergehend auf seine Seite zu ziehen.

Die Pforte schritt mit militärischer Macht gegen den Aufstand ein, dessen Niederwerfung Schefket Thorgut Pascha auch bis auf die Bergstämme der Malissoren und Mirditen allmählich gelang.

Wie in maßgebenden türkischen Kreisen die Lage in Albanien beurteilt wurde, geht aus folgender Stelle eines am 4. Jänner 1911 erhaltenen, vom 26. Dezember 1910 datierten Berichtes des k. u. k. Militärattachés in Konstantinopel Oberst Pomiankowski über seine Unterredung mit Izzet Pascha, dem türkischen Chef des Generalstabes, hervor; sie lautet:

„Im weiteren Verlauf der Unterredung wies ich*) auf die Bedeutung des Zusammenwirkens zwischen Bulgarien und Montenegro einerseits und den Albanesen andererseits hin. Meine Bemerkung, daß Montenegro mittelst bulgarischer Subsidien die albanesischen Flüchtlinge erhält und dann bewaffnet und ausgerüstet in türkisches Territorium einfallen läßt, schien Izzet Pascha zu überraschen; er fragte lebhaft, ob denn die russischen Gelder hiezu nicht ausreichten. Ich antwortete darauf, daß meines Wissens die russischen Subsidien in diesem Jahre um 300.000 Rubel gekürzt worden sind und übrigens in Cetinje jeder Zuschuß, von wo er auch kommen möge, stets abnehmbereite Hände finde. Die montenegrinisch-albanesische Verständigung sei jedenfalls ein ernstes Symptom, welches von Seite der osmanischen Regierung volle Beachtung verdiene.

Ich*) verhehlte dem Pascha auch nicht, daß ich das kommende Frühjahr bis zu einem gewissen Grad als einen für die Türkei kritischen Zeitmoment ansehe. Infolge der Erbitterung der Albanesen und ihrer gegenwärtigen vollen Unverläßlichkeit im Kriegsfall ist die türkische Armee in Rumelien ganz isoliert und eigentlich in demselben Verhältnis wie in Feindesland. Überdies befindet sie sich mit Rücksicht auf die Reorganisation in einem Übergangsstadium, welches notwendigerweise auch ein gewisses Schwächemoment mit sich bringt. Ein so günstiger Augenblick wird sich den Feinden der Türkei wohl nicht so bald wieder darbieten und deshalb wäre es ganz erklärlich, wenn in Bulgarien, Griechenland und Montenegro Bestrebungen auftreten sollten, diese — vielleicht letzte — günstige Gelegenheit auszunützen. Izzet Pascha schien meine Ansichten vollkommen zu teilen und sagte wörtlich: »Ja, diese unglückliche albanesische Expedition; ich habe fortwährend davor gewarnt und dagegen gesprochen, aber alles nützte nichts. Jetzt müssen wir die Folgen davon tragen; zum Glück scheint man jetzt den Fehler eingesehen zu haben und eine andere Richtung einzuschlagen.«“

---

*) Pomiankowski.

Diese Vorgänge am Balkan, speziell die Verfeindung zwischen den Albanesen und der Türkei, auf welch beide man im Falle kriegerischer Verwicklungen der Monarchie mit Serbien und Montenegro gerechnet hatte, sei es auch nur, daß sie feindliche Kräfte binden, veranlaßten mich zu einem Briefwechsel mit Graf Ährenthal, dessen Inhalt aus folgendem Schreiben hervorgeht.

„Wien, am 11. Mai 1911.

Euer Exzellenz!

In der hierstelligen Zuschrift Res. Gstb. Nr. 1047 von 1911 habe ich um Bekanntgabe der dortseitigen Anschauungen hinsichtlich unseres Verhältnisses zur Türkei, insbesondere mit Rücksicht auf dessen Rückwirkung im Falle eines Konfliktes der Monarchie mit Serbien und Montenegro gebeten und der darauf erfolgten Antwort entnehmen müssen, daß auf eine direkte Unterstützung seitens der Türkei in diesem Falle kaum zu rechnen sei.

Nun wurde aber bisher bei den Kriegsvorbereitungsarbeiten gegen Montenegro eine eventuelle Unterstützung seitens der Albanesen ins Auge gefaßt, auf welche nach dem dermaligen Stand der Dinge gleichfalls nicht mehr gerechnet werden kann, da es dahin gekommen ist, daß die Monarchie in Albanien alle bisher bestandenen Sympathien verloren hat und die Albanesen sogar in Gegnerschaft zur Türkei gekommen sind und in das Lager der Montenegriner getrieben wurden; mindestens gilt dies von den christlichen Stämmen.

Da aber eine solche Situation für die militärischen Vorkehrungen nicht gleichgültig ist, erschiene es mir aus operativen Gründen dringend geboten, die Position der Monarchie in Albanien wieder herzustellen. Hiezu erschiene es mir geraten, daß österreichisch-ungarischerseits auf die Pforte dahin eingewirkt werde, sich mit den Albanesen ehestens auf friedlichem Wege auszugleichen, sowie daß diese Einwirkung derart erfolge, daß es den Albanern bewußt werde, von wem dieselbe ausgegangen ist, damit letztere in der Monarchie wieder ihre Schutzmacht erblicken.

Ich bitte das k. k. Ministerium des Äußern, mich auch über den Stand dieser Frage zu orientieren, umsomehr, als mir schon seit geraumer Zeit Berichte aus Cetinje nicht zugekommen sind.

Genehmigen E. E. etc. . . . .

Conrad."

Am 29. Mai 1911 besuchte mich der türkische Militärattaché Oberst Blaque Bey. Unsere Unterredung geht aus folgendem, meinerseits an Graf Ährenthal gerichteten Schreiben hervor:

„Wien, am 29. Mai 1911.

Euer Exzellenz!

Ich beehre mich, E. E. mitzuteilen, daß heute vormittags der türkische Militärattaché Oberst Blaque Bey bei mir war und mir sagte, daß er von türkischen Konsuln in BHD. Nachricht bekommen habe, daß österreichischerseits Truppen an die montenegrinische Grenze geschoben werden; er käme zu mir, um diesbezüglich nachzufragen und um der Ansicht Ausdruck zu geben, daß die Türkei in diesem Schritt einen großen Freundschaftsakt erblicken würde.

Ich habe sofort das Gefühl gehabt, daß Oberst Blaque Bey die ganze Geschichte von den Truppenverschiebungen nur vorgebracht hat, um hier wissen zu machen, daß die Pforte so etwas sehr gern sehen würde.

Ich beehre mich, dies mitzuteilen für den Fall, als ähnliche Versuche auch beim Ministerium des Äußern gemacht werden sollten, füge aber bei, daß von Truppenverschiebungen, soweit sie von meiner Initiative ausgehen, dermalen keine Rede ist.

Genehmigen E. E. etc. . . . . . Conrad."

Graf Ährenthal antwortete hierauf:

„Wien, am 31. Mai 1911.

Euer Exzellenz!

geschätztes Schreiben vom 29. Mai, in welchem E. E. mir von Ihrer Unterredung mit dem hiesigen türkischen Militärattaché Oberst Blaque Bey Mitteilung machen, habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten.

Ich teile vollkommen die Ansicht E. E., daß Oberst Blaque Bey mit seinen Äußerungen über angebliche Truppenverschiebungen in Bosnien und der Herzegowina in erster Linie den Zweck verfolgte, hier wissen zu lassen, daß derartige militärische Maßnahmen unsererseits in Konstantinopel willkommen wären.

Es entspricht durchaus meiner Beurteilung der Situation an unserer südöstlichen Grenze, daß solche Maßnahmen bisher nicht ergriffen wurden und auch nicht ins Auge gefaßt werden. Solange nicht eine wesentliche Änderung der politischen Verhältnisse eintritt, kann ich keine genügende Veranlassung für derartige Verfügungen erblicken und sie nicht für opportun erachten; ich würde mich daher, falls von türkischer Seite auch mir gegenüber eine solche Maßregel suggeriert werden sollte, ablehnend aussprechen.

Ich wäre sehr verbunden, wenn E. E. die Güte hätten, mich zum Zwecke eines mündlichen Gedankenaustausches im Laufe dieser oder der nächsten Woche aufzusuchen. Die Fixierung des Zeitpunktes könnte wohl am besten im kurzen Wege, eventuell telephonisch, erfolgen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Ährenthal."

Am 8. Juni 1911 erschien im offiziösen „Fremden-Blatt“ ein Artikel, in dem der Türkei nahegelgt wurde, sich mit den Albanesen zu versöhnen.

Indessen war am 8. Juni 1911 der Sultan in Salonik gelandet, hatte sich von dort auf das Kossovo polje (Amselfeld) bei Priština begeben, wo er am 16. Juni einen Selamlik (Truppenschau mit Gottesdienst) über mehrere tausende daselbst versammelte Albanesen abhielt und diesen 50.000 türkische Pfund spendete.

Ein Streiflicht auf die Rolle, die Italien hiebei spielte, gibt folgende Stelle eines Briefes des k. u. k. Militärattachés in Rom, Oberstleutnant Mietzl, in welchem er über eine ihm bekannt gewordene Korrespondenz berichtet. Sie lautet:

„Aus derselben konnte ich entnehmen, daß die Entsendung des italienischen Kreuzers nach Durazzo ganz ohne vorheriges Einvernehmen mit uns verfügt worden war. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß die Consulta hiemit in den Augen der Albanesen schön tun und auch der italienischen Öffentlichkeit mit einem Erfolg aufwarten wollte. Ährenthal war hierüber sehr indigniert und hat dies der italienischen Regierung in nicht mißzuverstehender Weise zu erkennen gegeben, welche ihrerseits die Entsendung des Schiffes mit einem alarmierenden Bericht ihres dortigen Konsuls über angebliche Lebensgefahr italienischer Angehöriger rechtfertigt. Ährenthal blieb jedoch trotz wiederholt gemachter Versuche der Consulta, ihre Vorgangsweise zu entschuldigen, auf dem Standpunkte, daß dieses Faktum eine Verletzung des zwischen Italien und uns bezüglich Albaniens geschlossenen Abkommens sei. Aus dem Umstande, daß der gewisse Leitartikel im »Fremden-Blatt« unmittelbar nach der Entsendung des Kriegsschiffes erschien und aus dem Ton der bezüglichen an Merey*) gerichteten Erlässe ist zu erkennen, daß Ährenthal mit diesem Artikel auch eine Revanche an San Giuliano nehmen wollte. Ährenthal hat letzteres zweifellos erreicht, denn die hiesigen Kreise schoben recht ärgerlich wieder uns einen Erfolg zu und hielten San Giuliano seine Energielosigkeit, seinen Mangel an Initiative und sein Nachhumpeln vor.“

Nebst vielen sonstigen Informationen über Albanien erhielt ich solche auch durch Herrn Franz Baron Nopcsa, einen unerschrockenen, unternehmungslustigen Geologen, der schon seit Jahren Albanien wissenschaftlich durchforschte, die albanesische Sprache beherrschte, zahlreiche Beziehungen, insbesondere bei den Stämmen im Norden des Landes hatte und uns sehr wertvolle Dienste leistete.

---

*) Ö.-u. Botschafter in Rom.

Zur Charakteristik der ganz eigenartigen Verhältnisse gebe ich nachfolgend einen seiner Briefe, (vom 22. Juni 1911) wieder, in dem er über seine Versuche, die Versöhnung der Malissoren herbeizuführen, berichtet:

„Exzellenz!

Mein letzter Bericht war recht optimistisch und dies mit umsomehr Recht, als die Skutariner Lokalregierung von mir eine schriftliche Fixierung meines Programmes verlangt hatte und mich aufforderte, auch mit Thorgut Pascha in Kontakt zu treten.

Ein Besuch bei Thorgut Schefket Pascha brachte aber eine große Enttäuschung, als dieser sich unwiderruflich auf den Standpunkt stellte: »zuerst müssen sich die Malissoren unterwerfen, dann kann man daran gehen, zu besprechen, was für Erleichterungen zu gewähren seien.«

Nach Thorguts Benehmen voriges Jahr hätte natürlich weder ich mich zu so einer Aktion — Treubruch befürchtend — hergegeben, noch war irgend eine Aussicht vorhanden, die Malissoren hiezu zu überreden.

Während ich mit Thorgut redete, waren im türkischen Hauptquartier die Vorbereitungen gemacht worden, das Gebiet von Pulati und Šala anzugreifen, und zwar trotzdem am folgenden Tage die Amnestie proklamiert werden sollte. Angriff und Amnestie-Verkündigung erfolgten gleichzeitig, offenbar, damit ersterer letztere neutralisiere, obzwar schon Ton und Inhalt der Amnestieproklamation — deren in vier Sprachen publizierter Text nicht gleichlautend veröffentlicht wurde — genügend gewesen wären, die Malissoren von ihr abzuwenden.

Durch wen es inszeniert wurde, daß gleichzeitig mit der Amnestieproklamation die täglichen und allnächtlichen Schießereien am Cemufer wieder plötzlich bedeutend stärker wurden, konnte ich positiv nicht erfahren, ich glaube es war der gemeinsame Wunsch Thorgut Paschas und der Rebellen.

Vor einigen Tagen wurden jene Häuser von Nikši, die von den Rebellen wegen Patronenmangels evakuiert werden mußten, sofort von den türkischen Truppen in Brand gesteckt.

Nach Kenntnisnahme von Thorgut Paschas Doppelspiel verließ ich, meine Meinung über sein Benehmen nicht verhehlend, Skutari und ging nach Podgorica.

In Podgorica und Trepši sah ich folgendes:

Vor allem existieren hier mehrere Parteien und zwar vor allem eine von König Nikolaus beeinflußte Partei, deren sichtbare Oberhäupter Sokol Baci und sein Sohn sind und die zum Vernichtungskrieg drängt. »Eher sterben als sich den Türken ergeben,« ist ihre Devise und da Sokol Baci sein Hab und Gut in Montenegro hat, außerdem von Brotlieferungen profitiert, hat er es leicht, seinem Programm treu zu bleiben.

Man kann seine Partei die montenegrinische Regierungspartei nennen, denn dadurch, daß die Rebellen die Waffen und Patronen von der Regierung bekommen, sind sie genötigt, so zu tanzen wie König Nikolaus pfeift. Ein weiteres Moment, wodurch diese Partei ihre Macht erhält, ist die Existenz des »Montenegrinischen Hilfskomitees für die Flüchtlinge, die Nichtkombattanten sind.« Dadurch, daß dieses Hilfskomitee jeden Augenblick in der Lage ist, die Mehllieferungen an die Nichtkombattanten einzustellen, hat es auch deren Verwandte, d. h. die Kombattanten in der Hand und kann sie zwingen, sich nicht zu ergeben; natürlich behält es diesen Einfluß nur so lange, als die türkische Regierung nicht annehmbare Bedingungen stellt und deren Einhalten verspricht.

Die albanesische nationalistische Partei, mit Ismail Kemal und Luigi Gorakuki an der Spitze, repräsentiert die zweite Partei; sie kämpft für die Autonomie Albaniens und ist im Geheimen gegen die montenegrinische Partei, kann jedoch, da sie von letzterer Waffen etc. erhält, nichts machen. Sokol Baci ist offiziell ein hervorragendes Mitglied dieser Partei, ihre Forderungen an die türkische Regierung sind, da sie sich auf ganz Albanien beziehen, zu hoch gespannt.

Um den Schein zu wahren, werden die unregelmäßig ausgeteilten Futterrationen an die Kombattanten von dieser Partei in der Gestalt von Brotlaiben verabreicht, oft sind sie jedoch genötigt, sich mehrere Tage von gekochtem Gras? (Brennesseln) zu nähren. Wenn ein Kombattant zu seinen verwandten Nichtkombattanten nach Podgorica kommt, ißt er vom Mehl der letzteren, da er dann weder vom Hilfskomitee noch von den Nationalisten Nahrung erhält.

Als dritte Partei möchte ich mich hinstellen, da alle Malissoren mich versichern, sie würden mir in allem und jedem folgen, Sokol Bacis Popularität seiner Unterschlagungen halber einerseits, andererseits wegen der Minierarbeit der Nationalisten im rapiden Sinken begriffen ist, und die Nationalisten selbst im Volk keinen persönlichen Einfluß haben.

Das Ziel der türkischen Kriegspartei geht, wie ich in einem Bericht an Seine k. u. k. Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand auseinandergesetzt habe, darauf hinaus, die Katholiken Nordalbaniens vollkommen zu vernichten, um darauf, wie mir Thorgut Schefket Pascha sagte, im ganzen Gebiete bosnische Mohammedaner anzusiedeln, was mir auch von anderen Jungtürken bestätigt wurde.

Die Mittel, die bisher angewendet wurden, habe ich an das »Vaterland« telegraphiert und auch Seiner k. u. k. Hoheit unterbreitet.

Das Ziel der Montenegriner scheint dasselbe zu sein (Rache für 1908—1909); darauf läßt wenigstens die staffelweise, daher ineffektive Waffenzufuhr mit Zwischenräumen von ein bis eineinhalb Monaten, sowie die Lieferung von Waffen mit ungenügendem Munitionsvorrat

schließen. Offiziell erzählt man freilich, Montenegro will das Gebiet bis an den Proni Mati, und viele Malissoren kämpfen, um der türkischen Oberhoheit zu entkommen und unter montenegrinische Oberhoheit zu gelangen.

Ungefähr mit den Zielen, die ich Exzellenz im vorigen Briefe skizzierte, scheinen sich die Ziele jener Partei zu decken, die ich türkische Friedenspartei nennen möchte und hier ihren Vertreter im hiesigen türkischen Gesandten in Cetinje hat, der trotz meiner direkt feindlichen Haltung Thorgut Pascha gegenüber mich erst vorgestern in Podgorica aufsuchte und aufforderte, meine Versöhnungsaktion wieder aufzunehmen. Ich unterbreitete ihm dementsprechend ein mündliches Programm, las ihm ein gleichlautendes schriftliches einige Tage später vor, und er ersuchte um eine Reinschrift, um diese seiner Regierung unterbreiten zu können.

Da die Leute, wie ich mich überzeugen konnte, etwas kampfesmüde sind, so wird das „aus dem Sattel heben" der montenegrinischen Partei, sowie annehmbare Bedingungen vorliegen, Nationalisten und allen zum Trotz leicht sein. Die einzige Gefahr — und diese ist sehr groß — besteht darin, daß mir von der montenegrinischen Regierung verboten wird, mit den Albanesen in Kontakt zu treten, daß man meine Konfidenten einsperrt und mich zu guter Letzt ausweist. Schon heute sehe ich mich genötigt, Baron Giesls*) Intervention anzurufen.

Ein zweiter und effektiver Schachzug gegen Montenegros zum Kampfe zwingenden Einfluß wäre eine ö.-u. Hilfsaktion zu Gunsten der Nichtkombattanten, wodurch alle Albanesen von Montenegros Befehlen unabhängig würden. Freilich sind zirka 12.000 Flüchtlinge zu ernähren (pro Mann 1·2 Kilo Mais täglich, weiter nichts), und zwar für zirka vier bis fünf Wochen, während welcher Zeit die vom hiesigen türkischen Gesandten mit den Rebellenchefs vor einigen Tagen angebahnten Besprechungen zu einem günstigen Ende geführt werden könnten, soferne die türkische Kriegspartei diese Besprechungen zuläßt.

Da in zirka zwei Wochen in Bregmatja mit 13.000 Bewohnern die Malaria stark grassieren wird, in dem von 8000 Seelen bewohnten Gebiet von Pulati und Šala, das von Truppen zerniert ist, Salz und Mehl bereits ausgegangen sind und die Einwohner genötigt sind, ihre Herden zu schlachten, deren Fleischvorrat nach meiner Schätzung auf ebenfalls zwei bis drei Wochen hinreicht, Sokol Bacis Sturz ebenfalls in zirka zwei Wochen oder noch früher zu erwarten ist, worauf Montenegros Wohltätigkeitsaktion gleichfalls aufhören dürfte, läßt sich das Ende der ganzen Sache in zwei bis drei Wochen erwarten, und infolgedessen verlieren alle kleinen Renkontres jede politische Bedeutung.

---

*) Ö.-u. Gesandter in Cetinje.

Die Position der Truppen an der Grenze ist eine solche, daß sie das Durchschlüpfen von Leuten durch den Kordon bei Nacht nicht hindern können; sie halten und haben befestigt Dečič, Helmina, Bukovik, Rapsa, Maja Psters, Kapa Brojs, Vukli, Osonja, Goliš, Gropa Ljesnica. Renkontres zwischen Rebellen und Truppen bestehen meist in einem nächtlichen Beschießen der türkischen Lager, Gefechten um den Besitz des Cemtales (Selce, Tamare) oder Beschießung einzelner Leute bei Tag.

Daß unsere Monarchie hier eine mehr als schmähliche Rolle spielt, die man auch hier gebührend würdigt . . . . . .

Für mich persönlich habe ich schon durch den Entschluß gesorgt, falls ich nicht irgendwo im Cemtale liegen bleibe, aus dem Untertansverhältnis unserer Monarchie auszutreten und fremder Staatsangehöriger zu werden, denn schließlich hat doch jede Sch . . . . . . und auch jede politische Sch . . . . ihre Grenzen. Daß die Monarchie aber tatlos zuschaut, wie zirka 70.000 Leute vom Erdboden verschwinden sollen, die von der Monarchie stets mit schönen Worten großgefüttert wurden, ist etwas arg.

Exzellenz können sich lebhaft denken, in welchem Seelenzustand ich mich befinde, um so einen Entschluß zu fassen, bitte aber es mir — wenigstens im persönlichen Verkehre — nicht zu verübeln.

Mit besonderer Hochachtung und besten Grüßen

Cetinje, 22. Juni 1911." Baron Nopcsa.

Soeben teilt mir Giesl mit, er könne sich für mich bei niemandem in irgendeiner Weise verwenden, da jede Verwendung in meinem Interesse mich zu einem Agenten unserer Regierung stempeln würde, während ich jetzt nur die Rolle eines eigenmächtigen Agitators habe. Das ist auch »Dank«."

Trotz aller Bemühungen wollte es in Albanien zu dauernder Ruhe nicht kommen, ja es drohte sogar ein kriegerischer Konflikt zwischen Montenegro und der Türkei.

In dieser Hinsicht führt ein Bericht vom 23. Juni 1911 des k. u. k. Militärattachés in Konstantinopel folgendes aus:

„Im Falle eines Krieges zwischen der Türkei und Montenegro kann man als sicher annehmen, daß die katholischen und orthodoxen Albanesen versuchen werden, einen allgemeinen Aufstand gegen die Türkei zu inszenieren. Die türkische Regierung rechnet mit dieser Eventualität als mit einer feststehenden Tatsache, mißt derselben jedoch keine große Bedeutung zu, da sie hofft, die Erhebung der christlichen Albanesen durch deren an Zahl bedeutend überlegene mohammedanische Konnationale paralysieren zu können.

Der Kriegsminister sagte mir, daß er im Falle eines Krieges gegen Montenegro in erster Linie mohammedanische Albanesen an die

Grenze schicken werde. Der Marineminister gab zwar zu, daß der kulturell und national fortgeschrittenere Süden — gleichviel ob christlich oder mohammedanisch — den Türken feindlich gesinnt sei, betonte jedoch, daß man die Tosken nicht zu fürchten habe. Dagegen seien die halbwilden Nordalbanesen fanatische Mohammedaner, die sich nie mit Montenegro gegen die Türken verbinden werden. Im allgemeinen behaupten beide Minister, daß die Türkei in einem Auslandskriege wenigstens vorläufig auf die mohammedanischen Albanesen unbedingt zählen könne.

Zu Gunsten dieser Ansicht der türkischen Funktionäre läßt sich allerdings anführen, daß der im April d. J. bei Skutari aufgebotene mohammedanische Landsturm tatsächlich gegen die katholischen Malissoren zu Felde zog und sich auch — bezüglich seiner Ergebenheit gegen die Regierung — bewährt hat.

Weiters ist anzuführen, daß sich die im Vorjahre gezüchtigten mohammedanischen Albanesen im Vilajet Kossowo dem Aufstand der Malissoren nicht angeschlossen haben. Dagegen darf nicht übersehen werden, daß die Führer der türkenfeindlichen, nationalalbanesischen Bewegung — von Ismael Kemal angefangen — durchwegs Mohammedaner sind und der Orden der Bektaschi, welcher rein nationale Propaganda betreibt und sogar im niederen Volk viele Anhänger findet, gleichfalls rein mohammedanisch ist. Daß sich die Albanesen des Kossowo den Malissoren nicht angeschlossen haben, dürfte wohl weniger auf ihre religiösen Gefühle, als darauf zurückzuführen sein, daß sie noch nicht genügend mit Waffen versehen waren. Auch die Erwartung der Sultanreise dürfte auf sie eine retardierende Wirkung gehabt haben. Gegenwärtig sind wieder zahlreiche albanesische Banden in Kossowo aufgetaucht, welche sich durch Überfälle auf Truppen, Gendarmeriepatrouillen und einzelne türkische Offiziere bemerkbar machen und hiedurch alles eher als Treue gegen das „gemeinsame Vaterland" dokumentieren.

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die mohammedanischen Albanesen, zum großen Teil selbst die niedersten Volksschichten, sehr gut wissen, daß ihre Urahnen Christen waren, die nur gezwungen zum Islam übergetreten sind. Eine natürliche Folge dieses Bewußtseins ist, daß die Albanesen, mit Ausnahme der Stadtbevölkerungen, im allgemeinen n i c h t fanatisch sind, wozu auch die Verschiedenheit der albanesischen Sprache und des albanesischen Volkstums von dem herrschenden Türkentum wesentlich beiträgt. Die seit Erteilung der Konstitution außerordentlich tätige nationale Propaganda muß das religiöse Gefühl der Albanesen immer mehr in den Hintergrund drängen. Bei allen gebildeten Albanesen überwiegt demnach schon heute das

nationale Moment bei weitem das religiöse, bei dem niederen Volk ist dieser Prozeß gegenwärtig im Werden begriffen.

Sehr zustatten kommt dagegen der Regierung die Uneinigkeit der albanesischen Stämme untereinander. Doch auch in dieser Beziehung hat die revolutionäre Propaganda Fortschritte aufzuweisen. Denn während im Vorjahre der Süden und Westen ganz ruhig geblieben ist, gelang es dem Revolutionskomitee, schon heuer im größten Teile Albaniens nationalalbanesische Petitionen hervorzurufen, Banden zu organisieren und Unruhen zu stiften.

Angesichts dieser Umstände scheint mir der Optimismus der türkischen Regierung in Bezug auf die mohammedanischen Albanesen einigermaßen gewagt zu sein.

Hiesige Albanesen erklären mir vertraulich, daß ihr Endziel nur die völlige Unabhängigkeit Albaniens von der Türkei sei und sie jede Gelegenheit ergreifen werden, um diesem Ziele näher zu kommen. Wenn man auch diese Auslassungen der albanesischen Hitzköpfe nicht wörtlich nehmen kann, so geht doch aus denselben hervor, daß die Türkei im Kriegsfalle mit Montenegro auf die Treue der mohammedanischen Albanesen schon jetzt nicht mit Sicherheit zählen kann und entsprechend starke Kräfte dazu verwenden muß, um eventuelle Aufstandsversuche zu verhindern, beziehungsweise zu unterdrücken."

Der Bericht führt weiter aus, daß das Ziel des Königs Nikita von Montenegro die Vereinigung seines Landes mit Albanien sei, daß er „durch sein Eingreifen in der Mallisoren-Frage seine Aspirationen enthüllt und gleichsam seine Kandidatur für Albanien vor Europa aufgestellt habe", daß er den Krieg mit der Pforte provozieren wolle und dabei auf die Unterstützung Italiens und Rußlands rechne.

Die Zustände in Albanien waren die e i n e offene Wunde am auch innerlich kranken Körper der Türkei, als z w e i t e kam, ganz abgesehen von dem bloß lokalen Drusen-Aufstand*), der Aufstand in S y r i e n und A r a b i e n hinzu.

Der Antagonismus zwischen den Türken und den sich kulturell höher fühlenden Arabern, die Differenzen auf politischem und religiösem Gebiet, die autonomistischen Tendenzen der Araber, die Idee eines selbständigen Kalifates, aber auch die Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Stammeshäupter ebneten dafür den Boden und waren Momente, die England ausnützte, mit dem Ziel, sich einen gesicherten Landweg von Ägypten nach dem Persischen Golf und Indien zu schaffen.

Die Scheichs I d r i ß und J a h i a eröffneten den Aufstand mit der Belagerung von Sana.

---

*) Drusen ein ca. 100.000 Köpfe zählender Stamm im Libanon.

In seinem, auch schon früher angeführten Bericht vom 26. Dezember 1910 über eine Unterredung mit Izzet Pascha, dem türkischen Chef des Generalstabes, schreibt der k. u. k. Militärattaché in Konstantinopel:

„Auf die Zustände in Asien übergehend, erklärte mir Izzet Pascha, daß der Drusen-Aufstand trotz des hartnäckigen Widerstandes für das Reich keine besondere Bedeutung habe. Die Drusen seien weder Mohammedaner noch Christen, werden von den angrenzenden Volksstämmen gehaßt und genießen auch im Auslande keine besonderen Sympathien. Der Aufstand werde daher über kurz oder lang niedergeschlagen und die Drusen mit Gewalt zur Ruhe und zum Gehorsam gezwungen werden. Anders stehen die Dinge im Ostjordanland, wo sich Araber gegen die Staatsgewalt empört haben. Izzet Pascha ließ deutlich durchblicken, daß man auf der Pforte bei Eintreffen der ersten Nachrichten äußerst besorgt war und zwar nicht allein, weil man die Ausdehnung der Revolte nicht übersehen konnte, sondern hauptsächlich wegen der politischen Bedeutung einer arabischen Empörung und Unterbindung der Kommunikation zu den heiligen Stätten des Islams. Nachdem nun die vom Hauran gesendeten Truppen ohne Widerstand in Kerak eingezogen sind und die darin eingeschlossenen Beamten, Soldaten und Einwohner befreit haben, habe man sich beruhigt und hoffe in kurzer Zeit die Ruhe wiederherzustellen.

Die Lage in Südarabien sei nicht so gefährlich, wie sie von der Presse dargestellt werde. Scheich Idriss und Imam Yahia seien allerdings ganz unverläßlich und bei günstiger Gelegenheit stets bereit, gegen die Regierung zu rebellieren, doch seien die im Yemen und Assyr befindlichen Truppen stark genug, um die beiden niederzuhalten. Eine Expedition sei gegenwärtig nicht notwendig. Auch die Gefahr, daß die genannten Häuptlinge sich gegen die Regierung verbünden könnten, sei kaum vorhanden und zwar weniger wegen der Entfernung der beiden von einander, die kaum 300 km beträgt, sondern vielmehr wegen der Gegensätzlichkeit ihrer religiösen Tendenzen. Während nämlich Imam Yahia einer der vielen Nachkommen des Propheten ist (und sich auf dieser Basis einbildet, das rechtmäßige Oberhaupt aller Gläubigen zu sein), gibt sich Seid Idriss als Mahdi aus und muß deshalb dem ersteren als ketzerischer Sektierer erscheinen. Sollten sich die beiden begegnen, so würden sie sich infolge dieses Gegensatzes eher sofort bekämpfen, als sich gegen irgend jemand zu einigen.

Indem ich hiemit die interessanten Ausführungen des Chefs des ottomanischen Generalstabes wiedergebe, erlaube ich mir hinzuzufügen, daß man in vielen Kreisen Konstantinopels — wie mir von wohlinformierter Seite mitgeteilt wird — den kommenden Ereignissen mit einer gewissen Besorgnis entgegensieht. Die Lage in Syrien und in

Arabien ist durchaus nicht klargestellt; Schwarzseher vermuten in der Revolte im Ostjordanland bereits den Vorboten einer allgemeinen arabischen Erhebung und bezeichnen in einem Atem den Khedive und England als die Anstifter der beduinischen Rebellionen. In Europa ist die Lage der Türkei gewiß schwierig und könnte bei erneuerter Erhebung der Albanesen im Frühjahr wohl geradezu kritisch werden. Trotz dieser Situation erregte es ein gewisses Erstaunen, daß der Kriegsminister in seiner Rede bei Gelegenheit der Diskussion des Kredites von 15 Millionen Piaster zum Ankaufe von Transportschiffen erklärte, diese Schiffe unbedingt bis zum März haben zu müssen, da, wie er wiederholt betonte, »das Vaterland in Gefahr sei«.

Es dürfte wohl im Zusammenhange mit dieser etwas nervösen Stimmung stehen, wenn sich in letzter Zeit ein immer deutlicherer Umschwung besonders der militärischen Kreise zu Gunsten einer engeren Anlehnung an unsere Monarchie bemerkbar macht. Dieser Wechsel tritt in der wohlwollenderen Behandlung unserer Industrie besonders zutage und ist auch mir durch das weniger zurückhaltende Benehmen der militärischen Funktionäre deutlich wahrnehmbar. Mit der wachsenden Entfremdúng zwischen der Türkei einerseits und den Westmächten sowie Italien anderseits sind unser Ansehen und Gewicht am Bosporus entschieden gestiegen und es ist gegenwärtig begründete Aussicht vorhanden, diese günstige Position längere Zeit festhalten zu können."

. . . .

Die Türken, zum militärischen Einschreiten gezwungen, entsetzten zwar am 5. April 1911 das belagerte Sana, wurden aber am 14. Juni 1911 bei Assyr von den Arabern geschlagen.

Der arabische Aufstand blieb eine dauernde Gefahr für die Türkei.

All diese Komplikationen verschlimmerten auch die inneren Zustände, da sie dem schroffen Gegensatz zwischen Jung- und Alttürken stets neue Nahrung gaben. Dazu kam, daß die Armee in gänzlicher, von konservativen Kreisen angefeindeter Reorganisation begriffen war.

Diese schwierige Lage der Türkei nützte nun Italien aus, um seine langgehegten Pläne auf Tripolis, die es sich längst sowohl im Dreibund als bei der Entente zu verbürgen verstand, zur Durchführung zu bringen.

Durch nichts herausgefordert, überfiel es mit einer Skrupellosigkeit, die ihresgleichen sucht, die wehrlose Türkei.

An der Selbstverständlichkeit, mit der die Mächte der Entente dies geschehen ließen, läßt sich die ganze Größe jener Heuchelei ermessen, mit der dieselben Mächte sich in Entrüstung hüllten, als das durch Serbien seit Jahren provozierte und schließlich brutalst herausgeforderte Österreich-Ungarn notgedrungen den Schlag zur Abwehr führte.

Ausbruch des libyschen Krieges (Tripolis).

Die Aktion gegen Tripolis reifte im Sommer 1911. Mit Bezug auf San Giulianos Zurückweichen vor Ährenthal in Angelegenheit der italienischen Schiffsentsendung nach Durazzo schreibt Oberstleutnant Mietzl (ö.-u. Militärattaché in Rom) in seinem Brief vom 21. Juni 1911:

„Diese Episode hat gewiß nicht beigetragen, San Giulianos Nichtpopularität abzuschwächen. Letztere kam übrigens wieder in der Debatte über das äußere Budget zum Ausdruck, in welcher San Giuliano wegen seiner Schwäche in der äußeren Politik, namentlich wegen Tripolis — Foscari wünschte direkt dessen Okkupation — stark angegriffen wurde. San Giulianos Antwort war wie immer auf den ihm eigenen, nüchtern korrekten Ton, der einmal nicht für die Italiener geschaffen ist, gestimmt und machte keinen Eindruck. Besonders geärgert schien man über die Erklärungen über Tripolis. San Giuliano gab zwar zu, daß Italien dort auf eine Art Sonderstellung Anspruch habe, stellte aber alle die übertriebenen und erfundenen Berichte, die die italienische Presse seit Monaten über Tripolis, über die Behandlung der Italiener durch die Türkei und über die Penetration der anderen Staaten in die Welt setzte, um die öffentliche Meinung zu haranguieren, auf die tatsächlichen Verhältnisse richtig, schob die Schuld an mißlungenen italienischen Unternehmungen*) auf Fehler der italienischen Geschäftsleute zurück und empfahl im übrigen der Presse mehr Mäßigung und Wahrheitsliebe, um die türkischen Behörden nicht noch mehr gegen die Italiener einzunehmen."

Ob diese Rede der Überzeugung San Giulianos entsprach oder aber nur dazu dienen sollte, die Absichten Italiens zu verhüllen, mag dahingestellt bleiben.

Es mehrten sich die Anzeichen, daß in Italien militärische Vorbereitungen im Zuge seien, die auf eine auswärtige Aktion schließen ließen, und zwar unter Beiziehung der Flotte mit dem voraussichtlichen Ausgangspunkt in Süditalien (Neapel, Tarent). Ob die Aktion auf Albanien, ob sie auf Tripolis abzielte, war anfangs fraglich.

---

*) Gemeint sind solche wirtschaftlicher Natur.

Ich erhöhte die Aufmerksamkeit nach dieser Richtung und wendete mich mit nachfolgendem Schreiben an Graf Ährenthal:

„Wien, am 24. September 1911.

Euer Exzellenz!

Auf Grund des mir von Seiner Majestät ein für allemal Allerhöchst erteilten Befehles, mich hinsichtlich aller wichtigen politischen Fragen mit E. E. in Kontakt zu erhalten, beehre ich mich an E. E. das vorliegende Schreiben zu richten:

Während die zwischen Deutschland und Frankreich schwebende Marokko-Frage aller Voraussicht nach einer friedlichen Lösung entgegenreift, ist die von Italien aufgegriffene tripolitanische Frage in ein Stadium getreten, welches meiner Ansicht nach nicht nur die höchste Aufmerksamkeit der Monarchie, sondern auch eine für die etwa erforderlichen militärischen Vorkehrungen bestimmende Stellungnahme erheischt.

Es sei mir gestattet, an dieser Stelle meine rein subjektiven Anschauungen auszusprechen.

Ich halte dafür, daß das politisch aufstrebende, national-ökonomisch prosperierende, sich militärisch rührigst entwickelnde und eine große nationale Idee verfolgende Italien daran festhält, die italienischen Gebiete der Monarchie zu erwerben, die Herrschaft in der Adria zu gewinnen, die Machtentfaltung der Monarchie auf dem Balkan zu hindern und an deren Stelle den eigenen Einfluß zu setzen, sowie daß es in Tripolis dieselbe Stellung anstrebt, wie Frankreich etwa in Algier und Tunis.

In kluger Verfolgung dieser großen Ziele sucht es für das jeweilig Anzustrebende die günstigen Momente zu benützen, dabei die anderen scheinbar rückstellend, aber bereit, sie sofort wieder aufzunehmen, wenn die ersteren erreicht sind.

Dem entspricht es ganz, daß Italien, welches jetzt den Moment hinsichtlich Tripolis gekommen sieht, alles aufbietet, um sich unter scheinbarer Rückstellung der übrigen Ziele die Freundschaft, Neutralität oder selbst Unterstützung jener Mächte zu erkaufen, zu welchen es die Verfolgung der anderen Ziele in Gegensatz bringen muß. Dies betrifft vor allem die Monarchie.

Es drängt sich nun für diese die Frage auf, ob diese die auf die sukzessive Erreichung seiner weiten Ziele gerichtete Politik Italiens durchkreuzen will oder nicht, also im vorliegenden Falle, ob sie sich den italienischen Aspirationen in Tripolis feindlich gegenüberstellen, sie dadurch verhindern oder ob sie, sobald Italien in Tripolis verwickelt ist, selbst mit Italien abrechnen will, um Italiens Absichten hinsichtlich der italienischen Gebiete der Monarchie, der Herrschaft in der Adria und der Stellung am Balkan für eine lange Epoche zu vereiteln.

In beiden Fällen erscheint es notwendig, schon jetzt alle jene militärischen Vorkehrungen ins Auge zu fassen und eintreten zu lassen, welche notwendig sind, um Italien gegenüber nicht schon bei Beginn eines Konfliktes in der Hinterhand zu sein.

Ich muß hier ganz besonders hervorheben, daß aller Voraussicht nach kommende Kriege von dem aggressiv auftretenden Partner überfallsweise werden begonnen werden, weil dies einen enormen Vorteil bietet.

Alle militärischen Maßnahmen Italiens (wie Mannschaftseinberufungen, Pferdestellung, Truppenverlegungen, maritime Vorkehrungen, bahntechnische Maßnahmen etc.) müssen daher ganz besonders auch von diesem Standpunkt beurteilt, scharf beobachtet und wenn ihre Ungefährlichkeit für die Monarchie nicht zweifellos feststeht, mit sofortigen Gegenmaßnahmen beantwortet werden. Unterlassungen in dieser Beziehung müßten die schwerste Verantwortung nach sich ziehen.

Ich bitte daher E. E., mich ganz besonders auch in dieser Richtung informiert zu erhalten.

Es sei mir gestattet, an dieser Stelle auch jener hie und da vernehmbaren Anschauung entgegenzutreten, daß eine dauernde Okkupierung von Tripolis wegen der Notwendigkeit, dort Truppen zu belassen, eine dauernde militärische Schwächung Italiens bedeuten würde. Dieser scheinbare Nachteil wird weitaus wettgemacht durch den großen Machtzuwachs, welchen Italien durch eine solche Gebietserweiterung erfahren würde. Die große finanzielle Kräftigung, die Bevölkerungsentwicklung etc. etc., würden in Hinkunft auch Italiens militärische Machtstellung erhöhen.

Es ist dies in ganz analoger Weise der Fall wie bezüglich Bosniens und der Monarchie, oder Algiers und Frankreichs etc. etc.

Wenn ich im vorstehenden jener Lage gedacht habe, welche die Monarchie in kriegerischen Gegensatz zu Italien zu bringen vermöchte, sobald dieses aktiv in die Tripolisfrage eintritt, möchte ich noch der Möglichkeit gedenken, daß die Monarchie das Engagement Italiens in Tripolis dazu benützt, um gleichzeitig auf anderem Gebiete, also am Balkan, jene Ziele zu verfolgen, bei deren Erstrebung sie in Hinkunft gefaßt sein müßte, dem Widerstand Italiens zu begegnen; auch für diesen Fall erschiene es unerläßlich, jetzt schon an die entsprechenden militärischen Vorbereitungen zu gehen.

Ich resumiere daher:

Militärische Vorkehrungen erscheinen notwendig:

wenn die Monarchie mit einem Konflikt mit Italien rechnen muß,
wenn sie mit aktivem Vorgehen am Balkan rechnen will,
endlich

wenn Italien irgendwelche kriegerische Maßnahmen trifft, bei welchen es nicht ganz zweifellos feststeht, daß sie nicht gegen die Monarchie gerichtet sind.

Bei der schwerwiegenden Bedeutung dieser Fragen erbitte ich mir E. E. geneigte Bekanntgabe Ihres Standpunktes und erbitte mir auch die geneigte fortlaufende Verständigung hinsichtlich aller diese vitalen Fragen berührenden Vorkommnisse, um meiner Pflicht hinsichtlich der konkreten Kriegsvorbereitungen nachkommen zu können; insbesondere auch dahin, daß jede militärische Überraschung der Monarchie ausgeschlossen erschiene.

Sollten E. E. Wert darauf legen, meine Anschauung hinsichtlich der beregten Frage kennen zu lernen, so geht diese Anschauung dahin, daß sich die Monarchie dem Schritte Italiens in Tripolis entschieden ablehnend gegenüberstellen, sich die volle Freiheit des Handelns wahren und im Falle der italienischen Aktion in Tripolis entweder gegen Italien aktiv eingreifen oder sich auf einem anderen Gebiete in mindestens gleichwertigem Maße schadlos halten sollte, indem ich in dieser Frage die Monarchie viel vitaler betroffen erachte, als dies hinsichtlich Deutschlands bezüglich Marokkos der Fall war.

Wenn E. E. es im Interesse der Sache zweckdienlich erachten sollten, mit mir persönlich Rücksprache zu pflegen, so bitte ich über mich zu verfügen.

Empfangen E. E. den Ausdruck meiner vollen Ergebenheit

Conrad, G. d. I."

Noch einmal schien das Schicksal Österreich-Ungarn die Chance zu bieten, mit einem seiner klar erkennbaren Gegner (Italien, Serbien) abzurechnen.

Sich durch voraussichtslos eingegangene, überholte Traktate*) und diplomatische Skrupel davon abhalten zu lassen, war Selbstmord.

Im übrigen hat Italien sich in der Folge über ganz andere Verträge hinweggesetzt, auch traf für den vorgedachten die Voraussetzung nicht zu, daß die Türkei im Zusammenbruche sei.

Rußland litt an schweren inneren Kämpfen und war militärisch noch nicht fertig. Seine unter dem Titel von „Probemobilisierungen" durch-

---

*) Die Bindung war im Jahre 1902 ohne jedweden verläßlichen Gegenwert durch Graf Goluchowski eingegangen worden, der die Erklärung abgegeben hatte, daß die Monarchie die Ansprüche Italiens auf Tripolis anerkenne und Italien bei einer diesbezüglichen Aktion freie Hand gebe; allerdings nur für den Fall eines Zusammenbruches der Türkei.

geführten großen Vorbereitungen begannen erst im Jahre 1912. Frankreich kämpfte in Marokko, wo auch Spanien engagiert war. Zwischen Deutschland und Frankreich schwebte die Marokkofrage, die sich in der Folge friedlich löste, was für diesen Zeitpunkt nicht auf kriegerische Dispositionen Frankreichs schließen ließ. Weder Frankreich noch England konnten ein Interesse haben, Italien als Mittelmeermacht und als Konkurrenten um den kleinasiatischen Besitz heranwachsen zu lassen, Englands Heeresreform war erst im Werden. Die Balkanstaaten hatten 1911 mit der militärisch noch ungebrochenen Türkei zu rechnen; der Gegensatz zwischen Bulgarien und Rumänien war nicht ausgetragen; sicher aber war, daß jedes kommende Jahr die Lage Österreich-Ungarns nur wesentlich verschlechtern würde.

Es geschah nichts, man ließ sich von Italien völlig überraschen und ließ es ruhig gewähren.

Italien aber handelte rasch, rücksichtslos und ohne Skrupel.

Am 27. September 1911 richtete es ein schroffes Ultimatum*) an die Türkei, wonach diese innerhalb 24 Stunden zu antworten hatte, ob sie die Besetzung Tripolitaniens und der Cyrenaika zulassen wolle oder nicht. Dem, wie nicht anders erwartet werden konnte, abschlägigen Bescheid folgte am 29. September die Kriegserklärung seitens Italiens und das Expeditionskorps unter General Caneva ging unter Konvoi der Flotte nach Afrika ab.

Am 4. Oktober 1911 wurde Tobruk, am 5. Oktober Tripolis besetzt.

Als einleitende Episode hatten die Italiener eine Festsetzung in Prevesa versucht, stießen aber auf den Widerstand Österreich-Ungarns und der übrigen Mächte, worauf sie davon abließen. San Giuliano erklärte, daß Italien den status quo am Balkan selbst nicht stören wolle.

Darüber berichtete Oberst Pomiankowski unter dem 3. Oktober 1911:

„Graf Ährenthal war über den italienischen Angriff auf Prevesa sehr aufgebracht und hat Sonntag den 1. Oktober mit dem Herzog von Avarna**) diesbezüglich sehr ernst gesprochen. Im Falle einer wirklichen Landung der Italiener bei Prevesa wären wir nicht müßige Zuschauer geblieben***).

---

*) Im Wesen weit schroffer als jenes Österreich-Ungarns an Serbien im Jahre 1914, da es rundweg die Abtretung einer Provinz verlangte.

**) Italienischer Botschafter in Wien.

***) Das darauf hin erfolgende Nachgeben Italiens war einer jener diplomatischen Triumphe, mit denen man das Reichsschiff in sicherer Bahn zu steuern vermeinte. Italien aber ließ sich nicht stören und verfolgte weiter seine positiven Ziele.

Infolge der Ereignisse bei Prevesa sei die Stimmung unter den Großmächten, speziell in England und Frankreich, für Italien wesentlich ungünstiger geworden.

Sir Edward Grey hat sich dem italienischen Botschafter gegenüber diesbezüglich in scharfer Weise ausgesprochen."

Am 11. Oktober 1911 besuchte mich der türkische Militärattaché Oberst Blaque Bey. Er wies darauf hin, daß also der Krieg erklärt sei und fragte, ob ich glaube, daß Italien auch am Kontinent etwas unternehmen werde, und was meiner Ansicht nach die Türkei diesfalls tun solle.

Ich erwiderte, daß ich nicht Minister des Äußern bin und es nicht meine Sache wäre, als Soldat Politik zu treiben. Ich könne nur eine private Ansicht äußern, etwa so, wie wenn wir zusammen im Kaffeehaus sitzen würden und setzte fort:

„Wenn ich ein Türke wäre, würde ich der Türkei raten, falls Italien etwas Feindliches auf dem Kontinent unternimmt, ein Rundschreiben an die Mächte zu richten, worin das Vorgehen Italiens dargelegt wird. Das Rundschreiben dürfte nur wirkliche Daten enthalten, also ob tatsächlich eine Landung erfolgte, ob Italien in Albanien gegen die Türkei agitiert, oder ob Italien in Griechenland etwas unternimmt. Die Türkei müsse den Mächten zu bedenken geben, welch große Gefahr hierin liege, sowie, daß das, was heute der Türkei geschieht, auch anderen geschehen könne."

Dann fügte ich bei, es wäre anzunehmen, daß die italienische Flotte ausgenützt wird, auch in anderen Gebieten (außer Nordafrika) aufzutreten.

Bei dem Gang der Ereignisse kam es mir sehr darauf an, ununterbrochen über die Vorgänge an der Zentralstelle in Italien — also Rom — unterrichtet zu sein, von wo aus alle militärischen Maßnahmen ihren Ausgang hatten. Dies war mir das Wichtigste, das Detail der militärischen Ereignisse in Tripolis trat demgegenüber zurück.

In klug vorbedachter Weise lud jedoch Italien*) die Militärattachés ein, nach Tripolis zu kommen. Es hielt sie dabei aber eigentlich auf einem in See liegenden Kriegsschiff interniert, um ihnen nur dort zeitweise Einblick zu gewähren, wo es Italien paßte. Da auch seitens unseres Auswärtigen Amtes die Zustimmung hiezu gegeben wurde, richtete ich folgendes Schreiben an Exzellenz Baron Bolfras:

„S t e y r, am 14. Oktober 1911.

Euer Exzellenz!

Ich bitte zu verzeihen, daß ich E. E. hinsichtlich der Belassung Mietzls in Rom so sehr belästige, aber ich kann es nicht fassen, daß man ihn g e r a d e j e t z t von dort wegnimmt.

---

*) Nachdem es unsere Bitte, einige Offiziere an der Expedition teilnehmen zu lassen, (trotz des Bundesverhältnisses) abgelehnt hatte.

Die Italiener haben einen famosen Witz gemacht, indem sie alle Attachés nach Tripolis einluden. Sie schaffen sich damit mit einem Schlage alle militärischen Beobachter vom Hals; ich habe nicht Lust, diesem Witz aufzusitzen.

Wenn unser Gesandter in Belgrad bei der Krisis 1909 auf Hochzeitsreise war und jetzt im entscheidenden Moment der Tripolisüberraschung unser Botschafter in Rom auf Urlaub ist, überdies auch jener von Konstantinopel, so ist das nicht meine Sache, aber die Militärattachés betreffen *mich* und meine Verantwortung, und ich möchte doch bitten, meine Stimme zu hören, umsomehr, als man mir ja in allen Fragen des Kundschaftsdienstes nur Hindernisse bereitet, selbst bis zum Urlaubsverbot an Offiziere, wie es vor kurzem der Fall war.

Italien hat seine Flotte mobilisiert, hat 100.000 Mann einberufen, hält zwei weitere Jahrgänge hiezu bereit, arbeitet überhastet an den venetianischen Eisenbahnen, und wir schicken unsere militärischen Organe auf Kriegslustreise!

Ich bitte E. E. um gütige Vertretung meines Standpunktes bei Seiner Majestät.

Genehmigen E. E. den Ausdruck der ganz besonderen Verehrung, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz gehorsamster

Conrad."

Meiner Bitte wurde so weit entsprochen, daß Oberstleutnant Mietzl zwar nach Tripolis abgehen, aber nach kurzem Aufenthalt von dort „unter irgend etwas Plausiblem" nach Rom zurückkehren solle.

Für alle Fälle hatte ich jedoch schon den Generalstabshauptmann Baron Seilern nach Italien entsendet, um hauptsächlich über die militärischen, aber auch über sonstige wissenswerte Vorgänge Berichte zu erhalten. Einer derselben lautete wie folgt:

„*Rom*, 23. Oktober 1911.

Unter dem Eindrucke der Jubiläumsfestlichkeiten wurde die öffentliche Meinung in einer Weise beeinflußt, die allgemein glauben machte, daß die Nation den Krieg wolle und die Regierung — man versichert, daß diese keine gewaltsame Lösung des Konfliktes gewollt hatte — würde zum Nachgeben gezwungen, wollte sie nicht ihr ganzes Prestige verlieren.

Insbesondere Giolitti, der die Lösung sozialer Probleme auf sein Programm geschrieben hatte, war durchaus nicht entzückt von dieser Unterbrechung seines Arbeitsprogrammes und von den ungeheuren Ausgaben, die von der Aktion in Tripolis verschlungen werden.

Der ganze Vorgang zeigte die *terroristische Macht der nationalistischen Partei* mit ihrer imperialistischen Politik

und es ist gar nicht unlogisch, daß diese einmal das dringende Bedürfnis empfindet, ihren Hunger an den »terre irredente« zu stillen.

Es ist vielleicht zu viel gesagt, wenn man dieser Partei eine parlamentarische Majorität zuspricht; im Gegenteil, sie stellt derzeit nur eine Minorität vor, aber eine sehr starke und sehr tatkräftige und sehr gut organisierte Minorität. Und wie ja so oft in der Geschichte, haben wir ja auch diesmal gesehen, wie eine kräftige Minorität durch geschickte Schlagworte das ganze Volk zu einem Entschluß gebracht hat, der ihm im Grunde genommen fern gelegen ist.

Dermaßen ist es ja ganz und gar nicht unmöglich, daß diese Partei eines Tages ihre Bestrebungen mit der vollen Wucht ihres Ungestüms gegen die nordöstliche Grenze wendet, umsomehr, als sie in diesem Falle gewiß die ganze Nation geschlossen hinter sich haben würde . . . .

. . . . Dermalen freilich hält man sich zurück, denn in diesem Augenblicke bedarf man ja mehr denn jemals der Sympathien in Wien."

Am 18. Oktober besetzten die Italiener Homs, am 19. Oktober Derna und Benghasi. Indessen aber war es Neschad Bey und dem energischen Enver Bey gelungen, die geringe Zahl türkischer Truppen mit den arabischen Stämmen zu vereinigen und den Italienern scharfen Widerstand entgegenzusetzen. Insbesondere, wenn sie versuchten, aus der schützenden Sphäre der Schiffsgeschütze gegen das Innere des Landes vorzudringen. In der Zeit vom 23. bis 26. Oktober wurden die Italiener sogar aus ihren Stellungen geworfen.

Über die damalige Auffassung der Lage in Konstantinopel berichtet der k. u. k. Militärattaché wie folgt:

„Präs. 31./10. 1911.
Geh. Nr. 55/1911. Konstantinopel, am 24. Oktober 1911.

Euer Exzellenz!

In der geheimen Kammersitzung vom 18. d. M. hat der Großvezier Said Pascha erklärt, daß die Isoliertheit der Türkei den größten Fehler der äußeren Politik des früheren Kabinetts darstelle. Diesem Fehler sei hauptsächlich die gegenwärtige Bedrängnis des Reiches, sowie der Verlust einer Provinz zuzuschreiben. Said Pascha gab ferner zu verstehen, daß er imstande wäre, eine vorteilhafte Allianz abzuschließen, ohne daß hiedurch die Türkei unter die Vormundschaft der betreffenden Mächte geraten würde. Die Kammer gab hierauf der neuen Regierung mit bedeutender Majorität ein Vertrauensvotum und das Land erwartet nunmehr die Resultate der von Said Pascha eingeleiteten diplomatischen Aktion.

Um nun die hieraus sich ergebende Lage beurteilen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß die Türkei von ihren neuen Alliierten eine entschiedene Einflußnahme zu ihren Gunsten in der Tripolisaffäre, dann eine Garantierung des gegenwärtigen Besitzstandes erwartet und fordert. Bezüglich Tripolis kann es sich nur um das Zugeständnis der Souveränität des Sultans handeln und diesbezüglich könnten sowohl die Mächte der Tripleallianz als auch jene der Tripleentete einen gewissen Einfluß oder Druck auf Italien ausüben, wobei der Verlauf der Ereignisse in Afrika wesentlich in Betracht kommen muß. Von diesem Standpunkte betrachtet, tritt die Tripolisfrage für die neue Orientierung der türkischen Politik in den Hintergrund und erscheint es als wichtiger und entscheidender, welche Mächtegruppe überhaupt in der Lage wäre, der Türkei ihren gegenwärtigen Besitzstand zu verbürgen.

Diesbezüglich ist es nun von allergrößter Bedeutung, daß sich Deutschland in der Marokkoaffäre offenbar als zu schwach erwiesen hat, um gegen die Weltmacht Englands auftreten zu können. Der Deutsche Kaiser, welcher sich vor einigen Jahren in Tanger als der Retter des Scherifenreiches und Freund und Beschützer der islamitischen Welt erklärte, ferners vor einigen Monaten ostentativ ein Kriegsschiff nach Agadir gesendet hat, mußte Marokko an Frankreich ausliefern und sich mit Kompensationen am Kongo abfinden lassen. Jedem Osmanen und Mohammedaner muß es jetzt klar sein, daß Deutschland der englischen Seemacht nicht gewachsen und demnach auch nicht imstande ist, den türkischen Besitz gegen einen eventuellen englischen Handstreich zu schützen. Der angebliche deutsche Schutz, unter dem sich die Osmanen bisher so sicher fühlten, erweist sich jetzt als eine Fiktion, und da Deutschland der Türkei auch keinerlei direkten Schaden verursachen kann, so fällt auch die Grundlage für den bisherigen deutschen Einfluß in Konstantinopel in sich zusammen.

Von den Mächten der Tripleentente kommt hauptsächlich England für ein Bündnis mit der Türkei in Betracht und dies umsomehr, als auch gerade Großbritannien dem Osmanischen Reiche am gefährlichsten werden kann. Besonders gegenwärtig, wo sich Deutschland entschieden inferior gezeigt hat, besteht für England gar kein Grund mehr, die Türkei zu schonen und derselben die Besitzungen am Persischen Golf noch länger zu lassen. Auch der Moment ist jetzt noch günstig; nach einigen Jahren, d. i. mit dem Fortschreiten des Baues der Bagdadbahn und mit der Stärkung der deutschen, ö.-u. und türkischen Flotte, wird sich die Lage entschieden zu Ungunsten Englands verändern. Es frägt sich nun, ob es unter diesen Umständen überhaupt für England vorteilhaft wäre, eine Allianz mit der Türkei abzuschließen und sich darauf die Hände

zu binden, vielmehr scheint das Gegenteil den britischen Interessen zu entsprechen, d. h. den Augenblick auszunützen und einen Vorwand zu suchen, um sich Südmesopotamiens zu bemächtigen. Es erscheint demnach recht zweifelhaft, ob selbst die Überlassung von Kuweit und des Bahnbaues Bagdad—Persischer Golf genügen würde, um die englische Freundschaft für die Türkei zu erkaufen.

Die Sache wird jedoch noch schwieriger, wenn man bedenkt, daß England mit Frankreich und Rußland verbündet ist und diese Staaten ihre Zustimmung zu einer Allianz selbstverständlich auch nur gegen entsprechende Konzessionen geben würden. Rußland würde Respektierung des Vertrages bezüglich der Bahnen im Becken des Schwarzen Meeres, den Balkanbund und die Adriabahn, Frankreich Bahnkonzessionen in Europa und Asien und Kontrolle der Finanzen durch die Ottomanbank verlangen. Daß unter solchen Bedingungen eine Allianz mit den Tripleententemächten doch einer Vormundschaft der Türkei durch dieselben gleichkäme, kann hiemit nicht zweifelhaft erscheinen.

Erweist sich nun ein engeres Verhältnis der Türkei zu England als undurchführbar, so wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als doch wieder zu Deutschland und Österreich-Ungarn zurückzukehren und zu versuchen, das osmanische Staatsschiff mit Hilfe dieser Mächte über Wasser zu halten. Ob sich Deutschland trotz Marokko der Türkei gegenüber verpflichten kann, England im Falle eines Angriffes auf Mesopotamien den Krieg zu erklären, ist höchst zweifelhaft. Dagegen ist es möglich, daß Deutschland und Österreich-Ungarn die Türkei gegen Angriffe von Seite Rußlands, Italiens und der Balkanstaaten sichern und hiemit dem Osmanischen Reiche seinen gesamten Besitz mit Ausnahme Südmesopotamiens garantieren.

Allerdings wäre hiebei die überaus wichtige Finanzfrage in Betracht zu ziehen, von welcher die Möglichkeit einer Allianz mit den Zentralmächten überhaupt abhängt. Daß im Falle des Abschlusses des deutsch-österreichisch-türkischen Bündnisses die französische Geldquelle versiegen würde, kann als sicher angenommen werden; doch wäre es vielleicht nicht unmöglich, daß an Stelle des französischen das nordamerikanische Kapital treten könnte. In diesem Zusammenhang dürften auch die Gerüchte über eine Allianz zwischen der Türkei und der Union aufzufassen sein, da eine Aktion der nordamerikanischen Flotte in den türkischen Gewässern wegen Mangels an Kohlenstationen vorläufig nicht denkbar ist. Wie hieraus zu ersehen, hängt die Möglichkeit einer Allianz der Türkei mit Deutschland und Österreich-Ungarn neben der südmesopotamischen Frage hauptsächlich von der Lösung der Finanzfrage ab, über

welche ich allerdings nicht genügend orientiert bin, um mir ein sicheres Urteil gestatten zu können.

Ob sich nun der Gedanke der Allianz überhaupt als durchführbar erweisen und welche Alternative Said Pascha schließlich wählen wird, läßt sich gegenwärtig noch nicht voraussagen. Vorläufig versichert der Großvezier sowohl unserem als auch dem deutschen Botschafter ausdrücklich, daß er in seiner Rede nur ein Bündnis mit den beiden Kaisermächten gemeint habe. Es ist jedoch nicht zu bezweifeln, daß er gleichzeitig in London, Paris und Petersburg sondieren läßt, um diese Mächte zur Intervention in der Tripolisfrage zu bewegen und über Dispositionen betreffs des Bündnisses orientiert zu werden. Die Haltung der Konstantinopeler Presse scheint jedenfalls auf die Tendenz zu einer Allianz mit der Tripleentente hinzuweisen.

Über die Stellung unserer Monarchie zu der neuen Konstellation werde ich E. E. demnächst speziell Bericht erstatten. Vorläufig scheint es mir aber wichtig, festzustellen, daß unser Einschreiten gegen die italienische Aktion an der albanesischen Küste hierorts vorwiegend als Geltendmachung unserer eigenen Aspirationen auf Albanien angesehen und dementsprechend beurteilt wird. Die Beantwortung der Tripolis-Interpellation im Reichsrat durch Seine Exzellenz Freiherrn von Gautsch hat dazu beigetragen, diese uns ungünstige Auffassung noch zu vertiefen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht

Pomiankowski, Oberst."

Am 30. Oktober hatte ich eine Audienz bei Seiner Majestät. Vor und nach derselben sprach ich mit Exzellenz Baron Bolfras. Er teilte mir mit, daß Ährenthal, der tags vorher beim Kaiser war, den Kopf voll habe mit der Tripolisaffäre und der Balkanfrage, daß auch Deutschland von ersterer völlig überrascht worden und auch seiner Meinung nach Ährenthal zu vertrauensvoll gegenüber Italien sei. Exzellenz Bolfras erwähnte, daß Graf Ährenthal auch physisch sehr gebrochen wäre.

Es mag dies der Vorbote jenes schweren Leidens gewesen sein, dem Graf Ährenthal später zum Opfer fiel, und es wäre denkbar, daß dieser physische Zustand seine politischen Entschließungen beeinflußte.

Deutschland und Österreich-Ungarn hatten zwischen Italien und der Türkei zu vermitteln versucht. Über den Erfolg berichtet der Militärattaché in Konstantinopel in einem am 31. Oktober eingelangten Schreiben:

„Präs. 31./10. 1911.
Geh. Nr. 56/1911.

Konstantinopel, am 26. Oktober 1911.

Euer Exzellenz!

Im Nachhange zu meiner telegraphischen Meldung Res. Nr. 321 vom 24. d. M. berichte ich über die neue Vermittlungsaktion des Grafen Ährenthal folgendes:

Die von Deutschland und von uns unternommene Mediation kann nunmehr als vollkommen gescheitert betrachtet werden. Einerseits ist der Gegensatz zwischen den Standpunkten der italienischen und osmanischen Regierung vorläufig unüberbrückbar; denn Rom will die Annexion von Tripolis pure et simple, während die Pforte entschlossen ist, die Souveränität des Sultans nicht aufzugeben. Überdies unterlassen die Mächte der Tripleentente nichts, um die Türkei im Sinne eines entschiedenen Widerstandes gegen Italien zu beeinflussen und hiedurch die deutschösterreichische Mediation zu vereiteln.

Unter diesen Umständen hat sich Graf Ährenthal entschlossen, einen gemeinsamen Schritt aller Mächte zur Herstellung des Friedens zu inszenieren. Es werden jetzt alle Mächte über ihre Ansicht betreffs einer für die Türkei und Italien annehmbaren Basis für die Friedensverhandlungen sondiert. Auf Grund des so erzielten Einvernehmens soll dann eine gemeinsame Aktion aller Mächte in Rom und Konstantinopel unternommen werden. Auf diese Weise hofft Graf Ährenthal speziell die Mächte der Tripleentente zu zwingen, Farbe zu bekennen und deren geheimen Intriguen die Spitze abzubrechen.

Über die Antworten der verschiedenen Mächte ist hierorts bisher noch nichts bekannt.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht

Pomiankowski, Oberst."

Die schon erwähnten Erfolge der Türken in Tripolis genügten, um einen raschen Stimmungswechsel in der Türkei herbeizuführen. Ihn charakterisiert nachfolgende Stelle eines am 11. November eingelangten Berichtes unseres rührigen Militärattachés in Konstantinopel:

„Die pessimistischen Befürchtungen zu Beginn des Krieges haben sich nun sämtlich als unbegründet erwiesen. Die Ruhe, Besonnenheit und korrekte, würdige Haltung des Reiches haben allenthalben imponiert und der Türkei die Sympathien der ganzen zivilisierten Welt erobert. Der Großvezir Said Pascha, welcher sich trotz seines hohen Alters und seiner Gebrechlichkeit als bedeutender Staatsmann erwiesen hat, erhielt von der

Kammer mit großer Majorität ein Vertrauensvotum und kann infolgedessen die Stellung seiner Regierung als gesichert angesehen werden. Die kleinen Balkanstaaten, welche die momentane Verlegenheit der Türkei gewiß zu ihren Gunsten ausnützen möchten, finden hiezu keine Handhabe; übrigens steht die durch die Erfolge in Tripolis moralisch gekräftigte Türkei gerüstet da und ist infolgedessen auch militärisch allen Eventualitäten gewachsen.

Die Bevölkerung — besonders die Mohammedaner — bewahrt eine durchaus patriotische, würdige Haltung. Die Albanesen, welchen die Regierung anfänglich mißtraute, verhalten sich ruhig und der Imam im Yemen schließt Frieden, so daß auch von dort nichts zu besorgen ist. Die finanzielle Krisis im Oktober hat sich in letzter Zeit stark gemildert und dürfte in den nächsten Wochen vollkommen verschwinden. Am allerwichtigsten jedoch ist die bewunderungswürdige Tapferkeit und Tüchtigkeit der turco-arabischen Streitkräfte in Tripolis, welche ganz unerwar eterweise und alle Kalküle über den Haufen werfend zur Offensive übergegangen sind und den Italienern sogar empfindliche Schlappen beizubringen imstande waren.

Während vor fünf Wochen selbst die gewiegtesten Kenner der hiesigen Verhältnisse, ja selbst die erfahrensten türkischen Staatsmänner und Militärs, die Situation in den düstersten Farben sahen und selbst eine Katastrophe nicht für ausgeschlossen hielten, hat der verjüngte osmanische Staat eine ungeahnte Lebenskraft entfaltet und steht heute viel stärker da als bei Beginn des von Italien provozierten Krieges. Überdies hat sich die Türkei wieder einmal als ein Faktor erwiesen, in welchem alle auf Logik aufgebauten Kalküle und Voraussetzungen unmöglich zu sein scheinen.

Die nächste und vorläufig wichtigste Folge dieser Lage ist die veränderte Haltung der Türkei zur Friedensfrage. Während man in Konstantinopel vor zwei Wochen froh gewesen wäre, die nominelle Souveränität des Sultans zu retten und bereit war, auf dieser Basis Frieden zu schließen, bezeichnet der Großvezier jetzt die unbedingte Erhaltung von Tripolis als türkische Provinz unter Verleihung von bloß wirtschaftlichen Vorteilen an Italien als die einzig mögliche Friedensbedingung.

Ganz abgesehen von dem durch die Waffenerfolge bedeutend gehobenen Selbstvertrauen der Osmanen sind es in erster Linie die Araber, welche eine Abtretung von Tripolis unter keiner Bedingung zugeben würden. Wie es sich nunmehr zu erweisen scheint, streben die vernünftigen arabischen Elemente in der Türkei wenigstens vorläufig nicht nach einer Losreißung, sondern nach Erhöhung ihres Einflusses und Nationalisierung der Verwaltung der arabischen Provinzen inner-

halb des Reiches. Sie empfinden demnach den Verlust von Tripolis und hiemit von 10 arabischen Mandaten im Parlamente als eine Schwächung und Verschlechterung ihrer Position in der Türkei und wenden deshalb alle Mittel an, um einerseits die tripolitanische Bevölkerung zu äußerstem Widerstande anzuspornen, anderseits eine vertragsmäßige Abtretung von Tripolis an Italien zu verhindern. Daß das Komitee der Partei ›Einheit und Fortschritt‹ die arabischen Argumente willig anhört und im Sinne energischer Fortsetzung des Krieges ausnützt, ist ganz natürlich, denn auch für diese Partei würde die ungünstige Lösung der Tripolisfrage eine Wendung bedeuten, in welcher es sich um Sein oder Nichtsein handeln könnte."

Über die im Zuge befindliche Friedensvermittlungsaktion enthält dieses Schreiben folgendes:

„Obwohl nun die Stimmung in der Türkei sich entschieden gegen den Friedensschluß und zu Gunsten der energischen Fortsetzung des Krieges gestaltet hat, scheint unsere Diplomatie die Idee der Friedensvermittlung noch immer nicht aufgegeben zu haben. Auf die von mir E. E. gemeldeten Sondierungen bei allen Mächten waren verschieden lautende, meist unverbindlich zustimmende Antworten eingelaufen, worauf Markgraf Pallavicini am 30. Oktober den Auftrag erhielt, sich mit den hiesigen Botschaftern behufs eines gemeinsamen Schrittes bei der Pforte ins Einvernehmen zu setzen. Der Herr k. u. k. Botschafter antwortete telegraphisch, daß er diese Demarche angesichts der türkischen Waffenerfolge für aussichtslos und schädlich halte und wurde hierauf angewiesen, die Vermittlungsfrage im Auge zu behalten und mit den Botschaftern in steter Fühlung zu bleiben, um im geeigneten Moment sofort wieder eingreifen zu können."

Indessen war in Italien, das sich beeilte, ein fait accompli zu schaffen, am 5. November 1911 durch einen königlichen Erlaß die Annexion von Tripolitanien und der Cyrenaika erklärt worden.

Über die Wirkung dieses Ereignisses berichtet Oberst Pomiankowski in einem am 21. November eingelangten Schreiben:

„Konstantinopel, am 17. November 1911.

Euer Exzellenz!

In meinem Bericht vom 6. d. M. habe ich bereits die großen Schwierigkeiten geschildert, welche sich infolge der türkischen Waffenerfolge in Tripolis einem baldigen Friedensschlusse entgegenstellen. Nun sind die etwa noch bestandenen Hoffnungen durch die italienische Annexionserklärung vernichtet worden, so daß gegenwärtig die Möglichkeit einer Beilegung des Konfliktes in unabsehbare Ferne gerückt erscheint.

In Rom hat man allerdings eine solche Wirkung der Annexion kaum vorausgesehen. Man gab sich dort der Hoffnung hin, daß die Proklamierung der Besitzergreifung nicht allein eine Beruhigung der durch den Mangel an Erfolgen in Tripolis bereits stark erregten italienischen Bevölkerung zur Folge haben wird, sondern auch, daß die Türkei — vielleicht unter dem Druck der Mächte — nunmehr die unabänderliche Entschließung Italiens hinnehmen und sich herbeilassen werde, Frieden zu schließen. Sowohl unsere Monarchie, als auch die übrigen Mächte haben die Annexionserklärung nicht beantwortet; nur England soll die italienische Regierung auf den Widerspruch zwischen dem Annexionsbeschluß und der faktischen Lage in Tripolis aufmerksam gemacht haben.

Unter dem Eindruck dieser Enttäuschung verständigte das römische Kabinett vertraulich die Mächte, daß Italien im Falle der Fortsetzung des türkischen Widerstandes die Operationen auf die übrigen Teile des Osmanischen Reiches ausdehnen und einen »Coup décisif« führen werde. Die Antworten jedoch, welche Italien auf diese Mitteilung von den Mächten erhielt, scheinen wenig ermutigend zu sein. Graf Ährenthal hat — wie mir der Herr k. u. k. Botschafter sagte — den Herzog von Avarna auf den Artikel 3 des (nicht veröffentlichten) Dreibundvertrages, in welchem die Unantastbarkeit der europäischen Türkei ausdrücklich stipuliert sein soll, verwiesen und erklärt, daß Österreich-Ungarn gegenüber einer Verletzung dieser Vertragsbestimmung nicht gleichgültig bleiben könnte. Nach Mitteilung des hiesigen englischen Militärattachés hat England gegen einen Angriff auf Smyrna Einspruch erhoben; bezüglich der Haltung Rußlands und Frankreichs ist mir bisher nichts Authentisches bekanntgeworden.

Bei den bezüglichen Besprechungen dürften die Mächte wohl nicht versäumt haben, die italienische Regierung auf die Aussichtslosigkeit einer Flottenaktion im Ägäischen Meere aufmerksam zu machen. Diesfalls habe ich schon in meinem letzten Berichte Gelegenheit gehabt, die geringe Wirkung einer eventuellen Besetzung von Inseln, dann von Angriffen auf einzelne Häfen, sowie einer Blockierung derselben zu besprechen und darzulegen. Die Möglichkeit einer Forcierung der Dardanellen und das Eindringen einer italienischen Flotte in das Marmara-Meer habe ich für so unwahrscheinlich gehalten, daß mir die nähere Erörterung dieser Eventualität nicht notwendig zu sein schien. Nachdem jedoch speziell in hiesigen Diplomatenkreisen eine solche Aktion als der angekündigte »Coup décisif« angesehen und besprochen wird, so scheint es mir von Interesse, diesbezüglich gleichfalls einige Worte zu sagen.

Die in die Dardanellen eindringende italienische Flotte wird mit dem Widerstande der Küstenbefestigungen und Minenanlagen, dann der

türkischen Flotte zu rechnen haben. Die Befestigungen sind zwar sämtlich veraltet und mit alten, aus den Achtziger- und Neunzigerjahren stammenden Geschützen armiert. In den Strandbatterien stehen fünfzehn 15 cm-, sechzehn 21 cm-, sechsunddreißig 24 cm-, zehn 26 cm-, zehn 28 cm- und sechs 35·5 cm-Kanonen, in den Hochbatterien siebenundzwanzig 15 cm-Kanonen und vierzehn 21 cm-Mörser. Die neuen, für die Dardanellen und den Bosporus bestimmten 400 Stück Gehlschen Minen sollen erst in vierzehn Tagen in Konstantinopel eintreffen und man hat infolgedessen anfangs dieses Monats bei den Dardanellen zwei Reihen altartiger Minen gelegt. Es ist auch möglich und sogar wahrscheinlich, daß die sonst inferiore türkische Flotte in der Meerenge günstige Verhältnisse zum Eingreifen finden könnte.

Trotz der durchwegs veralteten Verteidigungsmittel wird nun nicht allein von türkischen, sondern auch von deutschen und englischen Offizieren eine Forcierung der Dardanellen durch die italienische Flotte für kaum möglich gehalten. Admiral Williams, mit welchem ich die Eventualität dieser Operation eingehend zu besprechen Gelegenheit hatte, ist der Meinung, daß ein möglichst rasches Durchfahren der Meerenge noch immer mehr Chancen des Gelingens hätte als die systematische Zerstörung und Demontierung der einzelnen Strand- und Hochbatterien, welche schon durch ihre Anlage gegen das Weitfeuer der Schiffe meist geschützt sind. Jedenfalls würde das sukzessive Niederringen der einzelnen Befestigungen durch die moderne, weiterschießende Schiffsartillerie sehr lange Zeit erfordern, während welcher die italienischen Schiffe den türkischen Minen- und Torpedoangriffen ausgesetzt wären. Daß es auf alle Fälle ohne ernste Beschädigung und vielleicht Verlust einiger Schiffe nicht abgehen würde, kann als sicher angesehen werden.

Nimmt man nun an, daß es der italienischen Flotte nicht gelingen würde, mit dem größten Teil der Schiffe ins Marmara-Meer einzudringen und vor Konstantinopel zu erscheinen, so fragt es sich, was hiemit für Italien gewonnen wäre. Der Sultan, das Parlament und die Zentralbehörden würden sich einfach außerhalb des Bereiches der Schiffsgeschütze etablieren und im übrigen Konstantinopel seinem Schicksal überlassen. Ein Bombardement des von Europäern bewohnten Galata und Pera ist kaum denkbar und die Zerstörung Stambuls und Skutaris mit ihrer an verheerende Brände gewöhnten türkischen Bevölkerung würde auf die Entschließungen der Pforte so gut wie gar keine Wirkung ausüben. Wenn sich nun die Aktion vor Konstantinopel als unwirksam erweist, so muß für die italienische Flotte bald der Moment eintreten, das Marmara-Meer zu verlassen, und dies könnte unter Umständen sich noch schwieriger und verlustreicher gestalten als das Eindringen.

Wie aus dieser Betrachtung zu ersehen, wäre das Forcieren der Dardanellen sowohl militärisch als auch politisch eine äußerst gewagte Operation. Italien müßte selbst im Falle des militärischen Gelingens mit dem Verluste einiger Schiffseinheiten rechnen und könnte auch dann kaum auf einen politischen Erfolg rechnen. Ob sich Italien unter diesen Umständen zu einer solchen Aktion entschließen kann, scheint mir sehr zweifelhaft zu sein.

Wenn sich nun sämtliche Pressionsmittel im Ägäischen Meer als unwirksam oder undurchführbar erweisen und auch das Expeditionskorps in Tripolis keine Erfolge erringen könnte, so wäre es nicht unmöglich, daß Italien sich entschließt, einen allgemeinen Balkankrieg zu entfachen, um vielleicht auf diesem Wege eine Lösung des geradezu zu einer Lebensfrage gewordenen tripolitanischen Problems herbeizuführen. Voraussetzung für einen Angriff der Balkanstaaten auf die Türkei ist jedoch eine Erhebung in Albanien und Mazedonien, sowie die Neutralität unserer Monarchie und Rumäniens. Daß in Mazedonien und Albanien wieder viel Zündstoff angehäuft ist, scheint mir allerdings ebenso wenig einem Zweifel zu unterliegen, als daß italienische Agenten in diesen Gebieten schon jetzt eine rührige Tätigkeit entfalten. Doch wird es hoffentlich Said Pascha gelingen, durch kluges Nachgeben und nationale Konzessionen die Bevölkerung zu beruhigen und hiedurch die italienische Agitation zu paralysieren.

Resumiert man nun diese Betrachtungen, so kann man sagen, daß die gegenwärtige Lage der Türkei in militärpolitischer Hinsicht als günstig bezeichnet werden kann. Es ist einfach nicht abzusehen, wie Italien die voreilig erklärte Annexion von Tripolis de facto durchführen und deren Anerkennung durch die Türkei erzwingen wird. Viele Anzeichen deuten denn auch darauf hin, daß die anfängliche Kriegsbegeisterung in Italien bereits verraucht ist und einer großen Nervosität Platz gemacht hat.

Die Haltung der einzelnen Großmächte in Bezug auf den Tripoliskonflikt, sowie die Möglichkeiten einer Intervention behufs Beendigung des Krieges werde ich im nächsten Berichte erörtern.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

P o m i a n k o w s k i, Oberst."

In einem zweiten Schreiben vom selben Tage (17. November 1911) fügt Oberst Pomiankowski ergänzend hinzu, daß sowohl der k. u. k. Botschafter Markgraf Pallavicini, als der deutsche, Baron Marschall, den Moment für eine Pression auf die Türkei nicht gegeben erachten und es angemessen hielten, Italien von Aktionen im Ägäischen Meere oder gar

gegen Konstantinopel abzuraten. Er führt aus, daß eingeweihte Persönlichkeiten, und zwar auch Türken, das schließliche Nachgeben der Pforte voraussehen, da auch Frankreich und Rußland das Interesse hätten, eine starke Türkei nicht aufkommen zu lassen. Hinsichtlich Englands aber heißt es:

„England, das der Stimmung seiner mohammedanischen Untertanen bis zu einem gewissen Grade Rechnung tragen muß, unterstützt die Türkei in mancher Beziehung bei Organisierung des Widerstandes in Benghasi und nimmt auch sonst einen dem Osmanischen Reiche recht wohlwollenden Standpunkt ein. So viel ich jedoch höre, weicht es bisher jeder seriösen Besprechung bezüglich eines dezidierten Schrittes zu Gunsten der Türkei, sowie betreffs Neugestaltung der englisch-türkischen Beziehungen geflissentlich aus. Als Bedingung für die ernstliche englische Unterstützung wird der Sturz des von den Jungtürken abhängigen Kabinetts Said Pascha und Berufung einer neuen Regierung kiamilistischer Richtung bezeichnet oder angedeutet. Einen sichtbaren Beweis für diese englische Tendenz erblickt man in Konstantinopel in dem Empfange des in Ägypten weilenden Kiamil Pascha in Port Said durch König Georg*) anläßlich der Durchreise der Majestäten nach Indien.

Trotz der unleugbaren Verdienste des Großveziers Said Pascha betrachtet man in manchen türkischen Kreisen die Erfüllung des englischen Wunsches schon in nächster Zeit als nicht ausgeschlossen. Denn unter dem Eindruck des Ausganges der Marokko-Affäre, sowie des Unvermögens von Seite Deutschlands, die Türkei gegen Italien zu unterstützen, gewinnt der Wunsch nach einer Anlehnung an England immer mehr Anhänger und Intensität. Der frühere Marineminister Mahmud Muktar Pascha sagte mir ganz offen, daß man, um den Kern des Reiches zu erhalten, Konzessionen an der Peripherie machen müsse; er meinte hiebei offenbar Konzessionen in Mesopotamien und Arabien, dann Anerkennung des Faschoda-Vertrages und vielleicht sogar eine Konzession bezüglich Tobruk zu Gunsten Englands.

Die Freundschaft Englands hat überdies noch deshalb einen besonderen Wert, weil man durch dessen Einfluß hofft, von Frankreich eine Anleihe zu erhalten."

Eine bemerkenswerte Stelle enthält der Bericht noch bezüglich Rußlands, und zwar:

---

*) König Georg und die Königin reisten damals zur Kaiserkrönung nach Delhi.

„Daß Herr Tscharykow in gewohnt rühriger Weise auf die möglichste Annäherung zwischen der Türkei und Rußland hinarbeitet, ist nicht zu bezweifeln. Markgraf Pallavicini glaubt hiebei feststellen zu können, daß der russische Botschafter sich diesbezüglich um die Weisungen aus Petersburg wenig bekümmert und hier seine eigene Politik treibt, welche dahin zielt, zu einer Rußland günstigen Lösung der Meerengenfrage zu gelangen. Es ist interessant, festzustellen, daß Herr von Tscharykow der einzige Botschafter in Konstantinopel ist, welcher vom Beginn des Krieges angefangen den Türken äußersten Widerstand anriet, während alle übrigen Nachgeben und baldigsten Friedensschluß befürworteten."

Der Bericht konstatiert ferner das Abflauen der Beziehungen der Türkei zu Deutschland und das wachsende Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn.

Dies fand auch eine Bestätigung in folgendem, am 25. November eingelangten Schreiben des k. u. k. Militärattachés in Petersburg, Hauptmann Prinz Hohenlohe, das überdies auch Mitteilungen über Rußland enthielt:

„Euer Exzellenz!

Eben hat mich mein türkischer Kollege, den ich neulich aufgesucht hatte, ohne ihn zu treffen, verlassen.

Aus dem mit ihm geführten Gespräche entnahm ich, daß man in der Türkei doch eher darüber desillusioniert ist, daß die freundschaftlichen Gefühle Deutschlands und Österreich-Ungarns nicht greifbare Resultate für die Türkei geschaffen hätten.

Remsy Bey sagte: »Ce sera pour l'avenir une leçon pour nous, qu'il ne faut se fier qu'à des choses écrites«*).

Darauf erlaubte ich mir zu bemerken, daß ich es zwar als Nichtdiplomat nicht w i s s e n könne, daß ich aber als Privatmann aus den Zeitungen den Eindruck gewonnen hätte, daß es doch Deutschlands und Österreich-Ungarns Bemühungen zu danken sei, daß bisher der Krieg lokalisiert worden sei, und daß ich diesen in der Geschichte einzig dastehenden Fall doch als einen s e h r greifbaren und wertvollen Erfolg für die Türkei ansehen zu müssen glaube.

Dies gab mir Remsy Bey zu und sagte: »Ja, die Ruhe auf dem Balkan und die Erhaltung des status quo seien gänzlich und in erster Linie von Österreich-Ungarn abhängig.«

Er sprach dann über den Krieg und sagte:

---

*) Dies wird für die Zukunft eine Lehre für uns sein, daß man nur geschriebenen Sachen trauen dürfe.

»Für uns Türken und insbesondere für das jungtürkische Prinzip ist dieser Krieg eine Operation auf Tod und Leben. Zur Zeit Abdul Hamids wäre eine Gebietsabtretung möglich und weniger folgenschwer gewesen als jetzt, wo jede Gebietsabtretung einen Selbstmord am Jungtürkentum bedeuten würde.«

Man hofft und träumt in der Türkei von einem direkten Bundesverhältnis mit den Großmächten. Hiebei sagte er:

»La Turquie certes, n'est à l'instant pas une force avec laquelle l'Autriche-Hongrie et l'Allemagne voudraient être alliées à tout prix, mais si on nous donne la possibilité de travailler encore 10 ans comme nous l'avons fait jusqu'à present et que nous ne disparaissons pas tout à fait de la carte de l'Europe par cette guerre, qui est pour nous question de vie ou de mort, nous serons une force tout à fait redoutable«*).

Auf meine Frage, ob durch die russische Diplomatie der jetzige Augenblick nicht ausgenützt werden könnte, um in der Dardanellenfrage eine Lösung herbeizuführen, sagte er, er wisse zwar nicht, was in Konstantinopel momentan vor sich gehe, möglich sei es aber immerhin, daß man, da man die Hilfe und Unterstützung irgend einer Großmacht brauche, welche eine sichere Gewähr für die Eingehung eines Bundesverhältnisses bieten könnte, Zugeständnisse an Rußland machen würde.

Die Verhältnisse in Tripolis beurteilt er für die Türken als günstig.

Die Italiener können an ein Vordringen ins Innere jetzt gar nicht denken, selbst wenn sehr große Verstärkungen (er sagte sogar bis 200.000 Mann) herangezogen würden. Im Gegenteil sei die Möglichkeit einer Rückeroberung von Tripolis durch die Türken und Araber, falls die Flotte, durch die Umstände gezwungen, sich von der Küste fernzuhalten, ihre Mitwirkung durch die Schiffsgeschütze einzustellen genötigt wäre, gar nicht ausgeschlossen.

Die Araber seien gut ausgerüstet und bewaffnet. Die Munitionszufuhr erfolge seiner unmaßgeblichen Ansicht nach nicht nur über Tunis, sondern auch über Ägypten.

---

*) Die Türkei ist im Augenblick gewiß nicht eine Macht, mit welcher Österreich-Ungarn und Deutschland um jeden Preis verbündet sein möchten, aber wenn man uns die Möglichkeit gibt, noch zehn Jahre zu arbeiten, wie wir es bis jetzt gemacht haben, und wenn wir nicht durch diesen Krieg ganz von der Karte Europas verschwinden, welcher für uns eine Frage auf Leben und Tod ist, werden wir eine beträchtliche Macht sein.

Daß die italienische Flotte bei einem Angriff auf die Dardanellen reussieren könne, hält er für ganz ausgeschlossen. Sein Vertrauen zu den Forts- und Minenanlagen ist groß.

Der einzige Erfolg der italienischen Flotte könne in der Besetzung einzelner Inseln bestehen; doch werde dies auf den Gang der Ereignisse von geringem Einfluß sein.

Remsy Bey bestätigte mir auch die Nachricht, daß mein englischer Kollege demnächst aus Täbris auf seinen hiesigen Posten zurückkehren dürfte; es könnte sein, daß es mir dann möglich sein wird, E. E. neuere Nachrichten über die Zustände und Ereignisse in Persien zu melden.

Remsy Bey bestätigte mir, daß man hier eine Zeitlang über die Haltung Österreich-Ungarns am Balkan besorgt war.

Im hiesigen Kriegsministerium hätte man ihm mitgeteilt, daß man auf die immer wieder auftauchenden Gerüchte über Truppenverschiebungen Österreich-Ungarns nach Tirol und nach Bosnien den russischen Militärattaché in Wien beauftragt habe, darüber zu berichten.

Derselbe meldete allerdings über Munitions- und sonstige Transporte nach Tirol. Größere Truppenverschiebungen seien jedoch nicht vorgekommen.

Auf meine Frage, ob hier in Rußland in letzter Zeit Truppenverschiebungen vorgekommen seien, sagte mir Remsy Bey, daß Munitionstransporte (auch Munitionswagen) in den Kiewer Distrikt vorgekommen seien. Verschiebungen von Korpsteilen oder gar ganzer Korps haben nicht stattgefunden und seien seiner Ansicht nach nicht zu erwarten.

Die Anwesenheit Seiner Majestät in Livadia, die noch nicht erfolgte Rückkehr des Ministers des Äußern aus der Schweiz sind immerhin auch Anzeichen dafür, daß man hier in maßgebenden Kreisen trotz aller gegenteiligen Gerüchte den Ereignissen mit größerer Beruhigung entgegensieht und an eine Aktion Österreich-Ungarns auf dem Balkan, die über den Rahmen der Erhaltung des status quo hinausgehen würde, nicht glaubt.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner besonderen Verehrung, mit welcher ich mich zeichne als

Euer Exzellenz gehorsamst ergebener

Hohenlohe, Hauptmann.

St. Petersburg, am 21. November 1911.

Präs. 25. November 1911.
Geh. Nr. 63/1911."

Ich hatte an den k. u. k. Militärattaché in Rom Auftrag erteilt, zu berichten, wann die ersten Anzeichen für irgend eine besondere

militärische Maßnahme in Italien wahrzunehmen waren und wieso es kam, daß Italiens Aktion in so überraschender Weise erfolgen konnte.

Der hierauf eingelangte Bericht vom 22. November 1911 lautet auszugsweise:

„Rom, 22. November 1911.

Es steht außer Zweifel, daß man allgemein — und so auch unsere Vertretung — durch die plötzlichen Entschlüsse Italiens überrascht worden ist.

Der Werdegang der italienischen Maßnahmen war wie folgt markiert: Bis 21. September dachte niemand, auch im Schoße der Regierung, an eine so nahe bevorstehende Aktion.

Erst zwischen 21. und 23. September müssen Ereignisse eingetreten sein, welche zu den folgenden raschen Entscheidungen der Regierung führten; militärische Anordnungen für die Mobilisierung fanden keinesfalls vor dem 23. September statt.

Der Mobilisierungsbefehl für die Flotte wurde erst am 24. September dekretiert, wahrscheinlich unmittelbar nach dem überaus eiligen, an diesem Tage abgehaltenen Ministerrat.

Die eigentliche Mobilisierungstätigkeit der Truppen und die Ergänzungstransporte begannen jedoch erst mit dem 28. als erstem Mobilisierungstag.

Das früheste wirkliche militärische Anzeichen für eine Expedition war die am 23. September erfolgte Einberufung der Klasse 88.

Auf Grund erster Zeitungsmeldungen (waren zum Teil erfunden) über Truppenbewegungen wurde am 15. September der Geschäftsträger veranlaßt, die Konsuln zu beauftragen, zu berichten. Nur der Konsul in Neapel sandte eine vage Meldung (vom 19. September) über größeren Truppenverkehr bei Heer und Marine.

Dies ergibt als Resumé, daß vor dem 23. keinerlei militärische Vorbereitungen stattfanden und auch keine militärischen Anzeichen vorlagen, welche auf eine nahe bevorstehende militärische Aktion Italiens schließen ließen.

Italien hat sich mit der tripolitanischen Frage wieder näher zu beschäftigen begonnen, als Frankreich seine Marokkopolitik intensiver gestaltete.

Den Entschluß zur Lösung der Tripolisfrage scheint man erst gefaßt zu haben, als der Gang der Marokkoverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich einen günstigen Ausgang derselben möglich erscheinen ließ; das war ungefähr um Mitte September.

Damit setzte auch die Hauptheize der Presse ein, welche unumwunden die Okkupation von Tripolis und der Cyrenaika verlangte.

Der König, Giolitti und San Giuliano haben nicht sofort übereingestimmt. Der Treibende war San Giuliano. Giolitti, abhold jeder Kolonialpolitik und Expansion, mußte erst überzeugt werden, was überraschenderweise gelang. Gerade Giolitti soll gesagt haben: »Wenn schon, dann gleich alles. Reinen Tisch. Kein Protektorat, kein Schatten von türkischer Souveränität, denn wir dürfen später absolut keine Schwierigkeiten mit unklaren Fragen dieser oder jener Art haben.« Giolitti soll — mit einem Worte — dann noch energischer gewesen sein, als San Giuliano und bei seiner überragenden Autorität gelang es Giolitti auch, den König, der durchaus abgeneigt gewesen ist, zur Zustimmung zu bewegen.

Die prinzipielle Einigung unter den Mitgliedern der Regierung war vielleicht schon beim Ministerrat am 15. erzielt, aber kaum dürften definitive Entschlüsse gefaßt worden sein, da die Einwilligung des Königs noch nicht vorgelegen sein dürfte.

San Giuliano hat immer hervorgehoben, daß man die Tripolisfrage lösen werde, wenn das deutsch-französische Abkommen über Marokko perfekt geworden sei. Man erwartete, daß die Unterhandlungen sich noch geraume Zeit hinziehen werden. Nun soll — jedenfalls nach dem 20. September — die erste verläßliche Nachricht des italienischen Botschafters in Berlin eingetroffen sein, daß der Abschluß des Marokko-Übereinkommens gesichert sei.

Diese Nachricht hätte nun überrascht und die schleunige Rückkehr San Giulianos und Giolittis, der noch am 29. September zum König eilte, nach Rom, sowie den Ministerrat am 24. September zur Folge gehabt, in welchem die bekannten schwerwiegenden Entscheidungen gefaßt wurden.

Die nun folgende Aktion der italienischen Diplomatie soll nun nicht Hand in Hand mit der Bereitstellung des Expeditionskorps gegangen, sondern den militärischen Maßnahmen vorausgeeilt sein. Man sagt, daß der Druck auf die Türkei eine ganz andere Wirkung hätte haben können (?), wenn das Ultimatum erst dann gestellt worden wäre, als das Expeditionskorps vollständig bereit stand.

Die militärisch leitenden Stellen sollen es gewesen sein, welche jetzt drängten.

San Giuliano — gestützt auf die öffentliche Meinung — sandte am 27. sein Ultimatum ab.

Tatsache ist, daß vor dem 23. September hier niemand — am allerwenigsten die türkische Botschaft — an die nahe Möglichkeit schwerwiegender Entscheidungen dachte.

So konnte es geschehen, daß alle Botschafter und Attachés weiter auf Urlaub blieben und daß der deutsche Militärattaché beispielsweise am 18. einen längeren Urlaub antrat.

Sehr geheim wurden die nach dem 24. September gefaßten Maßnahmen der Consulta gehalten.

Italien wußte seit langem, daß ihm seitens der Mächte plein pouvoir hinsichtlich Tripolis gelassen sei. Es hatte daher nicht notwendig, die Mächte für den konkreten Fall zu sondieren.

Jedenfalls waren weder politische noch militärische Anzeichen bemerkbar, welche die plötzliche überraschende Aktion Italiens voraussehen ließen und es war möglich, daß vielleicht die italienische Regierung selbst nicht auf acht Tage früher ihre dann Schlag auf Schlag getroffenen Maßnahmen vorausgesehen hat. Auch Armee und Flotte wurden vollkommen überrascht.

Nichtsdestoweniger ist dies ein Fingerzeig für die Zukunft, daß Italien Entschlüsse und Absichten geheimhalten könne. Da eine solche Überraschung ja auch uns treffen könnte, so ist es nötig, daß auch die nichtmilitärischen ö.-u. Vertreter in Italien ihr schärferes Augenmerk auf militärische Vorgänge und Maßnahmen richten, und zwar nicht nur in kritischen Zeiten, sondern immer.

Unter diesen Vertretern meine ich die Konsularbeamten; diese Beobachtung müßte einer pragmatisch in den Konsular-Dienstvorschriften festgelegten Pflicht entspringen, die Konsularakademiker müßten eine entsprechende Instruktion erhalten; die bisherigen dortigen militärischen Vorträge scheinen mir nicht genügend intensiv zu sein.

In einem Lande, das wie Italien eine stete Quelle des Mißtrauens bildet, müßte mit dem System der Honorarkonsuln, namentlich jener, die italienische Staatsbürger sind, unbedingt gebrochen werden*).

M i e t z l, Oberstleutnant."

So stand die i t a l i e n i s c h - t ü r k i s c h e Frage zur Zeit, als meine E n t h e b u n g von der Stelle des Chefs des Generalstabes erfolgte.

Ehe ich auf dieses Geschehnis eingehe, erübrigt mir noch, einige für Österreich-Ungarn bedeutsame Vorgänge bei a n d e r e n M ä c h t e n, sowie Beziehungen zu diesen zu berühren.

---

*) Österreich-Ungarn hatte einzelne sehr tüchtige Konsuln und Generalkonsuln, aber im ganzen stand das Konsularwesen nicht auf der wünschenswerten Höhe. Es kam vor, daß ö.-u. Staatsbürger die Vertretung ihrer Rechte bei reichsdeutschen Konsulaten suchten; auch waren einzelne der letzteren hiemit offiziell betraut.

B a l k a n. Am Balkan warfen die Ereignisse bereits die Schatten des Krieges voraus, der am Schlusse des folgenden Jahres (1912) in überraschender Weise über die Türkei hereinbrach. In welch schwieriger Lage die Türkei sich befand, geht aus den früheren Schilderungen hervor. Mit Besorgnis sah sie auf das Verhalten ihrer Nachbarn.

Die Auffassung der Lage in Konstantinopeler Kreisen spiegelte sich in den Berichten wieder, die ich von unserem dortigen Militärattaché erhielt.

Gelegentlich der schon früher erwähnten Unterredung desselben mit Izzet Pascha, dem türkischen Chef des Generalstabes, wies letzterer auf eine griechisch-bulgarische Annäherung hin. Auch kam als symptomatisch zur Sprache, daß dem serbischen und dem bulgarischen Militärattaché griechische Orden verliehen wurden und der serbische Oberst Illić sich mitten im Winter nach Athen begeben hatte, um dort mit den griechischen Armeekreisen in Verbindung zu treten.

Wie der k. u. k. Militärattaché zu Izzet Pascha äußerte, dürfte sich für die kleinen Balkanstaaten kaum eine günstigere Gelegenheit bieten, über die Türkei herzufallen, als jetzt. Aber dieselben waren noch in eifriger Reorganisation und Ausgestaltung ihrer Heeresmacht begriffen, auch schien Rußland, wie ein Bericht des Oberst Pomiankowski vom 23. Juli 1911 ausführt, zu dieser Zeit einen Balkankrieg nicht zu wünschen. Montenegro, das den albanesischen Aufstand förderte, lief Gefahr, isoliert zu bleiben. Bulgarien blickte auch mit Mißtrauen auf Rumänien, das es in einem Vertrag mit der Türkei verbunden wähnte.

Gerüchtweise soll der rumänische General Robesco inkognito in Konstantinopel geweilt haben. Konstantinopeler Tagesblätter brachten die Nachricht, daß der dortige rumänische Militärattaché in letzter Zeit zweimal stundenlange Unterredungen mit dem Kriegsminister Mahmud Schefket Pascha hatte.

Österreich-Ungarn war bemüht, freundschaftliche Beziehungen mit der Türkei zu pflegen, aber sein Bundesverhältnis zu Italien, mit dem die Türkei im Kriege lag, sowie die Empfindlichkeit der türkischen Staatsmänner gegen Beeinflussungen von außen und deren Mißtrauen in die Politik der Monarchie machten sich hiebei erschwerend geltend; ein Bericht vom 26. Juli hebt dies hervor. Ein Brief des Oberst von Pomiankowski vom 3. Oktober 1911 enthielt die Mitteilung, daß der serbische Gesandte in Konstantinopel Nenadović unserem Botschafter gegenüber geäußert habe, die Stimmung in Serbien und Bulgarien sei sehr erregt, die Regierungen geben sich zwar alle Mühe, die Ruhe zu erhalten, doch könne man, wenn der Konflikt fortdauert, für nichts gutstehen.

Am 21. März 1911 hatte ich den k. u. k. Militärattaché in Sofia, Oberstleutnant von Hranilović, empfangen und mir vor allem über die Reorganisation der bulgarischen Armee berichten lassen. Er bestätigte, daß der ursprüngliche große Plan einer Verdoppelung der Divisionen allmählich durchgeführt werde. Es sollten zur Formierung gelangen: 9 Infanteriedivisionen erster Linie zu je 16 Bataillonen und 9 Infanteriedivisionen zweiter Linie zu je 12 Bataillonen, mit der Absicht, je eine Division erster und eine solche zweiter Linie in ein Korps zu vereinigen. Er hob die große Sorge Bulgariens gegenüber Rumänien hervor, weil es Anhaltspunkte dafür besitze, daß beim Wiederaufleben der mazedonischen Wirren im Frühjahr Rumänien nicht gleichgültig bleiben werde. Auch sei Bulgarien durch den vermeintlichen rumänisch-türkischen Vertrag irritiert. Hranilović bemerkte, daß nach seiner Orientierung wohl türkisch-rumänische Besprechungen stattgefunden hätten, ein förmlicher Vertrag aber nicht bestehe.

Ich erkundigte mich dann nach dem König. Hranilović meinte, daß er zwar im Lande nicht beliebt, aber als kluger und dem Staate nützlicher Regent anerkannt sei. Er hob des Königs große Empfindlichkeit hervor. Sie äußere sich auch in seiner Verstimmung darüber, daß Kaiser Franz Joseph in Wien ihm nicht den Besuch*) erwidert und er auch noch nicht das goldene Vließ erhalten habe.

Am selben Tag (21. März) hatte ich auch eine längere Unterredung mit dem k. u. k. Militärattaché in Bukarest, Hauptmann von Fischer. Meine Frage nach der Heeresausgestaltung beantwortete er dahin, daß sie im Zuge sei, namentlich hinsichtlich der Territorialformationen, dann, daß Rumänien starke Garnisonen in die Dobrudža verlege.

Bulgarien gegenüber sei ein Umschwung eingetreten, denn während bisher Rumänien Besorgnisse hegte, denke es jetz s e l b s t daran, im Falle von Komplikationen am Balkan a k t i v gegen Bulgarien aufzutreten und seine Kräfte hiezu in der Gegend von Crajova und Slatina zu konzentrieren. Eine Vereinbarung mit Serbien im Falle eines Coups gegen Bulgarien bestehe tatsächlich.

Es kam nun der rumänische Aufmarsch im Falle eines gemeinsamen Krieges gegen Rußland zur Sprache.

Fischer berichtete, daß v o r unserer Einflußnahme keine Aufmarscharbeiten bestanden, sondern erst daraufhin in Angriff genommen worden seien. Er habe den Eindruck, daß Vorarbeiten jetzt bestehen, auch hin-

---

*) Der Gegenbesuch war nur deshalb unterblieben, weil der König selbst Seiner Majestät gesagt hatte, daß er noch am selben Nachmittag abreisen werde, die Zeit zum Besuch also mangelte.

sichtlich der Instradierung, aber gewiß nicht so eingehend wie bei uns. Man habe sich früher darauf verlassen, erst eintretenden Falles zu überlegen, was geschehen soll. Mit Bezug auf mein Bemühen, den rumänischen Aufmarsch möglichst in die nördliche Moldau zu verlegen, meldete Fischer, daß ein Aufmarsch bei Birlat (Berlâd), aber auch ein solcher am unteren Sereth in Arbeit sei. Jener bei Dorohoju werde wohl gleichfalls ausgearbeitet, auch sei die dortige Gegend durch Generalstabsoffiziere erkundet worden, doch sei es fraglich, ob man sich dafür entschließen werde. Die Aufmarscharbeiten befänden sich tatsächlich noch beim bisherigen Chef des Generalstabes, General Crainiceanu. Er sei heute ein Privatmann, seine Wiederanstellung aber sei möglich, selbst wahrscheinlich, insbesondere für den Fall des Emporkommens der liberalen Partei, in der er viele Anhänger habe.

Als bedeutendste Persönlichkeit für die Stelle des Chefs des Generalstabes käme General Averescu in Betracht, doch habe er Feinde in der Generalität wegen seines scharfen Vorgehens in Personalfragen in seiner Eigenschaft als Kriegsminister. Er wäre auch dem jetzigen Kriegsminister Filipescu eine zu prägnante Persönlichkeit; dieser wünsche eine fügsamere. Filipescu soll gut sein, nehme die Sache sehr ernst, habe viel Einfluß im Ministerium Carp und neige zweifellos zu Österreich-Ungarn. Überhaupt habe sich auch in den letzten zwei Jahren in der Öffentlichkeit die Stimmung uns zugewendet, doch dürfe man nicht übersehen, daß in Rumänien eine nationale Partei bestehe, die ein „Großrumänien" im Programm habe und die nationale Entwicklung im Ausland anstrebe.

Auf meine Frage hinsichtlich der Idee einer Angliederung Rumäniens an die Monarchie, meinte Fischer, daß eine solche im Volke um den Preis der Vereinigung mit Siebenbürgen große Sympathien finden, aber auf den Widerstand des an der Souveränität hängenden Königshauses, vor allem jenen König Carols, stoßen würde.

Schließlich kam noch der Anschluß der rumänischen Bahnen bei Pétra an die siebenbürgischen zur Sprache, der mit dem Fall rechnete, daß eine in der nördlichen Moldau versammelte Armee ihre Nachschübe aus der Walachei über Siebenbürgen leiten müßte. Hauptmann Fischer erwähnte, daß der König mit diesem Bahnbau einverstanden sei, umsomehr, als auch Krongüter an dieser Strecke lägen.

Nachdem im Frühjahr 1911 für Hauptmann von Fischer die Zeit ablief, nach der Militärattachés wieder zum Dienst in der Heimat rückberufen wurden, erfolgte seine Ablösung durch Hauptmann von Bilimek. Bei diesem Anlasse sandte Fischer noch folgenden Bericht:

„Euer Exzellenz!

In der Anlage unterbreite ich eine zusammenfassende Meldung über den Stand des Tölgyespaß-Bahnprojektes, sowie der den Aufmarsch Rumäniens im Kriegsfalle »R« betreffenden Fragen zu dem Zeitpunkte der Übergabe der Geschäfte des Militärattachés in Bukarest an meinen Nachfolger.

I. Die Tölgyespaß-Bahn. Entsprechend dem mir mit Befehl 700 vom 24. Feber d. J. erteilten Auftrage, Herrn Carp nahezulegen, in Angelegenheit der Tölgyesbahn die Initiative zu ergreifen, habe ich mit dem Ministerpräsidenten bei passender Gelegenheit in diesem Sinne gesprochen. Ich habe als hauptsächlichste Argumente angeführt:

1. Die Angelegenheit liegt in eminenter Weise im militärischen Interesse Rumäniens.

2. Ein solcher Schritt würde die Bemühungen unserer maßgebenden Faktoren um das Zustandekommen unserer Teilstrecke sehr fördern; bisnun haben wir von der Geneigtheit der rumänischen Regierung, auf dieses Projekt überhaupt einzugehen, eigentlich offiziell noch gar keine Kenntnis.

3. Ein stärkeres In-den-Vordergrund-stellen der ökonomischen Interessen würde dem Bahnbau den Charakter einer rein militärischen Maßnahme nehmen, was in Rumänien wahrscheinlich als wünschenswert empfunden werden würde.

Herr Carp enthielt sich jeder bestimmten Äußerung und sagte, er würde mit dem König darüber sprechen (was, da Seine Majestät kurz darauf an die Donau abreiste, bis zum Zeitpunkte meiner Abreise wahrscheinlich nicht erfolgt ist). Ich habe nicht den Eindruck, daß der Ministerpräsident der gemachten Anregung sehr bereitwillig gegenübersteht. Er wiederholte aber bei dieser Gelegenheit neuerlich die Zusicherung, daß er im Prinzip geneigt sei, das Bahnprojekt zu verwirklichen.

Herr Carp fragte mich, wie weit die Sache bei uns gediehen sei, worauf ich ausweichend antwortete, daß Seine Exzellenz damit rechnen könne, daß, sobald Rumänien den Bau beginne, dies bei uns auch geschehen würde.

Bezüglich des obenstehend unter Nr. 2 angeführten Arguments machte der Minister die interessante Bemerkung: seinem Dafürhalten nach sei es nicht nötig, den militärischen Charakter dieses Bahnprojektes ängstlich zu verschleiern, als aggressiv könne man es ja nirgends empfinden. (Herr Carp trägt bekanntlich nie Bedenken, seine Dreibundfreundlichkeit zu affichieren, ein Standpunkt, der uns nur angenehm sein

kann, in dem er sich aber mit manchen anderen maßgebenden Faktoren, auch dem König, nicht im Einklange befindet.)

Wenige Tage später sprach der Premier auch mit dem Herrn k. u. k. Geschäftsträger von Ugron über das Bahnthema. Dieser berührte in akademischer Form das seit längerem bestehende Projekt, eine neue Schnellzugslinie Budapest—Hermannstadt—Bukarest zu etablieren, was den Bau einer Verbindungsbahn zwischen Rîmnic—Vâlcea und Curtea de Arges nötig machen würde. Herr Carp antwortete ihm, dieses Projekt stünde noch in weiter Ferne, da man vor allen Dingen die Tölgyesbahn bauen würde, die man dem k. u. k. Generalstabe zugesagt habe. (Dies sei als Bestätigung für den Ernst der Absichten Herrn Carps angeführt.)

II. Aufmarschfragen. Da General Zotu*) erst ganz kurz im Amte, daher wahrscheinlich noch nicht in vollem Umfange orientiert ist, hielt ich es nicht für angebracht, vor meiner Abreise dieses Thema zu berühren. Ich resumiere im folgenden kurz den derzeitigen Stand der Angelegenheit:

Daß die Aufmarschfragen in dem von E. E. gewünschten Sinne bearbeitet wurden, ist durch das mir von General Crainiceanu gezeigte Memoire bestätigt; eine Erhärtung und Kontrolle dessen bilden die von dem König gelegentlich meiner Audienzen sowohl 1910 als 1911 diesbezüglich gemachten Bemerkungen, deren Fassung und Ton — von dem sonst von Majestät im Verlauf der Audienz beibehaltenen leichten Konversationston abweichend — die Absicht, sie zu machen, erkennen ließ.

Wie weit dieses mehr als Studie angelegte Memoire in praktische Aufmarschvorbereitung umgesetzt ist, ließ sich mit Sicherheit nicht feststellen. Nach General Crainiceanus Versicherung wäre dies bezüglich aller drei Varianten geschehen; ich habe nach wie vor den Eindruck, daß die Variante »Berlâd« ernster zu nehmen ist, als die »nördliche Moldau«; die dritte Variante »Sereth« war ja seit jeher vorbereitet.

In Bezug auf den Charakter dieser Vorarbeiten ist anzunehmen, daß sie Umfang und Gründlichkeit der bei uns üblichen überhaupt nie erreichen. Diesbezüglich sind Ausbildung und Gewissenhaftigkeit des rumänischen Großen Generalstabs gegenüber dem unseren sehr zurück.

So weit ich feststellen konnte, werden im allgemeinen die Transportbewegungen vorbereitet, jedoch ohne Zuziehung der Zivileisenbahnbehörde; es werden Transportkalküls und — wie man mir sagte — auch Fahrpläne gemacht, das »wie« muß natürlich offen bleiben. Als Charakteristikum sei an die schon seinerzeit gemeldete Tatsache erinnert,

---

*) Der neu ernannte Chef des Generalstabes.

daß erst seit 1908 die Leistungsfähigkeit der Bahnen nach den tatsächlichen Verhältnissen differenziert wird, während früher für alle Bahnen en bloc eine Durchschnittsleistung als Basis genommen wurde. Landesbeschreibungselaborate in unserem Sinne existieren nicht, sondern beschränken sich auf sehr allgemein gehaltene Studien, die an Detailliertheit nicht wesentlich über den Inhalt der Vorträge aus Militärgeographie an unserer Kriegsschule hinausgehen und durch fallweise Rekognoszierungen ergänzt werden. Solche wurden im Laufe des vergangenen Sommers (nach Angabe Crainiceanus) auch in den in Betracht kommenden Aufmarschräumen der Moldau und am Pruth vorgenommen. (Eine detaillierte Gesamtbeschreibung des Pruth war im vergangenen Sommer noch nicht vorhanden.)

General Zotu. Wie Stellung und Haltung des neuen Chefs in dieser Angelegenheit sein werden, kann ich noch nicht sagen.

Die Mobilisierungsvorarbeiten werden jährlich unmittelbar nach Feststellung des Budgets — also im Mai und Juni — revidiert, man dürfte also eben bei der Arbeit sein.

Es ist möglich, daß General Crainiceanu, gestützt auf die Rolle, die er bis jetzt in dieser Angelegenheit gespielt, versucht, sich in derselben auch jetzt noch einen gewissen Einfluß zu sichern und so seine Stellung im allgemeinen zu stärken. Bei der stets wechselnden und oft vagen Abgrenzung der Kompetenzen ist manches sonst merkwürdig Scheinende möglich. Eine Bemerkung, die er gelegentlich der Vorstellung meines Nachfolgers zu diesem machte, scheint darauf hinzudeuten. (Einladung, ihn öfters aufzusuchen. »Nous causerons des affaires qui intéressent nos deux pays en commun.«) Von einem direkten Eingehen auf etwaige Avancen des Generals Crainiceanu muß natürlich abgeraten werden, es können in diesen Sachen, wie ja selbstverständlich, für uns nur die offiziellen Faktoren in Betracht kommen, doch wäre zu empfehlen, in der Behandlung der Angelegenheit darauf Rücksicht zu nehmen, daß General Crainiceanu für den Fall des in 2 bis 3 Jahren zu erwartenden Wiederans-Ruder-kommens der Liberalen viel Chancen hat, wieder Generalstabschef zu werden. Er hat überhaupt bei seinem Sturze seine Stellung in geschickterer Weise sich zu wahren verstanden, als seinerzeit Averescu

Ich habe Hauptmann von Bilimek auch in diesem Sinne orientiert

Fischer, Hauptmann.

Bukarest, 17. Mai 1911."

Dieser Bericht bestätigt die damals bestehenden intimen militärischen Beziehungen der Monarchie zu Rumänien. Es war daher befremdend, als am 28. Juni 1911 folgende Meldung des neuen Militärattachés in

Bukarest einlangte. Mit Bezug auf deren Schlußsatz konnte wohl nur angenommen werden, daß König Carol besondere Gründe dafür hatte, diese Beziehungen dem Kollegen Bilimeks gegenüber zu verschleiern.

Die Meldung lautete:

„In der Folge gebe ich den Inhalt eines Gespräches wieder, welches einer meiner Kollegen gelegentlich einer Audienz mit Seiner Majestät dem König hatte:

Seine Majestät besprach die Aspirationen Bulgariens, Serbiens und Montenegros gegenüber der Türkei und meinte, daß Bulgarien nur auf einen günstigen Moment warte, um sein Gebiet vergrößern zu können. Seine Majestät der König hatte diesbezüglich auch mit Seiner Majestät dem Zar Ferdinand gesprochen und letzterem erklärt, daß Rumänien nie eine Gebietserweiterung Bulgariens — außer es würde selbst seinen eigenen Vorteil hiebei haben — zugeben könne, da ja auch sonst die Erhaltung einer so großen Armee nicht gerechtfertigt wäre.

Weiters besprach Seine Majestät folgendes:

Unlängst war Prinz Roland Napoléon (ein Mann in den fünfziger Jahren, befaßt sich mit wissenschaftlichen Studien, ist verheiratet mit der Tochter des früheren Pächters und jetzigen Aktionärs der Spielbank in Monte Carlo, Camille Blanc, und sehr vermögend) in Sofia, reiste hierauf nach Brüssel und traf daselbst auch mit dem rumänischen Gesandten zusammen. Das Gespräch berührte bald die Politik und meinte Prinz Napoléon, daß die Stellung Rumäniens sehr gesichert sei, da es ja mit Österreich-Ungarn eine Militärkonvention abgeschlossen habe. Der rumänische Gesandte war hierüber sehr erstaunt und dementierte jegliche Existenz einer solchen, worauf Prinz Napoléon ihm lächelnd erwiderte, daß man ihm in Sofia Einblick in eine Abschrift des diesbezüglichen Vertrages gestattet habe. Der Gesandte meldete dies dem König und Seine Majestät sprach meinem Kollegen gegenüber seine Entrüstung über diese falsche Nachricht aus und bezeichnete den Vertrag — welchen man, wenn überhaupt, nie schriftlich, sondern nur mündlich schließen würde — als eine plumpe Fälschung.

Bilimek, Hauptmann.

Bukarest, am 22. Juni 1911."

Marokkofrage. Als wichtigstes Ereignis in der Politik der Westmächte stand die wieder aufgetauchte Marokkofrage im Vordergrund. Wenn man diese durch die diplomatische Aktion der Algeciras-Akte (28. März 1906) und des Marokko-Vertrages (9. Feber 1909) geordnet glaubte, so war dies ein Irrtum. Der erste Aufstand der Mauren und

das darauf erfolgende militärische Eingreifen Frankreichs und Spaniens, sowie die diplomatische Einmengung Deutschlands und Englands schufen einen neuen Konflikt. Im März 1911 brach General Moinier (ca. 20.000 Mann) von Casablanca auf, besetzte am 21. Mai Fez, am 14. Juni Mekinez. Die Spanier okkupierten im Juni El Kasr und Larasch. Im Juli legte sich das deutsche Kanonenboot „Panther“*) vor Agadir**). In die hierauf zwischen Deutschland und Frankreich erfolgenden Verhandlungen griff England feindlich gegen Deutschland ein, wodurch die Kriegsgefahr heraufbeschworen wurde. Die damals besseren Beziehungen Deutschlands mit Rußland, mit dem es sich im August hinsichtlich Persiens verständigt hatte, Umformungen im russischen Heerwesen, die Sorge vor Österreich-Ungarns Zusammengehen mit Deutschland, angeblich auch die Unfertigkeit der englischen Marine mochten mit Ursache gewesen sein, daß der Krieg vermieden blieb und Deutschland und Frankreich sich in den Verträgen vom 4. November 1911 verständigten. Sie befriedigten allerdings weder in Deutschland noch in Frankreich.

Ob es für Deutschland ein Glück war, daß die kriegerische Austragung damals unterblieb, mag dahingestellt bleiben.

In eigentümlichem Lichte erschien bereits in diesem Konflikte die Rolle Englands. Zur Zeit der Verhandlungen im Juli 1911 bezeichnete der Minister des Äußern, Grey, die Forderungen Deutschlands an Frankreich für unannehmbar und der Schatzkanzler Lloyd George erklärte, daß England eine Verletzung seiner Lebensinteressen und eine Hintansetzung seiner Stellung nicht hinnehmen dürfe. Zwar schwächte der Ministerpräsident Asquith in öffentlicher Rede diese Drohungen dahin ab, daß sich Englands Verwahrung nur auf die Marokko-Angelegenheit beziehe, aber es fehlte nicht an Anzeichen, daß England damit rechne, im Kriegsfalle aktiv an die Seite Frankreichs zu treten. Die Enthüllungen der englischen Unterhausmitglieder Oberst Faber, Buxton und Ponsomby wiesen darauf hin, daß ein Eingreifen hätte über Belgien geschehen sollen. Der Mangel an Transportschiffen und die Sorge vor der deutschen Flotte sollen aber dagegen gesprochen haben.

Ein bemerkenswertes Licht auf diese Verhältnisse wirft ein Bericht des neu ernannten k. u. k. Militärattachés in London, Hauptmann Horváth:

---

*) Später abgelöst durch Kreuzer „Berlin“ und Kanonenboot „Eber“.

**) An der Westküste Marokkos.

„Präs. 27. November 1911.
Geh. Nr. 64/1911.

London, am 22. November 1911.

Euer Exzellenz!

Obwohl ich erst ganz kurze Zeit auf meinem Posten bin und noch keine Gelegenheit hatte, mit maßgebenden Persönlichkeiten recht in Fühlung zu treten, glaube ich doch durch aufmerksames Verfolgen aller Erscheinungen, insbesondere im Parlament und in der Presse, ein Urteil über die politische Stimmung in England bilden zu können.

Eine große Erleichterung bemächtigte sich der Gemüter durch den Abschluß des deutsch-französischen Marokko-Abkommens, mit welchem die Kriegsgefahr für England abgewendet erscheint. Daß sie um die kritische Zeit arg befürchtet und von den Eingeweihten erwartet wurde, ist aus mannigfachen Äußerungen und Enthüllungen (Ponsomby, Faber etc.) zu entnehmen. Der großen Masse wurden aber erst jetzt durch die sensationelle Rede Capt. Fabers (Parlamentsmitglied, Unionist) und die darauffolgenden Kommentare die Augen geöffnet und deshalb sieht man die fast täglich wiederkehrenden Angriffe im Parlament — selbst von liberaler Seite — gegen Sir Edward Grey wegen der zu weit gehenden Geheimhaltung der Vorgänge in der äußeren Politik. Man macht der Regierung den Vorwurf, daß sie sich der Kontrolle des Parlaments unter dem Titel, diplomatische Geheimnisse nicht preisgeben zu können, entziehe und immer mehr Politik auf eigene Faust und unbekümmert um den Willen des Volkes treibe.

Die Enthüllungen Capt. Fabers, sowie die anscheinend von authentischer Seite inspirierten Widerlegungen (›Daily Telegraph‹) lassen mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit feststellen, daß zwischen England und Frankreich nicht nur eine Entente, sondern ein Bündnis bestehe. Es zweifelt niemand mehr daran, daß Feldmarschall Sir William Nicholson, Chef des Reichsgeneralstabes, im Einvernehmen mit dem Chef des französischen Generalstabes einen gemeinsamen Operationsplan ausgearbeitet hat, wonach die ganze sogenannte Expeditionsarmee (6 Divisionen) sofort nach Kriegserklärung auf den Kontinent — man munkelt nach Belgien — gebracht werden sollte. Die ganze Unternehmung scheiterte nur am Widerstand der Marine, die nicht kooperieren wollte. Zur Charakteristik dessen, daß man diesen Enthüllungen doch einigen Glauben schenken darf, möchte ich ein Gespräch anführen, das ich mit Generalmajor Wilson, dem Chef des Operationsbureaus, gelegentlich meiner Vorstellung im War Office (16. November) geführt habe. Ich sah eine Menge Akten auf seinem Tisch liegen und sagte, darauf hin-

weisend: »Herr General sind wohl der meistbeschäftigte Mann im Ministerium?« »Ja, wir arbeiten fort für den Krieg und es kommt nicht dazu,« antwortete er. »Wie schade,« bemerkte ich scherzhaft, worauf er lachend erwiderte: »Nicht wahr? es ist wirklich schade!« Wiewohl das ganze Gespräch einen scherzhaften Charakter trug, glaube ich doch mehr Ernst dahinter zu verspüren, als wir beide der Sache an Anschein geben wollten.

Was die Kampfbereitschaft der Flotte zur Zeit der Krise anbelangt, so läßt sich aus dem Wust an Enthüllungen und Richtigstellungen mit einiger Sicherheit entnehmen, daß

a) die englische Home Fleet*) tatsächlich auf drei weitentfernten Punkten verteilt war und wenn man auch beschönigend anführt, daß die zwei Dreadnoughtdivisionen verhältnismäßig nahe zu einander an der Ostküste Schottlands lagen, so wird anderseits doch zugegeben, daß zur selben Zeit die dritte Division in den irischen Gewässern sich aufhielt; ferner daß

b) man doch die deutsche Hochseeflotte plötzlich außer Sicht bekam und ihren Überfall befürchtete; denn warum hätten sonst die Schlachtschiffe ihre Torpedonetze ausgelegt, was trotz aller sonstigen Dementis als Tatsache angeführt wird?

Daß etwas nicht in Ordnung war — sei es in der Bereitschaft der Flotte selbst, sei es im Weigern der Admiralität zur Kooperation mit der Landarmee — ist aus der Tatsache zu entnehmen, daß die Stelle des früheren Marineministers plötzlich durch Winston Churchill, dem bisherigen Minister fürs Innere, besetzt wurde, dem die Faberschen Enthüllungen nachsagen, daß er nebst Lloyd George der eifrigste Fürsprecher der Kooperation mit Frankreich im Kabinett war.

Aus der Marokkokrise will man übrigens von mancher Seite die Notwendigkeit zur Verstärkung der Armee, ja selbst zur allgemeinen Wehrpflicht ableiten. Man beruft sich darauf, daß Frankreich selbst mit Unterstützung Englands in einem Kriege gegen Deutschland unterlegen wäre, und da auf eine tatkräftige Unterstützung Rußlands nicht zu rechnen sei, Frankreich schließlich zur Erkenntnis kommen müsse, daß alle Opfer nutzlos sind, um gegen Deutschlands Übermacht sich zu wehren. Es bliebe demnach Frankreich nichts anderes übrig, als die Entente mit England aufzugeben und sich ins Schlepptau deutscher Politik nehmen zu lassen. Schließlich wäre dann Englands Kolonialmacht durch Deutschlands uneingeschränkte Präponderanz gefährdet; es

---

*) Heimatflotte.

sei mithin Englands vitalstes Interesse, seine Armee zu verstärken, um ein begehrter und kraftvoller Bundesgenosse für Frankreich zu sein.

Zunächst scheint die englische Regierung — dies ist mein ganz subjektives Empfinden — dahin zu arbeiten, um Italien gefällig zu sein und dem Dreibund zu entfremden. Daher bereiten die häufigen Interpellationen wegen italienischer Grausamkeiten, Interventionen zur Herbeiführung des Friedens, Anfragen, ob der britische Konsul die Regierung über alle Vorgänge am Kriegsschauplatz genau informiere und über die britischen Interessen gehörig wache etc. etc., der Regierung sichtlich Unannehmlichkeiten, und Mr. Asquith wie Sir Edward Grey weichen jeder solchen Interpellation mit allgemeinen Redensarten aus oder lassen sie überhaupt unbeantwortet. Türkische Sympathien scheinen der Regierung sehr unangenehm zu sein, hingegen werden Nachrichten über den angeblichen Druck Österreichs und Deutschlands gegen jede Erweiterung des Kriegsschauplatzes mit großem Behagen kolportiert, bei der Disziplin der englischen Presse wahrscheinlich nicht ohne Einfluß des Foreign Office. So ist auch die Aktion einiger Abgeordneter, eine Adresse an die Regierung zu richten, in welcher sie aufgefordert werden soll, im Interesse des Friedens zu intervenieren, eigentlich gescheitert und trotz wiederholter Einberufung eines bezüglichen Meetings im Westminster Hall wurde dasselbe kaum von einigen Abgeordneten aufgesucht.

Ein tödliches Schweigen herrscht über Ägypten. Dieses Schweigen scheint mir beredt und der Beweis für die große Angst zu sein, daß der heilige Krieg gegen die Italiener auch in Ägypten Anklang finden wird. Einen Ausdruck hiefür glaube ich beispielsweise in der Resolution zu finden, die bei dem vorerwähnten Meeting im Westminster Hall gefaßt wurde und wonach die Regierung aufgefordert werden sollte, mit Rücksicht auf 80 Millionen loyaler mohammedanischer Untertanen die Friedensintervention ins Werk zu setzen, welche Berufung jedoch über Antrag mehrerer Anwesenden als »inopportun« (!) in den Beschluß nicht aufgenommen wurde.

Die Entrüstung über italienische Grausamkeiten ist übrigens merklich abgeflaut, seitdem die Engländer sich selbst bei der Nase packen mußten. W. Blunt, einstiger Kriegskorrespondent und jetzt Grafschaftsrat in Sussex, veröffentlichte kürzlich seine Erinnerungen aus dem Sudanfeldzug unter dem Titel »Gordon at Khartoum«. Darin findet sich unter anderem folgender Passus: »Diese englischen Soldaten sind nichts wie Mörder! Was stellen sie eigentlich dar? Eine verrottete Schar des Abschaums des Diebsgesindels von Whitechapel (d. i. des vom ärmsten Pöbel Londons bewohnten Stadtteils)...« Ein Sturm der Empörung entstand über dieses Urteil und war auch Gegenstand einer Interpellation

im Abgeordnetenhause, worauf Col. Seely, Unterstaatssekretär für Krieg, in emphatischer Weise die englische Armee in Schutz nahm und versicherte, man werde alles tun, was im Rahmen des Gesetzes möglich sei, um W. Blunts Tätigkeit im öffentlichen Leben einzuschränken. Wie dem auch sei, die »Italian atrocities« werden — zumindest in Presse und Parlament — auf einmal mit Schweigen übergangen und ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich vermute, daß die Interpellation wegen Blunts Anklagen eine abgekartete Sache war, um den für die Regierung so unangenehmen Beschwerden gegen italienische Grausamkeiten den Boden zu entziehen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner tiefgefühlten Verehrung, in der ich verharre als

Euer Exzellenz gehorsamst ergebener

Koloman Horváth, Hauptmann."

Nach Abflauen der Kriegsgefahr stellte allerdings Grey in Abrede, daß eine solche bestanden habe, und der belgische Minister leugnete, daß die Landung eines englischen Heeres in Belgien beabsichtigt gewesen wäre.

Der am 22. Juni 1911 gekrönte König von England, Georg V., trat die Reise nach Indien an. Am 12. Dezember 1911 fand in Delhi unter großem Gepränge die Kaiserkrönung statt.

Indessen war auch im Innern der Kampf durch Annahme der Veto-Bill beendet. Allerdings durch eine das Zweikammersystem eigentlich aufhebende Herabdrückung des Hauses der Lords.

Für Englands schließliches Ausweichen in der Marokkokrisis mag möglicherweise auch mitgesprochen haben, daß, wie eine Reichskonferenz erwies, die Kolonien ihre Selbständigkeit nicht beschränken und sich zur grundsätzlichen Heeresfolge nicht verpflichten wollten, dann, daß die Union mit Kanada Verhandlungen pflegte, welche die Möglichkeit eines Zusammenschlusses beider nicht ausschlossen.

Auch Frankreich war zur Zeit der Marokkokrisis von inneren Kämpfen heimgesucht, die schließlich zur Trennung von Kirche und Staat und zur Annahme des Altersversorgungsgesetzes führten.

Deutschland hatte anfangs des Jahres 1911 gleichfalls wichtige innere Fragen ausgetragen: im Feber die Annahme des erhöhten Rekrutenkontingentes, im Mai jene der elsässischen Verfassung und des Reichs-Versicherungsgesetzes. Die Marokkokrise verlegte jedoch das Schwergewicht in die äußere Politik.

Bei der kritischen Lage, die den Ausbruch eines Krieges nahe rückte, war Deutschland begreiflicherweise dafür interessiert, wie sich Österreich-Ungarn in diesem Falle, also bei einem Krieg zwischen Deutschland einerseits, England und Frankreich andrerseits, aber bei Ausschluß Ruß-

lands stellen würde. Deutschland konnte daher nicht gleichgültig bleiben gegen die schon Ende 1910 in einigen Journalen Österreich-Ungarns erschienenen, das Bündnis der Monarchie mit Deutschland bekämpfenden Artikel. Auf Grund des Auftrages, mir über diese Stimmung zu berichten, schrieb der k. u. k. Militärattaché in Berlin, Major Baron Bienerth:

„Euer Exzellenz!

Dem mündlichen Auftrage E. E. hinsichtlich der Bündnisstimmung in Deutschland habe ich versucht zu entsprechen. Im folgenden bitte ich E. E., meine Eindrücke darlegen zu dürfen.

Durch den k. u. k. Botschafter habe ich erfahren, daß der deutsche Botschafter in Wien, Exzellenz von Tschirschky und Bögendorff, an den Reichskanzler etwa zu Weihnachten einen Privatbrief geschrieben habe, in welchem er es als unangenehmes Symptom hinstellt, daß in einigen Blättern der Presse der Monarchie Artikel gegen das innige Bündnisverhältnis der Monarchie zu Deutschland erschienen seien. Ob Exzellenz von Tschirschky diese Frage auch im k. u. k. Ministerium des Äußern berührt hat, wurde hier nicht bekannt. Immerhin ist aber diese Äußerung ein Anzeichen dafür, daß man in den offiziellen Stellen keine Änderung des Bündnisverhältnisses eintreten sehen möchte.

Vor einigen Tagen hatte ich Gelegenheit, mit Seiner Exzellenz dem Chef des Generalstabes, General der Infanterie von Moltke, zu sprechen. Seine Exzellenz meinte, daß er mir gar nichts Wesentliches mitteilen könne, da sich in der Lage nichts verändert habe.

Hinsichtlich des Ergebnisses der Potsdamer Zusammenkunft*) Seiner Majestät des Deutschen Kaisers mit dem Zar habe ich E. E. bereits mündlich gemeldet, daß Seine K. und K. Hoheit der Erzherzog Franz Ferdinand bei seinem Jagdbesuche in Springe hierüber von Seiner Majestät dem Kaiser orientiert wurde mit dem Wunsche, Seiner K. und K. Majestät darüber Bericht zu erstatten. Inzwischen wurde der Schleier über dieses Ergebnis bereits gelüftet. Sowohl der Reichskanzler hat darüber im Reichstage gesprochen, als der russische Minister des Äußern. Ebenso hat der französische Minister des Äußern in der Kammer diese Frage besprochen. Dieselbe bildete in der französischen und englischen Presse den Gegenstand eingehender Erörterungen. Ich glaube, daß es den Intentionen Seiner K. und K. Hoheit des Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand vollkommen entspricht, wenn sich das Verhältnis Deutschlands zu Rußland bessert, was vielleicht auch von Einfluß sein könnte auf das Verhältnis der Monarchie zu Rußland. Und gerade dies scheinen Frank-

---

*) Diese fand statt am 4. November 1910.

reich und England zu befürchten. Die Aufregung dieser beiden Staaten wurde, wie ich glaube, hier sehr ruhig beurteilt.

Nach alledem kann ich E. E. nur meiner Meinung dahin Ausdruck geben, daß sich hier in den Anschauungen über unser Bundesverhältnis nichts geändert habe. Sollten mir weitere Daten zugänglich werden, so werde ich sofort hierüber E. E. berichten. Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner steten Verehrung als

Euer Exzellenz gehorsamster

Bienerth, Major.

Präsentiert Wien, am 20. Jänner 1911."

Bezüglich des in diesem Bericht erwähnten Verhältnisses zu Rußland war es bedeutungsvoll, daß am 19. August 1911 zwischen Deutschland und Rußland ein Abkommen zustande kam, in dem sich beide Staaten hinsichtlich Persiens und des Anschlusses der dortigen Bahnen an die Bagdadbahn einigten. Jedenfalls war damals das Verhältnis beider Reiche zueinander äußerlich ein gutes. Ob dies auch im Kriegsfalle Deutschlands gegen Frankreich und England so geblieben wäre, und ob sich diese Disposition Rußlands auch auf Deutschlands Bundesgenossen Österreich-Ungarn erstreckt hätte, blieb allerdings fraglich. Greifbar aber war, daß Rußland sehr an inneren Kämpfen litt und seine Heeresausgestaltung noch zurückstand.

Die dem Bündnis mit Deutschland feindlichen Artikel der ö.-u. Presse setzten sich auch während der Marokkokrisis fort.

Am 9. September 1911 besuchte mich der deutsche Militärattaché in Wien, Graf Kageneck. Er teilte mir mit, daß dies in Deutschland unangenehm empfunden werde, wobei er insbesondere auf den sogenannten Cartwright-Artikel der „Neuen Freien Presse" vom 25. August 1911 hinwies.

Ich erwiderte, daß die Zeitungen nicht die Ansichten der offiziellen Kreise repräsentieren, sie ja auch nicht kennen, und fügte bei:

„Ich gehe so weit, daß ich Ihnen unter vier Augen, aber mit der Bewilligung, es General von Moltke mitzuteilen, sage, daß ich bereits bei Seiner Majestät die Bitte vorgebracht habe, Verhandlungen darüber einleiten zu lassen, wie sich die Monarchie im Kriegsfalle zwischen Deutschland und Frankreich bei Abseitsbleiben Rußlands stellen würde, welche Vorbereitungen und Maßnahmen daher unsererseits in militärischer Hinsicht zu treffen wären — Aufmarsch, Instradierung usw. — daß jedoch Seine Majestät den Zeitpunkt hiefür noch nicht gekommen erachtete, da er nicht glaube, daß es zum Krieg kommen werde."

Graf Kageneck hatte sich hierauf nach Berlin gewendet und mir in einem Schreiben vom 23. September 1911 mitgeteilt:

„Exzellenz von Moltke antwortete mir auf meinen im Auftrage E. E. damals geschriebenen Brief: »Dem Herrn, in dessen Auftrag Sie geschrieben haben, bitte ich meinen besten Dank zu sagen und ihm Grüße von mir auszurichten. Er wird wissen, daß ich dieselben Gesinnungen hege wie er und daß ich unbedingtes Vertrauen zu ihm habe.« Wie ich übrigens gestern in einer Berliner Zeitung lese, scheint der Generalstabschef doch noch in die Bukowina zur Hirschbrunft abgereist zu sein. Wegen Marokko braucht er sich ja nun nicht mehr den Kopf zu zerbrechen."

Die Verhandlungen Deutschlands und Frankreichs nahmen eben einen friedlichen Verlauf, der am 4. November 1911 zum Abschluß des Marokko-Vertrages führte.

Wie schon aus manchen Stellen der früheren Darlegungen hervorgeht, stand man in Deutschland dem Bundesverhältnisse mit Italien stets vertrauensvoll gegenüber, während ich, so oft die Sprache hierauf kam, meine gegenteilige Meinung vertrat. Es fehlte denn deutscherseits nicht an Versuchen, mich von meiner Meinung abzubringen und mir Beweise für Italiens Bundestreue zu bieten.

Bezeichnend in dieser Hinsicht ist nachfolgender Bericht des k. u. k. Militärattachés in Berlin vom 12. Oktober 1911:

„Euer Exzellenz!

Nach der Schlußbesprechung am 13. September, als dem letzten Tage der Kaisermanöver, geruhten Seine Majestät der Kaiser und König mich gelegentlich meiner Abmeldung in ein Gespräch zu ziehen, dessen Inhalt ich dem Allerhöchsten Auftrage zufolge nur E. E. zur Kenntnis bringen soll. Im nachfolgenden komme ich diesem Allerhöchsten Auftrage nach.

Seine Majestät erzählte mir folgendes:

»Gelegentlich des Besuches Seiner K. und K. Hoheit des Kronprinzen beim König von Italien zur Jagd auf Steinböcke brachte Höchstderselbe das Gespräch auf das Gebiet der äußeren Politik, wie er es so gerne tue. Dabei stellte Seine K. und K. Hoheit an Seine Majestät den König von Italien direkt die Frage, wie sich Italien bei einem Konflikt Deutschlands mit Frankreich aus Anlaß der Marokkofrage verhalten hätte und gab Höchstseiner Meinung dahin Ausdruck, daß wohl mehr als eine wohlwollende Neutralität kaum zu erwarten wäre. Dem widersprach Seine Majestät der König von Italien und sagte, daß er den durch die Bestimmungen des Dreibundvertrages Italien auferlegten Bedingungen bis auf seinen letzten Mann gerecht geworden wäre.

Es sei dies seit dem Tode Seiner Majestät des Königs Humbert I. von Italien das erste Mal, daß er über die Auffassung und Bündnistreue Italiens eine Äußerung wisse, welche in so bestimmter Form gehalten sei. Es sei dies bei den jetzigen Verhandlungen über Marokko für ihn von großem Werte gewesen, zu wissen, daß eventuell italienische Truppen, wie dies vertragsmäßig vorgesehen und vorbereitet ist, mitkämpfen würden.

Seine Majestät habe Seiner K. u. K. Hoheit dem Herrn Erzherzog Franz Ferdinand bei Höchstseinem Besuche in Kiel am 5. September von dieser Äußerung Seiner Majestät des Königs von Italien Mitteilung gemacht. Höchstderselbe sei hierüber sehr erstaunt gewesen. Bei der späteren Unterredung Seiner K. und K. Hoheit mit Seiner Exzellenz dem Reichskanzler sei die Bedeutung dieser Mitteilung bereits zum Ausdrucke gekommen, wie Seine Exzellenz der Reichskanzler Seiner Majestät berichtet habe.‹

Wer von dieser Mitteilung außer den angeführten Allerhöchsten und Höchsten Personen und Seiner Exzellenz dem Reichskanzler Kenntnis hat, ist mir nicht bekannt. Seitens des Auswärtigen Amtes wurde dem k. u. k. Botschafter bisher hievon keine Mitteilung gemacht. Allerdings war Seine Exzellenz der k. u. k. Botschafter nicht in Berlin anwesend und hatte auch jetzt noch keine Gelegenheit, mit Seiner Majestät dem Kaiser und König zu sprechen. Dem Geschäftsträger, Botschaftsrat Baron Flotow, wurde seitens Seiner Exzellenz des Herrn Staatssekretärs von Kiderlen keine Erwähnung getan, obwohl die beiden Herren sehr oft Unterredungen hatten. Ebensowenig ist es mir bekannt, wem Seine K. und K. Hoheit von dieser Nachricht Kenntnis gegeben hat. Ich habe nur von Seiner Majestät den Auftrag, dies zur persönlichen Kenntnis E. E. zu bringen und werde selbstredend sonst absolut kein Wort darüber reden.

Mit dem Ausdrucke meiner tiefsten Verehrung und Ehrerbietung verbleibe ich

Euer Exzellenz ganz gehorsamster

Bienerth.

Berlin, am 12. Oktober 1911."

Nach dem Verhalten Italiens im Weltkriege bedarf es wohl keines Kommentars für die Zuverlässigkeit der im obigen Schreiben wiedergegebenen italienischen Versicherungen.

Mich haben sie nicht abgehalten, in Italien den zielbewußten Feind der Monarchie zu sehen und nicht veranlaßt, von meinen

Anschauungen abzuweichen, die ich in dem schon früher vollinhaltlich angeführten Schreiben an Graf Ährenthal vom 24. September 1911 ausgesprochen hatte. (Seite 172.)

Im gleichen Sinne habe ich das folgende Schreiben an Seine Kaiserliche Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand gerichtet:

„Steyr, 12. Oktober 1911 abends*).

Euer Kaiserliche Hoheit!

Geruhen Euer Kaiserliche Hoheit meinen ehrfurchtsvollsten Dank für Euer Kaiserlichen Hoheit so gnädiges Schreiben entgegenzunehmen.

Ich habe teils schriftlich, teils mündlich meine schweren Bedenken über die vertrauensselige Politik gegenüber Italien Seiner Majestät a. u. vorgetragen und hervorgehoben, daß ich es dringend geboten erachte, unsere militärischen Vorbereitungen, und zwar ebenso zu Land als zur See, auf das schleunigste zu vervollständigen, ohne sich um die fortwährenden Rücksichten und Bedenken des Ministers des Äußern zu kümmern.

Ich habe in unsere Diplomatie nicht das Vertrauen, um nur von ihrem Wohlmeinen die militärischen Vorkehrungen abhängig zu machen.

Daß sie auch jetzt wieder durch die Aktion Italiens völlig überrascht war, steht außer Zweifel, charakteristisch ist dafür, daß gerade zur kritischen Zeit sowohl der Botschafter in Rom, als jener in Konstantinopel auf Urlaub waren.

Geruhen Euer Kaiserliche Hoheit den Ausdruck ehrfurchtsvollster Ergebenheit entgegenzunehmen von

Eurer Kaiserlichen Hoheit treu gehorsamstem

Conrad."

Aus der Schweiz hatte ich Nachrichten, daß in Serbien Befehl an die Divisionskommanden ergangen sei, sich für die Mobilmachung bereitzuhalten, im östlichen Frankreich Truppenansammlungen stattfänden und die deutschen Sozialdemokraten ihre Parteikassen in die Schweiz geflüchtet hätten.

Gelegentlich eines Briefwechsels mit dem schweizerischen Chef des Generalstabes, Oberst-Korpskommandanten von Sprecher, anläßlich Einladung desselben zu unseren Armeemanövern, gab ich in einem Schreiben vom 16. August 1911 meiner Ansicht über die Lage dahin Ausdruck, „daß ich die Großmächte wenig geneigt für eine kriegerische Lösung

*) Ich befand mich dort zur praktischen Prüfung der Stabsoffiziersaspiranten für den Generalstab.

halte, daher auf den friedlichen Verlauf der schwebenden Fragen geschlossen werden könne, daß Albanien momentan beruhigt sei und es hinsichtlich Marokkos zu einem Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland kommen dürfte, bei dem jeder Teil sich das Möglichste herausschlagen, keiner aber deshalb Krieg führen wird".

Wie Rußland sich hiezu stellen dürfte, ist schon gestreift; die Schwere seiner inneren Kämpfe (auch in der Duma) erhielt eine traurige Beleuchtung durch das Attentat auf Stolypin, dem er am 18. September 1911 erlag. Auch in Finnland, das allmählich vergewaltigt wurde, bestanden dauernde Schwierigkeiten. In der äußeren Politik sprach sich durch den Zarenbesuch in Potsdam und durch das persische Abkommen wenigstens äußerlich ein gutes Verhältnis zu Deutschland aus. Doch war in Rußland stets mit zwei Strömungen zu rechnen, deren eine durch Mitglieder des Zarenhofes, deren andere durch die nationalistische, panslawistische Partei repräsentiert erschien. Nach beiden dieser Richtungen war daher besondere Aufmerksamkeit geboten und Fühlung zu nehmen.

Im nachstehenden, am 14. März 1911 erhaltenen Schreiben schildert der neu ernannte k. u. k. Militärattaché in Petersburg, Hauptmann Prinz Hohenlohe, seine ersten Eindrücke:

„Euer Exzellenz!

Als Ergänzung meines ersten Berichtes, Res. Nr. 37 von 1911, möchte ich mir erlauben, E. E. in einigen Worten über die Eindrücke zu berichten, die ich bei meinem Eintritt in die hiesige Gesellschaft und die offiziellen Kreise gewonnen habe.

Zunächst möchte ich die überaus freundliche Art und das große Entgegenkommen hervorheben, das mir von Seite Seiner Exzellenz des Herrn Botschafters und der Gräfin Berchtold gleich bei meiner Ankunft zuteil wurde, sowie auch die freundliche Unterstützung und sehr schätzenswerten Aufklärungen, deren ich von den der k. u. k. Botschaft zugeteilten Herren teilhaftig wurde.

Ich wurde vom Herrn Botschafter gleich am Tage meiner Ankunft zum Dejeuner eingeladen, bei welcher Gelegenheit ich alle Mitglieder der Botschaft kennen lernte.

Am Abend desselben Tages hatte ich gleich ein offizielles Diner auf der Botschaft, wobei ich mit 30 Personen bekannt wurde.

Von allen Seiten kam man mir enorm sympathisch entgegen und ist die ganz besonders gute und freundschaftliche Erinnerung, die man

meinem Vetter Gottfried Hohenlohe*) hier bewahrt, für mich von großem Vorteil und ein Anknüpfungspunkt von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Ich bin bereits teils auf Soireen, teils im kaiserlichen Jacht-Klub mit sehr viel Leuten in einflußreicher Stellung bekannt geworden und hatte die Ehre, den Großfürsten Nikolai Nikolaiewitsch, Sergius und Nikolai Mihailowitsch, Kyrill, Boris und André Wladimirowitsch, Dimitry Pawlowitsch und auch der Großfürstin Maria Pawlowna vorgestellt zu werden.

Letztere speziell war überaus gnädig und sagte mir unter anderem: »Ich hoffe, Sie werden sich hier ebenso wohlfühlen wie ‚Gottfried', den wir alle sehr gerne hatten.«

Allgemein wird hier das bevorstehende Scheiden des k. u. k. Botschafters und der Gräfin Berchtold bedauert. Beide sind hier sehr beliebt und geschätzt.

Am 3. März (18. Feber) war der große Ball auf der hiesigen Botschaft, der sehr glänzend und animiert verlief.

Verzeihen E. E. den etwas salonblattartigen Inhalt meines Schreibens, doch wird er vielleicht dazu beitragen, darzutun, daß es mir gelungen ist, sowohl in meiner offiziellen als auch gesellschaftlichen Stellung Fuß zu fassen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner vorzüglichen Verehrung, mit welcher ich zeichne als

Euer Exzellenz gehorsamer

Hohenlohe, Hauptmann.

St. Petersburg, am 5. März 1911."

Rußland schien im Jahre 1911 einem kriegerischen Engagement in Europa abgeneigt. Es verfolgte seine Ziele in Asien, speziell in Persien, was nicht ohne Differenzen mit England ablief. Unbekümmert um letztere besetzte es schließlich am 27. Dezember 1911 Täbris. Nicht ohne Sorge rechnete es mit der Möglichkeit, daß Österreich-Ungarn die günstige Gelegenheit benützen werde, in aktiver Weise seinen Balkaninteressen nachzugehen. All diese Fragen finden eine Beleuchtung im nachfolgenden Schreiben des k. u. k. Petersburger Militärattachés, das ich am 24. November erhalten hatte:

---

*) War als Major im Generalstabe Militärattaché in Petersburg, wurde dann k. u. k. Botschafter in Berlin, an welcher Stelle er sich auch während des Weltkrieges befand.

„Euer Exzellenz!

Mit gestrigem Tage hier angelangt, glaubte ich sofort den heute abgehenden Kurier der kaiserlich deutschen Botschaft, der auch von der k. u. k. Botschaft eine Sendung nach Wien mitnimmt, benützen zu sollen, um E. E. über die politische Lage zu berichten.

Was die Gerüchte über die Vorverlegung von Korps der Zentralarmee betrifft, habe ich natürlich noch keine endgültigen Daten, weder in positivem noch in negativem Sinne zu sammeln Gelegenheit gehabt, doch glaube ich aus den Gesprächen, die ich mit Diplomaten und Militärattaché-Kollegen geführt habe, den berechtigten Schluß ziehen zu dürfen, daß diese Gerüchte n i c h t richtig sind.

Wie dieselben entstanden sind, und ob vielleicht an denselben doch etwas Wahres sein mag, wenn auch nicht mit aggressiver Tendenz gegen die Monarchie, sondern vielleicht in Form einer Probemobilisierung einerseits oder in Form von Verlegung von Teilen dieser Korps in weiter südlich gelegene Garnisonen — mit Rücksicht auf die in nächster Zeit möglichen Ereignisse in Nordpersien andererseits — kann ich jetzt noch nicht berichten, doch werde ich diese Frage im Auge behalten und hoffe E. E. bald genaueren Bericht erstatten zu können.

Die Ereignisse des italienisch-türkischen Krieges in Tripolis sowohl, als auch die Gefahr allgemeiner Verwicklungen, die jetzt als Damoklesschwert über dem Balkan hängt, haben gewiß auch hier ihre Wirkungen auf die maßgebenden politischen Kreise sowohl, als auch auf die öffentliche Meinung gehabt.

Bei Beurteilung der Situation glaube ich aber, daß man in Rußland mehr als irgendwo sonst die Stimmung der maßgebenden leitenden Kreise von jener der öffentlichen Meinung streng trennen muß.

Gemeinsam ist hiebei beiden nur d i e S o r g e, d a ß d i e ö.-u. M o n a r c h i e e i n I n t e r e s s e h a b e n k ö n n t e, d i e j e t z i g e G e l e g e n h e i t a u s z u n ü t z e n, u m a m B a l k a n w e i t g e h e n d e E r f o l g e z u e r z i e l e n.

Die leitenden hiesigen Kreise und, soviel ich weiß, auch persönlich Seine Majestät der Kaiser wünschen und hoffen f ü r d e n A u g e n b l i c k den status quo am Balkan erhalten zu können und dieser Wunsch muß naturgemäß, wenn er zur Verwirklichung führen soll, jede aggressive Tendenz gegen die Monarchie ausschließen.

Ob hiebei mehr das Gefühl der eigenen Schwäche, oder aber das Bewußtsein maßgebend waren, daß Rußland in nächster Zeit sowohl durch die Vorgänge in Persien, als auch vielleicht jene in der Mandschurei absorbiert sein dürfte, mag dahingestellt bleiben.

Insolange es also gelingt, den Balkan aus dem italienisch-türkischen Krieg auszuschalten, wird man sich auch hier — ich glaube mit Freuden — jeder aggressiven Politik enthalten.

Die öffentliche Meinung und die Pläne des Herrn von Tscharikow bezüglich Aufrollens der Dardanellenfrage werden meiner Meinung nach keinen weitgehenden Einfluß auf die Ereignisse haben, und es wird Rußland außer auf diplomatischem Wege die Erfüllung seiner Wünsche bezüglich der Dardanellenfrage j e t z t wohl kaum anstreben.

Heute bringen bereits die hiesigen Zeitungen die Nachricht über den Einmarsch russischer Truppen (aller Waffen) in Persien.

Dieselben konzentrieren sich zunächst »am Wege nach Teheran« in der Stadt Kaswin.

Gestern erfuhr ich aus englischer Quelle, daß die englische Diplomatie sich vergeblich bemüht habe, den Einmarsch der russischen Truppen, wenn auch nur um Tage zu verzögern, da man dadurch noch immer die diplomatische Regelung der Angelegenheit zu sichern hoffte.

In hiesigen englischen Kreisen ist man über das russische Ultimatum, sowie auch über den Einmarsch sehr aufgeregt. Die weitere Heranziehung indisch-englischer Truppen nach Persien ist möglich.

Die Probemobilisierungen, die im heurigen Herbst in großem Umfang unter Heranziehung von Landespferden und Ausrüstung der Trains an der preußisch-russischen Grenze stattfanden und auch in der deutschen Presse kommentiert wurden, waren, wie ich aus sicherer Quelle erfuhr, v o r h e r durch den kaiserlich russischen Botschafter in Berlin bekanntgegeben worden, um — wie es ausdrücklich hieß — keine unnötige Beunruhigung der öffentlichen Meinung hervorzurufen.

Die Auflassung der Festung Warschau, die nunmehr zur Tatsache geworden ist, und die auch gegen die neuerliche Vorverlegung von Korps nach Westen spricht, werde ich in einem eigenen Bericht zu melden Gelegenheit haben.

Am Schlusse möchte ich besonders betonen, daß ich hier den Eindruck gewonnen habe, daß die leitenden maßgebenden Kreise, weit entfernt, gegen die Monarchie eine aggressive Politik zu verfolgen, eher nicht abgeneigt wären, eine diplomatische Entente bezüglich des Verhaltens zur italienisch-türkischen Frage und der Ausschaltung der Balkanangelegenheiten zu erreichen.

Daß man sich hiebei von russischer Seite scheut, ein allzugroßes Empressement bezüglich des Eingehens irgendwelcher positiver Verständigungen an den Tag zu legen, ist eben echt russisch und vielleicht eine Gewähr für die Möglichkeit einer Verständigung, wobei aber Rußland uns gegenüber nicht den Anschein geschäftiger Initiative erwecken möchte.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner vorzüglichsten Verehrung, mit welcher ich zeichne als

Euer Exzellenz gehorsam ergebener

Hohenlohe, Hauptmann.

St. Petersburg, am 17. November 1911."

An sonstigen Ereignissen des Jahres 1911 sei in Erinnerung gebracht, daß Spanien im Mai die allgemeine Wehrpflicht einführte, Portugal sich zur Republik umwandelte, Japan und Nordamerika die Ansiedlungsfrage (von Japanern in Amerika) regelten, in China ein im August ausgebrochener Aufstand die Beseitigung der Dynastie und die Erklärung Chinas zur Republik zur Folge hatte. Die Vereinigten Staaten, welche die Revolution in Mexiko (Madero) unterstützten, standen im Konflikt mit diesem Staate, dessen langjähriger, tatkräftiger Präsident Diaz am 24. Mai 1911 sein Amt niederlegte.

Faßt man die allgemeine Lage zusammen, so gibt dies folgendes Bild:

Italien in Tripolis mit der Türkei im Kampf, der durchaus nicht glänzend für Italien stand und auch dessen Flotte in Anspruch nahm; Serbien, Bulgarien, Griechenland in Umformung, beziehungsweise Ausrüstung ihrer Heeresmacht begriffen und gezwungen, mit der militärisch noch nicht gebrochenen Türkei und auch mit Rumänien zu rechnen; Rumänien noch auf Seite Österreich-Ungarns, der dreibundfreundliche Carp am Ruder; Montenegro isoliert; Rußland einem Kriege in Europa abgeneigt, an inneren Schwierigkeiten krankend, militärisch noch nicht fertig, zudem, bei mancher Dissonanz mit England, in Persien engagiert; England, anscheinend aus maritimen Gründen, nicht aktionsbereit; Frankreich unter diesen Verhältnissen zum Kriege nicht gewillt, sondern bereit, die Marokkofrage friedlich auszutragen, *daher:* Österreich-Ungarn in der Lage, gegen *einen* seiner unvermeidbaren, von aggressiven Tendenzen getriebenen Gegner: *Italien* oder *Serbien* vorzugehen.

In seinem äußerst interessanten, im Jahre 1919 erschienenen Buche: „Kriegsursachen" veröffentlicht der ehemalige serbische Geschäftsträger in Berlin, Dr. M. Bogičević, einen Bericht des Londoner serbischen Geschäftsträgers Gruić, in dem sich folgende auf die friedliche Beilegung der Marokkokrise bezügliche Stelle findet:

„Aber sowohl Frankreich wie auch seine Bundesgenossen sind der Ansicht, daß der Krieg — selbst um den Preis größerer Opfer — auf spätere Zeit, das ist auf die Jahre 1914—1915 verschoben werden müsse. Die Notwendigkeit dieses Aufschubes erheischt weniger die materielle Kriegsbereitschaft Frankreichs, welche vollendet ist, als die Organisierung des Oberkommandos, welche noch nicht beendet ist. Diese Frist ist auch Rußland erforderlich. Hievon wird nur England keinen Nutzen haben, weil sich seine Flottenübermacht gegenüber der deutschen mit jedem Jahre verringert. Mit Rücksicht auf die Bereitschaft der Bundesgenossen rät Frankreich, sich jetzt mit Deutschland zu verständigen."

Ferner einen Bericht des serbischen Gesandten in Petersburg (Popović) vom 4. Dezember 1911 über folgende Äußerung des dortigen italienischen Botschafters bezüglich Graf Ährenthals: „Wie er die Schwäche Rußlands zur Zeit der Annexion von Bosnien und der Herzegowina ausgenützt habe, so könne er auch auf die Schwäche Italiens Hoffnungen setzen, das in der Tripolisfrage engagiert sei, und schließlich auch wieder auf die Schwäche Rußlands, das noch nicht stark genug sei, um seine auswärtige Politik ganz so wie es wolle, zu führen."

Graf Ährenthal nützte diese Lage nicht aus!

Die nun folgenden Darlegungen haben die Vorkommnisse zum Gegenstand, die zu meiner Entlassung aus der Stelle des Chefs des Generalstabes, unter Ernennung zum Armeeinspektor, führten.

Der Konflikt mit Graf Ährenthal.

Die große Meinungsdifferenz zwischen mir und Graf Ährenthal geht aus allem Geschilderten hervor. Sie gipfelte darin, daß ich die Monarchie auf dem Wege zu vitalen, schweren Komplikationen begriffen sah, für deren Überwindung sich die Verhältnisse von Jahr zu Jahr verschlechtern mußten, so daß nur rechtzeitiges vorbeugendes Handeln Rettung erhoffen ließ, Graf Ährenthal aber weder diesem Handeln zuneigte, noch mit jener Entschiedenheit für die Entwicklung der Wehrmacht eintrat, die mit Rücksicht auf die kommende Gefahr geboten gewesen wäre. Dazu kam sein Festhalten an der Dreibundpolitik, im Gegensatz zu meinem tiefen Mißtrauen gegenüber Italien.

Ich war mir nicht im Zweifel, daß unser gegenseitiges Verhältnis auf die Dauer unhaltbar sei und Graf Ährenthal eine ihm passende Gelegenheit benützen werde, mich zu beseitigen.

Schon Ende des Jahres 1910 wiesen mannigfache Nachrichten darauf hin, daß Italien das Jahr 1912 als jenen Termin im Auge habe, zu dem es das Wesentlichste seiner militärischen Bereitschaft, also einen Höhepunkt derselben erreicht haben wollte.

Gelegentlich einer Unterredung am 19. Dezember 1910 hatte ich Graf Ährenthal hierauf aufmerksam gemacht und es durch ein Schreiben vom 3. Jänner 1911 ergänzt, in dem ich auf diese Vorbereitungen Italiens hinwies mit dem Beifügen:

„Es erscheint mir der Schluß naheliegend, daß Italien zu dem bezeichneten Termin an eine politische Lage denkt, für welche es seine absolute Schlagfertigkeit gesichert wissen will.

Weitere Schlüsse politischer Natur muß ich selbstredend der Wohlmeinung Eurer Exzellenz überlassen, doch erachtete ich mich verpflichtet, dieses Resultat hierseitiger Studien und Nachrichten Euer Exzellenz bekanntzugeben.“

Ich erhielt hierauf das nachstehende Antwortschreiben:

„Wien, den 6. Jänner 1911.

Hochwohlgeborner Freiherr!

Ich habe das gefällige Schreiben vom 3. d. M. erhalten, in welchem E. E. meine Aufmerksamkeit auf den Umstand lenken, daß die Hochdemselben aus Italien zukommenden Nachrichten übereinstimmend den Termin Ende April 1912 als Zeitpunkt der angestrebten Schlagfertigkeit der italienischen Wehrmacht erkennen lassen.

Ich nehme diese Mitteilung zur Kenntnis und werde nicht verfehlen, die E. E. gemeldeten Wahrnehmungen nach Tunlichkeit auch durch meine Organe überprüfen zu lassen.

Unser Bundesverhältnis mit Italien läuft — wie ich E. E. bei früheren Anlässen streng vertraulich mitzuteilen Gelegenheit hatte — erst im Jahre 1914 ab; bis dahin dürfen wir uns also wohl jedenfalls als vor einem feindlichen Angriffe von seiner Seite gesichert betrachten.

Die Frage, ob zu dem angegebenen Zeitpunkte der Dreibund erneuert werden wird, ist heute noch nicht aktuell. Ich darf indessen wohl darauf hinweisen, daß nach den mir zukommenden Nachrichten in den maßgebenden Regierungs- und parlamentarischen Kreisen wie auch in der öffentlichen Meinung in Italien die Tendenz die Oberhand bekommt, nach Ablauf des gegenwärtigen Vertrages das Allianzverhältnis mit den Zentralmächten zu erneuern. Wenn Italien gleichwohl mit rastloser Energie und unter Aufwendung sehr bedeutender Mittel an der Vervollständigung seiner militärischen Rüstung weiter arbeitet, so folgt es dabei zunächst gewiß dem Wunsche, in dieser Beziehung hinter den übrigen Großmächten, die mehr oder weniger dieselben Wege wandeln, nicht zu weit zurückzubleiben. Nebenbei mag aber bei der italienischen Regierung auch der Gedanke eine Rolle spielen, daß die Land- und Seestreitkräfte noch vor Beginn der Vertragsverhandlungen ausgestaltet und auf eine möglichst hohe Stufe gebracht werden müssen, um auf diese Weise den Wert seiner Freundschaft zu erhöhen und von den beiden anderen Mächten als begehrter und gleichwertiger Bundesgenosse angesehen zu werden.

Genehmigen Hochdieselben den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Ährenthal."

Der Schlußsatz dieses Schreibens charakterisiert scharf den Gegensatz zwischen meiner Ansicht und jener des Grafen Ährenthal. Ährenthal glaubte in Italiens Rüstungen einen bundesfreundlichen Wettbewerb zum gemeinsamen Handeln erblicken zu können, ich sah in denselben die Vorbereitung zum Krieg gegen Österreich-Ungarn.

Um diese Zeit spielte ein anderer, an sich geringfügiger Vorfall mit die gespannte Stimmung zu verschärfen.

Nach den Friedensbestimmungen des Jahres 1866 war es Österreich-Ungarn verboten, Kriegsfahrzeuge auf dem Gardasee (wo es bis dahin eine Flottille hatte) zu unterhalten, während für Italien diese Beschränkung nicht bestand. Auch der ganze Privatschiffsverkehr lag seither in italienischen Händen. Als nun ein Antrag einlief, eine österreichische Privatschiffahrts-Unternehmung für den Gardasee ins Leben zu rufen stimmte ich dem selbstverständlich bei, auch in der Absicht, daraus militärische Vorteile zu ziehen.

Diese Angelegenheit erschien nun in einem Artikel der „Zeit" behandelt, der Graf Ährenthal zu folgendem Schreiben an mich veranlaßte

„Wien, am 29. Jänner 1911.

Hochwohlgeborner Freiherr!

In dem Morgenblatte der »Zeit« vom 24. d. M. bin ich einem Artikel begegnet, der sich mit der Etablierung einer österreichischen Schiffahrtsunternehmung auf dem Gardasee beschäftigt und der zu meinem großen Befremden von Differenzen zu berichten weiß, die über diese Frage zwischen Euer Exzellenz und mir entstanden seien.

Mir ist von dieser Angelegenheit nur das bekannt, was mir von den betreffenden Korrespondenzen des k. k. Handelsministeriums im Einsichtswege mitgeteilt worden ist, und ich bin also niemals in der Lage gewesen, mich über die Opportunität der Schaffung eines solchen Unternehmens auf dem genannten See in meritorischer Beziehung auszusprechen.

Die Behauptung, daß eine Divergenz in der Beurteilung dieser Frage zwischen E. E. und mir bestehe, ist demnach gewiß falsch. Wenn aber bei diesem Anlasse in höchst indiskreter Weise aus etwaigen auf anderen Gebieten vorkommenden Meinungsverschiedenheiten der Schluß auf einen zwischen uns angeblich bestehenden latenten Gegensatz in der Auffassung über militärpolitische Angelegenheiten gezogen wird, so kann ich dies nur auf das tiefste bedauern. Ich bin sicher, daß auch E. E. es auf das schärfste mißbilligen werden, daß streng vertrauliche interne Vorgänge in solcher, überdies irreführender Art an die Öffentlichkeit gebracht werden.

Es ist einleuchtend, daß derlei Indiskretionen die übelste Wirkung haben können, denn es wird auf das Tempo der italienischen Rüstungen gewiß einen beschleunigenden Einfluß ausüben, wenn in der Publizistik Darstellungen erscheinen, aus denen entnommen werden kann, daß uns schon der gegenwärtige Stand der italienischen Wehrmacht ernste und

dringende Gegenmaßregeln rechtfertigende Besorgnisse einflößt und daß E. E. einen nicht zu fernen Krieg mit Italien als im Bereiche der Wahrscheinlichkeit gelegen betrachten.

Ich beabsichtige nicht, den Mitteilungen des genannten Blattes eine Richtigstellung folgen zu lassen, und begnüge mich damit, E. E. Aufmerksamkeit auf die Schädlichkeit derartiger, wie es scheint, auf einen militärischen Ursprung hinweisender Auslassungen gelenkt zu haben.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Ährenthal."

Ich hätte gedacht, daß es jedermann als selbstverständlich betrachten müßte, daß gerade mir nichts ferner lag, als diesem Schiffahrtsunternehmen durch vorzeitige Publikationen Hindernisse zu bereiten, ich mußte mich darüber wundern, daß Graf Ährenthal seine Verwahrung gegen den „Zeit"-Artikel an mich und nicht an das Kriegsministerium, als für Presse-Angelegenheiten kompetente Stelle, richtete und sandte ihm folgende Erwiderung:

„Euer Exzellenz!

Auf E. E. sehr geschätzes Schreiben vom 29. Jänner 1911 kann ich E. E. nur mitteilen, daß ich ein scharfer Gegner der Behandlung interner Vorgänge und militärischer Maßnahmen in der Publizistik und mir daher der Schädlichkeit derartiger Auslassungen längst selbst bewußt bin. In diesem Sinne habe ich auch sofort nach Auftauchen der auch mir — und zwar im Interesse der Sache — höchst unwillkommenen Zeitungspolemik die in Abschrift beiliegende Bitte an das Reichs-Kriegsministerium gerichtet, als den einzigen Weg, der mir für die Unterdrückung solcher Vorkommnisse offen steht.

Ob es bei den offenkundig gegen die Monarchie gerichteten militärischen Maßnahmen Italiens möglich sein wird, einer Behandlung dieser Verhältnisse seitens der Presse auf die Dauer Schranken zu ziehen, ist allerdings fraglich. Andererseits aber will doch auch sehr bedacht sein, daß eine die feindseligen Tendenzen Italiens gänzlich verleugnende Berichterstattung kaum dazu angetan sein kann, den dermalen in Schwebe befindlichen, so dringlichen militärischen Forderungen zur Realisierung zu verhelfen.

Welchen Einfluß E. E. speziell auf die Gardasee-Schiffahrtsfrage genommen haben, ist mir gänzlich unbekannt, ebenso auch, ob die diesbezügliche Publikation auf militärischen Ursprung zurückzuführen ist.

Je abholder ich jedoch der publizistischen Behandlung derart wichtiger politischer und militärischer Fragen bin, desto mehr fühle ich mich

andererseits verpflichtet, E. E. Aufmerksamkeit auch bei diesem Anlass auf die große Gefahr zu lenken, welche eine Verkennung der kriegerische Vorbereitungen Italiens und ein Unterlassen der dringenden eigene Gegenmaßnahmen in sich schließen würde.

Genehmigen etc.... Conrad.

Expediert 30. Jänner 1911."

Die Gardasee-Schiffahrtsfrage wurde, und zwar auch in der Publizistik, zu einer Affäre aufgebauscht.

Ein ungarisches Blatt verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß die Armeemanöver bei Veszprim nur veranstaltet wurden, um der Plattensee (!) als Analogon für Operationen am Gardasee auszunützen

Als aber auch Italien seine Stimme dagegen erhob, fiel das Projekt

Mittlerweile verschärfte sich mein Konflikt mit Graf Ährenthal durch einen anderen Vorfall.

Wie erinnerlich, hatte mir Graf Ährenthal in seinem Schreiben vom 6. Jänner 1911 bekanntgegeben, daß er meine Mitteilungen über Italiens Rüstungen auch durch seine Organe „überprüfen" lassen werde.

Am 23. Feber 1911 erhielt ich nun im Wege des Kriegsministeriums einen Bericht, den der ö.-u. Botschafter in Rom, Herr von Merey, an Graf Ährenthal erstattet hatte. Dieser Bericht lautete wie folgt:

Herr v. Merey an Graf Ährenthal.

„Nr. 4 D.
Streng vertraulich!

Hochgeborner Graf!

Indem ich mich anschicke, den hohen, streng vertraulichen Erlaß vom 10. l. M. Nr. 77 zu beantworten, darf ich vor allem betonen, daß ich den militärischen Vorgängen in Italien unausgesetzt meine volle Aufmerksamkeit zuwende und mich speziell über militärpolitische und budgetäre Fragen der Rüstungen Italiens in großen Zügen auf dem laufenden zu erhalten trachte, insoweit dies bei meiner naturgemäß geringeren fachlichen Kompetenz möglich ist. Ich muß hiebei annehmen, daß die beiden militärischen Organe dieser Botschaft über die Fragen, speziell nach ihrer organisatorischen und technischen Seite hin, an ihre vorgesetzten Stellen erschöpfend berichten.

Bei dem vorliegenden Anlasse habe ich über die von E. E. bezw dem Chef des Generalstabes aufgeworfene Frage, obwohl mein Urteil darüber schon auf Grund meiner eigenen früheren Eindrücke und Informationen ziemlich feststand, mit dem Marineattaché speziell eingehend Rücksprache gepflogen.

Zunächst möchte ich, ohne mich selbstverständlich mit einem Manne von der Kompetenz des Chefs unseres Generalstabes in militärpolitische Kontroversen einlassen zu wollen, lediglich als eine auch dem Laien naheliegende Erwägung, Zweifel darüber äußern, ob man von irgend einer Armee oder Marine, also auch der italienischen, überhaupt ernsthaft und sachlich sagen könne, dieselbe werde in diesem oder jenem Jahre ihre Schlagfertigkeit erreichen. Meine eigene Anwesenheit bei zirka 25 Delegationen und somit ebensovielen Debatten über unsere Kriegs- und Marinebudgets sowie meine Erfahrungen über die Entwicklung der militärischen Streitkräfte anderer Staaten lassen mich diese Frage eher verneinen.

Eine Armee und eine Marine scheint mir heute weniger als je ein Instrument zu sein, welches man wie ein Schrapnell auf einen bestimmten Zeitpunkt tempieren kann.

Armee und Marine sind vielmehr, wie alle anderen Institutionen — und bei der rapiden Vervollkommnung der Kriegsmittel noch mehr als diese — ein lebendiger, in einer steten Entwicklung und in einer rastlosen Konkurrenz mit den anderen Staaten begriffener Körper.

Armee- und Flottenprogramme sind daher in meinen Augen nichts anderes als finanzpolitische und parlamentarische Behelfe, dazu bestimmt, gewisse Zuwendungen für eine gewisse Zeit zu erhalten. Aber die Ausführung keines dieser Programme kann wirklich die Schlagfertigkeit oder einen bestimmten Grad derselben im voraus verbürgen, weil kein Kriegsminister, kein Generalstabschef und kein Marinechef vorhersagen kann, welche Fortschritte mittlerweile die rivalisierenden Armeen und Marinen gemacht haben werden und welche neue Erfindungen oder Vervollkommnungen auf dem Gebiete der Kriegstechnik eingetreten sein werden.

Zu diesem Gedankengange halte ich es daher überhaupt nicht für richtig, davon zu sprechen, daß die italienischen Streitkräfte in diesem oder jenem Jahre ihre Schlagfertigkeit, ihre Kriegsbereitschaft erreichen werden.

Die Kriegsbereitschaft ist meiner Ansicht nach nicht etwas Absolutes, sondern etwas Relatives, hängt von dem Grade der gleichzeitigen Fortschritte der eventuellen Gegner ab, sie ist aber auch nicht der Endpunkt, sondern, wenn man sich keiner Täuschung hingeben will, nur eine Etappe im Verlaufe einer vorläufig noch unabsehbaren Entwicklung.

Dies vorausgeschickt und mit den in diesen unvorgreiflichen Deduktionen enthaltenen, sehr wesentlichen Reserven kann ich, wenn ich mir zu diesem Zwecke die Terminologie des Herrn Chefs des Generalstabes zu eigen machen darf, die Frage, ob die Erreichung der Schlagfertigkeit der italienischen Armee und Marine auf das Jahr 1912 eingestellt ist,

hinsichtlich der Marine vollständig, hinsichtlich der Armee zum Teil verneinen.

Bezüglich der Marine galt bis vor kurzem das Flottenprogramm vom Jahre 1909, welches auch den Bau von vier Dreadnoughts vorsah und dessen Ausführung von Hause aus nie für das Jahr 1912, sondern für 1914 intendiert war.

Es ist auch dermalen noch fraglich, ob die Durchführung dieses Programmes im Frühjahr oder im Spätherbst 1914 erreicht sein wird, und bei der Unpünktlichkeit, Saumseligkeit und Mangelhaftigkeit aller hierländischen Einrichtungen scheint mir auch eine weitere Verzögerung nicht als absolut ausgeschlossen.

Bevor aber noch dieses Programm zur Hälfte durchgeführt ist, hat die italienische Marineleitung — ein Schulbeispiel für meine eingangs aufgestellten Thesen — bereits ein weiteres Programm entworfen, welches den Ersatz der Schiffe der »Sardegna«-Klasse durch zwei Dreadnoughts mit dem Kostenbetrage von zusammen 130 Millionen, ferner 90 Millionen für Überschreitungen bei den Ausgaben für das bisherige Flottenprogramm und 28 Millionen für kleine Schiffbauten, im ganzen also 250 Millionen umfaßt und ausdrücklich bis in das Jahr 1918 reicht.

Hinsichtlich der Marine spielt also das Jahr 1912 gar keine Rolle, und wird — den unwahrscheinlichen Fall der pünktlichen Einhaltung des projektierten Termines ausgenommen — die dermalen intendierte Ausgestaltung der italienischen Kriegsmarine erst im Laufe des Jahres 1918 durchgeführt sein.

Was die Armee anbelangt, so ist allerdings ein gewisses Streben erkennbar, die bisherige Rückständigkeit des italienischen Heeres bis zu den Jahren 1912 oder 1913 in den wesentlichsten Punkten zu beheben. Aber schon heute läßt sich nach dem Stande der Dinge sagen, daß dieses — wie ich wieder betonen möchte — keinen Schlußpunkt kennende Ziel bis dahin kaum vollständig erreicht sein dürfte.

So ist beispielsweise dermalen, wo uns nur mehr ein Jahr von dem fraglichen Zeitpunkte trennt, die Umgestaltung der Artillerie kaum zu zwei Dritteilen vollendet. Ein Drittel der Geschütze harrt noch der Auswechslung oder Umgestaltung und es ist dermalen noch nicht einmal die Entscheidung gefallen, ob diese alten Geschütze durch solche von Krupp oder von einer französischen Firma oder anderswie werden ersetzt werden.

Weiter fortgeschritten, wenn auch an manchen Punkten, z. B. Brindisi, der Vollendung noch keineswegs nahe, scheinen die Befestigungen zu sein.

Hinsichtlich der strategischen Bahnen will ich, ohne in Details einzugehen, nur erwähnen, daß die Legung des zweiten Gleises auf der venetianischen Hauptbahn vorläufig nur bis Treviso erfolgt ist und daß bezüglich einzelner strategischer Bahnen im Norden Italiens die Regierung bisher, angesichts der sich dabei geltend machenden widerstreitenden regionalen Interessen, noch keine endgültige Entscheidung getroffen hat.

Bezüglich des rollenden Eisenbahnmaterials ist erst kürzlich bekanntgeworden, daß die Regierung aus Ersparungsrücksichten beschlossen hat, nur die Hälfte der in Aussicht genommenen Waggonanschaffungen zu bewerkstelligen.

Was endlich das radiotelegraphische Netz anbelangt, so scheint mir dieses seiner Natur nach eine Maßregel von eminent defensivem Charakter zu sein.

Alles in allem möchte ich also zu dem Schlusse kommen, daß das Jahr 1912 keinen entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung der italienischen Armee und noch weniger in jener der italienischen Marine bedeuten wird.

Unleugbar ist im Vergleiche mit den früheren Jahren eine gewisse Aktivität und ein rascheres Tempo in den italienischen Rüstungen bemerkbar. Auch ist, wie ich der Ansicht E. E. beipflichten möchte, Italien hiebei von dem Streben geleitet, seine militärische Potenz höher eingeschätzt zu sehen. Nur möchte ich den hiebei in letzterer Analyse verfolgten Zweck zum geringeren Teile in einer Verbesserung der Chancen Italiens gelegentlich der Frage der Erneuerung der Tripelallianz, hauptsächlich aber in dem Umstande erblicken, daß Italien, und zwar die Regierung, die Armee und Marine, das Parlament, die Presse und ein großer Teil der Bevölkerung, von dem italienischesten aller Gefühle: der Paura beherrscht, ernstlich mit der Gefahr eines Angriffskrieges von unserer Seite rechnet und durch eine möglichst rasche und umfassende Vermehrung und Entwicklung seiner Streitkräfte trachtet, dieser Eventualität entweder vorzubeugen, oder aber ihrem Eintritte doch mit besseren Chancen die Stirne bieten zu können.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner Ehrfurcht.

Merey."

Der belehrende und hochmütige Ton, den manche Diplomaten anderen gegenüber als selbstverständliches Recht beanspruchten, veranlaßte mich zu nachfolgender Erwiderung. Auch mußte ich mich entschieden gegen die geringschätzigen Bemerkungen über einen Gegner wenden, den ich stets als sehr bedeutsamen Faktor in Rechnung stellte.

„Wien, 24. Feber 1911.

Euer Exzellenz!

Ich habe in meinem Schreiben vom 2. Jänner l. J. E. E. eine Mitteilung gesendet, dahin gehend, daß verschiedene militärische Maßnahmen Italiens darauf deuten, daß dieser Staat für das Jahr 1912 eine erhöhte militärische Bereitschaft anstrebe.

Ich lege jetzt einige jener Details bei, welche mich zu dieser Anschauung veranlaßten*), ich habe dies damals nicht getan, weil ich glaubte, daß bei E. E. großer Inanspruchnahme es genügen würde, wenn ich E. E. lediglich mein resumierendes Urteil bekanntgebe.

E. E. antworteten mir hierauf am 6. Jänner 1911, daß Sie meine Wahrnehmungen nach Tunlichkeit auch durch Ihre Organe überprüfen lassen werden. Ich bin über diese, ein geringes Vertrauen in meine Mitteilungen verratende Erledigung hinweggegangen, um im Interesse der Sache Unstimmigkeiten zu vermeiden, und habe angenommen, daß E. E. lediglich bestrebt sind, durch mehrseitige Beobachtung den Sachverhalt zu klären.

Nun erhielt ich seitens E. E. im Wege des RKM. sub Präs. Nr. 2100 den diesbezüglichen Bericht des Botschafters in Rom.

Über alles darin Enthaltene bin ich längst viel eingehender orientiert.

Ich kann aber mein großes Erstaunen darüber nicht unterdrücken, daß sich irgend jemand berufen fühlt, mich, der ich seit dem zehnten Lebensjahr den Soldatenrock trage, 39 Jahre als Offizier diene, alle Wandlungen der Armee vom Kapselgewehr bis zum automatischen Repetierer mitgemacht habe und seit mehreren Jahren an dieser Entwicklung aktiv an führender Stelle wirke, darüber aufzuklären, daß diese Entwicklung ein ununterbrochener mühevoller Prozeß sei.

Jedem weiter Denkenden und jedem den inneren Werdegang bei diesem Prozeß Kennenden muß es aber auch klar sein, daß sich innerhalb dieser Entwicklung jene Momente herausgreifen lassen, in welchen eine bedeutungsvolle Phase der Entwicklung überhaupt und eine auf bestimmte Kriegsmöglichkeiten im speziellen gerichtete Stufe erreicht, beziehungsweise abgeschlossen werden kann; und jeder Voraussichtige wird es als notwendig erachten müssen, einen solchen Abschluß für Zeiten herbeizuführen, welche eine erhöhte militärische Bereitschaft wünschenswert, beziehungsweise notwendig erscheinen lassen.

E. E. geben ja gleichfalls diesem Gedanken im Schlußsatz Ihres geschätzten Schreibens vom 6. Jänner 1911 in geradezu trefflicher Weise Ausdruck.

---

*) Diese Details sind an den Brief angeschlossen.

Wenn der Herr Botschafter in Rom diesen Gedanken nicht erfaßt hat, so ist es nicht meine Sache, ihn darüber aufzuklären.

Auf den Schluß des Berichtes des letzteren kommend, muß ich wohl hervorheben, daß ich hinsichtlich der mir obliegenden konkreten Kriegs-Vorbereitungsarbeiten nicht die Oberflächlichkeit besitze, dieselben auf die »Paura« unserer möglichen Gegner zu gründen. Wir haben trotz dieser »Paura« zwei unserer schönsten Provinzen: Lombardei und Venetien verloren.

Ich möchte nicht Mitschuldiger an einem ähnlichen Vorkommnis sein.

Genehmigen Hochderselbe den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Conrad, G. d. I."

Die im vorstehenden Brief erwähnten Details enthält nachfolgende:

„Abschrift der Beilage*) zum Brief an Exzellenz Ährenthal vom 24. Feber 1911.

Die im Jahre 1910 gesetzlich festgelegte, weitreichende Reorganisation des Heeres ist bereits derart angelegt, daß sie im Laufe des Jahres 1911 allmählich durchgeführt, somit im Frühjahr 1912 in der Hauptsache vollendet sein wird.

Bei den höheren Kommanden, bei der Infanterie und Kavallerie werden diese organisatorischen Änderungen — insoweit sie nicht schon gegenwärtig vollzogen sind — zuverlässig im Laufe dieses Jahres durchgeführt werden können.

Die reitende Artillerie ist bereits gegenwärtig durchwegs mit dem neuen Schnellfeuergeschütz ausgerüstet, bei der fahrenden Feldartillerie wird die Neubewaffnung (im Zusammenhange mit der organisationsgemäßen Neuaufstellung von zwölf Korps-Artillerieregimentern) vielleicht bis Ende 1911, wahrscheinlich aber bis zum Frühjahr 1912 durchgeführt sein.

Bezüglich der (heute noch nicht vorhandenen) schweren Feldartillerie läßt sich der Zeitpunkt der tatsächlichen Aufstellung (20 Batterien) noch nicht voraussehen; bezeichnend jedoch ist, daß die Bestellungen bei Krupp, betreffend die Lieferung von 112 schweren Haubitzen, ausdrücklich den Termin Ende April 1912 als äußerste Lieferzeit bestimmen.

An Maschinengewehren sind bei den Truppen derzeit nur zwei Drittel des Bedarfes für die erste Linie vorhanden; der Rest (116 Gewehre) soll, sobald die Entscheidung zugunsten des heimischen Fiat-Revelli-

*) Zusammengestellt im Evidenzbureau des Generalstabes.

Systems gefallen ist, von den Fiat-Werken binnen Jahresfrist, also bis zum Frühjahr 1912, geliefert werden.

Nicht verbürgt, aber sehr wahrscheinlich ist, daß die genannten Werke bis 1912 nicht bloß 116 Maschinengewehre für das Heer, sondern auch solche für die Mobilmilizformation zu liefern haben werden.

Für die Mobilmiliz ist die Aufstellung eigener Kaders gesetzlich systemisiert worden. Von diesen werden bei der Infanterie ein Drittel, bei den Alpinibataillonen fast sämtliche mit 1. März 1911 aufgestellt; die Aufstellung der übrigen bis zum Frühjahr 1912 ist beschlossen und wird nach Maßgabe der Unterkunfts- und Standesverhältnisse wenigstens zum größeren Teile bis zum genannten Termin erfolgen können.

Bezüglich der Befestigungen in den Grenzgebieten hat schon die parlamentarische Heeresuntersuchungskommission mit Befriedigung hervorgehoben, daß die Reichsverteidigung im Rahmen des Arbeitsprogrammes bis 1912 erhebliche Fortschritte aufweise und den Anforderungen wenigstens vorläufig entspreche. Es ist, namentlich wenn die Heeresverwaltung dem unaufhörlichen Druck parlamentarischer Kreise nachgibt, keineswegs unwahrscheinlich, daß auch die neuen Befestigungen am Tagliamento bis zum Frühjahr 1912 in einem Zustande sein können, der sie aktionsfähig macht. (Mit dem Erlasse Res. Nr. 120 vom 14. Jänner 1911 hat das VI. Korpskommando zu Bologna die Weisung erteilt, die Vorarbeiten für den Bau von zusammen acht Batterien der Brückenköpfe Codroipo und Latisana derart zu beschleunigen, daß der Bau — im Sinne der Befehle des Generalstabes — nicht später als im Monat März 1911 begonnen werden könne.)

Für den Ausbau der Luftflotte sind im vergangenen Jahr 10 Millionen Lire bewilligt worden. Noch im Laufe dieses Jahres werden die beiden großen Festungen Venedig und Verona über je einen Lenkballon verfügen. Bis zum Frühjahr 1912 können von den teilweise schon in Konstruktion befindlichen »Luft-Dreadnoughts« mindestens zwei fertiggestellt werden.

Das Projekt der Schaffung eines radiotelegraphischen Netzes über ganz Italien ist durch die Bewilligung von 500.000 Lire (Gesetz vom 9. Feber 1911) bereits zur Tatsache geworden. Die Ausgaben sind bis Juni 1912 tempiert; der Schaffung einer derartigen, in solchem Umfange noch in keinem anderen Staate bestehenden Verbindungsanlage kommt eine offensive Bedeutung zum mindesten im gleichen Ausmaße zu, als ihr »eminent defensiver Charakter« hervorgehoben wird.

Die Vermehrung des rollenden Eisenbahnmaterials ist bis zum Jahre 1912 mit einem Kostenaufwande von 56 Millionen Lire (8000

Wagen) projektiert. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen und wenn auch verlautet, daß das Parlament nur die Hälfte der Forderungen bewilligen dürfte, so ändert dies nichts an der Tatsache, daß die maßgebenden Kreise das Jahr 1912 als den wünschenswerten Zeitpunkt der vollendeten Vermehrung ins Auge gefaßt haben.

Die durch eine besondere Kommission festgelegten Arbeiten für den Ausbau des Schiffahrtskanalnetzes in Oberitalien, wie auch der hiefür bereits bewilligte Kredit von 10 Millionen Lire erstreckten sich auf den Zeitraum bis 1912. Auch die Rührigkeit, mit welcher die Streitmittel am Gardasee verstärkt werden (Inselfort Trimelone, Vermehrung der Garnisonen), weisen auf den Termin 1912 hin.

Von den bereits im Baue befindlichen Bahnstrecken in Oberitalien sollen, laut Konzession, spätestens 1912 eröffnet werden:

Spilimbergo—Cornino—Gemona,
Belluno—Longarone (Cadorebahn),
Treviso—Pordenone—S. Vito,
Verona—Nogara—Ostiglia—Revere und mehrere Straßenbahnen.

Der Bau der strategischen Linie Ostiglia—Treviso und der »Pedemontana« Sacile—Aviano—Maniago—Pingano wird von den venetianischen Abgeordneten gefordert und soll noch heuer begonnen werden.

Bei der Marine ist die Indienststellung des ersten Dreadnoughts »Dante Alighieri« längstens bis zum Frühjahr 1912, der Stapellauf der drei übrigen für den Sommer, bezw. Herbst 1911 vorgesehen. Bis zum Frühjahr 1912 dürften auch die zur Zeit im Bau befindlichen dreizehn neuen Unterseeboote und die Mehrzahl der in Bauausführung stehenden Torpedoboote und Zerstörer in Dienst gestellt werden können. Die Erweiterung des Flottenbauprogrammes vom Jahre 1909 unter Bewilligung neuer, bis zum Jahre 1918 laufender Kredite ist nur in allgemeinen Umrissen bekannt. Der stetige Fortschritt auf allen Gebieten der Technik macht es bei einem Flottenbauprogramm wohl schwierig, für dessen Vollendung einen fixen Termin zu bestimmen, nichtsdestoweniger gewährleistet bereits das bis zum Jahre 1912 Erreichbare die von italienischer Seite stets gewünschte und hervorgehobene Superiorität zur See.

Ein zwar nicht militärischer Beweis, aber eine dennoch recht symptomatische Erscheinung liegt in den sehr zahlreichen Tendenzschriften, die von offiziöser Seite zum mindesten inspiriert zu sein scheinen und fast durchwegs das Jahr 1912 als »kritisches Jahr« hinstellen. Die im Jahre 1909 von einem aktiven Marineoffizier allen Senatoren und Abgeordneten gewidmete Broschüre: »1912? Armate la marina« ist in dieser Beziehung charakteristisch und verdient ob ihrer zumeist sachlichen Darlegungen als Beweis dafür Beachtung, daß der Glaube an

besondere Ereignisse im Jahre 1912 in Italien längst allgemeine Verbreitung gefunden hat."

Im übrigen ließ ich mich durch das Vorgefallene nicht abhalten, auch weiterhin Graf Ährenthal über Italien zu orientieren. So in einem Schreiben vom 25. April 1911, in dem ich erneuert auf den Termin von 1912 hinwies, mit dem Beifügen, daß der Generaldirektor des Artillerie- und Geniewesens im italienischen Kriegsministerium von den liefernden Firmen mit Bestimmtheit verlangte, daß das gesamte Artilleriematerial, einschließlich aller Wagen und der Munition, bis längstens Ende 1912 fertiggestellt sei.

Die durch den Bericht Herrn von Mereys zu Anfang des Jahres 1911 hervorgerufene Mißstimmung erlitt eine weitere Verschärfung durch folgenden Vorfall:

Während nämlich Italien unsere Grenzgebiete mit Spionen überschwemmte, von denen zahlreiche ergriffen, der Schuld überführt und auch abgeurteilt wurden, setzte Graf Ährenthal der Entsendung von k. u. k. Offizieren zu Rekognoszierungszwecken, sowie dem Kundschaftsdienst die weitestgehenden Hindernisse entgegen. Auch der Botschafter in Rom, Herr von Merey, nahm dagegen Stellung, beklagte sich darüber und schrieb: „Man sollte die Langmut der Italiener nicht zu stark in Anspruch nehmen." Seitens Graf Ährenthals wurde das betreffende Schreiben Mereys an den Kriegsminister Baron Schönaich und von diesem an mich übergeben. In meiner die Notwendigkeit des Kundschaftsdienstes hervorhebenden Antwort vom 4. Juli 1911 hatte ich auch den Satz aufgenommen: „Es ist mir unverständlich, wie der k. u. k. Botschafter in Rom, dem ja die große Zahl der in Österreich-Ungarn erfolgten Aburteilungen italienischer Spione nicht unbekannt geblieben sein kann, von der Langmut der italienischen Regierung zu sprechen vermag. Solche Anschauungen scheinen geeignet, das schwere Bedenken zu rechtfertigen, daß die Interessen der Monarchie nicht jene energische Vertretung finden, wie sie wohl jeder andere Staat von seinen bezüglichen Funktionären voraussetzt"*).

Baron Schönaich übermittelte mein Schreiben, obzwar es nur für den internen Gebrauch des Kriegsministeriums bestimmt war, an Graf Ährenthal, der dasselbe am 7. August in einem ebenso gereizten als autoritativen

*) Während andere Staaten für ihre im Kundschaftsdienst verwendeten Offiziere stets mit voller Autorität eintraten, wurden k. u. k. Offiziere in der Regel fallen gelassen, wenn sie entlarvt wurden, da dies dem Ministerium des Äußern Unbequemlichkeiten verursachte.

Ton erwiderte, den ich brieflich ablehnte, mit dem Bemerken, die Entscheidung Seiner Majestät anrufen zu wollen.

Wie ich einer im Jahre 1920 erschienenen Publikation*) entnehme, hat mich Graf Ährenthal in einer Denkschrift vom 22. Oktober 1911 bei Seiner Majestät beschuldigt, meine Ansichten auch „publizistisch zu vertreten" und zur Begründung dessen angeführt: „Dies läßt sich aus manchen Zeitungsartikeln nachweisen, die seinen Gedankengang genau wiedergeben und darum seiner Inspiration zugeschrieben werden müssen."

Graf Ährenthal übersah dabei, daß es ja außer mir auch noch andere Menschen geben konnte, die sich von Italien nicht täuschen ließen. Seine Beschuldigung aber weise ich mit dem Bemerken zurück, daß ich mich nicht nur niemals dieses Mittels bedient, sondern mich stets darauf beschränkt habe, den Kampf mit offenem Visier zu führen. Auch war den mir unterstehenden Generalstabsoffizieren eine publizistische Tätigkeit in dieser Richtung untersagt.

Daß ich in Pressefragen stets den korrekten Weg durch das hiefür kompetente Kriegsministerium einhielt, ergibt sich auch aus meinem in der Denkschrift vom 9. September angeführten Schreiben an den Kriegsminister aus Malborgeth vom 25. Juni, das die Antwort Graf Ährenthals vom 22. Juli und meine Erwiderung vom 30. Juli 1911 zur Folge hatte. (Siehe die Denkschrift vom 9. September, Seite 247, 248, 251.)

Dieser Briefwechsel erweist, daß Graf Ährenthal sich im Unklaren darüber war, daß es für einen Großstaat einen Unterschied in der Rüstung zur Defensive und einer solchen zur Offensive nicht geben könne, weil selbst eine abwartende, also defensive Politik, im Falle feindlicher Herausforderung oder feindlichen Angriffes, die eigene militärische Offensive erfordern kann.

Aber nicht genug damit, verwahrte sich Graf Ährenthal ja auch gegen alle Maßnahmen, die selbst für sein vermeintlich reduziertes Ziel dringend geboten waren.

Zur weiteren Erklärung der gegen mich bei Graf Ährenthal bestehenden Gereiztheit erwähne ich hier noch einen bereits 1909 stattgehabten Vorfall. Ich hätte ihn übergangen, wenn er nicht in der früher angeführten Publikation vom Jahre 1920 eine Andeutung gefunden hätte.

Mir wurde nämlich damals ein an Graf Ährenthal gerichtetes Schreiben eines k. u. k. Gesandten zur Kenntnis gegeben, das in einem dem militärischen schriftlichen Verkehr fremden, dem Empfänger huldigenden Stil abgefaßt, auch den Satz enthielt:

*) „Österreichische Rundschau".

„Euer Exzellenz nie irrender Geist" (oder „nie irrendes Gedächtnis"). Ich hatte diesen, mir besonders auffallenden Satz mit Farbstift unterstrichen und mit einem Rufzeichen versehen, dabei meinem mir das Stück vorlegenden Referenten gegenüber geäußert: „Wenn einer meiner Untergebenen mir eine solche Schmeichelei schreiben würde, so sperre ich ihn ein." Das Stück nahm dann seinen Weg zurück ins Ministerium des Äußern, ohne daß meine Farbstiftstriche weggelöscht worden wären.

Diese erregten dortselbst eine Entrüstung, der Graf Ährenthal in einem im Juli 1909 an mich gerichteten Schreiben Ausdruck gab, in dem er sich gegen die Form verwahrte, in der ich Kritik übe.

Ich erwiderte hierauf, daß es meine Gewohnheit sei, in einem Schriftstück mir besonders auffallende oder bemerkenswerte Stellen mit Buntstift zu unterstreichen. Ich würde dies aber bei Akten des Ministeriums des Äußern in Hinkunft vermeiden.

Mich nur auf meine Diensttätigkeit beschränkend, kümmerte ich mich grundsätzlich nie darum, was hinter den Kulissen vorging.

Darüber wurde ich erst durch ein Gespräch aufgeklärt, das ich während der Landungsmanöver in Dalmatien (23. bis 25. August 1911) mit Seiner Kaiserlichen Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand an Bord seiner Yacht hatte.

Der Erzherzog betonte, daß er absolut darauf bestehe, daß die (wie er sich ausdrückte) „Clique Schönaich-Ährenthal" wegkomme. Er verbiete mir, meine Demission zu verlangen, weil sie sofort angenommen werden würde und er dann bloßgestellt (Seine Kaiserliche Hoheit sagte wörtlich „blamiert") wäre. Er habe die Überzeugung, daß die ganze Clique gegen ihn gearbeitet habe, und er werde, wenn er nicht Satisfaktion bekomme, nicht nach Deutschland reisen.

Er erklärte, daß er den „Skandal", daß sich der Kriegsminister gegen den Thronfolger öffentlich in Opposition setzt, in einer monarchischen Armee für unmöglich halte, und wenn Baron Schönaich entfernt sei, auch dessen Anhang gesprengt werden müsse.

Er sei weiter der Politik Graf Ährenthals „mit den ewigen Nachgiebigkeiten und Blamagen, wie jetzt gegenüber Serbien anläßlich des unterbliebenen Königsbesuches*), sowie der Einmengungen in militärische Dinge überdrüssig und werde dem Schranken setzen."

---

*) Kaiser Franz Joseph hatte eingewilligt, König Peter von Serbien im Frühjahr 1911 in Budapest zu empfangen. Auch waren seitens des serbischen Ministers des Äußern Milovanović alle Vorbereitungen getroffen.

Er bemerkte, daß ich in dem Merey-Konflikte noch viel schärfer hätte antworten sollen, worauf ich erwiderte, daß ich vorhabe, am 8. oder 9. September Seiner Majestät einen a. u. Vortrag vorzulegen, und mich gegen die autoritative Sprechweise des Ministers des Äußern zu verwahren. (Siehe meine folgende Denkschrift vom 9. September 1911, Seite 234.)

Weiters hob der Erzherzog den Wunsch hervor, daß die heurigen Manöver — sowohl die im Zuge befindlichen Landungsmanöver, als die Armeemanöver — so glatt als möglich verlaufen, damit „die feindliche Clique" nicht Anlaß fände, daraus Vorteile zu ziehen.

Seine Kaiserliche Hoheit erwähnte nochmals, daß er mich auf meinem Posten haben wolle, nicht nur, weil ich sein Vertrauen besäße, sondern auch weil die Gegenpartei keinen Triumph feiern dürfe. Sie wolle, da e r nicht getroffen werden könne, i h n indirekt in mir treffen.

Darauf gelangten noch einige militärische Personalangelegenheiten zur Besprechung.

Mir war nichts widerlicher, als mich in dieses Intrigenspiel gezogen zu sehen. Schließlich aber war es mir gleichgültig; ich ging auch weiter meine direkten Wege.

Der Tag war festgesetzt, die Sache schon in die Öffentlichkeit gedrungen, als König Peter im letzten Moment absagte, ohne je wieder mit der Absicht eines Besuches heranzutreten.

In das Kapitel der Nachgiebigkeiten zählte auch Graf Ährenthals Verhalten in der serbischen Grenzregulierungsfrage. Die Flußbettänderungen der Donau und der unteren Drina hatten einen Grenzkonflikt herbeigeführt, den das Schiedsgericht zugunsten Österreich-Ungarns entschied. Trotzdem ließ Graf Ährenthal den s e r b i s c h e n Standpunkt gelten. Eine solche Geste mag gegenüber einem Staate am Platze sein, wo gentlemanlikes Entgegenkommen richtige Einschätzung findet, einem Staat wie Serbien gegenüber beweist dies vollkommene Unkenntnis der Verhältnisse. Wer die Mentalität der Balkanvölker kennt, muß wissen, daß sie jede Konzilianz nur als „S c h w ä c h e" deuten und nicht zögern, ihr Verhalten danach einzurichten, ihre Forderungen ins Maßlose zu steigern.

Zudem sind Grenzregulierungsfragen, insbesondere dort, wo es sich um Flußübergangs-Verhältnisse handelt, von eminent militärischer Bedeutung, daher auch von diesem Standpunkt zu behandeln. Ich remonstrierte deshalb gegen Graf Ährenthals einseitige Vorgangsweise und schrieb ihm auch: „Wer gegenüber einem Staate wie Serbien auf sein Recht verzichtet, verzichtet auch gleichzeitig auf sein Recht zur Macht."

Des ewigen Haders müde und von der Notwendigkeit überzeugt, sich durch die Politik Italiens nicht länger irreführen zu lassen, entwarf ich meine Denkschrift vom 9. September 1911, in der mein ganzer Konflikt mit Graf Ährenthal zusammenfassend dargestellt erscheint. Ich gebe sie vollinhaltlich wieder.

Denkschrift
vom 9. September 1911.

„Chef des Generalstabes.
Res. Glst. Nr. 3490.

Allergnädigster Herr!

In den letzten Monaten wurden zwischen dem Ministerium des Äußern, dem Reichskriegsministerium und mir mehrfach dienstliche Korrespondenzen geführt, welche die Wechselwirkung zwischen der äußeren Politik und den Vorsorgen für die Schlagfertigkeit und Kriegsbereitschaft der Wehrmacht innig berührten. In diesen Korrespondenzen, die größtenteils im Einsichtswege der Militärkanzlei E. M. zur Kenntnis gebracht wurden, sind mancherlei Gegensätze darüber zutage getreten, inwieweit die Tendenzen der äußeren Politik der Monarchie mit jenen Vorsorgen militärischer Natur im Einklange stehen, welche der Heeresverwaltung und dem Chef des Generalstabes zur Pflicht gemacht sind.

Zur Klärung der hiebei aufgetauchten Fragen bitte ich E. M. die nachfolgenden a. u. Ausführungen Allergnädigst zur Kenntnis nehmen zu wollen:

Wenn ich im Sinne der mir von E. M. Allerhöchst erteilten Weisungen bei wichtigen Ereignissen, welche für die äußere Politik der Monarchie von Bedeutung sein konnten, wiederholt einen Gedankenaustausch mit dem Herrn Minister des Äußern gesucht habe, so geschah dies stets ausschließlich nur in dem Sinne, um die daraus abzuleitenden militärischen Konsequenzen festzulegen und diese Konsequenzen mit jenen Forderungen in Einklang zu bringen, welche ich nach meiner Anschauung der Verhältnisse als für die Schlagfertigkeit der bewaffneten Macht unerläßlich erachte. Dabei muß ich a. u. hervorheben, daß auf mir in dieser Hinsicht ganz besonders auch dann die volle Verantwortung ruht, wenn — was niemand zu beherrschen vermag — der Gang der politischen Ereignisse eine andere Richtung nehmen sollte, als sie vom Ministerium des Äußern vorausgesetzt wurde.

Ich muß daher auch in der Erfüllung meiner ernsten Obliegenheiten daran festhalten, daß das für diese Eventualität unerläßliche Maß rein

militärischer Vorsorgen seitens des Ministeriums des Äußern nicht nur keine Hemmungen, sondern die weitestgehende Förderung erfahre, da ja doch die schlagbereite Wehrmacht der Monarchie der wichtigste reelle Faktor ist, auf den sich die äußere Politik in schwierigen Lagen zu stützen vermag, um ihre Ziele zu erreichen und schließlich doch nur der Starke seinen Willen durchsetzt, und zwar auch dann, wenn dieser Wille auf die Erhaltung des Friedens gerichtet wäre.

Als vollgültiges Beispiel dafür bitte ich E. M., die in die Zeit der Amtsführung des Grafen Ährenthal fallende Annexionskrise a. u. anführen zu dürfen, in der unsere militärische Schlagfertigkeit mit dem durch die Kriegsvorsorgen dokumentierten ernsten Willen zur Tat ohne Schwertstreich den Zweck der äußeren Politik erreicht hat, die Anerkennung der Annexion zu erringen und den Frieden zu erhalten.

Die in den eingangs erwähnten Korrespondenzen der letzten Monate aufgetretene Divergenz in den Anschauungen bezieht sich hauptsächlich auf unser eigenartiges Verhältnis zu Italien. Weit davon entfernt, Bedenken gegen das größte politische Entgegenkommen und gegen die freundschaftlichsten Formen des diplomatischen Verkehres zu äußern, muß ich doch, pflichtgemäß und unbeirrt, meine Bemühungen darauf richten, daß unserseits hinter den ganz offenbar und ausschließlich gegen Österreich-Ungarn gerichteten Kriegsvorsorgen Italiens nicht — wie dies jetzt schon der Fall ist — allzuweit zurückgeblieben werde.

Auch in Italien gehen der umfassende Ausbau der Wehrmacht, die Friedensdislozierung der Truppen an der Nordostgrenze, die an Umfang und Schnelligkeit einzig dastehenden, nur gegen uns gerichteten Befestigungsbauten, der rationelle Ausbau der Aufmarschbahnen nach Venetien, die intensivste Ausgestaltung des Grenzschutzes und der Freiwilligen-Formationen, sowie der regste Kundschafterdienst Hand in Hand mit den freundschaftlichsten Versicherungen und mit den konziliantesten diplomatischen Formen.

Da aber die positiven Ziele und Tendenzen, im Sinne einer nationalen Politik, zu geeignetem Zeitpunkte ein agressives Auftreten von Seite Italiens erwarten lassen, während uns ein solches Auftreten bei der bloß erhaltenden Tendenz der Monarchie unbedingt fernliegt, ist es selbstverständlich, daß unsere militärischen Gegenmaßnahmen, die, wie schon erwähnt, sehr erheblich hinter den Vorkehrungen Italiens zurückbleiben, wohl nur mit Absicht mißverstanden werden können.

Niemals haben die weitgehenden Kriegsvorsorgen Italiens unsere Presse und öffentliche Meinung in Erregung versetzt oder unsere äußere Politik verhindert, pflichtgemäß die freundschaftlichsten Beziehungen anzustreben und zu betonen. Das offizielle Italien tut das gleiche, ist

aber stets eifrig bemüht, sowohl auf parlamentarischem Wege, als auch in der öffentlichen Meinung die Forderungen der dortigen Heeresverwaltung, die sich mit den nationalen Aspirationen vollständig decken, mit allen Mitteln zu fördern.

Ich würde mich einer schweren Pflichtverletzung schuldig machen, wenn ich diese unverkennbaren und planmäßigen Vorgänge unbeachtet lassen und nicht wenigstens die zur Sicherung der Monarchie unumgänglich notwendigen militärischen Maßnahmen beharrlich anstreben würde.

Leider konnte ich dabei nicht immer die wirksame interne Förderung der militärischen Interessen seitens des Ministeriums des Äußern finden, die zur Verwirklichung der bescheidensten militärischen Forderungen so dringend erwünscht wäre.

In der Ministerratssitzung am 5. März 1911, in welcher ich nach den Allerhöchsten Weisungen E. M. den berufenen staatlichen Faktoren die mit den bewilligten Mitteln nicht realisierbaren Notwendigkeiten vortragen durfte, resumierte der Herr Minister des Äußern, als Vorsitzender, das Ergebnis der Besprechung in der Weise, wie es E. M. der a. u. beigeschlossenen Beilage 1 Allerhöchst zu entnehmen geruhen.

Diese auszugsweise Abschrift des Sitzungsprotokolls läßt ersehen, daß der Vorsitzende die ablehnende Haltung der beiden Regierungen nicht nur zustimmend zur Kenntnis nahm, sondern auch noch das Gewicht seiner Bedenken hinsichtlich der Einwirkung militärischer Forderungen auf die auswärtige Politik in die Wagschale warf.

Wie sehr diese Bedenken des Grafen Ährenthal die Haltung des Ministeriums des Äußern in militärpolitischen Fragen beeinflussen, bitte ich E. M. den a. u. unterbreiteten Beilagen 2 a, 2 b und 2 c Allerhöchst zu entnehmen.

Meine Anregung (Beilage 2 a), daß auch bei uns ähnlich wie in Italien durch eine patriotische Haltung der Presse und durch eine wahrheitsgemäße Darlegung der militärischen Lage in der öffentlichen Meinung der Weg für die Erreichung jener militärischen Forderungen geebnet werde, deren Notwendigkeit inzwischen auch das Reichskriegsministerium in einem a. u. Vortrage an E. M. anerkannt hat, lehnte der Herr Minister des Äußern ab (Beilage 2 b) und wandte sich dabei scharf gegen eine angeblich existierende »Militärpartei« und gegen Vorbereitungen für einen »konkreten« Krieg.

Daraufhin mußte ich in meiner an die Person des Reichskriegsministers gerichteten Note vom 30. Juli 1911 (Beilage 2 c) meiner Überzeugung von der unbedingten Notwendigkeit konkreter Vorsorgen

Ausdruck geben und auf die Gefahren hinweisen, welche Unterlassungen in dieser Richtung nach sich ziehen könnten.

Ich muß aber auch zweifellos die gegen mich gerichtete Vermutung, als bestünde bei uns eine »Militärpartei«, auf das entschiedenste zurückweisen. Diese Vermutung schließt einen schweren, ungerechtfertigten Vorwurf in sich, dem ich mich umsoweniger ausgesetzt glaubte, als ich meine Überzeugung stets mit pflichtgemäßer Offenheit E. M. a. u. zur Allerhöchsten Kenntnis unterbreite und meinem Wesen jedes mit dem Begriffe »Militärpartei« verbundene Konspirieren gänzlich fremd ist, ein Umstand, der auch dem Grafen Ährenthal auf Grund unseres persönlichen Verkehrs nicht unbekannt sein konnte.

Wie wenig übrigens die immer wieder betonten Bemühungen unseres Ministeriums des Äußern, die öffentliche Meinung in Italien zu unseren Gunsten zu stimmen, wirksam sind und wie sehr die uns ausgesprochen feindlichen nationalistischen Tendenzen der Irredenta unter der stillschweigenden Patronanz der offiziellen italienischen Kreise überhandnehmen, bitte ich E. M. der a. u. beigeschlossenen Beilage 3 Allerhöchst zu entnehmen.

Die Bedenken hinsichtlich der Erregung der öffentlichen Meinung unserer Nachbarn haben aber auch gelegentlich der Verhandlungen über die Regulierung der bosnisch-serbischen Grenze an der Drina im Sommer 1911 beim Ministerium des Äußern die Besorgnis erregt, daß ein Festhalten an unseren berechtigten Ansprüchen zu Weiterungen führen könnte, und dieses Ministerium dazu veranlaßt, trotz der für uns zweifellos günstigen Rechtslage die vorbehaltlose, definitive Abtretung der strittigen Drinainseln an Serbien in Aussicht zu nehmen, wodurch ein Teil der Grenze endgültig in militärisch höchst nachteiliger Weise im Raume westlich der Drina verlaufen würde.

Dieser Absicht mußte ich pflichtgemäß in der an das Reichskriegsministerium gerichteten Bemerkung Glstb. Nr. 2795 von 1911, welche ich in der Abschrift als Beilage 4 E. M. a. u. unterbreite, entschieden entgegentreten.

Was die Grenzzwischenfälle betrifft, die sich an der italienischen Grenze ebenso wie an der serbischen, türkischen und montenegrinischen von Zeit zu Zeit ergeben, so haben die meist unbeabsichtigten Überschreitungen ihre Ursachen teils im Vorhandensein strittiger Grenzstrecken, teils in der unzureichenden Vermarkung der Grenzen im schwierigen Gebirgsterrain.

Die Heeresverwaltung war bestrebt, alles vorzukehren, um Grenzüberschreitungen durch ö.-u. Militärpersonen zu vermeiden und auf die Fälle unvermeidlicher Irrtümer zu beschränken. Speziell an der italie-

nischen Grenze sind in den Jahren 1909, 1910 und 1911 zusammen im ganzen acht solche Fälle vorgekommen, während in demselben Zeitraume in 62 Fällen Grenzüberschreitungen italienischer Militärpersonen bei uns dienstlich gemeldet wurden.

Da aber die Presse Italiens jeden durch unsere Truppen hervorgerufenen Grenzzwischenfall für ihre nationalistischen Zwecke ausbeutet und ins Maßlose aufbauscht, da ferner der Herr k. u. k. Botschafter in Rom Bedenken wegen der möglichen Folgen solcher Zwischenfälle geäußert hat, sah sich das Ministerium des Äußern erst kürzlich veranlaßt, wegen des Grenzkonflikts auf der Cima Mandriolo der königlich italienischen Regierung das Bedauern auszusprechen, was, soweit mir bekannt, von italienischer Seite noch in keinem Falle geschehen ist.

In der Korrespondenz, welche den Vorfall auf der Cima Mandriolo betraf, sprach der Herr Minister des Äußern in einer Note an den Reichskriegsminister, deren Abschrift ich als Beilage 5 a E. M. a. u. zur Allerhöchsten Kenntnis unterbreite, ausdrücklich die Vermutung aus, daß ein die Grenzverletzung veranlassender Befehl vom Generalstabe ausgegangen sei. Ich war gezwungen, mich in der abschriftlich a. u. angeschlossenen Bemerkung Glst. Nr. 3091 von 1911 (Beilage 5 b) an das Reichskriegsministerium gegen einen solchen Verdacht nachdrücklich zu verwahren, da es natürlich ganz ausgeschlossen ist, daß ich außer den mit der Allerhöchsten Genehmigung E. M. jährlich ausgegebenen Alarmweisungen noch insgeheim Aufträge geben würde, welche mit den Befehlen des Reichskriegsministeriums im Widerspruche wären. Die von E. M. Allerhöchst genehmigten Alarmweisungen aber müssen als streng geheime Kriegsvorsorgen naturgemäß der Kenntnis und Kontrolle des Ministeriums des Äußern unbedingt entzogen bleiben.

Ich bitte E. M. Allergnädigst zu gestatten, daß ich bei diesem Anlasse auch über den für die militärischen Kriegsvorsorgen ganz unentbehrlichen Kundschafterdienst a. u. berichte, welcher gleichfalls wiederholt Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Grafen Ährenthal und mir gegeben hat.

Aus den Erfahrungen der Krise des Jahres 1908/1909 ergab sich die dringende Notwendigkeit, den Kundschafterdienst auf weitere Gebiete zu erstrecken und umsomehr auszugestalten, als sich eben gezeigt hatte, daß es gerade in Zeiten politischer Spannung doppelt schwer ist, neue Kundschafter zu erwerben und gute Nachrichten zu erhalten.

Der für den Bedarf ganz unzureichende Betrag von jährlich 150.000 Kronen nötigte anfänglich dazu, einen Teil dieses Dienstes in das Ausland entsendeten Offizieren zu übertragen.

Als aber die Anhaltung und Festnahme einzelner dieser Offiziere beim Ministerium des Äußern die Besorgnis vor unliebsamen Weiterungen und vor einer Schädigung unserer guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten wachrief, geruhten E. M. die Allerhöchste Willensmeinung dahin abzugeben, daß getrachtet werden solle, die Nachrichten aus dem betreffenden Lande, also durch dort lebende Kundschafter, zu gewinnen. E. M. geruhten bei dieser Gelegenheit Allergnädigst zu erwähnen, daß hiezu wohl höhere Mittel notwendig sind und daß sich deshalb an das Ministerium des Äußern zu wenden ist.

Auf Grund dieser mit der Note der Militärkanzlei E. M. Nr. 2868 von 1910 anher mitgeteilten Allerhöchsten Willensmeinung wandte sich das Reichskriegsministerium unter eingehender Klarlegung der Verhältnisse mit dem Ersuchen an das Ministerium des Äußern, den für Kundschaftszwecke gewidmeten Betrag nach und nach auf jährlich 500.000 Kronen zu erhöhen.

Das Ministerium des Äußern eröffnete hierauf, daß die Budgetierung einer erhöhten Kundschaftsdotation wohl erst für das Jahr 1912 möglich sei, daß es aber nach Zulässigkeit der vorhandenen Mittel bereit sei, schon im Jahre 1911 einen außerordentlichen Beitrag zu leisten, doch könne sich das Ministerium des Äußern vor der Hälfte des Jahres 1911 keineswegs engagieren.

Auf das im Jahre zweimal erneuerte Einschreiten erwiderte schließlich das genannte Ministerium, daß es nicht in der Lage sei, im Jahre 1911 überhaupt einen erhöhten Beitrag zu leisten. Es bleibt somit trotz der zweifellos anerkannten Unzulänglichkeit bei der bisherigen geringen Kundschaftsdotation.

Obgleich ich, den Allerhöchsten Intentionen E. M. entsprechend, seit dem Jahre 1910 von der Entsendung von Offizieren für Kundschaftszwecke gänzlich abgesehen habe, ja selbst über Einfluß des Ministeriums des Äußern die Beurlaubung von Offizieren nach Serbien und Montenegro, sowie nach der Türkei und speziell nach Albanien teils aufs äußerste eingeschränkt, teils ganz eingestellt wurde, wiederholen sich immer wieder serbischerseits entrüstete Klagen über die Kundschaftstätigkeit unserer Serbien angeblich geradezu überschwemmenden Generalstabsoffiziere.

Auf eine vom Ministerium des Äußern an mich gerichtete mündliche Anfrage ließ ich Mitte Juli 1911 klar und ausdrücklich mitteilen, daß heuer überhaupt kein Offizier nach Serbien entsendet worden ist.

Umsomehr mußte ich daher erstaunt sein, als sich trotz dieser unzweifelhaften Mitteilung das Ministerium des Äußern auf Grund von neuerlichen Behauptungen serbischer Hetzblätter, die ihm als solche längst bekannt sind, im August l. J. neuerlich veranlaßt sah, diesmal beim Reichskriegsministerium wegen etwa verfügter Entsendungen ö.-u. Generalstabsoffiziere nach Serbien anzufragen.

Meine diesbezügliche Auskunft an das Reichskriegsministerium ist zur Allerhöchsten Kenntnis E. M. als Beilage 6 in Abschrift angeschlossen.

Während der Krise und unmittelbar nach derselben haben zahlreiche serbische Offiziere das Gebiet der Monarchie betreten, ohne daß unsererseits Schwierigkeiten gemacht worden wären. Unser Ministerium des Äußern aber hegt noch jetzt — drei Jahre nach der Krise — Bedenken dagegen, daß ö.-u. Offiziere nach Serbien beurlaubt werden, obgleich nach dem Abschlusse des Handelsvertrages im Oktober 1910 ganz normale Beziehungen zwischen unserer Regierung und der serbischen offiziell bestehen und obgleich das Ministerium des Äußern und unsere Vertretungen zweifellos über die Mittel verfügen, um die serbische Regierung zu verpflichten, für den Schutz unserer Offiziere unter allen Verhältnissen zu sorgen, insolange sie sich den bestehenden Gesetzen gemäß verhalten. Daß aber der im Auslande reisende Offizier keine Spionage treiben darf, ist ganz selbstverständlich, denn dadurch kommt er mit den Gesetzen des Landes in Kollision und hat keinen Anspruch mehr auf deren Schutz.

Als das Ministerium des Äußern im Vorjahre beim Reichskriegsministerium die Beurlaubung von Offizieren nach Serbien als inopportun bezeichnete, verfügte das Reichskriegsministerium mit Erlaß Präs. Nr. 12.807 von 1910, daß Urlaube nach Serbien nur in dringenden Fällen und nur mit besonderer Bewilligung des Reichskriegsministeriums erteilt werden. Vor kurzem hat nun das Ministerium des Äußern neuerlich an das Reichskriegsministerium das Ersuchen gerichtet (Präs. Nr. 9640 des Reichskriegsministeriums von 1911), die Offiziersurlaube nach Serbien ganz einzustellen.

Um zu kennzeichnen, wie wenig Reziprozität in dieser Hinsicht geübt wird, bitte ich E. M. a. u. melden zu dürfen, daß nach ganz verläßlicher Information Mitte August 1911 sich ein serbischer Oberstleutnant und weitere acht serbische Offiziere durch mehrere Tage ganz ungehindert in Agram aufhielten, und zwar nicht etwa bloß auf Urlaub, sondern als Teilnehmer an einer so eminent politischen Veranstaltung, wie es das Agramer südslawische Sokolfest war.

Auch das Inhibieren von Urlauben nach der Türkei und besonders nach Albanien wurde vom Ministerium des Äußern zu einer Zeit angeregt und durch die politische Lage als dringend geboten betont, als Offiziere anderer Staaten, ohne irgend welchen Schwierigkeiten zu begegnen, diese Länder bereisten.

Die Besorgnis des Ministeriums des Äußern, daß unseren Offizieren seitens der dortigen Behörden Unannehmlichkeiten bereitet werden könnten, mag nicht ganz unbegründet sein. Der erste solche Fall müßte aber eben die Gelegenheit geben, ein Verhalten an den Tag zu legen, welches mit Rücksicht auf die Großmachtstellung der Monarchie bei den auswärtigen Behörden die Überzeugung zeitigt, daß unseren Offizieren ein Schutz zur Seite steht, der sie im Auslande ebenso sicher wandern läßt, wie jene der anderen Großstaaten.

Pflichtgemäß muß ich gegen eine Einschränkung der Offiziersurlaube — nach welchen Ländern immer — Einsprache erheben, weil wir Offiziere, namentlich aber Generalstabsoffiziere, mit umfangreichen Länderkenntnissen brauchen, die nicht aus Büchern, sondern nur aus unmittelbaren Eindrücken geschöpft werden können. Dazu ist aber das Reisen auch abseits der Hauptbewegungslinien des Fremdenverkehrs notwendig, was — wie schon früher a. u. erwähnt wurde — selbstverständlich nie mit Spionage irgend welcher Art verbunden sein darf.

Meinen früheren a. u. Ausführungen bitte ich E. M. Allergnädigst entnehmen zu wollen, daß wir ausschließlich auf Nachrichten angewiesen sind, welche uns im Auslande sich aufhaltende Berufskundschafter liefern, deren Zahl schon wegen der unzulänglichen Geldmittel nur eine geringe sein kann.

Was aber die Position unserer Kundschafter im Auslande besonders schwierig macht, ist die zumeist sehr patriotische Haltung der Bevölkerung unserer Nachbarstaaten, welche stets bemüht ist, im Vereine mit den dazu dienstlich berufenen Organen jede Spionage zu verhindern und jeden geringsten Verdacht der Auskundschaftung auch dann in der Presse überlaut zu affichieren, wenn sich der Verdacht als gänzlich haltlos herausstellt.

Was die bei uns tätigen Kundschafter sowohl Italiens als auch Serbiens, Montenegros und Rußlands betrifft, so ist leider ihre Lage eine weit günstigere, weil sie häufig Verbindungen mit reichsfeindlichen Konnationalen in unseren Grenzgebieten haben, die ihnen jede Förderung zuwenden.

Trotzdem verhält sich die Zahl der wegen Spionage Verhafteten und Verurteilten bei uns, in Rußland und Italien so, wie es in der a. u. angeschlossenen Beilage 7 ersichtlich gemacht ist.

Die Tabelle zeigt, daß in den letzten drei Jahren bei uns 34 Individuen wegen Betreibung des Kundschaftsdienstes zu Gunsten einer fremden Macht aufgegriffen wurden, hievon waren für Italien 13, für Rußland 21 dieser Spione tätig.

In derselben Zeit wurden in Italien vier und in Rußland drei unserer Kundschafter aufgegriffen.

Die in Beilage 7 ausgewiesenen, in Serbien verurteilten vier Spione wurden im Frühjahre 1909 alle gleichzeitig festgenommen, zu einer Zeit, als in unseren südslawischen Gebieten die reichsfeindliche Bewegung in vollster Blüte stand, so daß Serbien und Montenegro über straflos gebliebene Vertrauensmänner in größter Zahl verfügten.

Aus den vorstehenden a. u. Darlegungen geht mit voller Klarheit hervor, daß wir keinem der genannten Staaten gegenüber die moralische Verpflichtung haben, unseren Kundschaftsdienst einzuschränken und daß unsere äußere Vertretung sehr berechtigt gewesen wäre, bei der russischen und italienischen Regierung wegen der äußerst regen Spionage Vorstellung zu machen.

Dies ist — so weit mir bekannt — nicht geschehen, wohl aber hat der ö.-u. Botschafter in Rom, Herr von Merey, anläßlich der Festnahme eines Kundschafters in Venedig im Frühjahr 1911 in einem an den Grafen Ährenthal gerichteten Schreiben die Worte gebraucht: »Ich muß es E. E. überlassen, zu beurteilen, ob auf die bisherige Langmut der italienischen Regierung gegenüber den sich derart häufenden Spionagefällen auch weiter gerechnet werden darf und ob unsere offiziellen freundschaftlichen Beziehungen und unser Bundesverhältnis zu Italien auf die Dauer eine solche Belastungsprobe vertragen.«

Als das Reichskriegsministerium im Einsichtswege von diesem Berichte Kenntnis bekam, konstatierte es die weitaus überwiegende Zahl von Fällen italienischer Spionage auf unserem Gebiete, und ich fügte die — selbstverständlich nur für das Reichskriegsministerium bestimmte — als Beilage 8 a abschriftlich a. u. zugelegte Bemerkung bei, in welcher ich meiner Überzeugung über die Anschauungen des Herrn von Merey Ausdruck gab und das Reichskriegsministerium bat, im Sinne dieser Bemerkung beim Ministerium des Äußern vorstellig zu werden.

Daß das Reichskriegsministerium diese, offensichtlich nicht für das Ministerium des Äußern bestimmte Bemerkung diesem letzteren im Original weitergab, muß ich trotz der vom Reichskriegsministerium für diesen Vorgang geltend gemachten Gründe formaler Natur als einen bedauerlichen faux pas bezeichnen.

Diese Ansicht habe ich, als mir die Antwortnote des Herrn Ministers des Äußern vom 7. August 1911 zur Kenntnis kam, deren Abschrift ich

E. M. als Beilage 8 b a. u. unterbreite, in meiner ebenfalls a. u. zugelegten Bemerkung Glstb. Nr. 3282 vom 14. August 1911 dem Reichskriegsministerium gegenüber ausgesprochen. (Beilage 8 c.)

Damit ist aber nur die formelle Seite des Zwischenfalles dargelegt. In sachlicher Hinsicht fühle ich mich verpflichtet, E. M. zur Rechtfertigung und Begründung meiner Ansicht über die Haltung des Herrn Botschafters in Rom a. u. zu melden, daß ich diese Ansicht nicht etwa bloß aus dem Tone seines angeführten Schreibens an den Grafen Ährenthal geschöpft, sondern daß meine Anschauung sich auf mehrere frühere Vorkommnisse gründet, welche selbstverständlich alle nur den Standpunkt des Herrn von Merey in militärischen Fragen betrafen, da es mir naturgemäß ganz fern liegen muß, mir in irgend einer anderen Hinsicht ein Urteil über ihn anzumaßen.

Herr von Merey hat schon im Vorjahre in der Korrespondenz, die über die Einschränkung von Zwischenfällen an der italienischen Grenze geführt wurde, so absprechende Bemerkungen über unsere Wehrmacht geäußert, daß sich das Reichskriegsministerium in seiner Note Präs. Nr. 8962 von 1910 an das Ministerium des Äußern genötigt sah, darauf wie folgt zu erwidern:

»Der Herr k. u. k. Botschafter in Rom hat sich veranlaßt geglaubt, in seiner Note Nr. 33 B vom 11. Juli auf Grund nicht ganz zutreffender Daten ein unfreundliches Urteil über unsere Wehrmacht fällen und ihr in seiner Note Nr. LXXVI S. vom 19. Juli l. J. Ratschläge erteilen zu müssen.

Ich wäre E. E. sehr verbunden, wenn der Herr k. u. k. Botschafter in Rom von dem Inhalt dieser Note in vertraulicher Weise in Kenntnis gesetzt würde, damit er künftighin bei der Beurteilung und Besprechung solcher immerhin bedauerlicher Fälle die entsprechende Basis kenne und seine Sprache darnach einrichte.«

Die Auffassung des Herrn von Merey über die mir so genau bekannte militärische Friedensarbeit Italiens kommt in einem Berichte des Herrn Botschafters an den Grafen Ährenthal vom 31. Jänner 1911 zum Ausdruck, welchen ich E. M. in Abschrift als Beilage 9 a a. u. unterbreite*).

Am 2. Jänner 1911 hatte ich dem Herrn Minister des Äußern pflichtgemäß als Ergebnis hierseitiger Studien und Nachrichten mitgeteilt, daß die Daten über militärische Rüstungen und Bereitstellungen Italiens den Termin Ende April 1912 als Zeitpunkt der angestrebten Schlagfertigkeit erkennen lassen, daß die Maßnahmen für den Ausbau

*) Ist bereits im früheren vollinhaltlich gegeben. Seite 222.

der Flotte, für die neue Artillerie-Organisation und Umbewaffnung, der Ausbau der strategischen Eisenbahnen, die Vermehrung des rollenden Eisenbahnmaterials, die Fertigstellung der wesentlichsten, gegen die Monarchie gerichteten Befestigungen und die Schaffung eines radiotelegraphischen Netzes über ganz Italien auf diesen Zeitpunkt gestellt sind.

Graf Ährenthal erwiderte mir am 6. Jänner, daß er meine Wahrnehmungen durch seine Organe überprüfen lassen werde und sprach die Ansicht aus, daß die mit rastloser Energie und mit Aufwendung sehr bedeutender Mittel fortschreitenden militärischen Rüstungen Italiens wohl vor allem dem Wunsche entsprechen, es den anderen Großmächten gleichzutun, vermutlich aber auch dem Gedanken, die Streitkräfte noch vor Beginn der Vertragsverhandlungen so weit auszugestalten, um von den beiden anderen Großmächten als begehrter und gleichwertiger Bundesgenosse angesehen zu werden.

Im Auftrage des Grafen Ährenthal legte der Herr Botschafter in Rom den früher erwähnten a. u. in Abschrift als Beilage 9a zugelegten Bericht vor*).

Meine Anschauungen über diesen Bericht bitte ich E. M. meiner abschriftlich a. u. beigeschlossenen Note an den Herrn Minister des Äußern vom 24. Feber 1911, Beilage 9b, Allerhöchst entnehmen zu wollen*).

Mir obliegt es, unablässig und wachsamen Auges die Entwicklung der fremden und der eigenen Machtmittel zu verfolgen, um auf Grund sorgfältig geprüfter Tatsachen ein reelles Gesamtbild zu haben und dann, ohne Kleinmut, aber bei Erwägung aller Möglichkeiten, jene militärischen Maßnahmen vorzusorgen, welche allen Eventualitäten entsprechen können.

Ich erachte es als meine Pflicht, auch dann unbeirrt zu bleiben, wenn andere über die sehr intensiven Rüstungen eines immerhin möglichen Gegners leichter hinweggehen, und wenn sie die Tendenz dieser Rüstungen so optimistisch beurteilen, wie es Graf Ährenthal und Herr von Merey tun. Wenn aber aus solchen Anschauungen eine Hemmung der unerläßlichen militärischen Vorsorgen resultiert, so muß ich meine Bedenken ernst und nachdrücklich geltend machen.

Von diesem streng sachlichen Gesichtspunkte bitte ich E. M. a. u., auch meine Stellungnahme gegenüber dem Standpunkte des Herrn Ministers des Äußern einer Allergnädigsten Würdigung zu unterziehen.

Graf Ährenthal tritt in seiner Note vom 7. August 1911, Beilage 8b, selbstverständlich für Herrn Merey ein. Daß dem Ministerium des

---

*) Ist bereits im früheren vollinhaltlich gegeben. Seite 222 und 226.

Äußern und der k. u. k. Botschaft in Rom die zahlreichen Verurteilungen italienischer Spione bei uns seitens der Justizbehörden nicht bekanntgegeben wurden, ist sehr zu bedauern; die meisten dieser Prozesse — so namentlich die Fälle Bartmann, Colpi und Genossen, sowie Kretschmar — wurden in allen Tagesblättern breit und in dem üblichen Sensationstone besprochen. Zweifel darüber, für wen diese Leute tätig waren, sind schwer möglich.

Um die in derselben Note des Grafen Ährenthal erwähnte Behelligung und Kompromittierung unserer Vertretungen durch im Auslande aufgegriffene Kundschafter zu verhindern, werden diese stets eindringlichst dahin instruiert, daß sie sich unter gar keiner Bedingung an die k. u. k. Vertretungen wenden oder auf sie berufen dürfen. Leider ist das bei der Qualität dieser Leute nicht in allen Fällen erreichbar, obgleich sie tatsächlich keine Verbindungen mit unseren Vertretungen haben.

Obgleich der Herr Minister des Äußern selbst andeutet, daß der Bericht des Herrn von Merey zu d r a s t i s c h stilisiert war, nimmt Graf Ährenthal am Schlusse seiner Note vom 7. August dennoch gegen mich in einem derart autoritativen und verletzenden Tone Stellung, daß ich im Bewußtsein, stets nur die mit meiner Stellung verbundenen Pflichten zu erfüllen, mich entschieden gegen eine solche Sprache verwahren muß.

Ich bitte E. M., hievon Allerhöchst Kenntnis nehmen zu wollen und füge a. u. bei, daß ich dem Grafen Ährenthal eine Verständigung darüber zukommen ließ, daß ich in dieser Angelegenheit E. M. einen a. u. Vortrag unterbreite.

W i e n, am 9. September 1911. C o n r a d, m. p., G. d. I."

„Beilage 1.

A u s z u g

aus dem Protokoll der Ministerratssitzung in Budapest am 5. März 1911*).

Der Vorsitzende hebt hervor, daß er als Minister des Äußern, soweit es von ihm abhänge, selbstverständlich für die Ausgestaltung der Wehrkraft eingetreten sei, daß er sich aber den von beiden Herren Ministerpräsidenten abgegebenen Erklärungen nur vollinhaltlich anschließen könne.

Er teilt vollkommen die Ansicht, daß die neuerliche Forderung von 260 Millionen Kronen, nachdem die Delegation eben so namhafte Beträge für Rüstungszwecke bewilligt hat, eine schwere innerpolitische Perturbation hervorrufen würde.

---

*) Das ganze Protokoll dieser Ministerratssitzung ist auf den Seiten 134 u. f. abgedruckt.

Aber auch vom Standpunkte der auswärtigen Politik würde er ein solches Vorgehen für sehr bedenklich halten. Es sei zweifellos, daß durch die von den Delegationen votierten bedeutenden Mittel unsere Stellung in Europa gehoben und unser Ansehen wesentlich erhöht worden sei, so daß wir nun mit größter Sicherheit und Festigkeit für die von uns verfolgten friedlichen Ziele eintreten können.

Die Monarchie hegt keine Aspirationen über ihren gegenwärtigen Besitz hinaus, und er fasse die von ihm im Auftrage Seiner Majestät und unter Zustimmung der beiden Ministerpräsidenten geführte äußere Politik dahin auf, daß wir bei etwa eintretenden Verwicklungen nicht sofort aktiv hervorzutreten hätten, sondern die Dinge sich vorerst entwickeln lassen und erst dann eingreifen sollen, wann und wie es die Interessen der Monarchie erheischen.

Unsere Politik weist demnach einen erhaltenden Charakter auf, dem wir auch bei Ergreifung außerordentlicher militärischer Maßnahmen Rechnung tragen müssen.

Wenn wir nunmehr einen neuen Rüstungskredit anfordern würden, würde man uns aggressive Absichten zuschieben, was dem von Seiner Majestät hinsichtlich der Führung der äußeren Politik der Monarchie erhaltenen Auftrag diametral entgegengesetzt wäre. Überdies würden wir durch die rasch aufeinanderfolgende Einstellung solcher Summen unsere Nachbarn noch zur Steigerung ihrer Rüstungen ermuntern. Auch möchte ich noch hervorheben, daß aus den lichtvollen Darstellungen des Herrn Chefs des Generalstabes zu entnehmen sei, daß bereits heute eine wesentliche Steigerung unserer Kriegsbereitschaft konstatiert werden konnte, daß aber die Kriegsverwaltung sich darauf beschränkt hat, dasjenige zu beanspruchen, was sie für das Dringendste und Notwendigste gehalten hat, übrigens steht es der Heeresverwaltung frei, dort, wo dies erforderlich erschiene, ein Virement eintreten zu lassen.

Zum Schlusse will er dem Chef des Generalstabes im Namen aller Anwesenden den Dank für seine so eingehenden und interessanten Darlegungen aussprechen; die Teilnehmer an der heutigen Beratung seien überzeugt, daß Seine Exzellenz es für seine Pflicht gehalten hat, die maßgebenden Faktoren auf jene Erfordernisse aufmerksam zu machen, welche nach seinem Dafürhalten unumgänglich notwendig sind, doch wären den Regierungen, wie erwähnt, durch die finanzielle Leistungsfähigkeit unüberschreitbare Grenzen gezogen.

Ährenthal m. p.

Für die Richtigkeit der Abschrift:

Wien, am 5. September 1911.

Paić m. p., Obstlt.“

„Beilage 2 a.

An Seine Exzellenz General der Infanterie Franz Freiherrn von Schönaich
in Wien.

Malborgeth, am 25. Juni 1911.

Verfolgt man die italienische Presse der letzten Jahre und vornehmlich die italienische Publizistik der jüngsten Zeit, so leuchtet — im vollen Gegensatze zu unserer Presse — das konsequent und in einmütig patriotischem Sinne verfolgte Streben hervor, durch steten Hinweis auf die Unzulänglichkeit der eigenen Kriegsbereitschaft, speziell gegen Österreich-Ungarn, die breiten Schichten des Volkes über die hauptsächlichsten militärischen Notwendigkeiten aufzuklären und so den Boden für jene militärischen Forderungen vorzubereiten, deren sukzessiver Erfüllung die italienische Reichsverteidigung den auf allen Gebieten wahrnehmbaren Aufschwung der letzten Jahre verdankt. Unablässig verfolgt die italienische Publizistik alle unsere leider so bescheidenen Maßnahmen an der Grenze mit eifersüchtiger Aufmerksamkeit, bauscht sie gewohnheitsmäßig in tendenziöser Weise weit über ihre tatsächliche Bedeutung auf und betrachtet es so — mit geringen Ausnahmen einmütig — als patriotische Ehrenpflicht der nationalen Presse, durch dieses Wirken Regierung und Heeresverwaltung nicht nur zu unterstützen, sondern auf die militärischen Maßnahmen vielfach geradezu anregend zu wirken, vor jeder Unterlassung oder Verschleppung dieser wichtigen Fragen unablässig zu warnen.

Demgegenüber ist unsere Presse leider von einer geradezu beispiellosen Gleichgültigkeit hinsichtlich der so auffallenden, vielfach selbst dem Laien in die Augen springenden, ausschließlich gegen uns gerichteten fieberhaften italienischen Kriegsvorbereitungen. Es gehört zu ganz exzeptionellen Ausnahmsfällen, wenn eines unserer Tagesblätter — wie die mir vom Pressebureau des Reichskriegsministerium zugekommene Ausgabe des »Pesti Hirlap« vom 6. Juni — es wagt, diesbezüglich seinen Lesern klaren Wein einzuschenken und in umfassender, leider infolge unzureichender Information durchaus nicht erschöpfender Weise auf die militärische Tätigkeit Italiens an unserer Grenze hinzuweisen, die in mancher Hinsicht unsere eigenen Vorkehrungen bereits zu überholen im Begriffe ist. Ja, unsere Presse scheut sich nicht, wie die im Abendblatt der »Zeit« vom 21. Juni 1911 veröffentlichte Notiz über den Garnisonswechsel beweist, in der unpatriotischesten Art die militärischerseits erkannten Minimalforderungen als durchaus unberechtigt und ganz unverständlich hinzustellen und so zu versuchen, dieselben unmöglich zu machen.

Diese ganz beispiellose Indifferenz, ja patriotisch sehr anfechtbare Haltung unserer Presse und die daraus resultierende Unaufgeklärtheit unserer öffentlichen Meinung bildet einen der Hauptgründe dafür, daß unsere militärischen Forderungen immer wieder den größten Schwierigkeiten begegnen und auf ein Maß herabgeschraubt wurden, das alle militärischen Stellen mit schwerer Besorgnis für die Zukunft erfüllen muß und diesen Stellen die unbedingte Verpflichtung auferlegt, diesem traurigen Zustande auf das entschiedenste entgegen zu wirken.

Es scheint mir daher, insbesondere im Hinblicke auf die demnächst herantretende Notwendigkeit großer militärischer Forderungen, hoch an der Zeit, die Bedeutung einer von maßgebender und orientierter Seite zielbewußt beeinflußten Presse endlich im vollen Umfange einzuschätzen und bitte ich E. E., unter voller Entfaltung der dem Reichskriegsministerium zur Verfügung stehenden Machtmittel, unsere Publizistik in diesem Sinne beeinflussen und gegensätzlichen Einflüssen anderer mit allem Nachdrucke entgegentreten zu wollen.

Ganz besonders bitte ich in dieser Richtung auch beim Ministerium des Äußern vorstellig zu werden, welchem ein derartiges, die Machtmittel und die militärische Bereitschaft der Monarchie schwer schädigendes Gebaren ganz besonders nahe gehen muß.

Conrad m. p.“

„Beilage 2 b.

Hochwohlgeborener Freiherr!

Ich habe die Ehre gehabt, das mir unter Nr. 8417 am 2. Juli zugesandte Schreiben vom 25. v. Mts. zu erhalten, in welchem sich der Herr Chef des Generalstabes mit der Haltung der Presse zu den militärischen Forderungen beschäftigt.

Wenn Freiherr von Conrad in dieser Darlegung darauf hinweist, daß die ausländische, namentlich aber die italienische Presse in viel nachdrücklicher Weise, als dies bei uns der Fall ist, für die Verwirklichung der als notwendig erkannten militärischen Maßnahmen eintritt, so kann ich ihm in diesem Punkte nur recht geben.

Diese fast einmütige Stellungnahme speziell der italienischen Presse ist zum Teile wohl auf die besonders in Oberitalien herrschende Furcht vor uns, größtenteils aber darauf zurückzuführen, daß die Presse national geeint ist, während bei uns die Verhältnisse bekanntlich ganz anders liegen. Es ist E. E. nur zu gut bewußt, wie oft die Hereinziehung von nationalen Fragen und Aspirationen hindernd in die stete Entwicklung unserer Wehrmacht eingegriffen hat, und es ist — so

bedauerlich dies auch sein mag — ganz erklärlich, daß dieser Umstand auch in der Presse seinen Ausdruck finden muß.

Der vom Herrn Chef des Generalstabes bei diesem Anlasse gemachte Hinweis auf die demnächst herantretende Notwendigkeit nochmaliger großer militärischer Forderungen veranlaßt mich zu nachstehenden Ausführungen:

In den Delegationen von 1910 und 1911 sind an militärischen Mehrforderungen zirka 1100 Millionen Kronen teils als Nachtragskredite, teils als neue, auf die Dauer von fünf Jahren echelonierte Beträge bewilligt worden, deren weitaus größter Teil für Neuanschaffungen verwendet werden soll.

Daß dieser höchst ansehnliche Erfolg unter schwierigen parlamentarischen Verhältnissen erzielt werden konnte, ist in erster Linie gewiß das Verdienst E. E. und der beiden Regierungen; aber auch ich darf einen Teil desselben für mich in Anspruch nehmen, da ich mir bewußt bin, in voller Anerkennung der dringenden Bedürfnisse unserer bewaffneten Macht bei beiden Regierungen und in meinen Delegationsreden für sie auf das nachdrücklichste eingetreten zu sein.

Umsomehr muß es mich jetzt wundern, daß der Herr Chef des Generalstabes neuerdings auf die außerordentlichen Kredite zu sprechen kommt, welche über das Maß der für die nächsten fünf Jahre bewilligten Ausgaben hinausgehen und welche bereits den Gegenstand der gemeinsamen Ministerberatung vom 5. März l. J. gebildet haben.

Diese Forderung wurde damals von beiden Herren Ministerpräsidenten unter Hinweis auf die parlamentarische Undurchführbarkeit unter anderem auch mit der Motivierung abgelehnt, daß damit die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Monarchie überschritten würden.

Ich habe mich diesem Votum aus Erwägungen der äußeren Politik angeschlossen, und es erscheint mir auch heute richtig, an demselben festzuhalten, da uns von keiner Seite eine Gefahr droht, unsere Beziehungen zu allen Mächten sich vielmehr in vollkommen zufriedenstellender Weise fortentwickeln.

Es ist ja selbstverständlich, daß die Monarchie immer bereit sein muß, einen ihr aufgezwungenen Krieg zu führen und die Anstrebung aller Mittel, die diesem Zwecke gelten und dazu dienen, die stete Schlagfertigkeit der Wehrmacht zu gewährleisten, wird bei mir immer auf regstes Verständnis und auf bereitwilligste Mitwirkung zu rechnen haben.

Etwas anderes aber ist es, wenn Forderungen aufgestellt werden, die spezielle Rüstungsvorbereitungen zu einem konkreten Kriege

betreffen, und namentlich müßte ich dagegen Stellung nehmen und jede Verantwortung ablehnen, wenn es sich dabei um die von Freiherrn von Conrad ins Auge gefaßte These eines Krieges mit Italien handeln sollte.

Gewiß, die Schwäche der einander folgenden italienischen Regierungen schließt Überraschungen nicht aus, und es können sich vielleicht einmal Situationen ergeben, in denen uns Italien nicht als Freund und Bundesgenosse zur Seite steht. Das soll von mir nicht bestritten werden; aber man sollte es doch vermeiden, die Herbeiführung einer solchen Situation zu beschleunigen.

Wenn wir aber heute schon an der italienischen Grenze in forcierter Weise Befestigungen anlegen, Truppenverschiebungen ausführen und andere offen zutage tretende militärische Maßregeln mit leicht erkennbarem Zweck ergreifen, muß in der öffentlichen Meinung der Gedanke erweckt werden, daß der Krieg mit Italien ein beschlossenes und je eher zu beginnendes Unternehmen ist.

Dadurch wird jeder italienischen Regierung, mag sie auch vom besten Willen beseelt sein, die Stellung außerordentlich erschwert; es wird damit aber auch das große, ohnehin in gewissen italienischen Kreisen gegen uns bestehende Mißtrauen gerechtfertigt und das peremptorische Verlangen erzeugt, durch Gegenmaßregeln der von uns drohenden Gefahr vorzubeugen.

Wenn sich einmal auch in maßgebenden Kreisen Italiens die Überzeugung festsetzt, daß bei uns eine Militärpartei existiert, welche den Krieg mit Italien für unvermeidlich hält und ihn durchsetzen will, so wird vor allem der Allianzgedanke, der in der letzten Zeit in allen Schichten der Bevölkerung eine erfreuliche Stärkung erfahren hat, darunter zu leiden haben.

Da ich nun die vornehmste Aufgabe darin erblicke, Friedensgarantien zu schaffen und nach allen Seiten den Frieden zu erhalten, so lange dies mit unseren Interessen und mit unserer Ehre vereinbar ist, kann es mich nicht gleichgültig lassen, wenn durch forcierte militärische Maßnahmen unsererseits in Italien eine dem Bundesverhältnisse hinderliche Stimmung erhalten wird, der sich auch die Regierung nicht entziehen könnte.

Unter solchen Umständen müßten sich die Verhandlungen wegen Erneuerung des Allianzvertrages schwierig gestalten und daß, wenn eine solche nicht erfolgen sollte, die Möglichkeit einer feindseligen Haltung Italiens sehr in die Nähe gerückt wäre, ist E. E. bekannt und braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Eine gewisse Behutsamkeit in unserem Verhältnis zu Italien scheint um so gebotener, als die Beziehungen zu Rußland noch nicht genügend geklärt sind. Zwar weisen diese einen merklichen Fortschritt zum Bessern auf, aber die in der Annexionskrise erlittene Demütigung ist noch nicht vergessen und der Ausbruch einer Krise mit Italien würde sicher die russische Diplomatie veranlassen, eine der Monarchie wenigstens unfreundliche Haltung einzunehmen und einen eklatanten Erfolg unsererseits über Italien zu vereiteln.

Von diesem Gesichtspunkte aus muß ich mich entschieden gegen alle Vorkehrungen aussprechen, die nicht unbedingt notwendig sind und eher die Tendenz verfolgen, unsere Machtmittel gegen Italien in einer für dieses Land alarmierenden Weise auszugestalten.

Indem ich E. E. ersuchen darf, von diesen Ausführungen auch Se. E. den Herrn Chef des Generalstabes in Kenntnis setzen zu wollen, erneuere ich Hochdenselben den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Wien, am 22. Juli 1911. Ährenthal m. p.

An den Reichskriegsminister Freiherrn Franz von Schönaich."

„Beilage 2 c.

An den Reichskriegsminister von Schönaich,
Wien.

Innichen, am 30. Juli 1911.

Indem ich mich beehre, das beiliegende Schreiben des Ministers des Äußern zurückzustellen, füge ich demselben folgende Bemerkung bei:

Wenn Seine Exzellenz der Herr Minister des Äußern sich gegen Vorbereitungen für »konkrete Kriege« wendet, so kann ich dem nur entgegenstellen, daß es überhaupt nur Vorbereitungen zu konkreten Kriegen gibt.

Sich gegen alle Nachbarstaaten gleichmäßig vorzubereiten, überschreitet die finanzielle Leistungsfähigkeit; insbesondere ein Staat, der von allen Seiten umringt ist, muß sich klar werden, mit wem er in absehbarer Zeit sicher nicht in den Krieg gerät, gegenüber welchen Staaten aber diese Sicherheit nicht besteht. Konflikte mit letzteren Staaten bilden also die konkreten Kriegsmöglichkeiten.

Wird zugestanden — und das ist im Schreiben des Ministers des Äußern der Fall — daß diese Sicherheit gegenüber Italien nicht besteht, dann muß eben die Vorbereitung für einen Krieg, auf den sich Italien vorbereitet, wofür ich zahllose Belege beizubringen vermag, erfolgen.

Was die Anlage unserer Befestigungen betrifft, so sind diese unendlich weit hinter den analogen Leistungen Italiens zurück; schon der jährliche Fortifikationskredit von 30 Millionen Lire gegenüber den diesseitigen von kaum 6 Millionen Kronen spricht deutlich; in gleicher Weise sind die diesseitigen Truppenverlegungen ganz minimal gegenüber den offenkundig gegen die Monarchie gerichteten italienischen; auch alle anderen militärischen Maßnahmen stehen weit hinter jenen Italiens zurück.

Niemand zielt hierseits darauf ab, in der öffentlichen Meinung den Gedanken zu erwecken, daß der Krieg mit Italien eine beschlossene Sache sei; dies verbietet schon die Klugheit, weil man wohl einen Krieg nicht früher annonciert, sondern eher das Gegenteil tut, um eintretendenfalls mit den bereitgestellten Mitteln den Gegner möglichst zu überraschen.

Italiens Maßnahmen tragen deutlich diesen Charakter, sind durchaus nicht bloße Gegenmaßregeln, mahnen vielmehr dringend dazu, mit militärischen Gegenmaßnahmen eigenerseits nicht im Rückstand zu bleiben; hiefür zu sorgen, ist die eminenteste Pflicht meiner Stellung. Ich würde in dieser Hinsicht der schwersten Pflichtverletzung mich schuldig machen, wenn ich mich durch irgendwelche Einflüsse einschüchtern ließe, dieser Pflicht unentwegt nachzugehen.

Die Überzeugung von der Unvermeidlichkeit eines durch positive eigene Interessen bedingten Krieges zwischen der Monarchie und Italien hat in italienischen Kreisen — und zwar nicht nur in militärischen, sondern auch in zivilen — unendlich viel mehr Anhänger als in der Monarchie, obzwar auch in dieser Hinsicht sehr maßgebende nichtmilitärische Kreise von der schließlichen Unvermeidlichkeit dieses Krieges überzeugt sind.

Will man nicht zu dem Mittel greifen, diesen Krieg im selbstgewählten Moment unter Ausnützung temporärer Überlegenheit zu führen — und hierauf hat ja unsere Politik vor Jahren verzichtet — so erübrigt nur, jene Maßnahmen zu treffen, welche als das Dringendste der Vorbereitung zu einem solchen Kriege bezeichnet werden müssen.

Sie zu unterlassen, damit der italienischen Regierung die Stellung nicht erschwert und die sehr problematische Friedensgeneigtheit Italiens nicht irritiert werde, erschiene mir als unverantwortliches militärisches Versäumnis, ganz besonders im vorliegenden Falle, welcher sich bereits jetzt schon durch eigenes Zurückbleiben hinter den forcierten militärischen Maßnahmen Italiens charakterisiert.

Überdies bin ich der Ansicht, daß eine militärisch vorbereitete, kraftvoll dastehende Monarchie viel eher die Allianzgeneigtheit Italiens erreichen wird, als eine Monarchie, deren militärische Rückständigkeit

seitens der zweifellos klarblickenden militärischen Kreise Italiens sicher erkannt wird; besonders gilt dies dann, wenn es sich bei den neuerfolgenden Allianzverhandlungen um die Abgrenzung und Feststellung gewisser Interessensphären und gegenseitige Konzessionen handeln wird.

Die von mir gestellten Forderungen sind nicht nur unbedingt notwendig, sondern bezeichnen die äußerste Grenze des Dringendsten; das Recht, sowie die Kompetenz, dies festzustellen, muß ich für mich in Anspruch nehmen.

Wenn ich nun aus dargelegten Gründen dringend bitte, den von mir gestellten Forderungen zur Realisierung zu verhelfen, so befinde ich mich ganz auf dem Standpunkt, welchen auch Seine Exzellenz der Minister des Äußern laut des vorletzten Alineas seines Schreibens vom 22. Juli 1911 einnimmt, und kann daher letzteren nur bitten, diese meine Forderungen zu unterstützen.

Ich kann nicht umhin, erneuert hervorzuheben, daß in Italien in zielbewußt tendenziöser Weise selbst die allergeringfügigsten hierseitigen Maßnahmen ins Übertriebenste aufgebauscht werden, mit der unverkennbaren Tendenz, sie bei uns zu hintertreiben und eigenerseits erhöhten Maßnahmen zum Durchbruch zu verhelfen.

Dies zu verkennen, sich davon beeinflussen zu lassen, wäre ein unverantwortliches Übersehen.

Ich sehe meine unverrückbare Pflicht darin, hinsichtlich der mir obliegenden konkreten Kriegsvorbereitungen und im Sinne der mir obliegenden Einflußnahme auf die Entwicklung der bewaffneten Macht eine Situation anzustreben, welche es ermöglicht, daß diese bewaffnete Macht im Momente der Gefahr, dessen Eintreten oder Nichteintreten niemand abzusehen vermag, als verläßliche Stütze der äußeren Politik zur Verfügung stehe.

Von diesem und nur von diesem Gedanken lasse ich mich bei der mir obliegenden Berufstätigkeit leiten, nur in diesem Sinne habe ich auch unter den Mitteln, den Ausbau der Wehrmacht zu fördern, die patriotische Mitwirkung der Presse in Betracht gezogen.

Ich erlasse es mir, hinsichtlich der Tendenzen und Vorbereitungen Italiens einerseits, der diesseitigen Rückständigkeiten anderseits, in Details einzugehen, bin aber jederzeit bereit, wenn gewünscht, zahllose Belege beizubringen.

Indem ich E. E. bitte, dieses Schreiben auch Seiner Exzellenz dem Minister des Äußern zur Kenntnis zu bringen, erneuere ich E. E. den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Euer Exzellenz gehorsamster

Conrad, m. p., G. d. I."

„Beilage 3.

Tätigkeit der Irredenta seit dem Jahre 1908.

Obwohl von offizieller Seite immer wieder der Versuch gemacht wird, die Existenz einer aktiven Irredenta zu leugnen oder zumindest ihre Bedeutung abzuschwächen, und sie als eine rein kulturelle Bewegung hinzustellen, läßt sich im Gegenteile unwiderleglich konstatieren, daß die irredentistische Bewegung in den letzten Jahren mehr denn je erstarkt ist und immer weitere Kreise für ihre austrophoben Tendenzen zu gewinnen versteht.

Wenn man bedenkt, daß der Geist der Irredenta zum ersten Male zur Zeit der Aufrollung der orientalischen Frage im Jahre 1877 in wahrnehmbarer Form in den Vordergrund trat, so darf es einem nicht wundernehmen, daß die Annexion des Okkupationsgebietes im Jahre 1908 die wildesten Kundgebungen irredentistischer Natur auslöste. Nicht nur, daß die Presse in leidenschaftlicher Sprache Kompensationen für den Machtzuwuchs verlangte, den Österreich-Ungarn durch die Annexion erfahren hatte, und deswegen der Regierung Schwäche und gröbste Fahrlässigkeit vorwarf, jüngere Elemente scheuten sich auch nicht, offen gegen uns aufzutreten und fraternisierten in Belgrad mit den Serben (Bericht K. Nr. 1577), ja ein serbischer Oberst konnte sogar unter moralischer Beihilfe der Irredenta in Rom Freischaren für Serbien organisieren (Bericht K. Nr. 2003/08), welche tatsächlich zur Aufstellung gelangten.

Von sonstigen im Jahre 1908 stattgefundenen, mit der Annexionskrise nicht in Zusammenhang stehenden irredentistischen Kundgebungen seien kurz folgende erwähnt:

Demonstration Triestiner Studenten bei einem Ausfluge des Triester patriotischen Vereines »Andreas Hofer«, sowie Teilnahme von Triestiner Lehrern an Garibaldi-Feiern in Mte Suello und Caffaro (Bericht K. Nr. 225/08).

Demonstrationen bei der »festa delle Statuto« in Udine (Bericht K. Nr. 1022/08).

Demonstrationen, provoziert durch Triestiner Irredentisten, anläßlich der Anwesenheit einer Bersaglieri-Abteilung in Pontebba (Bericht Nr. 1319/08).

Schmähartikel des Blattes »Giovine Italia« über den Wiener Jubiläumsfestzug (Bericht K. Nr. 11.770/08).

Irredentistische Reden bei den Regatten in Saló (Bericht K. Nr. 1323/08).

Irredentistische Rede des Abgeordneten Brunialti bei der Eröffnung der neuen Asticobrücke (Bericht K. Nr. 1699/08).

Von auffallenderen irredentistischen Kundgebungen im Jahre 1909 sind zu erwähnen:

Die heftigen Presseangriffe wegen Fehlens unserer Kriegsschiffe bei den Rettungsarbeiten in Messina (Attaché-Bericht Nr. 38/09), wozu noch seitens mehrerer Blätter die schändliche Verleumdung hinzukam, daß sich die österreichische Armee über die Hekatomben der Erdbebenkatastrophe wie über den Erfolg einer gewonnenen Schlacht freue.

Die intransigente Haltung der gesamten italienischen Presse im weiteren Verlaufe der Balkankrise, dann in der damals wieder akut gewordenen italienischen Universitätsfrage (Attaché-Bericht Nr. 38/09).

Die Festlichkeiten anläßlich der fünfzigjährigen Gedenkfeier des Kriegsjahres 1859, bei denen irredentistische Studenten und Sportvereine des Trentino teilnahmen (Bericht K. Nr. 2382/09) und die mit den auf tendenziös gewähltem Terrain — Mincio-Hügelland — abgehaltenen Königsmanövern ihren Abschluß fanden (Attaché-Bericht Nr. 38/09). Ein an diesen Manövern als Zuseher teilnehmender ö.-u. Offizier berichtet, daß die Nordpartei, als die »Austriaci« bezeichnet, von den Soldaten der anderen Partei bei Zusammenstößen mit den ärgsten Beschimpfungen empfangen wurde, was für den austrophoben Geist der Armee charakteristisch ist (Bericht Evb. Nr. 1900/09).

Die irredentistische Rede des Korpskommandanten von Mailand, Generalleutnant Asinari di Bernezzo, zu Brescia, gelegentlich der Übergabe der Standarte an das neuerrichtete Kavallerieregiment Aquila am 11. November. Der General wurde auf Grund dieser gegen Österreich aufhetzenden Rede offiziell wohl durch Pensionierung gemaßregelt, erlangte aber gerade hiedurch noch größere Popularität: er wurde von allen irredentistischen Vereinen zum Ehrenmigtlied ernannt und sogar durch Widmung eines Ehrensäbels geehrt (Bericht Evb. Nr. 2214, 2265, 2323 und 2328 von 1909).

Im Jahre 1910:

Am 14. Jänner Vorlesung des Poems »Ricordi e voti all Imperatore d' Austria«, eines niederträchtigen Pamphlets eines gewissen Cristofferi, im Ateneosaale in Venedig. Das Gedicht wurde dann in mehreren Auflagen vom Vereine Trento-Trieste ausgegeben (Bericht K. Nr. 3935 von 1910).

Irredentistische Rede Gabriele d' Annunzios am 22. Feber gelegentlich einer in Venedig abgehaltenen Konferenz über Luftschiffahrt (»Neue Freie Presse« vom 23. Feber 1910).

Demonstrationen anläßlich des Besuches Paduaner Studenten in Triest; gehässige Besprechung der diesbezüglichen Maßnahmen der österreichischen Behörden durch die italienische Presse (Attaché-Bericht Nr. 2/VI von 1910).

Antiösterreichische Demonstrationen gelegentlich des Besuches ungarischer Studenten in Ancona (Attaché-Bericht Nr. 2/VII).

Besuche der Triestiner Irredentisten in Mailand und Rom (Attaché-Bericht Nr. 2/VII und 2/VIII).

Verbreitung des Gerüchtes unter der Grenzbevölkerung über die Abtretung des Trentino beim Ableben Seiner Majestät (Bericht Nr. 3236 von 1910).

Die Cima dodici-Affäre (Bericht K. Nr. 3433 und 3470 von 1910).

Die gehässigen Kommentare vieler Blätter anläßlich der Minister-Entrevuen in Salzburg und Turin.

Ausgabe von Zündholzschachteln zu Propagandazwecken, auf denen eine Karte Oberitaliens mit den im irredentistischen Sinne rektifizierten Grenzen dargestellt war. Trotz dieser unverkennbar aggressiven Tendenz wurden diese Schachteln, mit dem königlich italienischen Monopolstempel versehen, in Umlauf gebracht (Bericht K. Nr. 2884/10, R.-K.-M.-Erlaß Präs. 10.217 von 1910).

Artikel des Generals Fadda in der »Tribuna« vom 2. Nov. 1910, in welchem derselbe der sicheren Erwartung Ausdruck verleiht, daß die ö.-u. Matrosen italienischer Nationalität sich im Ernstfalle begeistert ihren italienischen Brüdern anschließen würden.

Konstituierende Versammlung des irredentistischen Vereines »Associazione studenti tridentini« in Trient (25. und 26. September), an der auch der bekannte Nationalist Sighele teilnahm, und bei welcher die ärgsten irredentistischen Reden gehalten wurden (Bericht Nr. 3999 von 1910).

Nationalisten-Kongreß in Florenz (3. bis 5. Dezember), auf welchem die heftigsten Angriffe gegen die Monarchie vorkamen (Attaché-Bericht Nr. 2/IX, dann Bericht K. Nr. 4176 von 1910).

Im Jahre 1911:

Demonstrationen bei den Aufführungen des anfangs verbotenen, später unter parlamentarischem Druck aber freigegebenen politischen Dramas »Romanticismo« von Rovetta, welches Ausfälle gegen die Monarchie enthält (Attaché-Bericht Nr. 2/IV von 1911).

Ausstellung der »Trento-Trieste« in Turin, bei welcher außer Photographien aus den »terre irredente« auch die verschiedensten Propagandaartikel und Flugschriften irredentistischen Inhalts verkauft

wurden; eine von der Regierung versuchte Pression zum Aufgeben des Gedankens einer solchen Ausstellung hatte keinen Erfolg (Attaché-Bericht Nr. 2/I von 1911).

Heftige Pressekampagne gegen die beabsichtigte Einführung einer österreichischen Schiffahrtslinie am Gardasee im Jänner d. J. (Bericht Evb. Nr. 107 von 1911).

Am 19. März feierliche Übergabe der von den Frauen Roms der »Trento e Trieste« gewidmeten Fahne; das Fahnenband ein Geschenk von Triester Frauen (Bericht Evb. Nr. 53 von 1911).

Demonstration des Vereines »Trento e Trieste« bei der Eröffnung der ethnographischen Ausstellung durch den König am 21. April (Attaché-Bericht Nr. 2/VI von 1911).

Demonstration desselben Vereines nach der Ausstellungseröffnung vor dem Garibaldidenkmal (Attaché-Bericht Nr. 2/VI von 1911).

Verteilung irredentistischer aufhetzender Proklamationen durch die »Trento e Trieste« bei der Enthüllung des Denkmals von Viktor Emanuel am 4. Juni (Bericht K. Nr. 2085 von 1911).

Tumultuarische Studentendemonstrationen in Pisa anläßlich einer Curtatonefeier am 29. Mai, welche in ganz Italien lebhaftesten Widerhall fand und unter anderem in Messina zur öffentlichen Verbrennung einer Fahne führte (»Tribuna« vom 31. Mai und 2. Juni, »Adriatico« und »Secolo« vom 31. Mai und 2. Juni).

Außer den im Vorstehenden angeführten Tatsachen muß noch eine sich alljährlich wiederholende Kundgebung irredentistischer Natur erwähnt werden: die Abhaltung von Gedenkfeiern am Todestage des als »Märtyrer« verherrlichten Attentäters Oberdank (20. Dezember). Auf die deshalb bei der italienischen Regierung erhobenen offiziellen Vorstellungen erklärte letztere, »nicht in der Lage zu sein, gegen diese Kundgebungen einzuschreiten« (Reichskriegsministerium-Erlaß zu Präs. Nr. 53 von 1911).

Wiewohl die bis nun angeführten Daten, welche lediglich eine kleine Auslese aller irredentistischen Kundgebungen der letzten Jahre darstellen, die Existenz und die große Bedeutung der Irredenta zur Genüge erhärten, so erhält man doch erst ein richtiges Bild von der gewaltigen Ausbreitung dieser Bewegung, wenn man die Tätigkeit der irredentistischen Vereine und ihrer Presse in Betracht zieht.

Die drei großen irredentistischen Vereine: die »Lega nazionale«, die »Dante Alighieri« mit dem Unterverein »Sursum Corda« und die »Associazione pro Trento e Trieste« treiben eifrigst Propaganda und mehren jährlich die Zahl ihrer Mitglieder; ihre Tätigkeit dehnt sich auch auf unsere italienischen Sprachgebiete aus, wo namentlich die

heranwachsende Jugend die eifrigsten Parteigänger dieser gegen Kaiser und Reich gerichteten Bewegung beistellt. Nach Dr. W. Rohmeder (München) soll die »Associazione pro Trento e Trieste« derzeit auf österreichischem Boden allein etwa 60.000 Mitglieder und 180 Ortsgruppen besitzen, welche jährlich 180.000 Kronen an Beiträgen zahlen (»Kölnische Zeitung« vom 18. März 1911). Die »Dante Alighieri«, welche nach offiziellen Daten angeblich in Österreich keine Vereinstätigkeit entwickelt, besitzt unter ihren 250 Ortsgruppen fünf mit eigenem Statut (Ravenna, Udine, Ancona, Brescia und Turin), welchen die Tätigkeit in Österreich obliegt; überdies besitzt dieser Verein zahlreiche Vertrauensmänner in Österreich (R.-K.-M.-Erl. Präs. Nr. 4053 von 1910).

Außerdem wurde in diesem Jahre — eine Frucht des vorjährigen Nationalisten-Kongresses — noch ein neuer irredentistischer Verein gegründet, die »Associazione nazionalista« (Sitz des »Comitato centrale« in Rom).

Den besten Beweis für die Fortschritte, welche die irredentistische Bewegung dank der regen Tätigkeit dieser Vereine in den letzten Jahren gemacht hat, liefern die führenden Blätter der Partei: »La grande Italia«, »Il mare nostro«, »Il Principe«, »Il Caroccio«, »L' idea nazionale« u. a., welche alle erst in den letzten zwei Jahren gegründet wurden, und zu denen sich noch zahlreiche andere, immer neu erscheinende periodische und nichtperiodische Druckschriften gesellen. Die Schreibweise dieser Blätter, die man nach Entziehung des Postdebits unter falschem Namen in Österreich einzuschmuggeln sucht (»La grande Italia« unter dem Namen »Crepuscolo«, den »Caroccio« unter dem Namen »Alba«), zeigt einen grenzenlosen Haß gegen Österreich und sein Herrscherhaus und macht in unverhüllter, maßlosester Weise für die irredentistischen Ideen Propaganda.

Eine weitere Kräftigung hat der Irredentismus in Italien in den letzten Jahren auch dadurch erfahren, daß die dortigen Sportvereine, welche im regsten Kontakt mit den vorangeführten, rein politischen Vereinen stehen, von der Heeresverwaltung für die Zwecke der Landesverteidigung dienstbar gemacht werden; sie werden militärisch organisiert und sind für eine Verwendung als Freischaren im Kriegsfalle ausersehen. Die solchen Formationen abgehende Disziplin wird durch das Bindemittel der gemeinsamen Idee — der Begeisterung zum Irredentismus — ersetzt.

Der im Vorjahr beim Wiener Landesgericht beendete Spionageprozeß gegen Josef Colpi und Genossen hat ergeben, daß auch in Südtirol in den Sportvereinen irredentistische Elemente die Hauptrolle

spielen, daß sie mit Erfolg junge Leute unter dem Deckmantel des Sports dem Irredentismus zuführen und daß diese Vereine mit den Sportvereinen in Italien in engster Fühlung stehen. Es ist auch eine notorische Tatsache, daß sportliche Festlichkeiten in Italien fast immer zu antiösterreichischen Demonstrationen führen, und daß ebenso auch bei sportlichen Anlässen in Südtirol fast nie die irredentistische Note fehlt.

Endlich darf bei Beurteilung des Einflusses der Irredenta auf das politische Leben Italiens nicht übersehen werden, daß sicherlich die durch diese Agitation in den breiten Bevölkerungskreisen hervorgerufene antiösterreichische Strömung mit ein treibender Faktor bei der glatten Bewilligung der bedeutenden Forderungen war, mit welchen die Heeresverwaltung in den letzten Jahren an das Parlament herangetreten ist.

Aus all dem Gesagten geht hervor, daß trotz der von offizieller Seite vorgebrachten gegenteiligen Darstellungen doch ein großer Teil der erwachsenen Bevölkerung Italiens, jedenfalls aber die gesamte heranwachsende Jugend aller Bevölkerungsschichten, in unzweideutiger Form und ganz unverhohlen eine aggressive Tendenz gegen Österreich-Ungarn verfolgt, die in der »Erlösung«, der »terre irredente«, welche der bekannte Nationalist Professor Sighele als »terre date in usufrutto ad un altra nazione« (einer anderen Nation lediglich zum Nutzgenuß überlassenes Gebiet) bezeichnet, ihr Endziel und ihre heiligste patriotische Pflicht erblicken.

Wien, am 2. September 1911.

Conrad m. p., G. d. I.

Für die richtige Abschrift:

Wien, am 5. September 1911.

Paić m. p., Obstlt."

„Beilage 4.

Drina-Regulierung.

Bemerkung

zum Geschäftsstück Präs. Nr. 8194 von 1911.

Ich kann nur wiederholen, daß vom Standpunkt der Wahrung wichtiger Interessen im Alarmierungs- (Mobilisierungs-) Falle lediglich eine solche Lösung der Grenzfrage militärisch annehmbar ist, bei welcher

a) entweder seitens Serbiens die 1883/84er Grenze anerkannt wird, oder

b) Serbien im Einvernehmen mit der Monarchie eine Drina-Regulierung durchführt und den aus der Drina-Regulierung resultierenden Talweg als Staatsgrenze anerkennt. Hiebei wäre es militärisch

akzeptabel, daß der Talweg der regulierten Drina im Staraca-Bett führt.

Ich muß darauf hinweisen, daß diese Angelegenheit durch den beabsichtigten Bau einer Normalbahn Rača—Bjelina—Čelić noch an Bedeutung gewinnt.

Ich bitte, das Ministerium des Äußern aufmerksam machen zu wollen, daß die dortige Ansicht, mit Rücksicht auf das »Kräfteverhältnis« der beiden Armeen sei der Grenzfrage geringere militärische Bedeutung beizulegen, nicht als Argument gelten könne.

Zur Beurteilung einer solchen Frage gehören konkrete Detailkenntnisse, welche dem Ministerium des Äußern fehlen.

Doch möchte ich meinerseits betonen, daß alle diese Grenzfragen um so größere militärische Bedeutung gewinnen, je weniger aktiv unsere äußere Politik ist und je mehr vorauszusehen ist, daß in kritischer Zeit die Verstärkung und Konzentrierung von Truppen in bedrohten Grenzräumen aus Gründen der äußeren Politik Verzögerungen erfährt.

Zu meiner Stellungnahme veranlaßt mich aber nicht nur die Notwendigkeit, militärische Interessen des Alarmierungs- und Mobilisierungsfalles zu wahren, sondern auch die Überzeugung, daß durch den bedingungslosen Vorschlag des Ministeriums des Äußern, das Inselgebiet östlich Bjelina definitiv an Serbien abzutreten, unser Prestige empfindlich geschädigt und — was am Balkan für den Kriegsfall von ausschlaggebender Bedeutung ist — das serbische Selbstgefühl außerordentlich gesteigert würde, weil die ganze Aktion den berechtigten Eindruck erwecken müßte, daß unser Verhalten unkonsequent und schwächlich ist und zweifellos als schmählicher Rückzug aufgefaßt und als solcher überall ostentativ affichiert werden würde.

Unser Minister des Äußern hebt selbst hervor, daß die serbische Regierung »Zuflucht« genommen habe zu einer Interpretation des Berliner Vertrages, die als unhaltbar zu bezeichnen sei. Um dieser Überzeugung vom eigenen Recht noch den Rückhalt einer streng objektiven und unparteiischen Prüfung zu geben, hat es das Ministerium des Äußern für gut befunden, die ganze Aktion aus dem Kreis interministerieller Besprechungen herauszutragen und das Gutachten eines Mitgliedes des internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag einzuholen.

Dieses Gutachten, dem nun wohl autoritativer Wert beigemessen werden soll, charakterisiert die Beweisgründe der serbischen Note als völlig haltlos, so daß das Ministerium des Äußern selbst zur Folgerung gelangt, daß bei konsequenter Durchführung der gegebenen Rechtsgrundlage die Inseln östlich Bjelina nicht bei Serbien verbleiben könn-

ten und daß diese Gesichtspunkte auch der Beantwortung der serbischen Note zugrunde gelegt werden müssen.

Aus dieser Genesis der ganzen Aktion kann wohl nur die eine Annahme resultieren, daß das Ministerium des Äußern nunmehr, gestützt auf das Bewußtsein eines im Jahre 1878 unter schwierigen Verhältnissen erworbenen Rechtes, die eigenen Interessen mit Energie vertreten und auf der Revindizierung des strittigen Gebietes bestehen werde.

Ich bin daher überrascht und empfinde es als Chef des Generalstabes der bewaffneten Macht geradezu peinlich, daß das Ministerium des Äußern den Vorschlag macht, mit Rücksicht auf vorübergehende Schwierigkeiten die strittigen Gebiete einfach definitiv abzutreten, ohne eine wirkliche Gegenleistung zu verlangen, und zwar trotz der zweifellosen Schädigung militärischer Interessen.

Die Besorgnis, daß das Festhalten an den bezüglichen Ansprüchen zu Weiterungen führt, möge man Serbien überlassen, hingegen wäre es eben Aufgabe der Diplomatie, auf Grund des nunmehr autoritativ konstatierten eigenen Rechtes und im Bewußtsein des Rückhaltes durch unsere effektive Macht, unsere Ansprüche auch auf gütlichem Wege durchzusetzen, wozu ja durch die Möglichkeit einer in dem Staraca-Bett geführten Drina-Regulierung die beste Handhabe geboten ist.

Sollte der gütliche Weg aber nicht zum Ziele führen, dann wäre vor der gewaltsamen Geltendmachung zweifellosen Rechtes nicht zurückzuschrecken.

Ich komme dabei sowohl vom rein militärischen Gesichtspunkte, als auch vom Standpunkte des staatlichen und militärischen Prestiges zu dem Schluß, daß für den Fall, als eine Grenzregulierung auf den von mir angegebenen Grundlagen nicht zu erreichen wäre, von einer Grenzregulierung überhaupt ganz abzusehen wäre, und daß es im weiteren Verlauf uns nicht schwer fallen würde, die Nachteile eines solchen, durch serbisches Verschulden ungeklärten Besitzstandes den Nachbarstaat fühlen zu lassen.

Schließlich möchte ich noch vom rein militärischen Standpunkte erklären, daß durchaus kein Nachteil darin läge, wenn infolge von Grenzstreitigkeiten einzelne Garnisonen der 11. Gebirgsbrigade fallweise, auch überraschend, zu besonderer Tätigkeit herangezogen würden, da solche Zwischenfälle nur geeignet erschienen, stagnierende Ruhe zu unterbrechen, militärischem Geist neue Impulse zu geben und die Vorbereitungen für den Alarmierungs- und Mobilisierungsfall geradezu zu

fördern; dagegen erkläre ich es nochmals als schwerwiegenden militärischen Nachteil, wenn serbisches Gebiet am Westufer des Hauptgerinnes der Drina anerkannt würde.

Wien, 8. Juli 1911. Conrad m. p., G. d. I.

Für die richtige Abschrift:
Wien, am 5. September 1911.
Paić m. p., Obstlt."

„Beilage 5 a.

Während ich einer gefälligen Äußerung E. E. auf meine Note vom 13. d. Mts. Nr. 1614 entgegensehe, beehre ich mich, Hochdieselben davon zu benachrichtigen, daß nach einer Meldung des k. u. k. Botschafters am königlich italienischen Hofe italienische Zeitungen Mitteilungen über eine Grenzverletzung auf der Cima Mandriolo bringen, die nach der vorabgegebenen Erklärung stattgefunden haben soll. Desgleichen sprechen sie auch von ähnlichen Vorfällen, die sich, wie E. E. bereits wissen, bei Paularo, ferner bei Val Piccolo und am Monte Hulon ereignet haben sollen.

Diese Behauptungen werden sich wohl als irrig erweisen lassen, da nicht angenommen werden kann, daß die an der Grenze dislozierten Truppenkommanden sich in so zahlreichen Fällen über die ihnen erteilten strengen Weisungen hinweggesetzt haben sollen.

Aus einer Beilage der geschätzten Note vom 10. Juli l. J., Präs. Nr. 8653, habe ich entnommen, daß die auf der Cima Mandriolo errichtete Schutzhütte für die im Mobilisierungsfall dortselbst etablierte Offiziers-Fernsichtpatrouille bestimmt war.

Die Mitteilung läßt vermuten, daß der betreffende Befehl vom k. u. k. Generalstab ausgegangen ist.

Es wäre mir nun von Interesse, zu erfahren, ob hier nur ein vereinzelter Fall vorliegt, wie ich hoffe, oder ob etwa von derselben Seite allgemeine Weisungen an die Grenztruppen behufs Vornahme ähnlicher Vorkehrungen ergangen sind, die der mit der königlich italienischen Regierung abgemachten Vereinbarung direkt widersprechen würden.

Ich beehre mich E. E. zu ersuchen, mir hierüber eine gefällige Mitteilung zukommen lassen zu wollen.

Wien, am 22. Juli 1911. Ährenthal m. p.

Für die richtige Abschrift:
Wien, am 5. September 1911.
Paić m. p., Obstlt.

An den Reichskriegsminister Schönaich."

„Beilage 5 b.

Chef des Generalstabes.
Res. Glst. Nr. 3091.

Bemerkung
zum Geschäftsstück Präs. Nr. 9328 von 1911.

Das k. u. k. Reichskriegsministerium hat mit dem Erlasse Präs. Nr. 5914/I von 1911 an das 3. und 14. Korpskommando den Befehl erteilt, »strenge darauf hinzuwirken, daß Grenzzwischenfälle nicht vorkommen und Grenzüberschreitungen unbedingt vermieden werden«.

Selbstverständlich habe auch ich weder an die Truppen noch höhere Kommanden Befehle gegeben, welche diesem Erlasse widersprechen würden.

Demgemäß ist der Versuch des Ministeriums des Äußern, die Grenzzwischenfälle auf Weisungen des Generalstabes zurückzuführen, sowie jede Verquickung von Grenzüberschreitungen mit den von mir ausgegebenen Alarmweisungen unzulässig.

Welche Weisungen bezüglich der Vorsorgen für den Alarm an die Truppen ergangen sind, entzieht sich der Ingerenz des Ministeriums des Äußern.

Jeden Versuch einer Einmengung in diese rein militärischen Angelegenheiten, sowie einer Kontrolle derselben müßte ich entschieden zurückweisen, was ich bitte, dem k. u. k. Ministerium des Äußern zur Kenntnis zu bringen.

Zur ausschließlichen Orientierung des Reichskriegsministeriums erlaube ich mir mitzuteilen, daß von mir Weisungen bezüglich des Baues von Schutzhütten für Beobachtungsoffiziere oder dergleichen nicht ergangen sind.

Der Bau der im Stücke erwähnten Hütte scheint auf die sehr anerkennenswerte Initiative jenes Kommandanten erfolgt zu sein, welcher in diesem Abschnitte im Ernstfalle zu wirken berufen ist. Es ist nur bedauerlich, daß durch die Unkenntnis des Grenzzuges eine an sich so dankenswerte selbständige Haltung eine so unangenehme Konsequenz — wie es die gezwungene Abtragung der Hütte ist — nach sich zieht, und welche eventuell geeignet ist, den bei unsern braven Grenztruppen herrschenden initiativen Drang nach Betätigung zu lähmen.

Findet es das Reichskriegsministerium unerläßlich, das 3. und 14. Korpskommando über eventuell ergangene Verfügungen wegen

Erbauung von Beobachtungsständen zu befragen, so bitte ich zur Wahrung des in den ergangenen Alarmweisungen festgehaltenen Grundsatzes, daß Korrespondenzen, den Alarm betreffend, ausschließlich mit dem Chef des Generalstabes zu führen sind, und in Konsequenz des neu verfaßten Dienstbuches J. I b § 2, Pkt. 7, vorletzter Absatz, daß »alle auf operative Instruktionen für die Alarmierung, Sicherung der Mobilisierung und des Aufmarsches oder für den Grenzschutz gegründeten Meldungen und Anträge in eigenen Berichten an den Chef des Generalstabes zu behandeln sind«, diese Frage an mich zu richten, worauf ich das Erforderliche veranlassen werde.

Wien, am 2. August 1911.

Conrad m. p., G. d. I.

Für die richtige Abschrift:
Wien, am 5. September 1911.
Paić m. p., Obstlt."

Chef des Generalstabes.
K. Nr. 2913.

„Beilage 6.

Zu Reichskriegsministerialerlaß Präs. Nr. 10.013 von 1911.

In diesem Jahre wurde kein Offizier, weder in vertraulicher noch in offizieller Eigenschaft nach Serbien entsendet.

Die bezüglichen Behauptungen serbischer Blätter und serbischer Regierungsorgane sind daher in die Augen springende Lügen.

Zur Charakterisierung dieser haltlosen Beschuldigungen serbischerseits will ich nur anführen, daß mit Ausnahme des Oberleutnants Rajaković, der kein Generalstabsoffizier ist, seit der Annexionskrise, also seit drei Jahren, kein Offizier nach Serbien entsendet wurde.

Über den Fall Rajaković habe ich seinerzeit dem Reichskriegsministerium eingehend berichtet und ist daher bekannt, daß dem genannten Offizier gelegentlich einer Privatreise vom Landesbeschreibungsbureau einige Aufträge bezüglich Beschaffung rein topographischer Daten gegeben wurden, wobei er vor seinem Abgehen speziell belehrt wurde, daß es auf Erkundung geheimer militärischer Angelegenheiten nicht anzukommen hat.

Dies war also die ganze Spionagetätigkeit ö.-u. Offiziere in Serbien.

Trotzdem benützt die serbische Presse seit Jahren jeden, auch den geringfügigsten und nichtigsten Vorwand, um kontinuierlich Beschuldigungen gegen ö.-u. Offiziere wegen Spionage zu erheben. Jede Woche erscheinen bezügliche Artikel in den Spalten der serbischen Zeitungen.

So werden z. B. Privat- und dienstliche Reisen von Offizieren auf ö.-u. Schiffen an der unteren Donau in den serbischen Blättern als Spionagetätigkeit bezeichnet; in gleicher Art wird auch jede Übung unserer Grenzgarnisonen charakterisiert.

Das »Mali Žurnal« und die »Politika« sind vielgelesene Hetzblätter, die durch ihre frechen und rüden Angriffe gegen die Monarchie, sowie gegen Seine Majestät und das Allerhöchste Kaiserhaus im In- und Ausland genugsam bekannt sind und hieramts längst als plumpe Düpierungen erkannt wurden.

Das k. u. k. Ministerium des Äußern sah sich während und nach der Krise wiederholt veranlaßt, gegen die Sprache dieser Blätter bei der serbischen Regierung Vorstellungen zu erheben. Letztere drückte bei solchen Gelegenheiten auch ihr Bedauern aus, mit dem Beifügen, daß sie nach dem serbischen Preßgesetze nicht in der Lage sei, gegen diese Pressetreibereien einzuschreiten.

Dieselbe serbische Regierung nimmt aber jetzt keinen Anstand, die Ausführungen gerade dieser Blätter zum Ausgangspunkte von Rekriminationen bei der k. u. k. Vertretung zu nehmen.

Die k. u. k. Vertretung in Belgrad führt sogar selbst aus, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß die Artikel der »Politika« von der serbischen Regierung selbst inspiriert wären, und daß neuerdings eine Spionagehetze, die geeignet wäre, eine Schädigung unseres Handels nach sich zu ziehen, inauguriert werden könnte.

Ich habe bereits Mitte Juli, also noch vor Erscheinen dieser Artikel, auf eine bezügliche mündliche Anfrage, die Seine Exzellenz der Herr k. u. k. Sektionschef Baron Rhemen im Auftrage Seiner Exzellenz des Herrn k. u. k. Ministers des Äußern gestellt hat, demselben durch den Generalmajor Csoban mündlich mitteilen lassen, daß heuer überhaupt kein Generalstabsoffizier nach Serbien entsendet worden ist. Hiedurch war der k. u. k. Regierung die Handhabe geboten, sofort und unmittelbar bezügliche Anfragen und Rekriminationen der serbischen Regierung als haltlose Anschuldigungen von der Hand zu weisen.

Wien, am 24. August 1911.

Conrad m. p., G. d. I.

Für die richtige Abschrift:

Wien, am 5. September 1911.

Paić m. p., Obstl."

Wegen Spionage wurden abgeurteilt, bezw. sind noch in Untersuchungshaft seit 1909: Beilage 7.

in Österreich-Ungarn

Name	Strafe	
1. Alois Poričić	5½ Jahre Kerker	tätig zu Gunsten Italiens
2. Anton Basta	2½ " "	
3. Damian Cis	8 Monate "	
4. Emilio Maggio		
5. Paul Bartmann	4½ Jahre "	
6. Josef Colpi	4 " "	
7. Luigi Dante	10 Monate "	
8. Otto Tomassini	8 " "	
9. Adolf Kretschmar	9½ Jahre "	
10. Erich Protivensky	8 " "	
11. Hans Cords	noch in Untersuchung, Aburteilung zu gewärtigen	
12. Edmund Simonides	noch in Untersuchung, Aburteilung zu gewärtigen	
13. Josef Ruvoös	noch in Untersuchung, Aburteilung zu gewärtigen	
14. Johann Knitsch	5 Monate Kerker	tätig zu Gunsten Rußlands
15. Ladislaus Dekiert	2 Jahre "	
16. Marian Koslowski	1 Jahr "	
17. Wladislav Bakalarczicz	5 Monate "	
18. Heinrich Religa	3 Jahre "	
19. Johann Rabinovicz	1 Jahr "	
20. Josef Jeczes	4 Jahre "	
21. Adam Pitkowski	2½ Jahre "	
22. Johann Souta	10 Monate "	
23. Johann Komarowsky	10 " "	
24. Miecislaus Kuszmajewski	10 " "	
25. Franz Kaplanski	6 " "	
26. Eugenie Bendak	6 " "	
27. Wladimir Dobrzanski	6 " "	
28. Adolf Kretschmar	9½ Jahre "	
29. Aurel Milobedzki	2 " "	
30. Iwan Nowosiolow	6 Monate "	
31. Wladimir Wierzbicki	6 " "	
32. Iwan Worfoluk	8 " "	
33. Marie Trompczynska	noch in Untersuchung, Aburteilung bestimmt zu erwarten	
34. Maryan Piechocinsky	noch in Untersuchung, Aburteilung bestimmt zu erwarten	

Individuen, welche zugunsten Österreich-Ungarns arbeiteten

in Italien	in Rußland	in Serbien
1. Dallia Vecchia 4 Jahre Kerker	5. Smerczynski	Nach der Krise im Frühjahr 1909:
2. Nicolusi	6. Postnikow wird bestimmt verurteilt	8. Janković 16 Jahre Kerker
3. W ssermann (Moni Fürst)	7. Ungern-Sternberg 4 Jahre Zwangsarbeit	9. Müller 16 Jahre Kerker
4. Dean noch in Untersuchung, Verurteilung zu gewärtigen		10. Moldowan 10 Jahre Kerker
		11. Todorović 20 Jahre Kerker

Chef des Generalstabes. „Beilage 8 a.
K. Nr. 1585.

Bemerkung
zum Einsichtsakt des R. K. M. Präs. Nr. 5254 von 1911.

Es ist mir ganz unverständlich, wie der k. u. k. Botschafter in Rom, dem ja die große Zahl der in Österreich-Ungarn erfolgten Aburteilungen italienischer Spione nicht unbekannt geblieben sein kann, von der Langmut der italienischen Regierung zu sprechen vermag.

Solche Anschauungen erscheinen geeignet, das schwere Bedenken zu rechtfertigen, daß die Interessen der Monarchie nicht jene energische Vertretung finden, wie sie wohl jeder andere Staat von seinen bezüglichen Funktionären voraussetzt.

Ich bitte, beim Ministerium des Äußern in diesem Sinne vorstellig zu werden.

Wien, am 3. Mai 1911. Conrad m. p., G. d. I.

Für die richtige Abschrift:
Wien, am 5. September 1911.
Paić m. p., Obstl."

„Beilage 8 b.

Anläßlich der Rücksendung eines Berichtes des k. u. k. Botschafters beim königlich italienischen Hofe über die wegen Spionage erfolgte Verhaftung eines ungarischen Staatsangehörigen haben E. E. mir auch eine diesbezügliche Einsichtsbemerkung des Herrn Chefs des Generalstabes zur Kenntnisnahme übermittelt (Nr. 5254 de praes. 26. Juli 1911).

Ich halte es für meine Pflicht, diese in erster Linie gegen einen hochverdienten Beamten meines Ressorts gerichtete Bemerkung auf das entschiedenste zurückzuweisen.

Vor allem muß konstatiert werden, daß dem k. u. k. Botschafter in Rom die Zahl der in letzter Zeit in Österreich-Ungarn erfolgten Aburteilungen italienischer Spione nicht bekannt war und auch nicht bekannt sein konnte, da diese Fälle bisher weder dem k. u. k. Ministerium des Äußern, noch der k. u. k. Botschaft regelmäßig und fortlaufend notifiziert werden. Bezüglich der fraglichen Liste selbst, sowohl der allenfalls in derselben Zeit in Italien stattgehabten Verurteilung von österreichischen oder ungarischen Staatsangehörigen behalte ich mir vor, eventuell noch auf den Gegenstand zurückzukommen.

Weiter möchte ich hervorheben, daß die Redewendung »Langmut der italienischen Regierung« sich darauf bezog, daß damals in Italien

innerhalb eines Monats bereits der dritte Fall sich ereignete, wo ein wegen Spionage verhafteter Kundschafter sich direkt an die k. u. k. Vertretungsbehörden um Hilfe wandte und dieselben gewissermaßen in den Fall mit hineinzog. Dies war für den k. u. k. Botschafter um so kompromittierender, als es sich ja in allen drei Fällen tatsächlich um Kundschafter handelte, deren Beziehungen zu den k. u. k. Militärbehörden der königlich italienischen Regierung im Laufe der gerichtlichen Untersuchung wohl kaum verborgen bleiben dürften. Der Herr Botschafter mußte daher mit Recht befürchten, daß, wenn sich dies wiederholen sollte, die königlich italienische Regierung schließlich denn doch alle diese Vorkommnisse zum Gegenstand einer Demarche machen könnte.

Es ist daher nur erklärlich, wenn Herr von Merey, von dem Wunsche beseelt, seine ersprießliche Tätigkeit und seine Stellung gegenüber der königlich italienischen Regierung nicht durch derartige Zwischenfälle ernstlich gefährdet zu sehen, in vielleicht etwas allzu drastischen Worten auf die Notwendigkeit hinwies, dem Kundschafter entsprechende Instruktionen zukommen zu lassen.

Geradezu unfaßlich ist es aber, wieso aus einem so nebensächlichen Umstande des besser oder weniger glücklich gewählten Wortes ein so schwerer Vorwurf gegen einen durchaus auf der Höhe seiner Aufgabe stehenden diplomatischen Vertreter Seiner Majestät, ja gegen die gesamte Leitung der auswärtigen Politik der Monarchie deduziert werden kann.

Herr von Merey ist kein Neuling in seinem Berufe. Alle, die Gelegenheit hatten, ihm dienstlich näher zu treten, müssen dessen hervorragenden Eigenschaften Gerechtigkeit widerfahren lassen, sowie seine hohe Begabung, Tüchtigkeit, Erfahrung, tiefen Ernst, unermüdlichen Fleiß und Hingebung für den Allerhöchsten Dienst anerkennen. Den ihm anvertrauten schwierigen und verantwortungsvollen Posten füllt er voll aus und vertritt die unter seinen Schutz gestellten wichtigen Interessen mit Umsicht und Energie.

Umsomehr erscheint daher diese, sachlich genommen, durchaus ungerechtfertigte Kritik als eine ganz unzulässige Überschreitung der Befugnisse des Herrn Chef des Generalstabes, welche ich unmöglich stillschweigend hinnehmen kann, und gegen die ich sehr entschieden Verwahrung einlegen muß.

Da der Herr Chef des Generalstabes in seiner Einsichtsbemerkung an E. E. das Ersuchen gestellt hat, im Sinne derselben beim k. u. k. Ministerium des Äußern vorstellig zu werden so beehre ich mich das Ersuchen zu stellen, Freiherrn von Conrad von dem Inhalte dieser

Note Kenntnis geben zu wollen. Der Einsichtsakt samt Beilagen folgt im Anschlusse zurück.

Mendel, am 7. August 1911. Ährenthal m. p.

An den Reichskriegsminister Schönaich."

Chef des Generalstabes. „Beilage 8 c.
Res. Glst. Nr. 3282.

An das k. u. k. Reichskriegsministerium
in Wien.

Payerbach, am 14. August 1911.

Wie ich dem mir zugesendeten Einsichtsakt Präs. Nr. 9905 vom August 1911 entnehme, wurde seinerzeit meine das Vorgehen des k. u. k. Botschafters in Rom in der Spionageaffäre Fürst betreffende, an das Reichskriegsministerium gerichtete und ausschließlich für dieses bestimmte Bemerkung im vollen Wortlaut dem k. u. k. Ministerium des Äußern zugemittelt.

Wenn ich auch die Gründe, welche ich dafür anführte, daß von einer Langmut bezüglich solcher Affären eher auf unserer Seite als auf jener Italiens gesprochen werden kann, voll aufrechterhalte, muß ich doch hervorheben, daß ich eine diesbezügliche, direkt an das Ministerium des Äußern gerichtete Note in anderer Weise gehalten hätte als diese, nur für das Reichskriegsministerium bestimmte und durch die gegen die diesseitige Kundschaftstätigkeit gerichtete Stilisierung der Mereyschen Note provozierte kurze Bemerkung.

In der Zumittlung der letzteren an das Ministerium des Äußern vermag ich daher nur den Fehlgriff eines untergeordneten Organes zu erblicken, sowie einen Vorgang, welcher dazu geeignet ist, den dienstlichen Verkehr in ungünstigster Weise zu beeinflussen.

Ich bitte, die vorliegende Bemerkung dem Ministerium des Äußern vollinhaltlich zur Kenntnis zu bringen.

Conrad m. p., G. d. I.

Für die richtige Abschrift:

Wien, am 5. September 1911.
Paić m. p., Obstlt."

Soweit die Denkschrift vom 9. September 1911.

Aus Dalmatien nach Wien zurückgekehrt, hatte ich am 9. September 1911 eine Audienz bei Seiner Majestät, bei der ich über die Landungsmanöver und laufende militärische Angelegenheiten referierte, meine Denkschrift vorlegte und auch mündlich meine Verwahrung gegen das autoritative Gebaren Graf Ährenthals vorbrachte.

Am selben Tag erschien Oberstleutnant von Brosch, der Flügeladjutant des Thronfolgers, bei mir, um sich im Auftrage des letzteren über den Verlauf der Audienz zu erkundigen. Ich konnte die Frage damit beantworten, daß die Audienz ohne Zwischenfall, ganz normal verlaufen sei.

Brosch erwähnte, daß gegen mich ein großes Komplott bestehe, daß Graf Ährenthal z w e i Männer wie Auffenberg und mich nicht vertrage und daher entweder Georgi*) Kriegsminister würde, falls ich bleibe, oder ich entfernt würde, wenn Auffenberg als Kriegsminister belassen werden sollte.

Als Anlaß wolle man die heurigen Armeemanöver wählen, in der Hoffnung, daß diese mißglücken, oder sich ein Zerwürfnis zwischen mir und dem Thronfolger ergeben würde**).

Darauf erwiderte ich Brosch, daß man den Verlauf der Manöver wohl nie in der Hand habe, daß ich es aber auf ein Zerkriegen mit Seiner Kaiserlichen Hoheit nicht ankommen lassen werde. Im übrigen sei es mir ganz gleichgültig, ob ich bleibe oder gehe.

Brosch meinte hierauf: „Die heurigen Manöver muß man auch als ein Politikum betrachten. Der Thronfolger hat vom Kaiser einen Brief bekommen, daß die Entscheidung wegen Schönaich erst n a c h den Manövern verlautbart wird."

Am 25. September 1911 sandte ich an Graf Ährenthal mein bereits im früheren vollinhaltlich gegebenes Schreiben vom 24. September, in dem ich mich über die politische Lage und die daraus zu ziehenden Konsequenzen aussprach und ihn um Bekanntgabe der Richtung seiner Politik bat. (Siehe Seite 172.)

Die Meinungsdifferenz zwischen mir und Graf Ährenthal erwies sich aber in der Folge immer mehr und mehr als unüberbrückbar.

Die Politik des Grafen Ährenthal stand nicht auf dem r e a l e n B o d e n d e s E r r e i c h b a r e n. Sie war auf die U t o p i e gegründet, daß es gelingen könne, die Feinde Österreich-Ungarns zu besänftigen, das Aufgeben ihrer aggressiven Pläne zu erschmeicheln; Pläne, die aus

*) Der bisherige k. k. Landesverteidigungsminister.

**) Ich hatte diese Manöver in die Karpathen verlegt und fand dabei Bedenken des Thronfolgers wegen der Schwierigkeit des Terrains. Ich ließ diese Bedenken nicht gelten; nur meine Absicht, die Manöver mit dem Einbruch eines großen Kavalleriekörpers zu beginnen, stieß auf entschiedenen Widerstand des Thronfolgers und mußte daher insoweit unausgeführt bleiben, als nur eine Kavallerieb r i g a d e in der gedachten Weise zur Verwendung kam.

dem Entwicklungsdrang dieser Gegner heraus auf die Zerstückelung der Monarchie gerichtet waren. Der reale Boden aber kennzeichnete sich dadurch, daß Serbien unverblümt und skrupellos das großserbische Reich und hiezu die Gewinnung der südslawischen Provinzen der Monarchie erstrebte, daß die Aspirationen Italiens auf die sogenannten „irredenten" Gebiete Tirols und des Küstenterritoriums, sowie auf die Alleinherrschaft in der Adria offenkundig lagen, daß Rußland Serbiens Pläne mit allen Mitteln unterstützte, nebenher die Einverleibung Galiziens, hauptsächlich aber die Zertrümmerung Österreich-Ungarns im Auge hatte, um sich den Weg nach dem Balkan frei zu machen, daß es auf diesem Wege ein Haupthindernis auch in Deutschland sah, dessen Emporblühen auf politischem, wirtschaftlichem und maritimem Gebiet auch England im Keime zu ersticken trachtete, Frankreich aber im Heranwachsen Deutschlands eine nur mit Waffengewalt zu beseitigende Gefahr und in der Wiedergewinnung Elaß-Lothringens ein unverrückbares, nationales Ziel erblickte,

daß aber — und darin lag der reale Kern der Lage — diese Feinde in der Zeit bis 1912 noch nicht insgesamt auf jener Höhe militärischer Bereitschaft standen, um mit Aussicht auf sicheren Erfolg den längst geplanten gemeinsamen Kampf herbeizuführen, Deutschland und Österreich-Ungarn also die letzte Gelegenheit hatten, mit diesen Gegnern nacheinander oder doch noch zu einem Zeitpunkte abzurechnen, in welchem deren Kriegsbereitschaft noch nicht voll gereift erschien.

Konnte jemand diese Lage nicht erkennen? Oder konnte jemand wirklich glauben, daß alle diese Gegner pour les beaux yeux de l'Autriche-Hongrie von diesen ihren positiven Zielen abstehen würden?

Klar lag es, daß Österreich-Ungarn unerbittlich gezwungen sein würde, seinen Existenzkampf mit den Waffen auszutragen; darauf war daher jedwede Vorbereitung, darauf die reale Politik der Monarchie zu gründen, nicht aber auf vage, einschläfernde Utopien und problematische Traktate.

In der Wahl, all dem gegenüber schweigend abseits zu bleiben, oder meinen Besorgnissen Ausdruck zu geben, wählte ich stets das letztere. Die Folgen der Vertretung dieses Standpunktes richteten sich nun gegen mich.

Am 27. September 1911 hatte Exzellenz Baron Bolfras telephonisch bei mir angefragt, ob er mich treffen könne. Ich bat ihn selbstverständlich, sich nicht zu bemühen und teilte ihm mit, daß ich sofort zu ihm in die Militärkanzlei kommen werde.

Dort angelangt, bot mir Exzellenz Bolfras Platz an und sagte, er müsse mich vor allem fragen, ob ich volles Vertrauen zu ihm habe,

was ich selbstverständlich bejahte, beifügend: „Ja, um was dreht es sich denn?"*)

Exz. Bolfras: „Ich bin von Seiner Majestät beauftragt, zwischen Ährenthal und Dir zu vermitteln, insbesondere in der Angelegenheit Merey. Seine Majestät will Ordnung haben und will, daß Ihr miteinander normal verkehrt; Du sollst dem Ährenthal ein paar Zeilen schreiben, daß Du bedauerst, daß die Sache so dargestellt wurde."

Ich: „Exzellenz, ehe ich dem Ährenthal eine Entschuldigung schreibe, lasse ich mir eher die rechte Hand weghauen. Ich war immer g e r a d e, jetzt in meinem Alter biege ich mich nicht mehr."

Exz. Bolfras: „Es ist schon überhaupt ein unangenehmes Amt, Vermittler zu sein, aber sehr unangenehm, wenn es resultatlos verläuft."

Ich: „Erlaube, daß ich rede. Ich werde Dir die ganze Sache so darstellen, wie sie sich mir darstellte. Zuerst S c h ö n a i c h; ich kann nur sagen, wie ich herkam, war es mein Bestreben, mit Schönaich glatt auszukommen. Es ging aber nicht. Der Verkehr wurde immer »schiefriger«; ich habe immer wieder versucht, einzulenken. Beweis dafür ist auch, daß ich seinen Schwiegersohn Gm. Przyborski als zweiten Stellvertreter zu mir nahm, um zu zeigen, daß ich gut auskommen will. Ich hoffte, daß Przyborski die vermittelnde Persönlichkeit sein wird."

Exz. Bolfras: „Und welche Rolle hat Przyborski gespielt?"

Ich: „Eine durchaus loyale; aber es ist nicht gegangen. Ganz besonders kam es zu einem Bruch in der heurigen Budgetfrage, als hinter meinem Rücken auf fünf Jahre im voraus das Budget abgemacht und mir keine Gelegenheit gegeben wurde, m e i n e Forderungen zu vertreten. Nachträglich, ein paar Monate später, hat Schönaich selbst eingesehen, daß der Kredit zu gering war, und er mußte m e h r verlangen. In unserem Verkehr hat dies nichts geändert. Jetzt muß ich aber weitergehen und Dir sagen, daß ich nicht nur Schönaich, sondern auch Ä h r e n t h a l zum Gegner habe. Ich habe mit ihm einen freundschaftlichen Verkehr angebahnt; ich war wiederholt bei ihm, er bei mir. Ich sagte ihm oft: »Bitte, wenn Sie mich brauchen, telephonieren Sie mir, ich komme zu jeder Stunde zu Ihnen«. Ein Riß ist in unser Verhältnis erst gekommen, als uns die politischen Ansichten auseinanderführten, besonders in der Krise 1909. Er hat sich die Krise militärisch stützen lassen, aber es mir nicht gedankt. Ich war ihm eine unangenehme Persönlichkeit geworden; verletzte Eitelkeit etc. In der Merey-Geschichte möge man sich nur orientieren. Auch Baron B u r i a n ist gegen mich, weil ich nicht einsehen

---

*) Dies und alles folgende nach unmittelbar nach der Audienz diktierten Aufzeichnungen.

will, daß als Landeschef und Kommandierender in Bosnien ein General nur ein Popanz sein soll, der nur das macht, was Burian will. In Varešanin habe ich mich getäuscht, dies auch Seiner Majestät offen eingestanden. Jetzt aber ist ein Mann dort — Potiorek — der läßt nicht mit sich machen, was Burian will. Das ist die Koalition gegen mich. Als ich zum Chef ernannt wurde, sagte mir Burian, daß ich auch die Bestimmung haben werde, als Mitwirkender den Ausgleich mit Ungarn zu fördern, das heißt, meine Zustimmung zu Konzessionen zu geben. Ich habe damals erklärt, daß ich dazu nicht zu haben sein werde, und mir damit die Gegnerschaft zugezogen. Jetzt ist die Krisis Schönaich gekommen. Ein General, der öffentlich gegen den Thronfolger aufgetreten ist. Ich wurde aufmerksam gemacht, daß die Clique Ährenthal, wenn Schönaich fällt, ein Opfer haben will — ich weise auf die gemeine Pressehetze gegen mich hin. Auch wurde mir weiter mitgeteilt, daß Ährenthal zwei Generale in hohen Stellungen, die Vertrauensmänner des Erzherzogs Franz Ferdinand sind, nicht dulden will. Entweder Georgi wird Kriegsminister und ich bleibe, oder Auffenberg bleibt und ich weiche. Die Manöver wurden hiezu abgewartet, in der Hoffnung, daß ich mich mit Erzherzog Franz Ferdinand zerkriegen werde. Nachdem die Manöver nun sehr glatt abgelaufen sind und zwischen dem Thronfolger und mir das beste Einvernehmen bestand, sucht man einen anderen Angelpunkt, um mich zu entheben. Nicht um die Herstellung eines kordialen Verhältnisses zwischen Ährenthal und mir handelt es sich, nicht auf eine Art Satisfaktion für Merey wird abgezielt, sondern darauf, mich zu entfernen."

Exz. Bolfras: „Ich bin ganz erstaunt, daß ich davon nichts gewußt hätte, auch die Hinausschiebung des Termines für das Abgehen Schönaichs nach den Manövern hat damit nichts zu tun; ich weiß die Gründe, warum Schönaich erst jetzt enthoben wird."

Ich: „Ich wiederhole hier nochmals, daß ich unter keinen Umständen an Ährenthal eine Entschuldigung schreibe. Wenn Seine Majestät den Frieden will zwischen Ährenthal und mir, so schlage ich vor, daß man sagt: was geschehen ist, ist geschehen — es wird ein Strich darunter gemacht — damit ist die Sache erledigt. Etwas weiteres kann ich nicht zugestehen. Ich habe am Montag*), ohne Kenntnis von dieser Sachlage, an Ährenthal eine Zuschrift in der Tripolisfrage gesendet und am Schlusse derselben angeführt: »Wenn es Euer Exzellenz im Interesse der Sache zweckdienlich erscheint, so bitte ich nur über mich zu verfügen«. Wenn Ährenthal den Verkehr mit mir anbahnen will, so hat er es in der Hand.

*) Mein Brief vom 24. September 1911.

Entschuldigen tue ich mich nicht, ich habe mich nie im Leben entschuldigt. Sagen muß ich aber noch, daß ich vom Thronfolger den strikten Auftrag bekommen habe, ohne seine Bewilligung nicht um meine Enthebung zu bitten."

Exz. Bolfras: „Ja, das kann er ja gar nicht verbieten. Aber ich sehe schon, daß es am besten ist, Du spricht selbst mit Seiner Majestät. Ich werde Dich für Freitag in Aussicht nehmen zu einer Allerhöchsten Audienz."

Schließlich erstreckte sich unser Gespräch noch auf einige andere Angelegenheiten, auch auf das Verhältnis zwischen Kaiser und Thronfolger.

Da ich wußte, wie sehr sich der Thronfolger in dieser Angelegenheit mitinteressiert und persönlich engagiert erachtete, war es mir selbstverständlich Pflicht, ihm über meine Unterredung mit Exzellenz Bolfras Bericht zu erstatten; ich tat dies mit folgendem Schreiben:

„Wien, 2. Oktober 1911.

Euer Kaiserliche Hoheit!

Geruhen Euer Kaiserliche Hoheit den nachfolgenden Bericht gnädigst entgegenzunehmen.

Ich war Dienstag zu Exzellenz Bolfras berufen; derselbe teilte mir mit, daß Seine Majestät wünschen, daß die Divergenzen zwischen Graf Ährenthal und mir aufhören, und legte mir nahe, an Graf Ährenthal eine Art Entschuldigungsschreiben wegen der Merey-Affäre zu richten.

Ich erklärte, daß ich mir eher die Hand abhauen ließe, als ein solches Schreiben auszufertigen, und sagte ferner, daß ich gerne gewillt bin, unter alles Vorgefallene einen Strich zu ziehen und den durch den Dienst gebotenen Verkehr aufzunehmen.

In meinem an Graf Ährenthal am 25. September l. J. gerichteten, also lange vor der Rücksprache mit Exzellenz Bolfras abgesendeten, Eurer Kaiserlichen Hoheit im Konzepte vorgelegten, die Tripolisfrage behandelnden Schreiben habe ich mich auch dem Grafen Ährenthal hinsichtlich einer mündlichen Besprechung zur Verfügung gestellt.

Ich dachte nun zu Seiner Majestät in dieser Angelegenheit berufen zu werden; dies erfolgte jedoch nicht, so daß ich, nachdem ich Seiner Majestät ohnehin auch über die aus der Beilage ersichtlichen Materien zu berichten hatte, selbst um eine Allerhöchste Audienz bat.

Diese wurde mir am Samstag Allergnädigst gewährt.

Seine Majestät war bei derselben gnädig wie immer. Ich referierte eingehend über die in der Beilage angeführten Fragen, doch berührte Seine Majestät mit keinem Worte die zwischen Graf Ährenthal und mir schwebende Angelegenheit.

Es mag Täuschung sein, aber ich konnte mich des Eindruckes nicht erwehren, daß Graf Ährenthal diese schon im Sommer entstandenen Konflikte erneuert hervorgeholt hat, um mich in meiner Stellung unhaltbar zu machen.

Bei dem so gnädigen Vertrauen, mit dem Euer Kaiserliche Hoheit mich auszuzeichnen geruhen, erachte ich mich verpflichtet, das Vorstehende zu melden.

Geruhen Eure Kaiserliche Hoheit den Ausdruck der ehrfurchtsvollsten Ergebenheit entgegenzunehmen mit der ich stets bin

Eurer Kaiserlichen Hoheit treugehorsamster

Conrad."

Auf ein kurzes hierauf erhaltenes Schreiben des Erzherzog-Thronfolgers erwiderte ich mit dem schon früher vollinhaltlich gegebenen, nach Blühnbach gerichteten Schreiben vom 12. Oktober 1911. (Siehe Seite 211.)

Indessen hatten die durch Italiens aggressives Vorgehen gegen die Türkei hervorgerufenen Ereignisse den schon früher geschilderten raschen Fortgang genommen.

Dies drängte Österreich-Ungarn dazu, sich über die weiteren Konsequenzen dieser Vorgänge klar zu werden und zu einem Entschlusse zu gelangen.

Da ich auf mein an Graf Ährenthal diesbezüglich gerichtetes Schreiben vom 24. September 1911 keine Antwort erhalten hatte, trug ich in einer Audienz am 8. Oktober Seiner Majestät meine Anschauung der Lage vor und überreichte ihm die nachfolgende Denkschrift:

„A. u. Vortrag des Chefs des Generalstabes
Res. Glst. Nr. 3802 vom 8. Oktober 1911.

Geruhen Euer Majestät Allergnädigst zu gestatten, daß ich anläßlich der politischen Lage, welche durch das Vorgehen Italiens entstanden ist, um Entgegennahme des vorliegenden a. u. Vortrages bitte.

Ich habe am 25. September l. J. an den Minister des Äußern die abschriftlich beiliegende Zuschrift*) gerichtet, in welcher ich der Notwendigkeit einer Stellungnahme Ausdruck gab und hervorhob, daß hieraus sich ergebende militärische Maßnahmen zeitgerecht getroffen werden müßten. Dabei erbat ich mir die Bekanntgabe der bezüglichen Anschauungen des Ministers des Äußern und stellte mich zur persönlichen Rücksprache zur Verfügung.

Nachdem ich nun hierauf bis heute keine Antwort erhielt, andererseits aber die Ereignisse eine Richtung genommen haben, welche nicht

*) War eine Abschrift meines Schreibens vom 24. September 1911 an Graf Ährenthal.

nur die momentanen Absichten, sondern auch die zukünftigen Aspirationen Italiens — über welche ich mir übrigens nie im Unklaren war — enthüllt, erbitte ich umsomehr die Allerhöchsten Weisungen Eurer Majestät, als ich, an meinen seit Jahren ausgesprochenen Überzeugungen festhaltend, in Italien einen aufstrebenden Staat erblicke, dessen Expansionsbestrebungen zur Schädigung der Interessen der Monarchie und daher zur Gegnerschaft mit dieser führen müssen, will die Monarchie nicht auf die letzten Chancen verzichten, die sich ihrer kommerziellen, territorialen und politischen Erhaltung und Entwicklung bieten.

Ich bin der Ansicht, daß diese Gegnerschaft ins Auge gefaßt und damit gerechnet werden muß, gegen Italien spätestens dann aktiv aufzutreten, wenn es gegen diese Interessen der Monarchie — sei es offen oder verhüllt, sei es direkt oder indirekt — handelt.

Eine solche Stellungnahme gegen Italien setzt aber die volle militärische Bereitschaft und daher Maßnahmen voraus, welche ehestens getroffen werden müssen.

Hier berührt die Politik direkt meine ressortmäßigen Obliegenheiten, weshalb ich mich verpflichtet sehe, eine Allerhöchste Weisung Eurer Majestät in dieser Frage a. u. zu erbitten.

Wien, am 8. Oktober 1911. Conrad, m. p., G. d. I."

Daraufhin wurde mir in einem Erlasse vom 17. Oktober 1911 folgende Allerhöchste Entschließung bekanntgegeben:

„Für die Ihr Ressort betreffenden Obliegenheiten hat nach wie vor der Grundsatz zu gelten, daß für die Wehrmacht stets jede mögliche Kriegsbereitschaft anzustreben ist. In Kenntnis dessen leitet Mein Minister des Äußern die Angelegenheiten seines Ressorts der Monarchie im Sinne Meiner Willensmeinung und in Übereinstimmung mit Meinen beiden Ministerpräsidenten."

Ich fand in dieser Allerhöchsten Entscheidung keinerlei Aufforderung oder Ursache, von meinem bisherigen Wege abzugehen, der darauf gerichtet war, durch rechtzeitiges Handeln die Monarchie vor Kriegen zu bewahren, die ihre militärischen Kräfte überstiegen, sowie darauf, jede mögliche Kriegsbereitschaft unermüdlich anzustreben.

In diesem Sinne war auch mein an Graf Ährenthal gesandtes Schreiben vom 24. September 1911, das er mir nicht beantwortete, abgefaßt. Ich erfuhr erst später, daß es den größten Unwillen des Ministers des Äußern wachgerufen hatte.

In die Zeit — Mitte Oktober — fiel auch meine Korrespondenz mit Graf Ährenthal anläßlich der Entsendung unseres Militärattachés von Rom weg nach Tripolis, gegen die ich Einsprache erhoben hatte, da ich in

dieser kritischen Zeit die Anwesenheit des Attachés in der Hauptstadt für viel wichtiger hielt.

Schon im März hatte auf meine Bitte hin Seine Majestät mit Allerhöchster Entschließung vom 26. März entschieden, daß er sich vorbehalte, fallweise meine Teilnahme an den Sitzungen der gemeinsamen Minister anzubefehlen.

Für Ende Oktober 1911 stand eine Ministerratssitzung in Angelegenheit der bosnischen Bahnen bevor, zu der ich erwartete, beigezogen zu werden. Diese Frage hing innig mit allen Aufmarscharbeiten zusammen, die weder in das Ressort des Kriegsministers, noch in jenes des Landeschefs in Sarajevo, sondern ausschließlich in die Kompetenz des Chefs des Generalstabes fielen.

Graf Ährenthal durchkreuzte meine Beiziehung durch nachfolgendes Schreiben an Exzellenz Bolfras.

„Minister des Äußern. Wien, am 22. Oktober 1911.

Hochwohlgeborener Freiherr!

Wie ich vernehme, scheint der Chef des Generalstabes G. d. I. Freiherr von Conrad einer Aufforderung zur Teilnahme an der für den 28. oder 29. d. M. in Aussicht genommenen Ministerkonferenz zur Beratung der Angelegenheit der bosnischen Eisenbahnen entgegenzusehen.

Mit E. E. geschätzter Note vom 26. d. J. Nr. 746 hatten Hochdieselben die Güte, mir mitzuteilen, daß sich Seine Apostolische Majestät auf die Bitte des Chefs des Generalstabes um Autorisierung zur Teilnahme an Ministerratssitzungen, in welchen die militärischen Budgets behandelt werden, vorzubehalten geruhten, fallweise die Teilnahme des k. u. k. Chefs des Generalstabes an diesen Sitzungen anzubefehlen. Weiters haben mich E. E. im Allerhöchsten Auftrage ersucht, Hochdemselben Mitteilung zu machen, wenn Sitzungen des gemeinsamen Ministerrates bevorstehen, zu welchen den Chef des Generalstabes zuzuziehen eventuell zweckmäßig sein könnte.

Indem ich mir diesen Allerhöchsten Befehl vor Augen halte, sehe ich mich veranlaßt, zu E. E. geneigten Kenntnis zu bringen, daß ich die Teilnahme des Herrn Chefs des Generalstabes an der Ende nächster Woche abzuhaltenden Ministerkonferenz nicht für erforderlich halte, da einerseits der Gegenstand der Beratung mit den militärischen Budgets nicht im Zusammenhang steht und anderseits durch die Anwesenheit des Herrn k. u. k. Kriegsministers und des Landeschefs Armee-Inspektor FZM. Potiorek die Vertretung der einschlägigen militärischen Interessen gesichert erscheint. Überdies würde die Teilnahme des Chefs des Generalstabes an der fraglichen Konferenz gewiß in die Öffentlichkeit dringen und dort,

in der jetzigen aufgeregten Zeit, Kommentare hervorrufen, die vom Standpunkte der Führung der äußeren Politik unerwünscht sein könnten.

Auch glaube ich hinsichtlich jener Ministerkonferenzen, welche die militärischen Budgets betreffen, eine Zuziehung des Herrn Chefs des Generalstabes in Hinkunft nur in jenen Fällen beantragen zu sollen, wo Anforderungen in Frage kommen sollten, welche über den Rahmen des im Vorjahre vom gemeinsamen Ministerium und von den beiderseitigen Regierungen vereinbarten Programmes hinausgehen würden.

Indem ich E. E. ersuchen darf, Seiner K. u. K. Apostolischen Majestät von Vorstehendem Meldung erstatten zu wollen, bitte ich E. E. den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung zu genehmigen.

Ährenthal m. p."

Wie ich nunmehr durch die schon mehrmals zitierte Publikation aus dem Jahre 1920*) erfahren, hatte Graf Ährenthal von Hietzing aus am selben Tage (22. Oktober 1911) an Seine Majestät eine umfassende Denkschrift gerichtet, in der er den Ausführungen meiner Memoires, insbesondere auch jenen meines Schreibens vom 24. September 1911 scharf entgegentrat, meine auf den Zusammenhang zwischen Politik, Kriegführung und Kriegsvorbereitung basierten Ansichten und Anträge bekämpfte, mir imperialistische Tendenzen vorwarf, meine Meinung über Italien als irrig hinstellte, mich der Agitation auf publizistischem Wege verdächtigte, von einer Kriegspartei im Generalstabskorps sprach und mit dem Satz schloß:

„Aus allen diesen Erwägungen ergibt sich nur eine Schlußfolgerung: Es wäre hoch an der Zeit, daß für die Führung der auswärtigen Politik der hiezu von der Allerhöchsten Person ernannte Minister kompetent und verantwortlich bleibt. Dem Chef des Generalstabs hingegen obliegt die Pflicht, die für die verschiedenen Kriegsmöglichkeiten erforderlichen militärischen Vorbereitungen zu treffen, ohne jedoch das Recht zu besitzen, auf den Eintritt der einen oder anderen Kriegsmöglichkeit einen Einfluß auszuüben."

Ich erlasse mir ein näheres Eingehen darauf, wie unmöglich es für die Monarchie war, für alle Kriegsmöglichkeiten, also auch für einen gleichzeitigen Angriff aller ihrer Feinde vorbereitet zu sein. Ich deute nur an, wie Graf Ährenthal selbst jene Vorbereitungen hintertrieb, die gegen einen unverkennbaren Gegner unerläßlich erschienen, den er aber als Bundesgenossen warm zu halten meinte, und wie er es an der Unterstützung jener militärischen Forderungen fehlen ließ, die als Kriegsvorbereitung überhaupt durch Ausbau der Wehrmacht unabweisbar waren.

---

*) Österreichische Rundschau.

Es ist freilich bequem, sich bei Führung der Politik im Frieden die im Krieg verantwortlichen Organe vom Leibe zu halten, dann aber, wenn der Kriegsfall eintritt, alle Verantwortung auf sie abzuwälzen.

Die Diplomaten dieser Schule betrachteten die Armee wie einen Regenschirm, den man im Kasten löcherig werden läßt und erst hervorholt, wenn es zu gießen anfängt. Die Diplomaten unserer Gegner aber sahen in der Armee das wirksamste Mittel der Politik, das man sich für ein bestimmtes Ziel herrichtet, dann aber auch gebraucht, und wäre dieses Ziel selbst nur die eigene Erhaltung.

Was die Anschuldigung hinsichtlich publizistischer Propaganda betrifft, so habe ich schon an anderer Stelle deren Haltlosigkeit dargetan. Wer, wie Graf Ährenthal, in dem von mir vertretenen Vorgehen gegen Serbien und Italien eine „imperialistische" Tendenz erblickt, übersieht gänzlich, daß es sich, insbesondere im Hinblick auf Serbien, um einen aggressiven, hartnäckigen, das Fundament der Monarchie untergrabenden Feind, somit für diese um einen Existenzkampf handelte. Daß man nach glücklicher Durchführung dieses Kampfes auch daran denken würde, die wirtschaftlichen Vorteile auszunützen, kann wohl nicht als „Imperialismus" bezeichnet werden, wie etwa die Eroberung Indiens, Südafrikas und Ägyptens. Zudem wäre dies nicht zum Schaden Serbiens gewesen, da es, angegliedert an die Monarchie, jener Kulturvorteile teilhaftig geworden wäre, an denen sich die verschiedenen nichtdeutschen Nationalitäten des alten Reiches seit Jahrhunderten großgezogen und kulturell entwickelt hatten. Manche Bande knüpften Serbien ohnehin schon an dieses. Zahlreiche, die Hochschulbildung anstrebende junge Serben studierten in Wien und Graz, wo sie stets auf das gastfreundlichste aufgenommen waren. Was schließlich die „Militärpartei" anlangt, so stand mir nichts ferner, als die „Gründung" einer solchen. Ich habe meine Ansichten stets direkt und allein vertreten. Hinterhältige Machinationen lagen meinem Wesen immer fern. Daß es viele Menschen gab, die gleicher Ansicht waren wie ich und zwar auch viele sehr vernünftige, die nie den Militärrock trugen, und daß diese Menschen ihrer Meinung auch öffentlich Ausdruck verliehen, vermochte ich nicht zu hindern. Den mir unterstehenden Organen aber hatte ich dies verboten.

Dem Evidenzbureau war es gelungen, aus italienischen Einberufungsbefehlen für 1911 nachzuweisen, daß Italien im Jahre 1908/09 gleichfalls eine Einberufung vorbereitet hatte, die sich offenbar gegen Österreich-Ungarn richtete.

In einem Schreiben vom 8. November 1911 übersandte ich Graf Ährenthal eine Zusammenstellung, aus der sich ergab, daß Italien seine Heeresstärke um 210.000 Mann erhöht, von denen 80.000 Mann auf das

Expeditionskorps in Tripolis entfallen, so daß für das Königreich selbst noch immer eine Standeserhöhung von 130.000 Mann resultierte. Daran schloß ich folgendes:

„Ich sehe darin Maßnahmen, die umsomehr die volle Aufmerksamkeit der ö.-u. Monarchie verdienen, als in dieser nicht nur keinerlei militärische Vorbereitungen getroffen werden, sondern die Stände weit unterm Normalstand sind, ganz abgesehen davon, daß dermalen noch ein ganzes Jahreskontingent nur aus unausgebildeten Rekruten besteht.

Ich bringe ferner zur Kenntnis, daß laut hier eingelangten verläßlichen Nachrichten in Italien mit aller Beschleunigung an der Ausgestaltung eines Eisenbahnnetzes in Venetien, wie an der Vollendung und Armierung sowie der Neubefestigung des Tagliamento gearbeitet wird.

Ich lenke auch auf folgende Sache die Aufmerksamkeit: Bei der im Herbst dieses Jahres durchgeführten Einberufung italienischer Nichtaktiver des Jahrganges 1888 sind irrtümlicherweise auch Angehörige älterer Jahrgänge eingerückt. Dieses Mißverständnis erklärt sich dadurch, daß die Einberufungskundmachungen bezüglich der Jahreszahl 1888 mittels eines überklebten Zettels korrigiert waren, die infolge von Witterungseinflüssen hie und da abgefallen waren, so daß der Originaltext der Kundmachungen herauskam. Dieser lautet:

»Manifest für die Einberufung der Mannschaft erster Kategorie der dauernd Beurlaubtenklasse 1884 zur aktiven Dienstleistung.

Über Befehl Seiner Majestät des Königs wird die dauernd beurlaubte Mannschaft der Kategorie einschließlich der Unteroffiziere, welche obenangeführter Klasse aller Waffen-Truppen-Spezialitäten angehören, zur aktiven Dienstleistung einberufen.«

Die Ziffer 84 wurde auf dem Plakat zuerst mit 85, dann mit 87 und 88 überklebt. Es ist daher kein Zweifel, daß diese Kundmachungen aus der Annexionskrise 1908/09 stammen und daher italienischerseits damals die Einberufung des ganzen ersten Reservejahrganges tatsächlich konkret vorbereitet wurde. Diese Konstatierung ist wohl von besonderer Wichtigkeit. Die Auffassung, daß diese Maßregel damals nicht gegen die Monarchie gerichtet war, sondern anderen Zwecken, z. B. einer etwa schon damals geplanten Unternehmung gegen Tripolis gegolten hatte, kann wohl kaum ernstlich in Betracht kommen. Die Tatsache einer solchen Maßregel an und für sich wäre unter den damaligen Verhältnissen mit der loyalen Haltung einer mit uns alliierten Macht, ja sogar mit dem Begriffe einer wohlwollenden Neutralität nicht vereinbar gewesen, und das nunmehr erwiesene Faktum, daß damals eine so einschneidende konkrete Kriegsvorbereitung wirklich getroffen wurde, ist unverständlich, wenn Italien zur Zeit der Annexionskrise im Falle eines Konfliktes tat-

sächlich jene unbedingt verläßliche bundestreue Haltung der Monarchie gegenüber hätte einnehmen wollen, wie dies bei uns nach den dem Ministerium des Äußern zugekommenen Informationen angenommen wurde.

Ich muß betonen, daß auf Grund dieser Informationen alle unsere militärischen Maßnahmen im Jahre 1908 aufgebaut waren und brauche wohl nicht besonders zu schildern, welche militärische Schwierigkeit sich für uns ergeben hätte, wenn Italien in dieser Situation wirklich einen so unerwarteten Schritt einer überfallartigen militärischen Rüstungsmaßnahme unternommen hätte.

Ich bitte E. E. diese Angelegenheit zur Kenntnis nehmen zu wollen und mich in Hinkunft über alle Nachrichten, welche Rüstungen fremder Armeen betreffen oder auf das Verhalten fremder Staaten im Falle einer kriegerischen Komplikation irgend einen Schluß gestatten, fortlaufend und in weitergehendem Maße als bisher orientiert zu halten."

Diese Zuschrift hatte zweifellos den erneuerten Unwillen Graf Ährenthals hervorgerufen.

Meiner alljährlichen Gepflogenheit entsprechend, hatte ich auch für den Schluß des Jahres 1911 eine umfangreiche Denkschrift über die militärische und die davon untrennbare politische Lage erfaßt. Der Denkschrift waren eingehende, in den verschiedenen Bureaus bearbeitete Daten über den Stand der dringendsten Bedürfnisse der Wehrmacht beigeschlossen.

Diese vom 15. November 1911 datierte Denkschrift habe ich in den Anhang zu vorliegendem Buch aufgenommen, weil mit ihr meine Tätigkeit als Chef des Generalstabes in der ersten Periode (d. i. von November 1906 bis November 1911) abschloß. Sie ist hinsichtlich ihres wesentlichen Teiles vollinhaltlich und nur hinsichtlich einiger ziffernmäßiger Detaildaten in den Anlagen bloß auszugsweise wiedergegeben*).

Ich unterbreitete diese Denkschrift Seiner Majestät in einer Audienz am 15. November 1911 in Schönbrunn. Der Verlauf dieser Audienz ließ mir keinen Zweifel mehr, daß meine Stellung unhaltbar geworden sei.

Der Grundton der Audienz war: Ungnade!

Ich legte die Denkschrift vor und erörterte die aus den Anschauungen militärisch-politischer Natur abgeleiteten konkreten Kriegsvorbereitungen und notwendigen Forderungen; darauf**)

---

*) Siehe Anhang, Anlage 3.

**) Nach den unmittelbar nach der Audienz gemachten Aufzeichnungen.

Seine Majestät: „Ich sage gleich: die fortwährenden Angriffe gegen Ährenthal, diese Nadelstiche verbiete Ich." (Seine Majestät war sehr erregt und erbost.)

Ich: „Euer Majestät bitte ich zu gestatten, daß ich meine Ansichten sage, wie ich sie eben habe; Euer Majestät entscheiden dann."

S. M.: „Diese fortwährenden Angriffe, besonders die Vorwürfe wegen Italien und des Balkan, die sich immer wiederholen, die richten sich gegen Mich; die Politik mache Ich, das ist Meine Politik!"

Ich war jetzt in einer peinlichen Lage, der Kaiser war persönlich verletzt.

Ich: „Ich kann nur wiederholen, daß ich meine Ansichten so niederschrieb, wie ich sie mir ableitete. Euer Majestät können ja zu jeder Ansicht hinzusetzen: ›falsch‹. Das ist in der Macht Euerer Majestät." Hierauf legte ich die Denkschrift ruhig auf den Schreibtisch, bat, sie Allergnädigst entgegenzunehmen und sagte kurz deren Inhalt.

S. M.: „Meine Politik ist eine Politik des Friedens. Dieser meiner Politik müssen sich alle anbequemen. In diesem Sinne führt Mein Minister des Äußern Meine Politik. Es ist ja möglich, daß es zu diesem Krieg kommt; auch wahrscheinlich. Er wird aber erst geführt werden, bis Italien uns angreift."

Ich: „Wenn nur die Chancen dann auch für uns günstig liegen!"

S. M.: „Solange Italien uns nicht angreift, wird dieser Krieg nicht geführt. Überhaupt war bis jetzt bei uns nie eine Kriegspartei."

Ich: „Diejenigen, die verpflichtet sind, zu sorgen, daß alles vorbereitet ist, wenn der Krieg ausbricht, damit man nicht von Haus aus in schwierige Lage komme, dürfen das Wort ›Krieg‹ nicht aussprechen, weil sie sonst beschuldigt werden, der ›Kriegspartei‹ anzugehören."

S. M.: „Vorbereitet sein muß man."

Hierauf machte Seine Majestät Bemerkungen gegen den deutschen Kronprinzen wegen seines Betragens gegenüber dem Parlament und fügte bei: „Das wird ja bei uns nicht vorkommen, aber Ansätze dazu sind da"*).

Nach einer Pause flaute die Erregung des Kaisers, der überaus ergrimmt war, allmählich ab. Die übrigen Punkte, die ich in der Audienz vorzubringen hatte, wurden im allgemeinen glatt erledigt.

Da Seine Majestät meine Denkschriften stets auch dem Minister des Äußern zur Kenntnis zu geben pflegte, war dies wohl auch mit jener vom 15. November 1911 geschehen.

---

*) Eine Bemerkung, die offensichtlich gegen den Thronfolger gerichtet war.

Meine Entlassung
von der Stelle des Chefs des Generalstabes.

Am 29. November 1911 nachmittags suchte mich der an Stelle des zum Truppendienst eingerückten Oberstleutnants von Brosch neuernannte Flügeladjutant des Thronfolgers, Oberstleutnant Dr. von Bardolf, in meiner Wohnung auf. Er teilte mir im Auftrage des Erzherzogs mit, daß ich folgenden Tages (30. November) zu Seiner Majestät in Audienz befohlen werde, wobei mir der Kaiser meine Entlassung aus der Stelle des Chefs des Generalstabes bei gleichzeitiger Ernennung zum Armee-Inspektor bekanntgeben werde. Seine Kaiserliche Hoheit, der vergeblich Fürsprache eingelegt habe, rechne bestimmt damit, daß ich die „Flinte nicht ins Korn werfen", sondern die Stelle als Armee-Inspektor unbedingt annehmen werde. Oberstleutnant Dr. von Bardolf fügte persönlich hinzu, daß es Seine Kaiserliche Hoheit sehr übel auffassen würde, wenn ich das Gegenteil täte.

Ich erwiderte, daß ich nicht daran denke, zu frondieren, daß ich als Chef den Dienst gemacht habe, so gut ich es eben vermochte, froh bin, diese mir ohnehin aufgedrängte Stelle los zu werden und in eine Verwendung zu gelangen, die mich wieder der Truppe näher bringt. Mit einem heiter gewechselten Händedruck schieden wir von einander und mit einem Gefühl der Erleichterung erwartete ich den kommenden Tag.

Indessen war mir auch die Audienz-Vorladung für diesen zugekommen.

Am 30. November 1911 erschien ich in Schönbrunn bei Seiner Majestät. Ich trat in das mir so wohlbekannte Arbeitszimmer des Kaisers. Seine Majestät reichte mir die Hand, und es vollzog sich nun folgendes kurze Gespräch*):

Ich: „Euer Majestät! ich melde mich gehorsamst über Allerhöchsten Befehl."

---

*) Genau nach den unmittelbar nach der Audienz gemachten Aufzeichnungen.

S. M.: „Es tut mir leid, nach reiflicher Überlegung bin Ich aber genötigt, Sie von Ihrem jetzigen Dienstesposten zu entheben und Sie zum Armee-Inspektor zu ernennen. Die Gründe sind Ihnen ja bekannt, darüber ist es nicht notwendig zu reden."

Seine Majestät spendete mir hierauf anerkennende Worte und sprach die Erwartung aus, daß er noch auf meine vollen Dienste rechne und mich auch in wichtigen Fragen zu Rate ziehen werde. Seine Majestät hatte die Gnade zu sagen, daß unser Verhältnis in persönlicher Beziehung ein „freundschaftliches" geworden sei, und er mich habe rufen lassen, um mir meine Entlassung selbst zu sagen, weil ihm der gerade Weg als der beste erschiene.

Sodann machte Seine Majestät eine Pause in der sichtlichen Erwartung, daß ich sprechen würde.

Ich: „Ich danke Euerer Majestät gehorsamst; auch ich bin immer nur den geraden Weg gegangen."

S. M.: „Da haben wir also beide das gleiche getan und wir scheiden als Freunde."

Hierauf wurde ich entlassen.

Die durchaus vornehme, offene, würdige und eines Zuges wirklich empfundener Herzlichkeit nicht entbehrende Art, in der mich Kaiser Franz Joseph des Dienstes als Chef des Generalstabes enthoben hatte, erweckte in mir ein wohltuendes, ausgleichendes Gefühl, das mich in meinem Innern meinem verehrten Kaiserlichen Herrn noch näher brachte. Auch war ich froh, des mir so wenig zusagenden Dienstes als Chef des Generalstabes ledig und dem Kontakt mit der Truppe wiedergegeben zu sein. Schließlich kann ich nicht leugnen, daß mir auch die erhöhte persönliche Freiheit willkommen war.

Ich konnte meine dienstliche Tätigkeit einteilen wie ich es wollte, konnte meine Dienstesreisen nach Belieben anberaumen, konnte ohne Zeitbeschränkung meine Pferde reiten, mich auch meiner Mutter, meinen Kindern, meinen Freunden und Bekannten widmen.

Es war ein Aufatmen nach fünf Jahren!

Seine Majestät verlieh mir das Großkreuz des Leopold-Ordens mit folgendem Allerhöchsten Handschreiben vom 2. Dezember 1911:

„Indem Ich es als erwünscht erachte, Ihre hervorragenden Führereigenschaften, Ihr reiches militärisches Wissen, gepaart mit seltenen Erfahrungen, auch auf anderem Dienstgebiete zum Wohle des Heeres zu

verwerten, enthebe Ich Sie vom Posten des Chefs des Generalstabes Meiner gesamten bewaffneten Macht und ernenne Sie zum Armee-Inspektor.

In dankbarer Anerkennung Ihres ausgezeichneten, überaus hingebungsvollen Wirkens in Ihrer bisherigen Stellung verleihe Ich Ihnen das Großkreuz Meines Leopold-Ordens mit Nachsicht der Taxen.

Franz Joseph m. p."

Am selben Tage, 2. Dezember 1911, richtete ich folgenden Abschiedsbefehl an den k. u. k. Generalstab:

„Gstb. Nr. 4697.

Infolge meiner Enthebung habe ich die Dienstgeschäfte mit heutigem Tage an den Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, Feldmarschalleutnant Rudolf Langer, übergeben. Es war mir ein stolzes Bewußtsein, an der Spitze des Generalstabes zu stehen, in gemeinsamer überzeugungstreuer Arbeit für Schlagbereitschaft, Macht und Ansehen der ruhmreichen Armee, an der wir alle seit unserer Kindheit mit allen Fasern unseres Herzens hängen und an welche schließlich immer appelliert wird, wenn alles andere versagt. Ich danke allen Angehörigen des Generalstabes ebensosehr für ihre unermüdliche, vorzügliche Dienstleistung wie für die mir stets entgegengebrachte warme Kameradschaft und sage allen ein herzliches Adieu.

Conrad, G. d. I."

Die Allerhöchste Entscheidung befriedigte schließlich alle Beteiligten; Seine Majestät sah den ihm peinlichen Hader zwischen mir und Graf Ährenthal beseitigt; ich war froh, die mir aufgedrängte Stellung los zu sein; im Ministerium des Äußern herrschte Genugtuung und Graf Ährenthal freute sich seines Erfolges.

Nach Übergabe des Dienstes an meinen bewährten Stellvertreter Feldmarschalleutnant Rudolf Langer verabschiedete ich mich von den Offizieren meiner Bureaus. Ich konnte unbesorgt scheiden, denn an der Spitze eines jeden stand ein tüchtiger Chef und ich war sicher, daß die eingelebte, streng geregelte Dienstestätigkeit auch weiter ihren Weg nehmen wird.

Meiner alljährlichen Gewohnheit gemäß, hatte ich bereits die grundlegenden Ideen für die große Generalstabsreise, die Generalsreise und die Manöver für das nächste Jahr entworfen, so daß ich auch in dieser Hinsicht keine Schulden hinterließ.

Anläßlich meiner Entlassung hatte ich ein freundschaftsvolles Schreiben des Generals d. I. von Moltke erhalten.

Bei dem innigen Verhältnis, in dem wir zu Deutschland standen, und dem ich auch weiter die Wege geebnet sehen wollte, und speziell auch bei den freundschaftlichen Beziehungen, welche mich mit General von Moltke verbanden, habe ich seinen Brief wie folgt beantwortet:

„Wien, 7. Dezember 1911.

Euer Exzellenz!

Nach den letzten etwas bewegten Tagen ist es mein Erstes, Ihnen für die mich so überaus erfreuenden freundschaftlichen Zeilen meinen ergebensten Dank zu übersenden.

E. E. werden es gewiß schon vor Jahren bei unserem ersten Zusammentreffen durchgefühlt haben, wie sehr ich Ihnen sofort mit aufrichtigster Verehrung ergeben war und mit welchem unbedingten Vertrauen ich sofort meine Hand in die Ihre legte.

Wir beide haben uns in den abgelaufenen fünf Jahren gegenseitig nie getäuscht und wären ebenso treu und offen zu einander gestanden, wenn die ernste Stunde geschlagen hätte, was leider nicht geschah.

Mit einem Mann von Ihrem edlen und geraden Sinn in freundschaftliche Beziehungen getreten zu sein, hebt mich über manche Bitternisse hinweg, die mir das verflossene Lustrum gebracht hat.

Es erschiene mir unaufrichtig, wenn ich Ihnen den wahren Sachverhalt meiner Entlassung vorenthalten würde.

Zwischen mir und Graf Ährenthal bestanden schon seit langem schwere Differenzen, hervorgerufen durch verschiedene politische Anschauungen, insbesondere hinsichtlich meines Mißtrauens gegen Italien, sowie durch die konstanten Widerstände, welche Graf Ährenthal allen meinen Bemühungen für Schlagbereitschaft der Armee entgegensetzte. Als ich nun am 15. November in einem eingehenden Memoire all dieses bei Seiner Majestät vertrat, führte Ährenthal die Krise herbei, welche mit meiner Entlassung endete. Ich bin nicht von der Art, Widerständen auszuweichen und fahnenflüchtig zu werden. Ich wurde einfach verabschiedet.

Wenn es zum Heil der großen Sache war, so bin ich gerne gefallen, ob es aber zum Heil der Sache war, wird wohl erst die Zukunft lehren.

Erlauben E. E., daß ich noch die nachfolgende Angelegenheit vorbringe. Graf Kageneck ist sehr bestürzt, daß bei diesem Ereignis eine Mitteilung in die Öffentlichkeit gedrungen ist, die er mir gemacht hat. Es ist mir das unendlich peinlich, und ich wäre unglücklich, wenn dadurch diesem ausgezeichneten Offizier, der sich geradezu hervorragend an seiner Stelle erwiesen hat, auch nur der geringste Nachteil erwachsen würde.

Er hat sich zweifellos als ganz erstklassiger Militärattaché bewährt, der stets so eingehend informiert war und der hier mit vollstem Rechte eine geradezu glänzende Stellung errungen hat.

Ich bitte E. E. um Ihre diesbezügliche so maßgebende Einflußnahme.

Wie glücklich ich wäre, wenn es mir vielleicht noch einmal vergönnt wäre, mit E. E. über so manches persönlich zu sprechen, brauche ich wohl nicht besonders zu betonen. In der Hoffnung hierauf bitte ich Sie erneuert, der aufrichtigsten Freundschaft versichert zu sein, mit der ich stets bleibe

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad."

Die Stelle dieses Briefes, die sich auf Graf Kageneck bezieht, betrifft folgendes: Ein Artikel der „Zeit" hatte die Nachricht gebracht, daß der italienische Botschafter Herzog von Avarna bereits am 29. November von meiner Enthebung Kenntnis hatte, obzwar die Enthebung erst am 30. November in der Audienz bei Seiner Majestät offiziell erfolgte. Dies veranlaßte Graf Ährenthal zu einem Vortrag an Seine Majestät vom 20. Dezember 1911, der nach Ausfällen gegen das Kriegsministerium und den Generalstab, speziell gegen das vom Kriegsministerium ergangene Communiqué über meine Enthebung folgende Stelle enthielt:

„Im Zusammenhange mit diesen Vorgängen halte ich es für unerläßlich, folgenden bedauerlichen Zwischenfall zur Kenntnis Eurer Majestät zu bringen:

Am Tage nach dem Bekanntwerden des Rücktrittes Freiherrn von Conrads war in dem Wiener Blatte »Die Zeit« eine Notiz erschienen, in welcher mit einer nicht mißzuverstehenden Insinuation behauptet wurde, daß außer den nächstbeteiligten hohen Würdenträgern nur eine Persönlichkeit, und zwar der italienische Botschafter an Euer Majestät Hofe schon vorher von der Demission des Chefs des Generalstabes Kenntnis gehabt habe. Letzterer habe schon in den Mittagsstunden des 30. November die Nachricht dem deutschen Botschafter Herrn von Tschirschky mitgeteilt und die Bemerkung daran geknüpft, der Chef des Generalstabes sei »auf dem Altar des Dreibundes geopfert worden.« Herr von Tschirschky habe hierauf einen Vertrauensmann zu Freiherrn von Conrad gesendet, welchem die Mitteilung des Herzogs Avarna sodann bestätigt wurde.

Als ich auf die Notiz aufmerksam geworden war, wartete ich ab, daß die beiden durch diese Affäre kompromittierten Botschafter mir über den Zwischenfall Aufklärungen erteilen würden. Die beiden Diplomaten fanden sich auch bei dem von mir am 7. d. M. abgehaltenen Diplomaten-

empfange ein, und ich war in der Lage, aus ihrer übereinstimmenden Darstellung folgenden Tatbestand festzustellen: Herzog Avarna hatte tatsächlich aus einer Quelle, die er mir nicht nannte, schon am 29. vorigen Monats spät abends die Nachricht vom Rücktritte Freiherrn von Conrads erfahren und dies hierauf dem deutschen Botschafter mitgeteilt. Herr von Tschirschky, welcher hievon seinerseits keinerlei Kenntnis hatte, beauftragte seinen Militärattaché Grafen Kageneck, diese Nachricht zu verifizieren. Aus den Worten Herrn von Tschirschkys konnte ich entnehmen, daß Graf Kageneck sich geradezu in seiner persönlichen Empfindlichkeit getroffen fühlte, weil man ihm bei seinem fortgesetzten intimen Kontakte mit dem Generalstabe keinen diesbezüglichen Wink erteilt habe. Er scheint diesen Gefühlen bei einem der höheren Offiziere im Generalstabe Ausdruck verliehen und darauf hingewiesen zu haben, daß ihm sein Botschafter eine Rüge erteilt habe, weil er eine so wichtige militärische Angelegenheit nicht von seinem Militärattaché, sondern vom Botschafter Italiens erfahren habe.

Auf Grund dieser Unterredung entstand die von der »Zeit« publizierte Notiz, durch welche zwei Botschafter und ein Militärattaché kompromittiert erschienen und gegen den Minister des eigenen Landes ein so schwerer Vorwurf vor der Öffentlichkeit erhoben wurde. Dies ist ein neuerlicher Beweis, mit welchen Gefahren die Unterhaltung von Beziehungen mit einem so übel beleumundeten und geradezu als Revolverblatt zu bezeichnenden Organ verbunden ist.

Herr von Tschirschky brachte seine Aufklärungen in sehr aufgeregtem Tone vor und konstatierte, daß man, so bedauerlich dies auch sei, unter solchen Verhältnissen mit dem Generalstabe nur mit der größten Reserve verkehren könne, so daß er sich genötigt gesehen habe, Graf Kageneck zur Vorsicht zu ermahnen, da man, wie es scheint, Gefahr laufe, daß beim Generalstab geführte vertrauliche Gespräche in die Zeitungen kommen. Diesen für mich äußerst peinlichen Auseinandersetzungen des deutschen Botschafters vermochte ich nichts entgegenzuhalten.

Ich bin zwar nicht in der Lage, zu beurteilen, ob es unbedingt nötig ist, daß im Kriegsministerium ein literarisches Bureau unterhalten werde und wie die Bereitstellung der für das ersprießliche Funktionieren eines solchen Bureaus erforderlichen materiellen Mittel mit der vielfach beklagten mißlichen budgetären Situation des Kriegsressorts im Einklange steht. Die Vorkommnisse, über welche ich mir die ehrerbietigste Freiheit genommen habe, Eurer Majestät im Vorstehenden Meldung zu erstatten, veranlassen mich jedoch, an Allerhöchstdieselben die gehorsamste Bitte

zu richten, Euer Majestät wollen Allerhöchstsich bestimmt finden, dem Kriegsministerium den Befehl zu erteilen, den Verkehr mit der Presse auf das allernotwendigste zu beschränken und vorkommenden Falles mit mir das Einvernehmen zu pflegen, damit die etwa wünschenswerte Einwirkung auf die Presse unter Zuhilfenahme des Pressebureaus des Ministeriums des Äußern erfolgen könne, und weiter, daß das Kriegsministerium es in Hinkunft unterlasse, was immer für formelle Verlautbarungen oder Enunziationen zu veröffentlichen, welche nicht vorher zur Kenntnis des Ministers Eurer Majestät Hauses und des Äußern gelangt sind und dessen Zustimmung gefunden haben.

Wien, am 20. Dezember 1911. Ährenthal m. p.“

Diese Ausführungen Graf Ährenthals erweisen zwei Tatsachen: erstens, daß der italienische Botschafter tatsächlich schon am 29. November in Kenntnis meiner Enthebung war, und zweitens, daß er dies von einem Vertrauensmann hatte, den zu nennen er seinem Dreibundkollegen Graf Ährenthal gegenüber verweigerte.

Man kann nur sagen: Vertrauen gegen Vertrauen!

Ich hätte hier noch meine speziellen persönlichen Verwendungen im Jahre 1911 übersichtlich kurz nachzutragen:

Erste Hälfte Juni: Große Generalstabsreise in Galizien im Raume um Lemberg. Anschließend applikatorische Besprechung des Angriffes auf die Ostfront von Przemysl.

Ende Juni und anfangs Juli: Generalsreise im Raume Malborgeth—Tarvis—Klagenfurt.

23. bis 25. August: Landungsmanöver in Norddalmatien.

Anfangs September: Bei den großen Kavallerie-Manövern in Ungarn (Kálmáncza).

12. bis 15. September: Armeemanöver in Nordungarn (Karpathen).

Ferner: Prüfung der Stabs-Offiziersaspiranten für den Generalstab in zwei Turnussen im Terrain.

Nach Übergabe der Dienstgeschäfte des „Chefs des Generalstabes“ ging ich daran, mich ganz meinem neuen Wirkungskreis als „Armee-Inspektor“ zu widmen. Dieser Dienst erstreckte sich im allgemeinen auf die eingehende Beschäftigung mit allen die Truppenausbildung betreffenden Fragen, im besonderen aber mit jenen, die sich aus der Kriegsdienstbestimmung als Kommandant einer Armee ergaben.

Nach den von mir selbst (noch als Chef des Generalstabes) gestellten Anträgen hatte jeder Armee-Inspektor, als präsumtiver Armee-Komman-

dant, im Winter eine bestimmte, vom Chef des Generalstabes festzusetzende, seine Armee betreffende Operation mit Generalen, Generalstabsoffizieren und Intendanzbeamten, die im Kriegsfalle zu dieser Armee gehörten, applikatorisch durchzuarbeiten. Im Sommer war dies durch eine Übungsreise im Terrain zu ergänzen. Auf Grund dieser Arbeiten waren dann auch konkrete Anträge zu stellen.

Ferner oblag dem Armee-Inspektor die Inspizierung von Korps, die im Kriegsfalle unter seine Befehle traten. Er hatte sowohl die Eignung der höheren Kommandanten, als die Ausbildung und Schlagfertigkeit der Truppen zu beurteilen.

Alle einschlägigen Arbeiten waren Gegenstand meiner dienstlichen Tätigkeit. Mein Stab war auf einen Flügeladjutanten, einen Personaladjutanten und einen Offizier für den Kanzleidienst beschränkt.

1 9 1 2

Inhalt.

Meine berufliche Tätigkeit im Jahre 1912 scheide ich in
die rein militärische Tätigkeit als Armee-Inspektor;
die politisch-militärische Tätigkeit als Armee-Inspektor.

Meine Mission in Rumänien.

Meine Wiederernennung zum Chef des Generalstabes am 12. Dezember 1912.

Die Wiederaufnahme meiner Tätigkeit als Chef des Generalstabes.

Rein militärische Tätigkeit als Armee-Inspektor.

Am Schlusse der Darlegungen für das Jahr 1911 erscheinen die Obliegenheiten gekennzeichnet, die mit meiner Stellung als Armee-Inspektor verbunden waren. Es ist angeführt, daß die wesentlichsten derselben aus der Kriegsdienstbestimmung als Armee-Kommandant entsprangen. Dieser gemäß hatte jeder Armee-Inspektor alljährlich mit Generalen, Generalstabsoffizieren und sonstigen Organen der im Kriege von ihm zu befehligenden Armee eine Operation derselben im Winter applikatorisch*) durchzuarbeiten. Eine Instruktionsreise im Sommer hatte es zu ergänzen. Auch waren auf Grund dieser Arbeiten konkrete Anträge zu stellen.

Mir war bei meiner Ernennung zum Armee-Inspektor das Kommando der 3. Armee für den Kriegsfall zugewiesen. Die 3. Armee hatte nach den von mir noch als Chef des Generalstabes festgesetzten Elaboraten im Kriegsfalle gegen Italien im allgemeinen im Gailtale aufzumarschieren und die Offensive über die Karnischen Alpen durchzuführen — im Einklang mit der vom Isonzo vorgehenden Hauptmacht (1. und 2. Armee), während die 4. Armee bestimmt war, von Tirol aus einzugreifen.

Die instruktive Durchnahme dieser Operation der 3. Armee war das für 1912 gegebene Thema für die sogenannte Generalsbesprechung.

*) Will sagen: wobei auf Grund eines konkreten Beispieles die Beurteilung der Lage, die Entschlußfassung und die Ausfertigung der Befehle geübt wurden.

Ich nahm diese Besprechung im Winter und Frühjahr 1912 vor und erstreckte sie auf alle Details der Operation. Sie bedingte vielseitige Arbeiten der Teilnehmer. Nach Abschluß der Übung legte ich nebst dem Bericht über die Qualifikation der Teilnehmer auch noch einen solchen über konkrete Anträge für den Kriegsfall vor.

Ich gebe letzteren Bericht nachstehend vollinhaltlich wieder.

„Armee-Inspektor G. d. I. Franz Freiherr Conrad von Hötzendorf.

Zu Res. Nr. 132.

Operative und organisatorische Anträge auf Grund der Generalsbesprechung 1912.

Während bis zum Jahre 1909 die Befestigungen Italiens nur an wenigen Stellen einen Widerstand entgegenstellten, welcher nicht mit den verfügbaren Angriffsmitteln relativ leicht zu brechen gewesen wäre, haben sich diese Verhältnisse bis 1911 dahin geändert, daß längs der ganzen Tiroler Grenze Panzerfortifikationen entstanden, welche die eigene Offensive wesentlich beeinträchtigen und welche reichliche und besonders wirksame Angriffsmittel (darunter 30·5 cm-Mörser) erheischen.

Aber bis 1912 bestand daneben doch die Möglichkeit, durch eine — fortifikatorisch nicht wesentlich gehinderte — Offensive der eigenen Hauptkräfte vom Isonzo aus durch Venetien den Krieg chancenreich zu beginnen.

Auch war bis zu dieser Zeit das Bahnnetz Venetiens nicht in jener Weise entwickelt, wie seither, also für Italien auch nicht jenes Gleichmaß, bezw. jener Vorsprung in der Versammlung der Streitkräfte gewährleistet, wie dies dermalen der Fall ist und in naher Zukunft noch mehr der Fall sein wird.

Von 1912 an ändern sich aber diese Verhältnisse noch weiter dahin, daß die im großen Stile ausgeführten italienischen Befestigungen am Tagliamento (Nord- und Südfriaul) der vorher relativ leicht und entscheidend durchführbaren Offensive der eigenen Hauptkräfte vom Isonzo aus nunmehr um so größere Schwierigkeiten entgegensetzen, je weniger die erforderlichen Angriffsmittel eigenerseits bestehen, wie dies leider trotz meiner jahrelangen Betreibungen der Fall ist.

Während also vor dieser Zeit (1912) die Aufgabe der 3. Armee eine mehr sekundäre, das Vorgehen der 1. und 2. Armee lediglich unterstützende und in der Nordflanke schützende gewesen war, ist die Aufgabe

dieser Armee nunmehr eigentlich zur entscheidenden geworden, vor allem insolange, als nicht reichliche Angriffsmittel für die 1. und 2. Armee geschaffen sind. Aber auch dann, wenn letzteres der Fall ist, behält die Rolle der 3. Armee diese Bedeutung, weil selbst bei ausreichenden Angriffsmitteln die Niederkämpfung der italienischen Tagliamento-Befestigungen geraume Zeit beanspruchen und dem Gegner dadurch so viel Zeit gewähren wird, um ausreichende Kräfte in Ostvenetien zu versammeln, deren frontaler Widerstand voraussichtlich nur durch flankierendes Vorgehen von Norden her zu brechen sein dürfte.

Legt nun diese kurze Erwägung vor allem nahe, ehestens und mit aller Beschleunigung die meinerseits in meiner früheren Dienstesstellung als Chef des Generalstabes dringend verlangten Angriffsmittel zu beschaffen, so ergibt sich doch auch, insbesondere für die Zeit bis zur vollen Beschaffung dieser Angriffsmittel, die Notwendigkeit, die 3. Armee in jeder Hinsicht, daher auch hinsichtlich dieser Angriffsmittel, derart auszugestalten, daß die Hindernisse, welche sich ihrer dermalen mehr als früher entscheidenden Offensive entgegenstellen, rasch und sicher beseitigt, respektive überwunden werden können. Ehe ich auf meine diesbezüglichen engeren, die 3. Armee betreffenden Anträge zurückkomme, möchte ich nur im allgemeinen nochmals die Dringlichkeit der Beschaffung der Angriffsmittel, d. i. Aufstellung der nötigen Angriffsartilleriebataillone und deren Ausrüstung mit schweren Mörsern (30·5) betonen und dabei auch auf meine Anträge bezüglich der sonstigen Angriffsmittel (Savartinengeschütze*), Sprenggeschoßwirkung aus Luftfahrzeugen, Lufttorpedos etc.), sowie auf meinen Antrag Res. Gstb. Nr. 3804 vom 4. Oktober 1911 zurückkommen, in welchem ich die Konstruktion von Geschossen nahelegte, welche den Verteidiger auf geraume Zeit zu betäuben und dadurch wehrlos zu machen imstande sind.

Hand in Hand hiemit muß die Ausrüstung und spezielle Ausbildung der Pioniere für den Pionierangriff besonders gepflegt werden.

Nunmehr auf die Verhältnisse bei der 3. Armee eingehend, seien diese vor allem im wesentlichen wie folgt charakterisiert:

Aus der Strecke Innichen—Tarvis in die Strecke Lorenzago—Fellatal bestehen an Straßen, bezw. fahrbaren Verbindungen nur:

1. Toblach, Landro, Auronzo, Lorenzago.
2. Innichen, Kreuzberg, Comelico.
3. Pontafel, Resiutta, Stazione per la Carnia.

*) D. i. Minenwerfer.

Von diesen ist

Nr. 1 durch die Befestigungen von Vigo—Lorenzago (speziell drei moderne Panzerwerke) gesperrt.

Nr. 2 liegt bei Comelico auf geraume Strecke im Feuer des Panzerwerkes Mte Tudajo.

Nr. 3 ist durch das Panzerwerk Chiusaforte, die Panzerbatterie Mte Comielli gesperrt und wird überdies in allernächster Zeit durch das bereits im Bau befindliche Panzerwerk Mte Festa gesperrt sein.

Außer diesen, wie oben dargelegt, durchwegs permanent gesperrten fahrbaren Verbindungen steht in der ganzen 80 km langen Strecke von Innichen bis Pontafel nur die Plöckenstraße zur Verfügung, welche aber in ihrer Fortsetzung auf italienischem Gebiet in der ca. 5 km langen Strecke bis Timau nicht als Straße ausgebaut ist.

Noch ungünstiger stehen die Verhältnisse von der Strecke Lorenzago—Tolmezzo bis in die Venetianer Ebene, indem über die Venetianer Alpen keine einzige fahrbare Verbindung führt, der halbwegs in Betracht kommende Weg Tolmezzo nach Osoppo durch die Panzerwerke Mte Festa und Osoppo, jener Tolmezzo—Pinzano durch das Panzerwerk Ragogna gesperrt ist.

Da aber trotz aller dieser Schwierigkeiten die Offensive der 3. Armee zwischen Piave und Tagliamento erforderlich ist, muß alle Energie an ihre Durchführung gesetzt, aber auch a l l e s vorgesorgt und geschaffen werden, um sie technisch zu ermöglichen und rechtzeitig wirksam werden zu lassen.

Was, abgesehen von den allgemeinen normalen Vorsorgen, in dieser Beziehung speziell nötig wird, ist gestützt auf folgendes:

1. Die Truppen müssen gebirgsmäßig, also durchwegs mit Tragtiertrain ausgerüstet sein, nicht nur weil es für den bloßen Durchzug an fahrbaren Wegen fehlt, sondern auch, weil die Truppen im Falle des fast sicher zu gewärtigenden feindlichen Widerstandes im Durchzugsgebiete befähigt sein müssen, überall, unabhängig von den Fahrwegen zu operieren, resp. zu kämpfen, was vornehmlich auf den für Wagen unerreichbaren Oberteilen der Fall sein wird.

2. Auch der Nachschub wird für die Mehrzahl der Kolonnen der 3. Armee auf den Tragtiertransport angewiesen sein und hiezu speziell organisiert werden müssen.

3. Für den Nachschub sind jedoch so rasch als möglich fahrbare Verbindungen zu erschließen, dies auf zweifache Weise:

a) durch Bekämpfung der feindlichen Befestigungen, welche die Straßen sperren und

b) durch Fahrbarmachung von dermalen bloßen Saumwegen.

Insbesondere wird dabei auch zu trachten sein, ehestens wenigstens eine Automobillinie verfügbar zu haben, vor allem aber überhaupt eine leistungsfähige Straße.

Dies bedingt:

α) Die Ausrüstung der 3. Armee mit jenen Angriffsmitteln, welche zur Bekämpfung der in Frage kommenden feindlichen Werke notwendig erscheinen und

β) die ausreichende Vorsorge an Bauleitern, Arbeitern und Werkzeugen, resp. Sprengmitteln und Material für den Straßenbau im Kriegsfall, sowie die Durchführung aller jener dieser Bauten, welche auf eigenes Gebiet fallen, schon im Frieden.

4. Außer der Fortbringung auf Tragtieren muß aber auch alles vorgesorgt werden, um Geschütze gebirgsmäßig, also zerlegt fortbringen zu können und, wo es das Terrain nur zuläßt, auch den Schlitten-, Karren- oder wenigstens streckenweisen Wagentransport auszunützen, bezw. einzuschalten. Dabei wird jedes starre System, jede Einseitigkeit zu vermeiden sein, hingegen weitestgehende Elastizität in Verwertung des jeweilig Möglichen und Zweckmäßigen einzutreten haben.

Ad 1. Gebirgsmäßige Ausrüstung der Truppen.

Diese muß alle Truppen der 3. Armee betreffen, weil alle auf den bloßen Tragtiertransport angewiesen sein können; um diesen aber örtlich und zeitlich durch Karren- oder Wagentransport zu ersetzen oder doch zu entlasten, muß auch in letzterer Hinsicht alles Notwendige vorgesorgt werden.

Die Offensive der 3. Armee wird sich als das Vorgehen nebeneinander gruppierter Divisionen darstellen, deren jede mindestens einen besseren Saumweg zur Verfügung hat, aber auch, behufs Kürzung der im Einzelmarsch enormen Kolonnenlängen, alle übrigen in ihre Marschzone fallenden Wege ausnützt.

Wären außer dem Hauptweg z. B. zwei solcher Wege verfügbar, so könnten diese von je einem Infanterieregiment nebst Gebirgsartillerie benützt werden, so daß der Hauptweg nur mit zwei Infanterieregimentern und den übrigen Truppen der Division belastet wäre; bei nur einem Nebenweg blieben drei Regimenter für die Hauptkolonne; im ersteren Fall hätte die Infanterie der letzteren, per Mann zirka drei Schritt gerechnet, was auf Gebirgswegen ohnehin sehr wenig ist, $3 \times 7000 = 21.000$ Schritt im Einzelmarsch, zirka 11.000 Schritt im Reihenmarsch; im letzteren Fall wären diese Ziffern $3 \times 10.000 = 30.000$ Schritt, bezw. 15.000 Schritt.

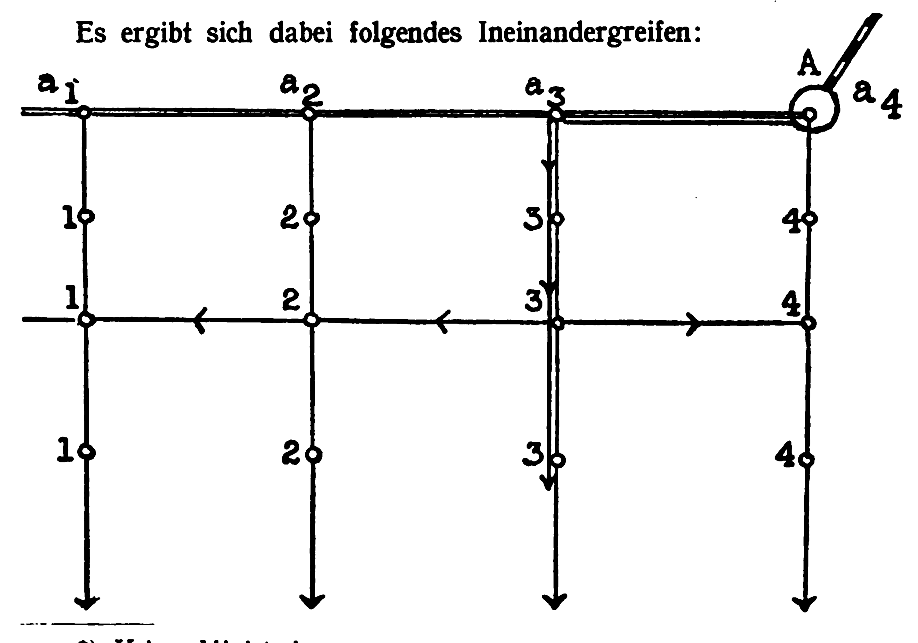
Dazu kommen jetzt noch die Kolonnenlängen aller übrigen Teile der Division.

Ad 2. So wie aber dergestalt hinsichtlich des Marsches jede Infanteriedivision eine selbständige Marschgruppe wird bilden müssen, innerhalb welcher der Divisionär selbständig und selbsttätig alles für den Marsch Erforderliche wird zu veranlassen haben, wird dies auch hinsichtlich des für jede Division erforderlichen Nachschubes geschehen müssen; es wird sich also jede Division gleichsam eine eigene Nachschublinie einrichten müssen; sie wird daher mit dem hiezu nötigen Personal, den erforderlichen Truppen, Material etc. etc. zu beteilen sein.

Ad 3. Aber außer diesen, vornehmlich als Saumwege zu denkenden Nachschublinien der einzelnen Divisionen wird seitens des Armee-, resp. Armee-Etappenkommandos getrachtet werden müssen, ehestens fahrbare Verbindungen (Straßen) in das vorschreitende Echiquier der Armee zu bringen, um den Wagen- und Autonachschub einzuleiten und dadurch den Tragtiernachschub der Division zu entlasten.

An die Ausgangspunkte der Divisionsnachschublinien, sowie an jene der Armeenachschub-(Etappen-)Linien werden durch das Armee-Etappenkommando die erforderlichen Nachschubvorräte rechtzeitig zu schaffen sein, während dieselben, soweit sie nicht im Etappenraum aufbringbar sind, von der Zentralstelle (KM.)*) zugeschoben werden müssen.

Es ergibt sich dabei folgendes Ineinandergreifen:



*) Kriegs-Ministerium.

111, 222, 333 etc. sind die Divisionsnachschublinien; auf jeder derselben organisiert sich jede Division ihren Staffelnachschub, sie richtet hiezu die Linie ein, d. h. sie etabliert Zwischenstationen, wo die Transporte rasten, tränken, nächtigen, füttern, menagieren können, sie organisiert Wegerhaltungs-Detachements, denen bestimmte Strecken ständig zugewiesen sind (Zivilingenieure, Arbeiterabteilungen etc. etc.); Trainoffiziere, welche den Staffelverkehr regeln, bezw. disziplinär und ansonst eingreifen.

Übernahms-Kmdn. in den Ausgangspunkten a_1—a_2 etc.

Das Armee-Etappenkommando schiebt in diese Ausgangsstationen die Vorräte zu (Straßentransport, Autos, Feldbahn), nachdem es das Gesamtquantum in A sichergestellt hat, sofern dasselbe nicht wenigstens teilweise direkt in die Ausgangsstationen a_1, a_2 etc. beigestellt wird.

Für die Zuschiebung dieser Vorräte erweist sich der Ausbau der Gailtalstraße als leistungsfähiger auch für den Autotransport geeigneter Straße dringend und die Fortsetzung der Bahn von Hermagor—Gail aufwärts für sehr erwünscht.

Die Sicherstellung in A erfolgt teils durch direkte Käufe, teils durch Zuschub von Verpflegszügen seitens der Zentralstelle. Dabei wird damit zu rechnen sein, daß man Fleisch und Heu (Weide) im Operationsraum aufbringt und daß statt Brot nur Zwieback transportiert, Brot aber nur dort verabreicht wird, wo es sich an Ort und Stelle erzeugen läßt; es mitzutransportieren wäre widersinnig.

Es werden daher zuzuschieben, resp. zu transportieren sein:

Normalportionen, außer (400 g) Fleisch, dabei Zwieback statt Brot, d. i. zirka 600 g per Mann;

ferner Hafer, resp. Hartfutter für die Pferde.

Es wird daher an den Übernahmsstationen a_1, a_2 etc. täglich der Tagesbedarf für die betreffende Kolonne (inklusive ihrer im Ausgangspunkte zurückbleibenden Teile) eintreffen müssen. Um aber im Falle von Verzögerungen nicht aufzuliegen, werden schon während des Aufmarsches in den Ausgangspunkten ausreichende Vorräte angesammelt und, um Zuschubstrecken zu kürzen, zum Teil auch weit vorn deponiert werden müssen.

Da aber die Ingangsetzung des Nachschubes anfänglich manche Schwierigkeiten finden, also einige Zeit brauchen wird, da ferner alles angestrebt werden muß, um den Nachschub nicht ins Ungemessene wachsen zu lassen, wird die Truppe bei Beginn der Operationen eine größere Anzahl Tagesrationen mittragen müssen, was sie ja auch kann, da mit jedem Tag eine Entlastung eintritt.

Würde man die Gebirgszone ohne feindlichen Widerstand und ohne besondere Verzögerung durchziehen, so wären hiezu zirka vier Märsche notwendig, und zwar:

1. Comelico, Forni Avoltri, Paluzza, Paularo;
2. an den oberen Tagliamento;
3. bis mittwegs der Venezianer Alpen;
4. in die Ebene (Montereale, Traversia).

Rechnet man hiezu jedoch noch etwa vier Tage für Gefechte, und stellt man die Forderung, daß die Truppen mit einer mindestens viertägigen Verpflegung von Mann und Pferd am Rand der Ebene eintreffen, so ergäbe dies die Notwendigkeit, bis zum achten Tage 12 Rationen mitgebracht zu haben. Trägt der Mann von Haus aus 4 Rationen*), so wären also 8 Rationen bis zu diesem Zeitpunkt nachzuschieben.

Aber auch für die nächste Folge wird die 3. Armee auf den Nachschub durch den eigenen Rayon angewiesen sein, weil die vom Isonzo nach West führenden Zuschublinien teils fortifikatorisch gesperrt, teils ganz für die 1. und 2. Armee erforderlich sein werden.

Also auch dann bleibt es für die 3. Armee notwendig, sich selbst im eigenen Rayon ehestens fahrbare Nachschublinien zu schaffen, somit teils solche zu bauen, teils solche zu eröffnen.

In letzterer Hinsicht wäre es wohl am erwünschtesten, wenn es gelänge, Bahn und Straße von Pontafel nach Spilimbergo frei zu bekommen; dies bedingt aber die Niederkämpfung der Panzerwerke Chiusaforte, Mte Festa, Comielli, Osoppo, Ragogna, eventuell noch zweier Werke von Nordfriaul.

Könnte auch, was jedenfalls angestrebt werden müßte, Chiusaforte in seiner jetzigen Verfassung durch Handstreich mittelst Pionierangriff

---

*) „Es erscheint ohneweiters angängig, dem Mann auch noch mehr Rationen mitzugeben; dabei muß vorgesorgt werden, daß Abwechslung in der Kost eintrete, also auch Käse, gekochtes Rind-, Schaf- und Ziegenfleisch, geräuchertes Fleisch, Hülsenfrüchtemehl u. dgl. mitgenommen werden; aus sanitären Gründen überdies reichlich Tee und Zucker, womöglich auch Marmeladen; Zucker überdies als Nahrungsmittel.

1878 krankte die Verpflegung mit frischgeschlagenem Fleisch an der Unkenntnis der Zubereitung desselben. Durch den von einem Intendanzbeamten vorgeschlagenen, bei der 8. Division 1906 in Tirol erprobten Modus des Abkochens erscheint dem abgeholfen; letzterer wäre der Truppe geläufig zu machen."

genommen werden, so restringiert sich diese Möglichkeit jedoch, sobald die im Zuge befindliche Ergänzung Chiusafortes perfekt ist. Die Niederkämpfung aller übrigen genannten Werke benötigt jedoch geraume Zeit, auch werden Bahn und Straße im Fellatale, weil reichlich miniert, bedeutend gestört sein, also langer Zeit zur Wiederherstellung bedürfen.

Es erscheint daher, soweit es die Kommunikationseröffnung durch Bekämpfung der feindlichen Werke betrifft, immer noch zweckmäßiger, diese gegen die Befestigungen von Lorenzago—Pieve di Cadore zu richten.

Bezüglich dieser, im obigen nur vom Nachschubstandpunkt in Betracht gezogenen Bekämpfung der feindlichen Werke kommt aber vornehmlich auch die operative Rücksicht in Betracht.

Das einfache Vorwärtskommen der Truppen der 3. Armee findet nämlich z w e i erhebliche fortifikatorische Hindernisse, und zwar:

1. Für die westlichste Kolonne der 3. Armee kommt als günstigste Marschlinie die Straße von Innichen über den Kreuzberg nach Comelico in Betracht. Diese liegt aber seit Errichtung der granatsicheren Panzerbatterie Mte Tudajo im Feuer dieses Werkes, und zwar in der Strecke Comelico (St. Stefano) bis S. Pietro im direkten; es kann daher nur bei Nacht und Nebel, und dies erst nach Zurückwerfen aller feindlichen Außentruppen (Beobachtern), gehofft werden, hier unbehelligt durchzukommen — ein Zustand, der im Hinblick auf Nachschub, Wagen- oder Autoverkehr etc. wohl nicht in Kauf genommen werden kann, so daß es also nötig wird, das Werk Mte Tudajo niederzukämpfen. Wollte man dies mit Haubitzen bewirken, so müßten diese aus Portéegründen am Südabfall des Rückens von Dante—St. Antonio etabliert werden, wobei sie in wirksames Feuer des Panzerwerkes Col Vidal kämen, so daß auch dieses niedergehalten werden müßte.

Nur weittragende Mörser würden die Möglichkeit bieten, Mte Tudajo aus dem Tal von Comelico, also unbelästigt von Col Vidal, zu bekämpfen. Die Ausrüstung mit solchen wird daher für die hier vorgehende Kolonne der 3. Armee erforderlich. Um bis zur Niederkämpfung des Mte Tudajo im Vorwärtsbringen der Truppen nicht aufgehalten zu sein, legt es sich nahe, die hiefür in Betracht kommenden Teile der bei Innichen—Sillian versammelten Kräfte nicht über den Kreuzberg, sondern über Tilliach und das Tilliacher Joch heranzuziehen, dies auch deshalb, um sie in eine Richtung zu bringen, aus welcher sie feindlichen Flankenstößen von Vigo, Lorenzago gegen die 3. Armee wirksam begegnen könnten. Dies verlangt den ehesten und bereits seit Jahren angeforderten Ausbau der Straße Sillian—Kartitsch—Tilliach, dann möglichst weiter bis zur Grenze.

Allerdings hätten auch hier vorgehende Truppen den Eingang ins Frisonetal im Feuer des Mte Tudajo zu passieren, aber nur auf einer kurzen Strecke und auf einer Entfernung von über 8000 Schritten; zudem ließe sich selbst diese Stelle über Granvilla umgehen.

Ein entsprechendes Detachement müßte natürlich an der Kreuzbergstraße verbleiben, um feindlichen Unternehmungen gegen das Pustertal Schranken zu ziehen und die Befestigungen von Vigo—Lorenzago im Norden abzuschließen.

2. Das zweite, sich dem Vorwärtskommen der 3. Armee empfindlich entgegenstellende fortifikatorische Hindernis ist der Mte Festa. Nicht nur, daß derselbe das Vorwärtskommen der von Pontafel über Moggio vorgehenden eigenen Kräfte hemmt, beherrscht er auch die Gegend von Tolmezzo und damit die von Paularo und Paluzzo kommenden Straßen, sowie den von Tolmezzo in das Tal von Arzino führenden, für das Vorwärtskommen der 3. Armee erforderlichen Weg. Die Niederkämpfung des Mte Festa ist daher für diese eine Notwendigkeit, und die hiezu erforderlichen Mittel müssen ihr gegeben werden. Dies bedingt die Beteilung mit, so weit möglich, schweren Mörsern und die Aufbietung aller Mittel, um die für ihre Fortbringung nötige Straße ehestens herzustellen. Als solche kommt jene über den Plöcken vor allem in Betracht, aber es wird auch anzustreben sein, durch konstruktive Einrichtungen es zu ermöglichen, schwere Mörser — mindestens zwei, womöglich vier — auch auf minder guter Straße vorwärts zu bringen. Überdies wird gegen den Mte Festa der Handstreich und Pionierangriff zu versuchen, daher die hier vorgehende Gruppe der 3. Armee dementsprechend auszurüsten sein.

Außer diesen beiden, sich den Armeeflügeln entgegenstellenden permanenten fortifikatorischen Hindernissen wird aller Voraussicht nach damit zu rechnen sein, daß der Feind im Höhenterrain südlich der Grenzzone, dann am oberen Tagliamento einen auf feldmäßige Befestigungen basierten Widerstand leisten wird; diesen zu brechen müssen daher alle Divisionen ausreichend mit Haubitzen versehen sein, als welche die 10·5 cm-Feldhaubitzen genügen dürften, nur müssen sie für den Gebirgstransport eingerichtet sein, was schon im Frieden vorgesorgt werden muß.

Wenn im Vorstehenden das Maß der aus rein operativen Gründen erforderlichen Bekämpfung feindlicher Befestigungen festgestellt erscheint, so sei jedoch hier nochmals auf die aus Nachschubgründen notwendige Niederkämpfung der Befestigungen von Vigo Lorenzago und Pieve di Cadore zurückgekommen. Es wäre erwünscht, daß zu diesem Zweck ein zum Teil aus Landsturmtruppen gebildetes spezielles

Angriffsdetachement bestimmt und ausgerüstet würde, welches, über den Kreuzberg vorgehend, den Mte Tudajo, Col Vidal und die Werke bei Vigo zu nehmen, dann gegen die alten Werke von Pieve di Cadore vorzugehen, endlich das Werk Pian del Antro in der Kehle anzugreifen hätte.

Schon im Frieden wäre die jetzt noch recht mindere Kreuzbergstraße auszubauen, so daß nach Wegnahme der obgenannten Befestigungen eine Automobillinie Innichen—Pieve di Cadore—Belluno der 3. Armee zur Verfügung stände.

Seit dem Ausbau von Nord- und Südfriaul, welche die Kommunikationen in der Ebene so wesentlich unterbinden, hat die Bedeutung der obgenannten Linie an Dringlichkeit zugenommen, sodaß besondere Maßnahmen zu ihrer Eröffnung gerechtfertigt erscheinen, umsomehr, als die allerdings leichter zu eröffnende Straße Pieve—Cencenighe—Agordo erst für ein späteres Stadium der Offensive in Betracht kommen kann.

Wenn im Vorstehenden auch die Notwendigkeit dargelegt wurde, die Truppen durch Ausrüstung mit Tragtieren für die Operationen möglichst mobil und vom Wegnetz unabhängig zu machen, so verlangt doch einerseits die Fortbringung verschiedenen schwereren Materials (Geschütze, schwere Munition, Brückenmaterial etc.) die eheste Herrichtung von Fahrwegen und wird aber auch anderseits für das möglichst fließende Fortbringen der Tragtiere die gründliche Ausbesserung minderer Saumwegstrecken erforderlich, dies besonders über die Venetianer Alpen. Reichlichste Vorsorge an Arbeitskräften und Arbeitswerkzeugen, resp. Material für diese Herstellungen ist daher unerläßlich.

Was die fahrbaren Verbindungen anbelangt, so wäre es sehr mißlich, wenn die 3. Armee einzig und allein auf die Plöckenstraße angewiesen wäre, nicht nur weil diese den enormen Verkehr kaum aushalten würde, sondern auch, weil es seine großen Schwierigkeiten haben dürfte, von ihr aus den ganzen Train wieder nach seitwärts zu verteilen.

Es wäre daher sehr erwünscht, den Weg von Kronhof zum Promoser Törl als Straße auszubauen und dann nach Cleulis oder Timau fortzusetzen. In gleicher Weise wäre der Weg von Tilliach zum Tilliacher Joch und jener von Lugau zum Mitterjöchel fahrbar herzustellen.

Für alle diese Arbeiten empfiehlt es sich, Zivil-Straßenbauingenieure heranzuziehen und dies schon im Frieden zu organisieren.

Da es im Verlauf der Operation notwendig werden kann, den oberen Tagliamento, welcher zur Hochwasserzeit nicht furtbar ist, mit künstlichen Mitteln zu übersetzen, so muß auch hiefür vorgesorgt werden, eine diesbezügliche, schon im Frieden vorzunehmende Rekognos-

zierung der Strecke Forni di Sopra—Stazione per la Carnica erscheint geboten; sie hätte festzustellen, welche die geeignetsten Übergangspunkte sind, welches Material erforderlich ist, was von diesem Material an Ort und Stelle beschaffbar, was anderseits davon mitzubringen ist.

M u n i t i o n. Ein ganz besonderes Vordenken wird für die Verfügbarhaltung der erforderlichen Munition notwendig, denn es muß diese vorhanden sein, erstens für die sicher zu erwartenden Kämpfe im Gebirge, d. i. während des Vorgehens bis zum Südrand des letzteren, zweitens aber auch für die in der Ebene zu erwartenden Entscheidungskämpfe. Es kommt also auf eine zutreffende Kombination an, dahingehend, inwieweit die Transportmittel für Verpflegung, inwieweit sie aber für Munition auszunützen sein werden.

Da der Mann eine höhere Verpflegsdotation als die normale mitnehmen muß, so geht es nicht an, ihn wesentlich mehr als normal auch mit Munition zu belasten; da aber anderseits an den Tragtiernachschub ohnehin sehr hohe Anforderungen gestellt werden, so wird es erforderlich, möglichst viel Munition durch alle jene Leute mittragen zu lassen, welche organisationsgemäß nicht mit solcher beteilt und auch sonst nicht stark belastet sind (also Unteroffiziere, Tragtierführer, Spielleute, Arbeiter etc. etc); dieselben hätten die derart mitgebrachte Munition, sofern sie dieselbe nicht direkt an die Truppe abgeben, an bestimmten Orten zu deponieren, von wo sie dann die Truppe abzuholen vermöchte. Ebenso werden Kavallerieabteilungen auf jenen Strecken, in welchen sie die Pferde nur an der Hand zu führen vermögen, Hafer oder Munition mittelst der Pferde fortbringen müssen.

S a n i t ä t s m a ß n a h m e n. Wenn auch für das Rückschaffen von Kranken und Verwundeten die rückkehrenden leeren Staffeln zur Verfügung stehen, so gestaltet sich doch ein solcher Transport auf schwierigen Gebirgswegen derart anstrengend, daß er für Schwerverwundete und Schwerkranke ausgeschlossen erscheint; diese müssen daher im Operationsraum selbst Pflege finden, wofür ad hoc Anstalten in den Orten des letzteren improvisiert werden müssen. Es kommt dabei nur darauf an, daß Ärzte, Sanitätspersonal, Verbandzeug, Instrumente und Medikamente hiezu mitgenommen werden, alles andere, wie Liegestätten u. dgl., muß an Ort und Stelle beschafft werden.

Als großes Prinzip muß durch alle Anordnungen gehen, daß absolut nichts Überflüssiges mitgenommen werde und daß jeder Mann, jedes Pferd oder Tragtier, jedes Fuhrwerk bis zur vollen Belastungsfähigkeit ausgenützt werde.

Bei der Generalsbesprechung ließ ich die obigen Fragen möglichst auf den konkreten Fall der Annahme applizieren; die dabei sich ergeben-

den Details sind in den Arbeiten des Armee-Etappenkommandos enthalten, welche ich beilege, und von denen ich besonders jene des Oberstleutnants Landwehr hervorhebe.

Ich würde es sehr zweckmäßig erachten, wenn die für die Armee-Etappenkommandos designierten Generalstabsoffiziere oder doch der Generalstabschef des Armee-Etappenkommandos an den Vorbereitungsarbeiten für seine Armee mitarbeiten würden.

Auf eine außerhalb des Rahmens der Generalsbesprechung gelegene operative Frage möchte ich hier noch eingehen.

Für die Aktionen der 3. Armee wird es von größter Bedeutung, daß eigene, möglichst starke Kräfte von Araba—Pieve gegen das mittlere Piavetal (Longarone—Belluno) eingreifen, erstens wegen der Einwirkung in operativer Beziehung, zweitens aber auch wegen der Möglichkeit, die Straße Pieve di Livinalungo nach Longarone oder Belluno für den Nachschub zu erschließen. Notwendig wäre hiezu die eheste Vorschiebung der bei Bruneck aufmarschierenden eigenen Kräfte nach Corvara, Araba, Pieve, der Ausbau der Straße von Pieve zur Grenze; die Beteilung der hier vorgehenden Kolonne mit Angriffsmitteln gegen die veralteten Befestigungen von Agordo und mit Arbeitsmannschaft zur Herstellung des Weges von Selva bis Mareson. Diese Kräfte wären dem 3. Armee-Kommando zu unterstellen.

Was endlich den Aufmarsch der 3. Armee anlangt, so legt es sich anbetrachts der neuesten Entwicklung des italienischen Befestigungssystems nahe, denselben in den Raum westlich (doch inklusive) Kirchbach zu verlegen, um sie zwischen der Linie Innichen—Comelico—Forni di sopra und Kirchbach—Paularo—Tolmezzo (inklusive dieser Linien) vorzuführen, in das Kanaltal aber nur soviele Kräfte zu verweisen, als nötig sind, um (gestützt auf Malborgeth) ein Vordringen des Gegners zu verwehren, beziehungsweise bei der eigenen Offensive die Ostflanke der 3. Armee zu schützen und beim Angriff auf den Mte Festa mitzuwirken; dies alles aus folgenden Gründen:

Aus dem Aupatal führen nur minderwertige Wege in das Tal des Chiarso und But über das diese Täler trennende Gebirge, während die Straße von Moggio nach Tolmezzo im Feuer von Comielli und Mte Festa liegt, so daß ein rechtzeitiges Eingreifen der durch das Kanaltal vorgehenden Kräfte in den Kampf bei und westlich Tolmezzo auf Schwierigkeiten stoßen dürfte.

Das Vordringen starker eigener Kräfte findet an den permanenten feindlichen Befestigungen einen zu nachhaltigen Widerstand, der bei Hochwasser unpassierbare Tagliamento zwingt zum Ansetzen der

Hauptkräfte westlich Tolmezzo; das Werk am Mte Festa erhöht diesen Zwang, insolange es nicht gelungen ist, sich desselben zu bemächtigen (was allerdings vor allem angestrebt werden müßte).

Conrad m. p., G. d. I."

Für die im Sommer vorzunehmende Übungsreise versammelte ich die Teilnehmer in Lienz im Drautale und führte sie in der Zeit vom 8. bis 13. Juli über den Zochenpaß (der Gailtaler Alpen) ins Gailtal und auf die Karnischen Alpen, wobei mannigfache Einzelheiten durchgesprochen wurden.

Vom 24. bis 29. August wohnte ich den mit einer scharfen Schießübung verbundenen Schlußübungen des 14. Korps im Raume Trient—Lardaro bei, gelegentlich welcher das indirekte Mörserfeuer gegen Befestigungen im Gebirge zur Ausführung gelangte.

Vom 29. August bis 3. September befand ich mich in meiner Eigenschaft als Armee-Inspektor bei den Schlußübungen des 3. Korps östlich Zirknitz in Krain, dann in gleicher Eigenschaft bei jenen des 2. Korps vom 5. bis 7. September bei Hochwolkersdorf im Wechselgebiet in Niederösterreich.

Vom 8. bis 12. September war ich den größeren Manövern bei Mezöhegyes in Südungarn beigezogen.

Noch im September erhielt ich die Verständigung, daß ich im Sinne der Weisungen Seiner Kaiserlichen Hoheit Erzherzogs Franz Ferdinand in Hinkunft für das Kommando der 4. Armee bestimmt werde. Sie hatte sich im Kriegsfalle gegen Italien: in Tirol, in jenem gegen Rußland: im Raume nördlich der Linie Przemysl, Lemberg zu versammeln.

Im Laufe des Sommers 1912 war mir seitens des Chefs des Generalstabes die Antwort auf meine anläßlich der Generalsbesprechung gestellten Anträge zugegangen. Ich erwiderte sie mit folgender Zuschrift:

„Wien, 26. Oktober 1912.

Auf die Zuschrift Res. Glstb. Nr. 2797 von 1912 beehre ich mich nachfolgendes zu erwidern:

Die Fertigstellung der schweren Mörserbatterien und sonstigen Angriffsmittel betrachte ich als eine der allerdringendsten Sachen, wobei ich nicht umhin kann, darauf hinzuweisen, daß Italien bereits neue Werke zu bauen beginnt, so daß die 3. Armee reichlich mit Angriffsartillerie ausgerüstet werden müßte, wenn sie vorwärts kommen soll.

Ich wäre sehr verbunden, wenn E. E. mir mitteilen lassen würden, mit welchen artilleristischen Angriffsmitteln die 3. Armee zu rechnen

hat, in welchem Stadium sich die Fragen bezüglich der schweren Mörser, der neuen 10 cm- und 15 cm-Haubitzen, der Minenwerfer, der beantragten kleinkalibrigen Kanone zum direkten Beschießen empfindlicher Teile permanenter Werke, von Lufttorpedos, Geschossen, welche bei der Explosion betäubende Gase entwickeln, und endlich bezüglich der Gebirgsausrüstung der Truppen der 3. Armee befinden.

Auch ich halte eine Überlastung des Mannes für nicht angenehm; wenn man die nötigen Mittel hätte, Munition und Verpflegung gleich anfangs nachschieben zu können, wäre dies gewiß erwünschter, fehlt es an derartigen Mitteln, bleibt wohl nichts anderes übrig, als dem Mann von Haus aus mehr mitzugeben.

Der Heranziehung der Mannschaft zu Trägerdiensten vermag ich nicht beizustimmen; der wehrpflichtige Mann ist in erster Linie Kämpfer, man könnte somit Trägerabteilungen nur aus dem Zivil und aus nicht waffenfähigen Landsturmleuten formieren.

Was die Nachschublinien anbelangt, so wäre, da die Plöckenstraße allein den ganzen Verkehr bestimmt nicht bewältigen könnte, die Eröffnung der Straße Pontafel—Tolmezzo—Enemonzo gewiß sehr erstrebenswert, nur müßte für die ausreichende Dotierung der 3. Armee mit den notwendigen Mitteln zur Niederkämpfung von Chiusaforte und Mte Festa, in Hinkunft auch der angeblich bei Enemonzo geplanten Werke vorgesorgt werden, was jetzt leider nicht der Fall ist.

Dabei müßte für die 3. Armee derart vorgesorgt werden, daß Mte Festa und Chiusaforte gleichzeitig angegriffen werden können, nicht eins nach dem andern, was zuviel Zeit wegnehmen würde.

Gegen die Absicht, bezüglich Unterstellung der 10. Division erst im Verlaufe der Operationen zu entscheiden, habe ich nichts einzuwenden.

Schließlich danke ich noch vielmals für die Übersendung der drei Rekognoszierungsberichte, die ich dem Operationsbureau bereits direkt zurückgestellt habe, und bitte, auch in Hinkunft mir derartige Berichte zukommen lassen zu wollen.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung etc.

Conrad m. p.“

Meine sonstige militärische Tätigkeit als Armee-Inspektor erstreckte sich auf das Detailstudium der verschiedenen Vorschriften, auf organisatorische und taktische Fragen, auf das Verfolgen der technischen Fortschritte, die Lektüre von Fachwerken, die Abgabe von Gutachten, endlich auf die Berichte über Zustand und Ausbildung der von mir inspizierten Truppen und die Eignung der Generale und höheren Stabsoffiziere.

Politisch-militärische Tätigkeit als Armee-Inspektor.

Mit meiner Enthebung von der Stelle des Chefs des Generalstabes waren für mich auch alle jene offiziellen Quellen versiegt, die mich bisher über die politische und militärische Lage, speziell auch mit Bezug auf das Ausland orientierten. Ich war in dieser Hinsicht nunmehr im wesentlichen lediglich auf die Zeitungs-Lektüre angewiesen. Es ist selbstverständlich, daß ich dieser mit vollem Interesse, vornehmlich in Hinblick auf jene Fragen oblag, die ich vital für Gedeihen und Bestand Österreich-Ungarns erachtete.

Nur hinsichtlich der Ereignisse des Tripolis- und später des Balkankrieges erhielt ich — gleich allen Armee-Inspektoren — offizielle Mitteilungen über den Gang der Operationen in Form von im Evidenzbureau des Generalstabes zusammengestellten Tagesberichten.

Am 17. Feber 1912 war Graf Ährenthal einem längeren schweren Leiden erlegen. Sein Nachfolger war Leopold Graf Berchtold, der mehrjährige k. u. k. Botschafter in Petersburg. Ich hatte nie Gelegenheit gehabt, Graf Berchtold persönlich kennen zu lernen. Anbetrachts meiner nunmehrigen rein militärischen Stellung suchte ich auch eine solche nicht. Selbst bei den Hoffesten vermied ich sie. Erst gelegentlich eines Diners, das Baron Leopold Chlumecky — der Verfasser eines bedeutungsvollen politischen Werkes über Italien — veranstaltete, um mir Gelegenheit zu geben, über die mit ihm öfter erörterte albanesische Frage auch mit Graf Berchtold zu sprechen, stellte ich mich letzterem vor.

Ich gewann hiebei sofort den Eindruck, daß Graf Berchtold, bei aller Wahrung seiner eigenen Ansichten, auch solche anderer anzuhören, und wenn auch nicht zu akzeptieren, so doch zu erwägen geneigt war, ohne sich von Haus aus auf den prinzipiell ablehnenden Standpunkt seines Vorgängers zu stellen.

Ich sah mich nun wieder — jedoch als abseits stehender Privatmann — in politische Auseinandersetzungen gezogen.

Aber auch noch ein anderer Beweggrund führte mich auf dieses Gebiet; es waren die Pflichten als Geheimer Rat. Der in der Öffentlichkeit wenig gekannte, bei der Ernennung zum Geheimen Rat vor Seiner Majestät und dem Minister des Äußern und des Kaiserlichen Hauses

abzulegende Eid verpflichtet mit großer Schärfe jeden Geheimen Rat zur strengen Wahrung der Interessen der ö.-u. Monarchie, auch dazu, auf alles hinzuweisen, was eine Gefährdung dieser Interessen nach sich ziehen könnte.

Unter dem Drucke dieser Pflicht verfolgte ich nun auch weiter nicht nur alle militärischen, sondern auch alle politischen Vorgänge. Allerdings war ich bezüglich letzterer, wie schon erwähnt, hauptsächlich nur auf die Lektüre der Tagesjournale angewiesen.

In dem Maße, als die politischen Ereignisse immer bedeutungsvoller für Österreich-Ungarn wurden, steigerte sich bei mir auch das Bedürfnis, meine Ansichten festzulegen und sie an den maßgebenden Stellen auszusprechen.

Da ich dies nur ausgehend von meiner Eigenschaft als Geheimer Rat zu tun vermochte, konnte ich meine diesbezüglichen Essays nur an die Militärkanzlei Seiner Majestät, sowie an jene des Thronfolgers, dann an den Minister des Äußern und des Kaiserlichen Hauses (Graf Berchtold) leiten.

Als mir daher seitens Oberst von Bardolff*) nahegelegt wurde, es auch gegenüber dem Chef des Generalstabes zu tun, vermochte ich nur folgende Antwort zu geben:

„Wien, am 17. November 1912.

Herzlichsten Dank für Deine geschätzten Zeilen.

Habe mich mit Graf Berchtold in Verbindung gesetzt, werde heute nachmittags bei ihm sein**).

Hinsichtlich der Mitteilung meiner Essays an Schemua***) halte ich strikte den Standpunkt ein, daß ich nur Seiner Majestät und Seiner Kaiserlichen Hoheit direkt unterstehe und überhaupt nur in meiner Eigenschaft als Geheimer Rat die Berechtigung finde, an dieser Allerhöchsten und Hohen Stelle meine bescheidenen Ansichten niederzulegen.

Mein ganzes diesbezügliches Vorgehen ist überhaupt nur auf ein Gespräch zurückzuführen, das ich gelegentlich eines Diners mit Graf Berchtold hatte, dem ich auch meine Niederschriften nur als Privatmensch gab.

Ich habe dieselben auch nicht an Auffenberg†), mit dem ich sehr befreundet bin, gegeben, weil ich strikte vermeide, mich an militärische Funktionäre mit unberufenen Ratschlägen und dergleichen heranzudrängen.

---

*) Chef der Militärkanzlei des Thronfolgers.

**) Bezog sich auf meine Bestimmung zur Reise nach Bukarest.

***) Chef des Generalstabes.

†) Kriegsminister.

So habe ich es seit meiner Entlassung gehalten und so halte ich es auch weiter; bei einem gegenteiligen Vorgang kommt man zu leicht in schiefe Situationen, und die vertrage ich nicht.

Sei herzlichst gegrüßt von Deinem ergebensten

Conrad, G. d. I."

Der Tripoliskrieg, das spannendste Ereignis anfangs des Jahres 1912, zog sich in die Länge. Er komplizierte sich zu Jahresbeginn durch eine vorübergehende Trübung der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich, dadurch hervorgerufen, daß die Italiener zwei der Konterbande verdächtige französische Schiffe durchsuchten und nach Cagliari führten. Der Konflikt, den wohl beide Teile, im Hinblick auf das seit 1902 bestehende Einverständnis für künftige Aspirationen, rasch beseitigt sehen wollten, wurde Ende Jänner 1912 unter großen gegenseitigen Freundschaftsbeteuerungen durch das Haager Schiedsgericht geschlichtet.

Im April angebahnte Friedensvermittlungen zwischen Italien und der Pforte scheiterten, da in Italien bereits am 23. und 24. Feber Kammer und Senat die durch den König schon früher erklärte Annexion von Tripolis bestätigten; was, nebenher bemerkt, der Türkei in Arabien eine Erleichterung verschaffte, indem Scheik Jahia, als Mohammedaner, den Aufstand einstellte. Nur Scheik Idris verharrte auch weiter im Aufstand.

Die Operationen in Tripolis schritten langsam fort.

Die Italiener nahmen am 11. April Buchanez, am 2. Mai Lebda, am 5. August die Oase Sansur und hatten am 20. September den Erfolg bei Şidi Bilal. Aber im wesentlichen war der Krieg auf die Küste beschränkt. Er hatte Italien schon einen großen Aufwand gekostet, darunter ein Aufgebot von fast 200.000 Mann. Italien versuchte daher auch an anderer Stelle der Türkei beizukommen. Solche auf dem Kontinent der Balkan-Halbinsel zu suchen, verwehrte der Einspruch der Großmächte, so daß Italien erklärte, hier den status quo zu respektieren. Dagegen richtete es maritime Unternehmungen auf andere Ziele.

Am 24. Feber zerschoß die italienische Flotte einige kleine türkische Schiffe im Hafen von Beirut, am 18. April folgte ein mißglückter Vorstoß gegen die Dardanellen. Er veranlaßte die Türkei, die Dardanellen auch mit Minen zu sperren.

Sie stieß dabei auf die Verwahrung der Großmächte, die dadurch den Handel gefährdet sahen.

Am 5. Mai besetzte General Amelio die Insel Rhodus, deren Besatzung kapituliert hatte. Den 19. Juli erfolgte unter Admiral Viale ein neuer mißglückter Versuch, die Dardanellen zu forcieren. Im Juni besetzten die Italiener die Farsaninseln im Roten Meere und den Dodekanes.

Die Großmächte sahen all dem zu!

England und Frankreich verfolgten wohl, nicht ohne Mißtrauen, Italiens anwachsende Macht im Mittelmeer, schonten jedoch den künftigen Bundesgenossen für höhere Ziele. Rußland hoffte jetzt die Meerengenfrage zu seinen Gunsten zu lösen. Deutschland war auf Seite Italiens, an dessen Bundestreue es noch immer glaubte. Österreich-Ungarn aber war in demselben Wahn befangen und raffte sich nicht zur Tat auf, obwohl auch die immer mehr hervortretende albanesische Frage deutlich Italiens Gegnerschaft erkennen ließ.

Klar war Italiens Ziel: die Adria allein zu beherrschen, Valona als Kriegshafen zu gewinnen, eine Ausdehnung Österreich-Ungarns, selbst auch nur dessen Einflusses an der Ostküste der Adria zu verwehren, sich selbst aber in Albanien festzusetzen.

Albanien aber kam für Österreich-Ungarn nicht nur wegen der angeführten Aspirationen Italiens, sondern auch deshalb in Betracht, weil man seiner als Verbündeten gegen Serbien und Montenegro bedurfte. Österreich-Ungarn mußte verhindern, daß diese beiden Staaten sich zusammenschließen und sich des albanesischen Territoriums bemächtigen.

So waren also Österreich-Ungarns Interessen doppelt bedroht, einerseits durch Italien, anderseits durch Serbien und Montenegro. Die Interessen Österreich-Ungarns lagen in der Notwendigkeit maritimer Freiheit in der Adria und in Rücksichten für den Fall eines Konfliktes mit Serbien und Montenegro.

Ein an mich gerichtetes, offenbar die Anschauungen des Thronfolgers vertretendes Schreiben seines Flügeladjutanten und Chefs seiner Militärkanzlei Oberst Dr. von Bardolff vom 4. Oktober 1912 betonte die Notwendigkeit der Wahrung unserer Interessen in Albanien. Sie traten ganz besonders hervor, als ein neues Ereignis den Tripoliskrieg in zweite Linie rückte.

Der Ausbruch des Balkankrieges.

Angeregt durch das Beispiel Italiens, das plötzlich über die wehrlose Türkei hergefallen war, ohne dabei auch nur im geringsten von den anderen Mächten gehindert worden zu sein, hatten sich Serbien, wo an Stelle des plötzlich verstorbenen Milovanović der tatkräftige Pašić ans Ruder gekommen war, dann Montenegro, Bulgarien und Griechenland geeinigt, das gleiche zu tun. Zur Überraschung der meisten Großmächte eröffneten sie den gemeinsamen Krieg gegen die Pforte.

Keine der Großmächte ging daran, ihnen hiebei in den Arm zu fallen. Unentschlossen standen die einen, im stillen Einverständnis ihren Vorteil abwartend, die anderen dem Ereignis gegenüber. Abermals nirgends

eine Spur jener geheuchelten Entrüstung, die in Szene gesetzt wurde, als Österreich-Ungarn 1914 notgedrungen bemüßigt war, sich seines unablässigen, agacanten, bis zum Meuchelmord greifenden Gegners zu erwehren.

Es ist nicht verständlich, daß das vorbereitende Gehaben der vier genannten Balkanstaaten derart verborgen bleiben konnte, daß der Balkankrieg in so überraschender Weise loszubrechen vermochte.

Aber, er war da! Er schuf eine ganz neue Lage, mit ihm mußte gerechnet werden!

Von der Türkei abgesehen, war niemand schwerer durch ihn betroffen als Österreich-Ungarn. Insbesondere, als sich der Kriegserfolg auf Seite Serbiens neigte und dazu führte, daß dieser der ö.-u. Monarchie so gefährliche Feind einen Machtzuwachs erhielt, den er für seine gegen Österreich-Ungarn gerichteten aggressiven Ziele zu verwerten verstehen würde.

Ob die ö.-u. Diplomatie durch den Balkankrieg überrascht wurde, oder ob sie hievon früher Kenntnis hatte, ist mir unbekannt.

In seinem im Jahre 1919 erschienenen Buch: „Kriegsursachen etc." führt Dr. M. Bogičević, ehemaliger serbischer Geschäftsträger in Berlin, an, daß Österreich-Ungarn „durch Zahlung hohen Entgeltes serbischerseits Kenntnis vom Inhalt des Vertrages erhalten haben soll"*).

Voll eingeweiht in den Vertrag war jedoch Rußland, und zwar durch die Vertragschließenden selbst, die den Zaren zum Schiedsrichter in strittigen Fragen gewählt hatten**).

Diese neue Komplikation zwang die Pforte zum Abschluß des Tripoliskrieges. Sie brach die schon im Zuge befindlichen Verhandlungen in Ouchy (Schweiz) ab und unterzeichnete am 18. Oktober 1912 den Frieden von Lausanne, in dem sie Tripolis — abgesehen von einigen gegenstandslosen Formalitäten — gänzlich Italien überließ.

Italien hatte seinen Raub vollzogen, alle Großmächte sanktionierten ihn.

Der inoffizielle Kleinkrieg dauerte in Tripolis, oder wie es von nun ab hieß, „Libyen", allerdings noch fort.

Rasch vollzogen sich nun die Ereignisse am Balkan.

Am 30. September mobilisierten die Balkanstaaten. Am 8. Oktober erfolgten im Namen aller Großmächte durch Österreich-Ungarn und auch

---

*) Betrifft den bulgarisch-serbischen Vertrag vom 29. Feber 1912, der auf den Krieg gegen die Türkei abzielte.

**) Im Juni 1912 — also nach Abschluß des Vertrages — war König Ferdinand von Bulgarien zu Besuch in Wien und in Berlin. Ob er dort auf den Vertrag zu sprechen kam oder nicht, ist mir unbekannt.

durch das voll eingeweihte Rußland diplomatische Vorstellungen in Belgrad, Cetinje, Sofia und Athen. An die Pforte erging am 10. Oktober eine gemeinsame Note *aller* Großmächte, in der sie den Krieg verwarfen, Reformen verlangten und *erklärten, keine Gebietsänderung am Balkan zuzulassen*, wie immer der Krieg auch enden möge.

Dieser ganze diplomatische Aufwand zerfiel in Nichts, da König Nikita von *Montenegro* am 8. Oktober, kurz vor Eintreffen der Erklärung der Großmächte, *den Krieg eröffnet* hatte, sei es, um ihn unbedingt in Fluß zu bringen, sei es, wie damals behauptet wurde, wegen eines finanziellen Geschäftes.

Bulgarien, Serbien und Griechenland gaben auf die gemeinsame Note Österreich-Ungarns und Rußlands überhaupt keine Antwort und richteten am 13. Oktober ein *Ultimatum an die Pforte*, in dem sie forderten:

Ernennung eines belgischen oder schweizerischen Statthalters in den gemischten Vilajets*), Berufung von Provinzial-Landtagen, Vertretung der Christen im Parlament, Gleichstellung der christlichen und mohammedanischen Schulen, Überwachung dieser Reformen durch die Großmächte *und die vier Balkanstaaten***).

Die Türkei gab auf diese, ihre Souveränität völlig vernichtenden Forderungen keine Antwort und stellte am 17. Oktober 1912 dem serbischen und dem bulgarischen Gesandten die Pässe zu. Ihr Versuch, sich in der Kretafrage mit Griechenland zu einigen, scheiterte, da Venizelos bereits am 14. Oktober in Athen die Vereinigung der kretensischen mit der griechischen Kammer und damit Kretas Abfall vom Osmanischen Reich ausgesprochen hatte.

Am 17. Oktober 1912 abends erklärten Serbien, Bulgarien und Griechenland den Krieg an die Türkei, die jetzt — wie schon früher erwähnt — mit Italien den Frieden von Lausanne schloß, um am Balkan freie Hand zu bekommen.

Energisch traten die Balkanstaaten in die kriegerische Aktion. Von Montenegro abgesehen, das Skutari nicht zu nehmen vermochte, waren schon ihre ersten Erfolge sehr bedeutend, ihre Überlegenheit ausgesprochen. Wohl kam für diese Überlegenheit in Betracht, daß die Türkei ihre Wehrmacht jahrelang vernachlässigt und in Verkennung der hereinbrechenden Gefahr Reservisten in großer Zahl entlassen hatte.

---

*) Das ist in den nicht rein mohammedanischen.

**) Man vergleiche damit das so angefeindete ö.-u. Ultimatum vom Jahre 1914, das die auf das brutalste herausgeforderte Monarchie an Serbien gerichtet hatte.

Aber vor allem war es das rücksichtslose, zielbewußte Vorgehen der Balkanstaaten, das deren Erfolge schuf.

Am 23. und 24. Oktober siegten die Bulgaren bei Kirk-Kilisse, an denselben Tagen die Serben bei Kumanovo, nachdem sie am 22. Priština, am 23. Novipazar genommen hatten. Die Griechen nahmen am 19. Oktober Elassona, am 22. Serandoporos, am 27. Oktober Selfidže, von wo die Türken nach Salonik wichen.

Es war unverkennbar, daß eine gänzliche Umwälzung am Balkan im Werden stand, daß Österreich-Ungarns Interessen schwer, ja vital betroffen wurden und daß der Moment verlangte, einen großen Entschluß zu fassen, umsomehr, als sich anläßlich der albanesischen Frage auch Italiens Gegnerschaft enthüllte.

Mit Serbien oder gegen Serbien stand die Frage!

Entweder war die Konsequenz aus der Feindschaft Serbiens zu ziehen, oder in letzter Stunde der Anschluß an den Balkanbund zu suchen, die Führung am Balkan zu übernehmen. Mochte die Erreichung dieses Anschlusses auch kaum erreichbar erscheinen, eines Versuches war sie wert. Schlug er fehl, dann blieb die Möglichkeit des anderen Weges noch immer offen. Schließlich waren die Balkanstaaten ihres Enderfolges doch noch nicht sicher und mußten mit dem Eingreifen Österreich-Ungarns, Rumäniens, selbst auch Italiens gegen sie rechnen. Für Serbien konnte hierin die Veranlassung liegen, sich endlich doch noch einer Politik des Zusammenschlusses mit Österreich-Ungarn zuzuwenden.

Für alle Fälle aber war zur Zeit des kriegerischen Engagements der Balkanstaaten gegen die Türkei die Bahn frei, um mit Italien abzurechnen.

Nur zuzusehen und nichts zu tun war das Gefährlichste.

Dieser Gedanke und die große Sorge um die Zukunft Österreich-Ungarns, die ich schwer bedroht sah, beschäftigten mich unablässig.

In dem Bemühen, mir in dem Wirrsal der Möglichkeiten über eine bestimmte Richtlinie für das eigene Handeln klar zu werden und angeregt durch die schon im Früheren erwähnte, rein private Konversation mit Graf Berchtold gelegentlich des Diners bei Baron Chlumecky, schrieb ich für mich einen Essay über die momentane Lage nieder, den ich nachstehend folgen lasse:

„Über die momentane Lage der Monarchie und deren nächste politische Richtung.

Wien, am 28. Oktober 1912.

Der Krieg der Balkanstaaten gegen die Türkei ist allerdings noch nicht beendet, das Dazwischentreten anderer Staaten immerhin noch möglich und damit ein Umschwung oder eine Eindämmung des jetzigen

Ganges der Ereignisse nicht ausgeschlossen. Soweit es sich jedoch nach den bisherigen Geschehnissen beurteilen läßt, dürfte aber das schließliche Resultat die Niederwerfung oder gründliche Zurückdrängung der Türkei sein; es ist daher berechtigt, diesen so wahrscheinlichen Ausgang der Dinge zur Basis für weitere Schlüsse zu nehmen. Unter dieser Voraussetzung ist das Nachfolgende geschrieben.

Bei meiner Ernennung zum Chef des Generalstabes im Herbst 1906 hatte ich es als unerläßlich bezeichnet, daß äußere und innere Politik einerseits, Heeresentwicklung und konkrete Kriegsvorbereitungen anderseits Hand in Hand gehen müssen, weil sie in den innigsten Beziehungen stehen, sich geradezu gegenseitig bestimmen.

Ich habe daher auch stets die Fragen der äußeren Politik in meinen Pflichtenkreis gezogen und schon damals meine Ansicht dahin präzisiert, daß die Lösung des Balkanproblems die wichtigste Frage für die Monarchie ist.

In diesem Sinne habe ich die Annexion Bosniens und Herzegowinas, sowie die Einverleibung Serbiens als nächstes Ziel hingestellt und die vorherige Niederwerfung Italiens als voraussichtlichen Gegners ins Auge gefaßt. Als nun die Annexionskrise 1908 die Frage ins Rollen brachte, habe ich zur sofortigen Besitznahme Serbiens geraten und mit allen Mitteln die hiezu erforderlichen Vorbereitungen zu realisieren getrachtet.

Derart war im Frühjahr 1909 alles vorgesorgt und zudem die politische Gesamtlage dem Unternehmen günstig.

Im letzten Moment wurde ich jedoch im Rate überstimmt, und es waren insbesondere der Minister des Äußern und der Kriegsminister, welche von der Aktion abrieten.

Diese unterblieb, und was ich damals vorausgesehen und vorausgesagt habe, ist nunmehr eingetreten; die Balkanstaaten haben selbst die Lösung dieser Frage übernommen und führen sie anscheinend mit vollem Erfolg durch.

Der status quo, den ich immer als Nonsens bekämpft habe, den aber Graf Ährenthal stets als Basis seiner Politik voraussetzte, ist gebrochen, und es fällt wohl keinem vernünftigen Menschen ein, an dessen Wiederherstellung zu glauben.

Mit diesem fait accompli muß somit gerechnet werden, das heißt, die siegreichen Balkanstaaten werden das gewonnene Territorium unter sich teilen und einen Bund schließen, der sie zu einer nicht zu übersehenden Großmacht gestaltet.

Inwieweit die übrigen Mächte dagegen Einspruch erheben und inwieweit diese Einsprache Erfolg haben wird, läßt sich dermalen nicht absehen.

Daher läßt sich dermalen auch nicht ein bestimmter Weg angeben, an welchem die Monarchie starr festzuhalten hätte, sondern es wird darauf ankommen, auf dem zu gewärtigenden Kongreß einen sehr gewandten Vertreter zu haben, der unter zielbewußter und geschickter Ausnützung der Konstellation die möglichsten Vorteile für die Monarchie sicherstellt.

Dies enthebt jedoch nicht von der Pflicht, sich schon beizeiten über die möglichen Ziele und über die großen Richtlinien ins klare zu kommen, von welchen man sich hiebei wird leiten lassen müssen.

Ich bin der Ansicht, daß man dabei nur große, weitreichende Gesichtspunkte ins Auge fassen und nicht sich von dem bloßen Streben leiten lassen darf, an der Beute auch noch wenigstens einen kleinen Anteil zu haben, lediglich damit es nicht heiße, man sei leer ausgegangen.

Als solcher großer Gesichtspunkt erscheint mir folgendes:

Die Monarchie tritt dem Balkanbund bei;

die kleinen Balkanstaaten treten in das Verhältnis wie Bayern im Deutschen Reich.

Sollte dies nicht erreichbar sein, so müßte mindestens in folgendem Gemeinsamkeit bestehen:

ein einziges Zoll- und Handelsgebiet;

Lösung aller gemeinsamen Fragen im Bundesrat, zu welchem jeder Staat seinen Minister des Äußern, seinen Kriegsminister, seinen Chef des Generalstabes und seinen Finanzminister delegiert.

Als gemeinsame Fragen wären zu behandeln:

Äußere Politik;

Kriegsvorbereitungen in großen Zügen;

Heeresentwicklung und Organisation im großen (jeder Staat wäre im Detail selbständig);

Finanzpolitik (gemeinsames Münzwesen);

Handels- und Verkehrspolitik.

Wäre es möglich, als Bundesherrn den Kaiser von Österreich durchzusetzen, so wäre dies ein anstrebenswerter Erfolg, wenn nicht, so würde eben nur der Bundesrat als gemeinsames leitendes Organ fungieren.

In dieser allgemein gehaltenen Denkschrift erscheint ein Eingehen auf weitere Details nicht opportun.

Dieses Bundesverhältnis würde also von den Balkanstaaten zunächst Serbien, Bulgarien, Montenegro, Griechenland umfassen; es bleiben noch Rumänien und Albanien.

Rumänien wäre zum Beitritt zum Bund einzuladen.

Albanien wäre autonom zu machen, jedoch unter direktem österreichischen Protektorat; hierauf soll später noch eingegangen werden.

Wenn diese oben dargelegte große Richtlinie für die nächste Politik der Monarchie auf den ersten Blick auch befremden mag, so ergibt doch eine nähere Betrachtung, daß sie unter den nunmehr eingetretenen Umständen und nach den nicht mehr einzubringenden Versäumnissen die immerhin zweckmäßigste ist. Einzelne Streiflichter sollen dies zeigen.

Die Monarchie, deren Bevölkerung zu fast Zweidritteln aus Slawen besteht, kann umsoweniger eine antislawische Politik betreiben, als die Slawen ein zweifellos im Aufblühen begriffener Völkerstamm sind. Sie kann sich also schon aus diesen innerpolitischen Gründen den slawischen Balkanstaaten nicht gerade in jenem Momente gegenüberstellen, in welchem diese sich ihre Machtstellung im Kampfe errungen haben.

Durch die im Vorstehenden vorgeschlagene Politik werden jedoch gerade die Slawen der Monarchie für letztere gewonnen und es werden diese Slawen sowie jene des Balkans von Rußland politisch losgelöst, womit ein außerordentlich großer außenpolitischer Vorteil errungen wäre. Hat die Monarchie dadurch die Interessen der Balkanstaaten mit ihren eigenen verknüpft, ist sie also gegen ein feindliches Eingreifen derselben gesichert, dann kann sie um so eher ihrem Auftreten gegen die sonstigen Gegner, als: Rußland oder Italien kriegerischen Nachdruck verleihen. Zu dem kommt, daß Rußland kaum sich feindselig gegen die mit den Balkanstaaten verbündete Monarchie stellen dürfte, weil es damit seine ganze bisherige, wenigstens zur Schau getragene Richtung verleugnen und alle Sympathien der Süd- und Westslawen verlieren würde.

Ist die Monarchie aber dieser Staaten und ihrer eigenen Slawen dadurch sicher, so kann sie es auf einen Krieg gegen Rußland oder Italien ankommen lassen, beziehungsweise gestützt auf diese Möglichkeit, ihren Willen diesen Staaten gegenüber durchsetzen.

In Bosnien-Herzegowina stehen momentan 69 Bataillone, welche durch Serbien und Montenegro dermalen gebunden sind, diese Kräfte werden vor allem frei, wenn der freundschaftliche Fuß, beziehungsweise der Bund mit diesen Staaten hergestellt ist; außer diesen Kräften aber auch noch alle jene, welche bereit gehalten werden müßten, soferne man der genannten Staaten im Falle einer Verwicklung mit Rußland oder Italien nicht sicher wäre.

Durch diese freiwerdenden Kräfte erhöht sich also bedeutend die Schlagbereitschaft gegen die genannten beiden Großstaaten.

Es spricht also auch die militärische Lage für die eingangs vorgeschlagene Politik.

Im Gegenfalle könnte es zu einer Situation kommen, in welcher die Monarchie sowohl Rußland als Italien, wie die Balkanstaaten (mindestens Serbien und Montenegro) gegen sich hat, *eine Situation, welcher*

die militärischen Kräfte der Monarchie nunmehr, da man die Balkanstaaten sich selbständig entwickeln ließ, nicht gewachsen wären.

Die unmittelbare räumliche Angrenzung der Monarchie an die Balkanstaaten ist ein geographischer Vorteil, welcher keinem anderen Großstaat zukommt; dieser Vorteil muß ausgenützt werden durch den vollen Interessenzusammenschluß. Im Falle des letzteren repräsentiert dieser Staatenbund eine Macht, welche es ruhig mit eventuellen Gegnern aufnehmen kann.

In dieser Machtstellung fänden auch die Balkanstaaten jene großen Vorteile, welche es wahrscheinlich erscheinen lassen, daß die Idee dieses Bundes bei ihnen Eingang und Zustimmung finden wird.

Läßt man Serbien und Montenegro sich außerhalb des Anschlusses an die Monarchie weiter selbständig entwickeln, dann besteht die große Gefahr, daß sich diese Staaten bei kriegerischen Verwicklungen der Monarchie der südslawischen Gebiete der letzteren bemächtigen, womit vor allem der so wichtige Küstenbesitz in Frage stünde.

An diesen Küstenbesitz sind aber das Emporblühen des Seehandels und die Entwicklung einer diesen schützenden, achtunggebietenden Kriegsmarine gebunden.

Es weisen also auch die maritimen Rücksichten auf die eingangs vorgeschlagene Politik.

Welcher große Vorteil dem Handel, der Industrie, dem Verkehr aus diesem Zusammenschluß erwachsen würde, bedarf kaum einer eingehenden Begründung; kleinliche agrarische Interessen können da wohl nicht in Betracht kommen.

Es steht zu hoffen, daß durch den großen Zug einer solchen Entwicklung von Verkehr, Industrie und Handel die Geister endlich von dem kleinlichen Hader abgelenkt werden, welcher dermalen die besten Kräfte der Monarchie lahmlegt.

Sollten sich aber kleinliche Sonderinteressen der Richtung dieser Politik entgegenstellen, so muß endlich die Macht der Zentralgewalt mit aller Energie dagegen einsetzen.

Wird diese Zentralgewalt in einer Weise geübt, daß sie allen für die Monarchie bedeutungsvollen Nationen zu ihrem Rechte verhilft, dann wird es ihr auch nicht an dem Rückhalt, der nötigen Macht fehlen.

Ich denke hiebei vor allem an die Selbständigstellung Kroatiens und Slawoniens und die Befriedigung der Ruthenen bei schärfstem, rücksichtslosestem Vorgehen gegen alle moskalophilen Tendenzen, ferner an die fürsorgliche Pflege der loyalen südtirolischen und friaulischen Bevölkerung bei schonunglosem Einschreiten gegen den Irredentismus.

Nach diesen Streiflichtern sei jetzt auf zwei Fragen eingegangen, welche sich unwillkürlich stellen:

1. Werden die Balkanstaaten auf diesen Bundesanschluß eingehen?

2. Werden die Großmächte diesen Bund akzeptieren?

In erster Hinsicht habe ich schon im Vorstehenden die Vorteile angedeutet, welche den Balkanstaaten aus dem Zusammenschluß mit der Monarchie durch die große Macht erwachsen, welche diesem Bund im Völkerkonzerte zukäme und welche ihnen auch am sichersten ihr ungefährdetes Weiterblühen garantieren würde. Aber auch in aller anderen Hinsicht würde ihnen ihr wirtschaftlicher Anschluß an die Monarchie bei der geographischen Nähe der letzteren, bei dem Zug der Verkehrswege, bei den ethnographischen Zusammenhängen ganz bedeutende Vorteile gewähren, während all dies mehr oder weniger gefährdet wäre, falls sie immer damit rechnen müßten, unter Umständen die Monarchie zum Gegner zu haben. Kurz gefaßt, wäre das politische Verhältnis so:

Durch ihre geographische Lage schützt die Monarchie die Balkanstaaten, durch den Bund mit diesen bekommt sie die Macht, diesen Schutz auch ausreichend zu gestalten.

So fänden beide Teile ihren Vorteil.

Was nun die zweite Frage anlangt, nämlich den Einspruch der Großmächte, so ist es zweifellos, daß diese den Zusammenschluß der Monarchie mit den Balkanstaaten sehr scheel ansehen würden (ein Grund mehr, ihn zu realisieren); aber ich glaube kaum, daß irgend eine Macht diesem Zusammenschluß kriegerisch entgegentreten würde.

Rußland, wenn es die Balkanstaaten gegen sich hat und nicht durch Italien kriegerisch unterstützt würde, hätte keine besondere Chance gegen die mit Rumänien verbündete Monarchie. Greift aber Italien gleichfalls gegen letztere ein, dann müßte Deutschland, der Dreibundpflicht gemäß, auf Seite der Monarchie treten. Es ist kaum wahrscheinlich, daß Rußland eine solche Konstellation riskieren würde. Überdies spricht in Rußland noch folgendes mit:

Dynastie und alle Würdenträger, deren Existenz von dieser abhängt, dann ein großer Teil der besitzenden Klasse sind dem Krieg abhold, weil sie die Revolution und damit den Verlust ihrer Existenz fürchten.

Zum Krieg drängen die ultramoskalophilen, dann die panslawistischen Kreise, welche die Ausbreitung Rußlands zum Ziele haben, ferner die sozialistisch-revolutionäre Partei, welche sich eine Besserung der innerpolitischen Verhältnisse, und die polnische Partei, welche sich Befreiung vom Russentum erhofft. Diese im Innern wühlenden und im Kriegsfall ans Tageslicht tretenden Kräfte schaffen für Rußland keine günstigen Vorbedingungen für die Führung eines Krieges.

I t a l i e n hat zwar momentan den Vorteil einer mobilisierten kriegsgeübten Flotte, die Kaders seines Landheeres sind durch den tripolitanischen Krieg aber zweifellos derart in Mitleidenschaft gezogen, daß für eine rasche Kriegsbereitschaft die Bedingungen dermalen nicht günstig liegen — daher auch Italiens momentane Liebenswürdigkeit gegen die Monarchie. Allerdings kommt Italien an den Grenzen der Monarchie ein sehr weitgehend ausgebautes System permanenter Befestigungen zustatten, welches den Angriffskrieg gegen diesen Staat um so schwieriger gestaltet, je mehr es dank den nicht zu leugnenden, von mir durch fünf Jahre fast erfolglos bekämpften Versäumnissen diesseits an den erforderlichen Angriffsmitteln fehlt. Trotzdem ist es kaum wahrscheinlich, daß Italien dermalen einen Krieg gegen die Monarchie provozieren dürfte, wenn diese die Balkanstaaten auf ihrer Seite hat und nicht auch von Rußland angegriffen wird.

Immerhin liegt in der Möglichkeit eines g l e i c h z e i t i g e n kriegerischen Auftretens Italiens und Rußlands gegen die Monarchie dermalen die größte Gefahr, und erwächst daher der Diplomatie vor allem die Aufgabe, ein solches Doppelengagement zu verhüten, sei es, daß Italien, oder sei es, was vorteilhafter wäre, daß Rußland in Schach gehalten, beziehungsweise zur Neutralität veranlaßt würde.

F r a n k r e i c h. Ich bin zwar hinsichtlich Frankreichs sehr wenig orientiert, glaube es jedoch dermalen derart finanziell engagiert, und zwar ganz besonders auch in Rußland, daß ihm ein Krieg nicht sehr willkommen wäre. Die unablässigen Friedensbemühungen seiner leitenden Kreise scheinen diese Stimmung zu verraten.

D e u t s c h l a n d dürfte infolge der Niederlage der Türkei zwar manchen Traum schwinden sehen und dürfte daher auch über den Zusammenschluß der Monarchie mit den Balkanstaaten zu einer großen Balkanmacht nicht sehr erfreut sein, aber die allgemeine Lage läßt es für Deutschland kaum rätlich erscheinen, sich feindlich gegen die Monarchie zu stellen, wenn diese das ganze West- und Südslawentum, sowie die Polen für sich hat. Auch wäre es für Deutschland eine Gefahr, Rußland größer und mächtiger werden zu lassen.

E n g l a n d. Wie sich England zu der hier vorgeschlagenen Politik der Monarchie stellen würde, ist schwer zu entscheiden. Daß ihm die Entstehung eines neuen mächtigen Konkurrenten im östlichen Mittelmeer unbequem wäre, steht wohl außer Frage, aber es vermöchte dagegen doch nur seine maritime Kraft einzusetzen; ob es dies aber mit Rücksicht auf die stets gefürchtete Bedrohung seitens Deutschlands tun wird, ist fraglich. Wenn ja, so würde es dazu greifen, ob nun die Monarchie den

Bund mit den Balkanstaaten schließt oder nicht. Es hätte die Monarchie also gar nichts gewonnen, wenn sie sich Englands wegen abhalten ließe, dem Bund beizutreten, sondern sie würde nur die damit verknüpften Vorteile einbüßen.

Rumänien. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Rumänien dem Anwachsen Bulgariens sehr mißgünstig gegenübersteht, sowie daß es auch territoriale Ansprüche an Bulgarien geltend macht. Ob Rumänien darin so weit gehen wird, daß es sich jetzt kriegerisch gegen Bulgarien wendet, ist bei den fortwährenden Niederlagen der Türkei und bei der Gefährdung durch Rußland kaum anzunehmen. Jedenfalls müßte Rumänien diesen Schritt sofort unternehmen und nicht erst abwarten, bis die Türkei einen neuen Echec erlitten hat. Rumäniens Haltung muß sich also sehr bald deklarieren. Bei nüchterner Erwägung fände Rumänien im Beitritt zum Bund die beste Gewähr für sein wirtschaftliches und staatliches Gedeihen. Der Anschluß Rumäniens wäre aber auch für die Monarchie von besonderem Vorteil, insbesondere wenn es dadurch gelänge, Rumänien dauernd in Gegnerschaft zu Rußland zu erhalten, dem es ja doch gerne Bessarabien abnehmen möchte.

Nicht zu leugnen ist die Gefahr, welche darin liegt, daß sich der blühende Staat Rumänien gerade als Nachbar Siebenbürgens entwickelt, welches so zahlreich von Rumänen bewohnt ist, daß stets die Sorge eines endlichen Zusammenschlusses der ungarländischen Rumänen mit denen des Königreiches besteht. Aber ich glaube, daß sich dieser nun einmal nicht wegzuleugnenden Gefahr eines Verlustes der rumänischen Gebiete viel eher vorbeugen läßt, wenn man es erreicht, daß sich Rumänien an die Monarchie anschließt, als wenn man es außerhalb der letzteren als unablässigen Attraktionsherd bestehen läßt, nachdem man schon im Jahre 1854/55 versäumt hat, diese Gebiete der Monarchie einzuverleiben.

Voraussicht ist in dieser Beziehung besonders geboten, da Rußland in Rumänien eine Partei unterstützt, welche den Anschluß der ungarländischen Rumänen an das Königreich zum Ziele hat.

Albanien. Es ist kaum anzunehmen, daß die vier kriegführenden Balkanstaaten ihre kriegerischen Unternehmungen auch auf ganz Albanien erstrecken und die Aufteilung dieses Gebietes anstreben werden. Albanien, räumlich ganz von der Türkei losgelöst, wird dadurch zu einem eigenen staatlichen Gebiet. Diese Autonomie Albaniens wäre unbedingt zu stützen, aber unter der Bedingung der Annahme eines ö.-u. Protektorates, etwa in der Art wie Ägypten unter England.

Gründe für diese Festsetzung in Albanien.

Nachdem die Monarchie schon den direkten Weg ans Ägäische Meer in andere Hände übergehen ließ, ist es geboten, ihren Küstenbesitz wenigstens in der Adria zu vergrößern und insbesondere die Bucht von Valona in ihre Hände zu bekommen, um, gestützt hierauf, ihre Seemacht entwickeln und zur Geltung bringen zu können.

Albanien unter dem direkten Einfluß der Monarchie bildet ein wertvolles Gewicht den anderen Balkanstaaten gegenüber, falls es mit diesen zu Differenzen kommen sollte. Dieses Gewicht ergibt sich ebensowohl aus der geographischen Lage im Rücken Serbiens und Montenegros, falls diese in Konflikt mit der Monarchie geraten, wie aus der Zahl und Eigenart der Bevölkerung, beziehungsweise der Stärke der aus letzterer zu bildenden Wehrmacht.

Albanien im Einfluß der Monarchie schließt jeden andern Einfluß, insbesondere jenen Italiens aus.

Albanien in derartigem Anschluß an die Monarchie wird ein fruchtbringendes Handels- und Verkehrsgebiet für diese.

Aussichten für die Realisierung dieses Anschlusses.

Die Albanesen, eine autochthone Rasse für sich, eingekeilt zwischen Slawen und Griechen, sind auf den Schutz einer Großmacht geradezu angewiesen und sind von früher her gewohnt, als solche Österreich-Ungarn zu betrachten. Es kann und muß daher angestrebt werden, daß die Bitte um diesen Anschluß von albanesischer Seite selbst erfolgt. Ist dies aber der Fall, dann fehlt den Großmächten die Handhabe, sich gegen diesen Anschluß zu stellen.

Ausführbarkeit dieses Projekts.

Erfolgt, wie oben vorausgesetzt, die Bitte um dieses Protektorat von albanesischer Seite, hat die Monarchie also nicht zu besorgen, bei der Durchführung auf Widerstand zu stoßen, so erschiene für letztere folgender Vorgang geboten:

Militärische Besetzung;

Einrichtung der autonomen Verwaltung;

sukzessive Organisierung der nationalen albanesischen Wehrmacht — anfänglich im Schützenvereinswesen etc.;

Bau von Kommunikationen.

Anzustreben, beziehungsweise als Mitbedingung zu stellen wäre die Erklärung Valonas als ö.-u. Kriegshafen; diesfalls müßten dann dessen Befestigung und Einrichtung erfolgen.

Was nun die militärische Besetzung anlangt, so wären nach grober Schätzung, und zwar unter der Voraussetzung widerstandslosen Ein-

marsches, mindestens drei Divisionen erforderlich, das ist je eine für Nord-, Mittel- und Südalbanien:

(Nord: Alessio, Ipek, Prizrend);

(Mittel: Durazzo, Elbassan, Ochrida);

(Süd: Valona, Argyrokastron, Janina);

(Korpskommando: Elbassan).

Diese Kraft würde etwa 45 Bataillone betragen; bedenkt man nun, daß in Bosnien-Herzegowina-Dalmatien mit Rücksicht auf Serbien und Montenegro 69 Bataillone gebunden sind, so ergäbe dies zusammen 141 Bataillone, das ist nahezu der fünfte Teil der Gesamtzahl der Bataillone der Fußtruppen, was einen sehr empfindlichen Ausfall aus der Operationsarmee bedeutet, die für einen großen Krieg (Rußland oder Italien) in Betracht kommt.

Auch dieser Umstand weist darauf hin, den Anschluß an die Balkanstaaten zu suchen, um die jetzt in Bosnien-Herzegowina-Dalmatien gebundenen Kräfte für die Besetzung Albaniens frei zu bekommen. Könnte man aus Bosnien-Herzegowina-Dalmatien zwei volle Divisionen von den dort befindlichen vier entnehmen, so würde es noch einer Division aus dem übrigen Gebiet der Monarchie bedürfen.

Es soll hier übergangen werden, daß in späterer Folge ein eigenes Besatzungskorps, verstärkt durch die einheimischen Truppen, zu formieren und daher die große Ordre de bataille der Armee wieder in ihrer normalen Zusammensetzung herzustellen wäre; für die erste Besetzung erübrigt jedoch nur der oben geschilderte Vorgang und müßten auch für diesen die Vorbereitungen sofort in Angriff genommen werden.

Eine äußerst wesentliche Frage bildet jene nach der Verbindung Albaniens mit der Monarchie. Keinesfalls dürfte diese auf den Seeweg allein beschränkt bleiben, sondern es wäre die Landverbindung ebensowohl von Süddalmatien über Antivari, als durch das Limtal und durch Serbien vertragsmäßig zu sichern (Bahnbauten).

Würde für die hier vorgeschlagene Richtung in der Balkanpolitik entschieden werden, so hätten die Vereinbarungen hiezu schon jetzt, und zwar direkt mit den Regierungen der Balkanstaaten, also mit geflissentlichem Ausschluß der Großmächte zu erfolgen, um diese vor ein fait accompli zu stellen. Sie wären beim König von Bulgarien zu beginnen, dann bei jenem von Montenegro, endlich bei jenem von Serbien und Griechenland fortzusetzen.

Sollte jedoch dieser Anschluß der Monarchie an den Balkanbund von den Balkanstaaten entschieden abgelehnt werden, dann hätte die Monarchie wenigstens ihre Aspirationen auf Albanien zu realisieren und sich auf dem übrigen Gebiet zunächst nur Handels- und Verkehrsvorteile

zu sichern, um erst bei seinerzeitiger günstigerer Gelegenheit größere Ziele zu verfolgen.

Ich möchte noch der Möglichkeit gedenken, daß in dem jetzigen Krieg, sei es mit oder ohne Eingreifen Rumäniens, ein Umschwung zu Gunsten der Türkei eintritt.

In diesem Falle müßte die Monarchie sofort zulangen und zum Schutze Serbiens und Montenegros aktiv eingreifen, um dann aber diese Gebiete in irgend einer Form sich anzugliedern und dadurch die südslawische Frage zu lösen, deren große Gefahr eben darin besteht, daß ein Teil der Südslawen im Gebiet der Monarchie, der andere in den angrenzenden souveränen Königreichen lebt.

Grundzug unserer Politik muß bleiben, daß es darauf ankommt, die außerhalb der Monarchie liegenden (serbisch-montenegrinischen) Gebiete der Monarchie anzugliedern; geht es nicht in der Form einer Einverleibung, so muß es mindestens in einem Bundesverhältnis angestrebt werden. Je nachdem sich Gelegenheit hiezu bietet, muß dieselbe in der einen oder in der anderen Weise ausgenützt werden.

Am Schlusse meiner obigen Darlegungen möchte ich nur resumieren, daß in der jetzigen Lage der Monarchie ganz spezielles militärisches Vordenken und ganz spezielle militärische Vorbereitungen notwendig sind, wenn man nicht Überraschungen oder Versäumnisse erleben will.

Mehr wie je müssen jetzt äußere Politik und militärische Maßnahmen Hand in Hand gehen.

Ich will jedoch ohneweiters annehmen, daß es hieran nicht fehlt."

Nach einigen Tagen entschloß ich mich, diesen Essay an Exzellenz Baron Bolfras, an Oberst Dr. von Bardolff und, mit Rücksicht auf die vorangeführte Besprechung, auch an Graf Berchtold zu senden. Zur Charakterisierung des Verhältnisses, unter dem dies geschah, führe ich die begleitenden Briefe an die beiden militärischen Stellen wörtlich an:

An Exzellenz Baron Bolfras.

„Wien, 1. November 1912.

Euer Exzellenz!

Ich bitte zu verzeihen, wenn ich als Abseitsstehender diese Zeilen an E. E. richte; aber den epochalen Ereignissen, welche sich jetzt vollziehen, vermag wohl kein Patriot teilnahmslos gegenüberzustehen.

Ich erlasse es mir, länger auszuführen, wie bitter ich darunter leide, daß man im Jahre 1909 meinen dringenden Rat unbeachtet gelassen hat und die bereits gründlich vorbereitete Aktion im letzten Momente fallen ließ.

Über meinen hochmütigen Gegner Ährenthal sind sich die Menschen — glaube ich — jetzt klar, ich hätte ihm ein längeres Leben gewünscht.

Aber Rekriminationen nützen nichts, und man muß mit der neuen Lage der Dinge rechnen, die allerdings für die Monarchie keine erhebende ist.

Tag und Nacht mit diesem Gedanken beschäftigt, habe ich in der beiliegenden Denkschrift (oder wie man es nennen will) meine Ansicht niedergelegt, und ich bitte E. E., zu gestatten, daß ich diese Arbeit eines lediglichen Zeitungslesers unterbreite.

Es ist mir eine Art Beruhigung, E. E. in diesem Moment meine Anschauungen vortragen zu dürfen.

Ich glaube, daß die Monarchie jetzt wieder vor einem Wendepunkt steht, über welchen nur große Beschlüsse gedeihlich hinüberhelfen können.

Genehmigen etc. etc. . . . . .“

An Oberst Dr. von Bardolff.

„Wien, 2. November 1912.

Lieber Bardolff!

Ich habe in der jetzigen schweren, durch die Versäumnisse des Jahres 1909 geschaffenen Zeit nicht umhin können, mir klarzulegen, wie ich die Lage auffasse und welches die Schritte wären, welche die Monarchie zu unternehmen hätte.

Ich habe dies schriftlich niedergelegt und je ein Exemplar dem Grafen Berchtold und Exzellenz Bolfras eingehändigt.

Ich übersende anliegend ein Exemplar an Dich mit der Bitte, es — falls Seine Kaiserliche Hoheit darauf reflektieren sollte — Höchstdemselben zu übergeben.

Es sind lediglich die Anschauungen eines abseits stehenden Zeitungslesers.

Mit herzlichem Gruß etc. . . . . . .“

Indessen gingen unaufhaltsam die Ereignisse am Balkan weiter.

Die Bulgaren schlugen in der Zeit vom 28. bis 31. Oktober die Türken bei Lüle-Burgas, zernierten Adrianopel und dirigierten, wohl um als erste in Salonik zu erscheinen, die Kolonne Todorow nach Mazedonien. Die Serben besetzten am 28. Oktober Mitrovica, am 31. Oktober Prizren, während eine in Albanien rasch vordringende Abteilung schon am 28. Oktober Durazzo an der Adria erreichte.

Damit war die albanesische Frage in eine neue Phase getreten, dies um so schärfer, als Serbien am 8. November durch seinen Wiener Gesandten (Jovanović) erklären ließ, es werde auf dem Besitz eines Adria-Hafens unbedingt bestehen.

Sowohl Österreich-Ungarn, als Italien sahen hierin eine Verletzung ihrer albanesischen Interessen.

Die Lage erhielt eine neue Komplikation, als die Pforte im Wege des Großveziers Kiamil Pascha am 4. November 1912 die Großmächte um Vermittlung bat, also ihre Ohnmacht deklarierte.

Die Monarchie sah nun die Türkei, auf die sie als Gegengewicht gegen Serbien und Montenegro doch noch gerechnet hatte, zusammengebrochen, Serbien, ihren hartnäckigsten und aggressivsten Gegner, im raschen Aufschwung, ihren Dreibundalliierten Italien zwar als Gegner der Balkanstaaten bezüglich Albaniens, aber gleichzeitig auch als scharfen Konkurrenten in diesem Gebiet; Rumänien aber, dessen sie im Kriegsfalle gegen Rußland dringend bedurfte, in den Balkanwirbel hineingezogen, daher nicht mehr gegen Rußland völlig frei.

Diese Situation zeigt deutlich, in welche Unklarheit und Unsicherheit die Führung der Politik in einem Staate gelangt, der ohne p o s i t i v e s Ziel, dem rechtzeitigen, entschlossenen Handeln ausweichend, vermeint, dem großen Zug der Ereignisse lediglich mit diplomatischen Ausflüchten und kurzfristigen Arrangements begegnen zu können.

Schwer war es bei dieser Lage und bei dem steten Wechsel der Geschehnisse, die Richtlinie für das eigene Handeln festzustellen.

Mir über die Konsequenzen dieser neuen Lage klar zu werden, schrieb ich nachfolgenden Zusatz zu meinem Essay vom 28. Oktober 1912.

„Z u s a t z

zu meinem Essay vom 28. Oktober 1912.

W i e n, am 8. November 1912.

In einer Denkschrift vom 28. Oktober l. J. habe ich meine Anschauungen über die politischen Ziele der Monarchie unter Zugrundelegung des d a m a l i g e n Standes der militärisch-politischen Lage auf dem Balkan zum Ausdruck gebracht.

Seither haben die Ereignisse im Sinne einer völligen Niederwerfung der Türkei ihren Fortgang genommen, aber es sind auch zwei weitere wichtige Momente hervorgetreten.

Das eine ist das Streben der Balkanbundesstaaten nach Aufteilung Albaniens mit Festsetzung Serbiens an der Adria, das zweite ist das Hervortreten der Aspirationen der Großmächte, und zwar auch im Hinblick auf den asiatischen Besitz der Türkei.

Die in meiner ersten Denkschrift dargelegte Idee eines bundesstaatlichen Zusammenschlusses der Balkanstaaten mit der Monarchie und

Rumänien, in welchem Zusammenschluß, wenn er erreicht worden wäre, ich den größten politischen Erfolg für die Monarchie erblickt hätte, scheint nicht aufgegriffen worden zu sein, da diesbezügliche Verhandlungen schon längst hätten einsetzen müssen; dagegen ist seither Serbien mit Aspirationen aufgetreten, welche es in Gegensatz zur Monarchie bringen, für welche die volle Einflußnahme auf ein autonomes Albanien Bedingung ist und die nie die serbische Festsetzung an der Adria zugeben könnte; auch sonst sind in Serbien Tendenzen aufgetaucht, welche geeignet erscheinen, die Interessen der Monarchie hintanzusetzen.

Serbien wäre daher klipp und klar vor die Wahl zu stellen, ob es freundschaftliche Beziehungen zur Monarchie ehrlich will, in welchem Falle es aber dann die Bedingungen hinsichtlich Albaniens, sowie die wirtschaftlichen Forderungen akzeptieren müßte, oder ob es auf die freundschaftlichen Beziehungen der Monarchie verzichtet, also sich den genannten Bedingungen nicht fügt.

Ersterenfalls würde sich alles konfliktslos lösen,

letzterenfalls müßte die Monarchie erklären, daß sie es sich vorbehält, ihren Willen zur Geltung zu bringen.

Damit spitzt sich die Frage für die Monarchie zu und sie muß mit der Möglichkeit kriegerischen Eingreifens rechnen.

Hätte sie hiebei nur den Balkanbund als Gegner, so stünde diesem Kriege nichts im Wege, insbesondere wenn Rumänien gleichfalls an ihrer Seite eingreifen würde. Tritt jedoch Rußland den Balkanstaaten zur Seite, so hätte die Führung dieses Doppelkrieges nur dann Chancen, wenn Deutschland an der Seite der Monarchie eingreifen und Italien entweder neutral bleiben oder sich an die Seite der Monarchie und Deutschlands stellen würde.

Allerdings will dabei bedacht sein, daß die rumänischen Kräfte, wenn Bulgarien in die Aktion tritt, durch die bulgarischen Kräfte gebunden, also nicht gegen Rußland verfügbar wären, so daß das russische VII. und VIII. Korps sich gleichfalls gegen die Monarchie wenden könnte.

Es kämen dann noch
10 serbische,
4 montenegrinische,
8 griechische, somit

22 Divisionen in Betracht, wenn sich tatsächlich der ganze Balkanbund mit Serbien solidarisch erklärt.

Würde auch ein Aufstand in Albanien, den man mit allen Mitteln fördern und durch ein reichlich mit Artillerie versehenes Landungskorps direkt unterstützen müßte, Teile dieser Kräfte, etwa 10 Divisionen (sechs

griechische, eine montenegrinische, drei serbische) abziehen, so blieben noch immer deren zwölf.

Da die Monarchie auf dem russischen Kriegsschauplatz wenigstens 40 Divisionen versammeln müßte, so würden für den Balkan nur deren acht erübrigen, welche den Kampf zu führen hätten, bis auf dem russischen Kriegsschauplatz die Entscheidung gefallen wäre.

Im obigen Kalkül sind absichtlich die Marschformationen weggelassen, da auch bei den Gegnern die Formationen dritter Linie nicht einbezogen sind.

Im großen ganzen ergeben diese Formationen ein Plus zu Gunsten der Monarchie.

Diese nur sehr im groben gemachte Gegeneinanderstellung ergibt immerhin, daß es erwünschter wäre, das Ziel gegenüber Serbien zu erreichen, ohne mit Rußland in Konflikt zu kommen; und der Weg hiezu ließe sich vielleicht finden. Würde nämlich die Monarchie die Freiheit der Dardanellen, selbst den Besitz des Bosporus Rußland zuerkennen, unter der Bedingung, daß letzteres der Monarchie freie Hand in Albanien (speziell den Besitz Valonas) läßt, so wäre hiedurch vielleicht die Frage zu lösen und dabei noch der Vorteil einzuheimsen, daß Rußland in Gegnerschaft zu England und in ein getrübtes Verhältnis zu Bulgarien geriete.

Hat man aber derart Rußland ausgeschaltet, so kann die Monarchie den Krieg gegen Serbien, beziehungsweise den Balkanbund ohneweiters führen, wenn Serbien bei dieser Lage der Dinge nicht ohnehin nachgeben würde.

Es kommt jetzt allerdings noch Italien in Betracht, und zwar dessen Haltung für den Fall einer Besitznahme Albaniens durch die Monarchie. Vielleicht wäre Italien durch Zugeständnisse im Ägäischen Meere oder im asiatischen Besitz der Türkei zu befriedigen.

Stellt sich jedoch Italien feindlich gegenüber, hat man aber Rußland durch das Dardanellenzugeständnis auf seiner Seite, so könnte man einen Doppelkrieg gegen Italien und den Balkanbund immerhin riskieren, wenn Rumänien Bulgarien bindet.

Rechnet man nur 36 Divisionen gegen Italien, so blieben 12 gegen den Balkanbund, also genügend Chance hinsichtlich des Zahlenverhältnisses, da Italien mit kaum mehr als 32 operativen Divisionen auftreten dürfte*).

---

*) Dieser Kalkül soll durchaus nicht die Scheidung der Kräfte für die Aufmarschgruppierung bedeuten, sondern nur ein allgemeines zahlenmäßiges Abwägen der Gesamtkraft.

Bei dem plötzlichen Aufschnellen des serbischen Chauvinismus wäre es für die Monarchie von großem Vorteil, Serbien eine empfindliche Schlappe beizubringen, vor allem wegen der Rückwirkung auf die Slawen, speziell die Südslawen im eigenen Gebiet, denen zu zeigen wäre, daß sie ihr Gedeihen doch nur innerhalb der Monarchie finden können. Allerdings wäre im Einklang damit dieses Gedeihen auch wirklich zu fördern und zu garantieren, was besonders hinsichtlich Kroatiens gilt, wo geradezu unhaltbare Zustände herrschen.

Die Interessen, für welche die Monarchie, wenn eine Garantie anders nicht erreichbar ist, zu den Waffen zu greifen hätte, wären also:

Autonomie Albaniens unter ö.-u. Protektorat;

ö.-u. Kriegshafen in Valona;

handels- und verkehrspolitische Vorrechte, welche im Detail von Fachmännern zu bestimmen wären.

Dabei wäre zu trachten, Rußland und Italien neutral zu erhalten, mindestens aber einen dieser beiden Staaten.

Sollten sich jedoch Rußland, Italien und der Balkanbund gemeinsam gegen die Monarchie erklären, dann wäre letztere diesem Krieg gegen drei Fronten, wenn sie außer Deutschland und Rumänien nicht noch vollwertige andere Alliierte bekommt, kaum gewachsen.

In diesem Falle würde ihr nur erübrigen, gar keine bindenden Verpflichtungen einzugehen, gar nicht zu paktieren, sondern sich ganz abseits zu stellen, aber den Moment abzuwarten, wo sie unter günstigeren Chancen ihr Ziel verfolgen kann, sich für diesen Moment vorzubereiten und gegebenenfalls energisch mit der größten Skrupellosigkeit und Rücksichtslosigkeit zuzugreifen.

Was nun das eingangs erwähnte neuaufgetauchte zweite Moment betrifft, nämlich die Aspirationen auf asiatische Gebietsteile der Türkei, so wäre ehestens eine Enquete maritimer, handelsverkehrs- und finanzpolitischer, sowie militärischer und diplomatischer (Konsular-)Fachleute einzuberufen, welche unter weitreichenden Gesichtspunkten die von der Monarchie zu erstrebenden Ziele festzusetzen und die Zugeständnisse zu fixieren hätte, welche man anderen Mächten zur Förderung der eigenen Interessen gewähren dürfte.

Was nun das Auftreten der Monarchie in den jetzt strittig werdenden Fragen anbelangt, so glaube ich, daß dasselbe aus folgenden Gründen ein dezidiertes sein kann. In keinem Großstaat besteht die Neigung zu einem Krieg, speziell in Rußland besorgen die Dynastie, die besitzende Klasse, hohe Staatsangestellte und dergleichen die Revolution, außerdem

dürfte Rußland noch immer nicht von allen Mängeln des russisch-japanischen Krieges geheilt sein und auch von Frankreich zurückgehalten werden, für welches im Falle eines Krieges große Werte auf dem Spiele stehen.

Italiens Landheer leidet noch an den Folgen des Krieges in Tripolis; Italien ist durch letzteren auch finanziell stark hergenommen.

Frankreich hat große Sorgen um seine bedeutenden finanziellen Engagements, und die Balkanstaaten sind durch den jetzigen Krieg nicht unbedeutend erschöpft, vielleicht zeigen sich auch Keime der Zwietracht.

Eine Frage, welche jedoch noch wesentlich in Betracht kommt, ist die Wahl des Zeitpunktes für einen eventuellen Krieg.

Die Balkanstaaten haben in sehr geschickter Weise ihre Operationen derart begonnen, daß die Entscheidung knapp vor den Winter fällt, wohl wissend, daß ihnen während des letzteren kaum jemand in den Arm fallen wird.

Tatsächlich ist ein Winterfeldzug ein für die modernen europäischen Armeen sehr hartes Beginnen, umsomehr, wenn, wie bei uns, die Ausrüstung für einen solchen eine sehr mangelhafte ist.

Müßte nun, wenn es das Staatsinteresse unabwendbar erheischt, auch all dies in den Kauf genommen, somit auch ein Krieg im Winter geführt werden, so erscheint es doch weit vorteilhafter, durch diplomatisches Hinziehen den Kriegsbeginn auf die bessere Jahreszeit zu verschieben; zudem käme die dadurch gewonnene Zeit den so notwendigen speziellen Vorbereitungen sehr zustatten.

Auf Albanien zurückkommend, habe ich in meinem ersten Essay die übrigens allgemein klarliegenden Gründe für die dort bestehenden Interessen der Monarchie angeführt und dabei auch hervorgehoben, daß eine Zerstückelung Albaniens und eine serbische Festsetzung an der Adria nie zuzugeben wären.

Ein Kompromiß könnte vielleicht dadurch zustande kommen, daß die Monarchie an Serbien den Raumbesitz bei Salonik zugesteht, mit Sonderrechten für die Monarchie hinsichtlich dieses Hafens und der zu demselben führenden Bahn, umgekehrt aber den Serben in analoger Weise die Benützung eines norddalmatinischen Hafens mit der dahin führenden Bahn gewährt. Die beiderseitige Garantie läge in der vollen Reziprozität.

Was die Sonderrechte der Monarchie hinsichtlich Albaniens, speziell den Hafen von Valona anlangt, so wäre für den Fall, als es zum Krieg zwischen Dreibund und Tripleentente käme, Italien durch die Zusicherung von Tunis für den Fall einer glücklichen Kriegsentscheidung zu entschädigen.

Sollen aber die Interessen der Monarchie hinsichtlich Albaniens gewahrt werden, so sind eheste Verhandlungen mit den Führern Albaniens erforderlich; etwa auf folgender Basis:

Die Monarchie tritt für die Autonomie Albaniens ein, gegen Annahme des Protektorates oder doch weitestgehender Einflußnahme, sowie gegen Abtretung des Hafens von Valona.

Die Albanesen haben dieses Eintreten der Monarchie für ihre Interessen selbst zu beantragen.

Auch wäre zu sondieren, ob die Idee der Erwählung eines österreichischen Prinzen auf den Thron Albaniens Aussicht auf Realisierung hätte, wenn ja, so wäre dies unbedingt anzustreben.

Hinsichtlich der im Vorstehenden erwähnten etwa auftauchenden Zwietracht zwischen den Balkanstaaten möchte ich folgendes anführen:

Ich hatte heuer in der zweiten Hälfte September, also in einer Zeit, in welcher die Abmachungen zwischen den Balkanstaaten schon längst perfekt waren, öfter Gelegenheit, in Portorose mit Prinz Mirko von Montenegro zu sprechen. Aus seinen Äußerungen entnahm ich den weitgehenden Haß, welcher zwischen der montenegrinischen und der serbischen Königsfamilie besteht. Ich konnte mich auch des Eindruckes nicht entschlagen, daß Prinz Mirko die Aspiration hat, auf den serbischen Königsthron zu gelangen und hiezu auf die Unterstützung seitens der Monarchie rechnet; positive Anhaltspunkte habe ich hiefür allerdings keine."

Auch diesen Zusatz sandte ich an Exzellenz Baron Bolfras, Graf Berchtold und Oberst Dr. von Bardolff.

Am 8. November 1912 hatten die Griechen Salonik besetzt. Sie waren der bulgarischen Kolonne Todorow zuvorgekommen. Am 12. November hielt König Georg dortselbst seinen Einzug.

Wo schon vor mehr als fünfzig Jahren weitblickende Politiker*) ein österreichisches Emporium erhofften, wehten jetzt Griechenlands Fahnen.

Am 13. November richtete die Pforte ein Friedensangebot an König Ferdinand von Bulgarien, das dieser jedoch ablehnte, in der Erwartung, im Siegeslauf auch Konstantinopel zu erreichen, trotz des Gegensatzes, in den er dadurch zu Rußland kommen mußte.

Um diese Zeit verfaßte ich das nachfolgende Memoire als z w e i t e n N a c h t r a g zu meinem Essay vom 28. Oktober 1912 und sandte es wie die früheren an die drei wiederholt genannten Stellen.

*) Konsul Hahn: „Von Belgrad nach Salonik."

„Zweiter Nachtrag zu meinem Essay.

Wien, am 16. November 1912.

Seit meinem letzten am 8. November geschriebenen Essay erhielt ich gesprächsweise die Mitteilung über die auf früheren Abmachungen basierte Möglichkeit der Entsendung eines italienischen Okkupationskorps nach Albanien.

Ich empfand dies wie einen schrillen Mißton und ersah daraus erneuert, in welcher Weise Graf Ährenthal die Monarchie auch in dieser Richtung gebunden und benachteiligt hat.

Diese Eventualität verändert nicht unwesentlich das Bild, unter welchem ich meine Essays vom 28. Oktober und vom 8. November geschrieben habe, und macht es, um in diesem Bilde möglichst klar zu sehen, notwendig, die ganze albanesische Frage einer vorurteilslosen und ganz nüchtern rechnenden Betrachtung zu unterziehen, damit die Monarchie nicht etwa Opfer auf sich ladet, durch welche schließlich nur Italien ein Dienst erwiesen und letzterem ein Vorteil zugewendet wird, der in der Folge zu Ungunsten der Monarchie ausschlagen könnte.

In diesem Sinne steht die Frage voran, worin die Interessen der Monarchie bezüglich Albaniens bestehen; es sind dies folgende:

I. Die kriegsmaritimen Interessen.

Eine kriegsmaritime Festsetzung irgend eines andern Staates an der albanesischen Küste bis südlich Valona wäre für die Seegeltung der Monarchie ein empfindlicher Nachteil, muß also hintangehalten werden.

Die bloße Zusage einer (solchen) Neutralisierung wäre keine ausreichende Gewähr;

letztere muß sich vielmehr auf eine erhöhte Machtstellung der Monarchie gründen.

Diese Machtstellung wäre durch folgendes garantiert:

a) Nur ö.-u. Kriegsschiffen ist der dauernde Aufenthalt in diesen Häfen gestattet;
b) Österreich-Ungarn besorgt die Seepolizei in diesem Gebiete;
c) der Hafen von Valona*) wird ö.-u. Kriegshafen, inkl. des umliegenden Terrains, soweit es zu seiner militärischen Sicherung notwendig ist.

*) „Valona als Flottenstützpunkt einer fremden Seemacht würde die Adria für die Monarchie zu einem mare clausum machen und jede Aktion der k. u. k. Kriegsmarine empfindlich gefährden; Valona dagegen als Stützpunkt für die k. u. k. Flotte würde dieser eine äußerst gesicherte Aktionsfreiheit gewähren und die Verteidigung der Adria gegen eine einbrechende feindliche Flotte wesentlich begünstigen, es wäre ein ö.-u. Gibraltar."

In diesen Zugeständnissen sehe ich die wesentlichste Bedeutung der albanesischen Frage für die Monarchie.

II. Die kontinental-militärischen Interessen.

Die nächste Bedeutung liegt darin, in Albanien einen selbständigen Staat zu schaffen, welcher als Gegengewicht gegen Serbien und Montenegro ausgespielt werden könnte, wenn es zu Konflikten mit diesen Staaten kommen sollte. Albanien mit zirka 1,900.000 Einwohnern vermöchte immerhin ein Heer zu stellen, welches Montenegro und einen Teil der serbischen Kräfte, darunter insbesondere die jetzt neuhinzukommenden, zu binden vermöchte, so daß man mit 8 ö.-u. Divisionen den Rest niederhalten, also 40 Divisionen für einen eventuellen Hauptkriegsschauplatz verfügbar haben könnte.

Vorausgesetzt ist dabei, daß ein autonomes Albanien auch tatsächlich der Monarchie zur Seite tritt, und nicht entweder ganz passiv bleibt oder sich einem andern Staate (Italien) dienstbar macht, wofür zwar möglichst Garantien geschaffen werden müßten, worauf jedoch nicht mit voller Sicherheit gerechnet werden kann, insbesondere wenn man diesem Staat (Italien) schon im voraus eine Einflußnahme in Albanien einräumt, wie dies leider schon geschehen oder doch in Aussicht gestellt sein soll.

III. Die kommerziellen Interessen.

Ich bin in dieser Richtung viel zu wenig Fachmann, um ein bestimmtes Urteil abgeben zu können, aber es scheint mir kein Vorteil für die Monarchie zu sein, wenn Serbien die Möglichkeit erhält, mit Umgehung des Gebietes der letzteren einen Schienenweg an die Adria und dortselbst einen Hafen zu bekommen, durch welchen es ungehindert exportieren und importieren kann. Allerdings gibt es anderseits auch eine Ansicht, wonach ein hiedurch wirtschaftlich aufblühendes Serbien ein sehr willkommenes, kaufkräftiges Absatzgebiet für die Monarchie würde. Welche der beiden Anschauungen zutrifft, wäre fachmännisch festzustellen.

IV. Die allgemein-politischen Interessen.

Bezüglich dieser ist vor allem zu entscheiden, ob man in Hinkunft der Politik die Richtung nach einer Serbien und Montenegro freundschaftlichen, auf den möglichst innigen Anschluß an die Monarchie abzielenden Haltung geben, oder ob man eine Richtung wählen will, welche mit der gewaltsamen Niederringung dieser beiden Staaten rechnet.

Vor allem bergen beide Richtungen, wenn auch auf verschiedenen Wegen, die Gefahr, daß die südslawischen Staaten den Zusammenschluß mit den südslawischen Gebieten der Monarchie und dann die Abtrennung

dieser Gebiete von der Monarchie zum Ziel nehmen; und es wäre nur zu entscheiden, bei welcher von den beiden Richtungen diese Gefahr eine geringere ist, bezw. welche der beiden Richtungen den dauernden Interessenanschluß dieser beiden Staaten an die Monarchie gewärtigen läßt.

Bei der feindlichen, gewaltsamen Richtung wird die Monarchie voraussichtlich mit der Mißstimmung der eigenen Südslawen, vielleicht der Slawen (außer den Polen) überhaupt, ferner mit einem Eintreten Rußlands zu rechnen haben; also als äußerste Konsequenz auch mit einem Krieg gegen letzteres. Es wird abzuwägen sein, um welcher Interessen willen man auch diese Eventualität in Kauf wird nehmen müssen.

Bei der andern, den freundschaftlichen Anschluß in Aussicht nehmenden Richtung wird festzustellen sein, ob und unter welchen Bedingungen ein solcher Anschluß überhaupt erreichbar und welches das Mindestmaß der Forderungen ist, die für die Wahrung der Interessen der Monarchie unerläßlich sind.

Diese Forderungen habe ich, soweit sie die albanesische Frage betreffen, vorstehend präzisiert. Würde diese freundschaftliche Richtung gewählt und erzielt werden, so wäre es aber auch dabei im Interesse der Monarchie gelegen, dem albanesischen Volksstamm seine Religion und seine Nationalität unbedingt gewahrt zu erhalten, erstens, weil die Monarchie das Protektorat über einen Teil dieses Volkes übt, zweitens, weil sie sich bereits für letzteres öffentlich engagiert hat und dies nicht ohne Prestigeverlust aufgeben kann, und drittens, weil es trotz aller freundschaftlichen Beziehungen mit Montenegro und Serbien vorsichtshalber geraten ist, sich die Albanesen besonders zugetan zu erhalten und sie nicht im Serbentum aufgehen zu lassen.

Sollte es nun möglich sein, die obdargelegten, die Interessen der Monarchie bezüglich Albaniens betreffenden Forderungen im gütlichen Einvernehmen mit Serbien und Montenegro gegen sonstige Zugeständnisse zu erlangen und sicherzustellen, so wäre dies zweifellos erwünschter, als diese Forderungen erst auf dem Umweg einer direkten, sehr zweischneidigen Mithilfe Italiens in Albanien und eines Krieges gegen Rußland und die Balkanstaaten anzustreben.

Klar muß man sich aber darüber sein, daß die Einhaltung dieses Weges, insbesondere wegen des Hafens von Valona, zu einem kriegerischen Konflikt mit Italien führen dürfte.

Ich bin aber nun der Ansicht, daß es für die Monarchie viel naheliegender und leichter ist, diesen Krieg zu führen, als jenen gegen Rußland, welch letzterer nicht nur die Sympathien der eigenen Slawen (außer den

Polen) gegen sich hätte, sondern auch zu einer dauernden Verfeindung mit Rußland führen würde, für welche eigentlich kein sonstiger Interessengegensatz vorliegt, ferner zu einer dauernden Verfeindung mit den westlichen Balkanstaaten, mit denen man dann bei jedem sonstigen Konflikt als Gegner rechnen müßte.

Zudem müßte man auch nach glücklicher Entscheidung in diesem Krieg doch erst noch jenen gegen Italien führen, wenn letzteres die Interessen der Monarchie in Albanien (Küste, Valona) freiwillig nicht respektieren würde, was besonders dann anzunehmen ist, wenn man ihm vorher die Okkupation zugebilligt hat.

Kurz, es erscheint — wenn erreichbar — zweckmäßiger, die Interessen der Monarchie hinsichtlich Albaniens direkt, das ist mit Ausschluß Italiens und selbst um eines Krieges gegen Italien willen zu wahren, als um den Preis eines Krieges gegen Rußland und die Balkanstaaten.

Ich bin viel zu wenig über letztere beide orientiert, um ermessen zu können, welche Aussicht bei diesen ein solcher Vorgang hätte; aber ich glaube, daß es des Versuches wert wäre, durch unverbindliche, aber sehr gewandte Vermittler bei Serbien und Montenegro zu sondieren, unter welchen Bedingungen sie auf diese Lösung der Frage eingehen würden; der Zustimmung Bulgariens dürfte man dann sicher sein.

Sollte nun aber dieser Weg aussichtslos sein, oder sollte man sich für denselben nicht entscheiden, sondern lieber die gewaltsame Lösung mit der Konsequenz eines Krieges gegen Rußland und die Balkanstaaten wählen, dann erscheint mir, wie ich dies schon in meinen beiden ersten Essays ausgeführt habe, unbedingt nötig, daß man der aktiven Mitwirkung Deutschlands und Rumäniens sicher sei und daß Italien entweder gleichfalls aktiv eingreift oder doch mindestens neutral bleibt, sowie daß Bulgarien nicht aktiv gegen die Monarchie und ihre Verbündeten auftritt; letzteres, damit mindestens acht rumänische Divisionen gegen Rußland gerichtet werden können.

Außerdem müssen in diesem Falle, also wenn man den Krieg gegen Rußland in Aussicht nimmt, ehestens folgende Vorsorgen getroffen werden.

Erstens: Maßnahmen, welche die Durchführung des Aufmarsches sichern.

Wie ich in verschiedenen Denkschriften während meiner früheren Dienstverwendung hervorgehoben habe, werden moderne Kriege seitens des initiativen Teiles stets mit Überraschungen begonnen werden; so glaube ich auch, daß Rußland in dem Moment, in welchem es zum Kriege entschlossen ist, sofort seine starken Kavalleriekörper, seine

Grenzwachtruppen, sonstige Detachements u. dgl. über die Grenze schicken wird, um auf diesseitigem Gebiet die Mobilisierung und den Aufmarsch ausgiebigst zu stören und damit die erste Bedingung für eine günstige Kriegsentscheidung, nämlich die ungestörte Versammlung der Armee zu durchkreuzen.

Da nun dieser Entschluß Rußlands jedenfalls in dem Moment reifen dürfte, in welchem die Monarchie die Mobilisierung proklamiert, so würde dieser russische Einbruch unsere Truppen noch in den schwachen Friedensständen treffen, was jetzt überdies noch dadurch kompliziert ist, daß diese Stände die Rekruten einbegreifen.

Es würden also die Kräfte fehlen, um diesem Einbruch zu begegnen; daraus ergibt sich die unerbittliche Notwendigkeit, die Stände sogleich derart aufzufüllen, daß dem russischen Einbruch erfolgreich begegnet werden könne.

Das Mittel hiezu liegt in der Einberufung von Ersatzreservisten, Urlaubern und Reservisten.

Eine zweite Maßnahme ist die sofortige Komplettierung des Pferdestandes bei den in Galizien liegenden Kavallerieregimentern, so daß diese mit dem vollen Kriegsstande bereit seien, ferner die Beschaffung der Bespannungen für die Geschütz- und Munitionslinie der gesamten Artillerie der galizischen Korps.

Als im Herbste die Nachrichten über die russische Mobilisierung einlangten, habe ich im engeren Kreise meine Bedenken gegen diese russischen Maßnahmen und die Meinung ausgesprochen, daß man darauf mit den obangeführten Maßnahmen antworten müßte. Es ist mir nicht bekannt, ob und inwieweit in dieser Richtung etwas erfolgte.

Eine weitere Maßnahme wäre die Durchführung der wesentlichsten Instandsetzungsarbeiten der Festungen Przemysl und Krakau, insbesondere des ersteren Platzes. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen hätte ein reger Kundschaftsdienst und ein scharfes Vorgehen gegen feindliche Kundschafter, Konfidenten und Agitatoren zu erfolgen.

Außer diesen dringendsten, lediglich die Sicherung des Aufmarsches und der Mobilisierung bezweckenden Maßnahmen wären, so gut es in der kurzen Zeit noch möglich ist, die bedenklichsten Rückständigkeiten zu beheben.

Trotz eines fünfjährigen Kampfes, den ich dieserhalb und in manch anderer Richtung gegen das Ministerium Schönaich geführt habe, ist die Artillerie nach Zahl und Material nicht auf der erwünschten Höhe.

Weder die leichte, noch die schwere Haubitze, noch die Gebirgskanone sind Schnellfeuergeschütze, während schon die Balkanstaaten über solche verfügen.

An leichten Haubitzen hat die Division anstatt das Regiment zu 4 Batterien nur 2 Batterien und die Kanonenregimenter der Division haben nur 4 statt 6 Batterien.

Ob sich ein neues Haubitz- und Gebirgsgeschütz-Material rasch genug beschaffen läßt, ist zweifelhaft, aber an Kanonen erliegt noch eine erhebliche Anzahl im Arsenal und diese wären sofort zur Aufstellung neuer Batterien zu verwerten, oder wenigstens im Wege der Formierung achtpieciger Batterien auszunützen; hiezu wären Urlauber und Reservisten der Artillerie einzuberufen, wodurch auch die raschere Mobilisierung dieser Waffe angebahnt werden könnte.

Was die Belagerungsartillerie anlangt, so vermöchten die 15 cm-Haubitze, die 12 cm- und 15 cm-Kanone, sowie der 24 cm-Mörser gegen die russischen Befestigungen zu genügen, vorausgesetzt, daß die erforderliche Munition vorhanden ist.

Als weitere Vorbereitung wäre die forcierte Erzeugung von Infanteriemunition sowie Artilleriemunition zu beginnen.

Für die Infanterie wären die Aufstellung weiterer Maschinengewehrabteilungen und der Austausch der bereits minder brauchbaren, weil schon zu sehr abgenützten Maschinengewehre durchzuführen.

Bei der großen Bedeutung der Flieger wären sofort möglichst viele Apparate zu beschaffen, Piloten ausbilden zu lassen und Detachements auf dem nördlichen Kriegsschauplatze jetzt schon zu dislozieren (Lemberg, Przemysl).

Die Bahnen wären für den Kriegstransport zu überprüfen, vornehmlich hinsichtlich Lokomotiven, Kohlenvorräten, Bahnhofeinrichtungen, Objekten, die Bahnsicherungsabteilungen vor Beginn der Mobilisierung aufzustellen, damit sie am ersten Mobilisierungstag bereits funktionieren.

Wenn die Operationen in die kalte Jahreszeit fallen könnten, wäre sofort für die hiebei erforderliche Kleidung vorzusorgen.

Ich erachte alle diese Maßnahmen für dringend, sofern auch nur die entfernteste Möglichkeit für einen Krieg gegen Rußland vorliegt; auch wenn es zu einem solchen nicht kommt, vermag der Vertreter der Monarchie bei den voraussichtlichen Verhandlungen viel zuversichtlicher aufzutreten, wenn er diese Vorbereitungen getroffen weiß, als wenn er unter dem Bewußtsein des Mangels derselben steht.

Ich wiederhole:

Die Wahrung der Interessen der Monarchie (darunter auch hinsichtlich Albaniens) ohne einen Krieg gegen Rußland und die Balkanstaaten, aber selbst um den Preis eines Krieges gegen Italien erschiene mir vorteilhafter als der umgekehrte Fall; wählt man aber diesen, nimmt man also einen Krieg gegen Rußland und die Balkanstaaten in Kauf, um

letztere schließlich gewaltsam unter die eigene Herrschaft zu bringen, dann müssen erstens die im Vorstehenden angeführten Allianzbedingungen gesichert sein und zweitens die obangeführten Vorbereitungen sofort in Angriff genommen werden.

Das Gegenteil wäre eine unverantwortliche Unterlassung.

Hat man sich zum feindlichen Vorgehen gegen Serbien und Montenegro entschlossen, dann ist die Insurgierung der Albanesen gegen diese Staaten mit allen Mitteln zu betreiben und zu unterstützen (Waffen, Geld, Landungskorps, Artillerie).

Resumé.

Das mir jetzt erst bekanntgewordene Zugeständnis einer Okkupation Albaniens durch Italien verändert das Bild wesentlich.

Die Mindestforderungen der Monarchie präzisieren sich demnach wie folgt:

Valona ö.-u. Kriegshafen;
keine andere Kriegsmarine an der albanesischen Küste;
Seepolizei etc. an dieser nur durch Österreich-Ungarn;
Wahrung der Nationalität und Religion der Albanesen;
Österreich-Ungarns Protektorat speziell über die Katholiken;
absolute Ausschließung Italiens.

Um diesen Preis hielte ich selbst das Zugeständnis eines Adria-Handelshafens an Serbien, analog wie Antivari, zulässig.

Wie nun die Frage zu lösen ist, muß reiflich erwogen werden, jede vorherige Dreibund-Bindung mit Italien wäre höchst bedenklich.

Bei Lösung der Frage im feindlichen Sinne gegen Rußland und die Balkanstaaten ergibt sich:

Krieg gegen Rußland;
Krieg gegen die Balkanstaaten;
dauerndes feindliches Verhältnis gegen die Genannten;
Verstimmung der eigenen Slawen;
Krieg gegen Italien, um dieses aus Albanien wieder zu delogieren.

Bei Lösung der Frage im freundschaftlichen Sinne ergibt sich:

Vermeidung des Krieges gegen Rußland;
Vermeidung des Krieges gegen die Balkanstaaten;
Anbahnung eines freundnachbarlichen Verhältnisses zu diesen;
Befriedigung der eigenen Slawen;
Möglichkeit eines Krieges gegen Italien wegen Albaniens.

Auf die eingangs angeführte Konzession an Italien zurückkommend, erachte ich ein unter italienischem Einfluß stehendes Albanien, etwa gar mit einer Festsetzung Italiens in Valona, als eine große Gefahr für die Monarchie, und zwar als eine weit größere, als die allerdings auch nicht sehr willkommene Gewährung eines adriatischen Handelshafens an Serbien.

Die vorstehende Arbeit soll nur zur Beleuchtung der jetzt so vitalen Balkanfrage beitragen und die Gesichtspunkte vermehren, unter welchen diese zu betrachten ist, damit bei den endgültigen Verhandlungen die Interessen der Monarchie ihre volle Wahrung finden.

Eines aber wird bei diesen Verhandlungen unter allen Umständen geltend zu machen sein, nämlich, daß die Monarchie zur Wahrung ihrer unerläßlichen Forderungen ohne Zögern bereit ist, zu den Waffen zu greifen, wenn man ihr eine andere Lösung versagt.

Schließlich möchte ich die schwebende Angelegenheit noch von dem Standpunkte einer Politik ins Auge fassen, welche darauf abzielt, Rußland niederzuwerfen, es auf seine asiatische Interessensphäre zurückzudrängen und damit freie Hand zu bekommen, um am Balkan machtvoll die eigenen Interessen zu verfolgen und auch im Nordosten der Monarchie günstige Verhältnisse zu schaffen.

Gewiß ist dieses große Ziel eines großen Einsatzes wert; ob aber der jetzige Moment der passende hiefür ist, ob eine so weitreichende Aktion nicht ganz andere Vorbereitungen erheischt und eine andere politische Konstellation erwünschter erscheinen läßt, mag dahingestellt bleiben (Engagement Rußlands in Asien, Komplikationen zwischen England und Rußland, Zerwürfnisse zwischen den Balkanstaaten).

Jedenfalls muß diese Frage scharf gesondert behandelt werden von der momentan akuten hinsichtlich Albaniens.

Erst wenn es wegen dieser ohnehin zu einem Krieg gegen Rußland käme, würden die Ziele dieses Krieges ineinanderfließen.“

Auf dem Balkan war indessen ein bedeutungsvoller Umschwung in der Lage eingetreten.

Vom 17. bis 22. November hatten die Bulgaren die Čataldža-Linie, das letzte, Konstantinopel schützende Bollwerk angegriffen, waren aber unter schweren Verlusten zurückgeschlagen worden. Die Aktion kam hier zum Stehen. Das durch die Bulgaren zernierte Adrianopel hielt sich nach wie vor und Bulgarien sah sich gezwungen, serbische Mithilfe anzusprechen.

Die Serben waren mittlerweile am 18. November in Monastir eingerückt, während die Griechen Erfolge zur See errangen und eine große Zahl der Inseln des Ägäischen Meeres besetzten.

Eine neue Situation lag vor!

Meine Auffassung zu dieser Zeit legte ich in einem Essay vom 19. November 1912 nieder; es lautete:

„E s s a y
vom 19. November 1912.

Moltke: »Erst wägen, dann wagen!«

Ich setze dazu: dann aber auch wirklich wagen, rücksichtslos, ohne Zögern, ohne Halbheiten.

Insolange es noch zu hoffen stand, daß es möglich sein werde, im friedlichen Einvernehmen mit Serbien die durch den Balkankrieg gefährdeten Interessen der Monarchie zu wahren, erschien es selbstverständlich, daß dieser Weg angestrebt wird.

Die Haltung Serbiens hat aber seither eine Richtung genommen, welche nicht nur ein solches Einvernehmen auszuschließen scheint, sondern dazu angetan ist, das Prestige der Monarchie und damit deren politisches und wirtschaftliches Gewicht schwer zu beeinträchtigen, so daß die Monarchie bemüßigt ist, den Appell an die Waffen in Aussicht zu nehmen.

In dieser Lage erachte ich folgendes für nötig, beziehungsweise geraten:

1. Alle jene Vorkehrungen, wie ich sie im Winter 1908/09 für den Kriegsfall gegen Serbien allmählich durchgesetzt habe, sind sofort durchzuführen.

2. In gleicher Weise hat dies hinsichtlich aller jener Vorkehrungen zu geschehen, die ich in meinem (beiliegenden) Essay vom 16. November hinsichtlich des Kriegsfalles »R« angeführt habe.

3. Diesen dringendsten Vorkehrungen haben dann auch alle weiter noch nötigen zu folgen (Verpflegsvorsorgen, Materialbeschaffungen etc.).

Sobald diese Vorkehrungen hinsichtlich der Standeserhöhung perfekt sind, wäre ein Rundschreiben an die Mächte zu richten, das nachstehendem Gedankengang zu folgen hätte:

Die Balkanstaaten haben durch den ganz auf eigene Faust überraschend begonnenen Krieg eine Situation geschaffen, durch die nicht nur mannigfache Interessen der Monarchie, sondern auch mannigfache Interessen der anderen Staaten, speziell der Großmächte, empfindlich tangiert erscheinen.

Die Monarchie hat, obgleich sie ohneweiters in der Lage gewesen wäre, gegen die Aktion der Balkanstaaten einzugreifen, dies nicht getan in der sicheren Erwartung, daß die Wahrung ihrer Interessen im Wege friedlichen Übereinkommens außer Zweifel gestellt sei.

Dementgegen hat nun die Haltung Serbiens allmählich eine Richtung genommen, die nicht nur ein solches friedliches Übereinkommen auszuschließen scheint, sondern die darauf hinausläuft, nicht nur diese Interessen hintanzusetzen, sondern auch die Monarchie in ihrem Staatsbestand und in ihrem Prestige zu bedrohen.

Wenn die Monarchie trotzdem bisher diesem Vorgehen mit überlegener Ruhe und kühlem Abwägen gegenüberstand, so geschah dies ausschließlich und allein nur, weil sich die Monarchie bewußt ist, daß ihr kriegerisches Auftreten gegen Serbien aller Wahrscheinlichkeit nach kriegerische Verwicklungen zur Folge haben würde, die ganz Europa mitreißen würden.

Das schwere Elend, das hiedurch über Europa hereinbrechen, die enorme wirtschaftliche Schädigung, welche dies zur Folge haben und das Übergewicht, welches die außereuropäischen Staaten damit gewinnen würden, vor Augen habend, ist sich die Monarchie klar darüber, daß sie mit dem Eintritt in die kriegerische Aktion nicht nur für sich, sondern für ganz Europa entscheidet.

Wenn jedoch Serbien in seiner herausfordernden Haltung beharrt, die Interessen der Monarchie beiseite setzt und ihr die Genugtuung für sein völkerrechtswidriges Gebaren versagt, dann wird die Monarchie, hiemit zum äußersten getrieben, den Kampf aufnehmen, möge er ausgehen, wie er wolle.

Dieses Rundschreiben müßte im gut gewählten Moment erlassen werden, dabei müßte man gewärtig sein, demselben beim ersten Zeichen feindlichen Auftretens anderer Mächte sofort die Mobilisierung folgen zu lassen.

Es ist sehr bedauerlich, daß es so weit gekommen und die Monarchie — zu unentschlossen, um in initiativer Weise einen unvermeidlichen Krieg geeigneten Momentes selbst zu beginnen — nunmehr gezwungen ist, sich denselben aufdrängen zu lassen.

Vielleicht läßt er sich durch den im vorliegenden Essay angeführten Schritt noch vermeiden, wenn nicht, so muß er eben geführt werden.

Hätte man im Jahre 1908/09 meinem dringenden Rat, den auch schon vorbereiteten Krieg gegen Serbien zu führen, Folge gegeben, so stünden die Dinge heute anders.

Conrad, G. d. I.“

Auch diesen Essay sandte ich wie die früheren an die drei schon wiederholt genannten Stellen, speziell an Graf Berchtold mit folgendem Begleitbrief:

„Euer Exzellenz!

Nachdem E. E. die liebenswürdige Geduld haben, meine politischen Herzerleichterungen in dieser schweren Zeit freundlich aufzunehmen, erlaube ich mir, Ihnen auch den beiliegenden Essay zu übersenden.

Ich glaube von E. E. soweit gekannt zu sein, daß Sie mir Fanfaronaden, Wolkenschiebereien und Bramarbassaden nicht zumuten; derartiges war mir immer widerlich. Für mich gilt nur die Tat, nicht das Wort, diese aber überlege ich sehr, daher war ich in meiner früheren Stellung auch immer im Kampf mit den höheren Gewalten, wenn ich in Voraussicht kommender Komplikationen alles aufbot, um für letztere vorbereitet zu sein.

Mit derselben kühlen Ruhe betrachte ich auch die jetzigen Ereignisse, und ich lasse mich nicht durch die unvermeidliche Indignation, welche das Vorgehen Serbiens auslöst, aus dieser nüchternen Ruhe bringen, aber ich bin doch auf dem Standpunkt, daß der Monarchie, wenn die Dinge so weiter gehen, nichts erübrigen wird, als alles auf eine Karte zu setzen.

Diese wenig neidenswerte Lage ist eben die Folge der schweren politischen Fehler des Grafen Ährenthal, somit ein aufgezwungenes Erbe.

Genehmigen etc. etc.

Wien, am 19. November 1912. Conrad m. p."

Auch an Exzellenz Baron Bolfras gab ich begleitende Zeilen bei, welche dieser mit dem Hinweis erwiderte, daß manche ernste Maßregel im Zuge sei, leider aber der Winter vor der Türe stehe. In meinem Dank (d. d. 25. November 1912) für seine Antwort fügte ich folgende Stelle ein:

„Mögen unsere Berufenen jetzt klar darin sehen, ob wir nur Serbien oder ob wir nicht auch Rußland als aktiven Gegner zu rechnen haben; wenn letzteres der Fall, dann wäre wohl ohne zu zögern alle Kraft gegen Rußland zu wenden, wobei ich voraussetze, daß man der aktiven Mitwirkung Deutschlands und Rumäniens sicher ist. Hoffentlich führt ein gnädiges Schicksal die Monarchie auch aus dieser Krise."

Die damals herrschenden Ansichten über die politische Lage finden Ausdruck in folgenden Artikeln des Blattes „Groß-Österreich" vom 1. Dezember 1912. Wer diese Artikel verfaßt hat, ist mir zwar nicht bekannt, doch weiß ich, daß die Tendenzen dieses Organes der von Seiner Kaiserlichen Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand eingehaltenen Richtung entsprachen und daß das Journal von ihm protegiert wurde.

Erster Artikel.

„Die gegenwärtige Lage bedingt keinen Krieg!

(Von diplomatischer Seite.)

Wir halten den Krieg Österreichs gegen Serbien aus vielen Gründen, die teilweise in den späteren Artikeln dieser Nummer dargelegt werden, als unvermeidlich. Gleichwohl geben wir im nachstehenden einer uns von sehr schätzenswerter Seite zugehenden Darstellung der Lage Raum, aus der unsere Leser ersehen werden, daß wir wenigstens die Ausdehnung des Krieges zu einem Weltkriege nicht zu fürchten brauchen.

Der alte Lehrsatz: »Wenn du Frieden willst, so rüste zum Kriege«, heißt in der diplomatischen Praxis folgendermaßen: »Wenn die Regierungen diplomatische Verhandlungen führen, durch welche sie schwebende Streitfragen friedlich schlichten wollen, müssen sie durch militärische Vorkehrungen ihren Wünschen ein stärkeres Gewicht verleihen.« Dieser Grundsatz bietet vielleicht einen Fingerzeig dafür, daß manche beunruhigende Momente der vorigen Woche doch wohl nur den Zweck hatten, uns dem Frieden näher zu bringen. Allerdings hat auch der obige Grundsatz zwei Seiten. Militärische Vorkehrungen erzeugen immer eine mehr oder weniger militärische, ja sogar kriegerische Stimmung, und in solchen Stimmungen können bisweilen die bekannten »Unwägbarkeiten« eintreten, die den rollenden Stein weiter treiben als die ersten Bewegenden wollten.

Wenn wir indessen heute die friedliche Entspannung mit Sicherheit erwarten, so liegen hiefür faßbare Gründe vor. Die Bedrohung des Friedens könnte doch nur von den unberechenbaren und unverantwortlichen Störungskräften am russischen Hofe ausgehen. Aber sollte wirklich der Zar so schwach sein, um gegen seinen Willen einen Krieg zuzulassen, der den Bestand seines Thrones und seines ganzen Reiches in Frage stellen könnte? Sollte wirklich die letzte Kaiserzusammenkunft in Baltisch-Port nur eine Komödie gewesen sein? Zar Nikolaus kennt die internationale Politik, und er weiß genau, wo sich die Quelle der fortgesetzten Störungen und Beunruhigungen befindet. Er ist auch unterrichtet darüber, daß in seinem Reiche und selbst an seinem Hofe Personen vorhanden sind, die einer Beeinflussung von ausländischer Seite unschwer unterliegen, besonders wenn sich dieselbe in ein russisch-patriotisches Gewand kleiden läßt. Dies weiß man aber auch in Berlin, und wenn man in Wien davon weniger Kenntnis haben sollte, so ist man sicher in Pest darüber schon aus eigener Praxis unterrichtet. Kurz gesagt: In Baltisch-Port dürfte zwischen den Herrschern Deutschlands und

Rußlands eine Vereinbarung darüber getroffen sein, daß sich beide Reiche durch keine wie immer gearteten von England ausgehenden Machenschaften von dem friedlichen Grundcharakter ihrer Politik abbringen lassen werden.

Allerdings so ganz einfach ist dies für Rußland nicht. Es ist mit Frankreich verbündet und mit England befreundet. Es hat auch moralische Verpflichtungen gegenüber den Balkanstaaten, es muß auch auf die panslawistischen Strömungen im eigenen Lande Rücksicht nehmen. Aber bisher hat der Zar noch immer das letzte Wort im friedlichen Sinne selbst gesprochen. Nun ist ferner in den letzten Wochen die schwere Verwicklung in Ostasien hinzugekommen. Rußland ist entschlossen, die Mongolei zu einem russischen Vasallenstaat zu machen. Dieses Land, das in die innere und die äußere Mongolei zerfällt, ist im Flächenraum doppelt so groß als die habsburgische Monarchie, ist jedoch im Verhältnis zu China nur sehr dünn bevölkert. Daher der Entschluß Chinas, einige Millionen seiner überschüssigen Bevölkerung in die Mongolei zu entsenden, während Rußland das gleiche tun möchte. Die südliche Mongolei ist ein ziemlich warmes und fruchtbares Land, und wenn sich dort Rußland festsetzt, so kann es zugleich mit seinen Positionen im östlichen Turkestan das chinesische Reich von Norden und Westen völlig umklammern. Ebenso kann es von dort aus die Japaner in der Mandschurei erfolgreich bedrohen. Wenn also Rußland gegenwärtig den Willen hat, in der Mongolei vorzurücken und dabei den sicher zu erwartenden Widerstand Chinas und Japans zurückzuweisen, so kann es unmöglich gleichzeitig in ernsthafter Weise an einen Krieg in Europa denken. Wenn es trotzdem in dieser selben Zeit seine militärische Stellung in den Westprovinzen verstärkt, so kann dies immerhin als eine vorbeugende Maßnahme bezeichnet werden. Die russischen Westprovinzen mit ihren jetzigen Armeeständen von rund 350.000 Mann umfassen ein Territorium von der Größe Zisleithaniens, so daß man von einer Anhäufung der Truppen an der »Grenze« nicht gut reden kann.

Es ist klar, daß die Verbündeten an der Seine und die Befreundeten an der Themse ein neues Vorrücken Rußlands in Ostasien nicht gerne sehen. Schon deshalb ist der militärische »Aufmarsch« in den Westprovinzen notwendig, um in Paris und London den Wert der Allianz und der Entente nicht allzusehr herabsetzen zu lassen. Auch hat die Begründung mit der Haltung der Polen manches für sich. Im Laufe dieses Jahres haben manche Provokationen von seiten der Polen stattgefunden, auf welche auch die vielbesprochene Resolution des galizischen Polenklubs Bezug nahm. Anderseits hat das Wiener Kabinett sehr recht daran getan, die Haltung Rußlands nicht nach den Vorgängen in

Ostasien, sondern nach den offen zutage liegenden Handlungen in Europa, besonders auch nach dem Verhalten des russischen Gesandten in Belgrad zu beurteilen und darnach die eigene Stellungnahme einzurichten. Die Aufstellung der österreichischen Minimalforderungen gegenüber Serbien und die Erklärung, daß die Monarchie hiervon unter keinen Umständen abweichen werde, ist eine klare und grundsätzliche Politik, die sich sehr vorteilhaft von der vielfach widerspruchsvollen Haltung der übrigen Mächte, mit Ausnahme Deutschlands, abhebt.

Indessen ist zu berücksichtigen, daß es bei der Regelung der Balkanfragen neben den serbischen Hafenansprüchen noch manche andere erhebliche Schwierigkeit geben wird.

Die Meerengenfrage wird nicht mehr umgangen werden können. Wenn Bulgarien auch an das Marmara-Meer käme, wäre sie sofort gelöst, denn dann fiele das Tor an den Dardanellen von selbst fort. Deshalb will Rußland, daß der Türkei das Land mindestens bis zur Mündung der Maritza verbleibe. Aber die so geschwächte Türkei wird die Meerengen nicht mehr als ihr Eigentum betrachten können, zumal Bulgarien als Uferstaat des Schwarzen und des Ägäischen Meeres für sich die freie Durchfahrt durch die Meerengen zu fordern berechtigt ist. Es dürfte deshalb schließlich doch den Russen ein Anteil an den Meerengen zugesprochen werden müssen, was jedoch erst nach recht schwierigen Verhandlungen erreicht werden kann. — Dann tritt die schwierige Frage nach dem Schicksale der Ägäischen Inseln auf, von denen sich augenblicklich noch zwölf im Besitze der Italiener befinden, während die übrigen eiligst von Griechenland besetzt wurden. Noch schwieriger wird die Salonik-Frage werden, wo seit kurzem unter der Leitung des Wiener Zionistenführers Dr. Jakobsohn ein jüdisch-autonomistisches Komitee eine leidenschaftliche Kampagne gegen die griechische Besetzung der Stadt eingeleitet hat. Der Niederschlag dieser Bemühungen hat sich bereits im österreichischen Abgeordnetenhause merklich gemacht. Und wie soll die Forderung Rumäniens auf eine Gebietsabtretung Bulgariens erfüllt werden? Wenn diese nicht erfolgt, so wird die Stimmung in Rumänien eine böse Wendung nehmen. Man wird die Behauptung aufstellen, daß die bisherige dreibundfreundliche Haltung des Königreiches dem Lande nichts einbringe, während alle Nachbarstaaten sich vergrößern. Interessant dürfte auch die Frage werden, wer an die Spitze des künftigen albanesischen Staates treten soll. Der ägyptische Prinz Fuad, der Enkel des Albanesen Mehmed Ali, hat sich dieser Tage auch in Wien als Thronbewerber vorgestellt. Als Gelehrter und Rektor der arabischen Universität in Kairo hat er sich bereits früher viel Sympathien erworben, die ihm jetzt nützlich werden könnten. Neben dieser Kandidatur ist die des Prinzen Viktor

Napoleon aufgestellt worden, der daran erinnert, daß schon sein großer Vorfahr, Napoleon I., durch seinen Konsul Torqueville Albanien vom türkischen Joch befreien wollte, was damals der Engländer Howe von Korfu aus verhinderte. Diesen beiden Bewerbern gegenüber dürfte der württembergische Herzog von Urach nur geringe Aussichten haben, während die übrigen Kandidaten Albert Ghika, Aladro Castriota, Bib Doda und andere bereits gänzlich in den Hintergrund getreten sind.

Sollte nun wirklich zur Bereinigung dieser Fragen eine europäische Konferenz erforderlich werden, so dürfte Österreich jedenfalls dafür sorgen, daß die Angelegenheit des serbischen Hafens und die prinzipielle Frage der Autonomie Albaniens schon vorher entschieden werden."

Zweiter Artikel.

„Der Krieg ist unvermeidlich!

Die vorstehende Schilderung der diplomatischen Lage läßt leider einen Punkt außer acht: die systematischen Provokationen Serbiens gegen Österreich, sowie den Gegensatz zwischen unserer Monarchie und den Ansprüchen Serbiens auf Albanien. Weder die Warnung Österreichs, noch die freundschaftlichen Mahnungen Rußlands und Italiens haben die Machthaber in Belgrad davon abhalten können, sich in Albanien festzusetzen. Erklärt nun aber Österreich, es könne nicht gestatten, daß Serbien auch nur einen Kilometer der albanesischen Küste besetze, und tut dies Serbien dennoch, so ist das eben der Krieg! Wollte in diesem Falle unsere Monarchie nachgeben, so würde sie dadurch sich selbst aus der Reihe der Großmächte streichen. Ebensowenig ist zu erwarten, daß Serbien von dem Standpunkt, den es bis jetzt mit solcher Zähigkeit vertreten hat, abgehen wird. König Peter und seine Minister wissen, daß Österreich sein Veto gegenüber der Besetzung Albaniens nicht zurückziehen wird. Sie haben deshalb zu gewärtigen, daß schon in den nächsten Tagen die Kriegserklärung Österreichs erfolgen muß.

Es fragt sich nun, ob Serbien Aussicht hat, daß Rußland ihm zu Hilfe kommen wird. Nach der an erster Stelle gegebenen diplomatischen Darlegung ist es sehr unwahrscheinlich, daß der Zar den Serben zuliebe einen europäischen Krieg beginnen wird. Rußland steht in Ostasien vor neuen Gefahren, und in Europa würde sofort das Deutsche Reich als Bundesgenosse Österreichs auftreten. Es ist daher anzunehmen, daß nicht nur Kaiser Nikolaus am Dienstag unserem Botschafter Graf Thurn sehr friedliche Versicherungen gegeben hat, sondern daß auch Kaiser Wilhelm mit dem Zaren ein Abkommen getroffen hat, nach welchem Rußland im Falle eines österreichisch-serbischen Krieges neutral bleiben wird.

Sollte dagegen Rußland uns den Krieg erklären und gleichzeitig die Kriegserklärung Deutschlands gegen Rußland sowie die Kriegserklärung Frankreichs und Englands gegen Deutschland erfolgen, so würden wir gegen Rußland einerseits die Rumänen als Verbündete haben, anderseits würden Ruthenen, Polen, Littauer, Balten und Finnländer, im Südosten auch die Armenier, Grusinier und die anderen Kaukasusvölker gegen die Russen zu verwerten sein. Es ist nicht unmöglich, daß nach den ersten Waffenerfolgen der österreichischen und deutschen Armeen in Rußland über das Zarenreich eine ähnliche Katastrophe hereinbrechen wird, wie sie soeben die Türken ereilt hat. Jedenfalls wäre für Rußland eine Kriegserklärung ein sehr gefährliches Unternehmen.

Wie wird sich die italienische Regierung zu dem Kriege stellen? Das Königreich Italien ist zwar unser Bundesgenosse, doch kommt dieses Verhältnis den Orientfragen gegenüber nicht in Betracht. Es liegt dagegen das vom Grafen Goluchowski im Jahre 1897 durchgesetzte Abkommen betreffend die Unantastbarkeit Albaniens vor, wodurch sich Österreich und Italien gegenseitig verpflichtet haben, Albanien nicht zu besetzen oder zu annektieren. Wenn demnach Österreich der italienischen Regierung das formelle Versprechen gibt, nach der Verdrängung der Serben aus Albanien dieses Land ebenfalls sofort wieder zu räumen, so liegt für Italien nicht die geringste Veranlassung vor, aus seiner Neutralität herauszutreten. Anderseits dürften bereits zwischen Wien und Rom Abmachungen getroffen sein, wonach Italien das von ihm besetzte Rhodos und einige andere türkische Inseln erhalten wird.

Welche Haltung aber werden die Balkanverbündeten Serbiens einnehmen? Nun, soviel steht schon jetzt fest, daß Griechenland die Serben in einem Kriege gegen Österreich nicht unterstützen wird, während Bulgarien ebensosehr auf die Türken wie auf Rumänien Rücksicht zu nehmen hat. Da der Balkanbund nur für einen Kampf gegen die Türken geschlossen wurde, so bedeutet der von Serbien gewollte Konflikt mit Österreich einfach die Sprengung des Balkanbundes. Für Serbien selbst würde der Konflikt mit unserer Monarchie das Ende seiner Selbständigkeit bringen. Da dieses Land nicht im Frieden neben unserer Monarchie leben will, so muß es diesen Frieden innerhalb der Monarchie finden."

Auch die d e u t s c h e Presse wandte den Geschehnissen am Balkan ihre volle Aufmerksamkeit zu. So brachten die „Münchener Neuesten Nachrichten" in Nr. 603 vom 26. November 1912 folgenden, die Lage klar und scharf erfassenden Artikel:

„Der osteuropäische Januskopf.

München, 25. November.

Auf dem Forum in Rom stand ein Tempel, der wie kein Heiligtum das Symbol der weltherrschenden Tiberstadt war. Herrschte der Friede, dann waren die Tempelpforten geschlossen, im Krieg standen sie weit offen. Und dann sah man Janus den Gott, den Gott mit den zwei Gesichtern, von denen das eine vorwärts, das andere rückwärts schaute. So ward Janus, der älteste der Götter, auf den alle Kultur zurückgeführt wurde, der bei allen Opfern zuerst angerufen wurde, das geheimnisvolle, schreckliche Symbol des Krieges zugleich und des innern Widerspruchs des Krieges als Mittel politischer Machtbildung und kultureller Neuschöpfung und kulturwidriger Vernichtung und grausamer Zerstörung.

So ist Janus das Symbol des großen historischen Gegensatzes der Anschauungen, der seit der Menschheit Beginn in den Zeiten, die die Völker zu blutiger Auseinandersetzung zu treiben drohen, dem Kriegsmann und dem Staatsmann Denken und Handeln bestimmt.

*

Läßt man den Soldaten die Situation beurteilen, dann wird er, wenn man die letzten österreichischen Stimmen heranzieht, etwa sagen:

... Wenige Wochen nach Beginn des Balkankrieges ist die militärische Lage Europas im Begriff, sich erheblich zu verschieben. Der für Westeuropa unerwartete Ausgang des Balkankrieges ergibt als Tatsache: Niederwerfung der Türkei, bedeutende Kraftleistung des Balkanbundes, das heißt mit anderen Worten: Fast gänzliche Ausschaltung der türkischen Armee aus den militärischen Berechnungen des Dreibundes, dafür Buchung der eben bewährten militärischen Streitkräfte des Balkanbundes auf der Saldoseite der Tripleentente.

Die wichtigsten Armeen dieses Balkanbundes, die bulgarische und serbische, haben allerdings so außerordentlich schwer gelitten (Verluste bis zu 40 Prozent des Bestandes), daß sie augenblicklich sowie in der allernächsten Zeit keine besondere Beachtung beanspruchen können, zu einem Kriege gegen Österreich-Ungarn und Rumänien sind sie zur Zeit völlig außerstande. Bei der beiden Nationen innewohnenden, eben bewiesenen Tatkraft muß aber damit gerechnet werden, daß sie verhältnismäßig schnell (sicherlich in kaum zehn Jahren) wieder eine respektable Kraft erreicht haben werden. Dieser Kräfteersatz wird sich um so schneller vollziehen, als Bulgarien und Serbien neue Ländergebiete zufallen, deren Männer künftig unter ihren Fahnen, anstatt unter dem Halbmond zu dienen haben werden. Die Verluste, die mit Geld wett-

zumachen sind, werden sehr bald ersetzt sein; Leute, die gezeigt haben, was sie können und daß sie etwas wert sind, haben stets Kredit gehabt.

Es wird also mit absoluter Sicherheit an der Südgrenze Österreich-Ungarns binnen kurzem eine bedeutende slawische Militärmacht entstehen, die man künftig in militärischen Berechnungen nicht außer acht lassen kann.

Je größer in der nach dem jetzigen Kriege vorzunehmenden Generalabrechnung die Gebietsvergrößerungen Bulgariens und Serbiens bemessen werden, um so gefährlicher werden diese künftig ihren Nachbarn, vornehmlich Österreich-Ungarn und Rumänien, in politischer und militärischer Hinsicht.

Die Schaffung eines »Großserbien« muß naturnotwendig zur Folge haben, daß die serbisch-kroatischen Landesteile Österreich-Ungarns, die Slawonien bis zur Drau, Kroatien, Dalmatien, Bosnien und die Herzegowina umfassen, den Anschluß an Großserbien betreiben werden. Schon jetzt hat — wie bekannt — nach den serbisch-bulgarischen Kriegserfolgen in diesen Gebieten eine tiefgehende großserbische Bewegung eingesetzt, die aus einer moralischen sich in eine physische Schwächung der Doppelmonarchie wandeln kann, wenn im Laufe der Zeit die Zuverlässigkeit der Truppenteile mit slawischem Ersatz ins Wanken oder gar die Losreißung slawischer Gebietsteile von der Monarchie in Frage käme.

Rumänien zwischen Rußland und einer größeren slawischen Militärmacht südlich der Donau würde militärisch einfach erdrückt werden, wenn es nicht vorsichtig vorziehen würde, sich auf die Seite dieser Nachbarn zu schlagen. In der augenblicklichen hochernsten Stunde muß der Soldat den Machtverhältnissen, wie sie jetzt sind und wie sie sich gestalten können, kalt und klar ins Auge sehen, daraus seine Schlüsse ziehen und sich darauf einrichten.

Österreich-Ungarn und Rumänien müssen — das ist für sie eine Lebensfrage — die zu weitgehende Vergrößerung und damit militärische Kräftigung Serbiens und Bulgariens mit allen Mitteln hintanhalten. In zweiter Linie muß das germanische Deutschland dieses selbe Ziel verfolgen.

Aus dieser schwierigen militärpolitischen Lage und aus diesem Zukunftsausblick heraus erklärt sich die augenblickliche Haltung Österreich-Ungarns und Rumäniens.

Ob die Serben ein Fenster nach der Adria bekommen, ob die Albanesen die Autonomie, das sind nur Unterfragen in der Hauptfrage, die nicht lautet: Österreich-Ungarn oder Serbien?, sondern lautet: Österreich-Ungarn oder Rußland? Germanen oder Slawen?

Die Friedensstärke vor dem Kriege der bulgarisch-serbischen Armee betrug 9 + 5 Infanteriedivisionen. Mit der territorialen Vergrößerung dieser Königreiche wird und muß auch die Vergrößerung ihrer Streitkräfte Schritt halten, man wird ihre Gesamtfriedensstärke in wenigen Jahren, je nach den Gebietserweiterungen, auf mindestens 16—20 Infanteriedivisionen schätzen dürfen. Bei einem späteren Kriege gegen Rußland müßte Österreich-Ungarn daher nahezu die Hälfte seines 49 Infanteriedivisionen betragenden Friedensstandes — und zwar deutsche Truppen — zunächst gegen die slawischen Balkanstaaten in Rechnung stellen.

›Carpe horam!‹ muß man Österreich-Ungarn und Rumänien zurufen, und zwar um so dringlicher, als Rußland — Rußland, auf dessen aktive Hilfe die Balkanstaaten vielleicht rechnen — zu diesem Zeitpunkt — ich wiederhole früher Gesagtes nachdrücklich — unter keinen Umständen das Schwert ziehen wird, mag es noch so viel mit geheimnisvollen Mobilmachungsmaßnahmen demonstrieren. Ein kriegerisches Einschreiten erlauben ihm weder seine Finanzen, noch seine teilweise lückenhafte Rüstung, noch das gänzliche Fehlen einer Flotte, noch die Befürchtung von sofort emporlodernden Aufständen in Finnland, in Polen, im Kaukasus und im Innern, noch schließlich die Rücksicht auf seinen französischen Alliierten, der in schwerer Sorge um Nordafrika sein müßte. Rußland verkündet offiziell laut seine Friedensliebe, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe; sie ist wirklich aufrichtig gemeint.

Die Tripleentente handelt vom militärischen Standpunkt aus durchaus richtig, wenn sie jede Auseinandersetzung mit dem Schwert zwischen Österreich-Rumänien und Serbien-Bulgarien jetzt vermieden zu sehen wünscht; aber in einigen Jahren? Ja, dann liegt die Sache anders: Rußland bereit und im Besitz einer Flotte, Bulgarien und Serbien erholt von den jetzigen Wunden, Frankreich in Marokko sicherer gebettet, Rumänien vielleicht in die Zwangslage gebracht, sich von Österreich-Ungarn lossagen zu müssen, und die slawischen Südprovinzen Österreichs unruhiger, als sie es heute schon sind.

Wenn es dagegen heute dem Dreibund und Rumänien, gestützt auf ihre ungeheuren Machtmittel, gelingt, den slawischen Ausbreitungs- und Großmannsgelüsten einen festen Damm entgegenzusetzen, so wird der Friede nicht nur heute, sondern auf Jahre hinaus damit erhalten . . . .“

Meine Mission in Rumänien.

Die durch den Balkankrieg geschaffene, für Österreich-Ungarn so schwierige Lage, die es zwang, die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen und zwar auch mit Rußland ins Auge zu fassen, legte es der Monarchie nahe, sich für diesen Fall ihres südöstlichen Verbündeten, Rumäniens, zu versichern. Dabei kam es aber darauf an, den Faden mit Bulgarien (Rumäniens eifersüchtigem Rivalen) nicht abreißen zu lassen, also die zwischen Bulgarien und Rumänien bestehenden Differenzen auszugleichen, seine guten Dienste hiefür anzubieten.

Wie die Dinge damals lagen, schien dies erreichbar, wenn man Bulgarien bewegen könnte, gewisse kleinere Gebietsabtretungen an Rumänien zuzugestehen. Auch schon mit Rücksicht auf die öffentliche Stimmung in Rumänien war die Erreichung dieses Zieles erwünscht, da ein Teil der öffentlichen Meinung ohnehin nicht mit Vorwürfen an die Regierung kargte, dahin, daß Rumänien im Balkankrieg leer ausgehen würde — ein Vorwurf, der sich dann auch gegen König Carol richten konnte, der uns als die festeste Stütze des Bündnisses galt. Graf Berchtold war unentwegt bemüht, die Politik der Monarchie in diesem Sinne zu gestalten. Rumänien mit Bulgarien auszugleichen und Rumänien für den eventuellen Krieg gegen Rußland mit allen seinen Kräften aktiv zur Seite zu haben, war das Ziel.

Mitte November 1912 wurde ich zu Seiner Kaiserlichen Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand berufen und von ihm beauftragt, mich für eine Mission nach Bukarest reisefertig zu machen, um dort im obdargelegten Sinne zu wirken.

Als äußerer Anlaß hatte zu gelten, daß ich König Carol die Kondolenz Seiner Majestät des Kaisers anläßlich des Ablebens der Gräfin von Flandern, der Schwester des Königs, zu überbringen habe.

Aus diesem Grunde war es wohl auch vermieden worden, den Chef des Generalstabes hiemit zu betrauen, obgleich es sich um Abmachungen für den eventuellen Kriegsfall handelte.

Am 16. November erhielt ich die Verständigung, daß Graf Berchtold am 17. früh aus Budapest in Wien eintreffen werde und ich bei ihm Instruktionen einzuholen habe.

Bei diesem Anlasse teilte mir Graf Berchtold zunächst mit, daß er am 10. November eine Besprechung mit dem bulgarischen Kammerpräsidenten Herrn Danew hatte, der anführte, daß Rumänien an Bulgarien Ansprüche erhebe, auf die es kein Recht habe, daß deren Gewährung ein Opfer seitens Bulgariens wäre, daß Rumänien seitens Bulgariens aufgefordert worden sei, am Kriege teilzunehmen, dies aber abgelehnt habe. Jedenfalls — meinte Danew — müsse Rumänien für ein Entgegenkommen Bulgariens dadurch eine Handhabe bieten, daß es einen Druck auf die Türkei zur Herbeiführung eines Präliminarfriedens zu Gunsten Bulgariens ausübe. Danew erwähnte auch, daß Bulgarien einen baldigen Friedensschluß wünsche, ohne auf Konstantinopel zu reflektieren. Dies wäre auch für Österreich-Ungarn vorteilhaft, damit Serbien nicht weitere Fortschritte mache.

Nach diesen Mitteilungen über die Ausführungen Danews erhielt ich durch Graf Berchtold mündlich folgende Informationen für meine Mission in Bukarest:

Überreichen des Allerhöchsten Handschreibens Seiner Majestät an König Carol; Überbringen der Grüße Seiner Majestät und des Thronfolgers, sowie der Versicherung treuer Anhänglichkeit;

Wunsch Seiner Majestät, daß Rumäniens Interessen gewahrt werden, und Bestreben, nach Möglichkeit hiezu beizutragen;

Ausspruch der Genugtuung, daß Rumänien die turkophile Politik aufgegeben, dieselbe Haltung wie die Monarchie eingenommen habe und Bulgarien bei den Verhandlungen mit der Türkei unterstützen, sowie dahin wirken wolle, daß Bulgarien keinen definitiven, sondern nur einen Präliminarfrieden schließe;

Versicherung, daß bei Superrevision dieses Friedens Gelegenheit genommen werde, die Interessen Rumäniens zu wahren, sofern dies nicht schon früher gelungen wäre;

Mitteilung, daß der Dreibund demnächst erneuert wird;

Wunsch, daß Rumänien pari passu mitgehe, das bestehende Bündnis fortgeführt werde;

Aufklärung über unsere militärischen Maßnahmen;

Versuch, unser militärisches Verhältnis zu Rumänien klarzustellen und diesbezügliche Vereinbarungen analog wie mit Deutschland anzubahnen;

womöglich schriftliche Niederlegung dieser Vereinbarungen;

Wunsch, daß Rumänien beim Nachdruck auf die Türkei Bulgarien eventuell auch militärisch unterstütze;

Mitteilung, daß die Unterredung mit Herrn Danew rein informativ war, hiebei jedoch seitens Graf Berchtold die Interessen Rumäniens warm vertreten wurden.

Graf Berchtold verständigte mich, daß das Bundesverhältnis mit Rumänien von drei zu drei Jahren kündbar sei, mit einjähriger Kündigungsfrist, daß der nächste Kündigungstermin auf den 25. Juli 1913 falle, mit Ablauf am 25. Juli 1914. Er orientierte mich weiter dahin, daß die Monarchie die serbisch-montenegrinischen Erwerbungen in Albanien unter keinen Umständen akzeptiere.

Außer diesen mündlichen Informationen erhielt ich noch folgendes Schriftstück als Direktive:

„Geheim.

1. Versicherung des Wunsches Seiner Majestät, daß Rumäniens Interessen in der gegenwärtigen Krise vollkommen gewahrt bleiben, und Bestreben des Allergnädigsten Herrn, Allerhöchst hiezu nach Möglichkeit beizutragen.

2. Mitteilung des wesentlichsten Inhaltes der Konversationen mit Danew, welche im allgemeinen bloß informativen Charakter trugen und in deren Verlauf auch für Rumänien warm eingetreten wurde. Aus den Äußerungen Herrn Danews war zu ersehen, daß es für Bulgarien mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung leichter fallen würde, in der fraglichen Richtung etwas zu tun, wenn Rumänien in der Lage wäre, im Laufe der Friedensverhandlungen Bulgarien eine freundschaftliche Unterstützung zu gewähren.

3. Streng geheime Mitteilung, daß der Dreibund gegenwärtig erneuert werden soll und Hoffnung gehegt wird, daß, so wie in der Vergangenheit, auch in der Zukunft das Verhältnis mit Rumänien pari passu mit dem Dreibund fortgeführt werden wird.

4. Versuch, das Terrain für eventuelle schriftliche Niederlegung der Stipulation wegen Militärkonvention zu erkunden."

•

Am 18. November 1912 wurde ich seitens des Ministeriums des Äußern verständigt, daß sich, da Danew in Bukarest erwartet werde, meine Abreise verschieben müsse. Sie erfolgte daher erst am 28. November, nachdem ich am 27. November noch in Audienz bei Seiner Kaiserlichen Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand war.

Der Verlauf meiner Mission in Rumänien geht am besten aus meinem Seiner Majestät dem Kaiser erstatteten schriftlichen Bericht hervor, den ich während der Rückreise von Bukarest nach Wien meinem Flügeladjutanten eindiktiert hatte.

Er lautete:

„Bericht über meine Mission in Bukarest
am 29. und 30. November 1912.

Am 29. November um 12.55 Uhr nachm. in Bukarest eingetroffen, wurde ich für 2 Uhr nachm. zur Audienz bei Seiner Majestät dem König befohlen.

Ich wurde von Seiner Majestät mit ausgesuchter Freundlichkeit empfangen und war zwei Stunden — von 2 bis 4 Uhr nachm. — beim König.

Ich habe den Totaleindruck gewonnen, daß der König unbedingt treu zu seiner Bundespflicht hält, und daß er in diesem Sinn alle militärischen Vorbereitungen getroffen hat.

Ich habe das Allerhöchste Handschreiben überreicht, der König las es und war sichtlich erfreut darüber, ich habe ihm die Grüße und die Versicherung der Gefühle treuer Anhänglichkeit Seiner Majestät des Kaisers und Seiner Kaiserlichen Hoheit des Thronfolgers gegenüber dem König von Rumänien ausgedrückt, ferner habe ich betont, daß es der Wunsch Seiner Majestät des Kaisers ist, daß die Interessen Rumäniens gewahrt werden und daß die Monarchie bestrebt sein wird, dazu nach Möglichkeit beizutragen.

Dies und auch die Bemerkung, daß es mit Genugtuung empfunden wurde, daß Rumänien dieselbe Haltung angenommen habe, wie die Monarchie in Bezug auf Bulgarien und die Türkei, haben auf den König einen sichtlich guten Eindruck gemacht, und der König hat gleich erwähnt, daß er das Ansinnen des Nazim Pascha, feindselig gegen Bulgarien aufzutreten, abgewiesen habe.

Der König ist auch vollkommen dafür, auf keinen definitiven, sondern nur auf einen Präliminarfrieden hinzuarbeiten, weil er einen definitiven Frieden als die Quelle neuer kriegerischer Verwicklungen betrachten würde und er hat es auch sehr beifällig aufgenommen, als ich ausführte, daß bei einer Superrevision dieses Präliminarfriedens Gelegenheit geboten wäre, die Interessen Rumäniens speziell zu wahren, wenn dies nicht schon früher direkt gelungen sein sollte.

Der König war sehr bereit, auf alle mögliche Weise einen diesbezüglichen Druck auf die Türkei auszuüben, nur bei der Andeutung, daß dieser Druck auch durch militärische Maßregeln verschärft werden könnte, bemerkte der König, daß er dazu ein Fragezeichen machen müßte, weil es ihm wie eine Felonie vorkäme, wenn er den alten Freund — die Türkei nämlich — auch noch in diesem Zeitpunkt feindselig behandeln würde.

Der König erzählte hiebei eine Anekdote, die er in Gesellschaft mit Erzherzog Albrecht und dem russischen Gesandten Hitrowo erlebt hatte.

Sehr beifällig hat der König die Mitteilung von der Dreibunderneuerung aufgenommen, umsomehr, als er hinsichtlich Italiens doch sehr skeptisch zu sein schien.

Auf den ausgesprochenen Wunsch, daß Rumänien gleichzeitig mit dem Dreibund sein Verhältnis fortführen möge, erwiderte der König zunächst, daß ja ohnehin das Bundesverhältnis besteht und eine einjährige Kündigung bedingt, wenn es gelöst werden soll.

Auf meine Bemerkung, daß es erwünscht wäre, wenn dieses Verhältnis in gleicher Weise enger gestaltet würde, wie es zwischen den anderen Dreibundmächten der Fall ist, verhielt sich der König nicht ablehnend.

Es wäre also in dieser Hinsicht die geeignete Zeit, dies einzuleiten.

Weiter gab ich Seiner Majestät dem König die Aufklärung über unsere jetzigen militärischen Maßnahmen, bezüglich deren er im großen bereits orientiert war.

Als ich nun auf unser militärisches Verhältnis zu Rußland speziell zu sprechen kam, eröffnete mir der König, daß er in Ansehung der Möglichkeit eines Krieges bereits in der verflossenen Woche mehrere Sitzungen gehabt habe, darunter speziell eine mit dem Chef des Generalstabes, General Averescu, bei welcher die Details des Aufmarsches festgelegt wurden, und teilte mir mit, daß mich der Chef des Generalstabes, General Averescu, den folgenden Tag (Samstag) 9 Uhr vorm. eingehend darüber orientieren und es mit mir besprechen werde.

Aus dem Gespräch des Königs entnahm ich, daß Rumänien bereit ist, mit seinen vollen Kräften, das sind zehn operative Divisionen und fünf Reserve-Divisionen (mit Ausnahme von einer Division, die anfänglich in Bukarest bleibe), in den Krieg einzutreten, daß er jedoch den Aufmarsch dieser Kräfte im Raume Berlat—Galatz—Nomoleasa—Focsani plane, weiter nördlich aber bei Roman nur das IV. Korps (Jassy) aufmarschieren lasse.

Auf meine Bemerkung wegen einer eventuellen Vereinigung der rumänischen Armee bei und nördlich Jassy (Botosani) erwiderte der König, daß dies mit Rücksicht auf die Lage Rumäniens doch nicht gut möglich wäre, daß die rumänischen Kräfte schon am zehnten Tage versammelt wären und dann ja ohnehin die Offensive beginnen würde.

Für diese rechnet er, daß die rumänische Armee das russische VII. und VIII. Korps und auch Teile des kaukasischen Korps gegen sich haben werde, was letzteres ich bezweifelte.

Ich habe den Eindruck gewonnen, daß man sich mit dieser Zusage abfinden könne, da es ja vor allem darauf ankommt, überhaupt die Kräfte Rumäniens zur Verfügung zu haben.

Ich habe nun angeregt, daß die diesbezüglichen Vereinbarungen in analoger Weise, wie mit dem deutschen Generalstab, auch zwischen dem ö.-u. und rumänischen Generalstab schriftlich niedergelegt werden und habe schließlich die Zustimmung des Königs erhalten und die Erlaubnis, all dies bei der Besprechung mit General Averescu wenigstens in seinen grundlegenden Zügen durchzuführen.

Bei der Besprechung der Dreibund-Verpflichtungen kam der König auch auf die Rolle Italiens zu sprechen und teilte mir mit, daß eine Verpflichtung Italiens bestehen soll, wonach dieses etwa 40.000 Mann — oder nach einer anderen Version eine Division — zur direkten Unterstützung Rumäniens entsenden soll, welche Division natürlich, da der Seeweg nicht frei wäre, durch österreichisches Gebiet transportiert werden müßte.

Ich erklärte, daß ich von dieser Sache nichts wüßte, worauf mir aber der König erwiderte, daß gerade der italienische Gesandte in Bukarest vor ganz kurzer Zeit ihm gegenüber eine diesbezügliche Bemerkung machte.

Es wäre also tatsächlich nachzuforschen, ob eine solche Verpflichtung Italiens besteht und was in dieser Beziehung vereinbart worden ist.

Als Seine Majestät der König die allgemeine Lage zur Besprechung anregte, legte ich dar, daß die Monarchie Serbien gegenüber eine weitgehende Zurückhaltung erwies, daß sie diese Zurückhaltung aber nur deshalb walten lasse, weil sie nicht leichtfertig eine kriegerische Verwicklung über Europa heraufbeschwören will, daß die Monarchie aber fest entschlossen ist, ihre bereits fixierte Minimalforderung unbedingt aufrecht zu erhalten, auch selbst wenn es mit den Waffen sein müßte.

Diese Minimalforderung besprechend, bezeichnete ich als solche:

Die Autonomie eines ungeteilten, unzerstückelten Albaniens; die Ausschließung eines serbischen Territorialbesitzes an der Adria und hinsichtlich des Hafens nur das Zugeständnis, daß ein solcher als Freihafen — ähnlich wie Hamburg — geschaffen werde, welchen auch Serbien benützen und zu welchem sich Serbien eine Bahn bauen könnte, daß jedoch diesem Bahnbau der Anschluß Užice—Vardište vorangehen müßte.

Als der König fragte, welcher Hafen das sein könnte, erwiderte ich, daß es entweder ein dalmatinischer — der aber dann auch Freihafen wäre — oder Antivari oder äußerstenfalls Singjin (S. Giovanni di Medua) sein könnte, natürlich ohne territorialen Besitz.

Auf meine Bemerkung, daß ich mir die Hartnäckigkeit Serbiens nur aus der Unterstützung desselben seitens Rußlands erklären könne, meinte der König, er glaube, daß, wenn wir die Bedingungen so formulieren, wie es oben geschehen, Rußland entsprechend auf Serbien einwirken werde, daß es sich dieser Bedingung füge.

Gelegentlich meiner Bemerkung, daß die Entscheidung der jetzigen Frage meiner Ansicht nach davon abhängig ist, wie weit Rußland in der Unterstützung Serbiens geht, weil ich nicht glaube, daß Serbien ohne Unterstützung Rußlands einen Krieg gegen die Monarchie riskieren würde, teilte mir Seine Majestät der König einen Zwischenfall mit zwischen dem französischen und dem serbischen Gesandten und das Hinzutreten des russischen Gesandten Schebeko beim Diplomatenempfang letzte Woche, der ergab, daß der französische Gesandte den serbischen hart anließ, und daß der russische Gesandte dem französischen beipflichtete, worauf sich der serbische kleinlaut zurückzog.

Der König schien überhaupt der Ansicht zu sein, daß Rußland es wegen dieser Frage nicht zum Krieg wird kommen lassen; er erzählte mir auch, daß Offiziere in die an Rumänien grenzenden Teile Rußlands entsendet wurden und daß in diesen Gebieten keinerlei militärische Vorbereitungen zu bemerken seien, nur Gerüchte sollen umlaufen, wonach russische Truppenverschiebungen in nordwestlicher Richtung, also gegen uns, stattfinden sollen.

Ich habe dann die Besprechung dahin geleitet, daß ich auf die Solidarität der Interessen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Rumäniens, aber auch Bulgariens hinwies gegenüber einem Zusammenschluß Rußlands mit Serbien.

Der König meinte, daß diese Ansicht gänzlich der seinigen und der Richtung seiner Politik entspreche, so daß ich die Ansicht gewann, die rumänische Regierung ziele darauf ab, mit Bulgarien dauernd ein freundschaftliches Verhältnis herzustellen.

Der König kam nun auf die Mission des Danew in Budapest zu sprechen, und ich teilte Seiner Majestät mit, daß die Gespräche mit Danew nur informativen Charakter und hauptsächlich die Unterstützung der rumänischen Forderungen durch die Monarchie zum Ziele hatten. Auf meine Äußerung, daß Danew erwähnte, Rumänien sei von Bulgarien zur Mitwirkung aufgefordert worden, erwiderte der König, daß das ganz unwahr ist und von einer Aufforderung Bulgariens zum Mittun absolut keine Spur gewesen ist.

Auch erfuhr ich gesprächsweise, daß das monarchiefeindliche Auftreten Hartwigs in Serbien auch auf die Beziehungen des Großfürsten Nikolaus zur Frau des Herrn von Hartwig zurückzuführen sei.

Als ich nun weiter auf Gebietsabtretungen seitens Bulgariens zu sprechen kam, teilte mir der König mit, daß Rumänien drei Alternativen im Auge habe: eine maximale, die ziemlich weit nach Bulgarien hineinreicht, ohne aber Varna und Šumla einzuschließen, eine mittlere, die Silistria in sich begreift, und eine minimale, die Silistria wegläßt.

Der Grund des Verlangens nach dieser Grenzregulierung ist:

1. die Schaffung etwas günstigerer strategischer Bedingungen und
2. die Dokumentierung der Anerkennung der Dobrudža als Besitz Rumäniens seitens der Bulgaren.

Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß es die Monarchie unbedingt durchsetzen muß, daß Rumänien diesen Wunsch erfüllt erhält, weil sonst der König, der doch die ganze Stütze der äußeren Politik ist, in eine schiefe Stellung zu seinem Volk und Land käme, wodurch jenen Parteien Vorschub geleistet würde, die den rege betriebenen Einflüsterungen Rußlands Gehör schenken und der Politik des Königs ohnehin den Vorwurf machen, daß Rumänien infolge versäumten Eingreifens in den jetzigen Balkankrieg leer ausginge.

Nach 4 Uhr nachmittags war die Audienz bei Seiner Majestät dem König beendet, und ich machte nun persönliche Besuche beim Ministerpräsidenten und Minister des Äußern Maiorescu, Chef des Generalstabes General Averescu, Kriegsminister General Herjeu, Korpskommandanten General Crainiceanu und dem Festungskommandanten GM. Zottu, ehemaliger Chef des Generalstabes, nachdem vorher schon bei zwei Staatssekretären, den übrigen Ministern und dem Generaladjutanten Seiner Majestät und bei unserer Vertretung in Bukarest Karten abgegeben wurden.

Um 7 Uhr abends wurde mein Flügeladjutant von Seiner Majestät dem König in halbstündiger Audienz empfangen.

8 Uhr abends war Diner beim Ministerpräsidenten Maiorescu, an welchem auch teilnahmen:

die Minister Take Jonescu, Marghiloman und Filipescu, der Kriegsminister Herjeu, der Chef des Generalstabes General Averescu, von unserer Vertretung in Bukarest der ö.-u. Gesandte Prinz zu Fürstenberg, der Legationsrat Baron Haymerle und Oberstleutnant von Hranilovič, ferner der mir zum Ehrendienst zugeteilte Kapitän des Generalstabes Ressel und mein Flügeladjutant Major Kundmann.

Nach dem Diner führte mich Maiorescu in einen Salon, in welchem wir beide allein konferieren konnten.

Bei dieser Besprechung teilte mir Maiorescu mit, daß er nach meiner Audienz beim König war und ihm der König viel aus der Unterredung mitteilte.

Maiorescu begann nun gleichfalls über diese Angelegenheit zu sprechen, und ich gewann den Eindruck, als ob Maiorescu bemüht wäre, die Zusagen des Königs etwas abzuschwächen, oder daß er besorgt habe, daß der König in seinen Zusagen vielleicht zu weit gegangen wäre, weil er (Maiorescu) nämlich zu sehr die Hoffnung aussprach, daß sich die Sache friedlich beilegen möge, und weil er betonte, daß Rumänien bei einem Angriff auf die Monarchie treu seiner Bundespflicht nachkommen würde, so daß ich den Eindruck gewann, als ob er meinte, daß, wenn die Monarchie selbst der Angreifer wäre, Rumänien zu einer solchen Hilfe nicht verpflichtet sein würde.

Er sprach dies keineswegs derart aus, aber ich glaubte, dies zwischen den Zeilen lesen zu können.

Auf das hin entwickelte ich ihm den Hergang der jetzigen Situation und legte ihm dar, wie sehr der Zusammenschluß Rußlands und Serbiens eine Gefahr für Deutschland, Österreich-Ungarn, Rumänien und auch Bulgarien bilde und wie daher gerade diese Staaten darauf angewiesen sind, diesem Zusammenschluß Rußlands und Serbiens gegenüber solidarisch aufzutreten.

Ich setzte ihm weiter eingehend auseinander, daß sich die Monarchie im vollen Gefühle der schweren Verantwortung für ganz Europa äußerst langmütig erwiesen habe, daß sie zugesehen habe, wie Serbien überhaupt diesen Krieg vom Zaune brach, daß sie selbst ruhig blieb, als Serbien die Gebiete des Sandžak betrat, daß sie aber unbedingt ein Veto einlegen mußte, als Serbien seine Aspirationen an die Adria ausdehnte, daß die Monarchie nunmehr gleich beizeiten diesen ihren Standpunkt klarlegte, welcher die Autonomie Albaniens und die Lösung der Hafenfrage in ihrem Sinne betraf und daß die Monarchie unter gar keinen Umständen von diesem Standpunkt weicht, sondern ihn auch auf die Gefahr eines Krieges hin vertreten würde.

Ich erwähnte, daß es nunmehr an Rußland läge, sich klar zu werden, wie weit es in der Unterstützung Serbiens geht, wenn es einen großen europäischen Krieg vermieden haben will.

Ich legte ihm dar, daß Rußland der einzige Staat war, welcher von der Aktion der Balkanstaaten schon lange vorher wußte, und daß Rußland hinterhältig genug war, dies allen anderen Staaten und auch Rumänien gegenüber zu verbergen.

Ich kam auch auf Frankreich und England zu sprechen, erwähnte, daß Frankreich seiner großen finanziellen Engagements wegen den Krieg nicht wünschen werde und daß England kaum gewillt sein dürfte, es zu einem Seekrieg mit Deutschland kommen zu lassen, weil selbst wenn die deutsche Flotte dabei vernichtet werden würde, auch die

englische eine derartige Einbuße erleiden würde, daß die Machtstellung Englands, die doch nur auf der Flotte beruht, schwer getroffen wäre, daß es somit tatsächlich Rußland ist, von dem es abhängt, ob es zu diesem Krieg kommt oder nicht.

Minister Maiorescu verfolgte meine Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit, dankte mir sehr für diese Darlegungen und bemerkte nur, daß er nunmehr klar sehe, wie man die Sache auffaßt.

Ich hatte nun noch eine Besprechung mit dem rumänischen Minister des Innern Take Jonescu, bei welcher dieser auf die kutzowalachischen Elemente zu reden kam und mir mitteilte, daß sich Rumänien für diese sehr interessiere und auch in mehreren Städten Albaniens, z. B. Elbassan, Berat etc., rumänische Schulen unterhalte.

Von verschiedenen Seiten, insbesondere auch vom Minister Maiorescu wurde hervorgehoben, mit welcher Aufmerksamkeit meine Entsendung nach Bukarest verfolgt wird und wie beifällig dieser Schritt Seiner Majestät des Kaisers hier aufgenommen wurde.

Nicht unerwähnt aber kann ich es lassen, daß mir Maiorescu ganz loyal mitteilte, daß außer ihm selbst auch noch der russische Geschäftsträger Schebeko vom König am selben Tage empfangen wurde und daß Seine Majestät letzterem über die Überreichung des Handschreibens und über den ersten Teil seines Inhaltes Mitteilung machte, wobei ich mich des Eindruckes nicht erwehren konnte, daß diese Rücksicht auf den russischen Vertreter darauf abziele, Rußland nicht zu verstimmen.

Schebeko hat offiziell im Namen des Zaren kondoliert, es war aber durchsichtig, daß die Audienz wegen meiner Ankunft angesucht worden war.

In Rumänien ist eine große Partei, die Angst vor einem Konflikt mit Rußland hat.

Der König ist nicht vollkommen orientiert über die Strömungen im Lande, so daß ihn der Kronprinz schon einmal aufklären wollte, es aber dann unterlassen hat, weil der König dies voraussichtlich abgewiesen haben würde.

Am Abend ließ mir Seine Majestät der König sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift in einem Silberrahmen überreichen und verlieh meinem Flügeladjutanten das Komturkreuz des Ordens der rumänischen Krone.

Am 30. November 9 Uhr vorm. erschien der Chef des Generalstabes, General Averescu, bei mir in jenem Teil des königlichen Schlosses, wo ich als Gast des Königs abgestiegen war, und wir hatten bis gegen 11 Uhr vorm. unter vier Augen Besprechungen der gemeinsamen

militärischen Maßnahmen, wobei ich vollen Einblick in den rumänischen Aufmarsch erhielt.

Es kam mir nun vor allem darauf an, die getroffenen Vereinbarungen sofort wenigstens in großen Zügen schriftlich festzulegen, ich fertigte daher ein Pare aus, während General Averescu eine Abschrift desselben niederschrieb.

Diese nur dem König und General Averescu bekannten Festsetzungen hätten nun als Basis für die weiteren schriftlichen Vereinbarungen zwischen beiden Generalstäben zu dienen, wurden in einem Pare von Seiner Majestät dem König von Rumänien eingesehen, während das zweite gleichlautende Pare Seiner Apostolischen Majestät dem Kaiser zur Allerhöchsten resp. Seiner Kaiserlichen Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand zur Höchsten Einsichtnahme vorgelegt wird.

Speziell sei noch erwähnt, daß die rumänische Grenzsicherung am Pruth in vier Abschnitte, korpsweise geteilt, mit der linken Flügelabteilung bei Dorohoj (dort Infanterie-, sonst Jägerbataillone) gedacht ist.

Die Rosiori-Kavallerie wird zum sofortigen Einbruch nach Rußland (mit sechs Regimentern) bereit sein.

Operationsbereitschaft am zehnten Mobilisierungstage.

Das IV. Korps schon früher, ungefähr am siebten Mobilisierungstage.

Obige konkrete Daten tragen streng reservierten Charakter.

Von 11 bis 12 Uhr vorm. wohnte ich dem in Anwesenheit des Königspaares stattgefundenen feierlichen Trauergottesdienste für die verstorbene Schwester des Königs, weiland die Gräfin von Flandern bei.

Vor Beginn des Gottesdienstes hatte ich Gelegenheit, mit dem gewesenen Ministerpräsidenten Bratianu, der der liberalen Partei angehört, über die jetzige Lage und über die Position Österreich-Ungarns zu sprechen. Ich erwähnte ihm gegenüber, daß die Monarchie bezüglich Nachgiebigkeit gegenüber Serbien bis zum äußersten gegangen ist und alles seine Grenzen hat.

Um 12.30 Uhr nachm. wurde ich von Ihrer Majestät der Königin in halbstündiger Audienz empfangen.

Die Königin wäre sehr für den Frieden und Annäherung an Bulgarien, würde einen Krieg mit Rußland für ein großes Unglück betrachten und zeigte eine große Verachtung für das serbische Königshaus.

Vor Beendigung der Audienz lud mich Ihre Majestät für 4 Uhr nachm. zum Tee ein.

Nach 1 Uhr nachm. war Dejeuner beim ö.-u. Gesandten Prinz zu Fürstenberg, wo ich erneuert Gelegenheit fand, mit General Averescu und dem Ministerpräsidenten Maiorescu Rücksprache zu pflegen.

Maiorescu hat hiebei wieder erkennen lassen, daß es ihm am liebsten wäre, wenn die ganze Sache friedlich beigelegt würde, hat auch gemeint, daß unser einmütiges Zusammenhalten dazu beitragen wird, worauf ich ihm erwiderte, daß unsere Einmütigkeit nur dann wirksam sein wird, wenn man in Rußland sieht, daß wir auch gewillt sind, mit den Waffen in der Hand unser Recht wirklich zu vertreten und uns nicht scheuen, in einen Krieg einzutreten, dessen Bedeutung und große Verantwortlichkeit für Europa wir allerdings kennen.

Er hat auch wieder über verschiedene Strömungen in Rußland gesprochen und die unschöne Rolle des Herrn von Hartwig, des russischen Vertreters in Serbien, hervorgehoben.

Hierauf hatte ich noch eine Besprechung mit unserem Gesandten Prinz zu Fürstenberg, der erneuert die Notwendigkeit betonte, daß Rumänien durch Österreich-Ungarn die Grenzkompensationen bekomme und nicht etwa durch Rußland, welches die analoge Ambition habe.

Diese Notwendigkeit liegt eben darin, die Dispositionen des Königs in der öffentlichen Meinung zu festigen, damit es nicht heißt, dieser habe 30 Jahre eine falsche Politik gemacht und damit nichts erreicht.

Um 3.45 Uhr nachmittags empfahl ich mich vom Prinzen zu Fürstenberg und erschien um 4 Uhr nachmittags bei Ihrer Majestät der Königin zum Tee, wo sich auch Seine Majestät der König einfand, und wurde mir die seltene Auszeichnung zuteil, mit dem Königspaar ganz allein bis zur Abfahrt zum Bahnhof verweilen zu dürfen.

In Begleitung des Flügeladjutanten Seiner Majestät des Königs fuhr ich sodann direkt zum Bahnhof, wo ich 5.35 nachmittags eintraf.

Um 5.40 nachmittags ging der Zug nach Wien ab; am Bahnhof hatten sich zur Verabschiedung unter anderen der Ministerpräsident Maiorescu, die Generale Averescu und Crainiceanu, dann Prinz zu Fürstenberg mit den Herren der Gesandtschaft eingefunden.

Während der Fahrt, es war 10.30 nachts, wurde ich vom Redakteur Herrn Ciocârdia der Bukarester Zeitung „Universul“ um ein Interview gebeten.

So unangenehm mir dies war, gab ich doch dieser Bitte statt und ging wie folgt auf seine Fragen ein.

Auf die Frage um den Grund meines Kommens erwiderte ich ihm, daß ich ein Handschreiben Seiner Majestät meines Kaisers an Seine Majestät den König von Rumänien überbrachte mit dem Beileid zum jüngsten Todesfall in der Familie des Königs und mit dem Ausdruck

der freundschaftlichen Gefühle der Monarchie für die Interessen Rumäniens.

Auf die Frage, ob es zum Krieg kommen wird, antwortete ich, daß ich diesbezüglich nicht prophezeien könne und daß vielleicht in ganz Europa überhaupt niemand ist, der diese Frage jetzt bestimmt beantworten könnte, daß aber jedenfalls viel von der Einsicht der kriegführenden Mächte abhänge.

Auf seine Bemerkung, daß sich jetzt in Rumänien große Meinungsverschiedenheiten äußern, ob es besser gewesen wäre, sich an dem Kriege am Balkan zu beteiligen, sei es gegen oder für den Balkanbund, oder unbeteiligt zu bleiben, sagte ich ihm, daß ich mich darüber nicht äußern kann, aber glaube, daß die Leute, die jetzt so oder so reden, wenn man sie anfangs gefragt hätte, auch nicht gewußt hätten, was sie richtigerweise machen sollen. Im übrigen hat Rumänien das Glück, einen so weisen und weitblickenden Monarchen zu haben, daß es sich ruhig der Führung seines Königs anvertrauen kann.

Ich habe diesen Redakteur — gegen mein sonstiges Prinzip — diesmal empfangen, weil ich nicht unfreundlich sein und die öffentliche Meinung Rumäniens nicht vor den Kopf stoßen wollte, umsomehr als es meine Aufgabe war, die Beziehungen zwischen der Monarchie und Rumänien zu fördern und ich vielleicht dazu beitragen konnte, daß die Presse auch in diesem Sinne schreibt, ferner um allen an meinen Besuch geknüpften Ausstreuungen und Mißdeutungen, welche von Österreich-Ungarn feindlichen Parteien lanciert werden könnten, die Spitze abzubrechen.

Dieser Bericht wurde vollinhaltlich nur Seiner Majestät dem Kaiser und Seiner Kaiserlichen Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand unterbreitet und auszugsweise unter Weglassung der Ausführungen rein militärischer konkreter und operativer Natur dem k. u. k. Minister des Äußern übergeben.

Wien, am 2. Dezember 1912. Conrad, G. d. I."

Die im Bericht angeführten schriftlichen Vereinbarungen zwischen mir und dem rumänischen Chef des Generalstabes General Averescu lauteten:

„Bukarest, 30. November 1912.

1. Die operativen Vereinbarungen hinsichtlich der Kooperation werden zwischen dem rumänischen und ö.-u. Generalstabe schriftlich festgelegt, analog wie mit dem deutschen Generalstab.

2. Im Falle der Kooperation gegen Rußland versammelt Rumänien sein 4. Korps bei Roman, sein 1., 2., 3., 5. Korps im Raume Berlat—Foksani—Tekuc.

3. Von den Reservedivisionen drei bis vier bei Buzeu, eine in der Dobrudža, erstere mit der Bestimmung, vorgezogen zu werden.

4. Die Hauptoperation würde sich voraussichtlich zunächst gegen Kiszinew richten.

5. Die nächsten ö.-u. Kräfte wären im Raume Tarnopol—Trembowla —Czortkow, Teile bei Czernowitz versammelt.

General Averescu m. p.
Conrad von Hötzendorf m. p., G. d. I."

Faßte man das Gesamtresultat der Mission zusammen, so ergab sich, daß König Carol mit dem gemeinsamen Krieg Österreich-Ungarns und Rumäniens gegen Rußland rechnete, daß die diesbezüglichen militärischen Festsetzungen schon sehr konkrete Form angenommen hatten und nach all dem anzunehmen war, daß zu dieser Zeit Rumänien an der Seite der Monarchie eingegriffen hätte, wenn die Monarchie in einen Krieg gegen Rußland verwickelt worden wäre.

Auch die rumänische Öffentlichkeit, so sehr sich insbesondere der französische Gesandte auch bemühte, war damals noch keineswegs schon im Banne der Entente, sondern hauptsächlich auf das Verhältnis zu Bulgarien und auf die eigentlich geringfügigen Gebietsabtretungen gerichtet, die es von letzterem erwartete. Selbst das Schicksal der in Mazedonien lebenden Kutzowalachen beschäftigte sie.

König Carol aber war ein deutscher Charakter. Er hatte nichts von der Verschlagenheit, wie sie so häufig den Staatsmännern des Ostens zu eigen ist. Sein ganzes Wesen mir gegenüber trug den Stempel des aufrichtigen Zusammengehens mit Österreich-Ungarn, wenn auch bei aller Wahrung seiner Selbständigkeit. Die herzliche Art, mit der ich als Gast im königlichen Schlosse aufgenommen und sowohl vom König als der Königin behandelt worden war, dies insbesondere gelegentlich des im Bericht erwähnten Nachmittags-Tees, war frei von jeder Mache. Auch sprach König Carol mit einer Offenheit über die politischen und militärischen Fragen, wie sie nur unter Bundesgenossen zulässig erscheint.

Seiner Beurteilung der russischen Armee, deren vorzügliche Eigenschaften er ebenso hervorhob, wie deren Mängel, schloß er äußerst interessante Mitteilungen aus dem Kriege 1876—77 an. Insbesondere aus der Zeit, in der er den Oberbefehl bei Plewna führte. Er charakterisierte die russischen Generale und wie er genötigt war, die Entfernung einzelner derselben zu verlangen. Die Königin perhorreszierte den Krieg, tadelte das ganze Gehaben Serbiens, kam mit Abscheu auf den Königsmord in Belgrad und auf die Art zu sprechen, in der das Haus

Karageorgjević sich des Thrones bemächtigte. In ihrer zartsinnigen, poetischen Denkungsweise berührte sie mannigfache Fragen. Jedes ihrer Worte war vom Geiste edelster Menschlichkeit durchweht. Unsere Konversation war eine so rege, daß, als der diensthabende Adjutant meldete, es sei Zeit nach dem Bahnhof zu fahren, das Königspaar noch einen kleinen Aufschub verfügte. Ich habe heute noch deutlich dieses Beisammensein im Teesalon vor Augen, den ich mit dem Empfinden verließ, von zwei außergewöhnlichen Persönlichkeiten zu scheiden. Ich habe beide seither nie wieder gesehen.

In Herrn Maiorescu hatte ich einen ernsten, überlegten, zuverlässigen, dem freundschaftlichen Verhältnis zu Österreich-Ungarn geneigten Politiker, in General Averescu einen vornehmen, chevaleresken General mit klarem Urteil und bestimmtem Willen kennen gelernt. Die Besprechung mit ihm erstreckte sich auch auf Einzelheiten einer etwaigen gemeinsamen Operation. Er erwies sich als genauer Kenner der russischen Armee, an deren Manövern er in längerer Mission teilgenommen hatte. Ein hierüber von ihm verfaßtes, sehr interessantes Buch machte er mir zum Geschenk. In Belzy in Beßarabien geboren, lag es für ihn nahe, die Wiedergewinnung Beßarabiens für Rumänien auch aus persönlichen Gefühlsgründen anzustreben. Der Gewinn Beßarabiens stand ja im Falle erfolgreichen gemeinsamen Krieges in Aussicht.

Weniger beruhigt betreffs des Verhältnisses zu Österreich-Ungarn war ich hinsichtlich der Herren Bratianu, Take Jonescu und wohl auch Filipescu, im Gegensatz zu Herrn Marghiloman, der mir dem Bunde zuzuneigen schien.

Schließlich nahm ich den Eindruck mit, daß unsere Vertretung in Bukarest bei dem k. u. k. Gesandten Karl Prinz Emil zu Fürstenberg in vorzüglichen Händen lag.

In Bulgarien stand man den mehrerwähnten, von Rumänien geforderten Grenzregulierungen, resp. Gebietsabtretungen *damals*, also gegen Ende November 1912, noch ablehnend gegenüber. So schrieb ein bulgarisches Blatt:

„Die Rumänen sollen zuerst ihre eigenen Bauern aus der Knechtschaft der ›Tschokojen‹ (Gutsbesitzer) befreien, dann werden deren Söhne gute und begeisterte Soldaten werden. Erst nachdem Rumänien diese große, jedoch edle und unaufschiebbare Arbeit für die geistige und kulturelle Hebung und Einigung des Volkes, das innerhalb der Grenzen des Landes lebt, geleistet haben wird, werden die Rumänen an *die politische Vereinigung des ganzen rumänischen Volkes denken können*. Zu diesem Behufe ist aber eine ruhige

Entwicklung nötig, nicht aber eine »Grenzregulierung« an der südlichen bulgarischen Grenze, auf welche einige Politiker und Diplomaten Mitteleuropas die Aufmerksamkeit der rumänischen Staatsmänner zu lenken sich bemühen. Hoffentlich wird die liebe Mühe vergeblich sein, was für beide Nachbarstaaten vom Vorteil sein wird, denn beide haben viel Wichtigeres zu tun, als an eine solche »Regulierung« zu denken, die zu schweren Folgen führen könnte."

Dieser Artikel läßt die Absicht durchscheinen, Rumäniens Aspirationen für die Zukunft von Bulgarien ab auf Österreich-Ungarn hinzulenken. Im übrigen haben die darin vertretenen Anschauungen in der Folge eine wesentliche Korrektur erfahren, als sich das Kriegsglück gegen Bulgarien wendete.

Wie sehr indessen Graf Berchtold bestrebt war, die Differenzen zwischen Bulgarien und Rumänien in einem die Interessen der Monarchie wahrenden Sinne auszugleichen, geht auch aus folgendem Telegramm (Nr. 160 vom 25. November 1912) an Graf Tarnowski, den ö.-u. Gesandten in Sofia, hervor:

„Einem Gespräche des türkischen Botschafters in Berlin, welcher sich auf der Durchreise nach Bukarest, beziehungsweise Konstantinopel hier aufgehalten hat, entnahm ich, daß seine Mission bei König Carol dahin gehe, Rumänien für die Idee zu gewinnen, ein Mahnwort nach Sofia zu richten und durch eine eventuell daran geknüpfte Drohung einen Druck auf die bulgarische Regierung auszuüben.

Ich habe König Carol hievon mit dem Bedeuten in Kenntnis setzen lassen, daß ein Eingehen auf eine solche türkische Insinuation der Richtschnur unserer Politik nicht entsprechen würde und daß es mir im Gegenteil wünschenswert schiene, wenn auf Grund eines rumänisch-bulgarischen Einverständnisses ein Druck in Konstantinopel ausgeübt werden könnte.

Ich bin hiebei von der Anschauung ausgegangen, daß jetzt vielleicht der Zeitpunkt gekommen wäre, wo Rumänien — wie mir dies Herr Danew in Budapest suggerierte — Bulgarien einen so wertvollen Dienst leisten könnte, daß letzteres Rumänien die von ihm angestrebte Grenzregulierung als Gegenleistung für seine Mitwirkung zugestehen könnte.

Einer telegraphischen Meldung Prinz Fürstenbergs entnehme ich, daß der Gedanke eines Druckes auf die Türkei behufs Friedensschlusses und gleichzeitiger Sicherung einer bulgarischen Kompensation lebhaftes Interesse und ungeteilte Zustimmung bei König Carol, der Nizami Pascha noch nicht gesehen hatte, begegnet habe.

Euer Hochgeboren wollen Vorstehendes zur streng vertraulichen Kenntnis Herrn Guechows bringen und sich sodann in nachfolgendem Sinne vernehmen lassen:

Wenn es dem Kabinett von Sofia gelingt, sich mit Rumänien zu verständigen und seinen Einfluß in Belgrad dahin geltend zu machen, daß Serbien seine Ambitionen auf einen territorialen Zuwachs bis zur Adria, die es mit uns in Gegensatz bringen mußte, aufgebe, so könnte Bulgarien bei der definitiven Regelung der Balkanfragen auf unsere und Rumäniens Unterstützung rechnen.

Es erscheine uns im Interesse Bulgariens, daß, wenn es jetzt oder später zur Einstellung der Feindseligkeiten kommt, dies nicht auf Grund eines endgültigen Abkommens, sondern bloß einer noch revisionsfähigen Vereinbarung erfolge.

Der Kriegsverlauf habe es mit sich gebracht, daß Bulgarien, obwohl es die größten Siege mit den größten Opfern erfochten habe, doch einen unverhältnismäßig geringeren Besitzstand an faktisch okkupiertem Territorium aufweist als Griechenland und Serbien. Dies könnte es mit sich bringen, daß Bulgarien einer Teilung zustimme, welche weit davon entfernt wäre, die berechtigten Ansprüche der Nation zu befriedigen.

Es dürfte sich sohin für Bulgarien der Wunsch nach einer Revision einstellen, bei der wir seinerzeit umsomehr dem bulgarischen Standpunkte unsere Unterstützung angedeihen lassen könnten, als wir bekanntlich unter keinen Umständen die sich im Laufe des Krieges ergebenden militärischen Okkupationen an der albanesischen Küste als Basis für die definitive Regelung akzeptieren.

Aus Vorstehendem dürfte Herr Guechow ersehen, daß, wenn Bulgarien auf unseren Standpunkt entsprechend Rücksicht nimmt, wir bereit wären, dem Königreiche sowohl direkt als auch durch Einwirkung in Bukarest, sei es im jetzigen Zeitpunkt, sei es im weiteren Verlaufe der Ereignisse, eine wertvolle Unterstützung zu leihen."

Über die Beurteilung, welche meine Sendung in der rumänischen Publizistik erfuhr, gibt ein Artikel des Bukarester Tagblattes vom 1. Dezember 1912 Aufschluß.

Nach Hervorhebung der pietätvollen und besonderen Teilnahme Kaiser Franz Josephs an dem Trauerfall in der Familie König Carols und der diesem damit bewiesenen Sympathie bringt der Artikel folgende Stellen:

„Gilt diese Sympathie dem rumänischen Königshause, so gilt sie auch dem Lande und dem Volke, das in Freud und Leid zu seinem König steht, und deshalb wird auch vom ganzen Volke die Entsendung des Generals Conrad von Hötzendorf als ein Symptom der innigen

Beziehungen aufgefaßt, die zwischen den beiden Reichen bestehen und von beiden Herrscherhäusern sorgsamst gepflegt werden. Diese Freundschaft ist aber ganz besonders wertvoll in einer Zeit, die man auch hierzulande als eine kritische beurteilt. Gerade der Moment, in welchem die Entsendung des Generals erfolgt ist, gibt derselben eine besondere Weihe. Darin manifestiert sich also neben der Freundschaft der Höfe die Freundschaft, die von Volk zu Volk geht, und als solches Zeichen wird sie hier mit besonderer Wärme begrüßt. Auch wenn wirklich kein anderer Zweck mit diesem Besuch am Königshof verbunden ist, erscheint er schon an sich bedeutungsvoll genug.

Aber ist wirklich kein anderer Zweck damit verbunden? Mag sein, daß offiziell kein anderer Zweck damit verbunden ist, allein in einem Augenblicke, in welchem Europa in Waffen starrt, in welchem die Frage Krieg oder Frieden? auf aller Lippen schwebt, in welcher die Sorge um den nächsten Tag alle Herzen erfüllt, kann unter Staatsmännern, die miteinander in Berührung kommen, nicht bloß die subjektive Beileidskundgebung, so edel sie auch ist, der alleinige Gegenstand der Besprechung sein! Daß unser König eine staatsmännische Persönlichkeit von seltener Begabung ist, das hat seine nun 46jährige Regierung gezeigt. Conrad von Hötzendorf will zwar »nur Militär« sein, aber in einer Zeit, in welcher die Waffen über das Geschick von Völkern, von Staaten und Dynastien entscheiden, kann auch der Soldat sich politischer Anschauungen nicht entschlagen und man würde gegen die Höflichkeit, die man dem hohen Gast schuldet, verstoßen, wenn man von ihm annehmen wollte, daß er an den Erscheinungen des Tages vorübergeht, ohne sie nicht bloß vom militärischen, sondern auch vom politischen Gesichtspunkte ins Auge zu fassen. Niemand hat dem Gespräche beigewohnt, das zwischen dem König und dem Abgesandten des Kaisers Franz Joseph stattfand, aber jeder hat die untrügliche Empfindung, daß dabei der Tatsachen gedacht wurde, die ganz Europa in Aufregung versetzen. Man kann es daher als gewiß annehmen, daß die Balkanfrage einen Gegenstand der Konversation gebildet habe.

Wenn man nun mit dieser — wie wir glauben, unwiderleglichen — Schlußfolgerung die Veröffentlichungen zusammenhält, welche in der Presse der ganzen Welt das treue Zusammengehen Österreich-Ungarns mit Rumänien betonen, so kann man, ohne befürchten zu müssen, daß man von den Ereignissen werde dementiert werden, aus dem Besuch des Generals Conrad von Hötzendorf beim König Carol wohl den weiteren Schluß ziehen, daß dadurch vor aller Welt demonstriert wird, das Freundschaftsverhältnis zwischen den beiden Staaten bestehe nicht nur fort, sondern habe an Kraft und Tiefe zugenommen. In diesem

Sinne betrachten wir auch die Anwesenheit des Generals Conrad von Hötzendorf als ein Friedenssymptom. Denn das Zusammengehen der Dreibundmächte mit Rumänien gibt Mitteleuropa den Anblick einer Militärmacht, mit der man rechnen muß, wenn man den Frieden stören will . . . Wenn man aber darauf verweist, daß Rüstungen stattfinden, die man nicht ableugnen kann, so sei denen gegenüber auf die bewährte Regel verwiesen: si vis pacem para bellum!"

Meiner Reise hatte sich auch im Auftrage des Handelsministeriums Herr Sektionschef Riedl angeschlossen, der im Sinne einer Zollunion zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien wirken sollte: ein Zollbund, der mehr als 80.000 km² mit 60 Millionen Einwohnern umfaßt hätte. Ein von Sektionschef Riedl verfaßtes Exposé führte die beiderseitigen Vorteile einer solchen Vereinigung in eingehendster Weise aus. Darauf näher einzugehen ist hier nicht der Ort, doch möchte ich wenigstens folgendes hervorheben:

Die ö.-u. Monarchie konnte ihren Bedarf an Brotgetreide (Weizen und Roggen) nicht decken.

Im Jahre 1910 betrug die Ernte an solchem 10,673.000 *t*, der Verbrauch 10,974.000 *t*, durch Einfuhr mußten gedeckt werden: 301.000 *t*; in Rumänien ergab die Ernte 3,187.000 *t*, zur Ausfuhr gelangten 2,116.000 *t*. Allerdings war in Rumänien die Ernte des Jahres 1910 eine Ausnahmsernte. Als Normalernte kann jedoch eine solche von 1,900.000 *t* gelten, bei einem Eigenbedarf von 800.000 *t*, so daß ein Überschuß von 1,100.000 *t* bleibt.

Man vergegenwärtige sich die Bedeutung dieser Ziffern für die Verpflegung in einem großen Kriege!

Welche Schicksale die Bemühungen des Herrn Sektionschefs Riedl hatten, welche Widerstände sie fanden, weiß ich nicht; daß diese Zollunion jedoch nicht zustande kam, bleibt bedauerlich; sie hätte auch das politische Zusammengehen gefördert.

Nach Wien zurückgekehrt, war ich für den 2. Dezember zur Audienz bei Erzherzog Franz Ferdinand, für den 3. Dezember zu jener bei Seiner Majestät befohlen.

Seiner Kaiserlichen Hoheit erstattete ich eingehendst Bericht über den Verlauf der Mission und überbrachte ihm die Grüße des rumänischen Königspaares mit der Versicherung, daß sein in Aussicht gestellter Besuch in Bukarest freudigst aufgenommen würde.

Ich bat Seine Kaiserliche Hoheit, zu betreiben, daß die Konvention mit Rumänien ebenso präzise gefaßt werden möge, wie jene des Drei-

bundes, Prinz Fürstenberg also diesbezügliche Instruktionen erhalte. Weiter bat ich um Einflußnahme, daß Rumäniens Waffenbestellungen in Steyr möglichst beschleunigt ausgeführt werden.

(Rumänien hatte, ohne die Kammer vorher zu befragen, 80 Millionen Francs votiert für außerordentliche Heeresanschaffungen, darunter auch große Bestellungen in Steyr, so: 100.000 Gewehre, 30.000 Karabiner etc.).

Ferner bat ich um Förderung der Aktion des Sektionschefs Riedl und übergab Seiner Kaiserlichen Hoheit schließlich die streng geheimen Vereinbarungen mit General Averescu.

Am 3. Dezember vormittags empfing mich in Schönbrunn Seine Majestät. Ich überreichte ein von König Carol an Seine Majestät gerichtetes Handschreiben, berichtete eingehendst über den Verlauf der Mission und über die Vereinbarungen mit dem rumänischen Chef des Generalstabes.

Selbstverständlich referierte ich auch dem Minister des Äußern Grafen Berchtold über den Verlauf meiner Sendung.

Damit endete meine Mission und ich wendete mich wieder meinem Dienste als Armee-Inspektor zu.

Von der Mission in Bukarest bis zur Wiederernennung zum Chef des Generalstabes.

Am 3. Dezember 1912, nach dem bulgarischen Mißerfolg an der Čataldža-Linie, ging König Ferdinand von Bulgarien auf einen Waffenstillstand ein. Er wurde abgeschlossen; nur Griechenland setzte den Kampf zur See fort.

Die Lage war jetzt:

Ein durch schwere Verluste geschwächtes, in seinen Operationen zum Stillstand gekommenes Bulgarien; ein nach geringen Verlusten siegreiches Serbien mit einem wohlausgerüsteten, vom Erfolg getragenen, aguerrierten Heere in voller Kampfkraft; ein erfolgreiches Griechenland.

Daß Serbien, nach der Aktion gegen die Türkei, die weit größere gegen Österreich-Ungarn im Schilde führe, konnte keinem Klarsehenden verborgen sein, daher auch nicht die Gefahr, welche die momentane Lage für Österreich-Ungarn barg.

Diese Gefahr noch beizeiten, wenn gleichwohl in elfter Stunde, entschlossen zu bekämpfen, war ein Gebot der Selbsterhaltung; mindestens aber mußte man gegen sie gerüstet sein.

In diesem Sinne verfaßte ich den nachstehenden Essay und leitete ihn an die Militärkanzlei Seiner Majestät, an jene des Thronfolgers und an Graf Berchtold.

„W i e n, 6. Dezember 1912.

Im nachfolgenden soll nicht die Frage berührt werden, inwieweit die Monarchie mit einem allgemeinen Krieg, dabei vor allem einem solchen gegen Rußland, rechnen und sich darauf vorbereiten müsse, sondern es soll nur das Verhältnis zu Serbien herausgegriffen werden.

In dieser Beziehung stehen drei Tatsachen fest:

1. die serbische Armee befindet sich auf Kriegsfuß;

2. diese Armee wird nach Friedensschluß frei und

3. diese Armee ist jetzt schon im Rücktransport nach Serbien begriffen und kann in längstens drei Wochen an der Donau und unteren Drina-Grenze vereint sein, noch früher aber gegen die mittlere Drina.

Dies versetzt Serbien, wenn diesseits nicht rechtzeitig Gegenmaßnahmen getroffen werden, in die Lage, entweder einen wenigstens anfänglich erfolgreichen Einbruch in das Gebiet der Monarchie zu wagen,

oder zur Zeit des Friedensschlusses derart bereit zu sein, daß es seinen Forderungen einen viel kräftigeren Nachdruck zu verleihen vermag als die Monarchie.

Letzteres aber bedeutet dann für diese nicht nur die Einbuße der ohnehin geringen materiellen Vorteile, welche sie zur Bedingung gemacht hat, sondern auch den gänzlichen Verlust des Prestiges mit allen sich daran knüpfenden Folgen wirtschaftlicher und politischer Natur.

Die Monarchie muß daher jene Maßnahmen durchführen, welche ihre rechtzeitige Kriegsbereitschaft gegen Serbien garantieren.

Da der Friede in zirka drei Wochen geschlossen sein dürfte, die Kriegsbereitstellung der gegen Serbien bestimmten Kräfte aber nahezu eben so lange dauert, hat diese Kriegsbereitstellung sofort begonnen zu werden.

Eine Motivierung gegenüber den Mächten liegt einfach darin, daß die Monarchie nicht eine Konferenz beschicken kann, während welcher sie mit Friedensständen einem kriegsbereiten, sich feindlich gebärdenden Nachbar gegenübersteht.

Daß diese Maßnahmen Geld kosten, ist sehr bedauerlich, aber doch nur eine Folge des Umstandes, daß im Jahre 1909 versäumt wurde, mit Serbien abzurechnen.

Sollten die Umstände diese Abrechnung jetzt erneuert nahelegen, dann ist es eben um so notwendiger, ehestens mit der Kriegsbereitstellung zu beginnen.

Die Unterlassung wäre ein schweres Versäumnis.

C o n r a d m. p., G. d. I."

Am 7. Dezember 1912 wurde der Dreibund (Österreich-Ungarn, Deutschland, Italien) erneuert (obwohl er erst im Juni 1914 abgelaufen wäre). Die Erneuerung wurde offen bekanntgegeben.

Ich stand mit großem Mißtrauen dem gegenüber und mit Sorge für die Zukunft. Die Politik der Monarchie schien mir auf Sand gebaut. Nur wenn dieses momentane, offen kundgegebene Verhältnis zu Italien ausgenützt worden wäre, um mit Serbien abzurechnen, hätte diese ostentative Bundeserneuerung Zweck gehabt. Geschah es nicht, so war all dies nur ein Einwiegen gegenüber einer unabwendbaren Gefahr.

Hatte die Monarchie die Möglichkeit, bei Beginn des Balkankrieges ihre Rechnung mit Italien abzuschließen, so war, nachdem dies unterblieben war, jetzt wenigstens die Möglichkeit geschaffen, dies gegenüber Serbien zu tun.

Aber dieser einzige Vorteil ist — wie die Folge zeigen wird — ungenützt geblieben.

Bündnisse haben nur dann einen Sinn, wenn sie auf ein gemeinsames, klar gestecktes, positives Ziel gerichtet sind und an dessen Realisierung so unverweilt als möglich herangegangen wird. Bündnisse hingegen, die nur dem negativen Zwecke des Erhaltens, der passiven Selbstsicherung dienen, verblassen allmählich, lockern sich, fordern die politischen Feinde zur Gegenaktion heraus und versagen den Dienst, wenn diese Gegenaktion eintritt und den gemeinsamen Waffengang erfordern würde. Sie bergen überdies auch die Gefahr, daß man, in vermeinte Sicherheit eingeschläfert, es unterläßt, für den Kampf ausreichend vorzusorgen.

Meine Wiederernennung zum Chef des Generalstabes.

Am 6. Dezember 1912 erhielt ich im Wege des Vorstandes der Militärkanzlei Seiner Kaiserlichen Hoheit Franz Ferdinand (Oberst Dr. v. Bardolff) den schriftlichen Befehl, mich am 7. Dezember früh in Audienz bei Seiner Kaiserlichen Hoheit einzufinden.

Das Schreiben enthielt den Beisatz:

„Meiner unmaßgeblichen Vermutung nach dürfte es sich bei dieser Audienz um eine höchst wichtige Angelegenheit handeln."

Einen speziellen Grund für diese Berufung vermochte ich zwar nicht zu finden, vermutete vielmehr, daß Seine Kaiserliche Hoheit anbetrachts der schwierigen Gesamtlage einige Fragen an mich richten wolle.

Der Erzherzog-Thronfolger empfing mich am 7. Dezember um 9.15 Uhr vorm. im Belvedere in seinem Arbeitszimmer. Auf den Tischen lagen die Karten der verschiedenen Kriegsschauplätze mit den Aufmarsch-Elaboraten für die einzelnen Kriegsfälle. Seine Kaiserliche Hoheit erklärte, daß er all dies wieder einmal mit mir durchsprechen wolle, da ja die Elaborate nahezu ganz unverändert so geblieben sind, wie sie zur Zeit meiner Amtsführung als Chef des Generalstabes bearbeitet worden waren. Er fügte hinzu, daß man bei der jetzigen Lage auf Überraschungen gefaßt sein müsse.

Es wurden nun der serbisch-montenegrinische und der russische Kriegsfall, sowie jener gegen Italien, die beiden ersteren besonders eingehend, erörtert, was geraume Zeit in Anspruch nahm. Als die Besprechung beendet war, wandte sich Seine Kaiserliche Hoheit plötzlich zu mir mit den Worten: „So, jetzt muß ich Ihnen aber noch etwas sagen; Sie müssen wieder Chef des Generalstabes werden."

Ich staunte, zögerte und machte einige Einwürfe, insbesondere dahin, daß es doch nicht gut möglich sei, meinen erst vor Jahresfrist ernannten Nachfolger wieder zu entheben. Der Erzherzog erwiderte, daß diese Enthebung mit allen Ehren für den Betreffenden erfolgen würde, er (der Erzherzog) aber, als präsumtiver Armee-Oberkommandant, Wert darauf legen müsse, daß, wenn es zum Kriege kommen sollte, derjenige an der Stelle des Chefs des Generalstabes stehe, von dem alle

auf den Krieg bezüglichen Vorarbeiten herrühren. Damit appellierte er an mein Verantwortlichkeitsgefühl, ein Appell, dem ich mich nicht entziehen durfte. Seine Kaiserliche Hoheit fügte noch bei: „Seine Majestät ist hiemit einverstanden und wird Sie heute noch in Audienz empfangen."

Ob das vorangeführte Motiv das einzige war, das meine Wiederernennung herbeiführte, oder ob es sich dem Thronfolger nicht auch um eine Satisfaktion handelte für meine gegen seinen Willen erfolgte seinerzeitige Enthebung, vermag ich nicht zu beurteilen. Möglicherweise wollte er zeigen, daß er die Macht der gegen ihn wirkenden Einflüsse gebrochen habe.

Seine Kaiserliche Hoheit teilte mir weiter mit, daß der Kaiser die Enthebung des Kriegsministers G. d. I. von Auffenberg und dessen Versetzung in den Ruhestand verfügen werde, worauf ich mein großes Befremden und die Meinung ausdrückte, daß ich zwar die Gründe nicht kenne, die hiefür vorliegen, es jedoch mindestens geboten hielte, Auffenberg dem aktiven Dienste zu erhalten. Der Erzherzog bemerkte, Seine Majestät habe da seinen ganz bestimmten Willen und entließ mich mit einigen freundlichen, unser künftiges Zusammenarbeiten betonenden Worten.

Mittlerweile hatte ich den Befehl erhalten, am selben Tage (7. Dezember 1912) um 3 Uhr nachm. in Audienz bei Seiner Majestät in Schönbrunn zu erscheinen.

Seine Majestät empfing mich mit einigen gnädigen Worten, erwähnte, daß der Thronfolger Wert darauf lege, mich wieder an der Stelle des Chefs des Generalstabes zu sehen, daß er (der Kaiser) hiemit einverstanden sei und meine Ernennung demnächst erfolgen werde.

Als Seine Majestät mir die beabsichtigte Enthebung des Kriegsministers G. d. I. von Auffenberg mitteilte, erlaubte ich mir zu bemerken, daß ich keinen rechten Grund hiefür finden könne und es mir vor allem nicht angängig erschiene, den Kriegsminister durch eine Pensionierung zu desavouieren und vor der Öffentlichkeit bloßzustellen, ich Seine Majestät vielmehr bitten würde, wenn schon die Enthebung Auffenbergs vom Ministerposten erfolgen müsse, ihn zum Armee-Inspektor zu ernennen, wofür ja meine bisherige Stelle frei würde. Der Kaiser warf ein: „Glauben Sie, daß er sich hiefür eignet?" Ich bejahte dies unbedingt. Es entspann sich hierüber eine längere Erörterung, die Seine Majestät mit den Worten schloß: „Bei der Enthebung Auffenbergs vom Ministerposten bleibt es unbedingt, bezüglich der Ernennung zum Armee-Inspektor werde ich es mir noch überlegen."

Hierauf entließ mich Seine Majestät.

Noch am selben Tage (7. Dezember) wurde ich für 5.30 Uhr nachm. erneuert nach Schönbrunn befohlen. In dieser zweiten Audienz teilte mir Seine Majestät unter anderem mit, daß er auf meine Fürsprache hin Auffenberg zum Armee-Inspektor ernennen werde, beauftragte mich aber, dies bis zur offiziellen Bekanntgabe streng reserviert zu behandeln.

Ich kehrte heim, die neue Sorgenlast auf mir fühlend und mit dem dunklen Vorempfinden, daß, nachdem die für initiatives Handeln geeigneten Momente ungenützt geblieben waren, die Monarchie einer Lage entgegentreibe, in der für ihr Schicksal nur mehr der Wille ihrer Feinde entscheiden wird.

Es war kein froher Ausblick!

Am 12. Dezember 1912 erhielt ich das nachstehende Handschreiben:

„Lieber General der Infanterie Freiherr von Conrad. Ich ernenne Sie zum Chef des Generalstabes Meiner gesamten bewaffneten Macht.

Wien, am 12. Dezember 1912.

Franz Joseph m. p.“

Wieder hatte das Schicksal schwerwiegend in mein Leben eingegriffen!

Ungern trennte ich mich vom bisherigen Wirkungskreis, selbst auch von meinem erst vor Jahresfrist eingerichteten Bureau, nahm meinen Flügeladjutanten Major Kundmann und meinen Personaladjutanten Oberleutnant William Reimer*) mit mir und trat meinen neuen Dienstesposten als Chef des Generalstabes an.

---

*) Fand als Generalstabs-Hauptmann Mitte September 1914 den Heldentod in der Schlacht bei Lemberg, während zu gleicher Zeit sein Vater (mein Jugendfreund), Rittmeister a. D. William Reimer, als freiwillig zum Kriegsdienst eingerückter Ordonnanzoffizier, im Gefecht von Popielany gefallen war.

Wiederaufnahme meiner Tätigkeit als Chef des Generalstabes.

Meine erneuerte Tätigkeit als Chef des Generalstabes begann ich mit der Orientierung über alle einschlägigen Vorkommnisse, die in der Zeit von meiner Enthebung im Jahre 1911 bis zu meiner Wiederernennung 1912 stattgehabt hatten — vor allem über jene rein militärischer Natur, insbesondere jene innerhalb der k. u. k. Armee.

Unter diesen waren zwei von hervortretender Bedeutung.

Aus den früheren Schilderungen ist erinnerlich, welch unablässiges Bemühen ich daran setzte, endlich das neue, ein erhöhtes Rekruten-Kontingent in sich schließende Wehrgesetz zur Annahme zu bringen und wie dies stets an dem Widerstand Ungarns scheiterte, wo man nur gegen weitgehende, die Einheit der Armee bedrohende Konzessionen zu verhandeln geneigt war.

Dieser Widerstand war durch den willensstarken Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses Stefan Graf Tisza — zur Zeit wohl Ungarns bedeutendster Staatsmann — energisch gebrochen worden. Er brachte am 4. Juni 1912 das Wehrgesetz zur Abstimmung und Annahme und ließ die dagegen tobende Opposition mit Polizeigewalt entfernen. Ein am 7. Juni 1912 gegen ihn verübtes Attentat blieb glücklicherweise erfolglos und hinderte ihn nicht, am 9. Juni eine neue, gegen die Obstruktion gerichtete Hausordnung durchzusetzen.

Graf Tisza hat sich damit um die Monarchie und die Armee ein großes Verdienst erworben. Erst jetzt vermochten die seit Jahren angestrebten organisatorischen Neuerungen zur Durchführung zu gelangen. Auch Österreich erledigte die Wehrvorlage. Bei gleichzeitiger Einführung der zweijährigen Dienstzeit wurde das Rekrutenkontingent für 12 Jahre hinaus von jährlich 103.000 auf 159.000 Mann erhöht. (Es stellte Österreich 91.000, Ungarn 68.000 Mann.)

Die zweite Errungenschaft war der endliche Beginn der Großerzeugung der Geschütze für die schwere Artillerie, so auch der 30·5 Mörser, die ich seit Jahren mit Hartnäckigkeit gefordert

und die budgetär durchzubringen der frühere Kriegsminister Baron Schönaich bereits durch Seine Majestät beauftragt war, die aber erst unter dessen Nachfolger G. d. I. von Auffenberg in Angriff genommen wurde*).

Noch im Stadium des Versuches und des Streites der Fachmänner war leider die von mir gleichfalls schon zur Zeit meiner ersten Amtsführung als Chef des Generalstabes dringend geforderte Beschaffung neuer Gebirgsgeschütze und neuer leichter Feldhaubitzen. Aussichtslos endlich stand die Gewehrfrage. Auf eine diesbezügliche, meinerseits noch als Armee-Inspektor gemachte Anregung, die Steyrer Waffenfabrik mit einer mehrjährigen Vorausbestellung zu betrauen, damit sie leistungsfähig bleibe und ein Gewehrvorrat geschaffen werde, hatte ich eine ministerielle Entscheidung d. d. 3. Jänner 1912 erhalten, in der es unter anderem hieß:

„Wenn auch das Kriegsministerium für die ununterbrochene Wahrung der Leistungsfähigkeit der Steyrer Waffenfabrik stets das lebhafteste Interesse besitzt und dasselbe in konkreten Fällen wiederholt durch vorzeitige Bestellungen praktisch zum Ausdruck gebracht hat, so vermag ich doch auf die von Euer Exzellenz gestellte Proposition im vollen Umfang nicht einzugehen, weil eine Bindung auf einen Zeitraum von drei Jahren mir nicht zulässig erscheint.

Weder die allgemeinen militärischen, noch die militärisch-technischen Verhältnisse lassen sich auf einen solchen Zeitraum voraus überblicken und auch für die Beurteilung der budgetären Verhältnisse in den Jahren 1913 und 1914 fehlt gegenwärtig noch die Grundlage; es wäre daher sehr gewagt, wenn das Kriegsministerium sich derart in die Zukunft verpflichten wollte."

Die Bestellung für das Jahr 1912 in Steyr reduzierte sich auf 6000 Karabiner, 4000 Stutzen und 100 Maschinengewehre.

---

*) Der Beginn der Konstruktion des 30·5 Mörsers erfolgte zu Anfang des Jahres 1908; die Erzeugung des ersten Modelles wurde bei Skoda in Pilsen im Juni 1909 begonnen. Am 22. Juli 1910 wurde der erste Mörser in Bolewetz angeschossen. Darnach fanden die ersten Fahrversuche statt. Dieses erste Modell ist schon in jeder Beziehung „spruchreif" gewesen. Mit Herstellung der ersten Serie von 24 Stück Mörsern wurde seitens der Fabrik im November 1911 begonnen; von den Probemörsern abgesehen, erfolgte die erste Bestellung durch das Kriegsministerium am 11. Dezember 1912. Alles bei Skoda.

Dies zur Beleuchtung der beschränkten Mittel, mit denen die Heeresverwaltung zu rechnen hatte, und zur Erklärung des Gewehrmangels, an dem die Armee in den ersten Stadien des Krieges litt.

Die zahlreichen übrigen technischen, organisatorischen, sowie sonstigen Maßnahmen übergehe ich und hebe nur die Fortsetzung der Aufstellung neuer Feldkanonen-Batterien hervor, für welche das Geschützmaterial schon vorhanden war.

Außer den oben erwähnten Fragen beschäftigten mich aber ganz besonders die mit der Politik auf das engste verknüpften konkreten Kriegs-Vorbereitungsarbeiten, also auch die politische Lage und die daraus zu ziehenden Konsequenzen. Wie schon früher erwähnt, waren diese Kriegs-Vorbereitungsarbeiten, vor allem die Aufmarsch-Elaborate, nahezu unverändert so geblieben, wie sie zur Zeit meiner früheren Amtsführung geschaffen worden waren. Hervortrat aber die Frage, welchen Weg die Monarchie in der durch den Balkankrieg geschaffenen Lage einzuschlagen habe, welche Aufgabe daher der Wehrmacht zuzumessen sei.

Meine diesbezüglichen Anschauungen gehen schon aus den verschiedenen Essays hervor, in denen ich noch als Armee-Inspektor zu diesen Fragen Stellung nahm. Es ist natürlich, daß ich diese Anschauungen nunmehr auch als Chef des Generalstabes vertrat.

Sie gipfelten in folgendem Gedankengang:

Die nächste schwerwiegende Gefahr droht der Monarchie von Seite Serbiens, hinter dem Rußland steht;

diese Gefahr ist auf friedlichem Wege nicht mehr abzuwenden;

der Krieg gegen Serbien ist daher unvermeidlich;

jedes weitere Hinausschieben verschlechtert die Bedingungen hiefür. Es muß zu einer Situation führen, welche die Monarchie zum Kampf gegen eine übermächtige Koalition oder zum freiwilligen Aufgeben ihres Bestandes zwingt;

die günstigste Gelegenheit wurde 1908 und 1909 versäumt;

die vorliegende Situation des Jahres 1912 bietet zwar lange nicht die gleichen Chancen, ist aber die letzte Möglichkeit, die Rechnung mit Serbien erfolgreich auszutragen;

es ist daher ein Gebot der Selbsterhaltung, sich hiezu zu entschließen.

Die Lage kam hiebei in folgender Weise in Betracht:

Bulgarien — der vertragsmäßige Alliierte Serbiens — war durch den Balkankrieg wesentlich geschwächt, durch die sich erholende Türkei gebunden, durch Rumänien bedroht, mit Serbien schon im beginnenden Gegensatz, dagegen in freundschaftlichem Verkehr mit Österreich-Ungarn;

Montenegro verfolgte seine eigenen, auf Albanien gerichteten Bestrebungen, sein Königshaus lag in Zwietracht und Rivalität mit jenem Serbiens, so daß es bei kluger Politik nicht ausgeschlossen erschien, Montenegro als Gegner auszuschalten, andernfalls aber durch Albanien militärisch zu binden; übrigens war Montenegro Ende 1912 militärisch erschöpft;

Rumänien verfolgte damals noch Ziele, bei denen es in Einklang mit Österreich-Ungarn stand. Das Bundesverhältnis, sowie die militärischen Vereinbarungen zwischen beiden Staaten waren erst kürzlich enger gestaltet worden;

Italien war eben in die Erneuerung des Dreibundes eingegangen;

Griechenland war abseits liegenden Aspirationen zugewendet;

die Türkei hatte sich aufgerafft und war im Erholen begriffen.

Bleibt: Rußland!

Ob die offiziellen Kreise Rußlands, vor allem das Herrscherhaus, einen Krieg beginnen würden, der den Untergang von Reich und Dynastie besorgen ließ, war fraglich, aber für alle Fälle war Rußland im Jahre 1912 für einen Krieg weit weniger vorbereitet, als es dies einige Jahre später sein würde, auch war der Ring der Entente noch nicht so fest geschmiedet, wie er es mit jedem kommenden Jahr immer mehr zu werden drohte.

Serbien, den unversöhnlichen, zielbewußten, nie ablassenden, von Rußland unterstützten Feind der Monarchie niederzuwerfen und damit den vital bedrohten Reichsbestand zu sichern, war der Kern der Frage. Alles andere, wie Albanien, Hafenfrage, Donau—Adria-Bahn etc. waren nebensächliche Begleiterscheinungen; mit einem Erfolg in letzteren Dingen war der Kern der Frage nicht getroffen, auf diesen aber kam es an.

Die letzte, die elfte Stunde für diese Lösung schien mir gekommen.

Wie sich nun meine dienstliche Tätigkeit in diesen Gedankengang einfügte, sollen nachfolgende Details ergeben.

Am 14. Dezember 1912 hatte ich eine Audienz bei Erzherzog Franz Ferdinand, in der ich mit ihm die allgemeinen militärischen, sowie die obdargelegten politischen Verhältnisse, speziell auch die albanische Frage besprach. Bezüglich Albaniens deckten sich meine Anschauungen nicht ganz mit jenen des Ministers des Äußern, denn während dieser die Neutralisierung Albaniens im Auge hatte, hielt ich ein Albanien, das durch keine Neutralitätspflicht gebunden, unter dem Protektorat der Monarchie steht, für zweckmäßiger. Ich hatte dies auch in einem an Oberst

Dr. von Bardolff gerichteten Schreiben vom 13. Dezember zum Ausdruck gebracht. Vor allem aber erörterte ich mit Seiner Kaiserlichen Hoheit das Verhältnis zu Serbien und legte ihm nachstehenden Alleruntertänigsten Vortrag vor.

„Wien, am 14. Dezember 1912.

Euer K. u. K. Hoheit!

Zum Chef des Generalstabes ernannt, ersehe ich es als erste Pflicht, mir über die Lage klar zu werden, in welcher die Monarchie sich befindet.

Diese Lage ist eine Konsequenz des jüngsten Balkankrieges.

Serbien als selbständiger Staat war und ist eine Gefahr für die Monarchie.

Der Zusammenschluß der südslawischen Rasse ist eine jener völkerbewegenden Erscheinungen, die sich nicht wegleugnen und nicht künstlich verwehren lassen.

Es kann sich nur darum handeln, ob dieser Zusammenschluß innerhalb des Machtgebietes der Monarchie — also auf Kosten der Selbständigkeit Serbiens — oder ob er sich unter der Ägide Serbiens auf Kosten der Monarchie vollziehen wird.

Diese Kosten bestünden für uns im Verlust der südslawischen Länder und damit fast des ganzen Küstengebietes. Territorial- und Prestige-Verlust würden dabei die Monarchie zu einem Kleinstaat herabdrücken.

Die Chancen für eine Lösung stehen heute allerdings nicht mehr so günstig wie früher, aber fast mit Sicherheit läßt sich voraussagen, daß sie sich mit jedem kommenden Jahre noch mehr verschlechtern werden, denn:

1. wird sich das neue vergrößerte Serbien staatlich und insbesondere militärisch wesentlich verstärken;

2. wird die Agitation dieses aufblühenden Serbien in den südslawischen Gebieten immer erfolgreicher werden;

3. wird sich Rußlands militärische Kraft immer mehr entwickeln und

4. könnten in Rumänien Verhältnisse eintreten, welche die jetzt bestehende feste Bundesfreundschaft in Frage stellen.

Will die Monarchie daher diese ihr ans Leben gehende Frage lösen, dann erscheint es am zweckmäßigsten, den Krieg gegen Serbien trotz aller Bedenken jetzt zu führen.

Ist dieser Entschluß festgestellt, dann müssen in Anbetracht der jetzigen Entwicklung Serbiens weitergehende Vorkehrungen für diesen Krieg getroffen werden, als es in den bisherigen Elaboraten vorgesorgt

ist, damit der Schlag mit möglichster Sicherheit erfolgen könne, und es müssen zweitens die Kriegsvorkehrungen sofort getroffen werden, damit man der Konzentrierung der serbischen Kräfte und dem etwaigen Eingreifen Rußlands zuvorkomme.

Im Vorstehenden ist die Frage vom Standpunkt einer kriegerischen Initiative der Monarchie in Betracht gezogen; ein solches Inbetrachtziehen muß aber nun auch umgekehrt vom Standpunkt einer kriegerischen Initiative Serbiens erfolgen.

Serbien, durch seine Erfolge moralisch gehoben, auf eine siegreiche, namhafte und gut organisierte Armee gestützt, sowie auf die Sympathien der Slawen, speziell der Südslawen der Monarchie zählend und auf das Eingreifen Rußlands bauend, glaubt alle Chancen für sich zu haben, um nunmehr in einem Zuge auch gegen die Monarchie agressiv vorzugehen.

Es wäre nicht das erste Mal, daß ein kleiner Staat diesen Weg beschritten hätte (Brandenburg—Preußen).

Tatsächlich hat Serbien seine Armee frei (von kleinen Teilen abgesehen), tatsächlich trifft Serbien alle Anstalten, um diese Armee gegen die Monarchie zu verschieben, an deren Grenzen bereits ein verstärkter Grenzschutz aufgestellt ist; angeblich werden die rückkehrenden serbischen Truppen nicht in ihre Garnisonen, sondern in Konzentrationspunkte dirigiert, die einen Aufmarsch gegen die Monarchie erkennen lassen; angeblich sollen diese Truppen dort neue Trains formieren, was deutlich zeigt, daß sie nicht in das Friedensverhältnis versetzt, sondern für neue Operationen bereit gemacht werden.

Eine solche Bereitstellung könnte — basiert auf die Situation Ende November — gegen Donau—Save und untere Drina innerhalb 18 Tagen, gegen die mittlere Drina und Sandžakgrenze innerhalb 16 Tagen vollzogen sein, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Rücktransporte schon seit Anfang Dezember im Gange sind.

Aber auch Montenegro schickt sich bereits an, seine Truppen wenigstens teilweise an die Grenze der Monarchie zu verschieben.

Serbien hat den Krieg gegen die Türkei ganz überraschend, fast überfallsweise begonnen und hauptsächlich diesem Umstande seine eklatanten Erfolge zu danken; es liegt sehr nahe, daß es dasselbe System gegen die Monarchie anwenden würde.

Bleibt diese dem gegenüber nur in dem Stadium ihrer jetzigen Bereitschaft, dann ist ein Echec nicht ausgeschlossen.

Gelänge den Serben auch nur ein erster Erfolg, dann ist die Rückwirkung auf die Südslawen der Monarchie und auf die ganze politische Konstellation der letzteren gar nicht abzusehen.

Ich resumiere daher:

Sowohl in dem ersterwogenen Falle einer Initiative der Monarchie

als in dem zweiterwogenen einer Bereitschaft gegen eine Initiative Serbiens

erscheint es unerläßlich, die für einen Krieg gegen Serbien erforderlichen Kräfte jetzt schon zu mobilisieren und zu versammeln und alle sonstigen vorbereitenden Maßnahmen für die Aktion zu treffen.

In dem streng reservierten Beilagebogen ist der Umfang dieser Maßnahmen angegeben.

Ich bitte Euer K. u. K. Hoheit, diesen u. Vortrag gnädigst entgegenzunehmen, den ich im Vollgefühl der auf mir bestehenden schweren Verantwortung u. unterbreite, und die darin gestellten Anträge, insbesondere auch hinsichtlich Heranziehung des 3. Korps, an Allerhöchster Stelle gnädigst vertreten zu wollen.

Conrad m. p., G. d. I."

Zur ausschließlichen Kenntnis Seiner Kaiserlichen Hoheit war folgende Zusammenstellung beigeschlossen:

„Maß der für einen Krieg gegen Serbien (1912) zu mobilisierenden Kräfte:

1. Alle jene, die nach dem bisherigen Elaborat in Aussicht genommen sind, das noch von der Zeit herrührt, als ich das erste Mal Chef des Generalstabes war, also:

15., 16. Korps à 2 Infanteriedivisionen,

13., 7., 8., 4., 9. Korps à 3 Infanteriedivisionen,

die 20. k. u. Landwehrdivision,

die zu den genannten Armeekörpern gehörigen Marsch- und Landsturmformationen,

die Donau-Flottille,

die Flotte.

2. Ferner aber auch noch ein Korps, am besten das dritte, mit 3 Infanteriedivisionen.

Motivierung:

Serbien kann alles in allem 300.000 Gewehre stellen,

Montenegro 35.000, macht 335.000,

davon in den neuen Gebieten gebunden höchstens etwa 15.000 Gewehre, weil die sofort eingeleitete militärische Organisation in Altserbien und Mazedonien schon lokal formierte Truppen für diesen Zweck liefert,

bleiben 320.000 Gewehre.

Wenn die Monarchie den Krieg führt, muß der Erfolg auch durch die Zahl gesichert sein;

das ergibt die Notwendigkeit einer Überzahl von zirka 75—100.000 Gewehren, also das Erfordernis von rund 420.000 Gewehren.

15., 16. Korps	4 Divisionen	à 15.000 Mann
4., 13., 7., 8., 9. Korps . . .	15 „	à 15.000 „
20. ung. Landwehrdivision . .	1 „	à 15.000 „
3. Korps	3 „	à 15.000 „
Summe .	23 Divisionen	à 15.000 Mann

somit	345.000 Gewehre
dazu sechs Marschbrigaden	42.000 „
dazu sieben Landsturmbrigaden	78.000 „
Totale .	465.000 Gewehre.“

Zur Beurteilung des Folgenden erscheint es geboten, die markantesten Momente der damaligen Lage hervorzuheben; sie betrafen nachstehendes:

Die feindliche Absicht Serbiens gegen Österreich-Ungarn, mit dem Streben, die südslawischen Provinzen der Monarchie an sich zu reißen, haben durch den Balkankrieg eine wesentliche Förderung erfahren.

Wird Serbien, das nach seinen billig erkauften Erfolgen gegen die Türkei über eine voll mobilisierte, kriegserfahrene Armee verfügte, den Kampf mit Österreich-Ungarn jetzt schon suchen?

Welche Maßnahmen hat letzeres anbetrachts dieser Möglichkeit zu treffen?

Soll und wird Österreich-Ungarn sich entschließen, zuvorzukommen und den unausweichlichen Schlag zu führen, ehe es zu spät ist? Was hat diesfalls zu geschehen?

Wie wird in beiden Fällen Rußland sich verhalten? Wird es gegen Österreich-Ungarn eingreifen oder nicht? Mit welcher militärischen Vorbereitung vermöchte Rußland einzugreifen? Trifft es besondere kriegerische Maßnahmen und mit welchem Ziele?

All diesen Fragen wandte ich erhöhte Aufmerksamkeit zu und lenkte den Nachrichtendienst in diese Richtung.

Die Resultate des letzteren erhielt ich in täglichen Berichten des Evidenzbureaus. Sie schufen — mehr oder minder zutreffend — das jeweilige Bild der Lage und damit die Basis für die zu fassenden Entschlüsse.

Im Balkankrieg war — wie schon erwähnt — eine Pause eingetreten. Skutari, Adrianopel und Janina waren noch in türkischen Händen, aber

vom Feinde hart bedrängt. An der Čataldža-Linie und auf Gallipoli hatten die Türken festen Fuß gefaßt, der bulgarische Angriff gegen Čataldža war zerschellt. Bulgarien rief nach serbischer Hilfe, die ihm auch wurde. Am 3. Dezember 1912 wurde ein Waffenstillstand mit der Türkei abgeschlossen, nur Griechenland setzte den maritimen Kampf auch weiter fort.

Wie sich in der Zeit vom 12. bis 23. Dezember das Bild der Lage allmählich gestaltete und veränderte, möge aus nachstehend auszugsweise angeführten Tagesberichten erhellen*).

S e r b i e n. Es mehrten sich die Anzeichen, daß Serbien Truppen aus dem bisherigen Operationsgebiet nach Serbien rückbefördere, ob zum Zwecke der Erholung oder zur Versammlung gegen Österreich-Ungarn lag nicht klar. Die v e r m u t e t e Situation am 13. Dezember war:

2 Divisionen vor Adrianopel;
1 Division in Monastir;
3 Divisionen in Albanien;
1 Division und die Javor-Brigade im Sandžak Novipazar;
3 Divisionen und die Kavalleriedivision im Raume südlich Belgrad (Velka Plana);
16.000 Mann III. Aufgebot im Grenzschutz an der Save-Donau;
9000 Mann III. Aufgebot im Grenzschutz an der Drina;
Rücktransporte aus Üsküb und Mustafa-Paša im Zuge;
zunehmende Bandenbildung (Komitatschis);
Eintreffen russischer Freiwilliger und Materials aus Rußland;
große Bestellungen an Konserven und Munition in Deutschland;
guter Zustand der serbischen Armee.

Am 15. Dezember erhielt ich eine eingehende Kriegsgliederung derselben.

Danach zählte sie: 134 Bataillone, 30 Eskadronen, 53 Feld-, 9 Gebirgs-, 6 Belagerungs-, 2 Haubitz-Batterien, eine Positions- und eine Schnellfeuer-Batterie.

Meldungen vom 16. bis 19. Dezember bestätigten diese per Bahn und per Fußmarsch erfolgenden Rücktransporte und berichteten über Truppenansammlungen bei Niš und Üsküb, auch über das Eintreffen von Truppen bei Ub, Mladenovac und Valjevo, also im Aufmarschgebiet

*) Diese Daten sollen dem Leser ermöglichen, sich selbst das Bild zu schaffen, wie es sich d a m a l s bot, also auch, wie es sich oft von Tag zu Tag veränderte.

gegen Österreich-Ungarn; ferner über die Rückschaffung von Material und Akten aus Belgrad.

In der Save-Donau sollen Flußminen gelegt und die serbische Dampfschiffahrts-Gesellschaft angewiesen worden sein, ihren Schiffspark in die untere Donau (nach Reni) abzuschieben.

Auch im Sandžak Novipazar sollen Truppenbewegungen gegen die österreichische Grenze (von Mitrovica gegen Sjenica) erfolgen; das Gros der serbischen 2. Armee (zwei Divisionen) aber noch vor Adrianopel stehen.

Am 18. Dezember war folgendes die vermutete Situation der serbischen Armee:

Grenzschutz an der Save-Donau: 16—18.000 Mann III. Aufgebot, 140 Geschütze; schwere Artillerie in Belgrad;

Grenzschutz an der Drina: 9000 Mann, III. Aufgebot, 36 Geschütze; schwere Artillerie in Valjevo;

1 Division südl. Belgrad (Velka Plana): 14.000 Mann, 36 Gesch.;

3 Divisionen und die Kavalleriedivision im Raume Stalać-Niš: 40.000 Mann;
128 Feld-, 12 Gebirgs-Kanonen; 20 Haubitzen, 6 Mörser;
davon Teile im Marsch über Užice an die Drina;

1 Division und die Javor-Brigade im Sandžak: 20.000 Mann, 24 Feld-, 12 Gebirgskanonen;

1 Division vor Skutari: 10.000 Mann, 18 Geschütze;

1 Division in Albanien (Durazzo, Tirana, Elbassan): 10.000 Mann, 24 Geschütze;

1½ Divisionen in Dibra, Ochrida; im Transport über Üsküb nach Serbien;

2 Divisionen vor Adrianopel.

Am 23. Dezember wurden Kämpfe zwischen Serben und Albanesen gemeldet.

M o n t e n e g r o. Von den vier montenegrinischen Divisionen sollen nach den Berichten vom 13. Dezember 3½ vor Skutari, ½ in Djakovo stehen; erstere im Kampf gegen die aktive Verteidigung der Türken.

Montenegrinische und serbische Offiziere rekognoszierten auf den Cattaro beherrschenden Höhen (Krstac, Lovćen); montenegrinische Truppen wurden an die ö.-u. Grenze dirigiert.

Am 18. Dezember sollen sich befunden haben:

3 Divisionen vor Skutari: 17.000 Mann, 72 Geschütze;

1 Division gegen Österreich-Ungarn: 7000 Mann, 20 Feld-, 28 schwere Geschütze;

½ Division gegen Ipek-Djakovo: 3000 Mann, 4 Geschütze.

Dagegen versicherte, nach einem am 21. Dezember eingelangten Bericht, König Nikita von Montenegro dem ö.-u. Militärattaché, daß an der ö.-u. Grenze nur schwacher Grenzschutz stehe, Montenegro absolut keine Maßnahmen gegen Österreich-Ungarn getroffen habe und die Rücksendung von Truppen nur Erholungszwecke verfolge.

Am 23. Dezember langte eine Mitteilung ein, daß die Truppen-Konzentrierung in Cetinje dem Schutz der Dynastie gelte.

Bulgarien. Nach Informationen vom 20. Dezember 1912 hatte die Sobranje einen außerordentlichen Militärkredit von 50 Millionen Francs bewilligt. Russische Schiffe mit Kriegsmaterial seien in Rusčuk eingelangt, 22 russische Offiziere in die bulgarische Armee eingeteilt worden. Die bulgarische Armee sei vor der Čataldža-Linie am Ende ihrer Offensivfähigkeit angelangt. Ihr von sechs Regimentern durchgeführter Angriff hatte mit einem Mißerfolg und einem Verlust von 8—10.000 Mann geendet. 50.000 Rekruten seien als Ersatz eingetroffen, der Verpflegs- und Sanitätsdienst funktioniere mangelhaft.

Griechenland. Nach Bericht vom 15. Dezember 1912 war es nach Kämpfen vom 5. bis 9. Dezember Zeki Pascha gelungen, sich mit Essad Pascha in Janina zu vereinigen, wodurch dort etwa 40.000 Türken versammelt waren, zu deren Zernierung sich nun die Griechen anschickten; die Verteilung der Griechen wurde wie folgt vermutet:

3 Divisionen in Salonik;

je 1 Division in Florina, Kožana, Santi Quaranta, dann südlich Janina und bei Korica, diese im Marsch auf Janina;

Freiwillige bei Mecovo.

Der Bericht vom 16. Dezember meldete über ein Seegefecht vor den Dardanellen, das mit dem Rückzug der Griechen endete, jener vom 22. Dezember über Kämpfe am 18. und 19., sowie über den Anmarsch der 7. griechischen Division von Salonik nach Janina, endlich darüber, daß sich der Raum Janina—Kastoria—Berat noch in türkischen Händen befände.

Türkei. Nach Bericht vom 16. Dezember standen:

in der Čataldža-Linie 5 Korps und eine Division: 120.000 Mann, 350 Geschütze, 1500 Reiter; die Lage war mißlich, die Cholera hatte zwar aufgehört, Regen, Kälte, tiefer Morast, elende Unterkünfte seien aber der Truppe sehr empfindlich;

auf Gallipoli 5 Divisionen: 35.000—40.000 Mann;

in Konstantinopel sollen 4 Divisionen versammelt werden.

Die Flotte soll ins Ägäische Meer ausgelaufen sein.

R u ß l a n d. Die erhöhte militärische Tätigkeit in Rußland war unverkennbar, sie hatte einerseits den Charakter beschleunigten Nachholens allgemeiner Versäumnisse, anderseits jenen allmählicher spezieller Maßnahmen für die Kriegsbereitschaft gegen Deutschland und Österreich-Ungarn.

Die turnusweise Einberufung und Ausbildung der großen Zahl bisher Nichtausgebildeter, die kurzfristigen Bestellungen von Material aller Art, der rasche Ausbau der Befestigungen und der militärischen Bahnen gehörten zu ersteren, die Verstärkung des Grenzschutzes, das Rückhalten des ausgedienten Jahrganges, Bereitstellen der Truppentrains, Truppenverlegungen, Konzentrierung von Bahnmaterial, Erhöhung der Kohlenvorräte etc. gehörte zu letzteren Maßnahmen.

Das Bild im großen aber wies darauf hin, daß Rußland einem Kriege zwar möglichst gewachsen sein, daß es diesen aber d a m a l s vermieden wissen wollte, da es mit all diesen Vorbereitungen noch stark im Rückstand war.

Von den allmählich einlangenden Nachrichten seien folgende hervorgehoben:

Der B e r i c h t v o m 1 3. D e z e m b e r meldete:

Munitionstransporte nach Nowo-Georgiewsk, Bestellung von hundert innerhalb acht Wochen zu liefernden Lastautomobilen, Rückberufung der russischen Ärzte aus Montenegro, Errichtung von Sanitätszügen im Militärbezirk Warschau, antiösterreichische Agitation der russischen Geistlichkeit in den Grenzbezirken, Zunahme der Auswanderung, Emeuten in Sewastopol. Die politische Stimmung in Petersburg zum Frieden geneigt, da die Lage den Krieg für Rußland nicht wünschenswert erscheinen ließe.

Der B e r i c h t v o m 1 4. D e z e m b e r meldet die Verstärkung der Grenzwache durch Truppen des Heeres, die Errichtung von Flugstationen in Warschau und Lublin, Ausrüstungsarbeiten der Festungen Warschau, Iwangorod, Nowo-Georgiewsk, Grodno und Brest; die Mobilisierung der baltischen Flotte, endlich die Anordnung, rollendes Bahnmaterial auf 60 Kilometer von der Grenze zurückzuschieben.

Der B e r i c h t v o m 1 6. D e z e m b e r meldet: Truppentransporte aus Kiew nach Rowno und Dubno; dorthin auch Munitionszuschübe; Aufstellung einer Fliegerabteilung in Żytomir; Befestigungsarbeiten bei Bjelcy (in Beßarabien, also gegen Rumänien); Registrierung aller Privatautos mit dem Befehl, auf ergehendes Aviso innerhalb 24 Stunden einzurücken. Abgehen von Freiwilligen nach Serbien.

Der B e r i c h t v o m 1 8. D e z e m b e r bestätigte die Grenzschutzverstärkung, die permanenten Befestigungsarbeiten in Brest; umfangreiche,

kurzfristige Kriegsmateriallieferungen; Ansammlung an rollendem Material für Truppentransporte in den Eisenbahnknotenpunkten, Ergänzung der Kohlenvorräte der Bahnen, Anhäufen von Mehrvorräten an Verpflegung in den Grenzmilitärbezirken und in den Festungen, Ausrüstungsarbeiten in Nowo-Georgiewsk, Iwangorod, Brest, Grodno, Befestigungsarbeiten bei Dubno und am Zbrucz; Aufstellung des Bahnschutzes in den Grenzmilitärbezirken; Truppenverlegungen gegen die Grenze, Absicht, das V. Korps (aus Woronesch) nach Polen zu verlegen; Rückbehaltung des ausgedienten Jahrganges, wodurch der Gesamtfriedensstand von 1,200.000 auf 1,600.000 erhöht erschien; Fälle von Indisziplin infolge dieser Maßnahme; Mobilisierung der Schwarzen Meer-Flotte.

Die politische Situation kennzeichne sich durch die Tendenz, jetzt einem Weltkrieg auszuweichen, wenn aber jetzt durchaus dazu gezwungen, ihn wenigstens bis 1913 zu verschieben; die äußere und innere Situation lasse einen großen Krieg derart unerwünscht erscheinen, daß selbst die Kriegspartei in ihren Bestrebungen nachgelassen habe.

Nach Bericht vom 20. Dezember werde die Grenzwache im Spreng- und Telegraphendienst ausgebildet; in Kielce seien Flugzeuge eingetroffen; Truppen wurden nach Kremieniec, die 2. kombinierte Kosakendivision nach Kamienecpodolsk verlegt; die Aufstellung der Truppentrains erfolge auch im Innern des Reiches; Lokomotiven und Waggons werden in Brest, Skarzyska, Radziwilow und Kiew bereitgehalten; die Reserveoffiziere erhielten Befehl, die Feldausrüstung anzuschaffen; auch aus dem Don-Gebiet seien Freiwillige nach Serbien abgegangen.

Laut Bericht vom 21. Dezember erhalten durch das Rückbehalten des ausgedienten Jahrganges die Kompagnien eine Stärke von 215 Mann, inklusive Rekruten, die Eskadronen eine solche von 180 Reitern, die Batterien von 200 Mann, also nahezu den Kriegsstand.

Der Bericht vom 23. Dezember meldet Befestigungsarbeiten bei Cholm, Materialtransporte von Kiew in der Richtung Zdolbunowo und Żmerinka; den Ankauf von Verpflegung im Nordkaukasus; endlich mehrfache Disziplinwidrigkeiten.

Soweit die wesentlichsten Nachrichten für die Zeit bis 23. Dezember 1912.

Am 15. Dezember hatte ich folgendes Schreiben des Ministers des Äußern erhalten:

„Euer Exzellenz!

Mit lebhafter Freude habe ich die Nachricht von Ihrer Ernennung zum Chef des Generalstabes erhalten und erlaube mir Ihnen hiezu von Herzen Glück zu wünschen.

Ich zweifle nicht daran, daß ich bei Ihnen in der schweren Zeit, die wir gegenwärtig durchleben, einen vertrauensvollen Mitarbeiter finden werde im Dienste der großen Interessen der Dynastie und des Vaterlandes.

Indem ich der Hoffnung Ausdruck verleihe, demnächst mit E. E. in Gedankenaustausch treten zu können, zeichne ich etc. etc.

Wien, 15. Dezember 1912.

Berchtold m. p."

Ich antwortete umgehend wie folgt:

„Euer Exzellenz!

Ich beeile mich E. E. meinen aufrichtigsten Dank für die liebenswürdigen, eben erhaltenen Zeilen zu übermitteln, mit der Versicherung, daß ich mich glücklich schätze, gerade zu einer Zeit an meine jetzige Stelle berufen worden zu sein, in welcher das schwerste Amt der Monarchie in Ihren Händen ruht, und daß es mein eifriges Bemühen sein wird, meine leider weit überschätzten Kräfte so gut ich kann zur Verfügung zu stellen.

Ich werde ehestens meinen Dank mündlich wiederholen und bitte E. E. den Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung entgegenzunehmen, mit der ich bin

Euer. Exzellenz ergebenster

Conrad m. p.

Wien, 15. Dezember 1912."

Ich bin seither mit Graf Berchtold stets auf dem Fuße gegenseitigen offenen, vertrauensvollen, und ich darf sagen, freundschaftlichen Verkehrs gestanden, wenn auch unsere sachlichen Anschauungen nicht immer parallel liefen. Ich fand in ihm stets den vornehmen, von allen selbstsüchtigen Motiven freien, nur auf das Wohl der Monarchie bedachten Diplomaten, der von seinem Vorgänger ein Erbe übernommen hatte, wie es nicht schwieriger sein konnte.

Am 16. Dezember vormittags zur Audienz in Schönbrunn, besprach ich auch mit Seiner Majestät die Lage, die der Kaiser als eine äußerst schwierige, für Österreich-Ungarn gefahrvolle erachtete, für die er jedoch eine friedliche Lösung erhoffte.

So wie schon öfter, fielen seinerseits besorgte Worte hinsichtlich des Bestandes der ö.-u. Monarchie. Auch deren innere Verhältnisse, insbesondere die Vorgänge in Böhmen, sowie der unausgesetzte Hader der Parteien und Nationalitäten bedrückten ihn, und es ist mir sein wiederholt getaner Ausspruch erinnerlich: „Glauben Sie mir, die Monarchie kann man nicht konstitutionell regieren."

Nichtsdestoweniger hielt sich der Kaiser auf das allerstrengste an seine konstitutionellen Herrscherpflichten.

Am selben Tage (16. Dezember) besprach ich das gleiche Thema auch mit Graf Berchtold.

Am 18. Dezember erhielt ich nachstehenden Bericht des auch für Belgien akkreditierten k. u. k. Militärattachés in Paris Oberst Vidale:

„Euer Exzellenz!

Bevor ich nach Paris von Brüssel zurückkehre, wo ich meine Antrittsmeldungen teilweise absolvierte — der König bekam Influenza und ließ mir sagen, er müsse die Audienz verschieben — und Fühlung mit den hiesigen politischen und militärischen Kreisen nahm, melde ich E. E. in Kürze die Eindrücke, die ich hier über die augenblickliche Lage und deren Beurteilung empfing.

Gleichzeitig mit meinem Eintreffen wurde der Wechsel in den beiden leitenden Stellen unserer Armee bekannt, und da ich in den Tagen meines Aufenthaltes oft Gelegenheit hatte, mit den Herren der kaiserlich deutschen Vertretung beisammen zu sein, konnte ich aus Fragen, die an mich gestellt wurden und aus Bemerkungen, die ich — obwohl nicht für mich bestimmt — zufällig hörte, mir ein Bild machen, welche Empfindungen diese allen überraschend gekommene Änderung auslöste. Die Berufung E. E. auf den schon früher eingenommenen Posten bedeute den »Sieg der Kriegspartei«. Die Existenz einer solchen scheint sowohl in Frankreich, als auch in Belgien als feststehende Tatsache zu gelten.

Vor allem bedeute der Wechsel in diesem kritischen Augenblick ein Eingeständnis bisheriger Schwäche, eine Unsicherheit, die keinen günstigen Eindruck, namentlich auf einen Bundesgenossen, mache.

Unkonsolidierte Verhältnisse, jährlich eine andere Auffassung, wer recht habe, wer zu führen und in den ernstesten Fragen zu entscheiden habe.

Anderseits weiß man ganz gut, daß die jetzige Krise der kurzsichtigen Orientpolitik des früheren Ministers des Äußern zuzuschreiben ist, der den Moment versäumte, sich den dauernden Einfluß am Balkan zu sichern und dessen auf einen scheinbaren Augenblickserfolg abzielende Politik E. E. damals zum Rücktritt bewog.

Ebenso ist man sich darüber klar, daß die nun folgenden diplomatischen und militärischen Schritte der Monarchie im Einklang und energisch sein werden.

Aber aus allem, was ich hörte und was ich hier nur zusammenfassend registriere, schien mir unausgesprochen die Besorgnis durchzuklingen: »Wird sich nicht auch das wieder über Nacht ändern? In Österreich ist ja alles möglich!«

Die Frau des deutschen Gesandten Herrn von Flotow ist eine enragierte Russin; Witwe des im mandschurischen Feldzug gefallenen Generals Graf Keller, geborene Prinzessin Schahowskoy, wurzelt sie fest im Moskowitertum. Sehr vermögend, übersiedelte sie als Witwe nach Berlin, um den Wirren in ihrer Heimat zu entgehen und half scheinbar durch ihren Reichtum und ihre Persönlichkeit die Karriere des Herrn von Flotow mit zu festigen. Ihre ausgesprochen russische Gesinnung — ihr Sohn aus erster Ehe ist russischer Rittmeister — dürfte gerade jetzt ihrem Mann manchmal recht unbequem sein. Bei dem Souper, das unser Geschäftsträger Graf Badeni am Abend meiner Ankunft gab, entspann sich zwischen ihr und einem Diplomaten ein Dialog, von dem folgender Teil nicht uninteressant ist:

»Was geht schließlich Rußland die serbisch-österreichische Hafenfrage an?«

»Wenn Österreich gegen Serbien losgeht, dann marschiert ganz Rußland unbedingt«, sagte Frau von Flotow darauf.

»Ja, aber Rußland ist doch nicht direkt interessiert und im Augenblick, wo es gegen Österreich-Ungarn Krieg führen will, wird es mit der Revolution im Innern zu tun bekommen. Die revolutionäre Partei ist heute ganz anders organisiert als zur Zeit des Feldzuges gegen Japan, und Moskau, Odessa, Kiew und Warschau werden in hellen Flammen stehen!«

»Sind Sie versichert,« antwortete Frau von Flotow sehr erregt — »es gibt unbedingt Krieg, wenn Serbien ernstlich bedroht wird, und wenn bei uns in Rußland die Revolution losbricht, gut, so gehen wir eben zu Grunde, aber — wir ziehen los!«

Gewiß ist Frau von Flotow nicht für die russische Politik maßgebend, aber sicher ist sie die Repräsentantin eines großen und einflußreichen Kreises, dem sie von Geburt und ihrer späteren Stellung in Rußland nach angehört, und mit dem sie heute noch in stetem Kontakt steht. Deshalb scheint mir diese Auffassung russischer Pflichten gegen Serbien wichtig genug, um sie E. E. zur Kenntnis zu bringen.

Daß auch die Deutschen auf ihre Orientpolitik nicht sehr stolz sind, geht aus einer Äußerung des deutschen Legationsrates Fürsten Hatzfeld, der auch an dem Abend anwesend war, hervor. Der Deutsche Kaiser sei vor kurzem zur Jagd bei seinem, Hatzfelds, Vater gewesen und hätte dabei u. a. bemerkt: »Seit dreißig Jahren machen wir Orientpolitik und glauben, sie wäre sehr gut, jetzt auf einmal sehen wir, daß sie sehr schlecht war!«

Belgien ist in dem — wie man hier meint — unmittelbar bevorstehenden Krieg zwischen Deutschland und Frankreich von ersterem eine wichtige Rolle zugewiesen.

Dieses bequem gelegene »neutrale Ausland« wird seit Wochen durch eine Anzahl deutscher Offiziere bereist, die den schon längst vorbereiteten Kundschafts-, beziehungsweise Nachrichtendienst für den Kriegsfall überprüfen, vervollkommnen und die letzten Anordnungen treffen, damit der Generalstab im geeigneten Augenblick rasch und sicher bedient werde. Die große deutsche Kolonie in Brüssel und die vielen in Belgien seßhaften reichsdeutschen Familien — meist kleine Leute der Arbeiterklasse — erleichtern diese Vorbereitungen wesentlich.

Die ähnliche Rolle wurde natürlich Belgien von Frankreich zugedacht, das sich auch dort eine sichere Basis für den Nachrichtendienst schuf.

Daß der deutsche Generalstab auch in dieser Richtung schon früher sehr geschickt arbeitete, scheint mir aus dem Zugeständnis eines deutschen höheren Generalstabsoffiziers hervorzugehen, der mir hier sagte, daß das Märchen von den rettenden Zeitungsnotizen über den Abmarsch der französischen Armee von Chalons nur für die Außenwelt und die Geschichte erfunden sei, vor allem aber für die Franzosen selbst. Wenige Stunden nachdem die Bewegung angeordnet war, wußte man bei der deutschen Heeresleitung davon und konnte nur so die gewaltige Arbeit leisten und fordern, die der eigene Rechtsabmarsch in seinen Vorbereitungen, die sich auf die kürzeste Zeit zusammendrängten, bedingte.

Jedenfalls faßt man in Deutschland die heutige Lage sehr ernst auf, und rechnet absolut nicht mit Sicherheit damit, daß, wenn die Gegensätze zwischen Serbien und uns mit den Waffen ausgetragen werden müssen, Rußland neutral bleibe. Daß aber dann Deutschland, Frankreich und Italien auf den Plan treten, sei sicher. Und England würde abwarten, bis es sicher weiß, auf welcher Seite sein größter Profit zu holen sei.

Das ist in großen Zügen das Bild der augenblicklich in Brüssel vorherrschenden Auffassung.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner respektvollsten Verehrung.

Vidale, Oberst."

Begreiflicherweise habe ich dieses Schreiben mit sehr ernsten Gedanken gelesen, da es meine Befürchtung, daß Österreich-Ungarn die Momente zum Handeln versäumt habe und einer gefahrvollen Komplikation entgegentreibe, zu bestätigen schien. Allerdings handelte es sich um die Äußerungen einer Frau, bei der das Temperament, vielleicht auch die Absicht, im Interesse Rußlands einzuschüchtern, mitsprechen mochte, und es blieb immerhin fraglich, ob man am Zarenhofe wirklich gewillt sein würde, den Untergang des Reiches und der Dynastie mit solcher Leichtigkeit in Kauf zu nehmen.

Man hat es 1914 — gegen jedwede Vernunft — tatsächlich getan. Die Folgen sind nicht ausgeblieben!

Im Sinne der Erneuerung des Dreibundes, womit die Monarchie ihr Bemühen deklarierte, mit Italien auf gutem Fuß zu stehen, legte der Militärattaché in Rom, Oberstleutnant Graf Szeptycki, in einem vom 15. Dezember datierten, an mich gerichteten Schreiben nahe, auch die Beziehungen zwischen den beiderseitigen Höfen intimer zu gestalten.

Ich gebe daraus folgende Stelle wieder:

„Unser Verhältnis zu Italien hat sich eigentlich gar nicht geändert; wir sind und bleiben die offiziellen Freunde, im Grunde genommen mag uns dennoch niemand.

Die momentane militärische und finanzielle Schwäche, verursacht durch den libyschen Feldzug, hat wohl die Regierung veranlaßt, den Dreibund zu erneuern, übermäßig populär ist jedoch dieser Bund nicht.

Ich glaube, daß es vielleicht von großem Vorteile wäre, vorausgesetzt, daß wir uns der Freundschaft der Italiener vergewissern möchten, daß man in Wien durch Höflichkeiten und Entgegenkommen den hiesigen Hof sozusagen zu einem Hof ersten Ranges zu heben geneigt wäre."

Diese Anträge entsprachen den Intentionen, wie sie vielfach auch in unsern offiziellen Kreisen herrschten, sie stießen aber auf die unüberwindlichen Hindernisse, die durch die Rücksichten für den Vatikan geschaffen waren; im übrigen habe ich in Hinblick auf die großen, weitgesteckten, gegen Österreich-Ungarn gerichteten Aspirationen Italiens den Äußerlichkeiten freundschaftlichen Verkehrs der Höfe keine ausschlaggebende Bedeutung zugemessen. Sie fielen nur dort ins Gewicht, wo auch ansonst noch Interessengemeinschaft herrschte.

Auch ist nicht anzunehmen, daß ein Staat, der skrupellos laut verkündete Verträge brach, sich durch Höflichkeitsakte irgendwie gebunden erachtet haben würde.

In diese Zeit fiel ein Ereignis, das wohl als das erste Wetterleuchten von Italiens Bundesbruch gedeutet werden konnte, wenngleich Italien versuchte, es als bloße Folge der durch den Tripoliskrieg gestörten militärischen Bereitschaft hinzustellen.

Es war nachstehender an mich gerichteter Brief des italienischen Militärattachés Graf Albricci.

„Vienne, le 18 Decembre 1912.

A son Excellence

le Général d'Infanterie Baron Conrad v. Hötzendorf etc. etc.

Vienne.

Par ordre du chef de l'Etat Major Général de l'armée R. italienne le soussigné a l'honneur de faire la suivante participation:

Par loyauté d'allié on fait connaître que, jusqu'à nouvelle décision, on est obligé de supprimer l'envoi de la 3ième armée italienne sur le Rhin, parce que l'Italie dans les conditions actuelles ne pourrait se priver d'une telle partie de ses forces.

L'Etat Major Imp. et Royal pourrait cependant, le cas échéant disposer de ses lignes de chemin de fer et du matériel qui seraient actuellement destinés aux transports italiens.

Agréez, Excellence, à l'occasion, le témoignage de ma plus haute considération.

Le Lieut. Colonel de l'Etat Major
Attaché militaire A. Albricci m. p."

Italien kündigte damit ohne alle Bedenken an, daß es im Kriegsfalle seinen militärischen Bundespflichten nicht nachkommen, also seine 3. Armee nicht an die Seite Deutschlands senden würde, obgleich es am 7. Dezember 1912 den Dreibundvertrag erneuert hatte.

Ich säumte nicht, eine Abschrift dieser Mitteilung an General von Moltke zu senden, mit nachstehendem Schreiben:

„Res. Gstb. Nr. 5602/I. Wien, am 20. Dezember 1912.

Euer Exzellenz!

Die erste Gelegenheit ergreifend, die sich mir für einen Gedankenaustausch darbietet, spreche ich meine Freude darüber aus, die Beziehungen mit E. E. wieder erneuern zu können und bitte Sie, mir auch künftig das Vertrauen entgegenzubringen, das für unseren Verkehr und für unsere Vereinbarungen stets richtunggebend war und von mir voll erwidert wird.

Ich beehre mich E. E. die Abschrift eines Schriftstückes zu übersenden, welches mir am 18. d. M. der kgl. italienische Militärattaché im Auftrage seines Chefs überreicht hat.

Abgesehen davon, daß die darin mitgeteilte Maßnahme meine Bewertung des italienischen Verbündeten erneuert bestätigt, glaube ich auch, daß dieses Verhalten Italiens nicht ohne Einfluß auf die Maßnahmen der deutschen Heeresleitung für den Fall eines Dreibundkrieges bleiben dürfte, und ich wäre E. E. sehr verbunden, wenn Sie mir Ihre diesbezüglichen Anschauungen mitzuteilen die Güte hätten.

Ich füge noch bei, daß ich an den italienischen Militärattaché die Frage gestellt habe, was Italien mit den immerhin beträchtlichen Kräften im Lande für den Fall eines Dreibundkrieges zu tun gedenke, wobei der Militärattaché keine Antwort zu geben vermochte, aber — nicht ohne

eine gewisse Verlegenheit — meinte, daß hinsichtlich der anderen Kräfte (ausgenommen die 3. Armee) wohl die bisherigen Dispositionen aufrechtbleiben dürften.

Genehmigen etc. etc. Conrad m. p."

Am 16. Dezember 1912 hatte ich eine Besprechung mit Graf Berchtold gehabt. Getreu meiner Gepflogenheit, wichtige Unterredungen womöglich nachträglich niederzuschreiben, richtete ich folgenden Brief an Graf Berchtold:

„Wien, am 23. Dezember 1912.

Mit Bezug auf das Gespräch, das ich die Ehre hatte, mit E. E. am 16. Dezember abends zu führen, erlaube ich mir eine Niederschrift des nachfolgenden Gedankenganges zu übersenden.

Die Resultate einer zurückhaltenden, rein friedlichen Politik der Monarchie in der Balkankrise können nur sein:

Verlust an Prestige und damit Verlust an politischer und wirtschaftlicher Macht und Geltung;

Mißtrauen der Bundesmächte in die Kraft der Monarchie und damit in den Wert der Bundesgemeinschaft;

jetzt schon, mindestens aber in Hinkunft: Maßlosigkeit in den Forderungen seitens der Gegner der Monarchie, eine Maßlosigkeit, die mit jedem neuen Nachgeben der Monarchie zu neuen Forderungen führt, im Einklang hiemit immer aggressiveres Vorgehen des momentanen Hauptgegners der Monarchie, nämlich Serbiens;

Aufflackern und Anwachsen des revolutionären Sympathisierens der slawischen Bevölkerung für die großserbischen Aspirationen;

Sinken der patriotischen Stimmung bei den übrigen Nationalitäten der Monarchie infolge Erkenntnis der Impotenz des Staates;

Sinken des militärischen Geistes und des Vertrauens der Armee in sich selbst, weil sie diese Tatenlosigkeit als ein Symptom des Mißtrauens auffaßt;

tiefe Verstimmung im Offizierskorps;

Gefahr des schließlichen Verlustes der südslawischen Gebiete der Monarchie und damit auch der Seemachtstellung;

wirtschaftlicher Ruin der Privatunternehmungen infolge des ununterbrochenen krisenhaften Zustandes;

wirtschaftlicher Ruin des Staates infolge der enormen Kosten der Bereitstellung, ohne Hereinbringung eines positiven Gewinnes;

Fortdauernde Verschlechterung dieser Situation bei längerem Zuwarten.

Einziges Mittel zur Lösung: Kriegerische Niederwerfung Serbiens ohne Scheu vor den möglichen Konsequenzen eines solchen Schrittes,

ausgehend von der Erwägung, daß weitere Passivität den Ruin der Monarchie sicher herbeiführt, während ein energisches aktives Auftreten derselben die Situation mit einem Schlage zu ihren Gunsten ändern kann. Haben die Ententemächte nebst Serbien auch das Machtmittel der gemeinsamen Bedrohung der Monarchie, so hat letztere doch auch Machtmittel, diese Staaten vor die Wahl eines allgemeinen Krieges zu stellen, welchen die hauptsächlichsten dieser Staaten eigentlich doch fürchten.

Löst die Monarchie die Existenzfrage nicht jetzt, so wird sie dieselbe in kurzer Zeit unter noch viel ungünstigeren Verhältnissen lösen müssen.

Der Konflikt mit Serbien dreht sich nicht um dessen Nachgeben in der Hafen- oder der albanesischen Frage, sondern darum, ob die südslawische Frage durch Serbien zu seinen Gunsten gelöst wird; es ist also eine Existenzfrage von entscheidender Bedeutung, die gelöst werden muß.

Trägt aber die Monarchie die jetzige Krise friedlich aus, läßt sie also Serbien zu einem mächtigen, auch Montenegro einbeziehenden Staat heranwachsen, dann muß sie sich darüber klar sein, daß sie durch die neugeschaffenen Verhältnisse in Hinkunft mit einem Kriege nach drei Fronten rechnen, also jene militärische Bereitstellung in Kauf nehmen muß, welche erforderlich ist, um einer solchen Eventualität gewachsen zu sein.

Dies bedingt eine personelle und eine materielle Ausgestaltung von Landmacht, Seemacht und Reichsbefestigung, die weit über das jetzige Maß hinausreicht, eine wesentliche Erhöhung des Friedensstandes und eine wesentliche Erhöhung der finanziellen Mittel, weil die meisten dieser Vorkehrungen auch selbst für den Fall getroffen werden müssen, daß es der Diplomatie gelänge, von den drei Gegnern: Rußland, Serbien (und dessen Balkanverbündete) und Italien e i n e n auszuschalten und das Bündnis mit Rumänien aufrecht zu erhalten.

Sollte es daher wider Erwarten dazu kommen, daß die Machtstellung Serbiens nicht j e t z t dauernd gebrochen, sondern ein friedlicher Ausgleich getroffen wird, so muß ich es mir dermalen schon vorbehalten, im Sinne der vorangeführten Konsequenzen die erhöhten Forderungen hinsichtlich der militärischen Entwicklung zu stellen, sehe mich aber auch verpflichtet, dies jetzt schon anzukündigen.

Diese Ausführungen bitte ich E. E. als den freimütigen Ausdruck meiner Überzeugung geneigtest zur Kenntnis zu nehmen.

Genehmigen Euer Exzellenz etc.

C o n r a d."

Daß meine Anschauung der Lage auch von anderen eingeweihten und nach Stellung sowie persönlichen Qualitäten maßgebenden Funk-

tionären geteilt wurde, ergibt beispielsweise folgendes, an mich gerichtete Schreiben des kommandierenden Generals und Landeschefs von B. H., Feldzeugmeister Potiorek:

„Verehrter Freund!

Nachstehend meine rückhaltlos ausgesprochene persönliche Anschauung über Geist, Verläßlichkeit und moralischen Halt der Truppen des XV. und XVI. Korps.

Ich wiederhole zunächst aus meinem letzten Briefe:

Die Generale sind größtenteils sehr gut und durchwegs gut. Ich habe mich seit meinem Hiersein nicht umsonst bemüht, auf die Posten der höheren Kommandanten Generale zu bringen, die nicht bloß in Bezug auf ihre sonstigen Eigenschaften, sondern vor allem in Bezug auf Entschiedenheit und Charakterfestigkeit am Platze sind. Was in dieser Hinsicht nicht ganz meinen Wünschen entspricht, habe ich schon letzthin angedeutet.

Das gleiche wie von den Generalen gilt von den Stabsoffizieren. Damit ist die Hauptsache gesagt, weil unsere Truppen wie in früheren Zeiten auch noch heute unter guten Kommandanten, die es auch verstehen, mit einzelnen immer und überall vorkommenden Schädlingen rasch fertig zu werden, zweifellos voll brauchbar und verläßlich sind.

Die Offizierskorps sind gut und frohgemut. Daß sie vor fünfzig Jahren anders waren als heute, ist eine nicht zu ändernde Tatsache, aber ich hege keinen Zweifel, daß sie sich auch jetzt bewähren werden. Dabei ist ihre politische und nationale Verläßlichkeit ebensowenig anzuzweifeln, wie jene der gesamten Mannschaft der exterritorialen und des Großteiles der Mannschaft der territorialen Truppen, über welche ich an späterer Stelle noch einige Einzelheiten berühren werde.

Geist und Disziplin lassen nichts zu wünschen und die Truppen sehnen sich darnach, zeigen zu dürfen, was sie wert sind.

Es ist meine festgegründete Überzeugung, daß das XV. und XVI. Korps dermalen gebrauchsfertige, scharfe Werkzeuge sind. Ich vertraue ihnen vollkommen und werde sie jetzt mit Zuversicht verwenden, wenn mir dies gegönnt werden sollte.

Ebenso ehrlich sage ich jedoch, daß ich das gleiche Vertrauen künftig nicht mehr hätte, wenn die heutige Krise auf friedlichem Wege mit einem nicht voll befriedigenden, auch den Massen sofort in die Augen springenden, durchgreifenden und unsere Balkanposition endgültig sicherstellenden Erfolg ausgetragen würde. Wenn man sich jetzt mit Scheinerfolgen begnügt, wenn man dem Übel wieder nur mit Palliativen begegnet und damit die für die Monarchie schließlich doch nicht zu

vermeidende entscheidende Austragung der Balkanfrage bloß dazu hinausschiebt, um nach zwei bis drei Jahren unter noch ungünstigeren Verhältnissen einer neuen Krise entgegenzugehen, dann wird dies nicht bloß verhängnisvolle Folgen für die innerpolitischen Zustände in B. H. haben, sondern auch eine schwere, in absehbarer Zeit nicht gutzumachende Schädigung des Wertes unserer Truppen mit sich bringen. Offiziere und Mannschaften würden unter dem beklemmenden Eindruck stehen, daß die Volksstimmung in Bosnien, die heute nicht an die Kraft der Monarchie zur Durchsetzung ihres Willens glauben will, recht habe, und Offiziere und Mannschaft würden sich des Gefühls nicht erwehren können, daß man an oberster Stelle an der Kraft der Armee zweifle, die Lebensinteressen des Reiches auch unter den schwierigsten Verhältnissen erfolgreich zu schützen.

Ein drittes Mal würden dann die Reservisten gewiß nicht mehr so willig hieher einrücken wie 1909 und 1912.

Geht es ohne Waffengebrauch, dann um so besser. Aber um Gotteswillen, nur keinen faulen Frieden. Einem solchen wäre selbst eine Niederlage auf dem Schlachfelde im Kampfe mit einer Großmacht vorzuziehen.

Nun noch einige Einzelheiten über die territorialen Truppen. Ich rechne mit der Möglichkeit, daß sowohl bei den b.-h. als auch bei den dalmatinischen Landwehr- und Landsturmtruppen, wenn diese gegen Serbien-Montenegro kämpfen müssen, Desertionen und bei »einzelnen Leuten« vielleicht auch sonstige schwere Vergehen vorkommen werden. Ich bin aber überzeugt, daß auch bei den genannten Truppen die Masse der Mannschaft ihre Schuldigkeit tun wird, und bin nicht dafür, daß die bezüglichen Truppen mit anderen im Innern der Monarchie gewechselt oder daß als unverläßlich geltende Mannschaftselemente in das Innere der Monarchie abtransportiert werden u. dgl. Ein derartiger, offen kundgegebener Zweifel an der Verläßlichkeit dieser Truppen ist nicht begründet, und Maßnahmen der vorerwähnten Art würden nicht bloß unser Ansehen vor aller Welt schädigen, sondern auch dem angestrebten Zwecke nichts nützen, vielmehr — weil als schwächliche Besorgnis gedeutet — die Verläßlichkeit weiterer Elemente untergraben. Das einzig Richtige ist, in die Truppe als Ganzes das ihr mit Recht gebührende Vertrauen zu setzen und strenge Disziplin zu halten, dann wird sie als Ganzes gewiß auch im Feuer ihre Pflicht tun, wenn auch Bruchteile abfallen. Und das Einzige, was ich wünschen würde, ist, daß man den hiesigen b.-h. Bataillonen aus dem Innern der Monarchie noch einige, besonders tüchtige und schneidige, die Landessprache voll beherrschende Hauptleute und Subalternoffiziere zuweise.

Darüber zu reden, was später beim Wiedereintritte normaler Verhältnisse zur gänzlichen Behebung der bei den territorialen Truppen konstatierten Übelstände geschehen sollte, hat Zeit. Aber auch dabei heißt es nicht vom Kleinen in das Große denken, sondern das Große voranstellen.

Endet die dermalige Spannung so, wie es das Lebensinteresse der Monarchie fordert, dann werden damit auch alle Ursachen beseitigt sein, welche die Verläßlichkeit eines Teiles der Bevölkerung von B. H. D. jetzt fraglich machen. Im Gegenfalle aber würde man vermutlich bald von direkter »Unverläßlichkeit« der sich hier ergänzenden Truppen hören. Also auch in dieser Richtung wird die Entscheidung der jetzigen Krise für alles weitere maßgebend sein.

Gott gebe uns alles, nur kein schwächliches Zurückweichen in diesen schweren Stunden.

Mit herzlichen Grüßen Dein treu ergebener

Potiorek, FZM.

Sarajevo, am 21. Dezember 1912."

Auch bei Wiedereinsetzung in meine Stellung als Chef des Generalstabes hatte ich — wie früher — die Militärattachés beauftragt, mir über alle militärisch bedeutungsvollen Vorkommnisse nicht nur rein amtlich, sondern, wo es die Umstände erheischten, auch brieflich zu berichten.

So erhielt ich von unserem jungen, aber sehr zutreffend beobachtenden Militärattaché in London, Major Horváth, am 24. Dezember 1912 das nachstehende Schreiben:

„London, am 20. Dezember 1912, 5 Uhr nachm.

Euer Exzellenz!

In meinen telegraphischen Berichten Nr. 156 und 157 vom 18. d. M. habe ich über das Ergebnis der bisherigen Beratungen der Botschafterkonferenz kurz gemeldet. Indem ich mir die Freiheit nehme, diese Zeilen an E. E. zu richten, will ich nunmehr auch über den Verlauf und die beeinflußenden Faktoren dieser wichtigen Besprechungen berichten.

Vom Vorsitzenden Sir Edward Grey wurde als erste Frage die Zukunft Albaniens aufgeworfen. Unser Botschafter erklärte, Österreich wünsche, daß Albanien ein selbständiger und lebensfähiger Staat werde. Der russische Botschafter kam mit einem ergänzenden Vorschlag, der deutlich zeigte, daß Rußland nicht gerade den heißesten Wunsch hegt, die Grundlagen für konsolidierte Zustände zu schaffen, sondern vielmehr bestrebt ist, den Keim für künftige Mißstände zu säen. Graf Benckendorff schlug nämlich vor, daß Albanien einen autonomen Staat unter der

Souveränität oder Suzeränität des Sultans bilden soll, dessen Gouverneur nach Fürwahl der Großmächte vom Sultan ernannt oder doch bestätigt wird und dem eventuell als eine Art Eskorte auch etwas türkisches Militär beigegeben werden könnte. Diese Idee fand indes keinen Anklang, und Sir Edward Grey widersetzte sich ihr auch lebhaft, so kam man denn in der Formel überein, die ich im Telegramm Nr. 156 gemeldet habe. Die Wahrung der Souveränität oder Suzeränität wurde hiebei am meisten vom deutschen Botschafter unterstützt, der unserem Botschafter gegenüber meinte, man müsse gewisse Konzessionen auch dem russischen Standpunkt machen.

Die vom Grafen Mensdorff vorgeschlagene Neutralisierung Albaniens konnte nicht diskutiert werden, da Graf Benckendorff erklärte, daß seine Instruktionen nicht so weit reichen, um dies zu akzeptieren (!).

Nun kam die Frage der Grenzen des künftigen Staates an die Reihe. Graf Mensdorff präzisierte den Standpunkt Österreichs dahin, daß jedes in der überwiegenden Mehrzahl von Albanesen bewohnte Territorium zu Albanien fallen soll, während Graf Benckendorff im Namen Rußlands die Erklärung abgab, daß man sich die nördliche Grenze an Montenegro und die südliche an Griechenland anstoßend denkt. Hiemit war die serbische Frage aus der Welt geschafft, ohne daß sie zur Sprache kommen mußte, und wurde nur vereinbart, daß Serbien der kommerzielle Zugang zu einem neutralen und freien albanesischen Hafen auf einer internationalen Bahn einschließlich freier Durchfuhr von Kriegsmaterial gewährt werde. Bahn und Hafen sollen durch eine internationale Gendarmerie gesichert werden, ein Gedanke, der wieder auf die russische Bestrebung zurückzuführen ist, in der künftigen Administration des Landes sich auch einen Einfluß zu sichern. Es ist auch ganz gut denkbar, daß diese von Serbien frei zu benützende »internationale« Bahn allmählich den Weg zur pénétration pacifique seitens Serbiens bilden wird. Übrigens wurden Österreich und Italien aufgefordert, die Gesichtspunkte im großen darzulegen, wie die künftige Organisierung und Verwaltung des zu schaffenden Staates gedacht wird. Ich glaube — wiewohl unser Botschafter meint, dieser Aufforderung könne man schwer aus dem Weg gehen — daß dies nur ein Schachzug war, um uns zur Aufdeckung all unserer Pläne und Zukunftsgedanken zu veranlassen.

Bei der zweiten Sitzung zeigte Graf Mensdorff über Aufforderung auf einer ihm von Baron Giesl gegebenen ethnographischen Karte die Verteilung der Albanesen, die die Basis für die Abgrenzung des Staates bilden soll. Dies fand keinen Anklang und hier dürfte die größte Schwierigkeit entstehen, weil Rußland wegen Skutaris kaum auf dieses Prinzip eingehen wird. Graf Benckendorff erklärte auch, er müsse um

weitere Instruktionen bitten, und so blieb dies in Schwebe, umsomehr, als unser Botschafter sich nicht berechtigt fühlte, bezüglich der gedachten Ostgrenze nähere Erklärungen abzugeben. Unser Minister des Äußern will nämlich Ipek, Prizren und Ochrida als Kompensationsobjekte verwerten, möchte daher vorläufig nicht Farbe bekennen. Ob dies gelingen wird, ist eine große Frage, und ich fürchte, unser Botschafter wird in seiner geradezu ängstlichen Friedensliebe nicht jene Hartnäckigkeit entwickeln, die allein uns Erfolge bei dieser Konferenz sichern könnte. Und es wäre dies insbesondere bezüglich Skutaris sehr am Platze, denn Sir Edward Grey hat unserem Botschafter privatim angedeutet, er könne hierin nichts mehr tun; er hätte wohl Rußland veranlaßt, die serbische Forderung fallen zu lassen (?), aber einen weiteren Druck könne er nicht mehr ausüben; es möge dies Deutschland tun, wenn es glaubt, in der Frage von Skutari vermitteln zu können.

Die heute aus Wien eingelangten Instruktionen zeigen, daß man bezüglich Skutaris auf dem Standpunkt verharrt, daß es zu Albanien gehören soll, daß man ferner die Neutralität dieses Staates nach wie vor anstrebe und daß man den Vorschlag machen will, daß man bei der Festlegung der Grundprinzipien für die Verwaltung des künftigen Albanien auch die Wünsche der Albanesen selbst anhören möchte. Hingegen will man der Welt zeigen, daß man die wirtschaftliche Bedrückung Serbiens nicht beabsichtigt hat, daher auf kommerzielle Konzessionen eingehen würde.

Bei der zweiten Sitzung kam auch die Frage der Meerengen und der Ägäischen Inseln Samothraki, Imbros, Lemnos und Tenedos zur Sprache. Rußland plädierte dafür, daß sie jedenfalls im türkischen Besitz verbleiben, daß aber den Inseln eine gewisse Autonomie gesichert werde. Die warme Fürsprache für die Wahrung der türkischen Herrschaft über dieselben zeigt, daß Rußland doch die Hoffnung nicht aufgegeben hat, daß die Meerengen und die den Ausgang beherrschenden Inseln einst seine Beute werden. Sir Edward Grey ist eher geneigt, sie den Griechen zuzuerkennen. Man kam übrigens bei der Beratung dieser Frage in der Formel überein, die ich im Telegramm Nr. 137 gemeldet habe.

Heute findet die letzte Sitzung vor den Feiertagen statt. Ob ich noch imstande sein werde, über deren Verlauf vor dem Abgehen des Kuriers zu berichten, ist fraglich. Über das wesentliche Ergebnis werde ich nicht verfehlen zu telegraphieren.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht, in der ich verharre

Euer Exzellenz gehorsamster

Horváth, Major."

Eine seit Dezennien schwebende Frage bildete die höchst ungünstige Grenzgestaltung in der Bucht von Cattaro. Sie gab diesen südlichsten Kriegshafen der Monarchie der dominierenden Sicht und dem Feuer der Montenegriner preis und verwehrte einen auch nur halbwegs günstigen fortifikatorischen Abschluß nach der Landseite. Erst der Besitz des Lovčen-Massivs (1759 m Seehöhe) und des von diesem nordwärts über den Tatinjak und Vršanj ziehenden Grenzrückens hätte dieses Übel zu beseitigen vermocht.

In einem Schreiben vom 23. Dezember bezeichnete nun der k. u. k. Militärattaché in Cetinje, Major Hubka, den Moment für eine friedliche Lösung dieser Frage anscheinend günstig und schlug vor, hiezu Skutari Montenegro zuzusprechen, wenn es dafür das Lovčen-Gebiet der Monarchie abtreten würde. Er schrieb:

„Montenegro ist gegenwärtig militärisch erschöpft und politisch hilflos. Der König bangt vor einer dynastischen Krise, und er erkennt nunmehr, daß Rußland geographisch zu weit entfernt ist, und daß es in ernsten Zeiten anderen wichtigeren Interessen Rechnung tragen muß, um Montenegro den bisher stets erhofften Anschluß und Rückhalt bieten zu können.

Während der jüngsten Kriegsereignisse in engerem, oft tagelang ununterbrochenem Kontakt mit dem König lebend, habe ich den Eindruck gewonnen, daß dieser derzeit — unter gewissen Bedingungen — für einen bleibenden Wechsel seiner politischen Richtung, insbesondere aber auch für die fragliche Grenzregulierung zu gewinnen wäre.

Nebst handelspolitischen und ökonomischen Begünstigungen im Anschlusse an das wirtschaftliche Getriebe der Monarchie bestünde die hauptsächlichste Bedingung für die Abtretung eines Grenzstreifens im Kuk-Lovčen-Gebiete in der Initiative und Unterstützung Österreich-Ungarns bei Zuerkennung von Skutari samt Küstengebiet bis an den Drin an Montenegro.

Eine zweite, jedoch minder ausschlaggebende Bedingung wäre die Überlassung eines dem abgetretenen Gebiete räumlich gleichwertigen Territoriums irgendwo an der herzegowinischen Grenze oder im Sandžak. Dieser Handel würde den König in den Augen seiner Untertanen nicht des Nimbus als „Mehrer des Reiches“ berauben, würde nebstbei auch der ö.-u. Monarchie den Vorwurf gehässiger Politiker ersparen, daß sie es — trotz gegenteiliger Versicherungen — auf territorialen Gewinn abgesehen habe.“

So sehr ich stets ein Anhänger des Versuches war, Montenegro auf friedlichem Wege zum dauernden Anschluß an die Monarchie zu bringen,

mußte ich doch als Hindernis für obigen Vorschlag die Unmöglichkeit erkennen, Skutari, die größte und wichtigste Stadt Albaniens, und als Bischofssitz Zentrum der katholischen Gebiete dieses Landes, von letzterem abzutrennen. Nichtsdestoweniger legte ich die Idee einer friedlichen Gewinnung Montenegros dem Minister des Äußern in folgendem Schreiben nahe:

„Wien, am 24. Dezember 1912.

Euer Exzellenz!

Ich wollte die gestrige, ohnehin fast zweistündige Konferenz nicht noch verlängern, habe daher darauf verzichtet, die nachfolgend charakterisierte Idee zur Sprache zu bringen; bitte jedoch, dies jetzt schriftlich tun zu können.

Ich habe heuer im September im Verkehr mit Prinz Mirko Gelegenheit gehabt, die bis zum Haß gesteigerte Aversion des montenegrinischen Königshauses gegen das serbische kennen zu lernen, sowie die Rivalität, die zwischen beiden besteht. Es scheint nun, daß durch die kriegerischen Mißerfolge das montenegrinische Königshaus in Montenegro an Sympathie verloren hat, und daß dies vom serbischen ausgenützt und gefördert wird, vielleicht in der Absicht, auch Montenegro unter das serbische Haus zu bringen. Dieser Zusammenschluß wäre für die Monarchie höchst bedenklich und müßte unbedingt verhindert werden.

Ich glaube, daß trotz allem das Haus Petrović Njeguš, insbesondere König Nikita, noch genügend Anhang im Lande hat, um es mit der Gegenpartei aufnehmen zu können, wenn es von außen gestützt wird.

Vielleicht ist also der Moment gekommen, um Nikita diese Stütze anzubieten gegen einen engen Bundesanschluß an die Monarchie. Gelänge es, einen offenen Bruch zwischen Serbien und Montenegro herbeizuführen, so erschiene mir dies sehr vorteilhaft, weil dann auch eine Spaltung in die slawische Welt käme und Rußland seine Rolle als großslawische Schutzmacht verlieren würde.

Ich betrachte dies auch vom militärischen Standpunkte, der immer darauf ausgeht, einen Krieg mit mehreren Fronten zu vermeiden, um mit möglichst konzentrierten Kräften einem Gegner nach dem andern begegnen zu können — also seine Gegner möglichst zu isolieren.

Ich vermag natürlich von hier aus nicht zu beurteilen, inwieweit meine Anschauung der Dinge in Montenegro mit den tatsächlichen übereinstimmt — aber Exzellenz Giesl müßte wohl in der Lage sein, hierin zu entscheiden.

Eine Stellungnahme unserseits für Montenegro gegen Serbien könnte auch in Italien nur sympathisch aufgenommen werden, wenigstens nach außen hin.

Genehmigen E. E. den Ausdruck der besonderen Verehrung, mit der ich stets bin Euer Exzellenz ergebenster

Conrad m. p., G. d. I."

Diesem Schreiben ließ ich am 25. Dezember das nachstehende folgen:

„Wien, am 25. Dezember 1912.

Euer Exzellenz!

Der Ernst der Lage mag es entschuldigen, wenn ich mir erlaube, dieses Schreiben an E. E. zu richten.

Vor einiger Zeit tauchte in den Journalen die Nachricht von einer Neutralisierung Albaniens à la Schweiz auf. Dies erregte mein größtes Befremden; da jedoch dieses ominöse Wort bald wieder aus der Publizistik verschwand, hielt ich es eben nur für eine Zeitungskombination.

Nun ist mir aber ein on dit zugekommen, wonach angeblich der Botschafter in London die Idee einer Neutralität Albaniens lancierte.

Ich hoffe, daß dem nicht so ist, bitte aber bezüglich dessen meiner Ansicht Ausdruck geben zu dürfen, daß eine Neutralität Albaniens vom größten Nachteil für uns wäre.

Ich habe da den mir obliegenden militärischen Standpunkt vor Augen, bei welchem ich prinzipiell nur mit konkreten Daten rechne, und zwar:

Ein autonomes, aber nicht neutrales Albanien vermöchte bei seinen 1,900.000 Einwohnern mit der Zeit ein Heer von 120—150.000 Mann zu stellen, welches den Montenegrinern und Serben in Flanke und Rücken säße, wenn wir mit diesen beiden Staaten in Krieg gerieten, was nur eine Frage der Zeit ist; darauf rechnen zu können, ist um so notwendiger, da Serbien nicht nur die Wehrmacht seines bisherigen Staatsgebietes bis aufs äußerste entwickelt, sondern auch aus den neuen Gebieten mindestens 4 Divisionen (I. und II. Aufgebot) und 2 III. Aufgebot formieren könnte, voraussichtlich aber mehr und zwar 6, respektive 3, also in Summe 9 Divisionen, was einer Zahl von 114.000 Gewehren gleichkommt.

Ich bitte nun E. E., die große Bedeutung dieses Kalküls geneigtest in Rechnung ziehen zu wollen, falls die Frage einer Neutralität Albaniens überhaupt zur Diskussion käme.

Genehmigen E. E. erneuert den Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad, G. d. I."

Am gleichen Tage (25. Dezember) richtete ich ein Schreiben an Oberst Dr. von Bardolff, den Vorstand der Militärkanzlei des Thronfolgers, in dem ich auf die Gefahren der tschechischen Agitation in Böhmen und deren Ausbreitung in anderen slawischen Gebieten, sowie auf die bedauerliche Erscheinung hinwies, daß sich ein Teil des Klerus, und zwar auch des katholischen, in den Dienst nationaler Verhetzung stelle. Bei dem regen Verkehr des Obersten von Bardolff mit dem Thronfolger, der ihm großes Vertrauen schenkte, wußte ich mich hinsichtlich des Bemühens, diese Gefahr einzudämmen, an der richtigen Adresse. Auch ich hatte ja schon öfter Gelegenheit gefunden, mit Seiner Kaiserlichen Hoheit dieses Thema zu besprechen und ihm meine Ansichten hierüber darzulegen. Ich betonte dabei, daß es keinen Staat im Staate geben dürfe, daß in diesem nur *eine*, in der Person des Monarchen zusammengefaßte Staatsgewalt zu herrschen, jede internationale Macht aber ausgeschlossen zu sein habe, daher auch jede, die ihr Zentrum außerhalb des Reiches hat.

Den Klerus anlangend, sei der Priester ausschließlich der Seelenhirt, der Vermittler zwischen der unerforschbaren Allmacht und dem Einzelnen, soferne dieser einer Vermittlung bedürfe. Er sei dem Einzelnen der mitfühlende Freund bei schweren Schicksalsschlägen, der Tröster im Leid, er wecke und pflege die Empfindungen für Moral und Anstand, für geistige und seelische Güter im Gegensatz zu Roheit und materieller Gewinnsucht, er sei der Förderer und Hüter der edleren Empfindungen des Menschen; er suche darin die Erhabenheit seines Berufes, bleibe aber dem politischen Parteiengetriebe fern.

Auch das Treiben der internationalen Sozialdemokratie und die damit verbundenen Gefahren für den Staatsbestand hatte ich mit dem Thronfolger wiederholt besprochen. Er sah diesem Treiben, sowie jenem des Freimaurertums mit großen Besorgnissen entgegen.

Wenngleich diese Gefahr in Österreich-Ungarn damals noch lange nicht jene Ausdehnung gewonnen hatte, wie in anderen Staaten, so vornehmlich in Deutschland und in Rußland, hatten sich doch auch schon in den Neunziger Jahren Maßnahmen als notwendig erwiesen, die dem Eindringen zersetzender Tendenzen in die Wehrmacht Schranken ziehen sollten. Bei der kurzen Dienstzeit vermochten solche Maßnahmen aber doch nur wirksam zu bleiben, wenn eine voraussichtige innere Politik ebensosehr auf das unerbittliche Unterdrücken staatsgefährlicher Bestrebungen, wie auf billige Rücksichtnahme für das Wohl *aller* Bevölkerungsklassen gerichtet war und die Keime für richtige Auffassung der Bürgerpflichten, für Recht und Ordnung schon in die Erziehung der Jugend zu legen verstand.

Auch der Lehrer war daher dem verhetzenden Parteigetriebe fern zu halten; daran aber gebrach es vielfach.

Am 28. Dezember erhielt ich ein vom 26. Dezember datiertes Schreiben des Feldzeugmeisters Potiorek, in dem dieser auf die Notwendigkeit einer Landverbindung mit Albanien und darauf hinwies, daß der als zukünftiger Herrscher für Albanien genannte ägyptische Prinz Fuad ein warmer Anhänger Italiens sei.

Ich beantwortete dieses Schreiben dahin, daß die Frage dieser Landverbindung auch hier stets im Auge behalten sei*) und Österreich-Ungarn den genannten Prinzen nicht akzeptieren, sondern lieber einen deutschen Prinzen auf dem Thron Albaniens sehen würde. Im übrigen schrieb ich in dieser Angelegenheit noch am 28. Dezember an Graf Berchtold.

Am selben Tage (28. Dezember) erhielt ich von ihm folgende Antwort auf mein Schreiben vom 26. Dezember:

„Wien, 26. Dezember 1912.

Euer Exzellenz!

Mit verbindlichstem Danke bestätige ich den Empfang Ihrer beiden an mich gerichteten geschätzten Privatschreiben vom 25. und 26. Dezember.

Das serbisch-montenegrinische Verhältnis bildet den Gegenstand unserer aufmerksamen Beobachtung und würde uns das Ausspielen König Nikitas gegen seinen Schwiegersohn ganz gut in den Kalkül passen, wenn ersterer sich nicht nur als Komödiant — denn er nimmt gelegentlich die Pose eines Freundes der Monarchie gegenüber Serbien an — sondern auch in vollem Ernste dazu hergeben wollte. Wie man diesen unverläßlichen Balkan-Macchiavell aber beim Worte nimmt, was Giesl nicht unversucht gelassen hat, kommt er mit ganz unannehmbaren Propositionen angerückt, aus denen geschlossen werden kann, daß er — wenigstens bis nun — der Monarchie bei diesem Geschäfte eine ausschließlich passiv zu buchende Rolle zugedacht hat. Derzeit befinden wir uns übrigens schon deshalb nicht in der Verfassung, Nikita zu Gefallen sein zu können, weil wir nicht die Absicht haben, Skutari, für welches er — wie er zu sagen pflegt — seine letzte Ziege zu opfern und seine letzte Patrone zu verschießen gesonnen ist, Montenegro zu überlassen. Skutari als Brennpunkt des katholischen Albanesentums sollte nicht vom künftigen Albanien ausgeschlossen bleiben. Ich habe diesbezüglich einen aufreibenden Kampf nach mehreren Fronten (Rußland, Italien, Frankreich und England) auszufechten; auch hier läßt uns unser südlicher Alliierter total im Stiche.

---

*) Vergleiche mein Essay vom 28. Oktober 1912, Seite 323.

Was die Frage der Neutralisierung Albaniens anbelangt, halte ich dies für die einzige Art, dieses von allen Seiten von feindseligen Gewalten bedrohte Gebilde lebensfähig zu gestalten und dauernd zu erhalten. Rußlands Vertreter auf der Konferenz weigerte sich bisher, darauf einzugehen, wohl vom unlauteren Gedanken ausgehend, dadurch den russischen Schutzbefohlenen am Balkan Hoffnung auf Gebietserweiterung auf Kosten Albaniens für die Zukunft in Aussicht zu stellen. Die russische Presse scheint aber neuestens auf einen Rückzug in dieser Frage vorzubereiten. In dem von uns intendierten Umfange würde die Neutralisierung eine Sicherstellung für die Integrität des Landes bilden, ohne die Bewaffnung der Bevölkerung bis aufs äußerste auszuschließen. Für den Moment würde es uns eine Gewähr bilden gegen fremde Intervention während des mühseligen Bildungsprozesses dieses schwächlichen Organismus. In der Zukunft — bei etwaiger kriegerischer Verwicklung am Balkan — könnte es trotz Neutralisierung sub titulo Selbstschutz ein wertvolles Atout in unserem Spiele bilden.

Hoffentlich wird es mir bald wieder gegönnt sein, mit Ihnen über verschiedene aktuelle Fragen zu konferieren. Sollten Sie einen Moment freie Zeit zur Verfügung haben, bitte um telephonische Verständigung.

Mit bester Empfehlung

Euer Exzellenz stets ergebener

Berchtold."

Für dieses Schreiben dankte ich mit folgendem Brief:

„Wien, am 28. Dezember 1912.

Euer Exzellenz!

beehre ich mich vor allem meinen ergebensten Dank für das hochgeschätzte Schreiben vom 26. d. M. zu übermitteln.

Dem Urteil E. E. über den »König der Schwarzen Berge« stimme ich vollkommen bei und denke, daß tatsächlich nur dann aus ihm etwas herauszuschlagen ist, wenn er gänzlich in die Enge getrieben wird; dann dürfte man ihn allerdings nicht zu leicht aus der Schlinge lassen; er müßte durch Taten Farbe bekennen.

Daß Skutari den Albanesen bleiben muß, erachte auch ich für unerläßlich, schon deshalb, damit ein steter Zankapfel zwischen Montenegro und Albanien vorhanden sei, aber dieses Albanien hätte für uns doch nur Wert, wenn es ein zu einer selbständigen aktiven Kriegspolitik berechtigter und nicht bloß auf den Schutz seines Territoriums (à la Schweiz) angewiesener Staat wäre.

Ich muß immer wieder betonen, daß ich bei allen diesen Meinungsabgaben nur von dem Bestreben geleitet bin, das militärische

Bedürfnis zur Geltung zu bringen, welches im obgedachten Falle darauf hinausläuft, ein möglichstes Maximum serbisch-montenegrinischer Kräfte durch einen andern Staat (also hier Albanien) gebunden zu sehen.

Leider wird ja die Monarchie in Hinkunft immer mit einem Krieg nach zwei Fronten rechnen müssen, da es schon in den früheren Jahren versäumt wurde, mit Italien und Serbien abzurechnen, ein Fehler, der jetzt immer mehr und mehr in die Augen springt.

Genehmigen E. E. den Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung, mit der ich stets bin

Euer Exzellenz ergebenster

Conrad, G. d. I."

Die für Österreich-Ungarn so wichtige Rolle Rumäniens und mein Bemühen, zur Festigung unseres Zusammengehens zu wirken, erscheinen bereits wiederholt gekennzeichnet. Einen Beitrag zur Charakterisierung unserer damals, also Ende 1912 bestehenden Beziehungen liefert nachstehendes Schreiben des k. u. k. Militärattachés in Bukarest, Oberstleutnant von Hranilović:

„K. u. k. Militärattaché in Bukarest
Res. Nr. 175 geheim.

Bukarest, am 25. Dezember 1912.

Euer Exzellenz!

Auf die Meldung von meiner Rückkehr aus Wien befahl mich Seine Majestät der König für gestern abends zur Audienz, um sich informieren zu lassen, ob hinsichtlich der militärischen Fragen alles geordnet, beziehungsweise noch irgend eine Ergänzung notwendig sei. Nachdem ich ihm erklärt hatte, daß meines Wissens keinerlei offene Fragen mehr bestünden, ging der König sofort zur Politik über und besprach die Lage, wie sie sich ihm gegenwärtig darstellt. Ich lasse die springenden Punkte chronologisch, wie der König sie berührte, folgen:

Rußlands offizielle Kreise mit dem Kaiser an der Spitze sind absolut nicht geneigt, es aus Anlaß des Balkankrieges zu einer weiteren großen Verwicklung kommen zu lassen. Der mit dem Marschallstab hergesendete Großfürst Michael hat dem König versichert, daß Serbien in Petersburg nicht im entferntesten so beliebt sei, wie es glauben machen will, es werde aber vom russischen Gesandten Hartwig, einem gefährlichen Intriganten, getäuscht und gehetzt, weshalb dieser die schärfsten Instruktionen erhalten habe. Auf die Frage des Königs, warum Hartwig nicht abberufen werde, blieb der Großfürst die Antwort schuldig.

Der Balkanbund ist eine Zusammenschweißung der vier Staaten ad hoc, die jetzt schon die Keime des Zerfalls in sich trage.

Salonik ist der Zankapfel, der vor allem Bulgarien und Griechenland auseinanderbringen werde. Die eigentlichen Auseinandersetzungen werden erst nach Beendigung des Krieges beginnen, da die verbündeten Staaten als Einheit Frieden schließen wollen, dann aber über die Teilung untereinander verhandeln werden müssen.

Was den eventuellen Wiederbeginn des Krieges anbelangt, so ist er fast sicher, wenn die Türkei nicht auf Adrianopel verzichtet. Diese Perspektive veranlaßt den König, die mit E. E. besprochene, damals aber abgelehnte Idee eines rumänischen Druckes auf die Türkei nunmehr in ernste Erwägung zu ziehen. Rumänien kann aus wirtschaftlichen Gründen eine Verlängerung des Kriegszustandes nicht vertragen, weshalb der König nicht mehr abgeneigt wäre, erforderlichenfalls zuerst diplomatisch, dann aber auch durch Androhung einer militärischen Aktion die Türkei zum Nachgeben zu zwingen. Im äußersten Falle würde selbst mit der Mobilisierung der rumänischen Armee vorgegangen werden. Voraussetzung hiefür ist aber, daß Bulgarien auf die rumänischen Wünsche betreffs einer Grenzregulierung eingeht. Der Gesandte Misu in London hat diesbezüglich genaue Instruktionen, nach welchen keine Kompensation, sondern eine Grenzberichtigung verlangt wird, die im allgemeinen die Linie Silistria—Balčik als neue Grenze festzusetzen hätte. Auf Silistria legt der König gar keinen Wert, überhaupt will er nur einen Erfolg haben, um die öffentliche Meinung zu beruhigen, die sich mit der Frage immer erregter zu beschäftigen beginnt. Ernste Politiker, sagte Seine Majestät wörtlich, haben von mir ganz unumwunden die Mobilisierung der Armee und die Besetzung des bulgarischen Festungsviereckes verlangt.

Eine weitere Forderung Rumäniens ist, daß die Aromunen der Gegend von Janina unter keiner Bedingung unter griechische Herrschaft kommen, sondern dem autonomen Albanien angegliedert werden, sowie, daß in Südalbanien rumänische Administration eingeführt werde.

Die Besprechungen mit Danew in Bukarest haben insofern ein günstiges Resultat gezeitigt, als dieser im Prinzip die Grenzberichtigung zugestanden hat. Bezüglich der Größe des Gebietes ist alles noch in Schwebe. Darüber wird Herr Misu in London zu verhandeln haben und aus dem Gange dieser Pourparlers wird sich die Richtung für die nächste rumänische Politik ergeben. Zu den Eröffnungen des Königs hätte ich nur beizuzufügen, daß sich seit meiner Rückkehr aus Wien hier eine immer weitere Kreise ziehende Agitation zu Gunsten einer raschen und energischen Lösung der Grenzfrage beobachten läßt, die, von Politikern

der oppositionellen Partei geschürt, schon so tief in die Bevölkerung eingedrungen ist, daß von einem Gegensatz der öffentlichen Meinung zur Regierung und zum König gesprochen werden kann. Seine Majestät legt der Bewegung allem Anscheine nach keine große Bedeutung bei, doch ist sie meinen Eindrücken zufolge ernster, als man an den leitenden Stellen glaubt. Man hat sich im Volke in den Gedanken hineingelebt, Rumänien müsse bei der Teilung der Türkei einen Gebietszuwachs erfahren, wurde durch Äußerungen von höchster Stelle in diesem Gedankengang lange bestärkt und verlangt nun, da der Zeitpunkt gekommen ist, die Realisierung. Schlagen die Bemühungen Herrn Misus in London fehl, dann ist es leicht möglich, daß die Agitation antidynastische Formen annimmt und ein bewaffnetes Einschreiten zur Gewinnung eines Gebietsstreifens erzwingt. In diesem Falle wäre naturgemäß eine freundschaftliche Politik Rumäniens zu Bulgarien für viele Jahre hinaus unmöglich, weshalb wir auch alles Interesse haben, es vermeiden zu helfen.

Schließlich melde ich, daß ich mit General Averescu über den rumänischen Aufmarsch jenseits des Pruth im Sinne der von E. E. gemachten Bemerkungen gesprochen habe und bei ihm eine volle Übereinstimmung der Auffassung mit derjenigen E. E. fand.

Genehmigen E. E. den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

Hranilovič, Oberstl."

Auch dieses Schreiben enthält Fingerzeige dafür, daß damals durchaus nicht alle russischen Kreise für den Eintritt Rußlands in einen Krieg zu Gunsten Serbiens waren. Sei es aus Abneigung gegen kriegerische Verwicklungen überhaupt, sei es, daß sie Rußland noch nicht genügend vorbereitet hiefür erachteten.

Jedenfalls war dies damals weit weniger der Fall als in der Folgezeit. Auch war kaum anzunehmen, daß in der Folge die übrige Gestaltung der Lage günstiger für einen Austrag mit Serbien werden würde, als 1912 und 1913.

Von diesen Erwägungen ausgehend, richtete ich folgenden a. u. Vortrag an Seine Kaiserliche Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand:

„Wien, 30. Dezember 1912.

Euer K. u. K. Hoheit!

Als ich seinerzeit den jetzt wieder innehabenden Dienstesposten bekleidete, habe ich mit Jahresschluß Seiner Majestät a. u. eine Denkschrift über die militärpolitische und militärische Lage unterbreitet.

Die jetzigen, noch ganz ungeklärten politischen Verhältnisse schließen es aus, ein erschöpfendes Programm festzustellen, doch bitte ich Euer

Kaiserliche Hoheit die nachfolgenden kurzen, meine Anschauungen präzisierenden Darlegungen gnädigst entgegenzunehmen und dieselben auch zur Allerhöchsten Kenntnis Seiner Majestät zu bringen.

Ich bin der Ansicht, daß sich die Monarchie in einer Krise befindet, die zu einer entscheidenden Tat drängt.

Die Basis für alle militärischen Vorsorgen, sei es hinsichtlich Organisation und Ausgestaltung der bewaffneten Macht, sei es hinsichtlich der konkreten, auf die einzelnen Kriegsfälle abzielenden Maßnahmen und Vorbereitungen, bildet die politische Lage.

Es ist ganz unmöglich, über diese militärischen Fragen zu einem abschließenden Urteil zu gelangen, wenn man sich über die politische Situation nicht klar ist; diese Klarlegung muß daher allem vorangehen.

Die politische Lage kann dermalen sehr kurz dahin zusammengefaßt werden, daß die Monarchie durch die überraschende und erfolgreiche Initiative der Balkanstaaten, insbesondere Serbiens, momentan an die Wand gedrückt ist, und zwar aus folgenden Gründen:

Das Emporschnellen der großserbischen Aspirationen hat im Gefolge:

die Entstehung eines weit vergrößerten, beinahe verdoppelten Serbiens mit einer fast verdoppelten Armee, die nunmehr als sehr gewichtiger und stets mit den Feinden der Monarchie verbündeter Gegner in Betracht kommt;

die Entflammung der panslawistischen Sonderbestrebungen bei den Slawen der Monarchie und deren Rückwirkung auf Geist und Verläßlichkeit der slawischen Truppen, die gut ein Viertel der Wehrmacht betragen;

die Gefahr, den Besitz B. H. Ds., vielleicht auch Kroatiens und Südungarns allmählich untergraben zu sehen und diese Gebiete zu verlieren;

damit verbunden den Verlust des Küstengebietes und somit der maritimen Machtstellung der Monarchie, endlich mit alldem

den Verlust der politischen Geltung und der wirtschaftlichen Prosperität Österreich-Ungarns.

Sollen diese Konsequenzen vermieden werden, so erübrigt nur, das Übel an der Wurzel zu fassen.

Die Ursache des Übels ist — wie oben dargelegt — die plötzlich hinaufgeschnellte Macht Serbiens; diese also muß gebrochen werden, dann entfallen alle obigen Besorgnisse von selbst.

Die Situation ist zu einer Kraftprobe zwischen der Monarchie und Serbien geworden. Die Kraftprobe muß ausgetragen werden. Alles andere, wie Albanien, Hafenfrage, Konsulfrage, Handelsverträge etc. sind Nebensachen.

Fällt diese Kraftprobe zu Gunsten der Monarchie aus, dann werden sich die Slawen der letzteren sofort dem Stärkeren fügen und anschließen,

der Besitz der südslawischen Gebiete der Monarchie wird gesichert, Serbien als Attraktionspunkt für irredentistische Bestrebungen und als dauernder Herd einer gefährlichen Agitation sowie als militärischer Gegner wird beseitigt;

die ohnehin immer mehr und mehr angezweifelte Lebensfähigkeit der Monarchie wird dokumentiert, dadurch das Ansehen und die politische Geltung der Monarchie erhöht, so daß sie von ihren Feinden gefürchtet, von ihren Freunden gesucht werden wird;

alle feindlichen Aspirationen, wie die italienischen, rumänischen, großrussischen, werden ebenso wie die großserbischen verstummen;

alle inneren Kräfte der Monarchie werden erstarken und zusammengefaßt werden können;

Macht und Ansehen der Dynastie werden nach innen und außen gehoben;

in die Armee wird wieder der Geist der Zuversicht und des Selbstvertrauens einkehren;

die wirtschaftliche Lage wird sich sofort bessern und unter günstige Auspizien gelangen.

Die politische Lage charakterisiert sich also durch die Notwendigkeit, Serbien durch einen Krieg niederzuwerfen.

Alle, wenn auch begreiflichen Bedenken sind gegenstandslos, weil — wenn der Schritt einer kriegerischen Austragung gescheut wird — die eingangs angeführten, den Ruin der Monarchie nach sich ziehenden Folgen genau so eintreten werden, wie dieselben in analoger Weise hinsichtlich des seinerzeitigen italienischen Besitzes der Monarchie eingetreten sind, nur mit viel vitaleren Folgen.

Eine friedliche Beilegung könnte — und auch dies nur »vielleicht« — höchstens momentan eine Art ruhiger Scheinexistenz herbeiführen, würde aber sicher in kurzer Zeit die Monarchie unter noch viel ungünstigeren Umständen zu einer kriegerischen Entscheidung zwingen.

Ehe diese Frage nicht ausgetragen ist, wäre es müßig, über sonstige militärische Fragen, Maßnahmen u. dgl. Projekte zu machen und viel Worte zu verlieren; es kommt vielmehr darauf an, alle militärischen Vorkehrungen zunächst auf die kriegerische Lösung der serbischen Frage zu konzentrieren und diese Lösung ehestens herbeizuführen. An äußeren Anlässen hiezu ist wahrlich kein Mangel.

Geruhen etc. Conrad."

Bei den wiederholten Gelegenheiten, die ich hatte, mit Erzherzog Franz Ferdinand die Lage und die Notwendigkeit entschiedenen Vorgehens gegen Serbien zu besprechen, vermochte ich mir nie klar zu werden, ob

der Erzherzog in seinem Inneren zu einem kriegerischen Schritt entschlossen war. Er erörterte alles hierauf Bezugnehmende, besprach die konkreten Kriegsvorbereitungen mit dem Interesse, als ob er deren Ausführung im Auge habe, schien mir aber anderseits im Herzen nicht recht dazu geneigt.

Ich hatte den Eindruck, daß er auch unter Einflüssen stehe, die mir von deutscher Seite zu kommen schienen.

Bestimmte Anhaltspunkte fehlen mir hiefür, doch erinnere ich mich eines vom Erzherzog mir zur Kenntnis gebrachten Briefes Kaiser Wilhelms, in dem dieser schrieb, daß es jetzt in Europa eines Mannes bedürfe, der für die friedliche Beilegung der Konflikte eintrete.

Um den Militärattachés in London, wo die Botschafter-Konferenz tagte, und in Petersburg, wo der Rückhalt Serbiens lag, eine besondere Richtlinie für ihre Beobachtungen und ihr Verhalten zu geben, erließ ich an dieselben folgende Weisungen:

„Wien, 30. Dezember 1912.

Zur Orientierung über die hierstellige Auffassung der Lage teile ich Ihnen folgendes mit:

Einer etwaigen Forderung, daß wir unsere Standesergänzung durch Entlassungen wieder reduzieren, würde ich mich unbedingt widersetzen; es ist darauf hinzuweisen, daß unsere jetzigen Stände kaum jene Höhe erreichen, wie sie die Stände der deutschen und russischen Truppen immer aufweisen.

Eine Abtretung Skutaris an Montenegro wäre gegen unsere Intentionen; ebenso auch jede Grenzbestimmung, welche Albanien einengt und Gebiete mit albanischer Bevölkerung unter fremden Besitz brächte.

Als streng reserviert teile ich Ihnen mit, daß meine rein persönliche Anschauung dahin geht, daß eine kriegerische Abrechnung mit Serbien die einzige erfolgversprechende Lösung der Frage wäre."

Als sich die Anzeichen besonderer militärischer Maßnahmen in Rumänien mehrten, deren Zweck damals noch nicht klar lag, aber sicherlich schon zu dieser Zeit auf die Erzwingung der Gebietsabtretung seitens Bulgariens gerichtet war, erteilte ich brieflich folgenden Auftrag an den k. u. k. Militärattaché in Bukarest:

„Wien, 31. Dezember 1912.

Die Vorgänge in Rumänien erregen mein großes Interesse. Es scheinen dort tatsächlich besondere militärische Vorgänge im Zuge.

Worauf zielen sie?

Will Rumänien mit uns gegen Rußland?

Will es gegen die Türkei für eine Gegenleistung Bulgariens?

Will es gegen Bulgarien, etwa gar im Verein mit Serbien (dies eine alte Lieblingsidee König Carols)?

All dies ist mir mit Rücksicht auf die Bereitstellung unserer militärischen Kräfte von großer Wichtigkeit.

Bitte Dich um baldige Aufklärung.

Besten Gruß Conrad."

Für die Zeit vom 23. bis 31. Dezember wären nun noch einige bemerkenswertere Berichte nachzutragen.

Serbien, Montenegro.

Laut Bericht vom 26. Dezember dauern die serbischen Rücktransporte an, die Hauptarmee soll sich bei Kragujevac versammeln; bei Jagodina wird an Befestigungen gearbeitet, die Eisenbahndirektion von Belgrad nach Niš verlegt. Die Männer vom 46. bis zum 50. Lebensjahr werden für den Dienst des III. Aufgebotes einberufen, dagegen dieses in die Formationen des II. Aufgebotes eingestellt.

Der montenegrinische Kommandant vor Skutari kehrt sich nicht an den Waffenstillstand, daher dauern die Kämpfe fort; es bestehe keine Aussicht, Skutari mit Waffengewalt zu nehmen, die Haltung der Albanesen sei zweideutig. Montenegro hatte anfangs aus Eitelkeit und dynastischen Gründen die serbische Hilfe abgelehnt, sie aber schließlich akzeptiert, es stünden nun außer den 24.000 Montenegrinern 8000—10.000 Serben vor Skutari, woselbst noch zirka 30.000 Türken seien. Die Maximalstärke der montenegrinischen Armee betrage 32.000 Mann.

Der Bericht vom 27. Dezember konstatierte schwache Besatzungen im Sandžak, dagegen die Konzentrierung des Gros in Mitrovica, ferner Truppenansammlungen in Užice; in Albanien soll die Drinadivision II vor Skutari, die Šumadijadivision I in Durazzo, Tirana, die Moravadivision II oder die Moravabrigade bei Elbassan stehen.

Bulgarien.

Nach Bericht vom 29. Dezember soll, wenn sich die Friedensverhandlungen zerschlagen, Adrianopel angegriffen werden, 36 schwere Geschütze aus Frankreich seien über Dedeagać dahin am Wege.

Der Bericht vom 31. Dezember meldet über einen am 30. Dezember stattgehabten Ministerrat, sowie daß der König sich am 31. Dezember 1912 oder 1. Jänner 1913 in das Hauptquartier begeben werde. Es soll die Absendung eines Ultimatums an die Pforte mit viertägiger Frist beschlossen sein.

Rußland.

Laut Bericht vom 27. Dezember trafen Verstärkungen an Kosaken im Gebiete nördlich Krakau ein. Der Bahnbau Ungeni—Kiszinew wird beschleunigt (Aufmarschbahn gegen Rumänien).

Nach Bericht vom 30. Dezember war um den 20. Dezember eine erhöhte Mobilisierungsbereitschaft geplant; Eisenbahnparks waren in Warschau, Kutno, Wloclawek, Lodz und Skarzyska konzentriert; der Grenzschutz war durch Kosaken und Schützenregimenter verstärkt; aus den Gouvernements Piotrkow und Radom waren Staatsgüter und Beamte zurückgezogen worden. Die Ausrüstungsarbeiten in Warschau und Iwangorod waren lebhaft betrieben.

Am 19. Dezember soll in Zarskoje-Sselo eine militärische Beratung wegen der nicht glatten Abwicklung der militärischen Vorbereitung stattgehabt haben.

Am 28. Dezember hatte Sasonow dem k. u. k. Botschafter versichert, daß Truppenverschiebungen nur innerhalb der einzelnen Militärbezirke erfolgt seien.

Resumé: Rußland war damals für einen großen Krieg noch nicht genügend vorbereitet, Italien durch den Tripoliskrieg in seinem Heerwesen zerrüttet, Serbien sowie Montenegro am Balkan engagiert; desgleichen Griechenland.

Dies war die Lage, als das Jahr 1912 zur Neige ging.

Ich muß hier auf die interessanten Mitteilungen hinweisen, die Dr. M. Bogičević, ehemaliger serbischer Geschäftsträger in Berlin, in seinem im Jahre 1919 erschienenen Buche: „Kriegsursachen" bietet und die eingehende Lektüre derselben nahelegen.

Einzelne besonders bedeutsame Stellen sollen nachstehend hervorgehoben werden, um sie mit meinen Darlegungen vergleichen zu können.

Mit Bezug auf den Vertrag der Balkanstaaten heißt es:

„Hartwig*) wurde zur Hauptaufgabe gestellt, an einer Verständigung zwischen Bulgarien und Serbien mitzuarbeiten und dieselbe, koste es was es wolle, zustande zu bringen."

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

„Einmal glücklich zusammengebracht, sollte das Bündnis zu aggressiven Zwecken gegen Österreich verwendet werden. Im gleichen Sinne war auch Tscharikow**) in Konstantinopel tätig."

*) Russischer Gesandter in Belgrad.

**) Russischer Botschafter in Konstantinopel.

„Als sich die innere Lage in der Türkei verschlechterte, war man sich gleich darüber einig, daß man sich zuerst über die Türkei hinwegsetzen müsse, um dann erst Österreich erfolgreich angreifen zu können."

„Die Verhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien waren sehr schwierig, die seitens Rußlands in Aussicht gestellte Gewinnung Bosniens und der Herzegowina für Serbien spielte dabei eine große Rolle."

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

„In wie, ich möchte sagen, lächerlicher Weise mühte man sich jahrzehntelang um die Fiktion der Erhaltung des status quo auf dem Balkan, und zwar gerade von deutscher und österreichischer Seite und dies alles im besten Glauben, damit der Erhaltung des europäischen Friedens zu dienen."

Der Abschluß des Balkanvertrages war durch eine dem Kronprinzen Alexander von Serbien entschlüpfte Bemerkung dem Dr. Bogičević zur Kenntnis gelangt. Dieser schrieb hierüber: „Ich glaube, annehmen zu dürfen, daß nicht Mangel an Vertrauen mir gegenüber der Grund war, daß ich den näheren Inhalt des Vertrages nicht hätte wissen sollen, sondern daß er (Milovanović, serbischer Minister des Äußern) fürchtete, ich würde das Vorwiegen der offensiven, österreichfeindlichen Tendenz herausfühlen und mir zu frühzeitig Gedanken machen über die weiteren politischen Pläne Rußlands und Serbiens."

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

„Die Vorverhandlungen," schreibt Bogičević weiter, „ließen befürchten, daß Serbien im Begriffe stehe, sich in ein schwerwiegendes Abenteuer zu stürzen und, was noch wichtiger war, man konnte sich des Empfindens nicht erwehren, daß man mit raschen Schritten dem europäischen Kriege entgegengehe."

„Bei dieser Gelegenheit, und das erachte ich historisch wichtig, festzustellen, teilte mir Kronprinz Alexander mit, daß ihm der Kaiser von Rußland gelegentlich des Abschlusses dieses Vertrages gesagt habe, daß nunmehr die Aspirationen Serbiens gegenüber Österreich-Ungarn bald in Erfüllung gehen werden."

Dr. Bogičević schildert dann die militärischen Vorbereitungen der Balkanverbündeten und fügt bei:

„Ich führe dies alles zum Beweise an, was mir später von serbischen Militärs bestätigt wurde, daß an den maßgebenden Stellen in Serbien und Bulgarien der Krieg gegen die Türkei bereits Monate vorher, wahrscheinlich schon beim Abschluß des Geheimvertrages vom 29. Feber 1912, eine beschlossene Sache war."

Die Haltung Deutschlands charakterisiert folgende Stelle:

„Ich kann es mit ruhigem Gewissen aussprechen, daß schon im Oktober 1912, wo man noch immer nicht wußte, wohin das alles hinaus sollte, für Deutschland der Hauptzweck bei seinen Entschlüssen im Balkankonflikte einzig und allein die Erhaltung des europäischen Friedens gewesen ist."

Bezüglich Rußlands schreibt der Autor:

„Obwohl der Balkanbund ein Werk Rußlands war, als russisches Werkzeug gedacht gegen die Türkei und Österreich, wetteiferte Herr Sasonow damals mit den leitenden Staatsmännern der andern Großmächte in der Verurteilung der Handlungsweise der Balkanstaaten wegen ihrer Störung und Gefährdung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung Europas, um damit jeglichen Verdacht der Komplizität der russischen Politik abzulenken. Nur in einem Punkte war nämlich diese Entrüstung vielleicht ehrlich gemeint, daß nämlich der von den Balkanstaaten gewählte Zeitpunkt zum Losschlagen der russischen Regierung noch nicht günstig erschien."

Er führt dann folgenden Passus aus einem Interview des „Lokal-Anzeigers" mit Sasonow an:

„Sehr befriedigt äußerte sich der russische Minister von seinem Berliner Besuche und versicherte mit großer Lebhaftigkeit, daß alle Folgerungen, die man an die russischen Probemobilisierungen geknüpft habe, durchaus irrtümliche seien. Es handle sich um eine jener Kontroll-einberufungen, wie sie nicht nur in Rußland allein gesetzlich vorgesehen seien. Sie mit den Ereignissen am Balkan in Zusammenhang bringen, heißt Rußland Absichten zuzuschieben, von denen es weiter denn je entfernt sei."

Bei Erörterung der albanesischen sowie der Adriabahn- und der Hafenfrage findet sich der Passus: „Und da der Zeitpunkt zum Losschlagen gegen Österreich-Ungarn noch nicht gekommen war, so mußten diese Bestrebungen Serbiens, die ja im Grunde genommen Bestrebungen Rußlands waren, desavouiert werden."

Dem deutschen Staatssekretär für Äußeres, Herrn Kiderlen-Wächter, gegenüber äußerte sich im November 1912 Dr. Bogičević wie folgt:

„Nach der ganzen Vorgeschichte dieses Krieges sei es offensichtlich, daß der Konflikt der Balkanstaaten gegen die Türkei nur die erste Phase eines groß angelegten russischen Planes sei, um nach erreichtem Erfolg gegen die Türkei die Balkanstaaten gegen Österreich in Bewegung zu setzen und den Streit mit Österreich um die Hegemonie auf dem Balkan endlich zum Austrag zu bringen. Die ganze Adriapolitik Serbiens sei ein Machwerk Rußlands mit österreichfeindlicher Tendenz."

— —

„Auch Österreich-Ungarn könne die ständigen Provokationen Serbiens, denen es mit Gegenmaßregeln begegnen müsse, wodurch die gegenseitigen Beziehungen immer gespannter werden, auf die Dauer nicht mehr ertragen. — —“

Aus einem späteren Gespräch mit Herrn Kiderlen-Wächter bringt Dr. Bogičević folgende Äußerung:

„Wie wünschenswert es auch vom Standpunkte des europäischen Friedens wäre, an einer Lokalisierung des Balkankonfliktes festzuhalten, selbst wenn Rußland und Österreich in den Konflikt eingreifen sollten, so ist meiner Ansicht nach eine solche Lokalisierung unter den heutigen Umständen leider unmöglich, weil ich an die Aufrichtigkeit der französischen Politiker nicht glaube. Es würde daher auch in diesem Falle für Deutschland der casus foederis Österreich gegenüber gegeben sein. Ich hoffe aber, daß gerade deswegen jeder leitende Staatsmann der Entente sich der ungeheuren Verantwortlichkeit bewußt sein wird, einen so großen und in seinen Folgen unübersehbaren Konflikt heraufzubeschwören.“

In weiterer Folge heißt es:

„Ende Dezember 1912 starb Herr von Kiderlen, aber auch sein Nachfolger, Herr von Jagow, änderte in keiner Weise die friedliebende Tendenz der deutschen Politik.“

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

„Nur vom Gesichtspunkte der Erhaltung des europäischen Friedens hat es Deutschland nicht gescheut, in einzelnen Fragen einen solchen Druck auf die österreichische Regierung auszuüben, daß derselbe in Wien sehr unangenehm empfunden wurde, und daß man am Ballplatze oft gute Miene zum bösen Spiel machen mußte.“

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

„Hätte Deutschland einen europäischen Krieg haben wollen, so bot sich ihm selbst damals politisch und militärisch wieder eine viel günstigere Gelegenheit als Juli-August 1914.“

Es mag dahingestellt bleiben, ob Deutschland mit seiner damaligen Friedensliebe sich selbst, Österreich-Ungarn und auch dem Frieden Europas einen Dienst geleistet hat.

Wie schon an anderer Stelle bemerkt, habe ich mich nicht der Auffassung hingegeben, daß es gelingen könne, die Gegner Deutschlands und Österreich-Ungarns zum Aufgeben ihrer aggressiven Pläne zu bewegen. Wer über die Grenzen kleinlicher diplomatischer Übervorteilungen hinaus die großen, tiefliegenden Kräfte und Zusammenhänge im Auge hatte, mußte darüber im klaren sein.

Die damalige Haltung Englands und Frankreichs kennzeichnet Dr. Bogičević wie folgt:

„Mit dem englischen und französischen Botschafter habe ich ebenfalls über die zweideutige Haltung Rußlands gesprochen. Schon damals sagte mir bei dieser Gelegenheit Sir Edward Goschen, und er betonte dies im Laufe der Zeit des öfteren, daß er aus dem Munde Sir Edward Greys die bündigsten Versicherungen erhalten habe, daß England sich um keinen Preis der Balkanangelegenheiten wegen in einen europäischen Konflikt einlassen werde."

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

„Der französische Botschafter glaubte nicht, daß es Rußland wagen würde, ohne Mitwirkung Englands einen europäischen Konflikt heraufzubeschwören; trotzdem äußerte er sich schon damals ebenfalls besorgt über »gewisse« geheime, panslawistische Einflüsse am russischen Hofe, Besorgnisse, die Herr Cambon — auch bezüglich Iswolskys — dem belgischen Gesandten gegenüber, wie aus seinen von der deutschen Regierung veröffentlichten Berichten zu ersehen ist, ebenfalls geltend gemacht hat."

Die serbischen Ziele erscheinen durch nachstehendes klargestellt:

„Zum Belege bin ich (Bogičević) in der Lage, eine höchst charakteristische Äußerung des serbischen Ministers des Äußern, Pašić, die er mir persönlich im August 1913, also unmittelbar nach Beendigung des serbisch-bulgarischen Krieges, in Marienbad gemacht hat und die ich damals als Ausfluß unmotivierten Größenwahns ansah, anzuführen. Er sagte mir wörtlich folgendes: »Ich hätte schon im ersten Balkankriege, um auch Bosnien und die Herzegowina zu erwerben, es auf den europäischen Krieg ankommen lassen können; da ich aber befürchtete, daß wir dann Bulgarien gegenüber in Mazedonien größere Konzessionen zu machen genötigt wären, wollte ich zunächst den Besitz Mazedoniens für Serbien sichern, um dann erst zur Erwerbung Bosniens und der Herzegowina schreiten zu können.«"

Bogičević fügt dieser seiner Angabe hinzu: „Dieser Satz spricht Bände", und führt noch folgende Äußerung Pašić' gegenüber dem griechischen Delegierten an der Bukarester Friedenskonferenz 1913, Herrn Politis, an, dem er auf die Schulter klopfend sagte: »La première manche est gagnée, maintenant il faut préparer la seconde manche contre l'Autriche.«

Bogičević fährt fort:

„Gibt es ein größeres Armutszeugnis für die Politik aller Großmächte ohne Ausnahme? Dieser eine Satz zeigt, in welche traurige und beschämende Lage die Großmächte durch ihr gegenseitiges Mißtrauen gekommen sind, daß eigenes Sein oder Nichtsein, das Wohl und Wehe Englands, Frankreichs, Deutschlands von der Gnade und dem Ehrgeize einzelner Politiker und Fanatiker kleinster Staaten weniger fortgeschrittener Kultur, eines Pašić, über den ein Sasonow schützend seine Hand ausbreitete, abhängen konnte."

Sehr interessant sind die dem Werke beigeschlossenen dokumentarischen Anlagen; wie:

Die russisch-bulgarische Militärkonvention vom Jahre 1909, in deren Artikel 5 es heißt:

„In Anbetracht dessen, daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkanhalbinsel, die dem Herzen Rußlands so nahe stehen, nur nach einem günstigen Ausgange des Kampfes Rußlands mit Deutschland und Österreich-Ungarn möglich ist," etc. etc.

In einem Telegramme des serbischen Gesandten Ristić aus Bukarest an das Ministerium des Äußern in Belgrad vom 13. November 1912 heißt es hinsichtlich des Rates, den die Gesandten Rußlands und Frankreichs als Freunde Serbien geben: „Es sei besser, daß Serbien, welches mindestens zweimal so groß würde als es bisher war, sich kräftige und sammle, um möglichst vorbereitet die gewichtigen Ereignisse abzuwarten, die unter den Großmächten eintreten müssen."

Sehr bezeichnend ist nachstehendes Telegramm des serbischen Gesandten in Petersburg an das Ministerium des Äußern in Belgrad vom 29. April 1913:

„Wiederum sagte mir Sasonow, daß wir für künftige Zeiten arbeiten müssen, da wir viel Land von Österreich bekommen werden. Ich entgegnete ihm, daß wir Monastir (Bitolia) gerne den Bulgaren geben werden, wenn wir Bosnien und andere Länder Österreichs bekommen."

Dr. Bogičević bringt auch vollinhaltlich den bulgarisch-serbischen Vertrag vom 29. Feber 1912, der auf den Balkankrieg abzielte und dessen gegen Österreich-Ungarn gekehrte Spitze deutlich war.

Der Vertrag enthielt eine Geheimanlage, die unter anderem folgendes enthielt:

„Wenn eine Einigung über ein bewaffnetes Vorgehen zustande kommen sollte, so ist Rußland davon zu benachrichtigen, und wenn letzteres keine Hindernisse in den Weg legt, so schreiten die Verbündeten zu den verabredeten kriegerischen Operationen."

Für den Fall, daß eine Einigung nicht zustande käme, bestimmt Artikel I: „wird die Frage Rußland zur Begutachtung vorgelegt. Die Entscheidung Rußlands ist für beide vertragschließenden Parteien verbindlich."

Laut Artikel III war eine Kopie des Vertrages mit der Geheimanlage und der Militärkonvention der russischen Regierung zu überreichen und von Rußland das Schiedsrichteramt in strittigen Fällen zu erbitten.

Die Militär-Konvention fordert für den Fall gegenseitiger Hilfe: von Serbien 150.000, von Bulgarien 200.000 Mann. Falls Rumänien Bulgarien angreifen sollte, hatte Serbien sofort an Rumänien den Krieg zu erklären und mindestens 100.000 Mann entweder an die mittlere Donau oder in die Dobrudža gegen Rumänien zu senden. Falls die Türkei Bulgarien angreift, hatte Serbien mit mindestens 100.000 Mann gegen diese einzugreifen.

Gegen Österreich-Ungarn kehrte sich Artikel III:

„Falls Österreich-Ungarn Serbien angreifen sollte, verpflichtet sich Bulgarien, Österreich-Ungarn sofort den Krieg zu erklären und seine Truppen in Stärke von 200.000 Mann auf serbisches Gebiet zu entsenden und gemeinsam mit der serbischen Armee offensiv und defensiv gegen Österreich-Ungarn operieren zu lassen.

Diese Verpflichtungen seitens Bulgariens zugunsten Serbiens bleiben auch für den Fall in Kraft, daß Österreich-Ungarn, nach Vereinbarung mit der Türkei oder ohne eine solche, unter irgend einem Vorwande seine Truppen in den Sandžak von Novipazar einrücken lassen und hierdurch Serbien nötigen sollte, entweder Österreich-Ungarn den Krieg zu erklären oder seine Heere nach dem Sandžak zur Verteidigung seiner dortigen Interessen zu entsenden, wodurch Serbien einen Zusammenstoß mit Österreich-Ungarn hervorrufen würde."

Dabei war allerdings zu bedenken, daß die bulgarische Wehrmacht durch Rumänien und wohl auch durch die Türkei gebunden, also kaum gegen Österreich-Ungarn verfügbar geworden wäre.

Bezeichnend für die Lage nach der Annexionskrise ist folgende Stelle aus einem Bericht des serbischen Geschäftsträgers Gruić in London vom 8. September 1911 an den serbischen Minister des Äußern Milovanović:

„Aber sowohl Frankreich wie auch seine Bundesgenossen sind der Ansicht, daß der Krieg — selbst um den Preis größerer Opfer — auf spätere Zeit, das ist auf die Jahre 1914—1915 verschoben werden müsse. Die Notwendigkeit dieses Aufschubes erheischt weniger die materielle Kriegsbereitschaft Frankreichs, welche vollendet ist, als die Organisierung des Oberkommandos, welche noch nicht beendet ist. Diese Frist ist auch Rußland erforderlich. Hiervon wird nur England keinen

Nutzen haben, weil sich seine Flottenübermacht gegenüber der deutschen mit jedem Jahre verringert. Mit Rücksicht auf die Bereitschaft der Bundesgenossen rät Frankreich, sich jetzt mit Deutschland zu verständigen."

In diesem kurzen Satz ist die auf den europäischen Krieg abzielende Machenschaft von Österreich-Ungarns und Deutschlands Feinden unverblümt und terminsicher gekennzeichnet.

Resumiert man die Enthüllungen des Dr. Bogičević, so ergibt sich die vitale, unausweichliche Gefahr, die für Österreich-Ungarn in den hartnäckig und skrupellos verfolgten aggressiven Zielen Serbiens gelegen war.

Wie meine dokumentarisch belegten Darlegungen erweisen, habe ich mich über diese Gefahr niemals getäuscht und unentwegt auf die einzig noch mögliche Folgerung hingewiesen, nämlich der Gefahr rechtzeitig zu begegnen.

An Gelegenheit hiezu hat es nicht gefehlt, wohl aber an Entschlossenheit und Voraussicht.

Wenn auch die Veröffentlichungen des Herrn Dr. Bogičević nicht schon so deutlich sprechen würden, zeigten die in der Folge eingetretenen Tatsachen, welche Wege Rußland und Serbien wandelten.

Österreich-Ungarns Friedfertigkeit war verlorene Liebesmüh.

Am Schlusse der Darlegungen für das Jahr 1912 möchte ich noch -- als Gedächtnisbehelf für den Leser — von den sonstigen bemerkenswerteren Ereignissen dieses Jahres die wichtigsten erwähnen:

Deutschland:

12. Jänner. Wahlsieg der Sozialdemokraten. (Scheidemann anfänglich zum Vizepräsidenten gewählt);

13. März. Gültigkeitsbeginn des Marokko-Abkommens vom 4. November 1911, auf das Frankreich einging, da ihm ein Krieg verfrüht gekommen wäre, das aber die Stimmung in Frankreich gegen Deutschland nur verschärfte.

19. März speist Kaiser Wilhelm II. beim französischen Botschafter Cambon; Freundschaftsakt gegenüber Frankreich.

21. Mai. Heeresvorlage angenommen. Jährliche Erhöhung des Rekrutenkontingentes um 29.000 Mann; Aufstellung zweier neuer Armeekorps (Allenstein und Saarbrücken); Verbesserungen bei den technischen Waffen. Drei neue Linienschiffe, zwei neue Kreuzer genehmigt.

4. und 5. Juni. Freundschaftsbezeigungen zwischen Kaiser Wilhelm II. und Zar Nikolaus II. gelegentlich der Zusammenkunft in Baltischport.

Juli 1912. Reise Poincarés nach Petersburg, Ergänzung des Bündnisses mit Rußland von 1891 und der Militärkonvention von 1892 durch ein Flottenabkommen.

Rußland:

Innere Schwierigkeiten.

3. März. Finanzminister Kokowcew ordnet die Finanzen durch das Branntwein-Monopol, weshalb ihn Witte angreift.

November 1912. Vierte Duma, Rozdzianko Präsident.

Frankreich:

Mai. Aufstand in Marokko (Fez), niedergeworfen durch General Lyautey (43.000 Mann).

26. Oktober. Marokko-Vertrag zwischen Spanien und Frankreich abgeschlossen. Gesetz über den Achtstundentag angenommen.

England:

11. April bringt Asquith die Vorlage über Irland ein, die das Unterhaus annimmt (Homerule).

17. Juni. Neue Wahlreformvorlage. Suffragettenbewegung, Frauenstimmrecht, Lady Pankhurst als fanatische Führerin.

Lord Haldane in Deutschland zur Vermittlung in der Flottenbaufrage, durch die sich Deutschland Beschränkungen auferlegen sollte, was es ablehnte.

Türkei:

17. Jänner. Auflösung der Kammer wegen des Gesetzes über Recht des Sultans, die Kammer nur mit Zustimmung des Senates aufzulösen;
Neuwahlen wieder günstig für die Jungtürken.
23. Juni. Gesetz angenommen, wonach der Sultan auch ohne Senat die Kammer auflösen kann;
Erneuerter Aufstand der Arnauten (mohammedanische Albanesen). Offiziere verlangen ein anderes Kabinett, die Arnauten die Auflösung der Kammer;
Beides geschah; auch wurde Mahmud Schefket entlassen.

18. Juli. Ministerium Said entlassen.

23. Juli. Der achtzigjährige Muktar Pascha wird Großvezier, was mit einer reaktionären, gegen die Jungtürken gekehrten Richtung zusammenhängt.

5. August. Kammer aufgelöst; Belagerungszustand über Konstantinopel erklärt.

Ausbruch des Balkankrieges; Beendigung des italienischen Krieges.

Persien.

Mißglückter Versuch des abgesetzten Schah's, sich der Herrschaft wieder zu bemächtigen, Flucht desselben nach Odessa (17. März).

Portugal.

7. und 8. Juli. Fehlschlagen des monarchistischen Putsches unter Conceiros.

Dänemark.

14. Mai stirbt König Friedrich VIII., ihm folgt in der Regierung Christian X.

Japan.

30. Juli stirbt der Mikado Mutsuhito, ihm folgt sein Sohn Yoshihito und nimmt sich, in Erkenntnis, daß zur Leitung eines Staatswesens gereifte Erfahrung notwendig ist, den bewährten Katsura als Berater.

China.

2. Februar wird auf Befehl des Kaisers die Republik proklamiert.

10. März wird Yuanschikai Präsident.

Im Juli bricht in Südchina der Aufstand aus, mit dem Ziel, sich vom Norden abzutrennen; er wird durch Yuanschikai niedergeschlagen, der am 6. Oktober zum Präsidenten gewählt wird.

Die Mongolei tritt unter russischen Schutz, das Heer wird von russischen Offizieren ausgebildet;

Tibet reißt sich los und erzwingt den Abmarsch der chinesischen Truppen.

Nordamerika.

4. November. Wilson zum Präsidenten gewählt.

A N H A N G

(Anlage 1 bis 3)

Inhalt.

Anlage 1.

Auszug aus dem Vortrag des Chefs des Generalstabes.

Res. Glst. Nr. 510 vom 13. Feber 1911 (Bedenken gegen zu niedere Anforderungen des Reichskriegsministers).

Anläßlich der Kürzung der finanziellen Anforderungen durch den RKM. meldet der Chef des Generalstabes, daß diese Forderungen des RKM. weit unter dem zulässigen Mindestmaß geblieben sind, die er als Chef des Generalstabes im Herbste 1910 angefordert habe.

Der Chef des Generalstabes habe 1000 Millionen Kronen als Minimum bezeichnet, der RKM. dagegen nur 260 Millionen Kronen angesprochen. Dies genüge aber kaum für die Kosten der Wehrreform und zur Sanierung der bestehenden Mißstände, geschweige denn für die dringend notwendige Ausgestaltung.

Der Chef des Generalstabes habe außer den 260 Millionen, für welche der RKM. eintrat, noch 200 Millionen Kronen für die dringend notwendig gewordene Neubewaffnung der Infanterie und 119 Millionen für die Reichsbefestigung angefordert. Von diesen beiden Forderungen sei gar nicht gesprochen worden.

Es sei mit Sicherheit vorauszusehen, daß von dem minimalen Reste, der — auf fünf Jahre verteilt — dem RKM. verbleiben werde, nachdem es die Kosten der Wehrreform gedeckt habe, nicht einmal die wichtigsten, auch vom RKM. geplanten Maßnahmen, wie Neubewaffnung der Gebirgskanonen-, Gebirgshaubitz-, Feldhaubitz- und schweren Haubitzformationen, wofür 127 Millionen Kronen veranschlagt waren, bestritten werden könnten.

Das RKM. habe sich für fünf Jahre gebunden, mit dem angeforderten Betrage das Auslangen zu finden, d. i. bis 1915. Dennoch wird zu dieser Zeit ein Betrag von 57·1 Millionen Kronen ganz unbedeckt bleiben, welcher das Budget von 1915 belasten werde. Und zudem habe sich das RKM. der Möglichkeit der Geltendmachung einer Gegenleistung begeben, da die einzige Rekompensation, welche die Heeresverwaltung geben könnte — die Reduktion in der Dienstzeit auf zwei Jahre — schon jetzt im vorhinein preisgegeben worden sei.

Der RKM. sehe nach seinen Äußerungen nach Durchführung der von ihm vertretenen (restringierten) Maßnahmen „mit einiger Ruhe“ den kommenden Ereignissen entgegen.

Der Chef des Generalstabes halte es aber für unabweislich, ihnen mit voller Ruhe entgegensehen zu können.

Er, der Chef des Generalstabes, könne unter diesen Verhältnissen auch nicht mehr für die Zulässigkeit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit eintreten, wenngleich er sie vertreten würde, wenn die von ihm beantragten 1000 Millionen Kronen verfügbar gemacht würden.

Wenn der Chef des Generalstabes seine Forderungen hätte selbst vertreten können (wie der Marinekommandant), könnte er sich ruhiger fühlen. Da er aber nur vor Seiner Majestät verantwortlich, sehe er sich bemüßigt, zum Ausdrucke zu bringen, daß er unter diesen Verhältnissen die Verantwortung für die Kriegsbereitschaft nicht zu tragen vermöge, und erbitte die diesbezügliche Entscheidung Seiner Majestät.

Ein Exemplar dieses a. u. Vortrages wurde vom Chef des Generalstabes Seiner Majestät, ein zweites Seiner Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand unterbreitet.

Anlage 2.

Chef des Generalstabes.
Glst. Res. Nr. 1581.

Denkschrift
vom 23. April 1911.

Allergnädigster Herr!

Ich bitte Euer Majestät um Allergnädigste Entgegennahme des vorliegenden a. u. Vortrages, in welchem ich bemüht bin, in gedrängter Kürze den Hergang der mein Ressort berührenden Verhältnisse seit dem Zeitpunkte meiner Amtswirksamkeit darzulegen und hieraus die dermalen dringendsten und unerläßlichen Maßnahmen abzuleiten.

Bei meiner Ernennung zum Chef des Generalstabes habe ich in einem an den k. u. k. Minister des Äußern gerichteten Schreiben, sowie wiederholt in verschiedenen a. u. unterbreiteten Denkschriften auf den innigen Zusammenhang zwischen äußerer Politik, Heeresausgestaltung und konkreten Kriegsvorbereitungen hingewiesen. In diesem Sinne die Lage im Jahre 1906/07 beurteilend, habe ich die Überzeugung ausgesprochen, daß das Entwicklungsgebiet für die Monarchie am Balkan zu suchen ist, daß nicht nur kommerzielle und kulturelle Interessen die Monarchie dahin weisen, sondern daß auch die dauernde Erhaltung wesentlicher Gebietsteile der Monarchie es bedingt, die südslawische Frage seitens der Monarchie zu lösen und diese Lösung nicht andern Staaten (Serbien, Montenegro) in die Hände zu spielen, daß deshalb schon, überdies aber auch aus mannigfach anderen militärischen, geographischen, kommerziellen und politischen Gründen nicht nur die mittlerweile vollzogene Annexion Bosniens und der Herzegowina, sondern auch die Einverleibung Serbiens, inklusive des Gebietes von Niš, das unverrückbare Ziel der Monarchie sein müsse.

Ich habe dabei weiter betont, daß bei Anstreben dieses Zieles Italien als Gegner der Monarchie auftreten würde, umsomehr als Italien auch das aggressive Ziel verfolgt, Südtirol, Küstenland, Istrien etc., mindestens aber Südtirol der Monarchie zu entreißen. Ich habe dabei wiederholt geltend gemacht, daß es eine arge Täuschung wäre, sich durch momentane offizielle Freundschaftskundgebungen beruhigen und einschläfern zu lassen, daß es vielmehr Pflicht ist, dieser Gefahr ins Auge zu sehen und daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen.

Die Situation der Monarchie im Jahre 1906/07 mit jener Italiens in Vergleich ziehend, war mir wohl klar, daß auch die Schlagbereitschaft der ersteren vieles zu wünschen übrig ließ, daß jedoch jene Italiens noch viel weiter zurückstand.

Mein Streben war daher darauf gerichtet, die für die damaligen Verhältnisse dringlichsten Besserungen auf eigener Seite rasch durchzusetzen, was auch trotz der mißlichen innerpolitischen Verhältnisse geschah, und dann zum ehest zu führenden Krieg gegen Italien zu raten, wohl voraussehend, daß bei der notorischen Stagnation der eigenen Heeresentwicklung mit jedem kommenden Jahre sich die relativen Verhältnisse zu unseren Ungunsten verschieben würden, da Italien seit dem Jahre 1905 daran ging, seine militärische Lage energisch zu bessern.

Der Krieg gegen Italien wurde nicht geführt — und meine Voraussetzungen haben sich leider erfüllt.

Italien hat sich seither militärisch und insbesondere in den gegen die Monarchie gerichteten Kriegsvorbereitungen in hohem Maße entwickelt, die Monarchie hingegen ist in allem zurückgeblieben. Während beispielsweise 1906/07 und auch noch 1908 die Niederkämpfung der italienischen Befestigungen mit den artilleristischen Mitteln der Monarchie möglich gewesen wäre, trifft dieses dermalen nicht mehr zu; während damals eigenerseits gleich große Truppenmassen früher operationsbereit an der Grenze aufmarschiert sein konnten, ist dank der Ausgestaltung des italienischen Bahnnetzes dies dermalen gerade umgekehrt der Fall; während Italien dank der wesentlichen Vermehrung und Verstärkung seiner Grenzgarnisonen jetzt mit weit stärkeren Kräften sofort bei Kriegsbeginn, und zwar auch überfallsweise auftreten kann, wurden eigenerseits die dringendsten Garnisonsvermehrungen hinausgeschoben, wesentlich aus der vom Minister des Äußern ausgehenden steten Besorgnis, Italien nicht zu reizen oder zu verstimmen, sich keine diplomatischen Komplikationen zu schaffen; während Italien 1906/07 höchstens 24 Divisionen ins Feld stellen konnte, wird es jetzt schon mindestens 6, in Bälde wohl auch noch weitere 6 Mobil-Miliz-Divisionen der Operationsarmee zuschlagen können u. s. f.

Es gab daher 1906/07 nur zwei Entscheidungen: entweder den Krieg gegen Italien zu führen oder mit größter Energie und mit Aufwendung aller Mittel sich für den Moment vorzubereiten, in welchem dieser Krieg der Monarchie wird aufgenötigt werden.

Weder das eine noch das andere geschah.

Ich hatte im Jahre 1906/07 in einer Euer Majestät a. u. unterbreiteten Denkschrift die Ansicht ausgesprochen, daß es vermieden werden müsse, sich in weitgehende Komplikationen am Balkan ein-

zulassen, ehe mit Italien abgerechnet ist, daß daher zuerst der Krieg gegen Italien zu führen, dann die aktive Politik am Balkan einzuschlagen ist.

Nun fiel in die folgenden Jahre zur größten Überraschung der gesamten Diplomatie die jungtürkische Bewegung mit der konstitutionellen Umgestaltung der Türkei, und dieses Ereignis rückte die Notwendigkeit der Annexion Bosniens und der Herzegowina in erste Linie.

Dieser Notwendigkeit wurde mit raschem und energischem Zugreifen entsprochen und sorgten die trotz mannigfacher Widerstände durchgeführten militärischen Vorkehrungen dafür, daß diesem Schritte der unerläßliche Nachdruck verliehen wurde.

Als sich aber in dieser Zeit, dank dem Verhalten Serbiens und Montenegros, die Möglichkeit ergab, die Balkanziele unter selten günstigen Nebenumständen sofort zu verfolgen, wurde von dieser günstigen Lage der Dinge kein Gebrauch gemacht.

Ich hatte den Krieg gegen Serbien damals dringend vertreten und war in der Lage, Euer Majestät a. u. melden zu können, daß mit 1. März 1909 alles hiezu vorgekehrt sei, wenn nötig aber auch schon früher die Aktion beginnen könne.

Durch das Anwachsenlassen eines selbständigen Königreiches Serbien und eines selbständigen Königreiches Montenegro hat sich die Monarchie den Weg auf den Balkan bereits mehr als halb versperrt, ein autonomes Albanien und ein erweitertes Bulgarien wird ihn ganz versperren, wenn die Monarchie nicht selbst festen Fuß mitten im Balkan hat.

Der Mißerfolg mit der Sandžakbahn gegenüber den auswärtigen Bestrebungen nach der Adriabahn, die kommerziellen Schwierigkeiten mit Serbien und die Eröffnung neuer, von der Monarchie unabhängiger Absatzgebiete für dieses sind Zeichen dieser Lage.

Italien weiß genau, warum es Serbien und Montenegro unterstützt und die albanesischen Autonomiebestrebungen fördert.

Während nun 1906/07 die relativ günstige Lage gegenüber Italien nicht ausgenützt wurde, unterblieb dies nunmehr 1909 auch gegenüber Serbien und Montenegro.

Das Resultat war, daß alle drei genannten Staaten ihrer prekären militärischen Situation entschlüpft waren, seither reichlich Zeit fanden, an ihre militärische Ausgestaltung zu schreiten und daß sie diese Zeit auch weitestgehend ausnützten.

Dabei festigte sich auch nicht unwesentlich ihre politische Situation; so wurde Montenegro zum Königreiche erklärt, in Serbien konsolidierten sich die Verhältnisse, insbesondere auch die Lage der Dynastie, und Italien gewann noch mehr den Charakter eines zielbewußt und erfolgreich

aufstrebenden Staates; damit wuchsen aber auch die Aspirationen dieser Staatswesen.

Die expansive Tendenz Montenegros spricht sich in dessen Verhalten gegen Albanien, bezw. gegenüber der Türkei aus, für die Ziele Serbiens zeugen die österreichfeindliche Agitation und Haltung dieses Königreiches, und der zielbewußt arbeitende Irredentismus läßt wohl über die Absichten Italiens keinen Zweifel.

Dem allen gegenüber blieb die Monarchie weit zurück; zwar hat die Entwicklung der Seemacht in jüngster Zeit einen wesentlichen Schritt vorwärts gemacht, aber gerade der einzig und allein die Kriegsentscheidung gebenden Landmacht wurden selbst die dringlichsten finanziellen Mittel für die Ausgestaltung versagt.

Läßt auch die endliche Durchbringung der Wehrvorlage sozusagen in letzter Stunde die Aufbringung des erforderlichen Mannesmaterials für die Sanierung der Stände, vor allem jener der arg geschädigten Fußtruppen, sowie für die Aufstellung der dringlichen Neuformationen erhoffen, so muß ich doch die für die nächsten fünf Jahre in Aussicht gestellten finanziellen Mittel als gänzlich unzureichend bezeichnen und müßte es als ein schweres Versäumnis meinerseits betrachten, hierauf nicht erneuert die Aufmerksamkeit gelenkt zu haben.

Ich muß dabei hervorheben, daß das durch die ungenügenden finanziellen Mittel aufgenötigte Kargen mit dem Notwendigsten nicht nur die konkreten Kriegsvorbereitungen, sondern auch die organische Entwicklung des Heeres, sowie dessen Ausbildung in empfindlichster Weise beeinträchtigt.

Geruhen Euer Majestät Allergnädigst zu genehmigen, daß ich mich diesbezüglich auf meinen a. u. Vortrag Glst. Res. Nr. 510 von 1911 berufe, welchen ich Euer Majestät am 14. Feber l. J. in Budapest unterbreitet und in tiefster Ehrfurcht mündlich ausführlich erörtert habe und welcher auch den Gegenstand meiner Darlegungen in dem am 5. März d. J. in Budapest stattgehabten Ministerrat gebildet hat.

Geruhen Euer Majestät ferner Allergnädigst zu genehmigen, daß ich daraus folgendes herausgreife:

Ich erklärte die 200 Millionen Kronen, welche überdies auf fünf Jahre verteilt und sowohl für die Ausgestaltung des Heeres inklusive der Reichsbefestigung, als für die Auslagen der zweijährigen Dienstzeit ausreichen sollten, für ganz unzureichend und begründete eine Mehrforderung von mindestens 250 Millionen Kronen über obige 200.

Dem wurde nun entgegengehalten, daß die beiden Staaten der Monarchie unmöglich eine solche finanzielle Leistung aufzubringen vermögen.

Es blieb daher bei der Anomalie, daß in einem allseits von Landgegnern umgebenen Reiche, dessen ausschlaggebende schließliche Kriegsentscheidungen nur zu Lande erfolgen können, bloß 200 Millionen Kronen für das stehende Heer, dagegen 312 Millionen Kronen für die Kriegsmarine bewilligt wurden.

Weit entfernt, nicht in letzterer Bewilligung eine sehr erfreuliche Ausgestaltungsmöglichkeit für die Kriegsmarine zu sehen, müßte ich es jedoch als sehr bedauerlich bezeichnen, wenn dies nur um den Preis einer Vernachlässigung der Landmacht erkauft worden wäre.

Ich halte aber dafür, daß auch bei voller Zuwendung der 312 Millionen Kronen an die Marine auch die unerläßliche Aufbringung wenigstens jener 250 Millionen Kronen möglich bleibt, welche ich für die Ausgestaltung der Landmacht und Reichsbefestigung gefordert habe, für deren rechtzeitige Vertretung aber ich in keiner Weise herangezogen wurde.

Was die Möglichkeit der finanziellen Leistung anlangt, bitte ich a. u. nur folgendes anführen zu dürfen:

Unmittelbar nach Erledigung des Heeresetats brachte die österreichische Regierung eine Lokalbahnvorlage ein, welche mit Auslagen von 233 + 45 Millionen Kronen rechnete. Während also der außerordentliche Beitrag der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder für das gemeinsame Heer nur zirka 132 Millionen Kronen, obendrein auf fünf Jahre verteilt, also per Jahr kaum 30 Millionen Kronen beträgt, wurden für die Lokalbahnen 278 Millionen Kronen eingebracht.

In der beiliegenden Karte sind alle diese Lokalbahnen rot eingezeichnet; ein Blick auf diese Karte genügt, um zu zeigen, welch kleinlichen, rein lokalen Interessen diese Bahnen dienen, Interessen, welche umsomehr zurücktreten sollten, als ihre Respektierung nicht nur auf Kosten der Reichsforderung nach dringlicher Ausgestaltung der Wehrmacht ginge, sondern auch die Entwicklung der Hauptbahnen schädigen, den Staat nur mit unproduktiven Auslagen belasten und die Entwicklung jener Linien hemmen würde, welche ihm Einnahmen und Überschüsse eintragen könnten.

Was die andere Reichshälfte — Ungarn — anlangt, so wird sich die Forderung des ungarischen Landesverteidigungsministers außer auf eine bedeutende ständige Erhöhung des Ordinariums auch noch auf einen einmaligen außerordentlichen Kredit von 125 Millionen Kronen erstrecken. Während also Ungarn für seine Landwehr so große außerordentliche Ausgaben vorsieht, widmet es für das gemeinsame Heer, und zwar auf fünf Jahre hinaus, nur einen Beitrag von zirka 68 Millionen Kronen.

Zur Beleuchtung dieser Zahlen möchte ich noch anführen, daß während die Monarchie für ihre seit Jahren rückständige Landmacht nur 200 Millionen außerordentliche Ausgaben vorsieht, das kleine Rumänien für sein Heer eine Anleihe von 200 Millionen Lei, also nahezu ebensoviel, in Aussicht nahm, wovon 52 Millionen, auf zwei Jahre verteilt, bereits bewilligt sind.

Ich erlasse es mir, auf die enormen Summen einzugehen, welche der kolossale Verwaltungsapparat mit seinen zahllosen Beamten und deren Versorgungsgenüssen verschlingt, ferner auf die einer komplizierten Organisation entspringende Sterilität des Staatsbahnbetriebes, endlich auf die Konsequenzen einer wenig großzügigen Finanzpolitik; ich bitte aber a. u. nur beispielsweise anführen zu dürfen, daß, so weit ich orientiert bin, die Zahl der Staatsangestellten in Österreich 236.200
in Ungarn 300.000
also in Summe . . 536.200 betragen soll,
also weit mehr, als der mit 415.300 bezifferte Friedensstand des Heeres, der Kriegsmarine und der beiden Landwehren zusammengenommen.

Zu dieser Staatsangestelltenzahl käme dann noch die Zahl der autonom-behördlichen etc. etc. Organe.

Ich bitte nun Euer Majestät a. u. wie folgt resumieren zu dürfen:

In der Restringierung der für das gemeinsame Heer von mir geforderten Kredite auf 200 Millionen Kronen und in deren bindenden Verteilung auf fünf Jahre sehe ich eine überaus bedenkliche Schädigung des gemeinsamen Heeres, welche um so folgenschwerer werden muß, als mannigfache Rückstände aus der Periode der Stagnation zu beheben sind und als alle in Betracht kommenden voraussichtlichen Gegner der Monarchie zielbewußt, energisch und, insbesondere was Italien und Rußland betrifft, mit Aufwendung großer Mittel an ihrer militärischen Entwicklung arbeiten, wobei Italien jetzt schon die Monarchie in mancher Hinsicht überholt hat.

Ich erachte weiter dafür, daß die Lage drängt, weil die Vorgänge am Balkan die Situation jeden Moment ins Rollen bringen und auch sonstige Verhältnisse eintreten können, welche zur Aktion zwingen.

Trotz aller gegenteiligen Behauptungen des Ministers des Äußern ist es unverkennbar, daß Italien das Jahr 1912 als Termin für seine Kriegsbereitschaft im Auge hat, daß es daher auch an der Monarchie wäre, ihre Vorsorgen auf diesen Termin zu stellen, also zu beschleunigen.

Ich beurteile daher die dermalige Lage als eine außergewöhnliche und erachte dafür, daß auch außergewöhnliche Maßnahmen nicht nur begründet, sondern unerläßlich sind.

Ich erachte daher auch dafür, daß das Unzulängliche der für das Heer ausgeworfenen Mittel offen einzugestehen und unbekümmert um die fünfjährige Bindung die Forderung nach den unerläßlichen Mitteln zu stellen wäre.

Aber auch ganz abgesehen von dieser durch die allgemeine politische Lage aufgedrängten Notwendigkeit müßte ich in einer Verkümmerung des gemeinsamen Heeres zu Gunsten der Marine und der beiden Landwehren eine überaus folgenschwere Verrückung des Schwerpunktes der bewaffneten Macht sehen.

Ich bitte daher Euer Majestät a. u. um Euer Majestät Allergnädigste Einflußnahme im Sinne der von mir erbetenen Vorsorgen für die eheste Ausgestaltung des gemeinsamen Heeres.

Wien, am 23. April 1911. Conrad m. p., G. d. I.

Anlage 3.

Denkschrift

vom 15. November 1911.

Res. Gstb. Nr. 4350.

Allergnädigster Herr!

Geruhen Euer Majestät die vorliegende Denkschrift Allergnädigst entgegenzunehmen, in welcher ich bestrebt bin, ein knappes Bild der militärpolitischen Lage, der darauf basierten konkreten Kriegsvorbereitungsarbeiten, sowie jener Forderungen zu geben, die ich pflichtgemäß als unerläßlich, beziehungsweise unaufschiebbar bezeichnen und für welche ich die ganz besondere Allerhöchste Einflußnahme erbitten muß.

Wenn ich auch in allen jenen Memoires, welche ich seit meiner Ernennung zum Chef des Generalstabes a. u. unterbreitet habe, mir erlaubte, die mich leitenden Anschauungen schon wiederholt zum Ausdrucke zu bringen, so bitte ich doch Euer Majestät, erneuert Allergnädigst gestatten zu wollen, daß ich dieselben nochmals kurz zusammenfasse.

Ich gehe von der Grundansicht aus, daß ein Staat stets positive und daher auch aggressive Ziele verfolgen muß, weil bei dem Beschränken auf das bloße Erhalten ein Rückgang um so unausbleiblicher wird, als die umgebenden Nachbarn ihr Machtgebiet zu erweitern streben.

Ich bin daher ferner der Ansicht, daß es eine Fiktion ist, an einen status quo zu glauben und daher auch ein Fehlschluß, seine Politik und — was mir nahe geht — damit zusammenhängend auch seine militärischen Vorsorgen auf einen solchen zu basieren.

Ich bin ferner der Ansicht, daß es bei der eigenen Verfolgung positiver Entwicklungsziele darauf ankommt, die zur Erreichung dieser Ziele unvermeidlichen Aktionen dann eintreten zu lassen, wenn die Verhältnisse hiefür am günstigsten liegen, sei es, daß die momentane Konstellation plötzlich solche Chancen bietet, sei es, daß eine auf ein solches Ziel weit vorschauende eigene Politik es zustande bringt, solche Chancen selbst zu schaffen, was mir immer als natürlichster, erfolgreichster und daher gebotenster Weg erscheint.

Ich halte ferner dafür, daß nur bei Einhaltung des letzteren Prinzipes die großen Kosten für die Wehrmacht sich bezahlt machen, beziehungsweise, daß umgekehrt nur bei diesem Prinzip die Möglichkeit vorliegt, die schweren Lasten für die Wehrmacht zu erleichtern, weil eben nur dabei die Konzentrierung der Vorkehrungen und daher auch der Auslagen für eine bestimmte Aktion möglich erscheint, während es andernfalls unvermeidlich ist, fortwährend auf alle möglichen von außen aufgedrängten Ereignisse gefaßt zu sein, also fortwährend eine schwere Rüstung zu tragen, welche dann oft gänzlich unverwertet bleibt, was einem Kapitalverlust von Millionen gleichkommt.

Insbesondere ein Staat, welcher, wie die Monarchie, allseits von möglichen Gegnern umgeben ist, vermag es kaum zu leisten, daß er jederzeit auch allseits, daher auch eventuell gleichzeitig gegen mehrere Gegner schlagbereit sei; ich halte dafür, daß gerade ein solcher Staat mehr als jeder andere daran gehen muß, seine voraussichtlichen Gegner beizeiten festzustellen, und trachten muß, dieselben nacheinander niederzuringen, wenn nicht schon das Niederringen eines derselben ausreichen sollte, die anderen zur Aufgabe der Gegnerschaft bei Verfolgung ihrer politischen Ziele zu veranlassen.

Was nun die Feststellung der voraussichtlichen Gegner anlangt, so bin ich der Meinung, daß hiefür nicht die momentanen Machthaber des betreffenden Staates oder die momentan zur Schau getragene Stimmung seiner Regierung bestimmend erscheinen, sondern daß hiefür ausschließlich die der Wesenheit des betreffenden Staates innewohnenden Entwicklungsbedingungen und daher stets wieder durchschlagenden Entwicklungsbestrebungen ausschlaggebend werden, daß es daher darauf ankommt, den Kalkül auf diese zu basieren.

Geht man daran, die Nachbarn der Monarchie von diesem Standpunkte aus zu beurteilen, damit man — und das ist für mich pflichtgemäß geboten — nicht nur die militärischen Chancen abwägen, sondern auch die unerläßlichen militärischen Vorkehrungen feststellen könne, so führt dies zu folgendem:

I t a l i e n. Es ist unverkennbar, daß dieser Staat seit seiner nationalen Einigung ununterbrochen an Konsolidierung zunahm, daß er sich kommerziell, finanziell, politisch und ganz besonders auch in militärischer Hinsicht bedeutend entwickelte und mit allen Bestrebungen einer Großmacht auf die Weltbühne getreten ist. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß es ein Irrtum wäre, die italienische Armee noch nach demselben Maßstab zu messen, wie im vorigen Jahrhundert; wird auch in

alle Hinkunft mit der überlegenen soldatischen Tüchtigkeit der Nationen der Monarchie zu rechnen sein, so sind es doch vor allem das vorzügliche, ambitionierte Offizierskorps, dann die reichliche technische Ausgestaltung, wozu ich ganz besonders auch die munifizent durchgeführte Reichsbefestigung rechne, endlich der mit allen Mitteln aufgestachelte nationale Enthusiasmus, welche die italienische Armee von heute weit über jene früherer Zeiten stellen.

Die Mißerfolge in Tripolis dürfen in dieser Hinsicht nicht überschätzt werden, da vcn solchen Erscheinungen auch andere Armeen in ähnlichen Verhältnissen betroffen waren.

Gestützt auf diese Verhältnisse, ist es naturgemäß, daß Italien positive Ziele verfolgt. Diese sind:

Der Landbesitz im nördlichen Afrika (Tripolis);

die Einverleibung Südtirols, des Isonzogebietes, Istriens und Triests in das italienische Staatsgebiet;

die wenigstens kommerziell entscheidende Festsetzung am Balkan, hiezu die Vorherrschaft in der Adria, die Durchdringung des westlichen Balkans mit dem italienischen Einfluß, vielleicht einmal auch die tatsächliche Festsetzung in wichtigen Häfen der adriatischen Ostküste, darunter besonders in Valona.

Es liegt auf der Hand, daß das erste Ziel (Machterweiterung in Afrika) bloß indirekt, daß aber alle andern direkt gegen die Interessen der Monarchie gerichtet sind, also zur Gegnerschaft führen müssen.

Daß dermalen die italienische Regierung alles aufbietet, um Liebe, Freundschaft und Interessenharmonie vorzuspiegeln, ist mehr als natürlich; aber ebenso sicher ist es auch, daß Italien nach Konsolidierung seiner tripolitanischen Aktion sehr bald wieder die momentan zurückgestellten Ziele hinsichtlich der italienischen Territorien der Monarchie, sowie hinsichtlich der Interessensphäre am Balkan aufnehmen wird, weil dies den natürlichen, dem Wesen Italiens eigentümlichen Entwicklungsbestrebungen innewohnt.

Mit welcher Rücksichtslosigkeit und in welch überraschender Weise Italien dabei fast mit Sicherheit vorgehen wird, darauf weist dessen Inszenierung der Tripolisaktion mehr als deutlich hin. Es wäre bedenklich, dies nicht zu erkennen.

R u ß l a n d. Wenn auch Rußland zu großem Teil mit seinen Interessen in Asien verwickelt ist, so liegt es doch auch im inneren Wesen dieses Reiches, expansive Ziele in Europa zu verfolgen; für dieselben sind zwei Momente besonders bestimmend, und zwar die nationale Mission

als slawische Vormacht und das Streben nach Erweiterung seiner maritimen Machtsphäre.

Das erstere Moment ist Ursache der Wühlarbeit Rußlands in den slawischen Gebieten der Monarchie, insbesondere abzielend auf Gewinnung des ruthenischen Elementes, ferner Ursache der engen Beziehungen, welche Rußland mit Serbien und Montenegro unterhält; das letztere Moment spricht sich in dem Streben nach gesichertem Besitz der Ostseegebiete (Finnland), der Festsetzung am Weißen Meer, vor allem aber in dem Streben nach dem Besitz der Dardanellen und des Bosporus aus, hier, um die Fahrt ins Mittelmeer frei zu haben.

Von diesen Momenten sind es die ersteren, welche Rußland direkt in Gegnerschaft zur Monarchie bringen können, doch dürften vielleicht die letzteren das Mittel bieten, sich mit Rußland auszugleichen, wenigstens für jene Zeit, zu welcher man positive Ziele an anderer Stelle verfolgt.

Dabei muß es als richtunggebend bezeichnet werden, daß die Politik es unbedingt zu vermeiden wisse, die Monarchie gleichzeitig zu mehreren Nachbarn, also insbesondere Rußland, Italien und den Balkanstaaten, in Gegnerschaft zu bringen. Da jedoch letztere hinsichtlich Italiens und der Balkanstaaten zweifellos besteht und sicher in die Erscheinung treten wird, so legt es sich nahe, mit Rußland Beziehungen anzubahnen, welche dessen Gegnerschaft gegen die Monarchie aufheben.

Serbien und Montenegro. Wie schon oben erwähnt, steht die Politik dieser Staaten in engem Zusammenhang mit jener Rußlands; letzteres wird seine Stellung als Schutzmacht dieser Staaten kaum je preisgeben können und wird diese beiden Staaten stets als Verbündete gegen die Monarchie bereit haben wollen; aber auch Italien wird auf beide stets als Verbündete gegen die Monarchie rechnen, wozu es genau so wie Rußland enge Beziehungen mit beiden aufrecht erhält.

Serbien und Montenegro selbst aber sind, nachdem man beide Staaten groß und selbständig werden ließ, ängstlich darauf bedacht, sich diese souveräne Stellung zu wahren und sehen daher in der Monarchie als nächsten mächtigen Nachbarn, der diese Souveränität bedroht, ihren Gegner, umsomehr, als auch faktisch, wie später noch ausgeführt werden soll, die Monarchie auf Einverleibung dieser Gebiete (in irgend einer Form) gewiesen ist.

Die eigenen Entwicklungsbestrebungen Serbiens sind auf Vereinigung aller serbischen, im weiteren Sinne aller südslawischen Elemente in ein selbständiges Königreich Serbien und daher auch auf die Erwerbung

Altserbiens, Rasciens und der südslawischen Gebiete der Monarchie gerichtet; die gleichen Ziele verfolgt Montenegro, welches insbesondere die Erstreckung seines Besitzstandes bis an das Meer und hiezu vor allem den Besitz Süddalmatiens und der Herzegowina anstrebt, außerdem aber auch aus mehr geographischen und kulturellen Motiven den Besitz türkischen Gebietes in Albanien.

Die aus der Erstrebung gleicher Ziele resultierende Gegnerschaft beider Staaten ist vorwiegend nur ein Widerstreit der Dynastien, während der Einigungszug dem Wesen des Volksgeistes entspricht.

Die obdargelegten Verhältnisse lassen daher Serbien und Montenegro als Gegner der Monarchie erscheinen und gewärtigen, daß diese Staaten, weil allein zu schwach, stets Anlehnung an die mächtigeren Gegner der Monarchie suchen und mit diesen gemeinsame Sache machen werden.

Da es nun aber als großer militärischer Vorteil bezeichnet werden müßte, wenn man im Falle eines großen Krieges der Monarchie nicht auch noch mit der aktiven Feindschaft dieser Staaten zu rechnen gezwungen wäre, so legen es die militärischen Rücksichten (abgesehen von den sonstigen) nahe, diese Staaten lahmzulegen, sobald sich eine passende Gelegenheit hiezu bietet. Bezüglich Serbiens erscheint dies für die Dauer nur im Wege der Inkorporierung erfolgreich durchführbar, indes vielleicht Montenegro durch materielle Interessen derart an die Monarchie gebunden werden könnte, daß es im Anschluß an letztere entscheidende Vorteile fände.

Insolange derartiges nicht erreicht ist, werden in jedem großen Krieg der Monarchie sehr erhebliche militärische Kräfte durch diese beiden Staaten gebunden sein, was einen entschiedenen militärischen Nachteil bedeutet, da diese auf dem Hauptkriegsschauplatze fehlen werden.

Türkei. Die innerpolitischen Verhältnisse der Türkei und die Schwankungen seiner äußeren Politik machen die Türkei dermalen zu einem höchst unverläßlichen Faktor im politischen Kalkül. Das Wesen der ganzen Staatskonstitution ist auf Erhaltung des allseits gefährdeten Besitzes gerichtet; damit ist die Türkei momentan in Konflikt mit Italien und kann mit Rußland, Bulgarien, Serbien, Montenegro, Griechenland, England jederzeit in Konflikt geraten; sie sieht außerdem ihren Territorialbesitz durch die Autonomiebestrebungen Albaniens gefährdet. Der Monarchie gegenüber bestehen dermalen keine die Gegnerschaft bedingenden direkten Interessengegensätze. Die Türkei könnte dagegen als Gegner Serbiens und Montenegros der Monarchie nutzbar werden, eventuell auch als Gegner Rußlands oder Italiens, was einer militärischen Entlastung der Monarchie zugute käme.

G r i e c h e n l a n d hat bei seinen nicht sehr entwickelten militärischen Verhältnissen dermalen wenig politisches Gewicht, wird aber immerhin als Gegner der Türkei in Rechnung zu stellen sein.

B u l g a r i e n verfolgt eine sehr selbständige Politik, hat keine direkten gegen die Monarchie gerichteten Aspirationen, dagegen indirekt jene, welche es in Gegnerschaft zur Türkei bringen, ferner jene, welche auf Ausdehnung seiner Machtsphäre gegen Serbien, Albanien und Mazedonien gerichtet sind, endlich jene, welche es in Gegensatz zu Rumänien stellen, insoweit letzterer Staat als Verbündeter der Monarchie in Betracht kommt.

R u m ä n i e n. Wenn auch in Rumänien die Keime einer großrumänischen, schließlich auf die rumänischen Gebiete der Monarchie gerichteten Propaganda vorhanden sind, so liegen doch in der Bedrohung durch Bulgarien, in dem Streben nach Erwerbung Beßarabiens und in der Bedrohung durch Rußland so gewichtige Momente für den Anschluß Rumäniens an die Monarchie, daß mit diesem Anschluß gerechnet werden kann.

Der große militärische Vorteil, welcher für die Monarchie in einem aktiven Zusammengehen Rumäniens mit der Monarchie im Falle eines Krieges der letzteren gegen Rußland gelegen ist, läßt es dringend erscheinen, Rumänien als Alliierten zu erhalten.

D e u t s c h l a n d. Lassen sich auch hinsichtlich der Verfolgung wirtschaftlicher Interessen am Balkan und im europäischen Orient zwischen Deutschland und der Monarchie gewisse Konfliktspunkte wahrnehmen, so ist doch die Erhaltung jedes dieser beiden Staaten derart an ein Miteinandergehen gebunden, daß das Bündnis mit Deutschland die Grundlage für jedwede Politik der Monarchie bilden muß; auf diese unerschütterliche Voraussetzung sind auch alle militärischen Vorkehrungen basiert, was ich erneuert besonders hervorheben muß mit dem Beifügen, daß ein Wechsel in der Politik gegen Deutschland Jahre vorher angekündigt werden müßte, wenn es möglich sein sollte, die gegen Deutschland zu richtenden Kriegsvorbereitungen rechtzeitig zu bewirken, weil dabei vor allem auch eine eingehende Sanierung der Bahnverhältnisse in Frage käme.

F r a n k r e i c h. Die Interessengemeinschaft der Monarchie mit Deutschland läßt Frankreich als Gegner der Monarchie erscheinen, sobald dasselbe mit Deutschland in Konflikt gerät. Das gleiche gilt von

E n g l a n d; beide kommen für die Monarchie insoweit in Betracht, als sie Landstreitkräfte Deutschlands abziehen und als eine direkte Bedrohung der Monarchie durch Seestreitkräfte dieser Staaten zu gewärtigen ist.

An europäischen Staaten muß noch Schwedens, Dänemarks, Belgiens, Hollands, dann Spaniens und der Schweiz gedacht werden.

Schweden vermöchte in einem Krieg gegen Rußland als Verbündeter wertvoll zu werden durch Bindung russischer Kräfte in Finnland.

Dänemark dürfte stets neutral bleiben, da es bei ausgesprochener Stellungnahme zu viel riskieren würde; nur besteht die Möglichkeit, daß seine Neutralität von einem der Kriegführenden nicht respektiert werden würde, es daher auch als Basis für Landungen benützt werden könnte.

Das gleiche gilt in noch höherem Maße von Belgien und Holland, nur stünde bei diesen beiden Staaten zu erwarten, daß sie sich aktiv gegen jede Verletzung ihrer Neutralität wenden, also zu Gegnern desjenigen würden, der diese Verletzung begeht, sofern es nicht einem oder dem andern gelingen sollte, Belgien oder Holland von Haus aus als Alliierten zu gewinnen.

Spanien käme in Betracht, wenn es als Gegner Frankreichs auftreten würde, wozu der Marokko-Konflikt Keime geschaffen hat.

Schweiz. Was endlich die Schweiz anlangt, so ist als beachtenswertes Moment die dort immer mehr Raum gewinnende Anschauung zu verzeichnen, daß sich die Schweiz durchaus nicht gebunden erachtet, von aktivem, kriegerischem Auftreten abzustehen, wobei insbesondere betont wird, daß speziell dem jungen Königreich Italien gegenüber eine derartige Neutralitätsverpflichtung nicht bestehe. Da nun die Schweiz gleichfalls von der italienisch-irredentistischen Agitation bedroht ist und gegen Italien sehr ungünstige Grenzverhältnisse hat, so ist bei entsprechender Politik zu hoffen, daß die Monarchie im Falle eines Krieges gegen Italien die Schweiz als Verbündeten zur Seite haben würde, worin ein ganz bedeutender militärischer Vorteil gelegen wäre.

Von außereuropäischen Staaten kommen für die hier behandelten Kombinationen zunächst Japan, China und die Vereinigten Staaten in Betracht, und zwar hinsichtlich ihrer gegenseitigen Beziehungen und ihrer Politik gegen Rußland in dem Sinne, daß Japan oder China als Gegner Rußlands, die Vereinigten Staaten jedoch als dessen eventueller Verbündeter gegen Japan zu rechnen sind. Jedes Engagement Rußlands in Ostasien muß als Vorteil für die Monarchie bezeichnet werden, der allerdings nur dann geltend wird, wenn die Monarchie die Schwächemomente Rußlands zu eigenem Handeln ausnützt, sei es durch Aktionen, bei welchen ihr sonst Rußland in den Arm fallen würde, sei es durch einen Krieg gegen Rußland selbst.

Hält man nun den kurz dargelegten Entwicklungsrichtungen der auswärtigen Staaten jene der Monarchie entgegen, so betrifft dies folgendes:

Die Erhaltung Südtirols und des ganzen Küstengebietes ist für die Monarchie unerläßliche Bedingung, jede Bedrohung derselben müßte als casus belli betrachtet werden.

Die Seemachtstellung der Monarchie und — gestützt auf diese — Seehandel und Seeverkehr bedingen die Vorherrschaft der Monarchie in der Adria, insbesondere an der Ostküste derselben; jede Festsetzung einer anderen Macht an dieser müßte mit Gewalt verhindert werden.

Der gesicherte Küstenbesitz ist an die Erhaltung des Hinterlandes gebunden; jede feindliche Bedrohung des letzteren muß zum Kriegsfall führen.

Auch jeder andere Gebietsverlust müßte in gleicher Weise zurückgewiesen werden, was insbesondere auch hinsichtlich Galiziens gilt, dessen Verlust eine schwere Einbuße und eine Vernichtung der Großmachtstellung der Monarchie bedeuten würde.

Diesen vorwiegend erhaltenden Tendenzen reihen sich aber jene an, welche zur eigenen Expansion drängen.

Ohne Kolonien und an allen anderen Grenzen mehr oder weniger wirtschaftlich abgeschlossen, findet die Monarchie — vom Seeverkehr abgesehen — ein kommerzielles und politisches Ausdehnungsgebiet nurmehr auf dem Balkan; auf diesem muß sie sich die Vorherrschaft wahren, will sie nicht wirtschaftlich ersticken. Dies bedingt jedoch den Besitz des Gebietes des jetzigen Königreiches Serbien inklusive des Raumes von Niš, in der Folge allmählich erweitert; dabei spricht der geographische Ortsbesitz ebensosehr mit, wie die Gefahr, zwei südslawische, selbständige Kleinstaaten bestehen zu lassen, welche stets den eigenen südslawischen Besitz der Monarchie gefährden und den Gegnern der Monarchie als stets bereite Verbündete zur Seite stehen.

Wie oben bereits angedeutet, liegt eine zweite Richtung für die wirtschaftliche Expansion der Monarchie im Seeverkehr; dieser bedingt eine starke Flotte mit einer ausreichend geschützten heimatlichen Flottenbasis, als welche hier das ganze östliche Küstengebiet der Adria in Frage kommt. Gerade aber der gesicherte Besitz einer solchen Flottenbasis erfordert den gesicherten Besitz des Hinterlandes mit seinen in das Zentrum der Monarchie führenden Verbindungen, und so weist auch die auf dem Gebiete des Seeverkehrs zu suchende Entwicklungsrichtung der Monarchie auf die obdargelegten Erwerbungen am Balkan hin.

In der Erwerbung Serbiens scheinen mir daher die nächsten Expansionsbestrebungen der Monarchie gelegen. Inwieweit einstens Erwerbungen auf dem Gebiete Polens in Frage kommen werden, hängt

von Verhältnissen ab, welche dermalen noch zu wenig klar liegen; fast scheint es aber, daß Rußland mit solchen Aspirationen der Monarchie rechnet, da es jetzt schon daran geht, Galizien, mindestens dessen Osthälfte für den Anschluß an Rußland zu präparieren, sei es, um sein Gebiet bis an die Karpathen auszudehnen, sei es, um sich für Gebietsverluste in Kongreßpolen (Herzogtum Warschau) schadlos zu halten.

Wenn ich alles Vorstehende resumiere, so ergibt sich als ausschlaggebend für die militärische Lage folgendes:

Deutschland und Rumänien müssen als Verbündete betrachtet werden.

Italien, Rußland, Serbien, Montenegro sind als direkte Gegner der Monarchie ins Auge zu fassen.

Die übrigen Staaten mit Ausnahme der Schweiz kämen nur indirekt als Gegner oder Verbündete in Betracht; Frankreich und England nur so weit direkt, als es ihre Seestreitkräfte betrifft.

Die Schweiz wäre, soweit es bei ihrer Neutralität möglich erscheint, als Verbündeter sicherzustellen.

Vergleicht man nun die militärischen Machtmittel der Monarchie mit den obdargelegten politischen Erwägungen, so ergibt sich folgendes:

Diese Machtmittel ermöglichen es:

a) einen Krieg gegen Rußland zu führen unter der Voraussetzung, daß dies gemeinsam mit Deutschland geschieht, daß Italien sicher neutral bleibt und gegen Serbien und Montenegro nur die notwendigsten Kräfte belassen werden, lediglich ausreichend, die Situation aufrecht zu erhalten, bis auf dem Hauptkriegsschauplatz die Entscheidung gefallen ist;

b) die obige Möglichkeit besteht auch, falls Deutschland überdies gegen Frankreich engagiert wäre, sonach seine Hauptkräfte anfänglich gegen dieses gerichtet hätte, sie bestünde umsomehr, wenn Italien nicht nur neutral, sondern aktiv an der Seite Deutschlands stehen würde;

c) einen Krieg gegen Italien zu führen, wenn man der Neutralität Rußlands sicher wäre und gegen Serbien und Montenegro jene Minimalkräfte beließe, wie unter a) angegeben;

d) einen Krieg gegen Serbien und Montenegro zu führen, dabei aber so viele Kräfte noch bereit zu haben, um nicht ohne Chancen sich noch rechtzeitig gegen Rußland oder Italien wenden zu können, wenn einer dieser Staaten plötzlich gegen die Monarchie eingreifen sollte, dabei hinsichtlich Rußlands vorausgesetzt, daß Deutschland gemeinsam mit der Monarchie vorginge.

Die militärischen Machtmittel reichen jedoch nicht aus, um gleichzeitig mit Chance einen Krieg gegen Italien, Rußland, Serbien und Montenegro zu führen.

Aus diesen Gründen der militärischen Machtmittel muß es daher Hauptziel der Politik sein, es nie zu einer derartigen Situation kommen zu lassen, daher mit den unvermeidlichen Gegnern einzeln abzurechnen.

Wenn trotzdem in den konkreten Kriegsvorbereitungen auch dieser Fall vorgedacht ist, so erfolgte dies nur, damit, falls wider alles Erwarten derselbe doch eintreten sollte, auch für das äußerste vorgesorgt sei, und weil ich von der Ansicht ausgehe, daß man in keinem Fall verzweifeln und die Hände in den Schoß legen dürfe, dabei vor Augen habend, daß Entschlossenheit und rücksichtslose Tatkraft oft schon aus scheinbar verzweifelten Lagen zu einem günstigen Ende geführt haben.

Im Sinne des Vorstehenden sind somit die konkreten Kriegsvorbereitungen für folgende Fälle getroffen:

a) R-Fall, das ist
Krieg gegen Rußland gemeinsam mit Deutschland und Rumänien, mit Minimalkräften gegen Serbien und Montenegro und bei Neutralität Italiens.

b) I-Fall, das ist
Krieg gegen Italien bei Neutralität Deutschlands und Rußlands mit Minimalkräften gegen Serbien und Montenegro.

c) B-Fall, das ist
Krieg gegen Serbien und Montenegro bei Neutralität aller übrigen Staaten, jedoch unter Bereithaltung ausreichender Kräfte gegen Italien oder Rußland, hinsichtlich des letzteren auf Allianz mit Deutschland gerechnet.

d) I+R-Fall, das ist
der höchst ungünstige und daher zu vermeidende Fall eines Krieges, in welchem Deutschland, Österreich-Ungarn und Rumänien auf der einen, Italien, Rußland, Frankreich, Serbien, Montenegro, eventuell noch England auf der anderen Seite stehen würden.

Alle diese obgenannten Kriegsfälle, mit Ausnahme von I+R, werden bis ins Detail inklusive der Instradierung vorbereitet und basieren bereits auf dem Dislokationswechsel pro 1912, welcher unbedingt programmgemäß und unverändert durchgeführt werden muß.

Als Gültigkeitstermin für die neuen Kriegsvorbereitungen ist der 1. März festgesetzt.

Für den I+R-Fall ist nur das dringendste vorgesehen, weil man wohl annehmen kann, daß die Leitung der Politik es nie zu einer solchen Lage kommen lassen wird.

Wenn ich obdargelegte Kriegsmöglichkeiten noch einmal berühre, so möchte ich dabei folgendes hervorheben:

R u ß l a n d. Es ist im Vorstehenden bei jedwedem Krieg gegen Rußland die aktive Mitwirkung Deutschlands vorausgesetzt, sei es, daß dieses von Haus aus mit allen Kräften gegen Rußland aufzutreten vermag (was mit Rücksicht auf Frankreich kaum wahrscheinlich ist), sei es, daß es vorher mit der Hauptkraft im Westen (gegen Frankreich und England) engagiert wäre, was wahrscheinlich eintreten dürfte. Für diese Fälle bestehen die Vereinbarungen mit dem deutschen Generalstab.

Wenn es sich jedoch um einen Krieg der Monarchie gegen Rußland ohne aktive Mitwirkung Deutschlands handelt, so stünden die numerischen Verhältnisse der Monarchie zu Rußland wie 2 : 3 zu Ungunsten der Monarchie. Die Teilnahme Rumäniens würde dieses Verhältnis auf 2·4 : 3 bringen. Daraus erhellt, daß die Monarchie ohne Deutschland einen Krieg gegen Rußland nur dann mit numerischer Chance führen könnte, wenn Rußland an anderer Stelle mit erheblichen Kräften engagiert wäre.

Fallen für die Monarchie voraussichtlich auch bessere Führung und größere taktische Gewandtheit der Truppen ins Gewicht, so stehen dem jedoch anderseits die große Zähigkeit und Tapferkeit der russischen Soldaten und jener Vorteil gegenüber, den Rußland in seinen unermeßlichen Räumen findet; es ist daher geboten, den Kalkül der Chancen auf das numerische Kräfteverhältnis zu basieren.

Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die Monarchie nicht auch unter solchen Verhältnissen einen Waffengang mit Rußland aufnehmen könnte, wenn die Lage es erfordert, insbesondere wenn schwerwiegende politische Vorteile auf dem Spiele stünden.

I t a l i e n. Hinsichtlich Italiens gilt es vor allem zu bedenken, daß dieser Staat in dem letzten Lustrum einen bedeutenden militärischen Aufschwung genommen und insbesondere seine Befestigungen und sein Eisenbahnnetz zielbewußt und im großen Stile ausgebaut hat.

Das militärische Kräfteverhältnis zwischen der Monarchie und Italien hat sich daher von Jahr zu Jahr zu Ungunsten der Monarchie verändert und schreitet, von der momentanen Störung durch die Tripolis-Aktion abgesehen, auf diesem Wege weiter.

Dies bereits vor Jahren voraussehend, habe ich schon damals, insbesondere 1907, a. u. geraten, mit Italien abzurechnen.

Nachdem dies nicht geschehen ist, erübrigt nur, die eigenen Kräfte derart zu entwickeln, daß das relative Kräfteverhältnis wieder zu Gunsten der Monarchie umschlägt. Dies betrifft vorwiegend die Ausgestaltung der materiellen Kriegsmittel, darunter vor allem die schleunigste Schaffung der von mir schon seit Jahren erbetenen schweren Angriffsartillerie, dann Ausgestaltung der Bahnen, Befestigungen und Grenzsicherungsmaßnahmen sowie der Flotte und der für sie nötigen Küstenbefestigungen.

Bei jedem Krieg gegen Italien ist mit einer gleichzeitigen Verwicklung mit Serbien und Montenegro gerechnet, wobei aber gegen diese Staaten nur die notwendigsten Kräfte veranschlagt sind, wie dies bereits im früheren angeführt erscheint.

Ich muß hier besonders hervorheben, daß ein Krieg gegen Italien jetzt, das ist noch vor Vollendung der Befestigungen am Tagliamento, weitaus größere Chancen hat, als nach Vollendung derselben; in richtiger Erkenntnis dessen arbeitet Italien mit Hast und Energie an dieser Vollendung und dürfte längstens Ende 1912 oder Frühjahr 1913 damit fertig sein.

Ich bin der Ansicht, daß auch die Politik mit den entscheidenden Momenten des militärischen Kräfteverhältnisses rechnen muß.

S e r b i e n. Die günstige Gelegenheit, die serbische Frage gründlich zu ordnen, das ist Serbien zu inkorporieren, war 1909; mein damaliger Antrag auf kriegerische Durchführung wurde trotz der bereits durchgeführten wesentlichsten Kriegsvorbereitungen abgelehnt.

Seither hat Serbien eifrig an der Besserung seiner Heeresverhältnisse gearbeitet und, wenn auch noch manches im Rückstand ist, so ist doch die serbische Wehrmacht von heute viel höher zu veranschlagen als wie vor zwei Jahren, auch schreitet ihre Entwicklung nach jeder Richtung fort.

Immerhin erachte ich die für den reinen B-Fall getroffenen, auf die Offensive nach Serbien abzielenden Maßnahmen, neben welchen ausreichende Kräfte auch noch gegen Italien oder gegen Rußland (diesfalls verbündet mit Deutschland) bereit bleiben, für vollkommen genügend und auch die im Kriegsfalle gegen I o d e r R gegen Serbien verbleibenden Minimalkräfte für ausreichend, den Krieg hier nicht ohne Chance zu führen, bis auf dem Hauptkriegsschauplatze die Entscheidung gefallen ist.

M o n t e n e g r o. Das Analoge gilt von Montenegro, doch muß ich, wie ich dies auch schon in vielen früheren Denkschriften getan habe, bezüglich dieses Staates als charakteristisch hervorheben, daß Montenegro innerhalb weniger Tage (2 bis 3) eine erhebliche Kraft (25—30.000 Mann) kampfbereit konzentrieren kann, während dieser anfänglich eigenerseits kaum die Hälfte an Gewehren gegenübersteht, da sich unsere Truppen nur auf dem stark reduzierten Friedensstand befinden, von ihren Ergänzungen aber weit entfernt sind, ohne daß für deren Heranbringung genügend Bahnen zur Verfügung stehen. Hier zeigt sich erneuert die dringende, von mir seit Jahren leider fruchtlos geltend gemachte Notwendigkeit von nach diesen Gebieten führenden Vollbahnen, deren Nichtherstellung ich als ein bedenkliches Versäumnis bezeichnen muß.

Wenn ich die Schlußfolgerungen aus all dem Gesagten ziehe, so sind es folgende:

Die Allianz mit Italien ist ein Schaden für die Monarchie;

mit Italien wäre abzurechnen, ehe es mit der Ausgestaltung seiner technischen Kriegsvorbereitungen (Bahnen, Befestigungen) zu Ende kommt;

- der passende Moment hiefür wäre das Frühjahr 1912.

Die Ausnützung des durch die Tripolis-Aktion momentan geschaffenen Schwächezustandes ist ein Gebot der Selbsterhaltung der Monarchie.

Dieser Entschluß wäre in streng reservierter Weise sofort festzustellen und wären alle noch realisierbaren Vorbereitungen in unauffälliger Weise zu treffen.

Bei der jetzigen Interessengruppierung der Mächte ist kaum anzunehmen, daß Rußland der Monarchie in den Arm fallen oder England maritim gegen letztere eingreifen würde, ganz besonders, wenn Deutschland die Rückendeckung gegen Rußland übernimmt, wozu es durch die Lage gezwungen ist, weil es kaum Italien als Alliierten gegen die Monarchie eintauschen dürfte. Deutschland würde in eine bedenkliche Situation geraten, wenn sich die Monarchie an Seite Rußlands, Frankreichs und Englands stellen würde.

Sollte es aber im Gegenteil etwa gar dazu kommen, daß sich Deutschland unter Ausschaltung der Monarchie mit Rußland und Italien verbündet, dann wäre für sie, soweit die militärische Machtfrage entscheidend wird, die denkbar ungünstigste Lage geschaffen; jedenfalls müßte eine solche Möglichkeit, falls sie überhaupt bestünde, sofort ins Auge gefaßt werden, weil dann die militärischen Vorkehrungen auf eine ganz neue Basis gestellt und außergewöhnliche Vorbereitungen getroffen werden müßten.

In diesem Falle hätte die Monarchie bestenfalls Frankreich und England zur Seite, aber von letzterem ist keine nennenswerte kontinentale Unterstützung zu erwarten, und die Landkräfte Frankreichs wären, von geringen Kräften an der italienischen Alpengrenze abgesehen, ganz gegen Deutschland engagiert.

Die Monarchie stünde dagegen militärisch einem Teil der deutschen Kräfte, dann der bewaffneten Macht Rußlands, Italiens (mit Abschlag geringer Kräfte in den Westalpen), dann Serbiens, Montenegros gegenüber, soweit diese Staaten nicht auf dem Balkan engagiert wären.

Rumänien stünde in diesem Falle kaum aktiv auf Seite der Monarchie, Bulgarien würde seine eigenen Zwecke verfolgen, die Türkei wäre abhängig von dem Verhalten der übrigen Balkanstaaten, käme also in Europa *direkt* nicht in Betracht.

Daraus geht hervor, daß anbetrachts dieser militärischen Kräfteverhältnisse seitens der Diplomatie alles aufgeboten werden muß, um eine

solche fatale Lage unbedingt zu vermeiden, und daß das Gegenteil als die folgenschwerste diplomatische Niederlage bezeichnet werden müßte.

Nach dieser Abschweifung auf die kriegerische Stellungnahme gegen Italien zurückkommend, möchte ich folgendes anführen:

Die Haltung Italiens im Jahre 1909, die unausgesetzten Hetzereien der italienischen Irredenta, die offenkundigen Machinationen in Montenegro, Albanien, Serbien, die Einmischung in die innere Politik der Monarchie (Universitätsfrage etc.), die bis ins Ungemessene gesteigerten, dem Fachmann unverkennbar auf eine offensive Kriegführung abzielenden Befestigungen an der ö.-u. Grenze, sowie alle sonstigen augenfällig im Sinne eines Offensivkrieges gegen die Monarchie getroffenen und mit Hast betriebenen militärischen Vorkehrungen sowohl zu Land als zur See, das provokatorische Benehmen der Grenzorgane etc. geben der Monarchie auch vollends das moralische Recht zu einem solchen Schritte.

Den etwaigen Einwurf, daß letzterer kein greifbares Ziel habe, möchte ich mit folgendem entkräftigen:

Das politische Ziel dieses Krieges wäre:

1. Niederwerfung eines Gegners, der ansonst der Monarchie bei allen anderen Verwicklungen in den Rücken fallen würde;

2. dadurch gewonnene Freiheit des Handelns, insbesondere am Balkan und gegenüber Rußland;

3. Unschädlichmachung eines Gegners, der ganz positive, aggressive Ziele gegen die Monarchie verfolgt (Südtirol, Küstenland, Balkan etc.) und dadurch Sicherung des eigenen Besitzstandes und Interessengebietes;

4. Wiedergewinnung Venetiens, was für die Herrschaft in der Adria und für den gesicherten Besitzstand der Monarchie von eminenter Bedeutung wäre;

5. mindestens Abtretung des Gebietes bis an den Tagliamento, sowie der Carnia und des Cadore (Gebiete mit vielfach slowenischer Bevölkerung) nebst ausgiebiger Regulierung der höchst ungünstigen übrigen Grenzen zu Gunsten der Monarchie; all dies, um die militärgeographisch höchst ungünstigen Verhältnisse, insbesondere hinsichtlich des Aufmarsches zu sanieren;

6. Vernichtung, eventuell Abtretung der Flotte;

7. Einhebung einer ausgiebigen Kriegsentschädigung, respektive Kriegskontribution;

8. Hebung des Prestiges der Monarchie und dadurch Gewinn eines großen politischen Gewichtes;

9. Hebung des Geistes der Armee, der durch eine Politik des fortwährenden Paktierens, Zauderns und Nachgebens entschieden leidet.

Bei all dem ist nicht zu vergessen, daß die Lombardei und Venetien nach langen, opfervollen Kämpfen von der Monarchie erworben, aber von Italien unter skrupelloser Ausnützung momentan günstiger Verhältnisse derselben wieder abgenommen wurden.

Ich erachte also einen Krieg gegen Italien für ein Gebot und die Ausnützung der jetzigen Lage für das angemessenste.

Diese Lage vorüberstreichen zu lassen, ohne sie zu benützen, erschiene mir als ein Versäumnis.

Dieses Benützen könnte allerdings auch durch Verfolgen der politischen Ziele auf dem Balkan geschehen, doch dürfte dies zu einer viel schwierigeren Situation mit Rücksicht auf Rußland führen, immerhin erschiene auch dies diskutabel.

Aber weder das eine noch das andere zu tun, erschiene mir nicht zu rechtfertigen.

Ich glaube im Vorstehenden angedeutet zu haben, wie tief die militärischen Kräfteverhältnisse in die Leitung der Politik hineinreichen, wie innig verknüpft militärische Machtfaktoren, konkrete Kriegsvorbereitungen und Richtung der Politik sind, und damit auch begründet zu haben, daß die mir ressortmäßig obliegenden Arbeiten ein derartiges Eingehen auf die politische Situation nicht nur rechtfertigen, sondern geradezu bedingen, umsomehr als, wie ich dies schon wiederholt geltend gemacht habe, sowohl die allgemeinen, als ganz besonders auch die sogenannten konkreten Kriegsvorbereitungen von langer Hand vorbereitet sein müssen, sich nicht im letzten Moment improvisieren lassen, daher beizeiten auf ein bestimmtes, dem großen Zug der Staatenentwicklung angepaßtes politisches Ziel gerichtet zu sein haben, nicht aber dem Wechsel einer sich nur von äußeren Einflüssen abhängig machenden Politik folgen können.

Sollte ich jene Mächtegruppierung bezeichnen müssen, welche ich vom Standpunkte der militärischen Machtfaktoren — und nur diese sind von meinem Ressortstandpunkte aus für mich entscheidend — als die für die Monarchie ersprießlichste erachte, so wäre dies eine Verbindung der Monarchie mit Deutschland und Rußland, aber ohne dieses Bündnis durch weitere Ententen zu komplizieren und zu verwässern.

Wenn ich im Vorstehenden die militärischen Machtverhältnisse in Erwägung gezogen habe, so geschah dies vorwiegend mit Bezug auf die numerischen Verhältnisse, oder kurz gesagt, auf die Zahl der Divisionen erster und zweiter Linie.

Dieser Vergleichsmaßstab wäre aber sehr einseitig, wenn dazu nicht auch alle sonstigen Verhältnisse der bewaffneten Macht, als: Ausrüstung, technische Kriegsmittel, Bewaffnung, Befestigungen, Spezialformationen,

Vorkehrungen für beschleunigte Mobilisierung und Konzentrierung etc. in Betracht gezogen würden.

In dieser Hinsicht ist es eine unleugbare Tatsache, daß in der bewaffneten Macht schon seit Jahren erhebliche Rückstände bestehen, Rückstände, für deren Behebung ich unablässig eingetreten bin, welche aber in den letztvergangenen fünf Jahren noch weit von einer Behebung geblieben sind.

Sie betreffen vor allem das Menschenmaterial für Behebung der mißlichen Standesverhältnisse und für Aufstellung unerläßlicher Neuformationen, dann die Geldmittel zur Bestreitung der hiedurch notwendig werdenden, sowie der für Neubeschaffungen unvermeidlichen Auslagen.

Die stete Verzögerung der auf Erhöhung des Rekrutenkontingentes abzielenden wehrgesetzlichen Bestimmungen und die nicht genügende Geltendmachung der von mir ohnehin auf das Mindestmaß reduzierten budgetären Forderungen im Vereine mit einer die Großmachtstellung der Monarchie nicht im Auge habenden Finanzpolitik sind Ursachen dieser bedenklichen Verhältnisse.

Ich kann nicht umhin, darauf zurückzukommen, daß ich schon seinerzeit die für den Ausbau der bewaffneten Macht und der Reichsbefestigung erforderlichen Mittel unter eingehender Motivierung bezeichnet habe, daß jedoch mit Beiseiteschiebung meiner Anträge und Ausschaltung meiner Person jener Pakt geschlossen wurde, nach welchem bloß 200 Millionen, auf fünf Jahre verteilt, als Mehrforderung festgesetzt und überdies die Verpflichtung eingegangen wurde, in dieser Zeit keine weiteren Forderungen einzubringen. Meine sofort geltend gemachte Verwahrung gegen diesen Vorgang vermochte die Sache nicht mehr zu ändern.

Dermalen glaube ich jedoch die Möglichkeit geboten, die unerläßlichen Forderungen erneuert zur Geltung zu bringen, umsomehr, als die dermalige politische Lage, welche durchaus nicht absehen läßt, ob die nächste Zukunft nicht schwerwiegende Verwicklungen schaffen wird, als Begründung eines solchen Auftretens ausgenützt zu werden vermag.

Ich sehe überhaupt in der offenen Darlegung der unerläßlichen Forderungen seitens der Heeresleitung das einzige und auch angemessenste Mittel zur Sanierung der bestehenden Mängel und erachte dafür, daß nichts erübrigt, als das Unzureichende der bisherigen Anforderungen offen einzubekennen.

Es ist gewiß sehr schwierig, die erhöhten budgetären Forderungen zur Geltung zu bringen, aber wenn man die Summen bedenkt, welche für nebensächliche Lokalbahnen, für prekäre Wasserstraßen, für Beamtenversorgung, endlich für einen geradezu monströsen Verwaltungsapparat

in Rechnung gestellt werden, so erscheinen die die Existenz der Monarchie direkt betreffenden militärischen Forderungen durchaus nicht ungerechtfertigt, insbesondere, wenn man damit die finanziellen Mittel vergleicht, welche andere Staaten für Heereszwecke aufwenden.

Gerade bei der jetzigen, schon früher kurz charakterisierten politischen Lage erachte ich aber ein ehestes Vorgehen in dieser Beziehung unabweislich.

Um eine Basis hiefür zu geben, habe ich die vom Standpunkte der konkreten Kriegsvorbereitungen, sowie der Schlagfertigkeit in Frage kommenden dringenden Forderungen zusammenstellen lassen, und zwar derart, daß dabei zum Ausdruck kommen:

die überhaupt in naher Zukunft zu bewirkenden Maßnahmen, dann jene davon,

welche bis 1913 zu realisieren und jene,

welche noch bis 1912 unbedingt durchzuführen sind.

Ich ermesse vollauf die enormen Schwierigkeiten, welche dem dermaligen Kriegsminister infolge des übernommenen Erbes erwachsen, aber welche Politik immer die Monarchie befolgen möge, so steht es doch fest, daß die mannigfachen Mängel der bewaffneten Macht so rasch als möglich behoben werden müssen und jedes Hinausschieben die bedenklichsten Folgen haben könnte. Vor allem auch schon deshalb, weil, wie die jüngsten Erfahrungen gezeigt haben, die politische Lage plötzlich Wendungen nimmt, welche von der Diplomatie gar nicht vorausgesehen waren, welche aber die Monarchie jeden Moment vor den Appell an die Wehrmacht stellen können.

Wessen man sich gefaßt machen muß, zeigt am besten das überraschende und skrupellose Vorgehen Italiens in der Tripolis-Unternehmung im Zusammenhalt mit der Tatsache, daß dieser Staat seine gegen die Monarchie gerichteten Kriegsvorbereitungen mit aller Beschleunigung zu vollenden trachtet.

Geruhen Euer Majestät daher Allergnädigst die meinerseits gestellten Anträge einer Allerhöchsten Würdigung zu unterziehen und deren Ausführung die Allerhöchste imperative Einflußnahme zuzuwenden.

Wien, am 15. November 1911.

Franz Freiherr Conrad von Hötzendorf,
General der Infanterie.

Beilagen zur Denkschrift des Chefs des Generalstabes vom 15. November 1911.

Bearbeitet in den verschiedenen Generalstabs-Bureaus.
Zusammengestellt im Operationsbureau.

Anmerkung:

Die Beilagen 1, 2, 7 sind vollinhaltlich,
die Beilagen 5 a und 5 b sind vollinhaltlich bis auf die Dislokationsskizzen,
die Beilagen 3, 5, 6, 8 sind im wesentlichen mit Hinweglassung irrelevanter Details gegeben.
Beilage 4 (italienische Befestigungen) ist im Originale eine Karte mit detaillierter Einzeichnung der italienischen, teils bestehenden, teils im Umbau, teils im Neubau befindlichen Werke;
sie ist in einer auszugsweisen Skizze beigeschlossen.

Beilage 1.

Die notwendigen militärischen Maßnahmen und die Bereitstellung der Mittel für die Wehrmacht.

Während sich die äußere Lage — wie in der Denkschrift dargelegt — derart gestaltete, daß für die Monarchie das gleichzeitige Eintreten dreier Kriegsfälle (Italien, Rußland und Balkan) im Bereiche der Möglichkeit liegt, während unsere Nachbarn (namentlich aber Italien) mit der größten Intensität und bei Aufwendung außerordentlicher Kredite an der Entwicklung ihrer Wehrmacht arbeiteten, wurden unserer Armee keine Mittel zugewendet, welche es ihr auch nur halbwegs gestattet hätten, mit dem Fortschritt der möglichen Gegner Schritt zu halten.

Bis zum Jahre 1908 wurden einzig nur die Geldmittel zur Beschaffung der Schnellfeuerkanonen für unsere Feldartillerie erlangt.

Zur Annexionszeit waren die Rückständigkeiten so unerträglich und für die Schlagfertigkeit so gefahrdrohend geworden, daß mit einem Rüstungskredit von 180 Millionen Kronen die Sanierung der allerdringendsten Mängel angebahnt wurde. Von diesen 180 Millionen gingen etwa 42 Millionen auf die vorübergehenden Standeserhöhungen in

B. H. D. auf, etwa 132 Millionen wurden produktiv verwertet zur Beschaffung von Maschinengewehren und Gebirgshaubitzen, von Munition und Gebirgsausrüstungen, dann zur notdürftigsten Ausgestaltung der bedrohten Befestigungen.

Die unerläßlichsten, geringfügigen Neuaufstellungen, wie Maschinengewehrabteilungen, Gebirgsbatterien, Festungsartillerie, mußten immer wieder auf Kosten der ohnehin unzureichenden Stände der Truppen durchgeführt werden, was — namentlich bei der Infanterie — so weit führte, daß die vierten Bataillone auf verminderten Stand gesetzt werden mußten.

Um diesen für die Schlagfertigkeit der Wehrmacht äußerst bedenklichen Zuständen ein Ziel zu setzen, wurden die Grundzüge einer Wehrreform ausgearbeitet.

Beilage 2 läßt entnehmen, daß die ermittelten Kosten dieser auf der zweijährigen Dienstzeit beruhenden Wehrreform auf Grund des Ministerrates im November 1910 soweit reduziert wurden, daß die tatsächliche Durchführung ohne Inanspruchnahme weiterer bedeutender Mittel für fortlaufende und für einmalige Auslagen gar nicht denkbar ist.

In der Beilage 2 und in den folgenden Beilagen sind die beiläufigen Kosten, ohne den Detailberechnungen des berufenen Kriegsministeriums vorgreifen zu wollen, zu dem Zwecke eingesetzt, um ein Gesamtbild über die erforderlichen Mittel zu geben. Ein solcher Überblick der Gesamtkosten erscheint mir aber unerläßlich, wenn die künftige Budgetierung dem tatsächlichen Bedarf entsprechen und das Versäumte nachgeholt werden soll.

Für die Reichsbefestigung wurde im Jahre 1909 ein „Minimalprogramm“ mit den Gesamtkosten von 155 Millionen Kronen festgestellt.

Da aber für diesen Zweck in den Jahren 1910 und 1911 zusammen einschließlich der Armierungen nur 17·25 Millionen Kronen gewidmet wurden, für das Jahr 1912 aber gar nur 6·38 Millionen Kronen präliminiert sind, so müßte sich beim Fortdauern einer solchen Budgetierung der Ausbau der Reichsbefestigung auf mehr als ein Vierteljahrhundert hinausziehen. Da einerseits eine solche Verzögerung der für die Reichsverteidigung als dringend erkannten fortifikatorischen Maßnahmen ganz unzulässig wäre, anderseits aber mit der Zeit auch neue Forderungen auftreten (wie z. B. Sebenico), wurden in Beilage 3 die wichtigsten permanenten Befestigungen im Grenz- und Küstenbereiche zusammengestellt und ihre Gesamtkosten von etwa 145 Millionen Kronen nach dem Maß der Dringlichkeit auf die Jahre 1912 bis einschließlich 1917 verteilt.

In der Beilage 3 ist auch ersichtlich gemacht, daß für jene feldmäßigen Befestigungen, welche zur Sicherung unseres schwierigen Aufmarsches im Bereiche des III. und XIV. Korps überall dort notwendig sind, wo die Anlage permanenter Fortifikationen entfällt, nur der geringfügige, aber äußerst dringende Bedarf von etwa 530.000 Kronen erforderlich ist.

Demgegenüber läßt die Skizze Beilage 4 entnehmen, in welcher intensiven Weise Italien seine Befestigungen an unserer Grenze jetzt tatsächlich ausbaut. So sind allein an der Gemona—Tagliamento-Linie seit 1910 zehn Panzerwerke im Bau, deren Vollendung schon im Jahre 1912 sicher zu gewärtigen ist. Hand in Hand damit geht die Ergänzung der permanenten Befestigungen durch zahlreiche provisorische Batterien und Emplacements, welche ebenso wie der Bau der Zufahrtswege, Geschütz- und Munitionsdepots etc. bei Aufwendung großer Mittel rasch fortschreitet.

Beilage 5 enthält die unerläßlichen Maßnahmen für Organisation und Grenzschutz, welche zumeist erst bei Eintritt der Wehrreform — sei es mit zwei- oder mit dreijähriger Dienstzeit — durchzuführen wären.

Diese Maßnahmen halten sich im allgemeinen im Rahmen des vom Kriegsministerium für die Wehrreform aufgestellten Projektes; sie gehen darüber nur hinaus:

1. insoweit es sich um die noch fehlenden Kommanden und Formationen für schon bestehende Verbände handelt (wie beim Heere 2 Kavallerie-Truppen-Divisions-Kommanden, 1 reitende Artillerie-Division, 6 Kavallerie-Maschinengewehrabteilungen, fehlende Feld- und Gebirgstraineskadronen) und

2. insoweit, als uns durch die erwähnten fortifikatorischen Maßnahmen Italiens in den Anfangsstadien eines Kriegsfalles Italien ein allgemeiner Angriff auf Befestigungen aufgezwungen ist. Diese fortschreitende Absperrung aller Einbruchswege gibt den artilleristischen und pioniertechnischen Vorsorgen eine geradezu ausschlaggebende Bedeutung, weil der Erfolg einer Offensive an die Niederkämpfung von Befestigungen geknüpft ist und die Organisation unserer Festungsartillerie und Pioniertruppe zur Erfüllung dieser Aufgaben dringendst einer Ergänzung bedarf.

In diesem Sinne ist in den Beilagen 5 a und 5 b und in den zugehörigen Dislokationsskizzen I und II jenes Mindestmaß der Ausgestaltung unserer Festungsartillerie und Pioniertruppe festgestellt, welches gerade noch hinreichen kann, um im Vereine mit der Umgehung der Sperren durch Truppen mit reichlicher Gebirgsausrüstung einen entscheidenden Erfolg zu gewährleisten.

Auf Grund genauer Studien über die Angriffsverhältnisse auf die Befestigungen, deren Niederkämpfung unvermeidlich ist, muß entschieden ausgesprochen werden, daß keine anderweitige Ausgestaltung der Wehrmacht imstande wäre, die fehlenden artilleristischen und pioniertechnischen Angriffsmittel zu ersetzen.

Um die dafür erforderlichen personellen und materiellen Mittel rasch zu erlangen und die Reorganisation bis zum Frühjahr 1915 durchzuführen, müßten äußerstenfalls die in der Wehrreform vorgesehene Aufstellung der Gebirgsartillerie vorläufig von fünf auf zwei neue Gebirgsartillerie-Regimenter eingeschränkt und der Ersatz der beiden in B. H. befindlichen Kavallerie-Eskadronen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Hinsichtlich der Festungsartillerie bezwecken die in Anlage 5 a und Dislokationsskizze I enthaltenen Anträge

a) die Schaffung knapp ausreichender Artilleriebesatzungen für die in erster Linie bedrohten festen Plätze,

b) die Schaffung der für Angriffszwecke unerläßlichen schweren Angriffsartillerie bei möglichst sparsamer Organisation im Frieden.

Hinsichtlich der Pioniertruppe macht der zunehmende Umfang der technischen Ausbildungszweige im Vereine mit der zu gewärtigenden zweijährigen Dienstzeit eine Trennung der jetzigen „Einheitspioniere" in eine Pionier- und eine Pontoniertruppe unausweichlich. Nach diesem Grundsatz sind die Anträge in Beilage 5 b und Dislokationsskizze II mit Rücksicht auf den unumgänglichsten Bedarf an diesen beiden technischen Truppengattungen gestellt.

Beilage 6 enthält jene materiellen Vorsorgen, deren Realisierung für die Kriegsbereitschaft der Wehrmacht von entscheidendem Einflusse sind.

Diese materiellen Erfordernisse sind auf das notwendigste eingeschränkt und ganz im Rahmen meiner im Jahre 1910 unter Res. Generalstab Nr. 3147 an das Kriegsministerium gestellten Anträge gehalten, von denen bisher einzig nur die Beschaffung der schweren 30·5 cm-Mörser in Angriff genommen wurde. Doch hat das Kriegsministerium schon im Sommer 1911 im a. u. Vortrag Präs. Nr. 7400 die Notwendigkeit eines besonderen Kredites von etwa 180 Millionen Kronen für die Beschaffung modernen Artilleriematerials anerkannt.

Beilage 7 enthält eine Gesamtübersicht der für die militärischen Maßnahmen der nächsten Jahre erforderlichen Mittel, insoweit sie durch die bis 1915, angeforderten Kredite nicht gedeckt sind.

Dabei ist auch die in absehbarer Zeit ganz unvermeidliche Neubewaffnung unserer Infanterie in Rechnung gezogen. Diese Neubewaffnung

kann uns durch die analoge Maßnahme anderer Staaten jederzeit aufgezwungen werden; das müßte aber wieder zur Zurückstellung anderer ganz unerläßlicher Maßnahmen führen, wenn die dazu erforderlichen Mittel nicht im vorhinein in den Gesamtkalkül einbezogen werden.

Beilage 8 enthält jene militärisch wichtigen Maßnahmen im Kommunikationswesen, in der Wasserversorgung und in gesetzlicher Hinsicht, welche zwar das Kriegsbudget nicht belasten, deren intensive Förderung aber vom Standpunkte der Wehrmacht unerläßlich ist, um das Zustandekommen dieser Maßnahmen zu erreichen.

Hinsichtlich der Eisenbahn sind nur die allerdringendsten Erfordernisse aufgenommen, während ein dem militärischen Bedarfe angepaßtes, die ganze Monarchie umfassendes Eisenbahnprogramm den Gegenstand eines besonderen, demnächst zu unterbreitenden a. u. Vortrages bilden wird.

Beilage 2.

Die Wehrreform und ihre Kosten.

Nach dem ursprünglichen, nur bis an den Ministerrat gelangten Projekte waren präliminiert:

	Fortlaufende Ausgaben	Einmalige Ausgaben
	120,000.000	216,000.000
Von diesen sollten nach der beigeschlossenen Detailnachweisung entfallen		
für Standessanierungen	22,387.000	8,910.000
„ Neuaufstellungen	21,438.000	29,349.000
„ Verbesserung der materiellen Lage der Unteroffiziere	8,310.000	—
„ materielle Ausbildungsmittel	7,500.000	40,000.000
„ Behebung von Rückständigkeiten	55,710.000	135,279.000
„ sonstiges Erfordernis	4,655.000	2,462.000

Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß die ganzen obigen Beträge nur für die mit dem neuen Wehrgesetz zusammenhängende Wehrreform bestimmt waren, für die Reichsbefestigung und für die dringenden materiellen Ausgestaltungen aber nichts gewidmet war.

Im Hinblick auf die Entscheidung des Ministerrates wurden die vorerwähnten Gesamtbeträge auf:

92·5 Millionen Kronen an fortlaufenden und
96·0 Millionen Kronen an einmaligen Ausgaben, demnach um
27·5, beziehungsweise 120 Millionen Kronen reduziert.

Da eine Reduktion der für Standesformierungen und Neuaufstellungen in Aussicht genommenen Beträge (43,825.000 Kronen fortlaufender und 38,259.000 Kronen einmaliger Auslagen) ausgeschlossen ist, steht für alle

übrigen vorerwähnten Zwecke nur mehr ein Betrag von 48,675.000 Kronen an fortlaufenden und von 57,741.000 Kronen an einmaligen Ausgaben zur Verfügung, welchen Beträgen eine Forderung von 76,175.000 Kronen an fortlaufenden und von 177,741.000 Kronen einmaligen Ausgaben für die Wehrreform allein gegenübersteht.

Der Fehlbetrag beläuft sich demnach auf:

27,500.000 Kronen bei den fortlaufenden und

120,000.000 Kronen bei den einmaligen Ausgaben.

Da nun ferner für die Lösung der Unteroffiziersfrage mit einem Mindestaufwand von etwa 10 Millionen Kronen an einmaligen und an fortlaufenden Ausgaben zu rechnen sein wird, steht für alle sonstigen Zwecke nur mehr ein Betrag von:

38,675.000 Kronen an fortlaufenden und

47,741.000 Kronen an einmaligen Ausgaben zur Verfügung, woraus folgt, daß die hinsichtlich Behebung von Rückständigkeiten und Beschaffung materieller Ausbildungsmittel bestehenden Forderungen nur zu einem ganz minimalen Bruchteile realisiert werden können; der Betrag von:

24,535.000 Kronen fortlaufender und

127,538.000 Kronen einmaliger Ausgaben findet keine Bedeckung.

Da aber auf die Realisierung des größten Teiles der in den beiden letzterwähnten Beziehungen gestellten Forderungen nicht verzichtet werden kann, die Realisierung dieser Forderungen vielmehr die Grundlage bildet, auf welcher Wehrreform und Übergang zur zweijährigen Dienstzeit überhaupt erst in Angriff genommen werden können, wird sich die Anforderung der obgenannten Fehlbeträge von

etwa 24·5 Millionen Kronen fortlaufender und

etwa 127·5 Millionen Kronen einmaliger Ausgaben als ganz unerläßlich erweisen, um nur die mit dem neuen Wehrgesetz verbundene Wehrreform allein ohne schwere Nachteile für die Wehrmacht durchzuführen.

Von den für die Kriegsbereitschaft unerläßlichen Forderungen für die Reichsbefestigung, für Organisation und Grenzschutz und für die materielle Ausgestaltung der Landmacht ist dabei noch nicht die Rede.

Kosten der zweijährigen Dienstzeit
nach dem ursprünglichen Programme des Kriegsministeriums.

Standessanierungen:

	Fortlaufende Ausgaben	Einmalige Ausgaben
Komplettierung der vierten Baone der Infanterie	3,460.000	326.000
Aufstellg. u. Ausgestaltg. von Masch.-Gew.-Abt.	3,943.000	1,913.000
Standeserhöhung bei 21 Baonen um 144 Mann	1,961.000	300.000

	Fortlaufende Ausgaben	Einmalige Ausgaben
Standesvermehrung bei den Ergänzungs-Bezirks-Kommandos	566.000	82.000
Komplettierung der Feld-Kan.- u. Haubitz-Regt.	1,276.000	585.000
Standessanierung und Komplettierung bei der		
Gebirgsartillerie	1,415.000	1,342.000
schweren Artillerie	2,113.000	1,208.000
Pioniertruppe	111.000	64.000
Traintruppe	599.000	796.000
Systemisierung von Sanitätsunteroffizieren	719.000	305.000
Standessanierung bei der Kavallerie	594.000	39.000
Standessanierung bei der reitenden Artillerie	703.000	421.000
Einziehung überkompletter und kommandierter Mannschaft	4,563.000	1,529.000
Aufstellung höherer Kommandos	364.000	—
Summe	22,387.000	8,910.000
	31,297.000	

Neuaufstellungen:

3 Radfahrkomp. und 137 Arbeitsdetachements	2,745.000	936.000
Munitions-Tragtiere	1,111.000	3,311.000
Umwandlung von 4 Tiroler Kaiserjäger-Baonen in Feldjäger-Baone	248.000	136.000
Reorganisation der Gebirgsartillerie und Aufstellung neuer Formationen	6,918.000	8,658.000
5 neue schwere Haubitz-Divisionen	2,445.000	3,540.000
Besatzungs- und Beleuchtungs-Detachements der Festungsartillerie	2,142.000	2,720.000
1 Brückenbataillon	437.000	728.000
1 Eisenbahnregiment	1,255.000	1,227.000
1 Telegraphenregiment	1,107.000	475.000
Luftschiffertruppe	294.000	211.000
Automobiltruppe	694.000	57.000
Aufstellung von Feld- und Gebirgs-Eskadronen der Traintruppe	2,042.000	7,350.000
Summe	21,438.000	29,349.000
	50,787.000	

	Fortlaufende Ausgaben	Einmalige Ausgaben
Sonstige Erfordernisse:		
Standesvermehrung um 4000 längerdienende Unteroffiziere	3,652.000	462.000
Handgelderhöhung für den vermehrten Präsenzstand	203.000	—
Sonstige verschiedene Auslagen	800.000	2,000.000
Summe	4,655.000	2,462.000
	7,117.000	
Verbesserung der materiellen Lage der Unteroffiziere:		
Dienstprämien für den vermehrten Unteroffiziersstand	3,300.000	—
Erhöhung der Abfertigung für vorzeitig austretende Unteroffiziere	1,500.000	—
Vermehrung der Zahl der Ehen erster Klasse	600.000	—
Erziehungsbeitrag für Unteroffizierskinder	160.000	—
Ausgestaltung der Unterkunftskompetenz für Unteroffiziere	2,750.000	—
Summe	8,310.000	—
Materielle Ausbildungsmittel:		
Erwerbung von Truppenübungsplätzen	—	30,000.000
Erweiterung von Exerzier- u. Gefechts-Schießplätzen	1,000.000	—
Ausgestaltung von Schießstätten	—	10,000.000
Erhöhung der Erfordernisse für Schießübungen	3,000.000	—
Erhöhung der Erfordernisse für Waffenübungen	500.000	—
Erhöhung der Truppenübungsdotation	3,000.000	—
Summe	7,500.000	40,000.000
	47,500.000	
Behebung von Rückständigkeiten:		
Maßnahmen zur quantitativen und qualitativen Hebung des Instruktionspersonals (Schießstabsoffiziere, ständige Lehrer für Korps-Offiziersschulen, Kommandanten für Kavalleriebrigade-Offiziersschulen, Lehrer an Militär-Bildungsanstalten, Offiziersstandessanierungen bei einzelnen Truppen und Anstalten etc.)	6,812.000	—

	Fortlaufende Ausgaben	Einmalige Ausgaben
Erfordernisse für Ausbildungszwecke (hauptsächlich Pauschalien für besondere Übungen, Luftschiffertruppe, Festungs-Artillerie-, Eisenbahn- und Telegraphen-Regimenter), speziell aber Erhöhung der Munitionsdotation für Schießübungen, und zwar Infanterie . . . . . . 197.435 Feld- u. Gebirgsartillerie 2,181.650 Festungsartillerie . . . 147.145	3,431.620	
Verschiedene organisatorische Maßnahmen (Armeeinspektoren u. deren Personal, Artilleriebrigadiere, Sektionschefs im K.-M., Etappenbureau, Festungs-Kdtn. in Bilek, Trebinje und Mostar, Personalvermehrung anläßlich der Reform des Militärstrafprozesses)	6,582.270	—
Standesvermehrung an Offizieren, Beamten und Mannschaft bei verschiedenen Behörden und Kommanden	3,617.110	—
Gebührenregulierungen, Aufbesserung der Verpflegsgebühren für Mann und Pferd, Mehrauslagen durch Preissteigerungen, Budgetsanierungen	35,267.000	—
Beschaffung von Artilleriematerial	—	19,431.000
Materialergänzung für Trainwerkstättegruppen, Materialbeschaffung für 7 Train-Eskadronen für Kriegsbrückenequipagen	—	2,100.000
Subventionierung von Lastautomobilen, Werkstättenautomobilen, Automobilisierung von Mörserbatterien	—	10,600.000
Beschaffung von eisernen Straßenbrücken für die Pioniertruppe	—	3,870.000
Beschaffung mobiler und stabiler Radiostationen, Ergänzung u. Verbesserung des Telegraphen-, Telephon- und Feldpostmateriales	—	10,880.000
Beschaffung des Kriegsvorrates für Maschinengewehr-Abteilungen an Repetiergewehren M. 95, der Kriegs-Reservevorräte an Munition	—	25,032.000
Ein Lenkballon	—	3,000.000
Elektrische Beleuchtungsapparate	—	2,500.000
Fortifikatorische Maßnahmen (Ergänzung bestehender Anlagen)	—	18,000.000

	Fortlaufende Ausgaben	Einmalige Ausgabe
Für Bauten im Zusammenhange mit der Wehrreform	—	14,000.000
Beschaffung von Vorsichts- und Reservevorräten an Bekleidung, Ausrüstung und Verpflegung im Zusammenhange mit der Wehrreform . .	—	22,272.000
Sonstige Bedürfnisse	—	3,594.000
Summe . .	55,710.000	135,279.000
	190,989.000	

Beilage 3.

Reichsbefestigung.

I. Schon im Bau befindliche Werke, mit reduzierter Etsch—Arsa-Sperre und Montozzo (Pejo), alles in Tirol, und zwar:
Cornale mit Vignola (Etschtal); Valmorbia (Arsatal); Montozzo, Plateau Lavarone—Folgaria—Luserna: Gschwendt, Lusern, Verle, Vezzena, Cherle Sommo, Serrada; Judikarien: Por (Carriola); Tonale; Mero.

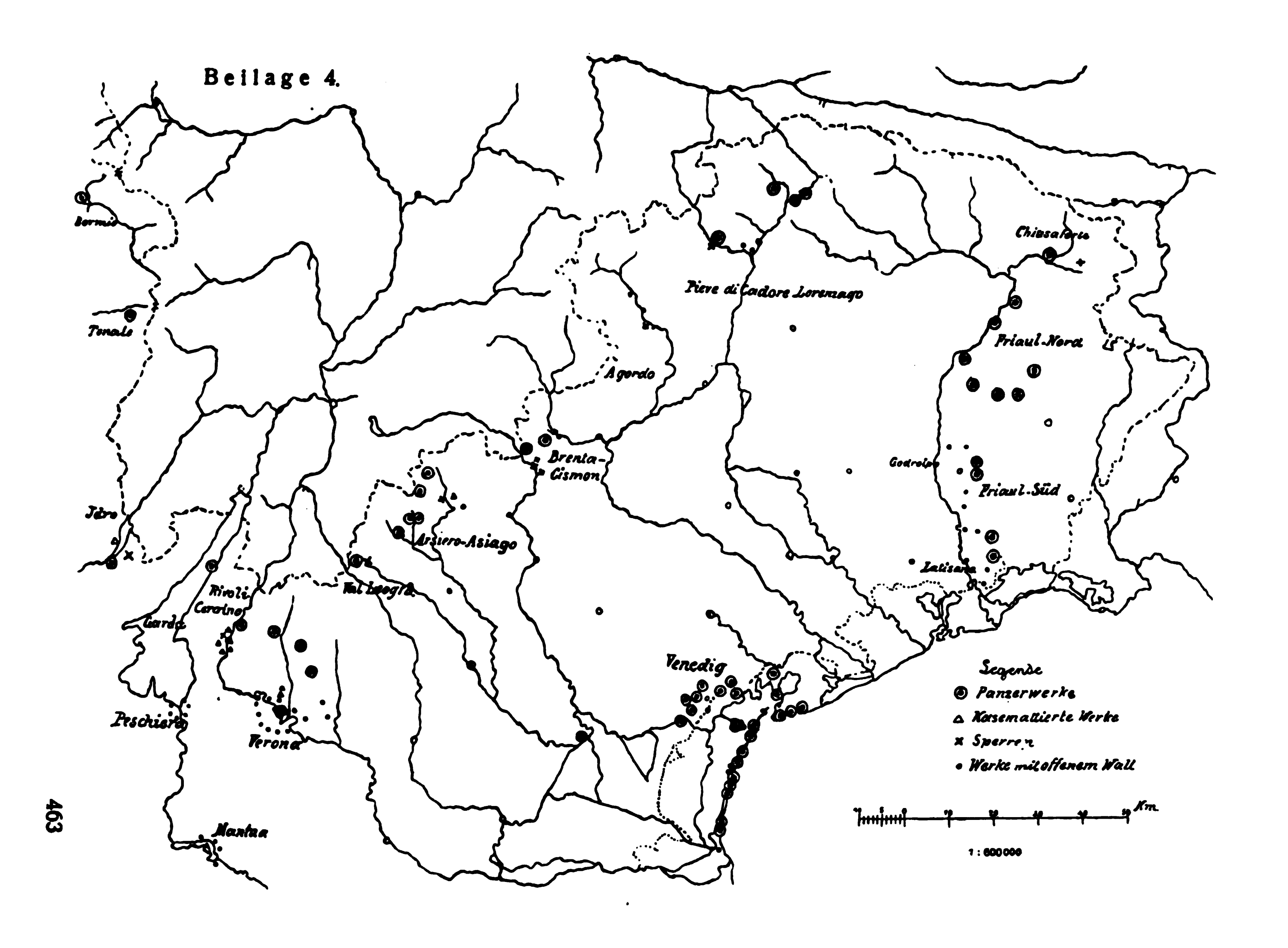
II. Dringendste Grenzbefestigungen, deren Baubeginn 1912 unbedingt erforderlich ist:
Tirol: Valsugana: Mneghin, Picosta, Cimogna; Zugna, Zanolli, Serravalle, Sasso di Stria, Fodara vedla, Knollkopf.
Dalmatien und Herzegowina: Dvršnik, Strač, Hoher Vermać, Castelnuovo.

III. Befestigungen, deren Bau erst 1914 zu beginnen wäre:
Tirol: Kleinboden mit Schafeck (Stilfser Sperre).
Kärnten, Küstenland: Svinjak (zur Flitscher Grenze).
Triest: Batterien Prinus und Muggia.
Pola: Werk Cope, Gradina, Madonna.
Sebenico: vier Küstenwerke.
Dalmatien: Goli vrch.
Bosnien: Višegrad.
Herzegowina: Bilek.

Gesamtkosten für alles Obige, und zwar:
Bau: 80·67 Millionen, Armierung: 70·75 Millionen, Summe 151·42 Millionen. Hievon für 1912 ins Budget eingestellt: 6·38 Millionen, es verbleiben daher noch zu fordern 145·04 Millionen.

Nach diesem Ausbau erübrigen noch die Neubauten von Sarajevo und Mostar laut Minimalprogramm mit 28·6 Millionen Gesamtkosten; hiezu: feldmäßige Befestigungen im Bereiche des III. und XIV. Korps,

Beilage 4.


Bormio
Tonale
Idro
Rivoli
Caraino
Garda
Peschiera
Verona
Mantua
Val Leogra
Arsiero-Asiago
Brenta-Cismon
Agordo
Pieve di Cadore Lorenzago
Chiusaforte
Friaul-Nord
Codroipo
Friaul-Süd
Latisana
Venedig
Legende
Panzerwerke
Kasemattierte Werke
Sperren
Werke mit offenem Wall
Km
1 : 600000

zusammen 530.000 Kronen; ferner ist bei den Sperren die Durchführung aller im Frieden ausführbaren Ausrüstungsarbeiten, sowie die Erbauung der erforderlichen Beobachtungsstände dringlich und wären die einleitenden Maßnahmen schon mit Frühjahr 1912 zu treffen.

Beilage 5.

Organisation und Grenzschutz.

A. Organisatorische Maßnahmen.

Aufstellung der fehlenden vier Kavallerie-Truppen-Divisions-Kommanden, und zwar zwei des Heeres (Nr. 4 Lemberg; Nr. 10 Budapest).
zwei der Landwehr (Nr. 5 Budapest, Nr. 11 Szegedin).

Aufstellung der fehlenden drei reitenden Artillerie-Divisionen für Kavallerie-Truppen-Divisionen, und zwar eine vom Heer (Lemberg), zwei von der k. ung. Landwehr.

Aufstellung der fehlenden zweiten Kavallerie-Maschinengewehr-Abt.
bei 6 Kavallerie-Truppen-Divisionen des Heeres und
bei 2 „ „ „ der Landwehr

Aufstellung der Feldartillerie bei den Landwehren.

Ausbau der Gebirgsartillerie in B. H. D. auf
7 Gebirgs-Art.-Reg. à 4 Geb.-Kanonen u. 2 Geb.-Haub.-Batterien.
1 Gebirgs-Kanonen-Division in Dalmatien à 2 Geb.-Kan.-Batt.

Formierung von 5 Gebirgs-Artillerie-Regimentern
à 4 Gebirgs-Kanonenbatterien u. 2 Gebirgs-Haubitzen-Batterien.

Reorganisation der Festungsartillerie zur Deckung des Bedarfes für Besatzungszwecke und für den Angriff auf permanente Fortifikationen;

Reorganisation der Pioniertruppe auch mit Rücksicht auf den Bedarf beim Festungsangriff; Trennung der Pontoniere und Pioniere;

Ausbau der 14 schweren Haubitzdivisionen von 2 auf 3 Batterien à 4 Haubitzen;

Reorganisation der Verkehrstruppen, und zwar:
Formierung von 2 Eisenbahnregimentern,
„ „ 1 Telegraphenregiment,
„ einer Luftschiffertruppe,
„ „ Automobiltruppe.

Aufstellung der fehlenden Friedenskaders für Feld- und Gebirgs-Train-Formationen;

Ersatz der zwei in B. H. befindlichen Kavallerie-Eskadronen durch Neuaufstellung von 2 Eskadronen.

B. Grenzschutz.

Änderung der Ergänzung der Tiroler Jäger-Regimenter bei Verlegung eines Ersatzbataillons nach Südtirol;

Aufstellung der zwei für den Grenzschutz gegen Italien fehlenden Brigade-Kommanden der k. k. Landwehr, und zwar:

a) für Stilfser Joch und Tonale (Innsbruck),

b) für Judikarien (Riva).

Volle gegenseitige Unterstellung der Heeres- und Landwehr-Truppen in Tirol, sowie der Befestigungen an der Grenze unter die Brigade-Kommanden;

Teilung des künftig fünf Kompagnien starken Bataillons III des Landesschützenregimentes I in ein Bataillon für das Etschtal (Brentonico, Ala) und ein Bataillon für das Arsatal (Camposilvano, Piazza, Malga Bisorte);

Vermehrung und Militarisierung der Grenzfinanzwache;

Vermehrung der Gendarmerie an der italienischen Grenze;

Militarisierung der Grenzfinanzwache an der russischen Grenze;

Berittenmachung von 410 Gendarmen in Galizien;

Ausbau des Standschützenwesens in Tirol für Zwecke der Landesverteidigung.

Summe der Auslagen für das Heer:

einmalige: 11·23 Millionen Kronen,
fortlaufende: 6·982 Millionen Kronen.

Beilage 5a.

Festungsartillerie.

A. Besatzungen.

Der Bedarf an Festungsartillerie für Besatzungen nach dem Ausbau des Minimalprogrammes ist der beiliegenden Skizze zu entnehmen.

Pola, Cattaro, Bosnien-Herzegowina, Krakau und Przemysl haben ganz unzureichende Friedensbesatzungen an Festungsartillerie. Die betreffenden Festungs-(Kriegshafen-)Kommandanten fordern in ihren Berichten dringend die Standeserhöhung auf 150 Mann per Kompagnie, um im Ernstfalle in der Lage zu sein, auch nur einen Handstreich oder eine kurz dauernde Beschießung abwehren zu können. Dazu kommt, daß speziell im Kriegshafen Cattaro und in den Befestigungen in Bosnien-Herzegowina die Ergänzungstransporte eventuell zu spät in die betreffenden festen Plätze gelangen, somit die Friedensbesatzungen lange Zeit hindurch auf sich selbst angewiesen sein werden, was einen ausreichenden Friedensstand bedingt.

Somit ergibt sich gegenüber dem Wehrgesetze ein Mehrbedarf von 50 Mann bei den 12 Kompagnien des 4. Regiments in Pola und den

daselbst neu aufzustellenden 3 Kompagnien (bei diesen durch die neu hinzugekommene Madonna-Gruppe bedingt), somit bei

	15 Kompagnien
den 10 alten und 2 neuen Kompagnien in Cattaro .	12 „
„ 4 „ „ 2 „ „ „ B. H. . .	6 „
„ 8 „ „ 4 „ „ „ Krakau .	12 „
„ 8 „ „ 4 „ „ „ Przemysl .	12 „
Somit insgesamt bei . .	57 Kompagnien

Dieser Mehrbedarf beträgt 2850 Mann oder 1045 Rekruten, welche mehr für die Festungsartillerie gewidmet werden müssen.

B. Angriffsartillerie.

Der stete Ausbau der italienischen Sperren, insbesondere an der Tagliamento-Linie, zwingt die Zahl der zur Niederkämpfung der Werke notwendigen Kompagnien zu vermehren.

Der Gesamtbedarf wird im Jahre 1915 87 Festungsartilleriekompagnien für den Kriegsschauplatz I und 8 Festungsartilleriekompagnien für die 5. Armee gegen B, somit 95 Festungsartilleriekompagnien betragen.

Diesem Erfordernis von 95 Festungsartilleriekompagnien stehen nach Wehrgesetz für Angriffszwecke verfügbar gegenüber:

beim Regiment Nr. 1	8 Kompagnien,
„ „ „ 2	8 „
„ „ „ 3	4 „
„ „ „ 6	8 „
„ Bataillon „ 5	4 „
„ neuen Angriffsbaon Tirol	4 „
Somit in Summe . .	36 Feldkompagnien.

Der sonach noch bestehende Abgang von 59 Kompagnien muß zu einem Auskunftsmittel zwingen, welches darin bestehen könnte, daß jede Feldkompagnie im Kriege 2 Feldkompagnien aufstellt, somit sich verdoppelt (statt der jetzigen Formierung von Reservekompagnien, welche immer nur minderwertige Neuformationen sein können).

Dieser Vorgang erscheint bei der Angriffsartillerie deshalb möglich und zweckmäßig, weil jede Kompagnie im Kriege nur vier, bei den 30·5 cm-Mörserbatterien sogar nur zwei Geschütze zu bedienen hat, wofür durchaus nicht der ganze Kriegsstand von 200 Mann an ausgebildeter Festungsartilleriemannschaft erforderlich ist. Es erscheint vielmehr vollkommen ausreichend, nebst einem genügenden Stande an Offizieren und Unteroffizieren nur so viel im Festungsartilleriedienste ausgebildete Mann-

schaft in den Kriegsstand einzuteilen, als zur dreifachen Ablösung in der Geschützbedienung notwendig ist. Der Rest der Mannschaft hat ohnehin nur untergeordnete Hilfsdienste zu versehen, welche eine spezielle Ausbildung nicht erfordern.

Diese vorerwähnte Organisation wäre einer Teilung der Kompagnien in selbständige Halbkompagnien schon im Frieden vorzuziehen, weil Ausbildungsschwierigkeiten und Mehrkosten, die durch Bildung zahlreicher kleiner Unterabteilungen entstehen würden, vermieden werden.

Unter dieser Voraussetzung der Teilung der Kompagnien im Kriege ließe sich auch der Bedarf an 95 Feldkompagnien für den Angriff decken.

Wenn aus den Standeserhöhungen in Krakau und Przemysl je sechs Kompagnien gebildet werden, verblieben bei der unvermeidlichen Belassung je eines Bataillons in Krakau und Przemysl, sowie an der San—Dnjestr-Linie (um daselbst auch eine Vorsorge für einen I-, R-Fall getroffen zu haben):

in Krakau . . . . 8 + 6 = 14 Kompagnien,
in Przemysl . . . . 4 + 6 = 10 „
in Summe . . 24 Kompagnien

für Angriffszwecke, welche durch Teilung 48 Kompagnien ergeben würden.

Ferner würden durch Teilung entstehen:

beim Regiment Nr. 1 . . . . 16 Kompagnien,
„ „ „ 6 . . . . 16 „
„ Bataillon „ 5 . . . . 8 „
„ neuen Angriffsbataillon Tirol . . . . 8 „
in Summe . . 48 Kompagnien,
hiezu wie früher gerechnet
von Krakau und Przemysl . . . . 48 „
ergibt Totale . . 96 Kompagnien,

durch welche der Bedarf von 95 Angriffskompagnien gedeckt wäre.

Der Rekrutenbedarf für die Neuaufstellung der 12 Kompagnien (je 6 in Krakau und Przemysl) ist durch die bei den Besatzungen erwähnte Standeserhöhung auf 150 Mann per Kompagnie gedeckt.

Beilage 5 b.

Pionier-Reorganisation.

Ist die Notwendigkeit der Trennung von Pionieren und Pontonieren anerkannt, so handelt es sich zunächst um den Bedarf an beiden.

a) Pioniere.

Für die Ermittlung des Gesamtbedarfes ist der Kriegsfall I maßgebend, weil in diesem mit dem Angriff auf zahlreiche Sperren und

sonstige Befestigungen begonnen werden muß, wofür mindestens zirka 60 Kompagnien gerechnet werden müssen.

Schlägt man hiezu den Bedarf an Pionieren für die Besatzung der eigenen Fortifikationen mit etwa . . . . 15 Kompagnien
und die ständig bei den Korps (für Wegherstellungen,
Notbrückenbauten etc.) einzuteilenden . . . . . . 14 „
so ergibt sich die Summe von 89, rund 90 Pionierkompagnien.

b) Pontoniere.

Hier ist der mit der Überwindung bedeutender Flußlinien einsetzende Kriegsfall B ausschlaggebend für den Bedarf.

Für die Donau, Save und Drina zusammen sind 72 Kriegsbrückenequipagen und zu deren Bedienung ein Drittel der Zahl, d. i. 24 Pionierkompagnien nötig.

Für einen gleichzeitigen oder dem B-Fall nachfolgenden I-Fall genügen vorerst 16 Pontonierkompagnien, so daß sich der Gesamtbedarf auf 40 Pontonierkompagnien stellt.

Um den weit höheren Bedarf an Pionierkompagnien (90) im Vergleich mit den Pontonierkompagnien (40) richtig zu beurteilen, muß noch berücksichtigt werden, daß

1. die Kampfverluste der Pioniere unverhältnismäßig größer sein werden als jene der Pontoniere,

2. daß die Zahl der zu überbrückenden Flüsse und ihr Charakter gleich bleiben, während die Zahl und Stärke der Fortifikationen, der Minierungen und sonstigen zu behebenden Zerstörungen und damit die Aufgaben der Pioniere noch wachsen werden.

Für die Zahl der notwendigen Friedenskaders an Pionier- und Pontonierkompagnien jedoch ist anderseits die Tatsache von Bedeutung, daß für eine Anzahl von Aufgaben der Pioniere, z. B. Wegherstellungen u. dgl. kein derartiges Maß von frisch haftendem, fachtechnischem Drill nötig ist, wie bei den Pontonieren, daß man also zur Deckung des früher ermittelten Kriegsbedarfes bei den Pionieren in größerem Umfang auf Neuformationen aus Reservisten wird greifen können, als bei den Pontonieren.

Die Abwägung aller Umstände führt zu dem Antrag, bei Neuaufstellung von 7 technischen Kompagnien folgende Friedensorganisation festzusetzen:

10 Pontonierbataillone à 3 Kompagnien gleich . . 30 Kompagnien,
15 Pionierbataillone à 3 Kompagnien gleich . . . 45 „
für feste Plätze:
Pola 3, Sarajevo 1, Trebinje 1, Bocche 2 Komp., gleich 7 „
zusammen: 82 Kompagnien.

Im Kriege hätten sich

die Pontonierbataillone auf je 4 Kompagnien . . .	40	Kompagnien,
die Pionierbataillone auf je 5 Kompagnien . . .	75	„
und die 7 Festungspionierkompagnien auf je . . .	15	„

zu entwickeln, wodurch der eingangs berechnete Bedarf gedeckt wäre.

Dislokation.

Die Beilage zeigt einen Dislokationsentwurf, der nebst den Rücksichten auf die bestehenden Garnisonen, besonders den Forderungen der Ausbildung Rechnung trägt.

Die Pontoniere sind danach fast durchwegs an großen Flüssen disloziert, so daß die kostspieligen Verlegungen an die Donau in Hinkunft entfallen würden;

die Pioniere aber sind hauptsächlich in festen Plätzen und im Gebirge untergebracht.

Beilage 6.

Materielle Vorsorgen.

30·5 Mörser: 27 Batterien à 2 Geschütze mit Munition .	40·5	Mill.
Gebirgskan., 15 cm-Haubitzen, 10·5 cm-Kanonen, 15 cm-Kanonen, weittragende Kanonen (zirka 19 cm) . .	138·3	„
10 cm-Gebirgshaubitzen	8·1	„
Automobile für 24 cm-Mörser	2·12	„
Munitionskarren für Gebirgstransport der Feldkanonen	0·5	„
Gebirgsausrüstung für 6 schwere Haubitz-Divisionen	0·2	„
Kompagnie-Munitions-Tragtiere, Eskadrons-Tragpferde .	5·0	„
Ergänzung der Infanterie-Munition für das Heer . .	8·79	„
Übungsmunition	6·5	„
Steigerung der Leistungsfähigkeit der Pulverfabriken .	?	„
Deponierung schwerer Art.-Mun. im Aufmarschraume	1·5	„
Vorgeschobene Munitionsdepots	0·14	„
Schaffung d. Munitionsdepots in Trient, Doboj, Mostar	0·1	„
Sanitäts-Anstalten, Gebirgs-Sanitäts-Ausrüstung . .	0·075	„
Ausgestaltung der mobilen Reserve-Spitäler und Feld-Marodenhäuser	0·4	„
Einrichtung für Sanitäts-Anstalten	0·7	„
Vermehrung der Sprengmittel-Ausrüstung	1·0	„
Beschaffung der fehlenden 4 Kriegsbrückenequipagen .	0·468	„
Beschaffung der fehlenden 9 Kavallerie-Brückentrains .	0·27	„
Straßenbrücke System Herbert (1 km)	7·5	„
Ausgestaltung der Pionier-Reserve-Anstalten	1·82	„
Motorboote für Pioniere	1·1	„

Motorboote für den Gardasee noch	0·13	Mill.
Aufstellung von 2 neuen Gebirgs-Belag.-Pionierparks u. Modernisierung d. bestehend. Belag.-Pionierparks	4·3	„
Beleuchtungszüge für die Festungsartillerie	2·1	„
Bombenwerfer und Sappenmörser	2·5	„
Verbesserung der Werkzeugausrüstung der Truppen . .	0·5	„
Werkzeugsdepots-Beschaffung beenden	0·569	„
Ausbau der Telegraphenausrüstung der festen Plätze .	2·4	„
Neuausrüstung der Kavallerie-Telegraphenpatrouillen .	0·078	„
Stabile Radiostationen, Ausbau des Netzes noch . .	2·719	„
Fehlendes Material für Telegr.- u. Teleph.-Formationen	3·518	„
Ergänzung der Teleph.- u. Signalausrüstung d. Truppen	0·15	„
Ausbau des Telegraphen- und Telephonnetzes in B. H. .	1·55	„
Ausrüstung der Eisenbahntruppen mit Telegr.-Material	0·56	„
Drahtseilbahn Caldonazzo—Monte Rover	0·03	„
Lastautomobile für Nachschubszwecke, Motortrains .	4·26	„
Erhöhung der Subvention für Lastautomobile	0·4*)	„
Beschaffung von 6 Automobil-Werkstätten-Trains . .	0·6	„
Beschaffung von 2 Ballonabteilungen der Festungs-Art.	0·13	„
Beschaffung von 200 Flugapparaten	8·0	„
Urlaubertragtiere für Tirol und Kärnten	0·05*)	„
Material für im Krieg aufzustellende Trainformationen	2·55	„
Vervollständigung der Gebirgstrain-Ausrüstung . . .	4·7	„
Trainwerkstätten und Hufbeschlagsmaterial	0·7	„
Material für 2 fehlende Kavallerie-Verpflegskolonnen und eine Brigade-Verpflegskolonne	0·06	„
Schaffung von 2 Gebirgsbäckereien	0·02	„
Wasserdichte Behälter für den Wasserzuschub im Gebirge und Rammbrunnen	1·094	„
Totale	265·901	Mill.

an einmaligen, hiezu 0·45 Millionen an fortlaufenden Auslagen.

Beilage 7.

Gesamtübersicht des beiläufigen Mehrbedarfes

über die von der Heeresverwaltung bisher für die Zeit von 1911 bis 1915 angesprochene Budgeterhöhung von

92·5 Millionen Kronen fortlaufender Auslagen
96·0 Millionen Kronen einmaliger Auslagen

---

*) Fortlaufende Ausgaben.

	Fortlauf. Ausgaben	Einmalige Ausgaben
Durchführung der Wehrreform bei Schaffung der für die zweijährige Dienstzeit unerläßlichen Bedingungen (Beilage 2)	24·5	127·5
Permanente Befestigungen bis 1917 einschließlich Armierung	—	145·04
Noch erübrigende permanente Befestigungen nach Minimalprogramm	—	28·6
Feldmäßige Befestigungen im Grenzraum	—	0·53
Organisation und Grenzschutz	11·23	6·982
Materielle Vorsorgen	0·45	265·901
Für die in absehbarer Zeit unvermeidliche Neubewaffnung der Infanterie	—	350·0
Somit im Ganzen: Millionen Kronen	36·18	924·553

Beilage 8.

Militärisch wichtige Maßnahmen

welche das Kriegsbudget nicht belasten, aber einer Förderung durch alle maßgebenden Faktoren dringend bedürfen.

A. Eisenbahnen.

Durchführung des vom Kriegsministerium vertretenen Bahnprogramms in B. H. D. und zwar:

I. Normalbahn: Banjaluka—Mostar.
II. „ Brčka—Bjelina.
III. „ nach Sarajevo.
IV. „ durch Dalmatien bis Metković.

Zweites Gleise auf der Staatsbahnstrecke Salzburg—Wörgl.
Zweites Gleise auf der Staatsbahnstrecke Assling—S. Lucia.
Zweiglinie: S. Lucia—Tolmein—Karfreit.
Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Linien:
Dées—Borgo—Besztercze und
Dorna-Watra—Czernowitz.
Zweites Gleise auf der Linie Zloczow—Tarnopol.

B. Straßen, Kommunikationen.

Durchführung des Straßenbauprogramms in B. H. D.
Bau der Straße Selva—Barricata (in Tirol).
Verbesserung der Straße im Lessachtal von Kötschach bis zur Tiroler Grenze.
Bau einer Straße Krasne—Brody.
Bau einer permanenten Savebrücke bei Županje.
Subventionierung der Gardasee-Schiffahrt.

C. Telegraph, Telephon.

Ausbau des Staats-Telegraphen- und Telephonnetzes, Anschluß an B. H.
Übernahme des nicht militärischen Radioverkehrs in den ausschließlichen Staatsbetrieb.

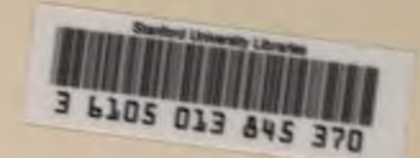
D. Wasserversorgung.

Förderung der Wasserversorgung des krainischen und istrianischen Karstgebietes, speziell des Plateaus von Comen.
Lösung der Wasserversorgungsfrage auf den Plateaus von Lavarone—Folgaria und Pasubio sowie in B. H. D. und zwar:
Wasserleitung von Baba nach Plana, Erhöhung der Wasserleitung von Nevesinje und in der Krivošije.

E. Gesetze, Geld.

Einbringung und Erledigung des neuen Pferdestellungsgesetzes.
Gesetzliche Regelung der Zählung und Evidenz aller Motorfahrzeuge (Automobile, Motorboote).
Finalisierung der Ausnahmsverfügungen in Österreich.
Schaffung eines Ermächtigungsgesetzes in Ungarn.
Finalisierung der Ein- und Ausfuhrverbote.
Schaffung von Kriegsleistungsgesetzen für Österreich, Ungarn und Bosnien-Herzegowina.
Verfügung, daß der für den Mobilisierungsfall sichergestellte erste Geldbedarf auch tatsächlich vorhanden sei.


Stanford University Libraries
3 6105 013 845 370


3 6105 013 845 370

